DE GRUYTER
OLDENBOURG

Valérie Dubslaff



„Deutschland ist auch Frauensache“

NPD-Frauen im Kampf für Volk und Familie
1964–2020

Valérie Dubslaff

"Deutschland ist auch Frauensache"

Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte

Edited by

Institut für Zeitgeschichte

Volume 131

Valérie Dubslaff

"Deutschland ist auch Frauensache"

NPD-Frauen im Kampf für Volk und Familie 1964-2020

DE GRUYTER

ISBN 9783110756661
e-ISBN (PDF) 9783110756791
e-ISBN (EPUB) 9783110756890

Bibliographic information published by the Deutsche Nationalbibliothek
The Deutsche Nationalbibliothek lists this publication in the Deutsche Nationalbibliografie; detailed bibliographic data are available on the Internet at http://dnb.dnb.de.

Übersicht

Contents

Vorwort

Dieses Buch ist die aktualisierte, von mir selbst übersetzte Fassung meiner französischen Dissertation, die ich im November 2017 am Deutschen Historischen Institut in Paris verteidigt habe. An dieser Stelle möchte ich mich bei all denen bedanken, die mich auf meinem langen Weg zur Promotion und auch danach tatkräftig unterstützt haben.

Mein besonderer Dank gilt zuallererst Prof. Dr. Hélène Miard-Delacroix (Sorbonne Université) und Prof. Dr. Andreas Wirsching (Ludwig-Maximilians-Universität/Institut für Zeitgeschichte) für ihr Vertrauen, ihre Ratschläge und allgemein für ihre hervorragende und wohlwollende Betreuung. Ihnen verdanke ich den erfolgreichen Abschluss meiner binationalen Promotion.

Außerdem hatte ich die Freude, meine Forschungsthesen und -erkenntnisse in zahlreichen interdisziplinären Forschungsseminaren, DoktorandInnenkolloquien, Tagungen und Treffen vorstellen zu dürfen. Den Austausch mit den vielen jungen und weniger jungen ForscherInnen und ExpertInnen habe ich immer als große Bereicherung empfunden. Ich möchte mich deshalb auf diesem Wege bei den Menschen bedanken, die mir in dieser ganzen Zeit fachlich zur Seite gestanden haben; das gilt auch für das Forschungsnetzwerk Frauen und Rechtsextremismus und die „Gender“-Forschungsgruppe des Pariser Exzellenzclusters „Écrire une Histoire Nouvelle de l’Europe“. Der Deutsch-Französischen Hochschule danke ich für ihre Förderung im Rahmen der Cotutelle.

Auch den vielen ArchivarInnen, die mir bei der Suche und Bereitstellung von Quellen geholfen haben, möchte ich meinen Dank aussprechen, dem APABIZ in Berlin, dem Hartmut-Meyer-Archiv in Köln sowie dem Niedersächsischen Landesarchiv in Hannover. Auch danke ich Ilona Weise und Bärbel Bartel vom

Stasi-Unterlagen-Archiv, Barbara Simon vom Niedersächsischen Landtag und Katrin Malek von der Bremischen Bürgerschaft für ihre kompetente Hilfe. Prof. Dr. em. Lutz Niethammer danke ich für das anregende Gespräch und den Zugang zu seinem Vorlass in Jena.

Ich möchte mich ebenfalls sehr herzlich beim Deutsch-Französischen Historikerkomitee für den Dissertationspreis (2018) bedanken, der mich sehr ehrt. Natürlich freue ich mich auch ganz besonders, dass das IfZ mein Buch in eine seiner Reihen aufnimmt und danke ihm sehr für die Finanzierung dieses Buchprojekts. In diesem Rahmen gilt mein Dank auch Prof. Dr. Magnus Brechtken und Günther Opitz für ihre Unterstützung im Veröffentlichungsverfahren. Darüber hinaus halfen mir Christoph Roolf und Katja Klee bei der Korrektur des Textes. Ihnen sei dafür gedankt.

Ganz allgemein danke ich allen FreundInnen und KollegInnen für die intensiven und sehr konstruktiven Gespräche, die mir Mut gemacht haben. Nicht zuletzt möchte ich auch meiner Familie von Herzen danken: Ohne den selbstlosen Einsatz von Michèle und Peter, die das Manuskript erst auf Französisch und dann auf Deutsch mit unglaublicher Geduld korrekturgelesen haben, und die liebevolle Unterstützung von Annette wäre ich wahrscheinlich nie so weit gekommen. Dieses Buch widme ich meinen Großeltern Marguerite, Léon, Liesel und Kuno, die mir aus ihrem Leben und ihrer Zeit noch so viel hätten erzählen können.

Rennes, d. 5. 2. 2021

I. Einleitung

1. Thema und Erkenntnisinteresse

Mit dem Motto „Deutschland ist auch Frauensache" werben Nationaldemokratinnen seit den 2000er-Jahren für nationalistische Belange am rechten Rand. Interessant ist dieser Spruch, weil er unterschwellig eine antisexistische Forderung zum Ausdruck bringt: jene nach gleicher Partizipation für Frauen in Partei und Politik. Gewiss mag die Forderung paradox und ambitioniert klingen, inszeniert sich die extreme Rechte öffentlich doch meist als hyperviril. Aus gutem Grund dominiert das Bild einer strotzenden, gewaltaffinen Männlichkeit aufgrund ihrer Eindeutigkeit immer noch die öffentliche Wahrnehmung des Phänomens. Doch ist die extreme Rechte sehr viel komplexer und diverser: Sie ist plural, und zwar in politischer, sozialer, generationeller wie auch in geschlechtlicher Hinsicht. Tatsächlich standen die Männer im Kampf für die „nationale Sache" nie alleine da. Frauen haben schon immer ihren eigenen Part gespielt, unterschiedliche Rollen übernommen, sich etwa als Aktivistinnen, Parteifunktionärinnen, Ideologinnen, Musikerinnen oder Verlegerinnen, manchmal gar als Terroristinnen in den rechtsextremen Mikrokosmos eingebracht. Ihre Tätigkeitsbereiche sind vielfältig, ihr Profil, ihr Auftreten und ihre Selbstdarstellung ebenfalls; nur in der Weltanschauung, in den politischen Ansichten und Zielen wissen sie sich meist einig. Als solche sind sie Teil des „braunen Pluralismus" (Kirsten Döhring/Renate Feldmann), der für die extreme Rechte der Bundesrepublik charakteristisch ist.

Exemplarisch nimmt die vorliegende Studie die Frauen der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) in den Blick

und hinterfragt gleich in doppelter Hinsicht Wesen und Bedeutung politischer Marginalität in der Bundesrepublik. Marginal ist der Forschungsgegenstand erstens, weil sich die NPD als rechtsextreme Partei am Rande des politischen Spektrums bzw. am Rande der Verfassungsmäßigkeit bewegt: Am 17. Januar 2017 wurde sie vom Bundesverfassungsgericht zwar als verfassungsfeindlich eingestuft, aber nicht verboten; marginal ist er zweitens, weil Frauen in der männlich dominierten Partei eine Minderheitenstellung einnehmen. Vor dem Hintergrund der doppelten Marginalisierung, die jene Frauen eben als Frauen in einer ‚Männerpartei', ebenso aber auch als rechtsextreme Frauen in der Bundesrepublik erfahren, soll die Geschichte der Nationaldemokratinnen erschlossen werden. Ihre Geschichte lässt sich nicht unabhängig von der Geschichte der Nationaldemokraten [1] erzählen: Sie alle eint die Parteigeschichte als Ganzes, doch lassen sich durch den gesonderten Blick auf die „*Herstory*" [2] spezifische Zeitlichkeiten ausmachen, die zweifellos geschlechtsmarkiert sind. Zum Vorschein bringen kann sie prägnante Kontinuitäten und Zäsuren, Ballungsmomente und Feminisierungsprozesse, die vom weiblichen Streben nach politischer Anerkennung und Mitbestimmung hervorgerufen wurden und nicht unbedingt mit der gängigen Periodisierung der NPD-Geschichte übereinstimmen. Hier geht es also nicht darum, die Parteigeschichte neu, sondern *anders* zu schreiben, sprich sie aus einer geschlechterfokussierten Perspektive zu beleuchten und so neue Erkenntnisse über einen schon gut erforschten Gegenstand, die NPD, zu gewinnen.

In dieser Hinsicht erweist sich gerade das Geschlecht (*Gender*) als „nützliche" Analysekategorie (Joan W. Scott), weil es vielseitig anwendbar ist. Es ermöglicht, die in der Partei vorhandene Geschlechterdifferenz zu historisieren, Weiblichkeitsbilder und -diskurse zu dekonstruieren, Geschlechterdynamiken, Machtverhältnisse und entsprechende Aushandlungsprozesse auszuloten, dabei speziell die *Agency* von NPD-Frauen im männlich-hegemonialen Parteikontext zu hinterfragen und die Entwicklung des politischen Habitus

(Tätigkeiten, Gedankenwelt, Themen) ebenjener Parteifunktionärinnen über Jahrzehnte, ja eigentlich über ein halbes Jahrhundert hinweg zu rekonstruieren. Konkret geht es in dieser NPD-Frauengeschichte darum, die Charakteristika der politischen Partizipation von rechtsextremen Frauen herauszuarbeiten und empirisch abgesicherte Antworten auf folgende, nur dem Anschein nach simple Fragen zu finden: Welche Frauen wurden wann und wie in der NPD aktiv? Warum wurden sie es? Mit welchem Ziel, welchen Ambitionen, welcher Wirkung und welchen Einschränkungen geschah dies?

Eine weitere Frage, die sich im Hinblick auf die hier am Geschlecht vorgenommene Unterscheidung zwischen Parteifrauen und -männern aufdrängt, ist die nach der Existenz eines genuin weiblichen Rechtsextremismus in der Bundesrepublik. Besitzen die Nationaldemokratinnen besondere Werte, Erfahrungen, Traditionen? Haben sie besondere Erwartungen an die Politik und eine spezifische Stellung in der Politik? Verfügen sie über besondere Räume, in denen sie allein oder gemeinsam Politik gestalten? Natürlich muss man sich bei einer solchen Fragestellung davor hüten, die Geschlechterdifferenz zu essentialisieren und die Frauen auf ihr Geschlecht zu reduzieren; doch hilft sie dabei, den strukturellen wie kulturpolitischen Rahmen sichtbar zu machen, in dem sich die Akteurinnen bewegen. Es ist ein Rahmen, der selbstverständlich historisch wandelbar ist und der Frauen bisweilen neue Chancen und Gelegenheiten eröffnete, die ihre Geschichte, gleichsam als katalysierende Momente, maßgeblich vorantrieben.

2. Der Forschungsstand

Obwohl über den Themenkomplex „Frauen und Rechtsextremismus“ seit den 1990er-Jahren aus soziologischer, politik- und erziehungswissenschaftlicher Perspektive schon vielseitig geforscht wurde, bleibt die Geschichte rechtsextremer Frauen, d. h. die historische Dimension ihres nationalistischen

Engagements im Nachkriegsdeutschland bzw. in der alten Bundesrepublik weiterhin stark unterbelichtet: ja, eigentlich liegt das Feld brach. Dabei ist gerade diese Perspektive besonders spannend und relevant, weil sie es ermöglicht, die (Dis-)Kontinuitäten oder, präziser gesagt, die „Wechselwirkung" zwischen der „Volkskontinuität" und der „politische[n] Diskontinuität" (Benedikt Wintgens) nach dem Systembruch von 1945 in Deutschland aus einer geschlechtszentrierten Perspektive zu hinterfragen. [3]

Für die Zeit von vor 1945 hingegen liegen ausgesprochen viele Forschungsarbeiten vor. Hier hatte der männlich dominierte „Historikerstreit", der sich 1986 in Westdeutschland an der Frage der historischen Einzigartigkeit des nationalsozialistischen Regimes und seiner Verbrechen, namentlich des Holocausts, entzündete, auch der Frauen- und Geschlechterforschung neuen Auftrieb gegeben. In der feministischen Zeitgeschichtsforschung spitzte sich kurz darauf eine zwar öffentlich weniger stark rezipierte, deswegen aber nicht weniger vehement geführte Diskussion über weibliche Beteiligungsformen im „Dritten Reich" zu. Die Feststellung, dass die NS-Forschung maßgeblich geschlechtsblind bzw. androzentrisch betrieben wurde, veranlasste Historikerinnen schon seit den 1970er-Jahren dazu, für eine militant feministische Forschung einzutreten, welche die Rolle und Handlungsmöglichkeiten von Frauen in der Diktatur auf den Prüfstand stellte. Der damals dominierende exkulpatorische Ansatz, wonach alle Frauen gleichermaßen Opfer des nazistisch-patriarchalischen Unterdrückungsregimes waren, [4] wurde im Zuge des „Historikerinnenstreits" zwischen 1989 und 1992 einer tiefgründigen Kritik unterzogen. [5] In der Diskussion setzten sich nun vermehrt Historikerinnen durch, die mit einem feministisch-selbstreflexiven Ansatz versuchten, die Rolle von Frauen im Aufstieg des Nationalsozialismus auszuleuchten, ihren Beitrag zur Stabilisierung des Herrschaftssystems offenzulegen sowie ihre „Täterschaft" bzw. „Mittäterschaft" [6] an den von ihm begangenen Verbrechen auszuloten. Diese Diskussion über die oft etwas simplifizierend als „Opfer-Täterinnen" bezeichnete

Personengruppe ermöglichte vor allem zweierlei: Frauen zum einen, ob sie nun Nationalsozialistinnen oder vom Regime Verfolgte waren, als eigenständig agierende historische Akteurinnen darzustellen, zum anderen aber auch die Ambivalenzen und Widersprüche ihres Handelns im Nationalsozialismus zu verdeutlichten und dadurch stark verzerrte, heroisierende wie viktimisierende Narrative zu entkräften. [7]

Die Frauenforschung zum Nationalsozialismus hat unzählige Monographien, Sammelbände und Aufsätze zum Thema hervorgebracht. Claudia Koonz untersuchte etwa die Rolle der NS-Frauenschaft oder des Deutschen Frauenwerks in der Propagierung und Ausführung rassistischer und antisemitischer Maßnahmen. [8] Angelika Ebbinghaus interessierte sich für diejenigen unter den Nationalsozialistinnen, die u. a. als Krankenschwestern, Ärztinnen oder KZ-Aufseherinnen am systematischen Massenmord von Millionen von Frauen, Männern und Kindern beteiligt waren. [9] Auch der Reproduktionsbereich, der den Frauen im Nationalsozialismus zugeschriebene häuslich-familiäre Bereich, geriet in den Blick der Historikerinnen. Diese beschäftigten sich mehr und mehr mit den Frauen- und Geschlechterdiskursen rund um Fortpflanzung, Mutterschaft, Sexualität, Familie und Erziehung und zeigten hierbei, wie totalitär und wirkmächtig die NS-Rassenideologie alle Lebensbereiche durchdrang und auch vor den intimsten Sphären des Alltags nicht Halt machte. [10] Das Buch „Töchter-Fragen“ von Lerke Gravenhorst und Carmen Tatschmurat trug das damals neuartige historische Wissen zusammen und machte es einer breiten Öffentlichkeit zugänglich. [11] Diese Frauen- und Geschlechtergeschichte des Nationalsozialismus erfreute sich auch über die Grenzen des deutschsprachigen Raums hinweg einer gewissen Resonanz: In Frankreich etwa gehörte Rita Thalmann, Autorin des 1982 erschienenen „Être femme sous le IIIe Reich“, zu den Pionierinnen dieser historiographischen Stoßrichtung. [12] Als interkulturelle Vermittlungsfigur brachte die 1926 in Nürnberg geborene und 1933 mit ihren Eltern ins französische Exil

geflohene Zeithistorikerin die historiographische Debatte in ihre französische Wahlheimat, wo sie von anderen ausgewiesenen Historikerinnen wie Liliane Kandel teilweise sehr erfolgreich weitergeführt wurde. [13]

Ein wichtiger Impuls kam in den 1990er-Jahren außerdem aus den Vereinigten Staaten mit den sich dort entwickelnden *Post-Colonial*- und *Critical Whiteness-Studies*. Afro-amerikanische Feministinnen wie bell hooks oder Angela Davis monierten etwa den auf den weißen Erfahrungshorizont zentrierten akademischen Mittelschichtsfeminismus, mit dem sie sich als schwarze Frauen nicht identifizieren konnten. Viel eher thematisierten sie das Zusammenspiel unterschiedlicher gesellschaftlicher wie politischer Unterdrückungsmechanismen entlang der Kategorien Geschlecht (*sex*), Klasse (*class*) und „Rasse“ (*race*). Dieser unter dem Begriff der „Intersektionalität“ gefasste Ansatz hat sich seit geraumer Zeit in der deutschen Sozialwissenschaft etabliert. Kurz nach der „Wende“ von 1989/90 war er es, der feministische Soziologinnen und Politikwissenschaftlerinnen dazu animierte, insbesondere die Verflechtung von Sexismus und Rassismus in den Mittelpunkt ihres Forschungsinteresses zu rücken. Vor dem Hintergrund der neonazistischen Gewaltauswüchse im kurz zuvor wiedervereinigten Deutschland geriet die zeitgenössische extreme Rechte ins Blickfeld der Sozialforscherinnen. Mitte des Jahrzehnts erschienen erstmals Studien, etwa die beiden Sammelbände „Frauen und Rechtsextremismus“ und „Rechte Frauen, Skingirls, Walküren und feine Damen“, [14] mit dem Zweck, die Involviertheit von sehr unterschiedlichen Akteurinnen im rechtsextremen Milieu sichtbar zu machen und somit mindestens ein Desiderat der damaligen Rechtsextremismusforschung zu beheben: ihre Geschlechtsblindheit. [15] Irritiert hatte auch Birgit Rommelspacher bereits 1991 festgestellt, dass

> „die Verdrängung der Geschlechtsspezifik in der Analyse rechtsextremer Programmatik, in der Analyse des Wahlverhaltens sowie in der Analyse rechtsextremer

> Orientierungsmuster […] nur Ausdruck einer männlichen Wissenschaft sein [kann], die in ihrer Dominanz sich eine solche Ignoranz leisten kann“. [16]

Diesem feministischen Impetus folgend, wurde insbesondere um die Jahrtausendwende viel und mit sehr unterschiedlichen Ansätzen zum Themenkomplex „Frauen und Rechtsextremismus“ geforscht. Die Frage nach den Ursachen für rechtsextremistische Einstellungen bei Frauen wurde mal aus soziologischer (Ursula Birsl, Gertrud Siller), [17] mal aus einer biographischen bzw. psychosozialen Perspektive (Michaela Köttig) [18] heraus beleuchtet; mit ihrer „Dominanzkulturthese“ hinterfragten Birgit Rommelspacher und Christine Holzkamp ferner die sozialen und gesellschaftlichen Entstehungsbedingungen von rassistischen Ausschlussdiskursen bei Frauen. [19] Auf die Ambivalenzen des antisexistischen Selbstverständnisses militanter Rechtsextremistinnen, bei Skingirls bspw., und die Überschneidungen ihres nationalistischen Diskurses mit feministischen Positionen wies wiederum Renate Bitzan hin. [20] Andere Studien dekonstruierten etwa die von der einschlägigen Presse propagierten Weiblichkeitsbilder (Kirsten Döhring/ Renate Feldmann) [21] oder lieferten akteurs- oder organisationszentrierte Analysen. Zur Sicherung und Fruchtbarmachung dieser feministisch-antifaschistischen Forschung riefen Expertinnen aus Wissenschaft, sozialer Arbeit und Zivilgesellschaft im Jahr 2000 das Forschungsnetzwerk Frauen und Rechtsextremismus ins Leben, das in diesem heute weit verzweigten Forschungsfeld weiterhin impulsgebend wirkt. [22]

Ein besonderes Augenmerk zogen bislang die von der extremen Rechten propagierten Geschlechterbilder und -narrative auf sich, wobei zu bemerken ist, dass den Männlichkeitsdiskursen verhältnismäßig weniger Beachtung geschenkt wurde. [23] Auch die Frage nach „queeren“ Diskursen, Aktions- oder Lebensformen in diesem sehr heteronormativ geprägten Milieu fand bisher wenig Berücksichtigung. [24]

Besondere Aufmerksamkeit hingegen wurde dem von der AfD nicht unwesentlich mitinitiierten Rechtsruck in der „Mitte der Gesellschaft“ zuteil, der sich in jüngster Zeit an den heftig geführten Deutungskämpfen rund um Gender, Sexualität, Differenz und Gleichheit zu kristallisieren schien. [25] Vor dem Hintergrund der allgemeinen gesellschaftlichen Polarisierungen, welche durch die „Flüchtlingskrise“ 2015/16 noch verschärft wurden, waren hierbei meist die rassistischen und antifeministischen Kampagnen des rechtsnationalen Spektrums Gegenstand von soziologischen Untersuchungen. [26]

Festzuhalten ist, dass die Sozialwissenschaften sich in den letzten Jahrzehnten multiperspektivisch und außerordentlich erkenntnisgewinnend mit dem Themenbereich Frauen bzw. *Gender* und Rechtsextremismus auseinandergesetzt haben, dass sie fachbedingt in methodischer Hinsicht aber meist sehr gegenwartsbezogen und zeitdiagnostisch vorgingen und deswegen die Frage nach geschichtlichen Kontinuitäten unbeleuchtet und unbeantwortet ließen. Demgegenüber fällt auf, dass Standardwerke, die sich mit der historischen Entwicklung der extremen Rechten, ihrer Organisationen, Parteien und Netzwerke in der Bundesrepublik befassen, die Geschlechter- und Frauenfrage fast restlos ausblenden. [27] Immerhin lassen einzelne Überblickswerke und Sammelbände Forscherinnen zu Wort kommen, doch liefern deren Beiträge formatbedingt selten mehr als eine allgemeine Forschungsbilanz zu „ihrem“ Thema. [28] Allgemein betrachtet, steckt die geschichtswissenschaftliche Erschließung der extremen Rechten nach 1949 ohnehin noch in den Kinderschuhen, obwohl zahlreiche Arbeiten im Entstehen sind. Das gilt umso mehr, als 2019 auf Initiative des Zentrums für Zeithistorische Forschung (ZZF) in Potsdam der „Zeithistorische Arbeitskreis Extreme Rechte“ (ZAER) aus der Taufe gehoben wurde. Mit dem Ziel, den Rechtsextremismus zum „Gegenstand der Zeitgeschichte“ zu machen, nahm er angesichts der jüngsten rechtsterroristischen Anschläge in Kassel, Halle und Hanau [29] zunächst die bundesdeutsche Gewalttradition des rechtsnationalen Lagers in den Blick. Bei einer Tagung im

Februar 2020 setzte er sich zum Ziel, durch eine Vielzahl an Fallstudien (Weimarer Republik, DDR, alte und neue Bundesrepublik) den nationalen bzw. transnationalen Blick für historische und räumliche Kontinuitäten (Deutschland, West- und Osteuropa) von rassistisch-nationalistischer Gewalt zu schärfen und gerade vor diesem historischen Hintergrund nach der „Neuartigkeit" des zeitgenössischen Rechtsterrorismus zu fragen. [30] Freilich kann sich der Arbeitskreis bei seiner Arbeit auf die seit Beginn der 2010er-Jahre vielseitig betriebene Forschung zum NSU-Komplex stützen, die es sich seit der Selbstentlarvung der Terrorzelle 2011 zur Aufgabe gemacht hat, ihren biographischen, sozialen und politischen Entstehungskontext zu erkunden, die Hintergründe ihrer mörderischen Taten in allen Einzelheiten aufzuarbeiten und dabei auch das Versagen der staatlichen Sicherheitsorgane offen zu benennen. [31] Während des NSU-Prozesses (2013–2018) stand insbesondere die Angeklagte Beate Zschäpe, als letzte Überlebende des mit Uwe Böhnhardt und Uwe Mundlos im Untergrund formierten NSU-„Trios", im Zentrum des öffentlichen, medialen wie auch wissenschaftlichen Interesses, weil an ihr exemplarisch weibliche Ideologisierungs- und Radikalisierungsprozesse sowie Geschlechterverhältnisse ausgelotet werden konnten. [32] Ansonsten lässt sich auch hier, in der zeithistorischen Aufarbeitung von Rechtsterrorismus und rassistischer Gewalt, eine allgemeine Geschlechtsblindheit feststellen.

Auch die Politikwissenschaft hat sich, bis auf wenige Ausnahmen, der extremen Rechten bzw. dem parteipolitischen Rechtsextremismus selten aus einer geschlechtssensiblen Perspektive genähert. Das gilt auch für die vielen Studien, die seit den 1960er-Jahren speziell über die NPD erschienen sind. Im Zuge der Parteigründung und ihrer parlamentarischen Erfolgsserie versuchte eine große Anzahl an Publikationen, oft in sehr alarmistischem Tonfall, zu erklären, wie eine offen nationalistisch auftretende Partei mit altnazistischem Personal knapp zwanzig Jahre nach Kriegsende in der doch so geläuterten Bundesrepublik politisch Fuß fassen konnte. Viele Studien schickten sich deshalb an, die personellen, strukturellen

und ideologischen Kontinuitäten der NPD zum Nationalsozialismus darzulegen, sie bisweilen mit der NSDAP gleichzusetzen. [33] Zu den Standardwerken, die einen nuancierten Blick auf das Sujet werfen, zählen Reinhard Kühnls Monographie von 1969, die ungeachtet der klaren (sozialistischen) ideologischen Prägung eine sehr differenzierte Darstellung der Aufbauphase der Parteigeschichte gibt, [34] sowie Lutz Niethammers im gleichen Jahr erschienene Studie „Angepaßter Faschismus“, deren detailreiche und stichhaltige Analysen zu Personal und parlamentarischer Praxis der NPD weiterhin unverzichtbar bleiben. Besonders aufschlussreich waren Niethammers damalige Einschätzungen zur Demokratiefähigkeit der Partei sowie zu den generationellen Konflikten zwischen „Post“- und „Neofaschisten“, die die Partei nach der verlorenen Bundestagswahl von 1969 tatsächlich zur strukturellen Implosion führten. [35] Zu Beginn der 1970er-Jahre, als die NPD, scheinbar dem Niedergang geweiht, ihre Hegemonialstellung in der „nationalen Opposition“ verlor, wandten sich die Politikwissenschaftler anderen Parteien des Spektrums, etwa der 1970 als Verein gegründeten DVU, zu. Die NPD wurde dann meistens nur noch als Vergleichsgegenstand bemüht, um andere rechtsnationalistische Parteien zu charakterisieren. [36]

In den 1990er-Jahren entstanden erstmals Arbeiten über Frauen in den Parteien der extremen Rechten. [37] Besonders die politisch zeitweise erfolgreichen Republikaner (REP) wurden für die Analyse herangezogen. Anhand von Interviews verdeutlichten etwa Annette Skrzydlo und Nicola Wohllaib, mit welchen hauptsächlich rassistisch-xenophoben Motivationen die Republikanerinnen in die Politik gingen [38] – ein Fazit, das auch Britta Ruth Büchner in ihrer Studie „Rechte Frauen, Frauenrechte und Klischees der Normalität“ über die REP zog. [39] Nach dem Einzug der NationaldemokratInnen in den Sächsischen Landtag rückte die NPD Mitte der 2000er-Jahre wiederum erneut stärker in den Fokus der Wissenschaft, die sie über 30 Jahre lang nahezu ignoriert hatte. Einschlägige Monographien interessierten sich nun vornehmlich für ihre

Geschichte, für Parteiapparat, Programmatik und Strategie, ebenso für ihre männlichen Akteure – nicht aber für die Akteurinnen, die weiterhin außer Acht gelassen wurden. [40] Ausnahmen bildeten hier die Beiträge von Cordelia Heß, Rena Kenzo und Gabi Elverich in dem Sammelband „88 Fragen und Antworten zur NPD". [41] Darin stellten sie erstmals die Aktivitäten der Parteifrauen dar und gaben Einblicke in deren völkische Familienpolitik. Letztere stand ebenfalls im Vordergrund der Studie Regina Webers über das Parteiorgan „Deutsche Stimme". [42] Darüber hinaus befasste sich der französische Germanist und Zeithistoriker François Danckaert in einem Aufsatz mit der Wirksamkeit des 2006 gegründeten Rings nationaler Frauen, der NPD-Frauenorganisation, [43] der auch Andrea Röpke einiges an journalistischer Recherchearbeit widmete. [44]

Mit dem Aufstieg des Rechtspopulismus in Deutschland hat sich der Schwerpunkt in den 2010er-Jahren auf die diversen anderen Vertreter der sogenannten „Neuen Rechten" verlagert: Im Mittelpunkt zahlreicher Studien steht die politische Selbstinszenierung von „Bewegungen" wie PEGIDA oder den „Identitären", deren Denkmuster und Geschlechterdiskurse ebenso unter die Lupe genommen werden. [45] Besondere Aufmerksamkeit kommt dabei, ihrem politischen Gewicht entsprechend, natürlich der 2013 gegründeten Alternative für Deutschland (AfD) zu, über die bislang sehr viel [46] – und ebenfalls geschlechtszentriert [47] – geforscht wurde. Ganz vereinzelt näherten sich Studien dem Themenbereich auch aus europäischer Perspektive. So wurden Parteien wie NPD oder AfD in komparatistischen Studien mit dem französischen Rassemblement national (vor 2018: Front national), der österreichischen FPÖ oder der italienischen Lega Nord verglichen. [48] Mit Blick auf die transnationalen Verflechtungen rechtsextremer Akteurinnen und Geschlechternarrativen leistete etwa der 2017 von Renate Bitzan, Michaela Köttig und Renate Petö herausgegebene Sammelband „Gender and Far Right Politics in Europe" [49] einen entscheidenden Beitrag zur Erforschung globaler, von rechtspopulistischen Kräften

mitverursachter Diskursverschiebungen in Europa und darüber hinaus. Damit setzte sich 2020 auch der Band „Right-Wing Populism and Gender“ auseinander. [50]

Insgesamt lässt sich aus diesem Forschungsstand folgern, dass das „Dritte Reich“ zwar schon oft Gegenstand frauen- und geschlechterhistorischer Forschung war, eine entsprechende, die Geschichte rechtextremer Frauen in den Fokus nehmende Forschung für die Bundesrepublik, trotz aller sozial- wie politikwissenschaftlicher Arbeiten der letzten Jahrzehnte zum Thema, aber noch aussteht. Denn auch für die NPD gilt das zugespitzte Fazit: Die sie betreffenden historischen Analysen sind genauso geschlechtsblind, wie die genderzentrierten Studien geschichtsblind sind. Dank einer empirisch fundierten, auf die Frauen gerichteten Aufarbeitung der NPD-Geschichte möchte die vorliegende Untersuchung dazu beitragen, dieses historiographische Manko auszugleichen.

3. Verortung der extremen Rechten in der bundesdeutschen Demokratie: die theoretische Rahmung

Zur Erfassung des Forschungsgegenstandes bieten sich zahlreiche konkurrierende Begriffe [51] und Modelle an, die jeweils auf unterschiedlichen Herangehensweisen und Forschungspraktiken beruhen. Nicht alle eignen sich für die Untersuchung von rechtsextremen Parteien. Zu ihrer Benennung stößt man in der Fachliteratur meistens auf die Oberbegriffe „Rechtsextremismus“ [52] und „extreme Rechte“, die bisweilen auch synonym verwendet werden, obwohl beide, so Gideon Botsch, auf unterschiedliche Aspekte des Gegenstandes verweisen: Der „Rechtsextremismus“ beziehe sich in erster Linie auf die gesamtgesellschaftliche Nachfrage (*Demand*) und nehme insofern die Einstellungsebene, die Überzeugungen und das Wahlverhalten in den Blick, während die „extreme Rechte“ sich dem politischen Angebot (*Supply*), d. h. den AkteurInnen,

Institutionen und Strukturen, annehme und deswegen im besonderen Maße für die Analyse von politischen Parteien tauge. [53] Diesem Ansatz folgend, unterscheidet auch diese Studie zwischen der „extrem rechten“ bzw. rechtsextremen NPD und den rechtsextremistischen Denkstrukturen ihrer AkteurInnen.

Außerdem muss darauf hingewiesen werden, dass der Begriff „Rechtsextremismus“ auch von staatlicher Seite zum Zwecke des Staatsschutzes gebraucht wird: Als Vorreiter der „streitbaren Demokratie“ verwenden die Sicherheitsbehörden, allen voran das Bundesamt für Verfassungsschutz, diese Begrifflichkeit seit den 1970er-Jahren zur Einordnung und Bewertung von verfassungsfeindlichen Bestrebungen im linken wie im rechten Spektrum. [54] Die staatlichen Stellen berufen sich dabei von jeher auf die „Extremismustheorie“ der Politikwissenschaftler Uwe Backes und Eckard Jesse, die den „Extremismus“ – ob von „rechts“, von „links“ oder in seiner religiös-fundamentalistischen Variante – normativ nach verfassungsrechtlichen Kriterien definieren. Als „verfassungswidrig“ gelten folglich alle politischen Kräfte, welche die freiheitlich-demokratische Grundordnung in Frage stellen und die Verfassungsdemokratie mit ihren im Grundgesetz verankerten Grundwerten, Verfahren und Institutionen ablehnen: [55] Entsprechend erklären Backes und Jesse, dass der Extremismus „als Sammelbezeichnung für unterschiedliche politische Gesinnungen und Bestrebungen“ gelten kann, die „sich in der Ablehnung des demokratischen Verfassungsstaats einig wissen“. [56] Demokratische bzw. verfassungsrechtliche Normen (Volkssouveränität, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit, Freiheit) bilden somit den Ausgangspunkt ihrer Begriffsdefinition. Gedeutet als extreme Form des Antidemokratismus, unterscheide sich der „Extremismus“ von der „demokratischen Mitte“, [57] weil er, anders als sie, weder die Legitimität des Staates noch seine demokratischen Grundwerte, -rechte und -freiheiten anerkenne. Als rechtsextremistisch können demnach jene politischen Kräfte eingestuft werden, die ihr fundamental manichäisches, antiliberales und autoritäres

Weltbild auf einer „Ideologie der Ungleichheit“ fundieren, welche die Zugehörigkeit zum eigenen „Volk“ nationalistisch überhöht und die „Andersartigkeit“ von Menschen, sozialen Gruppen oder Nationen stigmatisiert. Rassismus, Xenophobie, Antisemitismus und Muslimfeindschaft, Sexismus und LGBTQI+-Feindschaft sind nur einige Beispiele der von diesem ideologischen Differentialismus abgeleiteten und propagierten Diskriminierungsformen.

In der Forschung wird dieses „Extremismus“-Modell sehr kontrovers diskutiert. Völlig zu Recht werfen ihm seine schärfsten KritikerInnen vor, sämtliche Extremismus-Formen über einen Kamm zu scheren bzw. Rechts- und Linksextremismus pauschal gleichzusetzen, wie es die ihm anverwandte „Hufeisen“-Theorie macht. Demnach stünden, so schreibt es Eckard Jesse, „die beiden Hauptvarianten des Extremismus – Rechts- und Linksextremismus – [...] nur scheinbar in einem diametralen Gegensatz. Einerseits sind sie weit voneinander entfernt, andererseits dicht benachbart – wie die Enden eines Hufeisens.“ [58] Der Rechtsextremismus negiere sowohl die Freiheit als auch die Gleichheit, während der Linksextremismus die Gleichheit zuungunsten der Freiheit verabsolutiere. Deswegen seien beide im Grunde potentiell staats- und verfassungsfeindlich. Auf dem Papier mag die Theorie anschaulich und überzeugend klingen, doch hält sie den empirischen Befunden insgesamt nicht stand. Rechts- und Linksextremismus sind weder „benachbart“ noch gleichzusetzen, dafür klaffen deren ideologischen Definitionsmerkmale sowie historischen Entstehungskontexte zu weit auseinander. Auch sind ihre Gewaltaffinität oder ihr Bedrohungspotential (politisch motivierte Kriminalität, Terrorismus usw.) für die bestehende Ordnung beileibe nicht zu vergleichen: Das Narrativ trägt maßgeblich dazu bei, das Gefährdungspotential, das vom linken Spektrum ausgeht, zu dramatisieren, zugleich aber die Gefährlichkeit rechter AkteurInnen und Ideologien zu relativieren. Im Grunde genommen kann dieses auch von politisch konservativen Kreisen gern bemühte Erzählmuster als Relikt des

„antitotalitären Konsenses“ – sprich: des stark antikommunistisch geprägten Konsenses – der alten Bonner Republik gewertet werden. Zwar wurde es in der Berliner Republik aktualisiert und angepasst, doch bleibt es ein Produkt des Kalten Krieges. Als solches ist es anachronistisch.

Ein weiterer Kritikpunkt betrifft die manichäische Gegenüberstellung von Extremismus und „demokratischer Mitte“. Dass Antidemokratismus, Ungleichheits-, Diskriminierungs- und Ausschlussdiskurse einseitig dem Extremismus zugeordnet werden und der Rechtsextremismus wiederum am politisch-gesellschaftlichen „Rand“ verortet wird, verschließt den Blick auf den „Extremismus der Mitte“, d. h. auf Exklusionsdiskurse und -praktiken (Ressentiments, Vorurteile, Gewalt), die schicht- und lagerübergreifend in der „Mitte der Gesellschaft“ vorhanden sind und je nach Intensität und Ausprägung ebenso antidemokratische Züge annehmen können. Damit verbunden bemängeln KritikerInnen der „Extremismus“-Theorie drittens die zu große Fokussierung auf den abstrakten Staat, auf Institutionen und Verfassungsnormen. Zu wenig würde sie sich mit den rassistischen, antisemitischen, sexistischen oder LGBTQI+-feindlichen Diskursen und Praktiken sowie mit ihren Folgen für die Betroffenen befassen, allgemein also die Feindbilder, Zielscheiben und Opfer des Hasses außer Betracht lassen. [59] Genau hier, bei den mentalen Strukturen, den Vorurteilen und Einstellungen in der Bevölkerung, setzte etwa Wilhelm Heitmeyers Langzeitstudie „Deutsche Zustände“ (2002–2011) an. [60] In diesem Projekt des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld ging es vorrangig darum, mithilfe von Umfragen, Statistiken und Interviews die Entwicklung der „gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ gegenüber Minderheiten alljährlich und gesamtgesellschaftlich zu messen und sozialpsychologisch bzw. soziologisch zu erklären. Im Blickpunkt standen u. a. ethnische wie auch religiöse, sexuelle oder soziale Vorurteile gegen MuslimInnen, Jüdinnen und Juden, Sinti und Roma, Frauen und „queere“ Personen, Arbeitslose, Obdachlose oder Behinderte, die sich besonders in Krisenzeiten

Diskriminierungen und Stigmatisierungen ausgesetzt sahen und sehen. Gewiss leistete die Forschungsgruppe mit dem zusammengetragenen und ausgewerteten Material einen immensen Beitrag zur Ermittlung menschenfeindlicher Einstellungen im Nachwende-Deutschland, und nicht nur, weil sie das horrende Ausmaß jener Einstellungen in der Gesamtbevölkerung zur Sprache brachte, sondern auch weil sie die Wirkmächtigkeit der ihr zugrunde liegenden „Ideologie der Ungleichwertigkeit“ darlegte. Doch kann die „gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ nur bedingt für die vorliegende Studie fruchtbar gemacht werden, weil sie sich vornehmlich auf die Einstellungsebene konzentriert, weniger aber die Strukturen und AkteurInnen in den Blick nimmt, die jene Vorurteile in der Bundesrepublik ideologisch und politisch bedienen.

Diesbezüglich plädierte etwa der Politikwissenschaftler Richard Stöss dafür, beide Perspektiven, Nachfrage und Angebot, miteinander zu verbinden. Er legte ein Modell vor, das den „latenten Rechtsextremismus“ (autoritäre, sozialdarwinistische, chauvinistische, antisemitische, rassistische Einstellungen) vom „manifesten Rechtsextremismus“ (Wahlverhalten, Parteien, Organisationen, Gewalt) unterschied, beide aber in Beziehung zueinander setzte. [61] Interessant ist seine Herangehensweise, weil sie die Multidimensionalität des Gegenstandes offenbart, die Verzahnung von rechtsextremistischen Einstellungen mit rechtsextremen Verhaltensformen problematisiert, diesbezüglich aber auch den Graben verdeutlicht, der zwischen beiden Ebenen existiert – denn rechtsextremistische Überzeugungen führen bei weitem nicht immer zu einem rechtsextremen Verhalten und Handeln. Im Gegensatz zur „Extremismus“-Theorie konzentriert sich Stöss’ Ansatz weniger auf das problematische Verhältnis des „manifesten Rechtsextremismus“ zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung, doch ist gerade diese Frage von Belang, wenn man sich etwa der NPD annehmen möchte. Denn für sie gilt der Grundsatz, dass sie, solange sie nicht verboten ist, Teil eines politischen Systems ist, das sie ablehnt bzw. bekämpft. Daher rührt ihre paradoxe Stellung als antidemokratische Kraft

in der bundesdeutschen Demokratie.

Selbstverständlich kann man die extreme Rechte, ihre Mobilisierungserfolge, Kampagnen und Entwicklungen nicht verstehen, wenn man die mentalen Strukturen, die Einstellungen, Vorurteile und Motivationen ihrer AkteurInnen außen vor lässt (Stöss). Selbstverständlich ist auch, dass der menschenfeindliche Hass, also die gezielte Stigmatisierung und Diskriminierung von ausgewählten Menschengruppen oder Minderheiten ein wesentliches, wenn nicht das Hauptmerkmal ihrer differentialistischen Ideologie ist (Heitmeyer). Doch kann man diesen nationalistischen Differentialismus historisch gesehen nicht außerhalb des demokratisch-republikanischen Rahmens betrachten und erklären, den die extreme Rechte politisch und ideologisch seit 1949 immer wieder zu sprengen versuchte (Backes/Jesse). [62] Insofern steht das Spannungsverhältnis der NPD zur Bonner und später zur Berliner Republik im Zentrum des Forschungsinteresses, weil es erlaubt, deren Demokratie(un)fähigkeit bzw. Demokratie(un)willigkeit zu messen und diese dabei auch in Frauen- und Geschlechterhinsicht zu hinterfragen. Gemeinsam ist den hier erwähnten Erklärungsmodellen nämlich, dass sie das Geschlecht als strukturierendes Definitionsmerkmal für den „Rechtsextremismus“ so gut wie unberücksichtigt lassen. [63]

Doch kann gerade das Geschlecht als Analysekategorie dabei helfen, das komplexe Verhältnis rechtsextremer Parteien zur Demokratie differenzierter zu betrachten. In dieser Hinsicht greift Jesses These, wonach der „Extremismusbegriff“ als „Gegenbegriff zum demokratischen Verfassungsstaat“ zu verstehen ist, „Demokratie“ und „Extremismus“ folglich als „antithetisches Begriffspaar“ zu deuten sind, zu kurz. [64] Bis zum 17. Januar 2017, dem Tag also, an dem das Bundesverfassungsgericht die NPD als verfassungsfeindlich einstufte, ohne sie zu verbieten, bewegte sich die Partei am Rande des politischen Systems und der Verfassungsmäßigkeit. Seit über einem halben Jahrhundert spielt sie, als (fundamental)oppositionelle Akteurin, meist widerwillig das Spiel der Demokratie mit, beteiligt sich etwa an Wahlen,

bevorzugt politisch legale Mittel, nimmt also die staatlichen Verfahren, Normen und Institutionen formal hin. Zugleich propagiert sie aber ein politisches Ideal, das im offenen Widerspruch zum Grundgesetz steht, weil sie es vom Prinzip einer ethnisch homogen definierten „Volksgemeinschaft" ableitet, das Menschenwürde, Grundrechte wie Freiheiten negiert und Minderheiten ausschließt. In dieser imaginierten sozialen Ordnung ist die herrschende Norm männlich; Frauen wird (wenn überhaupt) nur eine nachrangige Rolle zugedacht. Auch werden sie politisch nicht spontan in die Umsetzung des Ideals einbezogen. Darin besteht seit jeher das Paradox nationalistischer bzw. rechtsextremer Frauen: Sie identifizieren sich mit einem politischen Projekt, an dessen Mitgestaltung sie gehindert werden. Schon im Nationalsozialismus war es Frauen verboten, sich in der NSDAP politisch zu betätigen; Mitglied durften sie werden, nicht aber Parteifunktionärinnen. Interessanterweise konnten sich aber ebenjene vormals von der politischen Praxis ausgeschlossenen Nationalsozialistinnen in der Bundesrepublik nach 1949 aktiv parteipolitisch beteiligen. Um dieses Recht auf Partizipation in der stark männlich dominierten „nationalen Opposition" einzufordern, beriefen sie sich ausgerechnet auf das Gleichberechtigungsgebot des Grundgesetzes (Art. 3, Abs. 2), das allen Frauen, auch den rechtsextremen, ein Mindestmaß an politischer Beteiligung garantiert. Wie Helga Maria Hernes schrieb, haben Frauen im demokratischen Kontext „einen rechtmäßigen Anspruch auf die gleiche Mitwirkung wie Männer, einen Anspruch, der sich auf die Annahme gründet, dass alle Gruppen einer Gesellschaft das Recht haben sollten, an sie betreffenden Entscheidungen teilzunehmen". [65] Darin besteht das demokratische Dilemma der Nationaldemokratinnen: Sie begreifen Demokratie durchaus als Chance und nutzen sie zur eigenen politischen Selbstermächtigung. Das zweite Paradox gründet also darauf, dass diese Akteurinnen das demokratische Prinzip, die damit verbundenen liberalen Werte bspw., eigentlich ablehnen, sein antisexistisches Postulat aber auszuschöpfen versuchen, um sich innerhalb der männlich-hegemonialen Parteipolitik Gehör

zu verschaffen, jene mitzubestimmen. Seit den 1960er-Jahren prägt ihr Ringen um politische „Gleichheit“ oder „Gleichwertigkeit“, um innerparteiliche „Demokratie“, um Anerkennung, Legitimität und Mitwirkung die Machtverhältnisse und Geschlechterdynamiken in der NPD. Andererseits können die Integration – bzw. Duldung – von Frauen und die wenn auch oft minimale parteiinterne Berücksichtigung ihrer Belange und Forderungen gewiss als Zugeständnisse an die liberale Demokratie gewertet werden. Zugespitzt formuliert, kann die extreme Rechte in der demokratischen Moderne nur bestehen, wenn sie Elemente ebenjener von ihr bekämpften Moderne übernimmt. In abgewandelter Form ist genau dies Ausdruck eines von Martin Greiffenhagen als „konservatives Dilemma“ [66] bezeichneten Zwiespalts, der auch für die NPD bezeichnend ist. Dieses Verhältnis zu Moderne und Zeitgeschehen bestimmt das ambivalente, sich durchaus auch wandelnde Verhältnis der Partei und ihrer VertreterInnen zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Nur in diesem Rahmen lassen sich die Geschlechterarrangements sowie die parteiinternen Demokratisierungs- bzw. Feminisierungsprozesse verstehen.

Für Frauen sind die Partizipationsbedingungen in der NPD formal gesehen die gleichen wie in anderen Parteien. Auch in den republikanisch-demokratischen Parteien stoßen Frauen auf geschlechtsspezifische Hürden und Hemmnisse, die historisch gewachsen sind und maßgeblich mit der deutschen politischen Kultur zusammenhängen. Aller Demokratisierung, Liberalisierung und Pluralisierung zum Trotz beruht diese Kultur maßgeblich auf männlich geformten Traditionen und Praktiken, die über Jahrhunderte ohne Frauen auskamen, ja Frauen ganz explizit bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts aus der Politik ausgrenzten. In Form einer „sedimentierten Männlichkeit“ (Eva Kreisky) erhalten ihre Repräsentanten auch heute noch, über 70 Jahre nach der Gründung der Bundesrepublik, die männliche Deutungs- und Gestaltungsmacht in ihren Institutionen, Parteien und Parlamenten aufrecht, beeinflussen so die weibliche *Agency* und bedingen die von Frauen immer wieder beklagte „Fremdheit in der Politik“ (Bärbel Schöler-Macher). Die

Nationaldemokratinnen bilden hier keine Ausnahme. Sie können deswegen auch als Beispiel, wenn auch freilich als sehr ambivalentes, für die allgemeinen Partizipationsmöglichkeiten von Frauen im politischen System der Bundesrepublik betrachtet werden. Die Frage nach ihrer Repräsentativität sei hiermit gestellt. Unzweifelhaft ist jedenfalls, dass weder die NPD noch ihre AkteurInnen je im luftleeren Raum standen. Seit ihrer Gründung hat sich die rechtsextreme Partei mit den politisch-kulturellen Traditionen der Bundesrepublik auseinandergesetzt, sich mit den herrschenden Verhältnissen, Normen und Regeln arrangiert, von der Demokratie profitiert, sie natürlich auch bekämpft. Deswegen ist sie gewiss nicht das Gegenteil der bundesdeutschen Demokratie, sondern ein widerstrebender Teil von ihr.

4. Der methodische Ansatz

Wer sich der Geschichte der NPD-Frauen seit 1964 annimmt, kann nicht umhin, erstens nach den rechtsextremen Generationen bzw. den postnazistischen Kontinuitäten in der Bundesrepublik zu fragen. Im Zentrum stehen dabei jene Akteurinnen und Akteure aus der Vorkriegsgeneration, sprich der „Erlebnisgeneration“, die sich nach 1945 an der politischen Perpetuierung des nationalsozialistischen Gedankens beteiligten. Biographische Verläufe und Erfahrungen, Familiendynamiken, das Verhältnis zu Vergangenheit und Gegenwart, politische Vorbelastung, Herkunft und soziale Verortung können als Erklärungsfaktoren herhalten, um zu verstehen, warum sich Frauen und Männer in der liberalen Demokratie sowohl einem staatlich-politisch desavouierten Ideal als auch einem gesamtgesellschaftlich marginalisierten Milieu verschrieben. Damit verbunden ist der Generationskonflikt mit der im Laufe der Zeit, vor allem aber in den 1980er- und 1990er-Jahren, aufkommenden neuen Generation, der nachgeborenen „Bekenntnisgeneration“, die ein neues Selbstverständnis, neue Methoden und Ansätze mit sich

brachte. Diesen Generationswechsel, innerparteilich markiert durch den Übergang von den Parteigründerinnen zu den „Erbinnen“ und später von den „Erbinnen“ zu den „Bekennerinnen“, möchte das vorliegende Buch auch in Bezug auf das nationalistische Projekt der Akteurinnen und ihres Verhältnisses zur unmittelbaren Gegenwart, zu Staat und Demokratie im geteilten und später wiedervereinigten Deutschland analysieren.

Neben der Generationsfrage stehen zweitens die innerparteilichen Partizipationsmöglichkeiten der Nationaldemokratinnen im Mittelpunkt der Untersuchung. Diese befasst sich vorrangig mit der politischen und parlamentarischen Praxis der Parteifunktionärinnen und deren Handlungsspielräumen auf unterschiedlichen Ebenen, vorrangig aber in den Bundes-, Landes- und Kreisvorständen. Anhand der gezielten Prüfung individueller wie kollektiver Laufbahnen von Frauen, ihrer Integration, Funktionen, Tätigkeitsbereiche und Karrierechancen soll die *Agency* der Akteurinnen ergründet werden. Zentral ist dabei auch die Frage, wie Frauen mit der männlichen Hegemonie und ihrem Minderheitsstatus innerhalb der Partei auskamen. Ein besonderes Augenmerk wird hierbei auf die Grenzen der Teilhabe gelegt, auf den Sexismus und die Diskriminierungen, die sie als Frauen in einem ihnen gegenüber eher feindselig eingestellten Umfeld erfuhren und immer noch erleben. Sie sind konsequenterweise auch im Lichte der allgemeinen Partizipationsbedingungen von Frauen in den Parteien und Parlamenten der Bundesrepublik seit den 1960er-Jahren zu betrachten, um die Singularität oder im Gegenteil die Normalität der *condition féminine* in der extremen Rechten einschätzen zu können. Gefragt wird nach den Machträumen, die sich Frauen in diesem Zusammenhang erkämpfen konnten. Diesbezüglich sollen geschlechtliche Machtverhältnisse ausgelotet, damit einhergehende Rollenerwartungen geprüft und weibliche Bewältigungsstrategien, Ermächtigungsdiskurse und Selbstbehauptungspraktiken der Nationaldemokratinnen analysiert werden.

Einen zentralen Punkt bilden drittens deren Sammlungs-

und Organisationsbestrebungen. Immer wieder haben die Nationaldemokratinnen versucht, die Frauenarbeit zu koordinieren und zu potenzieren. In der untersuchten Periode gibt es gleich mehrere Beispiele solcher weiblicher Zusammenschlüsse – der Bundesbeirat der Frauen der NPD in den 1960er-Jahren, die NPD-Frauengruppen in den 1970er-Jahren, der Skingirl-Freundeskreis in den 1990er-Jahren, die Gemeinschaft deutscher Frauen sowie der Ring nationaler Frauen ab den 2000er-Jahren. Zwar stehen diese mehr oder weniger formalisierten bzw. autonomen Gruppen, Bündnisse, Netzwerke und Organisationen der Partei unterschiedlich nahe, doch zeugen sie alle von geschlechtlichen Aushandlungsprozessen, vom kollektiven, von Frauen geäußerten Willen, eigene politische Interessen zu artikulieren und sichtbar zu machen. Natürlich sind derartige weibliche Zusammenschlüsse nicht neu, historische Vorbilder finden sich in den konservativen, nationalistischen oder völkischen Kreisen der Zwischenkriegszeit oder in den Frauenverbänden des „Dritten Reichs“. Auch können die erste Frauenbewegung des ausgehenden 19. Jahrhunderts, gar die Autonome Frauenbewegung der 1970er-Jahre als Modelle hinterfragt werden; offenbar unterhielten die Nationaldemokratinnen bisher nämlich ein sehr komplexes Verhältnis zum politischen Feminismus. Mal diente er ihnen als Modell zur eigenen Traditionsbildung und Legitimierung, mal als Gegenmodell zur eigenen antifeministischen Profilierung.

Viertens befasst sich die vorliegende Untersuchung auch mit der Ideologie der Nationaldemokratinnen. Im Zentrum des Interesses steht hierbei die Entwicklung der Parteiprogrammatik, die maßgeblich aus Versatzstücken unterschiedlicher, im Laufe der Zeit in die Partei hineingetragener Traditionen besteht. Nach und nach wurden Elemente der „Konservativen Revolution“, des Nationalkonservatismus oder der „Neuen Rechten“ integriert, zu Beginn des 21. Jahrhunderts stellte sich die Partei dann explizit in die Kontinuität zum Nationalsozialismus. Die sukzessive Aufnahme und Bündelung unterschiedlicher nationalistischer

Traditionen veranschaulichen den zeitlichen wie räumlichen Transfer von Ideen und Konzepten in der Partei und in der extremen Rechten allgemein. Das politische Projekt der NPD fußt seit ihrer Gründung auf dem Mythos der „Volksgemeinschaft“, [67] der im Laufe des 19., 20. und 21. Jahrhunderts stets aktualisiert bzw. je nach Zeit und Kontext neu interpretiert wurde. Seit den 1960er-Jahren dient er den Parteifrauen als Projektionsfläche, um die Stellung und Funktion „der Frau“ in der nationaldemokratischen Geschlechterordnung zu bestimmen. Vor diesem Hintergrund sollen besonders die in der Partei transportierten Geschlechterbilder erkundet werden. Im Fokus stehen dabei natürlich auch deren Auswirkungen auf die politische Gestaltung des „Frauenbereichs“, sprich auf die von den Nationaldemokratinnen propagierte Frauen- und Familienpolitik. Im Laufe der Jahrzehnte wurde diese weiterentwickelt. Sie dehnte sich auf neue Felder aus und konnte im Zuge der in der Öffentlichkeit geführten Debatten, gesellschaftlichen Entwicklungen und politischen Reformen, d. h. je nach Kontext und Zeitgeschehen, mal progressiver, mal reaktionärer ausfallen. In diesem Zusammenhang lässt sich punktuell der Ansatz der Intersektionalität bemühen, um das Zusammenspiel von unterschiedlichen Unterdrückungs- oder Diskriminierungsnarrativen, etwa von Sexismus, Rassismus und Antisemitismus, zu untersuchen. Seit den 1980er-Jahren nimmt gerade der Rassismus einen beachtlichen Platz in der nationaldemokratischen Propaganda ein; in dieser Studie soll seiner weiblichen Prägung bzw. seiner „Vergeschlechtlichung“ deswegen gezielt nachgegangen werden.

In Verbindung zur Ideologie müssen selbstverständlich auch der Aktivismus, die einschlägigen Kommunikationsformen und die ideologischen Verbreitungskanäle unter die Lupe genommen werden. Lange Zeit betrieben die Nationaldemokratinnen eine traditionelle Öffentlichkeitsarbeit – sie publizierten etwa Artikel im Parteiorgan, hielten Tagungen ab und präsentierten sich an Informationsständen. Sie schöpften dann aber, ab den 2000er-Jahren, parallel dazu auch die neuen Kommunikations- und Mobilisierungsformen voll aus,

die das Internet bietet. Die Internetauftritte der Nationaldemokratinnen sind ein genuin weiblich-digitaler Raum. Ihren Inhalten und Selbstpräsentationen – vereinzelt kann hier auch auf die sozialen Medien geblickt werden – soll deshalb eine besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden. Durch ihren Aktivismus, ob auf der Straße, in den Parlamenten oder im Internet, leisteten sie bislang einen wesentlichen Beitrag zur Errichtung einer extrem rechten Teilkultur in der Bundesrepublik.

Der hier gewählte multiperspektivische Ansatz – die Fokussierung auf die Akteurinnen und deren Handlungsmöglichkeiten, Praxis, Entfaltungsräume, Gedankenwelten und Diskurse – soll es ermöglichen, einerseits exemplarisch Feminisierungsprozesse in der extremen Rechten herauszuarbeiten, andererseits aber auch allgemein neue Erkenntnisse über die politischen Partizipationsmöglichkeiten von Frauen in der (west-)deutschen Demokratie zu gewinnen.

5. Quellenlage und Archive

Empirisches Material zu den Nationaldemokratinnen zu finden, ist beileibe kein einfaches Unterfangen. Erschwert wird der Zugang zu den Quellen dadurch, dass die NPD politisch-gesellschaftlich stark marginalisiert ist und selber kaum an der Bewahrung ihres Gedächtnisses in Form von Archivalien interessiert zu sein scheint. Zumindest gewährt sie Forschenden keine Einsicht in ihr eigenes Parteiarchiv, falls ein solches überhaupt vorhanden ist. Öffentliche Forschungseinrichtungen wie Umfrageinstitute oder statistische Ämter lassen die rechtsextreme Partei meist außer Acht. Das Bundesamt für Verfassungsschutz wiederum, das seit geraumer Zeit die Partei und ihre AkteurInnen observiert, gibt seine Unterlagen und Archivquellen aus Datenschutz-, Geheimhaltungs- und sicherheitspolitischen Gründen bekanntermaßen nicht heraus. Nicht zuletzt sammeln auch Frauenarchive, von denen es mittlerweile viele gibt, aus politisch bzw. feministisch

nachvollziehbaren Erwägungen keine Schriften oder Nachlässe von nationalistischen oder rechtsextremen Frauen. So bleibt dem oder der Forschenden nur, die wenigen öffentlichen oder privaten Archive ausfindig zu machen, die NPD-Bestände zur Verfügung stellen, und jene mühsam nach „weiblichen Spuren“ zu durchforsten. Mit Geduld und Beharrlichkeit gelingt das aber auch.

Die Quellenlage variiert je nach Periode.[68] Für die 1960er-Jahre ist der Fundus noch vergleichsweise breit angelegt, weil sich die AkteurInnen damals selbst um die Archivierung ihrer Dokumente bemühten. 1981 übergab etwa Adolf von Thadden, der emblematische NPD-Parteivorsitzende (1967–1971), dem Niedersächsischen Hauptstaatsarchiv Hannover (heute: Niedersächsisches Landesarchiv) seine voluminösen NPD-Unterlagen. Sein Nachlass besteht aus einer Fülle an internen Parteidokumenten, Rundbriefen, Sitzungsprotokollen, Manuskripten, Werbe- und Parteitagsunterlagen, Korrespondenzen, KandidatInnenlisten und Programmentwürfen. In Hannover findet sich ebenfalls der zwar spärlichere, aber doch ertragreiche Nachlass von Gertraude Winkelvoß, der ersten Bundesfrauenreferentin und einer der Hauptprotagonistinnen der Frühphase. Die vielfältigen Notizen, Arbeitspapiere, Rundschreiben, Protokolle, Artikel und Briefe, die sie an politische Weggefährtinnen schrieb, geben Auskunft über die politischen Motivationen, die Gedanken- und Gefühlswelt dieser Nationalistin. Darüber hinaus offenbaren sie auch ganz konkret ihre Mitwirkungsspielräume, sowohl in der Parteipolitik als auch in der Mobilisierung für die „nationale Sache“. In der Archivbibliothek der Friedrich-Schiller-Universität Jena kann zudem der Vorlass des Zeithistorikers Lutz Niethammer eingesehen werden. Basierend auf dem für seine eigenen Recherchen gesammelten Material zur parlamentarischen Praxis der NPD der 1960er-Jahre, [69] enthält der Bestand wertvolle Daten zu Herkunft, Laufbahn und nationalsozialistischer Vorbelastung der ParteifunktionärInnen. Ergänzt wurde dieses Archivgut durch „Stasi“-Quellen des BStU in Berlin. Da die Staatssicherheit der ehemaligen DDR

rechtsextreme Bestrebungen in der Bundesrepublik gezielt beobachtete, war sie über einschlägige AkteurInnen, Organisationen und Aktivitäten bestens informiert. Mit seiner üppigen Sammlung an damals von Stasi-Offizieren und „Inoffiziellen Mitarbeitern“ (IM) produzierten Berichten und Evaluationen bietet das BStU heute ein sehr umfangreiches Material, das trotz des evidenten „sozialistisch-antifaschistischen“ Bias scheinbar aus „nächster Nähe“ über Praxis und Lebenskontext der NPD-Gründungsgeneration informiert. Das Münchener Institut für Zeitgeschichte seinerseits stellt u. a. sämtliche KandidatInnenlisten für die Bundestagswahlen von 1965 bis 1980, ebenso zahlreiche Parteiprogramme und -satzungen sowie Zeitungsausschnitte zur Verfügung. In der Staatsbibliothek zu Berlin kann man Ausgaben des ersten Presseorgans der NPD, der „Deutschen Nachrichten“ (Jahrgang 1967 bis 1973), konsultieren. Als Informationsmedium und Propagandaplattform enthält diese Parteizeitung wichtige Angaben über Wahlkampagnen, Treffen und Aktionen sowie Tagungs- und Verbandsberichte. Auch ließ sie regelmäßig Autorinnen mit Einschätzungen zum „weiblichen Bereich“ (Familie, Haushalt, Erziehung, Gesundheit) oder mit geschichtlichen Erfahrungsberichten zu Wort kommen. So gibt sie unmittelbaren Aufschluss über die sich insbesondere während der bewegten „APO“-Zeit verändernde Stimmungslage im rechten Lager und macht überdies die vorherrschenden mentalen Strukturen greifbar, in denen sich die Herausgeber-, Autoren- und Leserschaft bewegten. Schließlich wurden zur Analyse der parlamentarischen Praxis der drei Landtagsabgeordneten Anneliese Bläsing (Hessen, 1966–1970), Gertraude Winkelvoß (Niedersachsen, 1967–1970) und Martha Kruse (Bremen, 1967–1971) die stenographischen Berichte, Anfragen und Anträge ausgewertet. Interessant sind jene Dokumente, weil sie den Leser *in medias res* in die parlamentarische Arena der 1960er-Jahre zurückversetzen und dabei viel über Stil, Auftreten, Verhalten und thematische Vorlieben der Parlamentarierinnen aussagen. Sie bringen zugleich aber auch klar zum Ausdruck, wie die NationalistInnen

von den anderen, den „etablierten“ Abgeordneten behandelt bzw. bekämpft wurden.

Für die zweite (1970–1989) und dritte Phase (seit 1990) ist die Überlieferung sporadischer. Hier konnte vor allem auf die Bestände von „antifaschistischen“ Archiven zurückgegriffen werden – allen voran vom Hartmut-Meyer-Archiv, das neben einem sehr umfangreichen Pressebestand auch über eine Datenbank verfügt, die detailliert über die Biographien, Aktivitäten, Netzwerke und Veröffentlichungen rechtsextremer AkteurInnen und Organisationen Auskunft gibt. Das APABIZ [70] in Berlin-Kreuzberg besitzt den Vorlass von Richard Stöss. In seiner langen Karriere hat dieser Politikwissenschaftler Unmengen an Materialien, darunter auch viel „graue Literatur“, gesammelt. Diese stand mir freundlicherweise zur Einsicht bereit. Ein besonderes Augenmerk wurde im Archiv auf die Auswertung der chronologisch sortierten NPD-Ordner gelegt. Darin enthalten sind sehr vielfältige Quellen aus den 1970er- und 1980er-Jahren: Pressemitteilungen, Einladungen, Parteischriften, Veranstaltungshinweise, Aufrufe, Broschüren, Flugblätter und Briefe. Für die Zeit nach 1990 bietet das Archiv darüber hinaus sämtliche Ausgaben des NPD-Presseorgans „Deutsche Stimme“ [71] sowie die Unterlagen des Bundeswahlleiters, zu dessen Aufgaben es gehört, im Vorfeld jeder Bundestagswahl die Satzung, das Programm sowie die Liste der Bundes- und Landesvorstandsmitglieder jeder einzelnen an der Wahl teilnehmenden Partei zu veröffentlichen. Aus diesen Listen ließ sich die kaum variierende quantitative Unterrepräsentanz von Frauen im Machtapparat der NPD erschließen. Als besonders wertvoll erwiesen sich außerdem die vom Archiv gesammelten „weiblichen“ Quellen, sowohl das Dossier zum Ring nationaler Frauen als auch die drei Ausgaben von „Unsere Zukunft“, dem etwas amateurhaft gestalteten Organ der Gemeinschaft deutscher Frauen. Auch die besonders gut bestückte Bibliothek war hilfreich. Nicht zuletzt wurden für die Phase nach der Jahrtausendwende im besonderen Maße auch digitale Quellen herangezogen. Über die jeweiligen Internetauftritte von NPD, RNF und GDF sowie deren Seiten in

den sozialen Medien (Facebook und Twitter) wurden und werden immer noch Pressemitteilungen, Berichte, Kommentare, Bilder, Fotos und andere Dokumente verbreitet, die zur Untersuchung der weiblichen Selbstinszenierung, Propaganda und Ideologie unerlässlich sind. Digitale Quellen wurden auch zur Ergründung der parlamentarischen Praxis der letzten NPD-Abgeordneten Gitta Schüssler (2004–2014) benutzt: Auf der Internetseite des Sächsischen Landtags werden praktischerweise sämtliche Wortbeiträge, Anträge und Anfragen zum Herunterladen angeboten.

Die auffällig starke Heterogenität der gesichteten Quellen rührt von der Vielgestaltigkeit des Forschungsgegenstands selbst her. Da es sich bei den meisten Archivalien sozusagen um „gemischtgeschlechtliche" Quellen handelte, mussten die spezifischen Informationen zu den Frauen, ihrer Funktion, Repräsentation und Tätigkeit regelrecht aufgespürt und herausgeschält werden. Jeder Bestand wurde somit nach geschlechtssensiblen Parametern untersucht, jede Quelle einer hermeneutisch-kritischen Analyse unterzogen. Daraus ergaben sich eindeutige Erkenntnisse, die es ermöglichten, eine auf die Parteifrauen zugeschnittene Periodisierung vorzunehmen. Nach dieser Periodisierung richten sich auch die drei großen Teile des vorliegenden Buchs: Auf die Gründungsphase (1964–1969, Kapitel 2 bis 4) folgte eine „Hibernationsphase" (1970–1989, Kapitel 5 und 6), die nach der „Wende" in eine Erneuerungsphase (ab 1990, Kapitel 7 bis 9) mündete.

6. Aufbau und Gliederung

Der erste Teil der Studie beginnt mit der Zäsur von 1945 und hinterfragt die politischen Lebenswege der Deutschen nach dem Zusammenbruch des „Dritten Reichs". Angesichts des massiven Zuspruchs, den die junge Bundesrepublik nach 1949 von Seiten der Frauen erfuhr, fielen insbesondere diejenigen auf, die sich der neuen politischen Ordnung verweigerten und den „nazistischen Kampf" unter neuen Vorzeichen in

Westdeutschland weiterführten. Das zweite Kapitel beschäftigt sich demnach mit der Vorgeschichte zur NPD-Geschichte bzw. mit den politischen Handlungsoptionen und Interventionsbereichen von Nationalistinnen im Nachkriegsdeutschland. Gezeigt wird, wie sich Frauen in der „nationalen Opposition“ zurechtfanden, welche Tätigkeiten sie etwa in der postnazistischen Sozialistischen Reichspartei (SRP) oder später in der Deutschen Reichspartei (DRP) übernahmen, bevor sie – wie viele ehemalige DRP-Mitglieder – Mitte der 1960er-Jahre zur neugegründeten Nationaldemokratischen Partei Deutschlands stießen. Der zweite Teil dieses Kapitels verfolgt einen akteurszentrierten Ansatz. Er untersucht die Parteigründung aus der Perspektive der „Gründerinnen“, d. h. jener Frauen, welche zur Etablierung der NPD maßgeblich beitrugen. Er hinterfragt ihren soziologischen Hintergrund und befasst sich dann mit den weiblichen Partizipationsbedingungen in einer stark männlich dominierten Partei. Das dritte Kapitel ergründet ihre politische Praxis unter dem Gesichtspunkt des Parlamentarismus. Nach einer kurzen Darstellung des damals beispiellosen politischen Aufschwungs der NPD, die sich kurz nach ihrer Gründung und innerhalb von nur zwei Jahren (1966–1968) den Weg in gleich sieben Landesparlamente bahnte, wird der Fokus auf die parlamentarische Arbeit der drei in Hessen, Niedersachsen und Bremen agierenden weiblichen Abgeordneten gerichtet. Neben ihrem Verhältnis zu Demokratie und Parlamentarismus – die NPD-Fraktionen gerierten sich zu dieser Zeit als „konstruktive Opposition“ – stehen hierbei ebenfalls die Ideen, Vorschläge und Forderungen der Nationaldemokratinnen im Vordergrund der Untersuchung. Außerdem wird der Schwerpunkt in diesem Kapitel auf die zäsursetzende Bundestagswahl von 1969 gelegt, von der sich die ParteianhängerInnen, darunter insbesondere auch die Parteifrauen, einiges, ja eigentlich alles erhofften. Die herbe Wahlniederlage, durch die die NPD den Einzug in den Bundestag nur knapp verpasste, beendete jäh ihre politische Blütezeit und bildet demnach den Endpunkt der ersten Phase (1964–1969). Das vierte Kapitel tritt einen Schritt zurück und

wendet sich der Gedankenwelt der Parteigründerinnen zu. Durch die ideologische Ausarbeitung „ihres“ Bereichs, zu dem in den 1960er-Jahren klassisch die Familie, die Erziehung und die „Volksgesundheit“ zählten, leisteten die Nationaldemokratinnen einen nicht unerheblichen Beitrag zur Parteiprogrammatik. Zu den von jenen Akteurinnen damals ebenfalls oft bedienten Diskursen zählt außerdem die „schmerzhafte“ Erinnerung an Krieg und Vergangenheit. Die „Wiedergutmachung“ selbst erfahrenen Unrechts im Krieg durch die Alliierten, aber auch in „Bonn“ spielte eine beachtliche Rolle für die Zeitgenossinnen; auch in dieser Hinsicht erhofften sich die Nationaldemokratinnen eine rasche Lösung der „Deutschen Frage“.

Mit dem fünften Kapitel beginnt der zweite große Teil der Untersuchung. Er setzt sich mit der langen „Hibernationsphase“ der Partei (von 1970 bis 1989) auseinander. Zunächst werden die kurz nach der verlorenen Bundestagswahl einsetzenden Desintegrationsprozesse nachgezeichnet. Diese Transitionszeit (1970–1972) ist durch den Verfall der Parteistrukturen und den Rückzug emblematischer Akteurinnen der Gründungsgeneration gekennzeichnet. Deren Nachfolge traten die „Erbinnen“ an. Darunter sind diejenigen zu verstehen, die bereits in den 1960er-Jahren zur NPD gefunden hatten, sich aber erst in den 1970er- und 1980er-Jahren, in der Ära Mußgnug, innerparteilich profilierten. Vornehmlich beleuchtet dieses Kapitel neben dem Profil und Selbstverständnis auch die nationalistischen Initiativen und Kampagnen der damals aktiven Parteifrauen im öffentlichen wie auch im vorpolitischen bzw. rechtsextrem-kommunitaristischen Raum. Vor dem Hintergrund tiefgründiger soziokultureller Umbrüche, etwa der Feminisierung, Liberalisierung und Demokratisierung der politischen Kultur, liegt ein besonderer Schwerpunkt auf dem komplexen Verhältnis der NPD-Frauen zur Autonomen Frauenbewegung. Daran knüpft auch das sechste Kapitel an, das sich mit der ideologischen Radikalisierung der Parteifrauen in den 1970er- und 1980er-Jahren befasst. Konkret untersucht es die Rolle der Nationaldemokratinnen als Akteurinnen und des

Geschlechts als diskursives Mittel in der Auseinandersetzung mit zeitgenössischen Krisenerscheinungen und Verwerfungen oder mit markanten politisch-gesellschaftlichen Veränderungen in der Bundesrepublik – namentlich der sozialliberalen Koalition, dem politischen Terrorismus, der Einwanderungsgesellschaft, dem Vordringen des Feminismus und der Umweltbewegung mit ihren spezifischen Vorhaben und Anliegen. Diesen profunden Wandel nahm die NPD zum Anlass, um ihre politische Linie von Grund auf zu erneuern: Sie setzte nun voll und ganz auf eine national-identitäre, sprich eine rassistische, antisemitische, antifeministische und bio-ökologische Politik.

Der letzte Teil des Buches setzt 1989/90 an und untersucht die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen der Nachwendezeit auf die Partei, die sich nun im wiedervereinigten Deutschland auch um eine Expansion im Osten der Republik bemühte. Im Zentrum des siebten Kapitels stehen somit insbesondere die neuen, oft radikaleren neonazistischen Akteurinnen, die teilweise aus der ehemaligen DDR stammten und nun vermehrt den Weg in die NPD fanden. Zu ihnen gehörte u. a. Gitta Schüssler, nationaldemokratische Abgeordnete im Sächsischen Landtag (2004–2014), deren parlamentarische Praxis ebenfalls untersucht wird. Der tiefgründige Transformationsprozess, der ab 1990 innerparteilich auf vielen Ebenen, bspw. in der Struktur (West-Ost-Transfer), der Strategie („Vier Säulen“) oder der Ideologie (Nazifizierung), einsetzte, begünstigte auch die Neusortierung der weiblichen Kräfte in der „neuen“ NPD. Als Zeichen dafür gilt die Gründung 2006 der ersten NPD-Frauenorganisation, des Rings nationaler Frauen, dessen Aufbau und krisenhafte Geschichte im achten Kapitel nachgezeichnet wird. Das letzte Kapitel befasst sich mit dem völkischen Nationalismus des Rings und nimmt dessen radikal antifeministischen, familialistischen und rassistischen Diskurs in den Blick. In Bezug darauf wird ebenfalls nach dem Verhältnis des Rings zu Gewalt und Terror sowie zu Demokratie und Rechtsstaat gefragt. Im Fazit werden die erarbeiteten Forschungsergebnisse dann noch einmal zusammengefasst.

Erster Teil Die Frauen in der Blütezeit der NPD (1964–1969)

II. Die NPD: eine politische Heimat für Frauen im Nachkriegsdeutschland

In seinem Buch „Die Entdeckung der Zukunft“ zeichnet der Historiker Lucian Hölscher die Entwicklung vergangener Zukunftsvorstellungen nach; er zeigt, wie AkteurInnen die Zukunft zu unterschiedlichen Zeiten, in verschiedenen sozialen und politischen Kontexten imaginiert haben, welche Hoffnungen sie jeweils mit dieser Zukunft verbanden und welche Enttäuschungen etwa nicht eingelöste Versprechen bei ihnen hervorrufen konnten. [1] Gerade Zäsuren misst Hölscher in diesem Prozess eine besondere Bedeutung bei, weil sie als Schwellenmomente Zeitpunkte markieren, an denen Geschichte neu gemacht wird, an denen die Zukunft sich gewissermaßen neu erfindet. Zäsuren enttäuschen Erwartungen, schaffen aber auch neue Zukunftsvorstellungen; sie zwingen die zeitgenössischen AkteurInnen, sich im Hinblick auf Vergangenheit und Zukunft neu zu positionieren.

Die Umwälzung von 1945 gehört natürlich zu diesen fundamentalen Zäsuren. Abrupt setzte die neue, auf den Trümmern des „Dritten Reichs“ aufgebaute Ordnung die politischen, juristischen, ästhetischen und moralischen Parameter außer Kraft, die zuvor das Leben der Deutschen bestimmt hatten, um sie durch ein liberal-demokratisches Wertesystem zu ersetzen. In der unmittelbaren Nachkriegszeit mochte bei den meisten NationalsozialistInnen deswegen ein

Gefühl tiefer Erschütterung und Orientierungslosigkeit vorherrschen, einige erkannten die Gründung der Bundesrepublik 1949 jedoch auch als Chance: Die Wiederbelebung des „nationalen Lagers“ bzw. seine Anpassung an die bundesrepublikanischen Verhältnisse sollten gerade diesen AkteurInnen ermöglichen, enttäuschte Zukunftserwartungen *a posteriori* doch noch umzusetzen, d. h. den Nationalsozialismus in veränderter Form in die neue Zeit hinüberzuretten. Die junge Republik bot vor allem nationalistischen Frauen neuartige politische Partizipationsmöglichkeiten, zumal das Grundgesetz ihnen wie allen Frauen *de jure* die grundsätzliche Gleichberechtigung einräumte. Hiermit galt von nun an ein Prinzip, das sie im parteipolitischen Rechtsextremismus auch gegen männliche Vorbehalte benutzen konnten – ein Prinzip, das sie gleichzeitig jedoch auch in den Dienst eines antiliberalen, antimodernistischen und potentiell antidemokratischen Projekts stellten. Denn für sie blieben die Erfahrungen von vor 1945 weiterhin der alles beherrschende Referenzrahmen, der ihrem politischen Handeln Sinn und Richtung verlieh. Zugespitzt – und etwas verwegen – formuliert, gehört der Nationalsozialismus demnach zur Vorgeschichte der NPD. [2] Darauf aufbauend, beleuchtet dieses Kapitel die Widersprüche des rechtsextremen Engagements von Frauen im Nachkriegsdeutschland: Neben den Partizipationsbedingungen fragt es nach der Vergangenheit, dem Profil sowie den mentalen Strukturen, Handlungsbedürfnissen und politischen Sehnsüchten der weiblichen NPD-Gründungsgeneration.

1. Die Vorgeschichte: Frauen in der „nationalen Opposition“ nach 1945

1.1. Rückzug oder „Widerstand“: die Optionen der Nationalsozialistinnen in der Nachkriegszeit

Viele Deutsche, insbesondere die NationalsozialistInnen,

erlebten den Zusammenbruch des „Dritten Reichs“ als schweres Trauma, bereitete er doch persönlichen Idealen sowie politischen Hoffnungen oder beruflichen Karrierechancen ein jähes Ende. Mit der Übernahme der Regierungsgewalt durch die Alliierten und der daraufhin einsetzenden und – oft halbherzig durchgeführten – Entnazifizierung zogen sich die meisten seiner AnhängerInnen, namentlich die Frauen, in der unmittelbaren Nachkriegszeit aus dem öffentlichen Geschehen zurück. Das Verhältnis, das die ehemaligen NationalsozialistInnen nun zum ‚neuen‘ Deutschland bzw. zum 1949 gegründeten westdeutschen Staat entwickelten, hing maßgeblich von deren Belastung und Mitwirkung im Verfolgungs- und Tötungsapparat des NS-Regimes ab. [3] Die stärker belasteten Frauen, die SS-Helferinnen etwa, wurden von den Spruchkammern zwar weitgehend amnestiert, doch flüchteten sie sich, vielleicht aus Scham oder aus Trotz, in die vermeintlich unpolitische Privatsphäre. [4] Die minderbelasteten Frauen, die sich vom Nationalsozialismus zumindest formell losgesagt hatten, wurden schnell in den neuen Staat integriert und fanden in der Ära Adenauer ihren Weg zurück in die bürgerliche Normalität.

Diejenigen wiederum, die sich mit dem Untergang des Naziregimes überhaupt nicht abfinden konnten und nicht gewillt waren, die Errichtung einer neuen territorialen, politischen und demokratischen Ordnung widerstandslos hinzunehmen, versuchten die Überreste des Nationalsozialismus, so gut es ging, zu bewahren. Diese „postfaschistischen“ AkteurInnen (Lutz Niethammer) waren nicht nur darum bemüht, der Entnazifizierung zu entgehen, sondern auch politische Hürden, etwa die alliierte Lizenzpolitik, zu umgehen und aus dem Untergrund heraus den Wiederaufbau rechtsextremer Netzwerke zu bewerkstelligen. Davon ausgehend, dass die 1949 als „Provisorium“ gegründete Bundesrepublik wie „Weimar“ nur kurz Bestand haben würde, ebneten sie den Weg für eine nationalistische Machtübernahme. Vorbereitet wurde diese durch die Pflege und Weitergabe nazistischen Gedankenguts und den Aufbau von einschlägigen Organisationen, Gruppierungen und Parteien, die der

Mobilisierung einer „nationalen Opposition“ dienen sollten. [5]

Wie viele Frauen nach 1945 im nationalen Lager aktiv waren, ist fraglich; es gibt keine systematische Untersuchung über ihre Beteiligung im Rechtsextremismus der Nachkriegszeit. Die empirischen Daten sind fragmentarisch, auch die Spuren sind spärlich und doch kann man mit Gewissheit sagen, dass Frauen einen wesentlichen Beitrag zur Erneuerung rechtsextremer Strukturen und Netzwerke nach 1945 leisteten. Dazu zählt etwa Gudrun Burwitz, die Tochter Heinrich Himmlers. Nach dem Krieg scheute sie keine Mühe, um ihren Vater, den Reichsführer-SS, und mit ihm das ganze nationalsozialistische Regime zu rehabilitieren. Sie selbst war Mitglied in der weiblichen NS-Organisation Bund Deutscher Mädel gewesen und nach dem Krieg mit ihrer Mutter Margarete Himmler in mehreren Internierungs- und Gefangenenlagern inhaftiert worden. Nach ihrer Entlassung widmete sie sich der rechtsextremen Netzwerkpflege, indem sie unter anderem Treffen für ehemalige Waffen-SS-Angehörige organisierte und sich aktiv in der Stillen Hilfe für Kriegsgefangene und Internierte einbrachte. [6] Dieser Verein, den Helene Elisabeth Prinzessin von Isenburg 1951 gegründet hatte, bot den verurteilten bzw. zum Tode verurteilten und im Landsberger Gefängnis verweilenden Nationalsozialisten und ihren Familien dank großzügiger Spenden aus großbürgerlichen und adligen Kreisen einen materiellen, rechtlichen und psychologischen Beistand. Im Zuge der Kriegsverbrecherprozesse betreute die Stille Hilfe berüchtigte NS-TäterInnen wie den Gestapo-Chef aus Lyon, Klaus Barbie, oder die als „blutige Brigitte“ bekannte KZ-Wärterin Hildegard Lächert. [7] Darüber hinaus verhalf sie mithilfe des Vatikans untergetauchten NS-Anhängern zur Flucht aus Deutschland. Nach 1959 wurde die mächtige und gut vernetzte Präsidentin in ihrem Amt durch die BDM-Führerin Gertrud Herr, später durch Adelheid Klug abgelöst.

Andere Nationalsozialistinnen zogen es vor, sich als Schriftstellerinnen oder Essayistinnen in den Dienst der „wahren“ deutschen Kultur zu stellen. Einige veröffentlichten Romane und Dramen wie Pia-Sophie Rogge-Börner; [8] andere

widmeten sich der Lyrik wie die 1891 geborene Heimatdichterin Josefa Berens-Totenohl, die zunächst als Lehrerin, ab 1928 dann als Schriftstellerin tätig war und sich nach ihrem Eintritt in die NSDAP 1931 zu einer der bedeutendsten VertreterInnen der „Blut- und Boden“-Literatur entwickelte. Nach dem Krieg konnte sie nach einem schnell beigelegten Entnazifizierungsverfahren ungestört ihre Autorinnenkarriere wieder aufnehmen. Bis zu ihrem Tode 1969 publizierte sie mehrere Romane, Novellen und Märchen, die explizit an die rassistisch-völkische und antisemitische Vorkriegsästhetik anknüpften. Auch die 1877 in Tutzing geborene Mathilde Ludendorff, Erich Ludendorffs zweite Ehefrau, bildet ein eindringliches Beispiel für die Permanenz des kulturellen Aktivismus von Frauen nach 1945. Als Vertreterin der völkischen Bewegung war sie vor allem für ihren „völkischen Feminismus“, ihre antisemitischen Verschwörungstheorien und ihre rassistischen, neuheidnischen und esoterischen Schriften über die „Schacht- und Lichtvölker“ bekannt, die sie in den 1930er-Jahren entwickelt hatte. [9] Im Rahmen der Entnazifizierung wurde sie 1950 von einer Spruchkammer erst der Kategorie „Hauptschuldige“ und dann, nach der Revision des Urteils ein Jahr später, jener der „Belasteten“ zugeordnet; trotz dieses Stigmas konnte sie den völkisch-religiösen Bund für Deutsche Gotterkenntnis 1951 neu begründen. [10] Der Bund wurde 1961 jedoch als verfassungsfeindlich eingestuft und vom bayerischen Innenministerium verboten.

Berens-Totenohl und Ludendorff stehen exemplarisch für die AkteurInnen, die sich unermüdlich für die Rehabilitierung von reaktionärem, völkischem und nationalistischem Gedankengut einsetzten und in Westdeutschland um die kulturelle Deutungshoheit rangen. In ihrem Bestreben wurden sie durch eine Vielzahl von Zeitschriften, Publizisten und Verlegern unterstützt, welche in den Nachkriegsjahrzehnten ihre Schriften verbreiteten. Prominent vertreten war zum Beispiel der Druffel-Verlag, dem die Baronin Sybille von Druffel ihren Namen lieh. 1952 von ihrer Tochter Ursula und ihrem Schwiegersohn Helmut Sündermann, dem NS-Propagandisten und stellvertretenden Reichspressechef, gegründet, vermarktete

er vor allem Memoiren und Schriften von nationalsozialistischen Persönlichkeiten wie Joachim von Ribbentrop oder Ilse Heß. Außerdem gehörte Sündermann zu einem Netzwerk von Intellektuellen, SchriftstellerInnen und LyrikerInnen, die teilweise der NS-Reichsschrifttumskammer angehört hatten und nun der vergangenheitsfixierten Zeitschrift „Nation Europa“ nahestanden. [11] 1951 ins Leben gerufen, entwickelte sich Letztere in kürzester Zeit zum führenden Pressemedium des westdeutschen Rechtsextremismus. Seine Ausstrahlungskraft dehnte sich auch über die deutschen Grenzen hinweg in das europäische Ausland aus.

Zudem fanden Frauen auch in dem 1950 von Herbert Böhme gegründeten Deutschen Kulturwerk Europäischen Geistes (DKEG) verschiedene kulturpolitische Betätigungsfelder. Wie Margarete Dierks bspw. konnten sie sich in diesem Rahmen an der Organisation von kulturellen Veranstaltungen, Lesungen und Preisverleihungen beteiligen. Dierks, die 1914 in Metz-Sablon geboren worden war, stand dem Ehepaar Ludendorff nahe, dessen völkischem Tannenberg-Bund sie seit 1932 angehörte. Sie begann ihre schriftstellerische Tätigkeit im „Dritten Reich“ und publizierte in den 1930er-Jahren zahlreiche Essays und Schriften. 1939 schloss sie eine mit antisemitischen Thesen durchsetzte Doktorarbeit über die „Preußischen Altkonservativen und die Judenfrage 1810/1847“ an der Universität Rostock ab. Im Jahr darauf trat sie in die NSDAP ein. Nach Kriegsende verbrachte sie zwei Jahre in einem alliierten Internierungslager, bevor sie 1948 denazifiziert wurde. In der Bundesrepublik konnte sie als Journalistin Fuß fassen und gehörte bis zu ihrem Tode im Juli 2010 in Darmstadt zu den eifrigsten VerfechterInnen der „nationalen Sache“. [12] Neben mehreren tausend SchriftstellerInnen, JournalistInnen, NS-SympathisantInnen und Nationalkonservativen nahm auch Margarete Dierks regelmäßig an den Lippoldsberger Dichtertagen teil. Veranstaltet wurde das Ereignis von Hans Grimm, dem Autor des Erfolgsromans „Volk ohne Raum“, der den Nationalsozialisten jene berüchtigte Propagandalosung verschaffte. Seit 1934 – und mehr noch nach 1949 – galten die

alljährlichen Dichtertage der kulturellen „Elite“ als unumgängliches gemeinschaftsbildendes und identitätsstiftendes Moment rechtsextremer Soziabilität. [13] Nach Grimms Tode im Jahre 1959 übernahm seine Tochter, Erbin seines Klosterhaus-Verlags und Mitbegründerin der Gesellschaft für freie Publizistik (GfP), Holle Grimm, die Organisation der Tagung. Bis zu ihrer endgültigen Aussetzung 1981 verlor diese jedoch rapide an Einfluss. Auch Holle Grimm, die später der NPD beitreten sollte, blieb bis zu ihrem Tode 2009 eine engagierte Kontinuitätsstifterin im „nationalen Lager“.

Die hier kursorisch vorgestellten Frauen waren aus Gesinnungsgründen am rechten Rand aktiv. Ihr Aktivismus war gewiss Ausdruck von politischen und ideologischen Überzeugungen, er beruhte aber auch auf affektiven Interdependenzen, die unter anderem im privaten, familiären Rahmen angesiedelt waren: Viele Rechtsextremistinnen führten in der Bundesrepublik lediglich das fort, was ihre Väter und Ehemänner vor ihnen oder mit ihnen in der Weimarer Republik bzw. im Nationalsozialismus begonnen hatten. Nur dass sie als Frauen von der Gesellschaft – und den Behörden – kaum als NS-Täterinnen, -Trägerinnen oder als rechtsextreme Gefährderinnen wahrgenommen wurden und dadurch über größere Handlungsspielräume verfügten. Als NS-Apologetinnen und ideologische Wegbereiterinnen gestalteten sie die nationalistische Gesinnungsgemeinschaft aktiv mit und unterstützten die Restaurationsbemühungen ihrer Mitkämpfer. Durch ihre breite Vernetzung und ihren Einsatz in der Gemeinschaftspflege sowie in der Nachwuchsbetreuung – z. B. im Rahmen der 1952 gegründeten Wiking-Jugend, einer HJ-Nachfolgeorganisation – agierten sie als Stützpfeiler im lebensweltlichen Milieu und trugen so maßgeblich zur Stabilisierung der rechtsextremen Netzwerke und Strukturen bei. In den 1950er- und 1960er-Jahren begleiteten sie somit den Aufbruch jener Kräfte, die aus ihrer gesellschaftlichen Randstellung heraus den westdeutschen *Status quo* angriffen und die junge Republik herausforderten bzw. zu überwinden versuchten. Für die PostnazistInnen gingen der lebensweltlich-

kulturelle „Widerstand“ und die politische Aktion Hand in Hand.

1.2. Nationalistinnen in der SRP und der DRP

Die große Mehrheit der deutschen Frauen hatte nach 1945 mit dem „Dritten Reich“ gebrochen. In der unmittelbaren Nachkriegszeit, als „die Stunde der Frauen“ schlug, [14] gestalteten sie in vielfältiger Weise den westdeutschen Demokratisierungsprozess mit, der auch durch die Verankerung der Geschlechtergleichheit im Grundgesetz (Art. 3 GG) 1949 seinen Ausdruck fand. [15] Die langen und oft als „restaurativ“ beschriebenen 1950er-Jahre [16] zeichneten sich jedoch durch eine Normalisierung der politischen und sozialen Verhältnisse aus, die sich besonders auf die Lebenslage und -gestaltung von Frauen auswirkte. Nach ihrem kriegsbedingten und massiven Drängen auf den Arbeitsmarkt in den 1940er-Jahren forderten die konservativen Kräfte nun ihre – den bürgerlichen Konventionen entsprechende – Rückkehr in den privaten Bereich: Frauen wurden in der Ära Adenauer wieder prioritär der Familie und dem Heim zugewiesen und hatten in der Arbeitswelt Diskriminierungen zu ertragen. [17] Darüber hinaus begünstigten die Heimkehr der Kriegsgefangenen, der politische Wiederaufbau, das „Wirtschaftswunder“ und der allmählich wiedererlangte Wohlstand die „Remaskulinisierung“ aller Gesellschaftsbereiche und somit den Rückzug der Frauen aus der Öffentlichkeit. So schreibt Ute Gerhard:

> „Im Blick auf die Stellung der Frauen sind die Wirtschaftswunderjahre als restaurativ und repressiv zu kennzeichnen. Auch vergleichende Studien belegen, dass die ‚Normalisierung‘ der Verhältnisse im Privaten wie auf dem Arbeitsmarkt [...] zur Restauration patriarchaler Verhaltensweisen führte und mit einer ‚Remaskulinisierung‘ in Politik, Wirtschaft und Kultur verbunden war.“ [18]

Die meisten Frauen fanden sich in der jungen Republik zurecht.

Sie fanden zurück zu ihrem traditionellen Platz, einem Platz außerhalb der Politik.

Dabei spielten gerade Frauen in Anbetracht der demographischen Asymmetrie [19] zu dieser Zeit für die Politik eine ausschlaggebende Rolle: Ihre Wahlentscheidung war für die politischen Machtverhältnisse bestimmend. Sie war es ebenfalls für den Machterhalt der Konservativen: Nur durch die starke Unterstützung von Wählerinnen konnte sich die CDU/CSU bis 1969 an der Spitze der aufeinanderfolgenden Regierungskoalitionen behaupten. [20] Eine gewisse „konservative Tradition“ [21] und etwaige Faktoren wie eine stärkere Bindung von Frauen an christliche Werte, die Rolle der Kirche und des politischen Katholizismus, die Hausfrauenehe als Referenzrahmen, der Traditionsglaube, die Sehnsucht nach Stabilität und Kontinuität, der Paternalismus sowie die innen- und außenpolitische Effizienz Adenauers erklären teilweise die stärkere Hinwendung von Frauen zum konservativen Lager. Dass sehr wenige Frauen für kleine oder Splitterparteien, [22] darunter auch rechtsextreme Parteien, votierten, [23] hat maßgeblich zur politischen Konzentration auf ein Drei-Parteien-System (CDU/CSU, SPD, FDP) beigetragen, dem die Bundesrepublik jahrzehntelang ihre parlamentarische Wirksamkeit verdankte:

> „Die im ersten Jahrzehnt der Bonner Demokratie vollzogene Konzentration auf ein Drei-Parteien-System wird als ein entscheidender Grund für die Stabilität der Bundesrepublik angesehen, weil so erstmals in der deutschen Geschichte die zentrifugalen Kräfte ideologischer, sozialer und politischer Zersplitterung aufgehoben werden konnten.“ [24]

Diese Tatsache, deren geschlechtsspezifische Dimension meist verkannt wird, zeugt nicht zuletzt von den demokratischen Lernprozessen, welche insbesondere die westdeutschen Bürgerinnen in der Nachkriegszeit aufwiesen. Trotz der politischen Bedeutung von Frauen blieben jedoch die Politik

eine Männerdomäne und die Parteien „Männerparteien“: Nur wenige Frauen vermochten es, aus ihrer sozialen Abgeschiedenheit auszubrechen und politisch aktiv zu werden. Wenn sie es doch taten, stießen sie auf scheinbar unüberwindbare strukturelle Hürden. [25] Ihr Ausschluss aus den Entscheidungs- und Machtstrukturen wurde als „normal“ hingenommen. Das galt sowohl für die Volksparteien als auch für die FDP, das galt aber auch – und noch mehr – für die politischen Vertreter des nationalen Lagers.

So zum Beispiel für die am 2. Oktober 1949 von Fritz Dorls und Otto Ernst Remer gegründete Sozialistische Reichspartei (SRP), die sich durch die Inanspruchnahme des nationalsozialistischen Erbes, seiner Sprache und Symbolik sowie durch die vehemente Ablehnung der Bonner Republik profilieren konnte. Neben dem autoritären Führungsstil und dem straff geführten bzw. streng hierarchisch strukturierten Parteiapparat war die SRP ideologisch durch den Willen gekennzeichnet, das Reich und seine Ideale zu restaurieren. In ihrem implizit antisemitischen und explizit antikommunistischen „Aktionsprogramm“ verteidigte sie das Prinzip des „Reichssozialismus“ und mit ihm die Idee der Eingliederung des Einzelnen in die „Volksgemeinschaft“, das Prinzip einer staatlichen Lenkung der Wirtschaft sowie eines neutralen Europas unter deutscher Hegemonie. [26] Mit ihren 10 000 Mitgliedern, darunter vor allem ehemalige Soldaten, Vertriebene, Deklassierte und Arbeitslose, war die Partei stark männlich geprägt. Dies schien Eleonore von Wagenheim, die der NS-Frauenschaft (NSF) angehört hatte und nun mit der Frauenfrage in der SRP betraut war, zu bedauern, rief sie doch wiederholt zu einer stärkeren Mobilisierung von „Kameradinnen“ in den Parteirängen auf. [27]

Auch wenn die empirischen Daten nur wenig über die weiblichen Mitglieder bzw. Kader und das Ausmaß ihrer Einbindung in die Parteiarbeit preisgeben, so lässt sich dennoch eine klare innerparteiliche Rollenverteilung zwischen den Geschlechtern ausmachen. Neben der Verwaltungsarbeit sollten Frauen laut einer Parteivorgabe von 1951 auch (zweitrangige)

organisatorische Aufgaben wie die Vorbereitung von politischen Sitzungen, das Schmücken von Sälen oder die Gestaltung des kulturellen Rahmenprogramms bei festlichen Veranstaltungen übernehmen. [28] Hauptsächlich konzentrierte sich ihre Aktivität aber auf die „Kameradschaftshilfe“ für die wegen Volksverhetzung oder Verherrlichung des Nationalsozialismus verurteilten SRP-Mitglieder. Die „Hilfe“ bestand darin, jene Inhaftierten zu betreuen, Spendenkampagnen für sie zu organisieren und deren Familien Freizeit- und Urlaubsaktivitäten anzubieten. Sie oblag seit 1950 dem von Eleonore von Wangenheim geleiteten Referat für Frauen- und Sozialarbeit, später dem ebenfalls von ihr geführten SRP-Frauenbund, [29] der im August 1950, zeitgleich mit der Reichsfront und der Reichsjugend, gegründet wurde. Wie ihre NS-Vorläufer – die NSF, die SA und die HJ – verfolgten diese Organisationen das Ziel, die SympathisantInnen an die Partei zu binden, den Nachwuchs auszubilden und somit den politischen und ideologischen Einfluss der Partei zu festigen.

Der Mobilisierungseifer der SRP-AnhängerInnen zeitigte im Laufe der Monate beachtliche Wahlerfolge: 1951 erhielt die Partei bei der Niedersächsischen Landtagswahl und der Bremischen Bürgerschaftswahl jeweils 11% und 7,7% der Stimmen. Doch waren es unter anderem dieser Eifer, der das Wiedererstarken nationalsozialistischer Kräfte auf deutschem Boden eindringlich bezeugte, und die Befürchtung auf staatlicher Seite, bei den westlichen Partnern deswegen an Ansehen und Vertrauen einzubüßen, die die Bundesregierung dazu bewogen, die Partei durch das Bundesverfassungsgericht auf ihre Verfassungsmäßigkeit hin prüfen zu lassen. Die SRP wurde schließlich am 23. Oktober 1952 wegen ihrer „Wesensverwandtschaft [...] mit der NSDAP in Programm, Vorstellungswelt und Gesamtstil“ [30] gemäß Art. 21 GG verboten. Somit wurde im Namen der „wehrhaften Demokratie“ ein Exempel statuiert, das sich auf die gesamte extreme Rechte auswirkte: Dazu angewiesen, die Werte und Prinzipien der freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu achten, setzte sie von nun an auf eine legalistische Strategie.

Als Konkurrentin und Nachfolgerin der SRP versuchte die Deutsche Reichspartei (DRP) dementsprechend ihre Handlungsfähigkeit durch ein moderateres, (schein)demokratisches Auftreten zu stärken, obgleich sie „den Basiskonsens und das Legitimationskonzept der Bundesrepublik in entscheidenden Teilen“ ablehnte. [31] Sie war 1950 aus der Fusion der niedersächsischen Deutschen Konservativen Partei – Deutschen Rechtspartei (DKP-DRP) und der hessischen Nationaldemokratischen Partei als Sammlungspartei entstanden, ohne sich je gegenüber der SRP behaupten zu können. Nach dem SRP-Verbot konnte sie ihre Mitgliederzahl zwar erhöhen, überschritt aber nie die Marke von 10 000 Mitgliedern und verzeichnete bei ihrer Auflösung 1965 nur noch 4 000 Mitglieder. [32] Frauen, die beispielsweise 1959 lediglich 9% der Gesamtmitgliedschaft ausmachten, waren in der Partei stark unterrepräsentiert. Ihr Parteieintritt konnte sowohl politisch und ideologisch als auch affektiv und privat begründet sein. Manche folgten ihrem Ehemann oder einem Familienmitglied in die Partei, andere waren schon zuvor, im Nationalsozialismus oder im Nachkriegsextremismus, aktive Kader gewesen. Aber nur wenigen wurde eine herausgehobene Stellung in der Parteileitung zugestanden. Im Parteivorstand betrug der Frauenanteil für die Jahre 1953 bis 1965 durchschnittlich nur 7,6% – in diesem Zeitraum wurden lediglich vier Frauen in den Bundesvorstand gewählt: [33] Hildegard von Rheden, Anneliese Brandes, Lilli Nolden und Gertraude Winkelvoß, die zu den exponierteren Parteifrauen gehörten. Eine besondere Stellung nahm indessen die 1895 in Neustadt am Rübenberge geborene Hildegard von Rheden ein, die wie ihr Ehemann, der Landesbauernführer, SA-Gruppenführer und Reichstagsabgeordnete Hartwig von Rheden, auf eine beachtliche nazistische Karriere zurückblicken konnte. Als Parteigenossin agitierte sie seit 1931 öffentlich für die NSDAP, sie betätigte sich während des Nationalsozialismus in diversen Landfrauenverbänden und leitete bis 1945 die Abteilung für Landfrauenarbeit im Reichsnährstand. Nach dem Krieg wurde sie bis 1947 in einem Lager interniert und ein Jahr später als

„Mitläuferin“ entnazifiziert. Im Nachkriegsdeutschland schloss sie sich der DRP an, in der sie neben dem Frauenreferat noch andere politische Funktionen übernahm: Ab Mitte der 1950er-Jahre war sie sowohl Mitglied im erweiterten Parteivorstand (1955–1961) als auch gewählte DRP-Abgeordnete im Niedersächsischen Landtag (1955–1959). [34] Sie ist ein Beispiel dafür, dass für männliche wie für weibliche Kader die politische Vorbelastung – die man in der DRP als rechtextreme „Expertise“ zu schätzen wusste – für die Erlangung von Leitungspositionen ausschlaggebend war. Auch Lilli Nolden konnte auf ihre politische Beharrlichkeit verweisen: Als Gehilfin von Prinzessin Elisabeth von Isenburg in der Stillen Hilfe und ehemaliges SRP-Mitglied wurde sie 1956 in die Parteileitung geholt. Anneliese Brandes und Gertraude Winkelvoß, beides ehemalige NSDAP-Anhängerinnen, wurden jeweils 1957 und 1964 – vornehmlich als weibliche Aushängeschilder der Partei – in den Bundesvorstand aufgenommen.

Generell fiel es den Parteifunktionärinnen schwer, die Frauenarbeit aus ihrer marginalen Position heraus zu gestalten; auch die desolate politische Lage der Partei war ihrem Aktivismus nicht besonders förderlich. 1961 aber nahm die Frauenreferentin Hildegard von Rheden den leichten Anstieg des Frauenanteils bei den Neuzugängen (12,5%) zum Anlass, um eine DRP-Frauenorganisation ins Leben zu rufen. Ihr Ziel war es, politische Berührungsängste von Frauen dadurch zu überwinden, dass ihnen beispielsweise im Rahmen von Bastelkursen, Geselligkeitsabenden und Besichtigungen historischer Stätten [35] ein gemeinsamer Identifikations- und Aktionsraum zur Verfügung gestellt wurde. Die Aktivitäten der Frauenorganisation stockten jedoch nach nur wenigen Monaten. Es fehlte an Rückhalt und vor allem an Interessentinnen: Der Synergieeffekt blieb aus. Auch die Parteileitung, die der politischen Partizipation von Frauen eher kritisch gegenüberstand, unterstützte die weibliche Initiative nur halbherzig – die Organisation wurde aufgelöst. Entmutigt verließ von Rheden noch im selben Jahr die Partei und überließ die Frauenarbeit der Frauenreferentin des niedersächsischen

Landesvorstands, Gertraude Winkelvoß. Diese setzte bei den Mobilisierungsversuchen ihrer Vorgängerin an und rief die Parteianhängerinnen zur Mitarbeit auf:

> „[Das] Jahr 1961 stellt eine Fülle neuer praktischer Aufgaben. Auch wir Frauen wollen unseren Teil dazu beitragen, immer mehr Menschen von der Redlichkeit und Klarheit unseres Wollens zu überzeugen und damit zur gemeinsamen Arbeit zu gewinnen. Jede Gemeinschaft wird nach außen nur die Kraft ausstrahlen, die sie innerlich bindet. Ich sehe diese innere Bindung als besondere Aufgabe für uns Frauen an und erwarte Ihre Bereitschaft und Mitarbeit. [...] Wir Frauen haben neben den Männern eine ganz besondere Aufgabe. Diese müssen wir erfüllen.“ [36]

Wohl wissend, dass die fehlende Politisierung von Frauen die größte Hürde für deren politische Teilhabe darstellte, bemühte sich Winkelvoß, den politischen Sinn der DRP-Frauen durch Ratschläge – die manchmal wie Befehle anmuteten – zu schärfen:

> „Verfolgen Sie kritisch die Ereignisse, die uns alle angehen. Bilden Sie sich ein eigenes Urteil – lesen Sie den Reichsruf, er wird Ihnen dabei helfen. Besuchen Sie die Veranstaltungen der Deutschen Reichspartei [...]. Nehmen Sie an Bezirkstagungen teil und kommen Sie zu den Parteitagen [...]. Dort gewinnen wir aneinander Kraft und Auftrieb und dokumentieren auch nach außen unsere Stärke. [...] Es gibt noch viele, die gesund deutsch denken und fühlen. Es gilt, diese zu finden und ihnen Mut zu machen, freimütig deutsch zu sein und zu handeln.“ [37]

Vorrangig ging es ihr darum, „weibliche Stärke“ sowohl nach innen als auch nach außen zu demonstrieren, dabei den weiblichen Nationalismus zu konsolidieren, die Frauen langfristig an die Partei zu binden und sie vor allem zu ideologischen Multiplikatorinnen zu machen: Frauen und Mütter

sollten die DRP-Programmatik in ihren eigenen Einflussbereich, in die Familie, in den Bekanntenkreis und in die Gesellschaft hineintragen.

Die Programmatik war so vage formuliert, dass sie parteiintern die Koexistenz sehr heterogener Strömungen ermöglichte. Sie versammelte zugleich jedoch die DRP-Männer und -Frauen gezielt hinter den ideologischen Grundfesten des Post-Nationalsozialismus. Hervorgehoben wurden die „Volksgemeinschaft“ und der Reichsmythos, die die PostnazistInnen auch in der Nachkriegszeit zur Beschwörung einer nationalistischen, gar völkischen „Blut- und Schicksalsgemeinschaft“ nutzten. Zu den Eckpunkten des stark antikommunistischen Parteiprogramms zählten zudem die Lösung der „Deutschen Frage“ sowie die Wiederherstellung des Reichs in den Grenzen von 1938. [38] Allgemein knüpfte die Partei sowohl an eine antidemokratische und antiparlamentarische Auffassung von Politik als auch an eine autoritär-zentralistische, antimodernistische und korporatistische Vorstellung von Staat und Gesellschaft an, die sich auch auf die Geschlechterverhältnisse niederschlug. Die Partei lehnte die Gleichberechtigung der Geschlechter genauso ab wie die Integration von Frauen in die Arbeitswelt. Aus natalistischen, wirtschaftlichen und „moralischen“ Erwägungen sollten Frauen den Arbeitsmarkt den Männern überlassen und sich eigens der Mutterschaft, ihrer „Berufung“, widmen:

> „Die Aufgabe der Frau ist es, Mutter ihrer Kinder zu sein. Nur im Notfall und in Erfüllung einer echten Berufsaufgabe soll sie zweite Verdienerin sein.“ [39]

Dabei wurde die Familie als „Mitte aller Lebensordnung“ [40] herausgestellt: Der Vorschlag, ein „Ehestandsdarlehen“ einzurichten und „erbgesunden“ Großfamilien Kindergeld zuzusichern, [41] erinnerte an die sozialen „Errungenschaften“ des „Dritten Reichs“, in dem die Familie zum biologisch-rassischen Stützpfeiler der „Volkgemeinschaft“ stilisiert wurde. Das

Parteiprogramm der DRP bot keine konkreten Lösungsvorschläge für unmittelbare Probleme im Nachkriegsdeutschland, vielmehr war es darauf angelegt, politische Sehnsüchte und Nostalgien zu pflegen, um innerparteilich über die Beliebigkeit der politischen Positionen hinaus einen rechtsextremistischen Konsens zu erreichen. Dieser Konsens konnte jedoch in Anbetracht des seit dem Anfang der 1960er-Jahre innerhalb der Partei zwischen dem atlantischen und dem neutralistischen Flügel tobenden Machtkampfes, der immer wieder Abspaltungen verursachte, nicht standhalten. Zusätzlich belasteten 1961 die schlechten Wahlergebnisse auf Landes- und Bundesebene (0,8% der Stimmen) die ohnehin schon angeschlagene Partei. Die Öffentlichkeit machte sie wegen ihrer radikalen Propaganda für die sogenannte „antisemitische Schmierwelle“ verantwortlich, die in den Jahren 1959/60 mehrere westdeutsche Städte betroffen hatte. [42]

Als Adolf von Thadden auf dem Höhepunkt der Krise 1961 den Arzt und bekennenden Nationalsozialisten Heinrich Kunstmann, für den eine Zeit lang Ingeborg Dönitz, die Ehefrau des ehemaligen Großadmirals Karl Dönitz, als Sprechstundenhilfe arbeitete, an der DRP-Spitze ablöste, nutzten einige Parteifrauen die Gelegenheit, um sich besser zu profilieren. In der Hoffnung, durch den neuen Vorstand mehr Unterstützung für die weibliche Parteiarbeit zu erhalten, wandte sich Gertraude Winkelvoß im Januar 1962 an den neuen Parteichef:

> „Ich will mir nicht anmaßen, was mir nicht zusteht, aber die schwierige Lage, in der wir uns mit unserer Partei befinden, zwingt uns doch zur Ausschöpfung aller Gegebenheiten. Man sollte die psychologische Wirkung nicht unterschätzen, wenn unter Ihrer Ära das Wirklichkeit würde, wodurch alle denkenden Frauen ihre selbstverständliche Einsatzbereitschaft honoriert sehen möchten, eine echte Partnerschaft. Über einen Mangel in diese Richtung klagen alle Frauen in sämtlichen Verbänden

> und den anderen Parteien. […] Für eine Zusammenarbeit von Männern und Frauen sehe ich keine Schwierigkeit, da es uns immer um die Sache gehen wird […].“ [43]

Dieser Appell, Frauen politisch ernst zu nehmen und die „Partnerschaft der Geschlechter“ durch eine stärkere Einbindung von Frauen in Aktivismus und Propaganda zu fördern, verhallte wirkungslos. Anders als für Winkelvoß schien für Adolf von Thadden die Frauenfrage offenbar kein relevanter Ansatzpunkt zur Krisenbewältigung seiner Partei zu sein. Er verfolgte eine andere politische Agenda, und zwar die der politischen Sammlung, und fing an, mit konkurrierenden Kräften Verhandlungsgespräche zu führen. Um die extreme Rechte aus dem „nationalistischen Ghetto“ zu lotsen, sollte eine neue Partei gegründet werden. Angestrebt wurde, die unterschiedlichen Strömungen des nationalen Lagers hinsichtlich der unmittelbar bevorstehenden Bundestagswahl zu transzendieren bzw. zu vereinen. Schließlich wurde am 28. November 1964 in Hannover die Nationaldemokratische Partei Deutschlands aus der Taufe gehoben, die sich ab Mitte der 1960er-Jahre zum Gravitationszentrum der extremen Rechten entwickeln sollte.

2. Aufbau und Konsolidierung: die Frühphase der Nationaldemokratie (1964–1967)

2.1. Die Entstehung einer neuen Sammlungspartei

Zwischen dem 20. und dem 21. Juni 1964 fand in Bonn der 13. DRP-Bundesparteitag statt, bei dem die Partei mit Blick auf die Bundestagswahl 1965 zur Vereinigung der „nationalen Opposition“ aufrief. Dieser Appell folgte den schon seit 1963 im Geheimen von ihr geführten Verhandlungen mit politischen Konkurrentinnen wie der DNVP, dem GDP/BHE, dem DB, der DP oder der ANP, [44] welche allesamt aus dem diffusen bürgerlich-nationalkonservativen Umfeld rechts von der Strauß’schen CSU stammten. [45] Der Vereinigungsprozess drohte im Laufe der

Monate mehrmals an zu starken programmatischen Unstimmigkeiten sowie personellen Querelen, politischen Rivalitäten und der Angst vieler Beteiligter, durch das Bündnis ihre Identität und Selbständigkeit zu verlieren, zu scheitern: Der DB und die ANP verließen vorzeitig den Verhandlungstisch. Da die Zeit drängte, einigten sich Adolf von Thadden (DRP) und Friedrich Thielen (DP) während einer Tagung in Celle am 10. Oktober 1964 auf die Gründung einer neuen Partei: der NPD. [46] Bei der Vorbereitungssitzung in Hannover beschlossen 15 Männer und zwei Frauen – Anneliese Bläsing und die bei der Sitzung als Protokollführerin fungierende Brunhilde Hoffmann –, Thielen als Parteivorsitzenden vorzuschlagen. [47] Noch am selben Tag wurde die NPD ins Vereinsregister eingetragen. Zwei Wochen später, am 28. November 1964, versammelten sich 708 von Thielen namentlich eingeladene Männer und Frauen in Hannover, um die Parteigründung zu bestätigen. 433 Personen traten unverzüglich in die unmittelbar zuvor geschaffene Partei ein, verabschiedeten ihre Satzung und wählten den ersten Bundesvorstand. [48] Ihm gehörten neben dem Parteivorsitzenden Friedrich Thielen (DP) und den drei Stellvertretern Wilhelm Gutmann (GDP/BHE), Adolf von Thadden (DRP) und Heinrich Faßbender (DNVP) insgesamt 15 Männer und zwei Frauen an. Die mit 308 Stimmen in den Vorstand gewählte Anneliese Bläsing war eine Mitarbeiterin und enge Vertraute Heinrich Faßbenders; Gertraude Winkelvoß, die Adolf von Thadden als treue Weggefährtin vom niedersächsischen Landesvorstand der DRP in die NPD gefolgt war, schaffte den Sprung in den NPD-Vorstand mit 278 Stimmen nur knapp: [49] Beide konnten somit von der Unterstützung ihrer politischen Mentoren profitieren, die ihnen von vornherein eine privilegierte – wenn auch zweitrangige – Stellung in der Partei garantierten.

Auch wenn die Sammlung der politischen Kräfte letztendlich weniger breit war als von den ProtagonistInnen erhofft, so konnte die NPD doch von Anfang an NationalistInnen verschiedener Couleur anziehen, die nach diversen gescheiterten politischen Unternehmungen durch die

Parteigründung nun die Chance witterten, ihrer politischen Karriere neuen Schwung zu verleihen. Die Personenwahl für die Leitungsposten folgte vor allem taktischen Erwägungen. Obwohl es sich maßgeblich um einen „vom DRP-Apparat initiierten, forcierten und gesteuerten Prozess“ [50] handelte, traten die Thadden-Anhänger hinter unscheinbaren oder zumindest unbelasteten Persönlichkeiten der anderen Parteien zurück. Mit der Wahl Friedrich Thielens zum Bundesvorsitzenden stand nun ein ehemaliger Bremer Christdemokrat und Betonfabrikant an der Parteispitze, der einen bürgerlichen, ‚sauberen‘, d. h. scheinbar moderaten Nationalismus verkörperte. Er lenkte nicht nur von der politischen Vorbelastung vieler anderer Vorstandsmitglieder ab, sondern verlieh der NPD auch eine gewisse politische Glaubwürdigkeit und das passende demokratische Image: und zwar jenes, wie in der Satzung vermerkt, einer „politisch(en) Partei im Sinne des Art. 21 GG“, die „sich zur abendländisch-christlichen Kultur“ bekannte und „auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung“ [51] stand. Die Partei leitete daraus den Anspruch ab, eine „konstruktive Opposition“ zu den Bonner Regierungen gestalten zu können und zu wollen. Doch war der nachdrückliche Verweis auf die Verfassungsmäßigkeit der Partei weniger Ausdruck der demokratischen Lernfähigkeit der postnazistischen AkteurInnen als der simple Versuch, die extreme Rechte auf legalem Wege zu normalisieren.

Nach der NPD-Gründung konnte der Parteiaufbau auf lokaler und regionaler Ebene durch die Übernahme der vorhandenen DRP-Apparatur zügig vorangetrieben werden: Neben dem Sitz in Hannover überließ die DRP der NPD auch das Organ „Der Reichsruf“, das am 1. Januar 1965 in „Deutsche Nachrichten“ umbenannt wurde. Die DRP kontrollierte somit die Organisation, die politische Arbeit und die Propaganda der neuen Partei. Ihre Anhänger, die dem Lockruf des Vorstands mehrheitlich gefolgt waren, bildeten bei weitem auch die größte Mitgliedergruppe innerhalb der NPD. [52] Diese Disproportionalität verlieh den DRP-AktivistInnen eine

komfortable Stellung innerhalb der neuen Partei: Sie konnten nach der offiziellen Auflösung der DRP im Dezember 1965 auf eine gewisse Kontinuität setzen und ihre Machtfülle innerparteilich noch ausbauen. Ihre politischen Partner aus der DP und der DNVP hingegen betrachteten diese einseitige Kompetenzübertragung mit Argwohn. Sie erkannten zwar ihren politischen bzw. wahltaktischen Nutzen, doch waren sie nicht bereit, diese Machtasymmetrie, die sie innerparteilich spürbar schwächte, kampflos hinzunehmen. Der Aufstieg der krisenanfälligen NPD verlief demnach nicht geradlinig, sondern ging von Anfang an mit harten Konflikten und vehementen Machtkämpfen einher, die letztendlich 1967 – zu einem für die Partei erfolgreichen und deswegen wenig opportunen Zeitpunkt – zu einem regelrechten Grabenkrieg zwischen Friedrich Thielen und Adolf von Thadden ausarteten und schlussendlich zur Ablösung des Ersteren durch von Thadden und zum Triumph der DRP-Kader führten. [53]

In der Aufbau- und Konsolidierungsphase wurde die Verwurzelung der Nationaldemokratie auf dem bundesdeutschen Territorium wirksam vorangetrieben. Im September 1965 verzeichnete die NPD Landesverbände in sämtlichen Bundesländern sowie 66 Bezirksverbände und 550 Kreis- und Ortsverbände. [54] Sie konnte wie geplant an der Bundestagswahl 1965 teilnehmen, bei der sie 2% der Zweitstimmen erhielt. Das Ergebnis blieb zwar hinter den Erwartungen zurück. Als erste Belastungsprobe demonstrierte es dennoch die Funktionstüchtigkeit ihrer Organisation sowie die Opferbereitschaft der Mitglieder, welche die Partei substanziell finanzierten. [55] Dank ihrer Effizienz hatten die WahlkämpferInnen der Partei bundesweit zu mehr Sichtbarkeit verholfen.

Die Frühphase der NPD-Geschichte ist durchaus bekannt – ihr erfolgreicher Aufbau- und Konsolidierungsprozess wurde von Historikern und Politikwissenschaftlern mehrmals nachgezeichnet und kommentiert; [56] von der Forschung hingegen vollends unbeachtet blieb bisher die Rolle, die den Parteigründerinnen darin zukam. Die Frauen hatten sich in der

Vorbereitungsphase aus den Sammlungsverhandlungen herausgehalten – dieses Vorrecht war den männlichen Politikern vorbehalten. Nach der Gründung hingegen wurden alle NationaldemokratInnen aufgerufen, sich aktiv an dem Aufbau und der Verwaltung der lokalen Parteistrukturen zu beteiligen. Die Frauen befolgten die Aufforderung je nach Ressourcen und Möglichkeiten. Die ehemalige DRP-Parteifunktionärin und frisch in den NPD-Bundesvorstand gewählte Gertraude Winkelvoß beispielsweise machte ihre Lüneburger Mitbürger schon fünf Tage nach der offiziellen Parteigründung durch ein Inserat in der „Lüneburger Landeszeitung“ auf die neue Partei aufmerksam. [57] Wenige Wochen später, bei einer politischen Versammlung am 17. Januar 1965, bat sie die anwesenden Gäste, die „nationalbewusste deutsche Politik“ der NPD durch die Gründung eines Kreisverbands zu unterstützen. [58] Durch den einstimmigen Rückhalt der Lüneburger SympathisantInnen gestärkt, übernahm sie an der Spitze eines fünfköpfigen – und sonst ausschließlich männlichen – Ausschusses die inhaltliche und logistische Vorbereitung der KV-Gründung. Sie verteilte die Aufgaben (Kontoeröffnung, Mittelbeschaffung usw.), bestimmte die Tagesordnung, den Ort und die Zeit, reservierte den Saal, verpflichtete den niedersächsischen Landeschef Lothar Kühne als Gastredner und rührte die Werbetrommel in Lüneburg. [59] Bei der eigentlichen Gründungsversammlung vom 17. Februar 1965 wurde sie zur KV-Vorsitzenden gewählt; diese Position bekleidete sie bis zu ihrer Wahl in den Niedersächsischen Landtag im Oktober 1967. In dieser Zeit behauptete sie sich nicht nur als patente Koordinatorin der politischen Arbeit und Kommunikation, sondern auch als unermüdliche Wahlkämpferin. Im Vorfeld der Bundestagswahl 1965 organisierte sie zahlreiche Informationsveranstaltungen und Diskussionsabende mit führenden NPD-Kadern wie Friedrich Thielen, [60] ersuchte Großunternehmen wie VW oder Krupp um Parteispenden, welche aus Neutralitätsgründen stets abgelehnt wurden, [61] und rief unentwegt und manchmal in sehr eindringlicher Manier die Parteibasis zur politischen Aktion auf:

> „Es sind noch dreizehn Wochen bis zum 19. September. In diesen wenigen Wochen muss es jeder irgendwie schaffen, dabei mitzuhelfen, endlich auch nationale Demokraten in den Bundestag zu bringen. Verteilen Sie Manifeste und Flugblätter, bringen Sie Plakate an (bitte, nicht dort, wo es verboten ist!), besuchen Sie unsere Veranstaltungen und werben, werben, werben Sie! – Die anderen bezahlen ihre Propaganda mit Ihren Steuergeldern, unterstützen Sie aus freien Stücken die Männer und Frauen, die selbstlos für Deutschland tätig sind.“ [62]

Winkelvoß’ Aktivismus, der sich nach 1965 noch steigerte, steht exemplarisch für die individuellen politischen, organisatorischen und propagandistischen Mitwirkungs- und Gestaltungsmöglichkeiten von Frauen in der NPD-Frühphase. Sie war gewiss nicht die einzige KV-Vorsitzende, aber eine bedeutsame lokale Impulsgeberin und gehörte sicherlich zu den leidenschaftlichsten, frenetischsten, wenn nicht fanatischsten VertreterInnen der NPD-Gründungsgeneration.

Allgemein betrachtet eröffnete die durch die Parteigründung ausgelöste Dynamik den AnhängerInnen neue Freiräume und Interventionsmöglichkeiten, die Frauen vor allem auf lokaler Ebene wahrnahmen. Besonders für politische NovizInnen, die sich vorerst von der „großen Politik“, ihren Hierarchien und rauen Umgangsformen fernhalten wollten, konnte die Lokalpolitik in Klein- und Mittelstädten eine zumutbare Alternative darstellen. Diese „Politik im Kleinen“ bot ihnen eine Plattform, in der sie an die politische Praxis herangeführt wurden, diese erprobten, sich dabei eventuell auch bewährten, ohne jedoch öffentlich zu stark exponiert zu sein. Frauen konnten sich so in einem ihnen vertrauten Rahmen politisch einbringen und profilieren, an Wahlen teilnehmen, eigene Themen setzen und dabei ihre eigenen Netzwerke bilden und mobilisieren. Dass die Lokalpolitik für viele NPD-Frauen aber keine individuelle oder einsame Tätigkeit war, dass sie jene häufig zusammen mit dem Ehepartner, den Kindern, Angehörigen oder auch Freunden bestritten, bezeugt Anneliese

Michels, die ihren Eintritt in die bayerische NPD 1965 wie folgt beschrieb:

> „Es dauerte nicht lange und Frau Kroeger erzählte mir von einer neugegründeten Partei, der NPD – und mich durchfuhr ein Ruck. Das war für mich das Fanal! […] Ein neues Leben begann, das bald auf meine Familie übergriff. Es gab nur noch ein Thema: die NPD. Unzählige Versammlungen folgten. Als Gründungsmitglied der NPD nahm ich an den Gründungen des Kreis- und Ortsverbandes teil, und nach und nach ergab es sich, daß Aufgaben in der Partei zu erfüllen waren. Mein Mann war zeitweiliger Schatzmeister, ich Schriftführerin und Pressesprecherin.“ [63]

Tatsächlich sollten die persönlichen Bindungen und privaten Netzwerke der AkteurInnen nicht außer Acht gelassen werden: Für alle Beteiligten wirkten sie motivationsstärkend und determinierten in den 1960er-Jahren noch entscheidend die politische Beteiligung von Frauen. Die politische Karriere des Ehemannes bestimmte häufig ihren Eintritt in die Partei sowie ihre Aktivität im Kreisverband. Das Politikerpaar als solches, das von der Forschung meist ausgeblendet wird, war ein aktivistischer Motor, der vor allem in der Konsolidierungsphase wesentlich zur Stabilisierung der lokalen Strukturen beitrug. Um das ganze westdeutsche Territorium mit Verbänden abdecken zu können und das Wachstum der Parteiorganisation trotz Personalmangels zu gewährleisten, mussten alle vorhandenen Kräfte und Ressourcen ausgeschöpft werden: Auf der untersten Ebene war die Partei auf die Zusammenarbeit von verheirateten oder zumindest liierten Männern und Frauen regelrecht angewiesen. Der KV München-West von 1967 glich dementsprechend einem Familienunternehmen: Der elfköpfige Kreisvorstand beruhte ausschließlich auf Ehepaar- und Vater-Sohn-Konstellationen. [64] Es gibt noch weitere Beispiele jener politisch-familiären Verflechtungen: Ernst und Luise Straka arbeiteten gemeinsam im Vorstand des KV Saulgau (Baden-

Württemberg), Heino und Claire Kaeuffer im KV Ahrlweiler (Rheinland-Pfalz) und Dieter und Anneliese Fürst im KV Segeberg (Schleswig-Holstein); das Gleiche gilt für die Eheleute Leuschel und Clausen aus den KV Pinneberg und Ratzeburg (Schleswig-Holstein), für die Staigers in Villingen (Baden-Württemberg), die Fedders aus dem KV Friesland oder die Körners vom KV Germering-Unterpfaffenhofen (Bayern). [65] Ferner sind ebenfalls die bekannteren Ehepaare Gebauer aus Hamburg, die Herrmanns und Dörfels aus Bayern, die David-Happachs aus Schleswig-Holstein und die Kruses aus Bremen zu erwähnen, die in den 1960er-Jahren auch in den NPD-Landesverbänden aktiv waren.

Innerhalb der ehelichen Konstellation war die Rollenverteilung eher klassisch: Die Männer waren meist Kreisverbandsvorsitzende, ihre Ehefrauen die mit der Sekretariatsarbeit beauftragten Schatzmeisterinnen, Schriftführerinnen oder Beisitzerinnen der Verbände. Erfüllten sie als Lückenbüßerinnen gelegentlich nur eine Alibi-Funktion, so konnten sie vor allem in Wahlkampfkontexten, wenn der Aktivismus von beiden getragen wurde und das Familien- und Privatleben vollends auf diesen ausgerichtet war, die Ehemänner auch entlasten. Entsprechend formulierte es auch Gertraude Winkelvoß: „Geteilte Arbeit ist keine halbe Arbeit, sondern doppelte Kraft." [66] Dadurch, dass die Politik im lokalen und kleinen Rahmen für Frauen gesellschaftlich einigermaßen akzeptabel war, dass sie den traditionellen Rollenerwartungen und klassischen Lebenswegen nicht widersprach, darüber hinaus planbar und überschaubar war und sich mit Familie und Haushalt vereinbaren ließ, waren die Kreisverbände das bevorzugte Betätigungsfeld von NPD-Frauen. Sie gewährten ihnen einen geschützten Raum der politischen Ausbildung und Professionalisierung. Wie viele NPD-Kaderfrauen genau auf dieser Ebene aktiv waren, lässt sich aus den Quellen nicht mit Bestimmtheit ableiten, offenkundig ist aber folgender Umstand: Je höher die Parteiebene, desto weniger begegnete man Frauen geschweige denn Paaren. Die Landes- und Bundesebenen waren einsamen und ‚kampferprobten' GefährtInnen

vorbehalten.

2.2. Die Basis der NPD

Der Gründungselan spiegelte sich auch in der beachtlichen Mitgliederentwicklung der ersten Jahre wider: Im Dezember 1965, knapp ein Jahr nach der Konstituierung der NPD, verzeichnete sie 13 145 Mitglieder; sie konnte ihre Basis in den Folgejahren noch erweitern und erreichte 1967 ihren Höchststand von 28 000 Mitgliedern. [67] Die Gesamtmitgliederzahl mag bis 1969 zwar relativ stabil geblieben sein, doch blieb die Partei über die ganze Zeitspanne hinweg einer starken Eintritts- und Austrittsfluktuation ausgesetzt. [68] Die Parteileitung ihrerseits kommentierte im Parteiorgan überschwänglich die Entwicklung der Neueintritte, gab aber keine Auskunft über das Geschlecht der Mitglieder. Mitte der 1960er-Jahre schätzte der Historiker Lutz Niethammer den Frauenanteil auf 5%; im September 1968 sahen die Journalisten der FAZ diesen eher bei 15%. [69] Wahrscheinlicher ist aber die Rate von 11%, welche die Zeitschrift „Aus Politik und Zeitgeschichte“ 1967 in einer Publikation von dem für gewöhnlich gut informierten Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) übernahm. [70] Auch wenn Frauen somit sehr stark in der Minderheit waren – 89% der Mitglieder waren immerhin Männer –, so war diese Geschlechterasymmetrie keinesfalls ungewöhnlich für die Bonner Republik. Die NPD-Frauenrate war zu dieser Zeit in etwa vergleichbar mit jener der Christdemokratinnen (13,3%), blieb 1965 zwar hinter dem Anteil an Sozialdemokratinnen (17,4%) zurück, überschritt aber den der CSU- (5%) und der FDP-Frauen (8%). [71] Der *Gender Gap* lässt sich unabhängig von der politischen Färbung für alle bundesdeutschen Parteien feststellen, sodass die These einer „männlichen Spezifizität“ [72] extrem rechter Parteien in den 1960er-Jahren zu relativieren ist. Mit ihrem im Durchschnitt liegenden Frauenanteil wies die NPD eher eine strukturelle „Normalität“ auf, die wesentlich darauf beruhte, dass die männliche Hegemonie in Parteien und Politik als Soll- und

Musszustand hingenommen – und von Männern unbedingt verteidigt – wurde.

Genauso schwierig erscheint es, mit Gewissheit das politische und sozioprofessionelle Profil der weiblichen Mitglieder zu bestimmen, da die Quellen keine nach Geschlecht aufgeschlüsselten Statistiken hergeben. Die NPD-Führungsriege frohlockte vor allem über den jungen Nachwuchs, dessen Eintritt sie propagandistisch aufbereitete: Darauf aufbauend präsentierte sie sich als „junge“, „unbelastete“ und demnach „neue“, vom Nationalsozialismus abgekehrte Partei. Der Propagandabeauftragte Otto Heß erinnerte in einem Rundschreiben an diesen entscheidenden Punkt:

> „Unsere Propaganda muss sich sehr an die jungen Jahrgänge von 1918–1948 wenden. Sie sind von der Vergangenheit unbelastet und haben keine persönliche Vergangenheit zu bewältigen.“ [73]

1968 waren Statistiken zufolge 16% der NationaldemokratInnen über 65 Jahre alt; der Anteil der 45- bis 65-Jährigen belief sich auf 30%, jener der unter 45-Jährigen auf 54%. [74] Somit war die Partei nur bedingt jung. Der NPD gelang es tatsächlich, die jüngeren Generationen anzusprechen, doch waren es gerade jene Mitglieder mittleren Alters zwischen 30 und 50 Jahren, die vom Nationalsozialismus geprägt, in diesem u. U. auch sozialisiert worden waren und deren Engagement in der bürgerlich-nationalkonservativen NPD oftmals auch in der Kontinuität zu dieser Erfahrung stand. Die Heß’sche Behauptung von der „unbelasteten Jugend“ kann demnach als fadenscheinig betrachtet werden, zumal die politische Vergangenheit sehr vieler Mitglieder eng mit dem „Dritten Reich“ zusammenhing. Nach Angaben des BfV waren 3 000 bis 4 000 NationaldemokratInnen zuvor Mitglieder der NSDAP gewesen, 2 000 von ihnen waren schon vor 1933 in die Partei eingetreten. [75] In der zweiten Hälfte der 1960er-Jahre machten die ehemaligen NSDAP-Angehörigen nur noch 2% der

westdeutschen Gesamtbevölkerung aus; [76] ihr Anteil war in der NPD achtmal so hoch, was die Partei folgendermaßen zu rechtfertigen versuchte:

> „Die NPD interessiert sich für die Vergangenheit ihrer Mitglieder nur insoweit, als Vorstrafen und unehrenhaftes Verhalten die Zugehörigkeit zur NPD ausschließen […]. Die Grundlagen nationaldemokratischer Politik und das Programm der NPD haben mit den Zielen der NSDAP nichts gemein. […] Es gibt ehemalige NSDAP-Mitglieder in allen Parteien. Die NPD geht davon aus, daß sie ihre vor Jahrzehnten gültigen Überzeugungen inzwischen aufgegeben haben, ebenso wie die anderen Parteien in der Bundesrepublik von ehemaligen Nationalsozialisten in ihren Reihen eine gewandelte Überzeugung erwarten." [77]

Ihr Anspruch auf eine politische „Normalität" konnte vor dem Hintergrund, dass der damals amtierende christdemokratische Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger selbst ehemaliger NSDAP-Angehöriger war, natürlich als durchaus gerechtfertigt erscheinen; der wesentliche Unterschied zu den anderen Parteien bestand dennoch darin, dass die rechtsextremen AktivistInnen unter den Mitgliedern der NPD wenn nicht in der Mehrheit, so doch stark überrepräsentiert waren: Nach Schätzungen der staatlichen Stellen waren 35% der NationaldemokratInnen Mitglied von NSDAP und/oder Organisationen der extremen Rechten nach 1945 gewesen. [78] Entgegen offiziellen Beteuerungen der Partei sprach die Propaganda diese postnazistische Klientel auch gezielt an.

Die sozioprofessionellen Angaben zu den Parteifrauen sind noch spärlicher. Im Jahr 1967 zählte die Partei rund 5% Hausfrauen; die restlichen 6% mussten demnach einer beruflichen Tätigkeit nachgegangen sein. Sie wurden in die allgemeinen – und geschlechtsblinden – Statistiken mit aufgenommen und bildeten wohl einen verschwindend geringen Anteil der in der Partei aktiven ArbeiterInnen (32%), AkademikerInnen, StudentInnen, FreiberuflerInnen und

höheren BeamtInnen (4%), der anderen Angehörigen des öffentlichen Dienstes (6%), der RentnerInnen (9%) sowie der Angestellten (17%) und VertreterInnen des selbstständigen Mittelstands (27%). [79] Es ist kein leichtes Unterfangen, aus den Quellen stichhaltige Daten über die weibliche Basis zu erheben. Die weiblichen Mitglieder neigten nicht nur zur Zurückhaltung und Anonymität, sie wurden durch die damaligen Experten, die Forschung und nicht zuletzt durch die Partei selbst auch unsichtbar gemacht.

2.3. Die weibliche Parteielite

Anders sieht es hingegen bei den NPD-Kaderfrauen aus, die auf Landes- und Bundesebene Ämter innehatten;[80] ihre Fährte lässt sich aufspüren. Die empirischen Daten ermöglichen es auch, die Machtverhältnisse zwischen Männern und Frauen in den Entscheidungsstrukturen zu analysieren. Die weibliche Unterrepräsentanz bestimmte das Geschlechterverhältnis im Bundesvorstand, der noch mehr als die Landes- und Kreisvorstände männlich dominiert war. [81] Nie wurde eine Frau in das strategisch und machtpolitisch wichtige Parteipräsidium gewählt. Dem erweiterten Vorstand gehörten im Durchschnitt lediglich eine bis zwei Frauen an – vornehmlich Gertraude Winkelvoß, Anneliese Bläsing oder Anneliese Brandes –, der Frauenanteil überstieg nur einmal knapp die 10%-Marke. Paradoxerweise sank der Frauenanteil zwischen 1964 (10,5%) und 1969 (3%), [82] obwohl die Zahl der Kandidatinnen für die Vorstandsposten stetig anstieg, [83] eben weil der Machtapparat der NPD für die Leitungspositionen bevorzugt auf Männer setzte. Die weibliche Partizipation wurde so strukturell gebremst und begrenzt. Der *Gender Gap* war zwar bedeutend, aber auch hier im Vergleich zu anderen Parteien nicht außergewöhnlich: Nur die SPD besaß zu dieser Zeit in ihrem Bundesvorstand einen Frauenanteil von über 10%. Das gleiche Missverhältnis lässt sich, wenngleich mit Schwankungen, insgesamt auch für die NPD-Landesvorstände feststellen. [84] Frauen wurden von den Schlüsselpositionen ferngehalten und nahmen meist nur

zweitrangige Funktionen als Beisitzerinnen, Kassenwartinnen oder Frauenreferentinnen wahr. 1967 gab es unter den 261 ParteifunktionärInnen auf Bundes- und Landesebene gerade einmal 22 Frauen (8,4%). Diese Zahlen offenbaren nicht nur die offensichtliche Unterrepräsentanz von Parteifunktionärinnen im Vergleich zur weiblichen Basis (11%), sie verdeutlichen auch die in der NPD herrschende Machtkonstellation, die Frauen nachhaltig benachteiligte. Bis auf wenige Ausnahmen wurden sie auf höherer Ebene aus den innerparteilichen Aushandlungs- und Entscheidungsprozessen herausgehalten und marginalisiert.

Zum sozio-professionellen Hintergrund ist interessanterweise festzustellen, dass nur ca. ein Drittel (31%) der Parteifunktionärinnen Hausfrauen waren, obwohl dieser Tätigkeitsbereich – auch von den Frauen selbst – ideologisch überhöht wurde. Mindestens die Hälfte der Parteifunktionärinnen (50%) [85] ging einem Beruf nach: Besonders waren sie im Dienstleistungssektor anzutreffen, wo sie als Pflegerinnen, Lehrerinnen, als technische Angestellte, Buchhalterinnen oder Sekretärinnen in der Verwaltung, als Verkäuferinnen im Einzelhandel oder Arbeitskraft in der Gastronomie beschäftigt waren. Die Erwerbstätigenquote der NPD-Kaderfrauen überstieg somit leicht den Durchschnitt der weiblichen Gesamtbevölkerung. [86] Diese Tatsache ist nicht sonderlich erstaunlich: Dadurch, dass die berufliche Tätigkeit Frauen ermöglichte, aus der Isolation der Privatsphäre auszubrechen, ihnen sozio-professionelle Kontakte verlieh und sie für Gruppeninteressen sensibilisierte, wirkte es sozial integrationsfördernd; die Erwerbstätigkeit garantierte ihnen eine größere Autonomie und erleichterte darüber hinaus auch ihre politische Partizipation. [87]

Relevant erscheint ebenfalls die Untersuchung des generationellen Gepräges der Gründungsmütter der NPD, die man anhand einer sozio-demographischen Analyse ausloten kann. Die meisten Parteifunktionärinnen (81,7%) wurden zwischen 1910 und 1940 geboren; Ausnahmen bilden hier die Hamburgerin Meta Schirrmeister (1904) oder die Niedersächsin

Anneliese Brandes (1907). Einige Frauen (22,7%) stammten aus den Jahrgängen 1910 bis 1919 – so z. B. Elisabeth Stolle (1912), Käte Schmidt-Stölting (1913), Gertraude Winkelvoß (1917) und Martha Kruse (1917) –, überrepräsentiert waren die Jahrgänge 1920 bis 1929. Wie die drei Baden-Württembergerinnen Charlotte Blum (1921), Elfriede Rüff (1923) oder Rosemarie Wieland (1925) stammten 45,4% der Parteifunktionärinnen aus dieser Altersklasse. [88] 13,6% der Frauen – Eva Happach (1934) aus Schleswig-Holstein oder die Saarländerin Ellen Schmidt (1939) – sind nach 1930 geboren. Auffällig ist dabei, dass die männlichen Kader im Durchschnitt meist älter (70% waren zwischen 1900 und 1930 geboren, 2,2% sogar noch vor 1899) oder im Gegenteil sehr viel jünger waren als die weiblichen. Die jüngste Nationaldemokratin, Hermenegild Barth, war Jahrgang 1940 und die einzige Vertreterin dieser Alterskohorte; dagegen zählt man 22 Männer, die den Jahrgängen 1940–1949 entstammen, bzw. einen, der sogar nach 1950 geboren wurde, was die These einer vornehmlich männlichen Jugend der Partei bestätigt. Aus Sozialisationsperspektive lässt sich feststellen, dass 31,8% der Frauen im wilhelminischen Kaiserreich, 45,4% in der Weimarer Republik und 13,6% im „Dritten Reich" aufgewachsen sind. Sie waren demnach allesamt Teil der „Erlebnisgeneration", [89] also Teil jener Generation, die den Nationalsozialismus erlebt und nicht selten bejubelt hatte [90] – und den Zweiten Weltkrieg sowie die unmittelbare Nachkriegszeit überlebte. Als einschneidende und identitätsstrukturierende Urerlebnisse bildeten 1933 bzw. 1945 den „unmittelbaren Erfahrungsraum" (Reinhart Koselleck) der NationaldemokratInnen, die in diesem Sinne eine gemeinsame „Prägungsgemeinschaft" („communauté d'empreinte"; Marc Bloch) bildeten. Der französische Historiker Jean-Pierre Azéma erklärt, dass diese prägenden Ereignisse insofern generationelle Marker sind, als sie

> „nicht nur eine ganze Epoche strukturieren, indem sie denjenigen, die sie erlebt haben, komplexe mentale Referenzrahmen verleihen […], sondern ebenfalls

> nachhaltig auch eigene Verhaltensweisen sowie politische, soziale, kulturelle Praktiken hervorrufen und besondere Reflexe, Widerstände, Misstrauenshaltungen und Neigungen generieren“. [91]

Als „generationsgenerierende“ Ereignisse (Pierre Favre) sind sie konstitutive Wesensmerkmale der NPD. Im Diskurs, in der Praxis und im Gedächtnis der AkteurInnen sind diese zwei Zäsuren allgegenwärtig: Sie bestimmten ihr nationalistisches Selbstverständnis genauso wie ihren politischen Erwartungshorizont maßgeblich mit. Alle hatten sie als Zeuginnen die Unruhen und tiefgreifenden Umbrüche der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts erlebt; für die Älteren war die Bundesrepublik die vierte erlebte Staatsform auf deutschem Boden. Hatten sie die sogenannte „Größe“ des Reichs gekannt, so bedauerten sie jetzt die „Enge“ der Bundesrepublik. Für die meisten bildeten die Transformation der europäischen Nachkriegsordnung, die Überwindung der deutschen Teilung, die Restauration des Reichs und die Zurückeroberung der Ostgebiete die Grundkoordinaten ihres nationalistischen Engagements; die Hoffnung auf das Erreichen dieser Ziele begründete ihre Zugehörigkeit zur extremen Rechten in der Bundesrepublik.

Viele AnhängerInnen sahen in der NPD die letzte Chance, das 1945 gescheiterte politische Projekt in veränderter, den bundesrepublikanischen Umständen angepasster Form, d. h. in Form eines „angepassten Faschismus“ (Lutz Niethammer) doch noch umzusetzen. Ihr rechtsextremes Engagement in Westdeutschland stand in der Kontinuität zu ihrer politisch-ideologischen Laufbahn von vor 1945. Nur die wenigsten NPD-Funktionärinnen waren politische Neulinge, die meisten waren „Postfaschistinnen“, sprich Postnazistinnen. [92] 18,1% der Parteifunktionärinnen waren Mitglied der NSDAP gewesen; ihr Anteil lag somit unter dem Durchschnitt auf Bundes- und Landesebene (33,3%). Im Bundesvorstand waren die ehemaligen NationalsozialistInnen besonders überrepräsentiert (68%), darunter zählte man auch zahlreiche „alte Kämpfer“, die

wie die stellvertretenden Vorsitzenden Heinrich Faßbender und Wilhelm Gutmann bereits vor 1933 der Partei beigetreten waren. Die NPD-Frauen – Gertraude Winkelvoß (1938), Anneliese Bläsing (1941), Anneliese Nadig (1941) und Waltraut Schnoor (1941) –, die altersbedingt erst später in die nazistische Partei eingetreten waren, konnten, weil die NSDAP den Frauen außerhalb der für sie vorgesehenen weiblichen Strukturen politische Ämter verweigerte, im Nationalsozialismus auch weniger als ihre männlichen „Parteigenossen“ politisch partizipieren, geschweige denn als Funktionselite Karriere machen. Sie waren in diesem Sinne weniger vorbelastet als die NPD-Männer. [93]

Dahingegen waren paradoxerweise, den Proportionen nach, mehr NPD-Frauen als -Männer in der extremen Rechten nach 1945 aktiv gewesen. Mindestens 50% der weiblichen Funktionärinnen (gegen 28% der männlichen) waren zuvor oder gleichzeitig Mitglied einer extremistischen Partei oder Organisation in der Bundesrepublik: Acht Frauen, darunter Gertraude Winkelvoß, Helga Schulz, Hermenegild Barth und Martha Kruse, stammten aus der DRP; die Niedersächsin Elisabeth Stolle war vor der DRP auch SRP-Mitglied gewesen. Eva-Maria von Wolzogen aus Hessen brachte sich neben der NPD sowohl in der Aktion Oder-Neiße als auch im DKEG ein, in dem auch Anneliese Nadig (ebenfalls GfP-Miglied), Eva-Maria von Wolzogen und Ellen Schmidt aktiv waren. Hermenegild Barth gehörte dem auf die Nachwuchspflege spezialisierten Bund Heimattreuer Jugend (BHJ) an. Nur zwei Frauen (9%) hatten sich vor ihrem Eintritt in die NPD in keiner Organisation oder Partei betätigt. [94] Für viele Frauen stellte der Aktivismus in der NPD somit nur einen Teil des extremistischen „Kampfes“ dar, den sie, um Breitenwirkung zu erreichen, auf vielerlei Feldern, sowohl innerhalb der rechtsextremen Netzwerke als auch in der Zivilgesellschaft [95] sowie in der Politik, austrugen. Daraus lässt sich erstens schließen, dass der weibliche Eintritt in die Politik das extremistische Engagement im vorpolitischen Raum anscheinend oft voraussetzte; und zweitens, dass die personelle und strukturelle Kontinuität in der extremen Rechten

auch entscheidend auf dem Aktivismus der Frauen beruhte. Gerade diese Aktions- und Gesinnungspermanenz bei den AkteurInnen unterschied die NPD von den anderen westdeutschen Parteien, die die braune Vergangenheit ihrer AnhängerInnen eher zu verbergen suchten. [96] Sie schien die rechtsextreme Belastung ihrer Funktionselite geradezu als Gütesiegel und Selektionskriterium, als Zeichen ihrer politischen und ideologischen Kompetenz zu handhaben: Je höher die Parteiebene, desto belasteter das Personal; je belasteter die Kader, desto höher waren auch ihre Aufstiegschancen in der Partei. Diesen Tatbestand bestätigen auch die individuellen und politischen Werdegänge der Nationaldemokratinnen.

2.4. Biographische Verläufe von NPD-Gründungsmüttern

Es ist kein leichtes Unterfangen, die Biographien von Nationaldemokratinnen zu rekonstruieren, denn selbst das Ausfindigmachen von elementaren Informationen wie Lebensdaten, Mädchenname, Sozialisationsmilieu oder sozio-professioneller Kontext erweist sich häufig als Sisyphusarbeit. Kindheit, Jugend und politischer Werdegang vor dem NPD-Eintritt bleiben uns meist verborgen. Für viele NPD-Frauen ist die Partei nur eine Durchgangsstation: Sie treten in die Partei ein, bringen sich dort eine Zeit lang teilweise aktiv ein und verlassen sie dann wieder, ohne Spuren zu hinterlassen. Diese Quellendürftigkeit wird zudem dadurch verstärkt, dass auch die extreme Rechte – allen voran die NPD – keine gefestigte Archivierungstradition aufweist: Sie betreibt ihre eigene Gedächtnisarbeit nur sehr mangelhaft, bewahrt ihre Quellen verstreut auf, gewährt den ForscherInnen keinen Zugang zu ihrem Material und vermacht es auch den öffentlichen Archiven meistens nicht aus freien Stücken. Die folgenden Frauenporträts, die jeweils einen nationaldemokratischen ‚Frauentypus' umreißen sollen, sind ebenfalls defizitär und lückenhaft, aber dennoch relevant, weil sie die Heterogenität der weiblichen NPD-Gründungsgeneration veranschaulichen. Auch wenn die politischen Auffassungen dieser Akteurinnen in

der Bonner Republik zu konvergieren schienen, so offenbart ihr Werdegang vor und nach 1945 auch sichtbare Unterschiede.

Zu den herausragenden Gestalten der 1960er-Jahre zählt Gertraude Winkelvoß (1917–1982), geborene Pennewiß. Sie wurde am 18. Februar 1917 in Prettin (Kreis Torgau) geboren und verbrachte, weil ihr Vater als Pfarrer und Superintendent nach Militsch (Kreis Breslau) berufen wurde, ihre Kindheit und Jugend in Schlesien, wo sie das Gymnasium besuchte. [97] Im Jugendalter bereits nationalsozialistisch eingestellt, war sie erst BDM-Mitglied, ab 18 Jahren dann in der Organisation „Glaube und Schönheit" aktiv, nahm nebenbei regelmäßig an den Treffen des Vereins für das Deutschtum im Ausland teil und trat 1938 der NSDAP bei. Nach dem Abitur, das sie 1936 als einziges Mädchen ihrer Klasse abschloss, meldete sie sich freiwillig zum Reichsarbeitsdienst, ließ sich daraufhin in Marburg zur Krankengymnastin ausbilden und arbeitete ab 1938 für einige Monate in einem Magdeburger Militärkrankenhaus. 1939 heiratete sie den Juristen Reimer Winkelvoß, der ihr anscheinend auch gesinnungsmäßig nahestand, bewertete er doch das nationalsozialistische Deutschland, allen seinen Verbrechen zum Trotz, als national „rehabilitiertes" und „glückliches" Land:

> „So läßt sich auch erklären, daß wir es hinnahmen, wenn man mit denen, die dieses Glück stören wollten, hart verfuhr. Was mit den Juden geschah [,] anfangs lediglich die Entfernung aus wichtigen Ämtern und Positionen und das Verbot gemischter Ehen – ließ uns auch nicht irre werden an dem Vertrauen zum „Führer" und an der Freude über den von ihm bewirkten „Aufbruch der Nation". Von den späteren Judenmassakern wußten wir nichts. – Soviel zu diesem Thema." [98]

Den Krieg verbrachte Reimer Winkelvoß als Soldat an der Front in Polen, Frankreich und der Sowjetunion, während seine Ehefrau von 1939 bis 1943 in Magdeburg als Krankenhauspflegerin tätig war. Ab 1943 wurde sie als

Lagerführerin im RAD-Lager in Groß Rhüden in der Harzregion eingesetzt, wo sie mit der nationalsozialistischen Ausbildung von Mädchen betraut war. Sie zog anschließend wieder nach Magdeburg. Beim Anrücken der Roten Armee floh sie mit ihren vier Kindern gen Westen und ließ sich im November 1945 mit ihrem Ehemann, der sich nach einer kurzen Internierungszeit in einem amerikanischen Gefangenenlager in Frankreich nach Westdeutschland hatte absetzen können, im niedersächsischen Fredelsloh nieder. [99] Nach dem Krieg erteilten die Behörden ihrem Mann wegen seiner Vorbelastung ein Berufsverbot und schlossen ihn und seine Familie von jeglichen Sozialleistungen aus, sodass Gertraude Winkelvoß allein für ihre Familie aufkommen musste. Ab Mitte der 1950er-Jahre fanden beide allmählich in die soziale Normalität zurück: Während er als Richter an den Verwaltungsgerichten Oldenburg (ab 1954) und Lüneburg (ab 1964) beschäftigt war, blieb sie bis 1972 Hausfrau, nahm dann – nach ihrem Ausscheiden aus der NPD – ihren Beruf als Krankengymnastin erneut auf, musste diesen aber krankheitsbedingt 1974 wieder aufgeben. Das Ehepaar Winkelvoß zählt somit zu denjenigen Deutschen, die als überzeugte NSDAP-Anhänger in der Ära Adenauer gesellschaftlich rehabilitiert, staatlich re-integriert wurden und die nach einer anfänglich prekären Phase in der Bundesrepublik dann relativ schnell eine komfortable Stellung zurückerlangten, ohne allerdings ihre politischen Überzeugungen abzulegen. Reimer Winkelvoß durfte als Staatsbeamter keiner rechtsextremen Partei angehören; Gertraude Winkelvoß hingegen trat Anfang der 1960er-Jahre in die DRP und 1964 in die NPD ein, in der sie als Multifunktionärin vielfältige Aufgaben übernahm: Sie war Mitglied im Bundesvorstand (1964–1972), Bundesfrauenreferentin (1964–1972), Vorsitzende des KV Lüneburg (1965–1967) und Abgeordnete des Niedersächsischen Landtags (1967–1970), ein Amt, das sie als „Krönung ihrer politischen Aktivität" betrachtete. [100] Vom verpassten NPD-Einzug in den Bundestag 1969 zutiefst erschüttert, verließ sie 1972 die Partei und zog sich aus der Politik zurück. Sie verstarb am 5. März 1982.

Angesichts ihrer Biographie, ihrer Erfahrungen und Ideale scheint Gertraude Winkelvoß die Erlebnisgeneration, welche die NPD in den 1960er-Jahren aufbaute, schlechthin zu verkörpern. Als überzeugte Nationalsozialistin und Schlesierin, die sich diesem vormals deutschen Territorium noch verbunden fühlte, als vor der Roten Armee Geflüchtete und „Opfer“ der „nationalen Erniedrigung“ erschien sie, durch ihre eigene Geschichte, geradezu disponiert zur fundamentalen Ablehnung der neuen, von den Alliierten durchgesetzten Ordnung auf deutschem Boden. Die Verklärung des Deutschen Reichs und der Restaurationswille standen als Triebkräfte im Zentrum ihres 15 Jahre währenden politischen Aktivismus. Darüber hinaus erscheint es plausibel, dass die Kriegs- und Nachkriegserfahrung, ungeachtet des immensen Leids und der unbeschreiblichen Gräuel, für sie auch einen Autonomisierungs-, wenn nicht sogar einen Emanzipationsfaktor darstellte. [101] Wie viele Frauen ihrer Generation musste auch sie einen Konflikt zwischen weiblichen Traditionsansprüchen, Versorgungsnöten und ihren eigenen emanzipatorischen Ansprüchen bewältigen und aushandeln. Durch das materielle und überlebenswichtige Aufkommen für ihre Familie in der unmittelbaren Nachkriegszeit war sie repräsentativ für jene Frauen, die sich kriegsbedingt im Männer entbehrenden Nachkriegsdeutschland gezwungen sahen, die „Rolle des Jahrhunderts“ [102] zu übernehmen. Es war eine Rolle, die ihren Erfahrungsraum stark determinierte, aber gleichzeitig auch ihren Erwartungshorizont und ihr Verhältnis zur Politik mitbestimmte.

Trotz der vielfältigen Bemühungen von Reimer Winkelvoß, die Erinnerung an seine Frau auch nach ihrem Tode wach zu halten, ist ihr politisches Nachleben eher begrenzt. Manche ZeitgenossInnen und WeggefährtInnen lobten in ihren Nachrufen ihre „Offenheit“, „Güte“ und „Unverzagtheit“ oder drückten wie die Nationaldemokratin Holle Grimm ihre Bewunderung aus:

> „Ich bin dankbar […] unsere verehrte und bewunderte

> Gertraude Winkelvoß gekannt zu haben. Ich kannte sie doch als unglaublich tätig, energisch, temperamentvoll, als großartige Organisatorin. Sie verstand sich durchzusetzen und auf diese Weise viel von ihrer Kraft und ihren Idealen auf andere zu übertragen.“ [103]

Der Nachruf ihrer einstigen Partei war seinerseits eher verhalten:

> „Frau Winkelvoß war vor allem unseren alten Parteifreunden als langjähriges Mitglied des Parteivorstands und auch als Mitglied des niedersächsischen Landtags bestens bekannt. Sie hat sich um den Aufbau unserer Partei in den 60er Jahren als unermüdliche Aktivistin erwiesen und um die Partei verdient gemacht. Das ehrende Andenken all derer, die sie in jener Zeit erlebten, ist ihr sicher. Den Angehörigen gehört unsere Anteilnahme.“ [104]

Bei ihrem Austritt aus der Partei 1972 hatte sie selbst mit der Ächtung ihrer Parteifreunde gerechnet; ihre Befürchtung, aus dem Parteigedächtnis getilgt zu werden, formulierte sie in einem Brief an den Vorsitzenden des niedersächsischen Landesverbands, Herbord Große-Endebrock:

> „In der Hoffnung, daß es einigen Freunden gelingen wird, meinen Namen – trotz der Streichung aus der Parteiliste – nicht völlig in der Reihe derer zu löschen, denen es um die Sache geht.“ [105]

Diese Vorahnung war durchaus berechtigt. In den retrospektiven Veröffentlichungen der NPD findet sie keine Erwähnung. Auch die Nationaldemokratinnen kommemorieren sie nicht, was auch davon zeugt, dass in den Rängen der NPD – sowie in der extremen Rechten allgemein – eine regelrechte weibliche Amnesie herrscht: Es ist weder eine weibliche Kontinuität noch ein Gedächtnis, geschweige denn eine

Tradition oder ein Erbe vorhanden, das die Frauen generationsübergreifend miteinander verbinden könnte. [106] Das Gleiche gilt, vielleicht in weniger extremem Ausmaß, für die drei folgenden NPD-Frauen.

Die Baronin Helene von Watter (1895–1972) wurde am 21. April 1895 in eine preußische, in Pommern ansässige Adelsfamilie hineingeboren. Nach dem Abitur machte sie eine Ausbildung zur Pflegerin, nahm anschließend ein Medizinstudium auf, das sie 1923 mit der Promotion abschloss. Sie ließ sich daraufhin in Potsdam als Ärztin nieder; nach dem Zweiten Weltkrieg verschlug es sie nach Köln. Bis 1933 war sie nebenbei in mehreren öffentlichen Gremien wie dem Preußischen Landesgesundheitsrat Mitglied und widmete sich neben ihrem Beruf sehr früh auch der Politik. Seit ihrer Jugend stand sie den national-konservativen und monarchistischen Zirkeln nahe, die sie in der Weimarer Republik auch als DNVP-Abgeordnete zwischen 1923 und 1933 im Preußischen Landtag vertrat. Nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten zog sich die Baronin aus dem politischen Geschäft zurück und kehrte erst nach 1949 in die Politik zurück. Sie blieb auch in der Bundesrepublik ihren Überzeugungen und dem Monarchistenbund treu und kandidierte bei Bundestagswahlen mehrmals gegen die CDU für national-konservative Kräfte: 1949 auf der Liste der DKP-DRP und 1961 für die GDP, ehe sie zur DP übertrat. Wahrscheinlich folgte sie den Anweisungen ihres Parteichefs Friedrich Thielen, als sie 1965 in die nordrhein-westfälische NPD eintrat und sich dort als Landesvorstandsmitglied (1966), Rednerin, Frauenreferentin und Kandidatin (Bundestagswahl 1969) einbrachte. Sie verstarb 1972. [107] In Anbetracht ihrer sozialen und politischen Herkunft stand ihr nationaldemokratisches Engagement in der Bundesrepublik in der Kontinuität zu ihrer Tätigkeit in den nationalistisch-monarchistischen Kreisen der Vor- und Nachkriegszeit. Vom Nationalsozialismus hatte sie sich ferngehalten. Für Anneliese Bläsing hingegen, mit der sie in den Parteigremien verkehrte, war der positive Bezug zum „Dritten Reich“ ein entscheidender Motivationsfaktor für den NPD-

Eintritt.

Die am 2. Juni 1923 im hessischen Malsfeld geborene Anneliese Bläsing (1923–1996) verbrachte ihre Jugend im BDM und trat am 1. September 1941 mit 18 Jahren in die NSDAP ein. Nach der Volksschule absolvierte sie eine kaufmännische Lehre (1937–1939) und war danach als kaufmännische Angestellte und Sekretärin in der Großindustrie (ab 1940) tätig. Nach dem Krieg stellte sie sich in den Dienst des Parlamentarismus und arbeitete zwischen 1953 und 1957 als Sekretärin für den FDP-Abgeordneten August-Martin Euler im Deutschen Bundestag. [108] In diesem Rahmen lernte sie vermutlich den nationalkonservativen Bundestagsabgeordneten Heinrich Faßbender kennen, den sie ab Ende der 1950er-Jahre auf seinem politischen Weg und auch später in der NPD stets begleitete. Ob bei Parteisitzungen oder Wahlveranstaltungen, nie trat Anneliese Bläsing ohne ihren Mentor auf. Wie Faßbender wohnte sie der Versammlung bei, die am 28. November 1964 die NPD-Gründung beschloss; wie er war sie gleichzeitig Mitglied im Bundesvorstand (1965) und im hessischen Landesvorstand, den er leitete und dessen Frauenreferat sie übernahm; wie er wurde sie 1966 Abgeordnete des Hessischen Landtags; wie er verließ sie 1970 schließlich die Partei. Es kann davon ausgegangen werden, dass Faßbender durch sein Alter, seine Erfahrung und seine politische Stellung einen nicht unerheblichen Einfluss auf sie ausübte und dass deren berufliche, politische – und vielleicht auch private – Verflechtungen ihre Tätigkeit und Laufbahn in der Partei wesentlich mitbestimmten. [109] Obwohl sie für ihre rigoros nationalistischen Überzeugungen bekannt war, kehrte sie nach dem Tod Faßbenders 1972 nicht in die Politik zurück. Letztendlich verweilte sie recht kurz in der extremen Rechten der Bundesrepublik, was sie von ihrer Parteifreundin Martha Kruse grundlegend unterschied, die ihre politische Karriere über Jahrzehnte hinweg bis zu ihrem Tod in der NPD absolvierte.

Martha Kruse wurde am 8. Dezember 1917 (1917–2001) geboren und wuchs in Schwerte am östlichen Rand des Ruhrgebiets auf, wo sie zwischen 1935 und 1938 eine kaufmännische Ausbildung machte und daraufhin einige

Monate im RAD verbrachte, bevor sie ab 1941 eine Anstellung als Sekretärin fand. Nach ihrer Heirat siedelte sie mit ihrem Ehemann nach Bremen über und zog sich aus dem Erwerbsleben zurück, um sich als Hausfrau um ihre fünf Kinder zu kümmern, was sie nicht davon abhielt, sich auf lokaler Ebene im öffentlichen Leben einzubringen. Ab 1949 war sie etwa Beisitzerin im Landesausgleichsamt, das für die materielle Entschädigung der Kriegsopfer zuständig war, und nahm ebenfalls in zivilgesellschaftlichen Verbänden und Vereinen leitende Positionen ein: 1961 war sie Vorsitzende des Familienhilfswerks Niedersachsen-Bremen und leitete ab 1966 auch den Deutschen Familienverband sowie den Bund der kinderreichen und jungen Familien Deutschlands auf regionaler Ebene. Sie stand zudem bis zuletzt dem ökologisch-reaktionären Weltbund zum Schutz des Lebens nah. Somit widmete sie sich vor allem der Familienpolitik, die sie sowohl in der DRP (ab 1957) als auch in der NPD (ab 1964) mitgestaltete. Obwohl sie bis zu ihrem Tod 2001 Mitglied blieb, war sie nur zeitweise in der Partei aktiv. Als Mitglied des bremischen Landesvorstands, in dem sie mit dem Frauenreferat betraut war, wurde sie als NPD-Kandidatin aufgestellt und zog 1967 für eine Legislaturperiode als Abgeordnete in die Bremische Bürgerschaft ein. Sie kandidierte anschließend auch bei den Bundestagswahlen 1969 und 1972, hielt sich dann eine Zeit lang abseits von der Politik und erschien erst in den 1980er-Jahren wieder auf der nationaldemokratischen Bühne: 1980 kandidierte sie für die Bundestagswahl, 1984 für das Europäische Parlament. Sie übernahm in diesem Jahrzehnt auch wieder vielfältige Funktionen in der Partei, als Landesvorstandsmitglied in Bremen und in Bayern (ab 1992) sowie als Beisitzerin im Bundesvorstand (1987 und 1993). [110] Trotz ihrer langjährigen politischen Aktivitäten – sie war immerhin über 35 Jahre Parteimitglied – und ihrer parlamentarischen Tätigkeit kann sie insgesamt und im Vergleich zu anderen Nationaldemokratinnen als zweitrangige Parteifunktionärin betrachtet werden.

Mit ihren sehr unterschiedlichen Lebenswegen stehen die hier vorgestellten Nationaldemokratinnen für die Vielfalt der

weiblichen Gründungsgeneration. Neben den geographischen, sozialen (Adel, Mittelstand und Unterschicht) und beruflichen (Ärztin, Krankengymnastin, Sekretärin, Hausfrau) Disparitäten fallen auch die generationellen und politischen Unterschiede auf: Eine Nationaldemokratin wurde im wilhelminischen Kaiserreich (von Watter), zwei in der Weimarer Republik (Winkelvoß, Kruse) und die letzte im „Dritten Reich" (Bläsing) sozialisiert; die auseinanderklaffenden Erfahrungsräume wirkten sich anscheinend unterschiedlich auf ihre unmittelbare politische Positionierung aus. Alle vier waren sie Verfechterinnen des politischen Nationalismus vor 1945, doch verschrieben sie sich zum Teil unterschiedlichen Parteien und Regimes (Monarchismus/DNVP bei von Watter, Nationalsozialismus und NSDAP bei Winkelvoß und Bläsing). Kruse blieb bis 1945 politisch abstinent, engagierte sich dann aber umso länger im politischen Rechtsextremismus der Bundesrepublik, während sich die drei anderen in diesem nicht sehr lange aufhielten. Auch wenn die Intensität und Langlebigkeit sowie der ideologische Fokus ihrer politischen Aktivität (nationalistischer Monarchismus, Nationalkonservatismus, Nationalsozialismus) variieren mochten, identifizierten sich alle Akteurinnen mit der NPD der 1960er-Jahre. Die Partei war somit in der Lage, sehr unterschiedliche Persönlichkeiten, Strömungen, Interessen, Sehnsüchte und Standpunkte hinter sich zu sammeln. Diese Kompromissfähigkeit ermöglichte es ihr, alle konkurrierenden Parteien im nationalistischen Lager zu verdrängen und sich in diesem Jahrzehnt als Zugpferd der extremen Rechten zu profilieren.

2.5. „Hilfsarbeiterinnen gesucht": Aufgaben- und Tätigkeitsbereiche der Nationaldemokratinnen

Den innerparteilichen Machtverhältnissen entsprechend wurde die politische Praxis der NPD-Frauen, wie in den anderen Parteien auch, durch eine klassische Rollen- und Funktionsverteilung bestimmt: Den Parteimännern oblagen die

prestigeträchtigen und aufwertenden Leitungs-, Entscheidungs- und öffentlichkeitswirksamen Repräsentationsfunktionen, während die Frauen im Hintergrund eher begleitend-unterstützende, *ergo* weniger sichtbare – obwohl unabdingbare – Verwaltungsaufgaben übernahmen. In Ausnahmefällen konnten Frauen als Vorstandsmitglieder auch in den höheren Parteiebenen mitmischen: Das betraf sowohl die drei zwischen 1964 und 1969 in den Bundesvorstand gewählten Frauen [111] als auch die zwanzig Parteifunktionärinnen, [112] die vornehmlich als Beisitzerinnen, Kassenwartinnen oder Frauen- und Familienreferentinnen in die Landesvorstände gewählt und mit spezifisch „weiblichen“, d. h. mit von der Parteileitung als zweitrangig erachteten Aufgaben betraut wurden.

Auf der unteren Ebene, in den Kreisverbänden, hatten Frauen meist vergleichbar untergeordnete Funktionen inne, obschon ihnen mitunter mehr Handlungsspielräume eingeräumt wurden, umso mehr, wenn sie wie Gertraude Winkelvoß (Lüneburg), Eva-Maria von Wolzogen (Offenbach), Anneliese Brandes (Osterrode) oder Eva Happach (Lübeck) KV-Vorsitzende waren und den lokalen Verbandsalltag eigenverantwortlich bestimmten. Sie dienten als Brücke zur Basis und gewährleisteten neben der internen Kommunikation auch die Öffentlichkeitsarbeit und den Aktivismus ihrer KV-Mitglieder. Sie sorgten vor allem in Wahlkampfzeiten dafür, dass die politische Botschaft der Partei durch Kundgebungen oder Flugblattaktionen auch in die abgelegensten Stadtviertel und in ländliche Regionen hineingetragen wurde. Eva Happach z. B., die seit 1966 als KV-Vorsitzende in Lübeck amtierte, führte im Vorfeld zur schleswig-holsteinischen Landtagswahl 1967 zahlreiche Stammtischabende, 13 Großversammlungen, zwei Flugblatt- und mehrere Autokorso-Aktionen in Lübeck durch. [113] Der Aktivismus verhalf der Partei in diesem Bundesland zwar nicht zum unmittelbaren Durchbruch, doch fungierte er als politisch-propagandistischer Treibriemen. Auf lokaler und regionaler Ebene war er deswegen absolut unentbehrlich und wurde auch entsprechend gewürdigt; [114] gleichwohl gehörte Eva Happach in Anbetracht ihrer herausgehobenen Stellung und

Gestaltungsmacht eher zu den Sonderfällen.

Für gewöhnlich wurden die Frauen innerparteilich, wie es Gertrud Neumann aus dem KV Ludwigsburg in den 1980er-Jahren retrospektiv schilderte, konkret als „Hilfsarbeiterinnen“ [115] – Stenotypistinnen, Buchhalterinnen, Sekretärinnen – betrachtet; [116] ihnen wurde die ‚unpolitische‘ Verwaltungsarbeit zugewiesen. Wie Irmgard Busse in Nordrhein-Westfalen, Ilse Herrmann in Bayern oder Waltraut Schnoor in Schleswig-Holstein verrichteten viele Parteifunktionärinnen im Auftrag ihrer Landesvorstände neben der politischen Arbeit auch praktische, als typisch weiblich ausgewiesene Sekretariatsaufgaben (etwa Korrespondenz, Protokollierung von Sitzungen, Materialbestellungen, Buchhaltung und Terminplanung). Sie unterstützten ihre männlichen Parteifreunde auch bei der logistischen Organisation großer Veranstaltungen. Bei den NPD-Parteitagen von Hannover, Karlsruhe und Schwabach z. B. kümmerten sich Frauen um die Saalreservierung und -ausschmückung; sie spielten aber in deren Ablauf keine nennenswerte Rolle. So waren zwar weibliche Delegierte mit Stimmrecht zu den Parteitagen zugelassen, das Wort wurde aber allein den männlichen Delegierten erteilt. Auch wenn Gertraude Winkelvoß 1967 in Hannover das Privileg genoss, oben auf der Tribüne neben den Parteigrößen sitzen zu dürfen und die junge bayerische Nationaldemokratin Sigrun Jobst die Präambel des gerade verabschiedeten Parteiprogramms „feierlich“ verlesen durfte, [117] so war es schier undenkbar, einer Parteifunktionärin bei einem solchen Anlass zu gestatten, im Rampenlicht zu stehen und eine Rede zu halten. Sie fungierten lediglich als weibliche Aushängeschilder, als dekoratives Beiwerk in einem männlichen Machtraum.

Die auferlegte Zurückhaltung der Frauen, die einer regelrechten Zurückdrängung gleichkam, wurde noch dadurch verstärkt, dass die NPD-Leitung das öffentliche Auftreten und Sprechen der ParteifunktionärInnen scharf kontrollierte. Das galt vor allem für die Veranstaltungen, die besonders in Wahlkampagnen tagtäglich zu Mobilisierungs-, Rekrutierungs-

und Finanzierungszwecken in Gasthäusern und Dorfhallen abgehalten wurden. Für deren Ablauf gab der NPD-Propagandachef Walter Seetzen verbindliche Richtlinien vor, [118] die in ihrer dirigistischen Ausformung wenig Raum für Spontaneität und Eigeninitiative übrigließen und somit auch sehr eindringlich die Vertikalität der Machtausübung darlegten. Aus Furcht, durch Dilettantismus, Skandale oder Entgleisungen in der Öffentlichkeit den Parteiaufstieg zu gefährden, zwängte die NPD-Leitung ihre FunktionärInnen in ein diskursives Korsett, das u. a. von Musterreden bestimmt war. [119] Sie wählte die ParteirednerInnen mit Umsicht aus und prüfte den Inhalt der Vorträge. [120] In einem Brief an Adolf von Thadden beklagte Gertraude Winkelvoß diese als willkürlich empfundene Zensurpraxis der Parteileitung, [121] einerseits aus verletztem Stolz, andererseits aber auch, weil sich jene sehr negativ auf die politische Beteiligung von Frauen auswirkte. Der Schritt in die Öffentlichkeit fiel ihnen grundsätzlich schwerer als den Männern, weil ihre Hemmschwelle traditions- und sozialisationsbedingt höher war; die strenge Kontrolle der Partei verstärkte zusätzlich die weibliche Zögerlichkeit. Mit dem Willen, jene zu überwinden, rief die Bundesfrauenreferentin Winkelvoß die Parteifrauen zu mehr Wagemut und Öffentlichkeitspräsenz auf:

> „Noch eine Aufforderung: Bewerben Sie sich um Rednerausweise bei Ihren Landesverbänden. Wagen Sie den Schritt in die Öffentlichkeit. Jeder lernt – und die Wahrheit steht an unserer Seite.“ [122]

De facto hatten nur wenige Nationaldemokratinnen einen solchen Rednerausweis. 1965 zählte man unter den 221 zugelassenen RednerInnen nur fünf Frauen, später waren es zwölf; [123] sie überschritten diese Zahl bis 1969 aber nicht. [124] Auch wenn ihre Anzahl sehr niedrig war, so fällt auf, dass die Häufigkeit der weiblichen Auftritte ab 1966 stark zunahm. Anneliese Bläsing z. B., die zu der Zeit für den Hessischen

Landtag kandidierte, trat in dem Jahr 25 Mal bei Parteiveranstaltungen auf. Nach dem Einzug ins Parlament setzte sie ihre Rednerinnentätigkeit fort und unterstützte die NPD-Wahlkämpfe in den anderen Bundesländern: Zwischen März und April 1967 begleitete sie Heinrich Faßbender bei einer politischen Rundreise durch Rheinland-Pfalz, die von Langen nach Mainz über Heidesheim, Altenglan, Ludwigshafen, weiter nach Bad Dürkheim und Ziegenhain über Homberg, Rockenhausen und Zweibrücken führte. 1968 nahm sie noch an acht, 1969 dann nur noch an zwei politischen Tagungen teil. Wie die meisten Rednerinnen widmete Bläsing ihre Beiträge zum Großteil der Frauen- und Familienfrage. Einige wenige tasteten sich auch in andere Bereiche vor, so z. B. Sigrun Jobst, die als einzige Frau unter den insgesamt 73 in Bayern zugelassenen RednerInnen die Themen rund um Jugend, Schulwesen und Sicherheit behandelte. Als Geschichtslehrerin legte Eva Happach den Schwerpunkt ihrerseits eher auf die Erinnerungspolitik. [125] Als Multiplikatorinnen trugen sie alle gewiss zur Ausdehnung des aktivistischen Netzes bei, doch ist die Wirkung dieser weiblichen Öffentlichkeitsarbeit im Nachhinein schwer zu ermitteln. Augenfällig ist jedoch, dass Frauen durchaus die gleichen Aufgaben wie die Parteifreunde in Leitung, Organisation und Verwaltung, Aktivismus, Presse und Propaganda übernehmen konnten, sofern sie Unterstützung erfuhren und sich dazu auch selber imstande fühlten. Der einzige gravierende Unterschied lag in den Aufstiegschancen, d. h. der sprichwörtlichen „gläsernen Decke“, gegen die sie als Frauen unentwegt stießen und die sie dazu verdammte, in allen ihren Tätigkeitsbereichen eine den Männern untergeordnete Position einzunehmen. Besonders ambivalent erwies sich in Bezug auf die weibliche Wirkungsmacht auch die Funktion der Frauenreferentinnen, die von Seiten der Parteileitung als wohlwollende Geste gegenüber dem anderen Geschlecht gedacht war und die sich für die Parteifunktionärinnen einerseits als Profilierungschance, andererseits jedoch ebenfalls als unüberwindbare Barriere entpuppte.

2.6. Macht und Ohnmacht der NPD-Frauenreferentinnen

Wie Gertraude Winkelvoß, Chefin der Nationaldemokratinnen, und Anneliese Bläsing (Hessen), Helene von Watter (NRW), Irmgard Rasche (NRW) oder Anni Schadler (Saarland) wurden in den 1960er-Jahren fast alle Parteifunktionärinnen als Frauenreferentinnen eingesetzt. Dadurch, dass sie eine weibliche Spezifizität postulierte und den Nationaldemokratinnen eine ‚natürliche Expertise' in Frauen- und Familienfragen unterstellte, war diese Funktion auf die Parteifrauen nachgerade zugeschnitten. Ihre Aufgabe bestand im Wesentlichen darin, weibliche Interessen zu artikulieren, dabei gleichfalls die weibliche Basis für die Partei zu aktivieren, neue Mitglieder anzuwerben und Wählerinnen anzusprechen. Frauen wurden dabei analog zu anderen gesellschaftlichen Gruppen (Vertriebenen, Bauern usw.) als Minderheit [126] identifiziert, die es für die Partei zu mobilisieren galt. Dadurch konnte die NPD ihr Image als vermeintlich demokratische und frauenfreundliche Partei aufpolieren, ohne den Frauen innerparteilich sonstige Befugnisse einräumen zu müssen. Zuweilen leiteten die Referentinnen kleine Arbeitsgruppen, die Positionspapiere ausarbeiteten und den Bundes-, Landes- und Kreisvorständen, denen sie direkt unterstanden, ihre Berichte und Empfehlungen zukommen ließen; ansonsten verfügten sie über diese beratende Rolle hinaus über keinerlei Zuständigkeiten und Rechte. Es lag daher im Interesse der Parteileitung, diese den Frauen zugedachte Tätigkeit zu fördern, beschränkte sie sich doch meistens auf „die Unterstützung und Akklamation der (von ihr gesetzten) Ziele". [127]

Dank der Frauenreferentinnen konnte die Parteileitung außerdem den ideologischen Einflussbereich der Frauen genau abstecken, d. h. ihre Betätigungsfelder begrenzen und ihre Parteiarbeit kontrollieren. Ihre Beteiligung wurde toleriert, sofern sich die Funktionärinnen auf die spezifisch „weiblichen Themen" (Frau, Familie, Gesundheit, Kultur) beschränkten und nicht in die als männliche Hoheitsbereiche geltenden Felder (etwa Wirtschaft, Finanzen, Sicherheit, Außenpolitik)

vordrangen. Diese geschlechtsspezifische Segregation, die ihre Rechtfertigung in den „natürlichen Kompetenzen“ der Männer und Frauen fand, beruhte implizit auf einer ideologischen Hierarchisierung, welche die ‚männliche Politik‘ als relevant, normensetzend und allgemeingültig ansah, die ‚weibliche Politik‘ hingegen als Partikularinteressen dienende Politik von Frauen für Frauen deutete und deswegen als nebensächlich betrachtete. Diese Dichotomie war für diese Zeit keinesfalls außergewöhnlich, [128] dafür aber ein klarer Ausdruck der in der Partei herrschenden männlichen Hegemonie. Gertraude Winkelvoß, die diese Trennung als Diskriminierung empfand, monierte den Ausschluss von Frauen aus politisch bedeutsamen Bereichen:

> „Uns Frauen geht alles an, nicht nur Kultur und Soziales, womit man uns so gern abspeist, auch der Handel, die Preise, die Finanzen, das Rechtswesen usw., weil alles unser Leben berührt und bestimmt.“ [129]

Andere Nationaldemokratinnen wie Martha Kruse wiederum begnügten sich mit dieser thematischen Beschränkung, fühlten sie sich wie viele zu dieser Zeit in der Politik aktive Frauen [130] doch gerade in diesem politischen Bereich wohl und legitim, weil sie mit ihren Bedürfnissen und Erfahrungen als Frauen oder Mütter aufwarten konnten. Durch die Besetzung einer politischen „Nische“ glaubten sie außerdem ihre Position in der Partei stärken zu können. Das Frauenreferat war somit gleichsam Segen und Fluch: Es integrierte die Frauen, indem es ihnen „kraft Amtes“ eine gehobene Position in den Vorständen gewährte, sie zugleich aber auch von den männlichen Parteifreunden isolierte. Sieglinde Rosenberger beschreibt diese paradoxe „integrierte Separierung“ als Effekt patriarchaler Vorurteile, welche die Männlichkeit als Norm und die Weiblichkeit durch ihre Komplementarität definieren: Sie sind es, die in den 1960er-Jahren – und auch danach – die Machtkonfigurationen und folglich die minderwertige Stellung

von Frauen in Politik und Parteien bestimmten. [131]

Hauptanliegen der Frauenreferentinnen war es, die Frauen bzw. die Ehefrauen der Parteimitglieder für die Politik der NPD zu interessieren, sie durch gesellige Treffen, politische Diskussionsrunden oder andere Aktivitäten an die Partei heranzuführen, das Gemeinschaftsgefühl zu fördern und somit ihren Sinn für die „nationale Sache“ zu schärfen. So berichtete das Parteiorgan „Deutsche Nachrichten“ beispielsweise in überschwänglichem Ton über die „vorbildlich“ effiziente, „ertragreiche“, aber auch „dezente“ Frauenarbeit in Karlsruhe:

> „Seit Bestehen des KV Karlsruhe-Stadt waren die Frauen besonders aktiv. Unter der Leitung von Frau Elfriede Becker veranstaltete die (nicht nur aus Mitgliedern bestehende) Frauengruppe mehrere gesellige Abende, die nicht nur den Kontakt innerhalb des KV förderten und neue Mitglieder gewinnen halfen, sondern stets auch Kassenerfolge brachten. Als dann im September vorigen Jahres Frau Else Hüther die Frauenarbeit übernahm, setzte ein vielfältiges Veranstaltungsprogramm ein, das in breitem Spektrum sowohl politische Referate (Gutmann, MdL, Knorr, MdL, von Kleist) als auch Lichtbildervorträge (Gerhard, Lauritzen), Werksbesichtigungen (Esso, Kernforschungsreaktor) und frohe Feste (Adventsfeier für Kinder, Faschingsball) enthielt. Ohne viel Aufhebens waren die ‚Karlsruher Frauen‘ auch stets in den Wahlkämpfen besonders tätig.“ [132]

Die Informationstreffen von Frauen für Frauen waren das Herzstück der weiblichen Parteiarbeit. Als Ort der Begegnung und des Austausches unter Gleichgesinnten fungierten sie als Eisbrecher für die konservativen und nationalgesinnten Frauen, die sich aus Schicklichkeitsgründen nie in eine gemischtgeschlechtliche, also stark männlich dominierte NPD-Parteiversammlung begeben hätten. Auch für diejenigen, die noch zögerten, sich zur extrem rechten und eben deshalb politisch und gesellschaftlich geächteten Partei zu bekennen, waren sie von Vorteil:

> „Frauen stehen im allgemeinen der NPD noch zurückhaltend gegenüber, da sie die einseitigen Schilderungen dieser Partei nicht ohne Weiteres als Verleumdungen erkennen, deswegen versuchen wir auf Tagungen Frauen mit unseren Gedanken vertraut zu machen.“ [133]

Unter der Obhut der Bundesfrauenreferentin Winkelvoß hielten die Nationaldemokratinnen am 17. und 18. September 1966 ihren ersten Bundesfrauenkongress in Marburg ab, der unter dem Zeichen des „politischen Vertrauens“ etwa 75 Anhängerinnen und Sympathisantinnen versammelte. Im Vorfeld zur Hessenwahl wollten sie so den NPD-Wahlkampf mitgestalten, die Landtagskandidatin Anneliese Bläsing der Öffentlichkeit präsentieren und ihre eigenen, „weiblichen Themen“ vorstellen. Die in diesem Rahmen gehaltenen Reden, die sich mit der nationaldemokratischen Politik rund um Familie (Winkelvoß), „Hygiene“ (von Watter), Geschlechterdifferenz (Prinzessin Reuß zur Lippe) und weibliche Partizipation (Niewöhner) auseinandersetzten, mündeten in den nachdrücklichen Appell an die Parteimänner, die politische Aktivität von Frauen mehr und beherzter zu unterstützen. [134] Dieser Kongress bildete den Auftakt zu einer Reihe von Tagungen und Treffen, die in den darauffolgenden Monaten von lokalen und regionalen Frauenreferentinnen – z. B. von Christel Müller im Januar 1967 anlässlich der Bremer Wahl im schleswig-holsteinischen Itzehoe – veranstaltet wurden. [135] Mit der näher rückenden Bundestagswahl intensivierten die Nationaldemokratinnen ihre Aktivitäten: Zwischen März 1968 und September 1969 fanden 14 Tagungen statt, die von Frauenreferentinnen sowohl lokal als auch transregional durchgeführt wurden. [136] Während die kleineren Versammlungen als normale Wahlveranstaltungen vorrangig das Wahlprogramm der NPD dem weiblichen Wahlvolk vermitteln sollten, widmeten sich acht interregionale Tagungen der politisch-ideologischen Ausbildung von Frauen – so im hessischen Lippoldsberg, wo Gertraude Winkelvoß am 11. und

12. Mai 1968 auf dem Anwesen ihrer Parteifreundin und Vertrauten Holle Grimm ein Frauenseminar ausrichtete, das sich mit den unmittelbar aktuellen Studentenunruhen befasste. Wie Winkelvoß, die ihren Eröffnungsvortrag zur „NPD in der politischen Situation“ hielt, warnten alle Rednerinnen vor der „Gefahr der Linken“ und der „Bedrohung des Kommunismus“, vor dem es die westdeutsche Gesellschaft und mehr noch die Jugend zu schützen galt. Nachdem Margarete Walendy (NRW) die Grundsätze des Kommunistischen Manifests erläutert hatte, geißelte Sigrid Jobst (Bayern) die „Untaten“ Rudi Dutschkes sowie dessen „verheerenden“ Einfluss auf die jungen Menschen. Den Tag darauf widmeten die Nationaldemokratinnen der Geschichte der politischen Rechten in Deutschland (Wachmann) und dem Friedenswillen als „genuin weiblichem Wert“ (Timm). Zum Abschluss betonten sie ihre politische Verantwortung als Nationaldemokratinnen im Hinblick auf die historischen Umwälzungen, die es zu beeinflussen galt. [137]

Zur Weiterführung der ersten überregionalen Tagung hielten sie drei Monate später, am 24. und 25. August 1968, ein zweites Seminar ab, zu dem sie ebenfalls Vertreterinnen von Vertriebenenverbänden einluden. Mit dem Ziel, das Wissen der Frauen über „Mitteldeutschland“ zu stärken bzw. zu formen, stand die Deutschlandfrage – die „irrsinnige Zerreißung des Vaterlandes“, so die Formulierung der NPD – im Mittelpunkt der Zusammenkunft. [138] Der von Winkelvoß ausgewählte Ort war besonders symbolträchtig: In Helmstedt, nur wenige Kilometer vom DDR-Territorium entfernt, sollten die Teilnehmerinnen die „Wahrheit“ über die Entstehung der deutsch-deutschen Grenze und die „willkürliche Aufteilung“ des Reichsgebiets unter der Schirmherrschaft der „Besatzer“ erfahren. Ein Ausflug führte die Frauen am ersten Tag zu eben dieser Grenze zwischen Niedersachsen und der DDR, zu einer Stelle, von der aus sie einen Blick auf Hötensleben erhaschen konnten, dem ersten Dorf auf östlicher Seite, das die Schöniger Aue und ein gewaltiger Stacheldraht von der Bundesrepublik trennten. Mit eigenen Augen sollten sie „Ulbrichts Sicherungsmaßnahmen“ (Doppelzaun, Wachhunde, Blendlicht) sehen und später, bei

einer Filmvorführung, Fakten über die „sowjetzonale NVA“ erfahren und sich so regelrecht in das Leben der Deutschen „hinter dem Stacheldraht“ [139] einfühlen. Der Vortrag von Helene von Watter über die „desaströsen“ Folgen der Funktionalisierung von Frau und Familie im Kommunismus vollendete am zweiten Tag das nationaldemokratische DDR-Bild. Das als vermeintlich immersives Erlebnis konzipierte Seminar, das den Frauen einen „wahren“ Einblick hinter die Kulissen deutscher-deutscher Geschichte zu gewähren vorgab, bediente in Wirklichkeit gesellschaftlich weit verbreitete antikommunistische Ressentiments und Ängste, deren Anstachelung für die NPD lediglich einen Ideologisierungs- und Indoktrinierungszweck erfüllte.

Welchen Effekt die Frauentagungen auf die Anhängerinnen und Sympathisantinnen letztendlich erzielten, lässt sich nur schwer einschätzen; es ist jedoch anzunehmen, dass die Resonanz eher bescheiden ausfiel: Der im Parteiorgan oft übermäßig betonte Erfolg der Frauenveranstaltungen konnte nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Zahl der Teilnehmenden immer verschwiegen und auch sonst wenig über die innerparteiliche Rezeption ihrer Tätigkeiten mitgeteilt wurde. Demnach gelang es ihnen vermutlich nur sehr begrenzt, über ihren aktivistischen Kern hinaus Frauen zu mobilisieren und sich bei der Parteileitung das gewünschte Gehör zu verschaffen. Diese lobte aus höflichem Paternalismus die Frauen zwar regelmäßig für ihren Einsatz, sie setzte in Wahrheit aber viel mehr auf die Jugendarbeit, die sie im Kampf gegen die aufbrausende „linke Jugend“ für relevanter hielt, und gründete 1967 die Unterorganisation der Jungen Nationaldemokraten. [140] Die Frauenreferentinnen nahmen folglich eine ambivalente Stellung ein. Förderten sie die weibliche Solidarität, betrieben sie nationaldemokratische Identitätspolitik und verliehen der Frauenarbeit Sinn und Richtung, so mussten sie sich doch mit ihrem politischen Schattendasein abfinden: Ihr Aktivismus verlief synergielos neben dem der Partei her. Der von den Frauen geschaffene separate Entfaltungsraum, den die Politikwissenschaftlerin Mechtild Fülles unumwunden als

„politische Sackgasse“ [141] bezeichnet hat, verlieh den Nationaldemokratinnen durchaus mehr Autonomie, er überwand aber die parteiimmanenten Ausschlussmechanismen nicht, sondern verstärkte diese paradoxerweise noch.

2.7. Sexismus und Fremdheit im politischen Alltag

Diskriminierungen und Vorurteile gehörten in den 1960er-Jahren zur Grunderfahrung aller Politikerinnen, egal welcher Partei sie angehörten; der Weg in die Politik war für die Nationaldemokratinnen aber besonders steinig. Die Frauen, die ihn wählten, wussten um seinen gesellschaftlichen Preis: die Einbußen, die Ächtung, der Hohn. Es war eine Despektion, die sich auf eine sehr spezifische Weise gegen die Parteifrauen auswirkte. Die Presse blendete die Frauen entweder gänzlich aus – „Wer sind die Männer der NPD?“, fragte die Tageszeitung „Die Welt“ 1966 [142] – oder machte sie als politisch engagierte Frauen lächerlich. [143] Auch die Wissenschaft behandelte sie mit vergnügter Süffisanz, so etwa Lutz Niethammer, der zur politischen Stellung von Gertraude Winkelvoß und Anneliese Bläsing schlicht vermerkte, die eine sei „für ‚Frauen- und Familienfragen‘ abgestellt“, während die andere lediglich „die langjährige Sekretärin ihres Fraktionschefs“ [144] sei. Beide reduzierte er pauschal auf eine Alibi-Funktion und verkannte dabei Gestaltungsmöglichkeiten und Handlungsspielräume von NPD-Frauen; beiden sprach er aufgrund ihres Geschlechts jegliche politische Qualifikation oder Legitimität ab.

Neben dieser ‚antifaschistischen Überheblichkeit‘ sahen sich die Parteifrauen auch mit der genuinen Frauenfeindlichkeit ihres eigenen politisch-weltanschlichen Milieus konfrontiert. Ihre Marginalisierung war demnach eine doppelte. Aus wahltaktischen Gründen begrüßte die Parteileitung ausdrücklich die „Mitarbeit der Frauen“, [145] würdigte in Nachrufen, wie bei Luise Ripp und Gertrud Knipp, auch gerne ihre „Tapferkeit“ und ihren „[beispielhaften] Einsatz für das Vaterland“. [146] Sie hegte die Parteifrauen zugleich aber kompromisslos im Kleingarten ihrer minderwertigen und abseitigen Position ein. Die

männerbündischen Netzwerke und Seilschaften, aus denen sich das Machtgefüge der Partei konstituierte, bedingten auch die politische Soziabilität, in der Frauen einfach nicht vorgesehen waren. Den geselligen Treffen, Kameradschaftsabenden, Stammtischen und Frühschoppen, die tagtäglich in ganz Westdeutschland abgehalten wurden, [147] lagen Regeln, Werte und Vergemeinschaftungsrituale zugrunde, die Frauen außen vor ließen. Indessen wurden Frauen, namentlich die Ehefrauen der Mitglieder und ihre Kinder, explizit eingeladen, an den besonderen, den feierlichen, d. h. unpolitischen Anlässen, etwa an den Weihnachts- und Faschingsfesten oder den Ballabenden der NPD, teilzunehmen, sollten sie doch durch ihre Gegenwart die nationaldemokratische Kampfgemeinschaft stärken und ihr Image als harmonische Familienpartei plausibilisieren. Auch bei gemischtgeschlechtlichen Veranstaltungen (etwa Mitgliederversammlungen, Informationssitzungen, Treffen, Diskussionsabende) waren sie offiziell willkommen, doch fanden diese zumeist unter der Woche, ab 20 Uhr, in abgelegenen Gaststätten statt, sodass der Rahmen dieser für die Propaganda so wichtigen Termine dem Lebensrhythmus der Frauen regelrecht zuwiderlief. Auch war es in den 1960er-Jahren für Frauen und Mütter grundsätzlich unschicklich, sich unbegleitet in den dunklen Abendstunden zu politischen Treffen und Versammlungen zu begeben. So wagten es nur wenige, daran teilzunehmen. [148]

Als Zugeständnis an die Funktionärinnen, die weibliche Basis und die Wählerinnen lud die Parteileitung regelmäßig Rednerinnen zu den gemischtgeschlechtlichen Veranstaltungen ein, doch durften jene nie allein im Rampenlicht stehen; stets wurden sie von männlichen Kadern begleitet und ihre Vorträge durch einen männlichen Standpunkt ergänzt: Anneliese Bläsing trat nie ohne Faßbender auf, Gertraude Winkelvoß nicht ohne Lodders und Sigrun Jobst nur mit Jochen Kotzias. Innerhalb dieser Tandems sollte der Parteifunktionär die weibliche Darbietung ‚aufwiegen‘ und als Qualitätsgarant das Niveau der Veranstaltung heben; den Rednerinnen wurde nämlich jegliche politische Kompetenz abgesprochen. Das signalisierten

zumindest die „Deutschen Nachrichten“ in einem Tagungsbericht:

> „Während sich Frau Bläsing besonders mit Frauen-Problemen innerhalb der Sozialpolitik auseinandersetzte, nahm Heinrich Faßbender zu innen-, außen-, wehr- und wirtschaftspolitischen Fragen Stellung.“ [149]

Offiziell gab es keine Frauenpolitik. [150] Man konzedierte allenfalls, dass nicht weiter spezifizierbare „Frauenprobleme“ existierten, deren politischer Charakter jedoch bestritten wurde. Somit wurden die Parole der Nationaldemokratinnen abgewertet und sie in ihrer Glaubwürdigkeit diskreditiert, umso mehr, wenn sich die Bewertungsmaßstäbe für ihr Tun an körperlichen Merkmalen orientierten:

> „Sigrun Jobst, schlank, groß und blondhaarig, verkörpert die junge Generation der NPD-Gefolgschaft, die sich mit deutscher Vergangenheit erst gar nicht belastet, da sie nur in die Zukunft schaut. Zu braunem, modisch kurzem Kleid trägt die Rednerin ein karamelfarbenes Jabot mit braunen Punkten.“ [151]

In diesem Tagungsbericht ging das Parteiorgan nicht auf den Inhalt des Vortrags ein, sondern kommentierte lediglich ihr ‚reizvolles‘ Erscheinungsbild und ihren Wert für die Partei als Aushängeschild der Jugend, was wahrscheinlich eher darauf baute, Männer statt Frauen in die Parteiveranstaltungen zu locken. Dass in der NPD Frauen grob sexualisiert und die Geschlechterverhältnisse erotisiert wurden, zeigt zudem ein Beispiel aus NRW. Im Oktober 1965 veröffentlichte Horst Utke aus dem KV Krefeld eine den „Deutschen Nachrichten“ nachempfundene humoristische Zeitung, in der er die Steifheit und den Dirigismus der Parteileitung verspottete. Die Vorgaben zur ordnungsgemäßen Durchführung von Versammlungen [152] parodierend, stellte er eigene Richtlinien auf, die er sexuell

auflud. Unter den zu beachtenden Punkten erwähnte er:

> „1. Als Mindestbekleidung ist bei Herren eine Krawatte, bei Damen ein Büstenhalter vorgesehen. 2. Striptease vor 20 Uhr ist nicht gestattet. 3. Für mitgebrachte weibliche Personen kann keine Haftung übernommen werden. […] 10. Sollte jemand absolut seine Frau oder die seines Nachbarn verwöhnen wollen, wird ihm kostenlos ein Bett zur Verfügung gestellt." [153]

Sexualisierung und Sexismus waren Leitmotive von Utkes satirischer Schrift, die die vorgebliche, auf Sitte und Ordnung fußende Schamhaftigkeit der NPD als Heuchelei entlarvte, die Parteimänner auf Kosten der Parteifrauen unterhalten wollte und dementsprechend auch Kräfteverhältnisse zu erkennen gab, die zu ihrer Herabsetzung führten. Der Sexismus, ob seiner Rekurrenz und Vielfältigkeit, war für sie ein substanzieller Ausgrenzungsfaktor. Dass Frauen die politische Anerkennung verweigert und weibliche Eigeninitiativen gebremst wurden, dass man in der Partei zuweilen auch befürchtete, eine zu große Sichtbarkeit von Frauen könne die Partei verweiblichen, verweichlichen und somit der Sache schaden, bezeugt schließlich folgende Aussage einer Mannheimer Aktivistin:

> „Es ist bezeichnend, daß sehr wenige Frauen an Versammlungen teilnehmen, neben Frau H. bin ich meist die Einzige. Ich habe zwar verschiedentlich die mir bekannten männlichen Teilnehmer angesprochen, daß sie ihre Frauen doch auch schicken mögen, da ich mich dann wohler fühlen würde. B. und T. entgegneten, daß ihre Frauen keine Zeit hätten. Auf die Vorstellung H. von Oktober 1968, daß jemand gesucht wurde, der die Frauenarbeit aktiviert, kam man nicht wieder zurück, obwohl ich mich bereit erklärt hatte eine solche Arbeit zu übernehmen. H. erklärte dazu, daß mindestens 12 weibliche Mitglieder vorhanden sein müßten, die es ja gebe, doch man befürchte seitens Vorstandes [*sic!*], [dass] keine richtige Arbeit geleistet würde und die ganze

> Angelegenheit in Kaffeekränzchen ausarten würde. Im April 1969 hatte ich mit T. eine kurze Unterredung, während der ich mich anbot, Postwurfsendungen mit zu verteilen. Das wurde jedoch entschieden zurückgewiesen, daß diese Arbeit für eine Frau zu schwer sei, es sei Männerarbeit.“ [154]

In der Partei wurden die Nationaldemokratinnen weder als gleichberechtigte Weggefährtinnen noch als politische Akteurinnen wahrgenommen. Sie litten an Anerkennungs- und Glaubwürdigkeitsdefiziten, die ihre politische Teilhabe stark begrenzten. Auch der politische Alltag in seiner formellen Beschaffenheit, seiner starren Organisationsstruktur mit ausgeprägt hierarchisch-formalisierten Abläufen und seinem aufwändigen Zeitregime, das wegen der vielen zeitintensiven Sitzungen, Meetings und Reisen eben auch eine beachtliche Verfügbarkeit voraussetzte, war nur schwer mit den Rollenerwartungen, Lebenswegen und Lebensrhythmen von Frauen in Einklang zu bringen. Er fußte auf männlichen Biographien, Lebenswelten und Traditionen, Werten und Idealen, männlichen Vergemeinschaftungsformen, Kapazitäten, Ressourcen und Denkschemata, kurzum auf der männlichen Hegemonie, die alle Lebensbereiche durchdrang, Sitten und Mentalitäten sowie soziale Praktiken determinierte und sich ebenfalls in einer hartnäckigen Misogynie manifestierte. Die der politischen Kultur inhärente „sedimentierte Männlichkeit“ (Eva Kreisky) [155] begründete im Kern die „Fremdheit der Politik“, [156] jene geschlechtsspezifischen sowie historisch, sozial und kulturell bedingten Hemmnisse, auf die Frauen in der NPD unentwegt stießen, die aber darüber hinaus auch zum politischen Parcours einer jeden westdeutschen Politikerin gehörten – die Nationaldemokratinnen waren in diesem Sinne ein repräsentatives, wegen ihrer doppelten Marginalisierung auch ‚extremes‘ Beispiel für die allgemeine *Agency* von Frauen in der damaligen Politik.

2.8. „Mehr Vertrauen – auch den Frauen“: weibliche

Spielräume und Ermächtigungskämpfe

Im Ringen um Achtung und Zustimmung entwickelten die Nationaldemokratinnen einen politischen Eigensinn, den sie anhand eines Selbstbehauptungsdiskurses artikulierten. Um die weibliche Gleichstellung und die Anerkennung ihrer männlichen Mitstreiter einzufordern, machte die Bundesfrauenreferentin Winkelvoß interessanterweise das im Art. 3, Abs. 2 verankerte Gleichheitsgebot des Grundgesetzes geltend:

> „Nach dem Artikel 3 des Grundgesetzes sind Männer und Frauen in der Bundesrepublik gleichberechtigt. Alten Traditionen gehorchend, hat sich das aber noch nicht überall durchgesetzt. Das gilt für den Bereich der Wirtschaft ebenso, wie für die Politik.“ [157]

Diese scheinbar nüchterne Argumentationslinie, die unter dem Deckmantel der verfassungsrechtlichen Geschlechtergleichheit patriarchale Traditionen anprangerte, war für rechtsextreme Frauen in der Nachkriegszeit ein Wagnis. Es war auch ein Zeugnis der progressiven – oder opportunistischen? – Haltung, die Winkelvoß in manchen Bereichen, wenn es denn der Frauenfrage nützte, an den Tag legte. Obschon ihr Verhältnis zur Bundesrepublik ein zwiespältiges war, sie darüber hinaus auch autoritäre und antidemokratische Ideale vertrat, bemühte sie das Grundgesetz als Emanzipationswerkzeug, um die gleichen gesellschaftlichen und politischen Partizipationsrechte für Frauen einzufordern und den in den 1960er-Jahren eingeläuteten Demokratisierungsprozess zu beschleunigen. Manchmal richtete sie den antisexistischen Mahnruf auch direkt an die Parteimänner, deren Gleichgültigkeit auf Frauen stark demobilisierend wirkte:

> „Das Volk sind wir. Du und ich. Mann und Frau. […] Ob es in der Politik deswegen so unselig aussieht, weil geglaubt wird, Männer seien Manns genug, die Dinge (allein) zu meistern? […] Bitte an unsere Männer: Hören Sie auch uns

> einmal zu und lassen Sie uns verantwortungsvoll mitarbeiten. Nicht weil wir Frauen sind, [aber] erschweren Sie die Mitarbeit nicht, wenn wir Frauen sind. Wir werden Sie nicht enttäuschen.“ [158]

Das in dem Zitat betonte Argument der Geschlechterdifferenz gebrauchte sie, um entgegen der Deutungsgewohnheiten ihrer männlichen Parteifreunde einen Platz für die Frauen zu beanspruchen. Nur eine Politik, die Männer und Frauen gleichstellte und dabei ihren jeweiligen Interessen die gleiche Beachtung schenkte, konnte laut Winkelvoß wahrhaft „national“ sein, d. h. das „deutsche Volk“ in seiner geschlechtlichen Vielfalt und Gesamtheit fassen. Sie warb um das Vertrauen der Männer und erinnerte sie in feministisch anmutender Fasson daran, dass „jede Frau […] eine Stimme“ hatte und somit unabhängig sowie wahltaktisch relevant war. Damit verband sie die Bitte, die Nationaldemokratinnen als wahrhaftige politische Akteurinnen anzuerkennen und sie gezielter in die Parteiaktivitäten einzubeziehen:

> „Die Frau wählt anders als der Mann – sie ist selbstständig, auch im politischen Denken, und die Männer sollten das wahrhaben und in ihren Überlegungen berücksichtigen. Stellen Sie mehr Frauen bei Versammlungen heraus, bitten Sie um ihre Meinung bei Besprechungen, daß sie ihre Scheu überwinden. Sie werden sehen, wie langsam aber sicher die Frauen teilnehmen an den Diskussionen, selbst in Referaten Stellung nehmen zu grundsätzlichen und aktuellen Fragen. Uns Frauen geht alles an […].“ [159]

Anstatt Frauen und die Weiblichkeit auf ihre vermeintlich apolitische Fremdheit, ihr Anderssein zu reduzieren, politisierte Winkelvoß betont die „natürlichen Unterschiede“ zwischen Mann und Frau und sprach Letzterer spezifische Fähigkeiten und Kompetenzen zu, die sich die Politik zunutze machen solle. So bediente sie das essentialistische Stereotyp einer empfindsamen, empathischen und mütterlichen Weiblichkeit,

die sich besonders dazu eigne, die „männliche Aggressivität“ auszugleichen, denn „Politik, verstanden als das Bemühen, miteinander auszukommen, ist eine Aufgabe, für die Frauen eine besondere Begabung mitbringen“. [160] Laut Winkelvoß waren also Frauen als kohäsions- und kompromissstiftender Stabilitätsfaktor am ehesten in der Lage, die Wogen zu glätten, Opponenten zu versöhnen, gegensätzliche Strömungen zu vereinen und als männliche Hahnenkämpfe betrachtete Konflikte zu schlichten. [161]

Diesem Prinzip folgte die Bundesfrauenreferentin, als sie versuchte, direkt in den Streit einzugreifen, der in der NPD schon seit Jahren zwischen dem DRP-Lager und dem gemäßigteren Thielen-Flügel schwelte und sich 1967 explosionsartig entlud. Auslöser dieser nationaldemokratischen Zerreißprobe war die Wahl von Thaddens an die Spitze des niedersächsischen Landesverbands beim Nienburger Parteitag am 5. Februar 1967, gegen die Thielen gerichtlich vorging. Das Bremer Landgericht gab ihm am 8. März 1967 recht, von Thadden wurde vom niedersächsischen Vorsitz entfernt und aus der Partei ausgeschlossen. In einer Vergeltungsaktion wurde Thielen daraufhin wegen seines „schädlichen Verhaltens“ aus seinem eigenen Landesverband Bremen ausgestoßen und von Thadden in die Partei reintegriert. Auch hier konnte Thielen seine Rückkehr gerichtlich einklagen und Thadden erneut aus der Partei ausschließen, wogegen Letzterer ebenfalls Rechtsmittel einlegte. Dieser politisch-juristische Machtkampf, den von Thadden für sich entscheiden konnte, zog sich über Monate bis zum definitiven Rückzug Thielens hin. Am 11. November 1967 wurde Adolf von Thadden beim Bundesparteitag letztendlich mit 93% der Stimmen zum neuen NPD-Vorsitzenden gewählt. [162] Im März 1967, inmitten der Parteifehde, flehte Winkelvoß die beiden verfeindeten Männer regelrecht an, im Namen der „nationalen Sache“ ihren „verderblichen“ Streit beizulegen und einen Kompromiss zu finden:

> „Bitte! Reagieren Sie so maßvoll wie möglich! [...] Es geht

> um Ihrer beider Lebensaufgabe, Sie waren und sind die Hoffnung aller aufrechten Deutschen. Bitte, geben Sie ein Beispiel. Schütten Sie Gräben zu! Räumen Sie Misstrauen und Missverständnisse aus, aber nicht in der Öffentlichkeit, nicht vor Gerichten. […] Sie werden beide gewinnen – durch Güte und Verständigung. Auch unsere Partei kann nur leben, wenn wir Menschen gewinnen, niemals aber, wenn Meinungsverschiedenheiten zu Verdächtigungen und Ausschlüssen führen. Wir sind keine Sekte. […] Um der Aufgabe willen!“ [163]

Vielleicht wurde ihre ‚weibliche‘ Einmischung in den ‚männlichen‘ Machtkampf von den Protagonisten als anstößige Dreistigkeit empfunden; unbestritten ist jedenfalls, dass sie mit ihrem Appell an die Vernunft die parteiinterne Kluft nicht überwinden konnte. Doch zeugte die Wortmeldung auch von ihrer Kühnheit und der selbstgefälligen Überzeugung, dass ihr als Frau auch eine erzieherische Funktion [164] zukam und ihre Autorität es ihr erlaubte, die Parteifreunde zurechtzuweisen. Sie ergriff dennoch Partei für den DRP-Flügel und ihren Mentor Adolf von Thadden, den sie nachfolgend vehement gegen Thielen verteidigte, obwohl ihr Verhältnis schwierig war. Als langjährige Weggefährtin von Thaddens schuldete sie ihm wahrscheinlich ihre Position als Obfrau der Partei, doch scheint ihn der ‚extravagante‘ Ehrgeiz dieser Frau auch irritiert zu haben. In einem Brief von Januar 1967 sprach Winkelvoß die Feindseligkeit, mit der er ihr und anderen Frauen begegnete, direkt an und verlangte von ihm als mächtigsten Mann der niedersächsischen NPD zudem auch eine Gegenleistung für ihre treuen Dienste:

> „Wenn Sie einen Menschen, der nicht in allen Fällen Ihrer Meinung ist, für Ihren Gegner oder Feind halten, kann man wenig machen. ‚Warum haßt Thadden Sie so?‘ hat mich Winter kurz nach Karlsruhe gefragt. – Ich weiß es nicht […]. Jedenfalls bin ich nie Ihr Gegner gewesen und meine Ihnen und v. a. der NPD mehr zu dienen, wenn ich offen die Ansichten vertrete, die ich mir ja nicht allein

> ausdenke, sondern die gewonnen sind aus dem Umgang und den Gesprächen mit vielen anderen. Selbst wenn ich lieber eigenverantwortlich bin, habe ich mich beschlossenen Abmachungen immer angepaßt und wäre gern bereit gewesen, vor der Wahl noch mehr einzusetzen. […] Wenn Sie meinen, Sie brauchten die Mitarbeit einer Frau nicht, geschweige meine, kann ich das nicht ändern. […] Meine vier Kinder sind aus dem Hause und werden ihr Studium beenden. Ich stehe am Beginn der vielbesprochenen 3. Lebensphase. Ich will eine richtige Aufgabe […]. Sie können darüber denken, was Sie wollen, ich weiß, was ich seit über 10 Jahren getan habe und einzusetzen bereit bin. Ich möchte in den Landtag.“ [165]

Dieser Briefauszug ist gleich in mehrfacher Hinsicht aufschlussreich. Erstens bezeugt er die außerordentliche Kampfeslust und Entschlossenheit dieser Akteurin, die nicht zögerte, ihren Standpunkt zu verteidigen, ihrem Mentor Paroli zu bieten und dabei den latenten Sexismus der politischen Führung zu kritisieren. Zweitens zeigt er, wie sehr Winkelvoß die Funktionsmechanismen der Politik verstanden und ihre Normen verinnerlicht hatte, bevorzugte sie doch informelle und nepotistische Mittel, um an politischem Einfluss zu gewinnen. Drittens wurde dieser Machtanspruch doppelt legitimiert: Einerseits hob sie ihre Loyalität, ihre Leistung, ihre Verdienste hervor; andererseits rechtfertigte sie diese als Gegenleistung für die Erfüllung ihrer weiblichen, d. h. mütterlichen Pflicht – ihre Kinder seien außer Haus, sie habe also die Zeit, sich nunmehr voll und ganz ihrer politischen Aufgabe zu widmen. Ihre Hartnäckigkeit wurde belohnt. Sie erhielt den fünften Platz auf der Landesliste, der ihr bei Überwindung der 5-Prozent-Hürde den Einzug in den Niedersächsischen Landtag garantierte. Am 4. Juni 1967 wurde sie tatsächlich Mitglied des Landesparlaments.

Winkelvoß steht exemplarisch für die individuellen Ermächtigungsmöglichkeiten von Frauen, doch blieben jene nur wenigen Nationaldemokratinnen vorbehalten; die meisten verharrten in untergeordneten Positionen. Entsprechend wurden Lösungsvorschläge gemacht, um Frauen auch kollektiv

in der Partei besser zu stellen. Anhängerinnen forderten z. B. die Schaffung einer Frauenorganisation, um weibliche Interessen zu artikulieren und ihr Wirken sichtbar zu machen. Der Vorschlag wurde von Seiten der Parteileitung aber als abstrus, belanglos und unnütz abgelehnt. Auch die Bundesfrauenreferentin Winkelvoß sprach sich dagegen aus:

> „Die Teilnehmer am Frauen-Kongress in Marburg waren der gleichen Auffassung wie der Parteivorstand, daß eine eigene Frauenorganisation innerhalb der Partei nicht richtig sei. […] Warum sollten Frauen, wenn es gewünscht wird, nicht ab und an unter sich zusammenkommen. Eine Zusammenfassung der weiblichen Mitglieder der NPD in Formen, die wir von bestehenden Verbänden kennen, halte ich für ausgesprochen falsch. […] Wir bejahen die Demokratie; es wäre falsch und dumm sich abzukapseln.“ [166]

Aus ihrer Sicht sollten zur Gewährleistung einer „Geschlechterdemokratie“ Frauen und Männern die gleichen Teilhaberechte zugesprochen werden. Frauen sollten demnach gleichgestellt und wie die Männer in allen Parteigremien, -instanzen und -ebenen vertreten sein und nicht mit einer Frauenorganisation vertröstet werden, die den Separatismus nur befördert und ihren Einflussbereich beschränkt hätte. Vielleicht dachte sie dabei an die herbe Niederlage Hildegard von Rhedens, die in den 1950er-Jahren bei ihrem Mobilisierungsversuch der DRP-Frauen grandios gescheitert war. [167] Ihrem Beispiel wollte sie nicht folgen. In den NPD-Reihen gab es somit gewiss ein weibliches Bewusstsein, das sich gegen die männliche Hegemonie formierte, doch fehlte der weibliche Korpsgeist, der ihr etwas entgegensetzen, Machträume aushandeln und somit den NPD-Frauen zu einer kollektiven Ermächtigung hätte verhelfen können.

3. Resümee

Die neue Ära, die 1945 einsetzte und 1949 mit der Gründung der Bundesrepublik auch staatsrechtlich untermauert wurde, stellte die Frauen bzw. die nationalsozialistischen Frauen vor die Wahl, sich entweder zurückzuziehen, mitzuwirken oder „Widerstand" zu leisten. Die große Mehrheit der Deutschen fand in den etablierten Parteien und vornehmlich bei den Konservativen, die sich stark für die Wiedereingliederung der ehemaligen NationalsozialistInnen in Staat und Gesellschaft eingesetzt hatten, eine neue politische Wahlheimat. Eine kleine Minderheit jedoch weigerte sich, die Nachkriegsordnung anzuerkennen, und organisierte das nationalistische Lager neu: Sie gründete Parteien, die sich von vornherein am rechten Rand des politischen Systems einrichteten. Nach dem Verbot der SRP und dem Scheitern der DRP entwickelte sich nun die NPD in den 1960er-Jahren zum Gravitationszentrum des politischen Nationalismus. Die Aussicht auf einen politischen Erfolg elektrisierte die AnhängerInnen aus der Erlebnisgeneration geradezu, erhofften sie doch durch diese Partei, ihre Revanche für den Lauf der Geschichte nehmen zu können. Nach nur wenigen Monaten verfügte die NPD schon über einen stabilen und effizienten Parteiapparat, der unter anderem auch durch die Unterstützung von Frauen gefördert wurde. Zwar waren sie stark in der Unterzahl, doch leisteten einige wie Gertraude Winkelvoß für die Partei unverzichtbare Dienste, indem sie wie die Männer Kreisverbände gründeten und leiteten, politische Funktionen in den Parteigremien und -vorständen übernahmen, die Ideologie und Propaganda der Partei verbreiteten und somit die Nationaldemokratie bundesweit nachhaltig verankerten. Auch wenn es einigen Nationaldemokratinnen gelang, sich durch ihren Aktivismus, ihr Temperament und ihren Ehrgeiz zu profilieren, schaffte es die Mehrheit der Parteifrauen nicht, sich in ihrem männlich-hegemonialen Umfeld zu behaupten und die frauenfeindlichen Vorurteile und Diskriminierungen zu überwinden. Als Frauen und Nationalistinnen wurden sie außerdem in der Öffentlichkeit verunglimpft und ausgegrenzt: Diese doppelte Marginalisierung gehörte zur politischen Grunderfahrung der Nationaldemokratinnen, die ihre Fremdheit

und darüber hinaus auch ihre prekäre Lage in der Partei und der Politik allgemein bedingte. 1969 schrieb Winkelvoß etwas trotzig:

> „Es ist bei der NPD nicht schwerer, aber auch nicht leichter als überall. Mitschwimmen und sich treiben lassen, war schon immer leichter, als bewußt einen eigenen Weg zu gehen; darum wird die Arbeit in einer Oppositionspartei immer mehr Kräfte fordern.“ [168]

Bewusst gegen den Strom schwimmend, schickten sich die NPD-Frauen an, die Parlamente der Bundesrepublik zu erobern.

III. Der Einzug in die westdeutschen Parlamente (1966–1969)

Flankiert vom autoritären, gar restaurativen Konservatismus der 1950er-Jahre und vom politischen Aufruhr der 1970er-Jahre, wurde das Jahrzehnt der 1960er-Jahre häufig als von gegensätzlichen Schüben, neuartigen Aufbrüchen und tiefen Transformationen durchzogenes Schwellenjahrzehnt gedeutet. Innenpolitisch betrachtet, bedingten Generationskonflikte sowie Krisenerscheinungen in Politik und Wirtschaft gesellschaftliche Aushandlungskämpfe, die in Westdeutschland einen Demokratisierungsprozess einleiteten und die politische Kultur nachhaltig veränderten. [1] Auch die Auseinandersetzung mit der deutschen Vergangenheit wandelte sich in diesem Jahrzehnt: Das penetrante Schweigen der 1950er-Jahre wich mehr und mehr einer direkten und kühnen Konfrontation mit dem Nationalsozialismus und seinen UnterstützerInnen. Die Schaffung der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen in Ludwigsburg zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen, der Schock des Eichmann-Prozesses in Israel (1961) sowie der Frankfurter Auschwitz-Prozesse (1963–1965) und nicht zuletzt

die Verjährungsdebatten (1965/1969), die im Bundestag heftig und emotional geführt wurden, beförderten den Nationalsozialismus zurück ins kollektive Bewusstsein. Indem sie die Frage der Verantwortung für die Verbrechen ins Zentrum der öffentlichen Diskussion rückten, bereiteten sie der bundesrepublikanischen Schweigekultur ein jähes Ende. Dieser Paradigmenwechsel ging außerdem mit einer größeren Wachsamkeit und einer schärferen Repression gegen diejenigen einher, die als „Erben des Dritten Reichs" [2] einer Restauration des NS-Regimes auf deutschem Boden zustrebten. Paradoxerweise gelang der extremen Rechten aber gerade in diesem Jahrzehnt ein historischer Durchbruch: Die NPD, als ihre eminente Vertreterin, verzeichnete eben zu jener Zeit ein bedeutendes Wachstum und beachtliche Wahlerfolge. Von den sieben Landtagen, in die sie zwischen 1966 und 1968 einzog, wollte sie den Sprung in den Bundestag schaffen und von dort aus die nationale Politik mitbestimmen.

Die Entwicklung der NPD zwischen 1966 und 1969 wird in diesem Kapitel aus der Perspektive der weiblichen Partizipationsschwerpunkte und -verschiebungen nachgezeichnet. Neben der allgemeinen Betrachtung der Voraussetzungen und des Verlaufs des nationalistischen Aufschwungs soll das Augenmerk vornehmlich auf die parlamentarische Praxis der drei weiblichen NPD-Abgeordneten in Hessen, Niedersachsen und Bremen gerichtet werden. Dabei sollen ihr Verhältnis zur parlamentarischen Demokratie hinterfragt und ihr Auftreten in den Landtagen ausgelotet werden. Das Ringen der NationaldemokratInnen im Bundestagswahlkampf 1969, dessen Bedeutung sie als wahrlich historisch betrachteten, wird in diesem Teil ferner mit der Frage nach der weiblichen Wirkungsmacht, nach Gestaltungsräumen und Ermächtigungschancen für Parteifrauen untersucht, die in dieser heißen Phase einen frenetischen Aktivismus entfalteten.

1. Die nationaldemokratischen Parlamentarierinnen (1966–1971)

1.1. Die Wahlsiege der NPD und ihre historischen Rahmenbedingungen

Nur wenige Monate nach ihrer Gründung nahm die NPD 1965 nach einem kurzen, aber intensiven Wahlkampf an der Bundestagswahl teil. Sie erhielt zwar nur 2% aller Zweitstimmen, zeigte sich aber mit dem Ergebnis mehr als zufrieden, hatte sie doch das Wahlergebnis ihrer Vorgängerin, der DRP, von 1961 (0,8%) mehr als verdoppelt: Sie erblickte darin eine Trendwende – auch Historiker teilten später diese Auffassung. [3] Um diesen guten Start nicht zu verbauen, nahm die NPD daraufhin nur an den Wahlen teil, von denen sich die Parteistrategen einen Erfolg versprachen, so z. B. bei den Kommunalwahlen in Baden-Württemberg (1965), Schleswig-Holstein (1966) und in Bayern (1966), wo sie zum Teil wie in Bayreuth (10,6%), Erlangen (9,5%) oder Nürnberg (7,5%) beachtliche Wahlerfolge verbuchte. [4] Am 27. März 1966 trat sie in Hamburg zum ersten Mal bei einer regionalen Wahl an, schaffte aber mit 3,9% den Sprung in die Bürgerschaft nicht, ließ anschließend die Wahl in Nordrhein-Westfalen (Juli 1966) aus und konzentrierte sich auf die Landtagswahlen in Hessen und Bayern, bei denen ihr der Durchbruch im November 1966 mit jeweils 7,9% und 7,4% der Stimmen gelang. Darauf folgten 1967 die Landtage von Rheinland-Pfalz (6,9%), Schleswig-Holstein (5,8%) und die Bremische Bürgerschaft (8,8%). Ihr historisch bestes Ergebnis erzielte die NPD mit 9,8% der Stimmen aber am 28. April 1968 in Baden-Württemberg. Nun schien der Bundestag, dessen Wahl für September 1969 angesetzt war, zum Greifen nah. Die NationaldemokratInnen waren überaus optimistisch, alle Zeichen deuteten auf einen erfolgreichen Einzug ins Parlament: Innerhalb von zwei Jahren hatte die Partei ansehnliche Wahlsiege errungen, ihren politischen Einfluss in Westdeutschland gefestigt und einen nicht unerheblichen Teil der Wählerschaft, zumindest der männlichen Wählerschaft, [5] an sich gebunden.

Die Partei verdankte ihren politischen Höhenflug den „dynamischen Zeiten“ (Axel Schildt/Detlef Siegfried) der 1960er-

Jahre. [6] Unterschiedliche Faktoren begünstigten ihren für die Bundesrepublik einmalig rasanten Aufstieg. Die Entwicklung bzw. die Radikalisierung der Studentenbewegung und ihrer Außerparlamentarischen Opposition (APO) ab Mitte der 1960er-Jahre spielten bei den Wahlen freilich eine wichtige Rolle. [7] Das gilt insbesondere für die Stuttgarter Wahl, bei der besorgte Bürger, nach dem Attentat auf Rudi Dutschke am 11. April 1968 und den darauffolgenden Osterunruhen, ihrem Unmut über die Zustände durch eine Protestwahl für die NPD Ausdruck verliehen. Die Partei hatte in diesem angespannten Kontext einen sehr aufwändigen und teilweise überaus schwierigen und konfrontativen Wahlkampf geführt, bei dem sie sich gekonnt als *Law-and-Order*-Partei inszenierte, die Sicherheitsthemen ausschlachtete und diffuse Ängste bediente. [8]

Auch die schwächelnde wirtschaftliche Konjunktur spielte der NPD in die Hände. Das durch Wachstum, Wohlstand und Vollbeschäftigung gekennzeichnete „Wirtschaftswunder" der Ära Adenauer erfuhr in den 1960er-Jahren eine schlagartige Wendung: Mit der Rezession von 1966/67 stiegen die Preise und die Arbeitslosigkeit (auf 2,5%), es kam zu Streiks. Missmut und Pessimismus grassierten und beförderten eine politische Vertrauenskrise, die das Ansehen der etablierten Parteien stark beschädigte. [9] Mit dem Koalitionsbruch, dem Rückzug des Bundeskanzlers Erhard und der Etablierung der Großen Koalition zwischen CDU/CSU und SPD im September 1966 entstand rechts neben der Union ein Vakuum, das die NPD auszufüllen vermochte. Sie konnte sich somit im politischen Feld als vierte politische Kraft etablieren und sich dabei als erste rechte – bzw. extrem rechte – Oppositionspartei zu den Regierungsparteien gerieren. [10] In den Wahlkämpfen präsentierte sich die NPD als autoritäre Alternative zu den als zu lau bewerteten traditionellen Parteien und konnte so bei vielen enttäuschten konservativen WählerInnen punkten.

Die „nationalistische Welle" (Uwe Hoffmann), welche die westdeutschen Bundesländer ruckartig durchzog, lässt sich auch durch den unmittelbaren Kontext des Kalten Krieges erklären, der in seiner unausweichlichen und bedrohlichen

Allgegenwart zur Verhärtung der Fronten zwischen Ost und West geführt hatte und eine rasche Lösung der „Deutschen Frage“ unmöglich machte. Die im Sommer 1961 errichtete Berliner Mauer signalisierte diese unbewältigte Gegenwart eindringlich. So unüberwindbar wie sie war auch die deutsche Teilung: Die Wiedervereinigung sowie die Rückgewinnung der Territorien jenseits von Oder und Neiße schienen kurz- und mittelfristig gänzlich unerreichbar zu sein. Vor diesem Hintergrund gewannen Ideen an Zustimmung und politische Kräfte an Boden, die diese Missstände brandmarkten und nationalistisch zuspitzten; der politische Nationalismus, der durch seinen antikommunistischen Kern den in Westdeutschland vorherrschenden antitotalitären Konsens bediente, wurde wieder salonfähiger. Er wurde durch den NPD-Wahlerfolg legitimiert, institutionalisiert, staatlich finanziert und ein Stück weit normalisiert: So interpretierte Adolf von Thadden jedenfalls den Aufschwung seiner Partei. [11] Es war eine Normalisierung, die in Anbetracht damaliger Umfrageergebnisse jedoch relativiert werden kann. Nach der Landtagswahl in Baden-Württemberg begrüßten zwar 17% der Befragten (24% der Männer und 12% der Frauen) das „gute Ergebnis“ der NPD bei den Wahlen, ein Großteil der deutschen Männer (57%) und Frauen (56%) lehnte sie als rechtsextreme Partei aber weiterhin ab. [12] Auch zwanzig Jahre nach dem Ende des Kriegs konnte die NPD sich hinsichtlich ihrer nazistischen Kontinuitäten nicht als normale Partei durchsetzen – wegen ihrer Anrüchigkeit eignete sie sich aber freilich als Protestpartei. Sie konnte nicht zuletzt auch ihre hegemoniale Stellung im nationalen Lager ausspielen. Mit ihrem Aufstieg hatte sie konkurrierende Klein- und Splitterparteien praktisch aufgesogen und renitente Konkurrenten wahltechnisch ausgeschaltet: Die Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher von August Haußleiter, dem erbitterten Rivalen Adolf von Thaddens, erreichte in Baden-Württemberg gerade einmal 0,3% der Stimmen. [13] Bis Ende 1968 eroberte die NPD als ‚Demokratenschreck‘ und unbestrittene Anführerin der „nationalen Opposition“ 61 Landtagsmandate in

Westdeutschland.

1.2. Nationaldemokratinnen in den Landtagen der Bundesrepublik

„Ohne Einfluß und Mitwirkung der Frau muß die Politik kalt und lebensfern bleiben“ – so stand es 1967 sentenzhaft in einer den Parteifrauen zugedachten DN-Broschüre. [14] Die Verfasserin dieses Diktums brachte hiermit zum Ausdruck, dass die politische Partizipation von Frauen keinesfalls evident war, obwohl es ihnen verfassungsrechtlich zustand, an der Politik teilzuhaben. Um die Politik mit Leben füllen zu können, sollten die Männer den Frauen einen Teil ihres politischen Monopols abtreten bzw. sie, wie im Grundgesetz vorgesehen, als gleichberechtigte Partnerinnen anerkennen und politisch miteinbeziehen: „
Gleichberechtigung
, das Wort hängt in der Luft – sie ist im großen und ganzen ja da – aber es fehlt die praktische Durchführung durch wohlmeinende Partner“, monierte ein anderer Beitrag der Broschüre. [15] Wie verquer die Lage der Frauen tatsächlich war, zeigten die von den NPD-Frauen bemühten Statistiken: Mitte der 1960er-Jahre überstieg der weibliche Anteil an der deutschen Bevölkerung (29,7 Millionen Frauen) noch immer bei weitem den männlichen (26,4 Millionen Männer). So sollten die Frauen logischerweise auch eine „wesentliche Rolle in Gesellschaft und Politik“ [16] übernehmen, doch zeichneten die Geschlechterverhältnisse in den Organen der repräsentativen Demokratie ein ganz anderes Bild, und zwar das einer umgekehrten Geschlechterasymmetrie.

> „Dieser Bundestag [von 1965] hat noch weniger Frauen unter den Abgeordneten als der vergangene: nur 6,2%! […] Ein Wunder, daß die Frauen überhaupt wählen. Wie kommt es aber, daß sie so gering in unserer höchsten Volksvertretung vertreten sind?“ [17]

Für die NPD-Frauen diente gerade die Überrepräsentanz der Männer im Bundestag (über 93%) als Beleg für die Unfähigkeit der liberaldemokratischen Staatsorgane der Bundesrepublik, das „Volk“ in seiner geschlechtlichen Vielfalt zu vertreten. Wegen der mangelnden weiblichen Repräsentativität wurde die Repräsentativität des Parlaments generell in Frage gestellt. Sogar das verhasste sowjetische Modell schien den Nationaldemokratinnen demokratischer, weil es die Frauen dem Anschein nach besserstellte:

> „Wagen wir einmal einen Blick in jene Welt, die durch eine hohe Mauer aus Steinen und Urteilen und Vorurteilen von uns getrennt ist – in den Ostblock! In der Sowjetunion sind in der höchsten Volksvertretung – dem Unionsrat des Obersten Rates der UdSSR – von insgesamt 791 Abgeordneten 215 Frauen, das sind 27,2 Prozent. Und so sitzen dort und in den anderen Ostblockstaaten Frauen in allen Räten, Vertretungen des Volkes, Berufsgenossenschaften usw.“ [18]

Weder freie Wahlen noch der parlamentarische Pluralismus galten hier als relevante demokratische Maßstäbe; mit diesem gewagten Argument spielten die NPD-Frauen die „frauenfreundliche“, aber kommunistische Sowjetunion gegen die demokratische, aber „frauenfeindliche“ Bundesrepublik aus und disqualifizierten beide gleichermaßen. Nur die Nationaldemokratie als „wahre“ Demokratie – so gaben sie es unterschwellig zu verstehen – könne eine „Geschlechterdemokratie“ bewerkstelligen: Sie sei demnach das bessere und gerechtere Modell.

Darüber hinaus bemängelten die Nationaldemokratinnen auch das „krasse Mißverhältnis“ in den westdeutschen Länderparlamenten, in denen 1967 unter den 1319 Abgeordneten nur 93 Frauen (7%) saßen. [19] Um dieses Ungleichgewicht auszubalancieren, wurden alle Parteien aufgerufen, dem als vorbildlich gepriesenen Beispiel der NPD zu folgen und bei den Wahlen mehr Frauen aufzustellen:

> „Es ist ganz besonders zu begrüßen, daß die NPD zur Landtagswahl in Hessen unter den ersten zwölf Kandidaten zwei Frauen hat, das sind 17 Prozent! Sagen Sie das Ihren Freundinnen und Bekannten, daß bei uns die frauliche Beurteilung der Dinge der Politik – wie sehr fehlt das manchmal! – besser zur Geltung kommt.“ [20]

Angesichts der sexistischen Diskriminierungspraxis der Partei scheint diese Darstellung äußerst diskussionswürdig, weil ja das männliche Interesse an der politischen Expertise von Frauen bekanntermaßen eher gering war. So zeugt dieses Zitat auch von der politischen Schizophrenie bzw. vom doppelbödigen Diskurs jener Frauen, die der „nationalen Sache“ zuliebe ihre politische Bevormundung unter den Teppich kehrten.

Einige Nationaldemokratinnen wurden dennoch auf die NPD-Listen gewählt. Man stellte sie zwar nie als Spitzenkandidatinnen auf, doch konnten sie gelegentlich aussichtsreiche Listenplätze erhalten – so etwa Anneliese Bläsing, Gertraude Winkelvoß und Martha Kruse, die dank ihrer Platzierung unter den fünf ersten KandidatInnen den Einzug ins Parlament schafften. [21] Andere kandidierten nur aus Prinzip und ohne Aussicht auf Erfolg für Direktmandate wie Eva Happach im Wahlkreis Lübeck (Schleswig-Holstein, 1967) oder Luise Straka in Saulgau (Baden-Württemberg, 1968). [22] Allgemein hing die Aufstellung der KandidatInnen jedoch maßgeblich vom Bekanntheitsgrad und Charisma, von der politischen Funktion sowie der innerparteilichen Rückendeckung des jeweiligen Kandidaten ab: alles Kriterien, die Männern förderlicher waren als Frauen und sich somit auch auf die Zusammensetzung der Parlamente niederschlugen. [23]

Wie Lutz Niethammer zutreffend meinte, waren die NationaldemokratInnen nur bedingt auf den Erfolg ihrer Partei vorbereitet. Auch wenn sie gehofft hatten, in einigen Bundesländern die 5-Prozent-Hürde bewältigen zu können, so hatten sie keinesfalls mit einem derartigen Zuspruch bzw. Durchbruch gerechnet. [24] Ihre Vertretung in sieben Landesparlamenten gab der so sehr nach Legitimität und

Anerkennung heischenden NPD eine unverhoffte politische Bühne. Der Sprung in die Landtage verschaffte ihr Sichtbarkeit, steigerte ihr propagandistisches Potential und garantierte ihr durch die staatliche Wahlkampfkostenerstattung darüber hinaus noch eine komfortable Finanzbasis für ihren Aktivismus. Doch unterschätzte die Partei gleichzeitig auch den Bumerangeffekt ihres Erfolgs: Hatte sie sich in den Wahlkämpfen stets populistisch von den etablierten Parteien abgehoben und eine politische Neuartigkeit für sich reklamiert, so musste sie sich nun parlamentarisch bewähren, ihre Versprechen einlösen und den Worten Taten folgen lassen, was sich im Hinblick auf den Dilettantismus vieler NPD-Abgeordneter als schwieriges Unterfangen erwies. Bei der Aufstellung ihrer Listen hatte man mehr auf die Integrität, d. h. die biographische Makellosigkeit der KandidatInnen als auf deren Befähigung oder politische Kompetenz geachtet. Etwa 10% der nationaldemokratischen Abgeordneten hatten zuvor schon ein Mandat innegehabt, in ihrer großen Mehrheit aber – und das betraf namentlich die weiblichen Abgeordneten – waren sie NovizInnen und als solche nur unzulänglich auf ihre Aufgaben und die konkrete Arbeit in den Parlamenten vorbereitet worden. [25] Die institutionsimmanenten Funktions- und Verfahrensweisen waren ihnen genauso fremd wie die parlamentarischen Verhaltensregeln und Gepflogenheiten; ihre Unbeholfenheit und Unwissenheit wurden im Plenarsaal wie in den Ausschüssen von ihren Opponenten meist konsequent gegen sie verwendet. Dem antiextremistischen Konsens folgend, etablierte man ihnen gegenüber fraktionsübergreifend einen demokratischen *cordon sanitaire*: Durch legale Tricks wurden sie institutionell klein gehalten und in den Debatten marginalisiert sowie ihre Anträge und Vorschläge in der Regel ignoriert. Auch die NPD-Frauen machten in dieser politischen Arena erstmals die Erfahrung des demokratischen Ringens, d. h. in ihrem Fall der direkten und kompromisslosen Konfrontation mit den politischen Widersachern.

In seiner hervorragenden Studie über die NPD-Abgeordneten der 1960er-Jahre [26] befasste sich Lutz

Niethammer absichtlich nicht mit den Parlamentarierinnen, die, wie er meinte – und richtig einschätzte –, als unerfahrene, wenig sachkundige und ungeschickte Hinterbänklerinnen auftraten. Und doch scheint es relevant, ihr Auftreten und Wirken sowie ihren Diskurs gezielt zu untersuchen und dabei ebenfalls die doppelte Marginalisierung, die sie als Frauen in einem männlich-hegemonialen Raum und als Nationalistinnen im institutionellen Herzen der repräsentativen Demokratie erfuhren, unter die Lupe zu nehmen. So können nämlich parlamentarische Aushandlungsprozesse vor dem Hintergrund der „streitbaren Demokratie" und der damit verbundenen Extremistenabwehr *in vitro* beleuchtet und zugleich demokratisch-parlamentarische Anpassungsmechanismen oder Lernprozesse aufgespürt werden. Die Studie beschränkt sich hier lediglich auf die drei Abgeordneten Anneliese Bläsing, Gertraude Winkelvoß und Martha Kruse, die zwischen 1966 und 1971 jeweils für eine Legislaturperiode in die hessischen, niedersächsischen und bremischen Vertretungen gewählt wurden. [27]

Die 42-jährige Anneliese Bläsing verschaffte sich als erste Nationaldemokratin Zugang zur Landespolitik. Am 6. November 1966 zog sie mit ihrer achtköpfigen Fraktion (7,9% der Stimmen) als nationaldemokratische Vorhut in den Wiesbadener Landtag ein. Von Anfang an stießen die Neuankömmlinge auf den planmäßigen Widerstand der etablierten Fraktionen. Heinrich Faßbender, der ob seiner parlamentarischen Erfahrung als Fraktionschef bestimmt worden war, konnte der systematischen Blockade, die von CDU, SPD und FDP konsequent gegen die NPD errichtet wurde, nichts entgegensetzen. Für die etablierten Fraktionen konnte die postnazistische und nationalkonservative NPD nicht als normale, geschweige denn als gleichwertige Partei betrachtet werden; ihr ‚Eindringen' ins Parlament galt als schädliche Unterwanderung der Demokratie, die Partei wurde deswegen zum Schutze der republikanischen Ordnung aus dem demokratischen Konsens ausgesperrt. Man hielt die NPD-Abgeordneten von den strategisch wichtigen Gremien wie dem Ältestenrat, dem Landtagspräsidium oder dem Hauptausschuss fern. Wegen ihrer kleinen Fraktionsgröße fanden nur wenige

ihren Weg in die Ausschüsse: Anneliese Bläsing z. B. erhielt ihren Sitz im Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr, wo sie Faßbender ab November 1969 ersetzte, erst gegen Ende der Legislaturperiode. Alle Initiativen der NPD, alle Gesetzesentwürfe und Anträge wurden von den anderen Fraktionen einhellig abgelehnt, ihre Wortbeiträge gestört, unterbrochen oder diskreditiert. [28] Die Fraktion bemühte sich dennoch inständig, das Odium der Radikalität abzustreifen und im Parlament um Vertrauen zu werben. Ihr „konstruktives“ Wohlwollen bezeugte sie dadurch, dass sie die parlamentarische Geschäftsordnung achtete, sich den Mehrheitsbeschlüssen willentlich beugte, sich auch in den Debatten eher diskret verhielt und, wie Faßbender es in folgendem Redebeitrag machte, so oft sie es konnte, ihr bürgerliches Bekenntnis zur Demokratie betonte:

> „Wir sind keine […] wilden Tiere, die aus dem Frankfurter Zoo ausgebrochen sind, sondern wir sind Frauen und Männer, die bereit sind, das Beste zu geben im Interesse der Gesamtnation und ohne Ansehung von Stand, Herkunft und dergleichen. […] Wir Nationaldemokraten sind weder Faschisten noch Nazisten. Wir sind nationalkonservative Damen und Herren. […] Glauben Sie mir: wir sind demokratisch wie Sie, Sie sozialdemokratischer, Sie christlicher, Sie demokratisch-liberaler Prägung; und so sind wir konservative Demokraten. Und eine Versicherung – das dürfen Sie hinnehmen – gebe ich hier mit Bewußtsein ab: daß wir jederzeit bereit sind, die parlamentarisch-freiheitliche Demokratie nicht nur anzuerkennen, sondern sie auch im Notfall, wegen mir sogar als Avantgarde, zu verteidigen.“ [29]

Den NationaldemokratInnen gelang es zunächst nicht wirklich, sich inhaltlich scharf von den anderen Oppositionsparteien, der CDU und der FDP, abzugrenzen. Auffällig sind jedoch die Verschärfung des Tons und die thematische Schwerpunktverschiebung in den Reden und Anträgen Bläsings

im Kontext der 68er-Bewegung. Ursprünglich hatte sie sich, den weiblichen Rollenerwartungen entsprechend, auf die Erziehungs- und Sittenfrage festgelegt. Anfang 1967 bspw. machte sie eine „empörende“ Umfrage zur sexuellen Aufklärung von Jugendlichen in einer hessischen Schülerzeitung zum Thema einer Fragestunde. Sie kritisierte die SPD-geführte Landesregierung für die „unsittlichen Auswüchse“ der Jugend und unterstellte ihr, Anstand und Moral der Deutschen durch ihre laxe Haltung willentlich untergraben zu wollen. [30] Die Skandalisierung des Vorfalls diente ihr als Vorwand, um die vermeintliche Fahrlässigkeit oder Gefälligkeit der „roten“ Regierung zu monieren und jene dadurch zu diffamieren, gar zu kriminalisieren.

Mit der bundesweiten Ausdehnung der Studentenproteste, die Hessen und Frankfurt im besonderen Maße erfassten, [31] richtete Bläsing ihre Aufmerksamkeit ab 1968 gänzlich auf die Innen- und Sicherheitspolitik, die für das Parteiimage als autoritäre *Law-and-Order*-Partei besonders relevant war. Womöglich hegte sie auch die Hoffnung, durch ihren radikal antilinken Kurs einen fraktionsübergreifenden konservativen Konsens in der Opposition zu stiften und sich dabei als unerbittliche Hüterin der staatlichen Ordnung profilieren zu können. In einer Fragestunde verlangte sie von der Landesregierung, die sie pauschal der Komplizenschaft mit der APO bezichtigte, sich klar von den „linksextremen Studenten“ zu distanzieren, die im Frühling 1968 Massenkundgebungen und Protestaktionen gegen die Notstandsgesetze durchgeführt hatten: [32]

> „Bei den Demonstrationen in den letzten Wochen und Monaten im Lande Hessen ist auffallend in Erscheinung getreten, daß sich eine Gruppe linksradikaler Studenten als Wort- und Rädelsführer betätigte, die einem Umsturz der bestehenden Staats- und Rechtsordnung das Wort redete. Ich frage den Herrn Kultusminister: Sind sie gewillt und bereit, derartigen Studenten weiterhin aus Steuermitteln Stipendien zu gewähren?“ [33]

Der zuständige Minister antwortete ihr kurz und knapp, dass man die Sachlage in Bezug auf den Extremismusvorwurf zuerst prüfen müsse, bevor man Sanktionen ausspreche, und erinnerte sie *en passant* und in leicht überheblicher Art an den Grundsatz der Unschuldsvermutung im westdeutschen Recht. Dadurch entkräftete er den Populismus der Abgeordneten, die von ihrer Partei das Bild eines standhaften und staatstreuen Bollwerks gegen die verfassungsfeindlichen Subversionsversuche der Linken zu vermitteln suchte. Seine Kollegen machten es ihm nach, als Bläsing die Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen einen antimilitaristischen Referendar forderte, der während einer NPD-Veranstaltung angeblich „das deutsche Vaterland" und „das Ehrgefühl" deutscher Soldaten beschmutzt hatte, [34] oder als sie ein Demonstrationsverbot reklamierte, weil linke Aktivisten Hakenkreuze an dem Portal einer katholischen Kirche plakatiert hatten; [35] stets wurden ihre Einwürfe und Forderungen zurückgewiesen.

Hauptsächlich aber bestand Bläsings Argumentationslinie darin, der SPD eine Nähe zur DDR und deren führender Partei, der SED, zu unterstellen. Nur wenige Monate vor der Bundestagswahl und der darauffolgenden Einleitung der „Neuen Ostpolitik" durch Bundeskanzler Willy Brandt kam es im Plenum zu folgendem Schlagabtausch mit Sozialdemokraten:

> „Wir Nationaldemokraten haben es nicht nötig, eine Maske fallenzulassen, weil wir grundsätzlich keine Maske tragen und deshalb wahrscheinlich von Ihnen so sehr gefürchtet sind. (Widerspruch bei der SPD) Das Maskenreservoir – und das gilt auch für Sie, Herr Minister Arndt – der SPD hingegen ist geradezu unerschöpflich; denn Sie tragen zu jeder passenden und unpassenden Gelegenheit eine andere Maske [...]. Wenn beispielsweise Vertreter der Fraktion der SPD oder der Partei der SPD vor Heimatvertriebenenverbänden sprechen, dann bekunden sie lauthals das unumstößliche Recht der Heimatvertriebenen auf ihre Heimat. Zu anderen offiziellen Anlässen – und das ist erst vorige Woche geschehen auf dem Bezirksparteitag der SPD Hessen Süd –

> (Abg. Wöll (SPD): Was hat das mit Eichhof zu tun?! – Zuruf von der FDP: Zur Sache, Schätzchen!) erklären führende Politiker Ihrer Partei das Münchener Abkommen für null und nichtig, erkennen die derzeit bestehenden Grenzen als endgültig an. (Abg. Arndt (SPD): Das haben Sie doch zu verantworten gehabt, daß das damals alles so geschehen ist! – Weitere Zurufe) – [...] und betreiben somit unter Mißachtung des Völkerrechts eine Verzichtspolitik. (Abg. Arndt (SPD): Wer hat denn das Völkerrecht mißachtet? Das waren doch Sie und Ihre Genossen damals!) – Herr Kollege Arndt, falls es Ihnen noch nicht aufgegangen sein sollte: Bei uns gibt es keine Genossen, sondern nur Kollegen. (Zuruf von der SPD: Parteigenossen!) – Getroffener Hund bellt.“ [36]

Die Vehemenz der Auseinandersetzung veranschaulicht, mit welcher Schärfe und Drastik die PolitikerInnen im unruhigen Kontext des Kalten Kriegs die Polarisierung der politischen Lager vorantrieben, wie verhärtet, ideologisiert und unversöhnlich sich die linken und rechten Fronten gegenüberstanden. In dieser Debatte, die sich eigentlich landwirtschaftlichen Fragen widmen sollte, sprach Anneliese Bläsing relativ unvermittelt die für NationalistInnen entscheidende „Deutschlandfrage“ an. Sie beschuldigte die „Genossen“, die Interessen der DDR bzw. der UdSSR den „deutschen“ Interessen voranzustellen und die „Ostgebiete“ sowie das Sudetenland dem Ostblock definitiv preisgegeben zu haben. Die Sozialdemokraten wehrten sich, indem sie ihrerseits auf die Verbindung zwischen NPD und NSDAP verwiesen und dabei die Kontinuität zwischen Bläsing und den „Parteigenossen“ betonten, die sowohl Kriegsausbruch als auch Kriegsverbrechen zu verantworten hatten und somit selbst die Hauptschuld an der räumlichen Neuordnung und letztendlich am Verlust der Territorien jenseits der Oder-Neiße-Grenze trugen. Die gegenseitige Schuldzuweisung zeugt von der Brisanz jener unbewältigten Vergangenheit, wohl aber auch von ihrer Funktionalisierung im unmittelbaren Ost-West-Konflikt: Dadurch, dass der Nationalsozialismus mit dem Kommunismus

rhetorisch gleichgesetzt wurde, konnte man die Lager klar definieren, den Standpunkt unzweideutig behaupten und die reziproke Abneigung inszenieren, ohne den jeweiligen Unterstellungen auf den Grund zu gehen oder sich dabei auf eine substanzielle Debatte einlassen zu müssen. Exemplarisch bekundet dieser Passus ferner die parlamentarische Lern- und Anpassungsfähigkeit Bläsings, die 1969 ihre anfängliche Schüchternheit offenbar abgelegt hatte und sich durchaus in der Lage zeigte, auf Konfrontationskurs zu gehen und sexistische Attacken – wie das von der FDP zur Destabilisierung eingeworfene „Zur Sache, Schätzchen“ [37] – abzuwehren. Vor dem Hintergrund der besonders explosiven Lage in Hessen musste Anneliese Bläsing vermutlich mehr Anfeindungen, Kritik und Gehässigkeiten einstecken als ihre anderen NPD-Kolleginnen; andererseits zeigte sie sich auch unnachgiebiger, offensiver und viel radikaler als sie.

Die zweite Abgeordnete Gertraude Winkelvoß wurde wie zehn weitere Nationaldemokraten am 4. Juni 1967 in den Niedersächsischen Landtag gewählt. Um das Bundesland als geographisches Machtzentrum der Partei zu markieren, ließ sich die NPD in diesem Parlament durch ihre postnazistische Elite *par excellence* repräsentieren. Acht der elf Fraktionsmitglieder gehörten dem NPD-Bundesvorstand an, zehn waren vor oder nach 1945 bereits Mitglied rechtsextremer Parteien oder Vereinigungen (Waffen-SS, NSDAP, SA, RAD oder DRP) gewesen. Im Gegensatz zu Wiesbaden wurden die Nationalkonservativen in Hannover aber nicht diskriminiert: Der Fraktionschef Adolf von Thadden saß im Ältestenrat, jeder Ausschuss zählte mindestens einen Nationaldemokraten, und Gertraude Winkelvoß wurde als Schriftführerin sogar ins Präsidium aufgenommen. [38] Im Sinne einer „konstruktiven Opposition“ entwickelte die NPD-Fraktion dort eine „flexible Anpassungstaktik“ (Lutz Niethammer), die darauf ausgerichtet war, die Regierungsfehlschläge und Schwächen der Großen Koalition propagandistisch auszuschlachten, diese aber, wenn es ihr opportun erschien, in den Plenar- und Ausschussdebatten zuweilen auch zu unterstützen. [39]

Gertraude Winkelvoß saß gleich in zwei Ausschüssen. Als nationalistische und antikommunistische Politikerin, die in Schlesien aufgewachsen und selbst Mitglied des Bundes der Vertriebenen war, hatte sie sich vermutlich intensiv um einen Sitz im Ausschuss für Zonengrenzfragen, für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte [40] beworben, in dem sie aber wegen fehlender Sachkenntnis in den Haushalts-, Verwaltungs- und Wirtschaftsfragen, die im Zentrum der meisten Debatten standen, kaum Kontur gewinnen konnte: Meist schwieg sie. In den 34 Sitzungen ergriff sie insgesamt 17 Mal das Wort, was im Vergleich zu anderen, erfahreneren Parlamentarierinnen wie der Sozialdemokratin Maria Meyer-Sevenich beispielsweise, die dem Parlament seit 1947 angehörte und pro Sitzung mehr als zwanzig Redebeiträge leistete, freilich recht wenig war. Winkelvoß stellte dann und wann eine Nachfrage, vertrat hierbei aber keine klar definierte Linie, sondern ging eher kompromissbereit, auf Eintracht und Akzeptanz bedacht, auf die Vorschläge ihrer politischen Gegner ein. Die wenigen Anträge, die sie z. B. zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen oder zur Aufstockung von Forschungseinrichtungen wie der Ost-Akademie, deren Schwerpunkt auf den Ostgebieten lag, vorbrachte, wurden allesamt abgelehnt. [41] Im Wesentlichen begnügte sich Winkelvoß in diesem Ausschuss mit ihrer marginalen Stellung.

Viel eher gelang es ihr, sich im Ausschuss für Gesundheitswesen einzubringen. Als ausgebildete Krankengymnastin und Leiterin des Referats für Volksgesundheit im NPD-Bundesvorstand waren ihr die dort behandelten Fragen rund um Pflege, Medizin und Vorsorge wahrscheinlich vertrauter. Auch hier äußerte sie sich zwar wenig, doch waren ihre Beiträge zweckorientierter, wie im September 1967, als sie bei einer Ausschusssitzung zur Drogenprävention die Gelegenheit nutzte, um die von der NPD bevorzugte Geißelungstaktik anzuwenden: Die westdeutschen Medien animierten ihr zufolge die Jugend zum Rauschgiftkonsum, sie seien somit für deren Verwahrlosung verantwortlich und sollten zur Rechenschaft gezogen werden. [42]

Ihre Äußerungen und Fragen waren ideologisch markant: Bei einer Sitzung zur Gesundheitsvorsorge im Februar 1968 erkundigte sie sich bei den vor dem Ausschuss referierenden Ärzten nach der Gefährlichkeit der Pille und dem Zusammenhang mit der Kindersterblichkeitsrate. Sie zeigte sich sichtlich irritiert, als die Experten deren Einnahme als unbedenklich einstuften. [43] In der gleichen Sitzung fragte sie zusammenhanglos, wie viele Kinder pro Jahr geisteskrank zur Welt kämen. [44] Dieses Thema griff sie wenig später auch bei einem Krankenhausbesuch in Königslutter auf, als sie von einem Arzt wissen wollte, wie „rentabel" die Behandlung von Geisteskranken sei und wie wahrscheinlich deren „Wiedereingliederung in den Wirtschaftsprozess" war. [45] Sie vermied es offenbar, bezüglich der Prävention oder der Förderung von psychisch kranken Menschen explizit eugenisch-biologistische Ansichten zu äußern, [46] doch schwangen diese in ihren Fragestellungen unmissverständlich mit.

Auch im Plenarsaal wirkte Winkelvoß' Auftreten eher verhalten. Sie schien keine ausgefeilte Strategie oder besondere Linie zu verfolgen und war auch thematisch breit ausgelegt: In der Legislaturperiode befasste sie sich mal mit der „Behebung der Notsituation bei Medizinalassistenten" (26. Sitzung), mal mit dem „Gesetz zur Förderung der Erwachsenenbildung" (31. Sitzung), thematisierte den Milchkonsum an Schulen (32. Sitzung) und monierte den „Sexualkundeatlas" (53. Sitzung) oder die „Amnestiepläne für Demonstranten" (60. Sitzung). Manchmal nutzte sie die parlamentarische Bühne auch, um klientelistische Interessen vorzubringen – so z. B. während der 31. Sitzung, in der sie das Bundesland aufforderte, das Gehalt der Richter zu erhöhen, und diesen Vorstoß dadurch rechtfertigte, dass „Kollegen [ihres] Mannes", der ebenfalls Richter war, sie gebeten hatten, das Anliegen im Parlament vorzutragen. Als man sie darauf hinwies, dass ihr Einwurf sachfremd sei, antwortete sie etwas hilflos: „Ich weiß. Mir war aber bei den einzelnen Punkten nicht deutlich, wann ich dieser Bitte der Kollegen meines Mannes hätte entsprechen sollen." [47] Ihre Stellungnahmen mochten inhaltlich recht gemäßigt

erscheinen, doch die Art und Weise, wie sie sprach, ihre Rhetorik, die Wortwahl und Metaphern, die sie gebrauchte, zeigten, wie sehr ihre Sprach- und Denkschemata noch nationalsozialistisch geprägt waren. Das lässt sich beispielsweise an folgendem Zitat ablesen, das aus einer Debatte über den Ausbau der Infrastruktur im Grenzgebiet zur DDR stammt, in der Winkelvoß ihren Standpunkt durch eine vielsagende Metapher versinnbildlichte:

> „Niedersachsen als Zonengrenzland ist ein Schaufenster nach Mitteldeutschland. [...] Ich halte jede Vertreibung von Menschen aus ihrer angestammten Heimat sozialpolitisch und gesellschaftspolitisch für das verheerendste Vergehen an einem Volk. Jeder Gärtner weiß, mit welcher Sorgfalt er Gewächse anpflanzen muss, wenn er Blüten und Früchte in gleicher Güte erhofft. Schlechte soziale Verhältnisse im Zonenrandgebiet dürfen die Menschen dort nicht zu einer modernen Völkerwanderung zwingen, wodurch das Land veröden würde.“ [48]

Hier gab die Nationaldemokratin einen konkreten Einblick in ihre Weltanschauung: Das von den Regierungsfraktionen vorgebrachte Argument, man könne die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen nur durch eine größere Mobilität der Arbeiter steigern, konterte sie, indem sie die natürliche, quasi organische Verwurzelung der Arbeiter „in ihrer Heimat“ betonte. Der Zusammenhang, den sie in diesem Kontext mit der Vertreibung aus den Ostgebieten herstellte, war nicht von ungefähr: Ähnlich wie bei der Gärtner-Metapher, die sie aus dem Repertoire der Blut-und-Boden-Mystik schöpfte, diente auch er der Emotionalisierung bzw. pathetischen Aufladung der Debatte. In anderen Beiträgen kam ihre mentale Struktur noch deutlicher zum Vorschein. Im Februar 1970 plädierte sie für die restlose Streichung der öffentlichen Mittel, die der Hochschule für Bildende Künste in Braunschweig zugutekamen, weil sie ihre Erzeugnisse zu anstößig fand. Am 17. Dezember 1969 hatte der Aktionskünstler Otto Mühl während einer mit Weihnachtsmusik

untermalten Performance ein Schwein geschlachtet und dabei Blut, Urin und Exkremente auf dem nackten Körper einer Frau ausgeschüttet [49] – eine Performance, die Gertraude Winkelvoß, des Wortspiels offenbar nicht gewahr, als „Schweinerei“ – und weitaus problematischer: als „entartete Kunst“ bezeichnete:

> „Damit ist das Stichwort da, das Stichwort, dem wir heute überall begegnen, wo unsere Bürger sich heute nicht mehr in der Lage sehen, das entartet zu nennen, was entartet ist, weil mit ‚entarteter Kunst‘ immer sofort das Dritte Reich vor uns aufsteht [...]. Keiner wagt mehr – Sie müssen mir das zugestehen, es braucht nicht hier im Hause zu sein, aber jeder für sich allein –, seine eigene Meinung offen zu äußern.“ [50]

Die nazistische Formel bemühte sie ungehemmt, um auf die vermeintliche Dekadenz in Westdeutschland aufmerksam zu machen und das „Gutmenschentum“ seiner kulturellen Eliten anzuprangern. Das ließ man ihr nicht durchgehen. Die FDP-Abgeordnete Helga Heinke erwiderte in Anspielung auf das „Dritte Reich“ sarkastisch, man könne wegen eines gewagten Happenings nicht gleich die ganze Hochschule „in Sippenhaft“ nehmen, und verteidigte darüber hinaus die von Winkelvoß verunglimpften Schweine:

> „Genau, das Wort Sippenhaft wäre hier am Platze! Das Wort Schweinerei, das hier eben gefallen ist, würde ich aber in dem Zusammenhang, in dem es gebraucht wurde, als die Beleidigung eines Tieres betrachten, das man in der Zoologie zu den sauberen Tieren zählt. – wir lehnen den Antrag ab.“ [51]

Durch ihre Antwort verdeutlichte Heinke ihr die Unangemessenheit und den Anachronismus ihrer Wortwahl. Ins Lager der Ewiggestrigen verwiesen, gab sich Winkelvoß geschlagen und antwortete unbeholfen: „Frau Kollegin Heinke, Ihren Schlenker mit der Sippenhaft fand ich nicht sehr

gelungen.“ [52] Heinkes Einwand, der eine antifaschistische Selbstaffirmation mit einer gehörigen Prise Spott verband, steht exemplarisch für die demokratisch-parlamentarische Abwehrtaktik, die im Plenarsaal gegen die Nationaldemokratin genutzt wurde. Egal welches Thema in den Debatten verhandelt wurde, sie wurde systematisch in die nazistische Schmuddelecke – und hiermit in die Defensive gedrängt. Als sie beispielsweise die Schlichtheit politischer Flüchtlinge aus der DDR in Friedland lobte, die ihres „Volkstums“ entsprechend in bescheidenen Verhältnissen lebten, verglich sie ein Sozialdemokrat mit der ehemaligen Leiterin der NS-Frauenschaft: „Sie haben Klischeevorstellungen, Frau Scholtz-Klink.“ [53] Als sie im Hinblick auf die krebserregenden Risiken des Rauchens ein allgemeines Rauchverbot an niedersächsischen Schulen forderte, gab man ihr zu bedenken, dass auch sie rauchte. Sie entgegnete: „Ich rauche sicherlich; aber zu gewissen Zeiten unterlasse ich es entschieden.“ Der Chef der FDP-Fraktion, Winfrid Hedergott, unterbrach sie mit dem ironisch-beißenden Einwurf „Die deutsche Frau raucht nicht!“ und spielte somit direkt auf den sanitären Rigorismus der Nationalsozialisten an. [54] Demgegenüber wandte sie ein, man solle sich vom „Irrglauben“ befreien, ihre Partei wolle ein „autoritäres System“ errichten, vielmehr seien Verbote – eben auch das Rauchverbot – „dazu da, eine Hilfe für die allzu menschlichen Schwächen jedes einzelnen Erdenbürgers zu geben“, woraufhin Hedergott mit Blick auf die damals in der Öffentlichkeit geführte Debatte wiederum einwarf: „Und ein NPD-Verbot?“ – „Daß ich ein NPD-Verbot ablehne, Herr Hedergott, das brauchen Sie doch von mir nicht bestätigt zu bekommen“, [55] erklärte Winkelvoß schlicht. Sinn und Zweck dieser Entlarvungstaktik, die während der gesamten Legislaturperiode von den Regierungsparteien und der FDP ausgespielt wurde, war es, den antiextremistischen Konsens zu bekräftigen, indem man sich konsequent von der NPD distanzierte und jegliche Auseinandersetzung mit ihren Inhalten verhinderte. Winkelvoß, die sich unentwegt mit dem Sarkasmus und den – auch misogynen – Diskreditierungsversuchen ihrer politischen Gegner konfrontiert sah, [56] konnte nichts anderes

tun, als unentwegt ihr Bekenntnis zu Demokratie und Grundgesetz zu betonen. [57] Auch wenn sie den Herausforderungen der parlamentarischen Praxis offensichtlich nur bedingt gewachsen war, scheint es überzogen, sie pauschal als „Fehlbesetzung“ (Lutz Niethammer) zu bezeichnen. [58] Die Nationaldemokratin, die das Mandat als „Krönung ihrer politischen Tätigkeit“ [59] beschrieb, war am 21. April 1970, an dem Tag, an dem der Landtag wegen koalitionsinterner Konflikte seine Auflösung beschloss, [60] die einzige Abgeordnete des Parlaments, die sich dagegen aussprach. Wahrscheinlich ahnte sie, dass ihre parlamentarische Karriere nun beendet war.

Als vorerst letzte nationaldemokratische Abgeordnete zog Martha Kruse am 1. Oktober 1967 in die Bremische Bürgerschaft ein. Ihre Partei, die bei der Wahl 8,8% der Stimmen ergattert hatte, konnte vor allem vom Stimmenverlust der SPD und dem Niedergang ihres Hauptkonkurrenten in diesem Bundesland, der DP, profitieren. [61] Doch blieb der Einfluss der achtköpfigen NPD-Fraktion in dem von SPD und FDP geführten Parlament marginal: Durch ihren systematischen Ausschluss aus den Gremien und Ausschüssen – nur Otto-Theodor Brouwer saß in einem Ausschuss – wurden den NationaldemokratInnen jene Informationen vorenthalten, die für ihre Beteiligung an den Plenardebatten unentbehrlich waren; sie wurden so aus dem parlamentarischen Geschehen ausgegrenzt. [62]

Als fünffache Mutter, Lebensschutzaktivistin und Vorsitzende mehrerer Vereine, die sich der Kinder- und Familienpflege im Raum Bremen widmeten, beschäftigte sich Martha Kruse in ihren wenigen Redebeiträgen vornehmlich mit der Care-Thematik bzw. mit der Familien-, Gesundheits- und Sozialpolitik. Im Namen der „sozialen Gerechtigkeit für alle“ forderte sie 1968 beispielsweise die Erhöhung der Sozialleistungen für Pflegefamilien [63] und Arbeitslose, die Aufstockung des Beamtengehalts und die Einrichtung einer „Hausfrauenrente“, die sie – auch aus Eigeninteresse – als „gerechte“ Anerkennung der Haus- und Erziehungsarbeit von Müttern beschrieb. Gleichzeitig verlangte sie zur Entlastung von Frauen aus kinderreichen Familien die Schaffung von mehr

Kinderkrippen und Kindergärten. [64] 1970 drang sie in der gleichen Logik auf die Anhebung der Kriegsversehrtenrente. [65] Als der selbst kriegsverwundete FDP-Abgeordnete Kuhnert ihren Antrag aus „objektiven Gründen“ zurückwies, erklärte sie – auf Einvernehmen hoffend –, dass auch sie die Ehefrau eines Kriegsbeschädigten sei. Der SPD-Abgeordnete Ströh wehrte ihren Vorstoß mit einer rhetorischen Frage ab:

> „Sind Sie nicht mit mir der Auffassung, daß wir über diesen Antrag nicht mehr zu beraten brauchten, wenn die Leute, die Ihnen geistig so nahe stehen, den Zweiten Weltkrieg nicht angezettelt hätten? (Abg. Brouwer (NPD): Pfui Teufel noch mal! – Starke Unruhe bei der NPD.)
>
> – Herr Ströh, auf solch eine Frage will ich gar nicht antworten, weil sie mir zu dumm ist“, [66]

erwiderte Martha Kruse barsch. Auch in Bremen war der Dialog – geschweige denn der Schulterschluss – mit der NPD undenkbar, obwohl ihre Anträge und Wortmeldungen eher auf Konsensstiftung zielten. Im Zeichen einer gemeinsamen „konstruktiven Opposition“ suchte Kruse den Anschluss an die CDU, indem sie unentwegt ihren Demokratismus beteuerte und die Übereinstimmungen mit deren Positionen betonte. Dies zeigt der wiederholte Versuch, bei den Christdemokraten durch eine scharfe Verbots- und Repressionslinie beim Thema Drogen zu punkten. In diesem Sinne unterstützte sie im März 1971 einen Dringlichkeitsantrag der CDU für eine Aufklärungskampagne über den Haschischkonsum und forderte in diesem Rahmen härtere Strafen für Drogenkonsumenten:

> „Solche Freiheit hat nichts mit Demokratie zu tun. Wir sind absolute Befürworter der Demokratie, weil sie jedem einzelnen größtmögliche Freiheit gewährt, die in Selbstverantwortung gehandhabt werden muß.“ [67]

Politische Nähe zur CDU suggerierte sie ebenfalls bei einer Debatte über den Schutz von Minderjährigen im April 1971, in der sie die FDP zur Unterstützung eines Gesetzesentwurfs der CDU aufrief und so ihre demokratische Beispielhaftigkeit unter Beweis stellen wollte:

> „Ich wundere mich an sich über die Haltung der FDP [...]. Ich frage mich, warum ist eigentlich die FDP so abweisend dem Gesetzentwurf der CDU gegenüber. [...] Wir von der NPD werden auf jeden Fall den Gesetzentwurf der CDU unterstützen.“ [68]

Von den drei Nationaldemokratinnen war Martha Kruse wahrscheinlich diejenige, die am wenigsten Risiken auf sich nahm: Ihre Äußerungen waren nie explizit extremistisch, sondern gemäßigt. Sie stellte sich auf die Seite der Konservativen oder verteidigte in demagogischer Art und Weise die Interessen der kleinen Leute: namentlich der Mütter, Kriegsversehrten und Arbeitslosen. Ihre Strategie entsprach dem von Niethammer beschriebenen „angepassten Faschismus“, der darauf ausgerichtet war, die NPD politisch hoffähig zu machen, die Gegenwart ihrer VertreterInnen in den Parlamenten zu normalisieren und die Partei durch politische Bündnisse an die etablierten Parteien heranzuführen. Die legalistische Taktik der Bremer Nationaldemokratin ging aber nicht auf: Ihren Wortbeiträgen fehlte es an Stichhaltigkeit und Substanz, die wiederholten, oft ungewollten Verstöße gegen die Geschäftsordnung, für die sie gemaßregelt werden musste, [69] verdeutlichten die mangelnde Professionalität. Die – manchmal verzweifelten – Andockungsversuche an die CDU verstärkten ihre politische Profillosigkeit noch zusätzlich. Alle Parteien wahrten eine sichtbare Distanz zur NPD, allen voran die SPD, die zu Beginn der Legislaturperiode die rechtsextreme Partei als „Antikörper der parlamentarischen Demokratie“ [70] bezeichnet und sodann die antifaschistische Linie vorgegeben hatte, die sowohl für den Koalitionspartner FDP als auch für die christdemokratische Oppositionsfraktion verbindlich war.

Die parlamentarische Praxis der weiblichen NPD-Abgeordneten variierte je nach landespolitischem Kontext, doch lassen sich bezüglich der Rahmenbedingungen, in der sie ihr Mandat ausübten, auch Gemeinsamkeiten feststellen. Trotz ihrer mangelnden parlamentarischen Erfahrung und ihres in dieser Hinsicht zwangsläufig begrenzten Sachverstands, trotz der Herausforderungen, welche die politische Bühne und die parlamentarische Öffentlichkeit bargen, waren Bläsing, Winkelvoß und Kruse stets um politische Professionalität und Seriosität bemüht. Sie warben bei den anderen Fraktionen um Akzeptanz und hielten sich an die Parteivorgabe, im Plenum eine demokratische und konstruktive Opposition zu vertreten. Dennoch konnten die stark postnazistisch belasteten NPD-Fraktionen in den Parlamenten in Wiesbaden, Hannover und Bremen keine politische Normalität herstellen – jegliche republikanisch-parlamentarische Institutionalisierung wurde ihnen verwehrt. Im Namen des antiextremistischen Konsenses wurden sie marginalisiert, in den Debatten ausgegrenzt oder ignoriert. Auffällig war im Falle der weiblichen NPD-Abgeordneten, dass sie einer besonderen Art der antifaschistischen Diskriminierung ausgesetzt wurden, die man als antifaschistische Misogynie bezeichnen könnte. Angefeindet wurden sie, weil sie rechtsextrem waren, aber vor allem auch, weil sie rechtsextreme Frauen waren. Dafür ernteten sie im Plenum von ihren männlichen Gegenspielern Spott und gehässige Bemerkungen, gegen die sie machtlos waren – auch die Parlamentarierinnen anderer Parteien, die sexistischen Diskriminierungen ebenso ausgesetzt waren, versagten ihnen jegliche weibliche Solidarität. Allgemein betrachtet, waren diese drei Parlamentarierinnen vor allem Hinterbänklerinnen: Ihre politische Außenwirkung und öffentliche Wahrnehmung blieben begrenzt. Gleichwohl verlieh ihnen der Parlamentarierinnenstatus eine besondere politische Aura, die sie wie Gertraude Winkelvoß besonders im Kontext der Bundestagswahl 1969 zur Mobilisierung von Frauen funktionalisierten.

2. Der Bundestagswahlkampf 1969: die Stunde der Nationaldemokratinnen

2.1. Eine ‚Weimarer' Wahlschlacht

Als Sternstunde des demokratischen Ringens stellt die Bundestagswahl vom 28. September 1969 zweifelsohne einen der Höhe- und Wendepunkte der westdeutschen Nachkriegsgeschichte dar. Der politische Durchbruch der SPD, die Bildung der sozialliberalen Koalition, die Wahl Willy Brandts zum Bundeskanzler trotz oder gerade wegen seiner kühnen politischen Agenda: [71] All das bekundete den Eintritt in eine neue Zeit – die der 1970er-Jahre. Doch der Weg dorthin war kein einfacher gewesen: Selten war es im Vorfeld einer Bundestagswahl zu einer so harschen und gewaltigen Wahlschlacht gekommen, selten war die Öffentlichkeit derart polarisiert, die Zivilgesellschaft so stark mobilisiert, selten war der Ausgang einer Bundestagswahl politisch so entscheidend gewesen. Auch die NPD, die sich im Wahlkampf als einzig authentisch „konservative" Alternative zur sozialdemokratischen Lösung präsentierte, betonte mit einem ausgeprägten Sinn für Dramatik die historische Bedeutung dieser Wahl:

> „Es gibt keinen Zweifel mehr: Wir erleben die Wende einer Zeit, der Nachkriegszeit: Eine neue Epoche wird unter Schmerzen geboren. Und niemand vermag heute mit Sicherheit vorauszusagen, ob am Ende dieses Umbruchs eine friedliche Welt freier Menschen und freier Völker stehen wird oder ob Auflösung und Chaos, Gewalt und Zerstörung den Lauf der Entwicklung bestimmen werden." [72]

Das Bewusstsein, dass sich Deutschland in einer Schwellenzeit befand und es im Falle eines SPD-Sieges zu einer grundlegenden innen- und außenpolitischen Wende kommen würde, war bestimmend für die frenetische Energie sowie für die beachtlichen Ressourcen und Mittel, welche die NPD für den

Wahlkampf aufbrachte, mit dem erklärten Ziel, ebenjenen Wandel um jeden Preis abzuwenden und in den Deutschen Bundestag einzuziehen. Zuversichtlich konnte sie durchaus sein, hatte sie doch in den Jahren zuvor ihre politische Expansionsfähigkeit erfolgreich unter Beweis gestellt. Vor Selbstbewusstsein strotzend, verkündete die Parteileitung, dass sie mit etwa 8 bis 12% der Zweitstimmen rechnete, was die von den Umfrageinstituten Emnid und Allensbach ermittelten Wahlprognosen (ca. 5%) weit überstieg. Wenige Wochen vor der Wahl ging von Thadden sogar so weit, der CDU, für den Fall eines breiten Wahlsiegs seiner Partei, eine gemeinsame Koalition vorzuschlagen. Das Angebot ignorierten die ChristdemokratInnen geflissentlich; [73] sie betrachteten die NationaldemokatInnen als ernstzunehmende KonkurrentInnen und setzten alles daran, sie politisch klein zu halten. Einerseits diabolisierten sie die NPD durch die Akzentuierung ihres Bedrohungspotentials für die Demokratie, andererseits schärften sie ihr eigenes autoritäres Profil, indem sie zuweilen deren *Law-and-Order*-Gestus übernahmen und die von der NPD vertretenen Themen besetzten. [74] Demgegenüber konzentrierte sich die NPD während ihrer Wahlkampagne sehr einseitig auf die Vertriebenenfrage, die Ostpolitik und die Wiedervereinigung. Aus mangelndem Sachverstand und nationalistischem Starrsinn klammerte sie dabei die damals für so viele WählerInnen akut relevanten Wirtschafts-, Finanz- und Währungsfragen aus; [75] so konnte sie zwar ihre klassische Wahlklientel mobilisieren, beim Stimmenfang aber nicht wie gehofft in die Breite gehen.

Darüber hinaus unterschätzte die NPD auch den scharfen Widerstand, den sie durch ihre Teilnahme am demokratischen Leben hervorrief und an dem sich lagerübergreifend viele AkteurInnen aus Gesellschaft, Medien, Politik und Wissenschaft beteiligten, um die Öffentlichkeit vor der rechtsextremen Gefahr zu warnen. Presse, Rundfunk und Fernsehen boykottierten die Partei. Lokale Verwaltungsbehörden unterbanden ihre Wahlveranstaltungen in den Städten und Gemeinden, indem sie sich grundsätzlich weigerten, der NPD Säle oder sonstige Räume zur Verfügung zu stellen bzw. Mietverträge unter dem

Druck der Zivilgesellschaft kurzfristig auflösten. Die Partei sah sich dadurch genötigt, eilig umdisponieren zu müssen, und büßte somit an politischer Schlagkraft und organisatorischer Effizienz ein. Die NPD klagte zwar gerichtlich gegen ihre Diskriminierung, aus Zeitmangel gelang es ihr aber kaum, die Blockierung, das Aufschieben oder gar das Ausfallen von Kundgebungen, Meetings und Parteitagen zu verhindern. [76] Diese Ausgrenzungsmanöver, die aus einer konsequent antiextremistischen Motivation heraus betrieben wurden, schadeten der Partei nachhaltig: Dadurch, dass sie die Wahlkampfführung belasteten, Ablauf und Planung durcheinanderbrachten und das Parteiimage stark beschädigten, disqualifizierten sie die NPD politisch.

Gleichzeitig entflammte im unmittelbaren Kontext der Bundestagswahl die seit 1966 schwelende Diskussion über ein mögliches Parteiverbot. Vom DGB und den Innenministern der SPD-geführten Bundesländer angestoßen, um „Bonn“ nicht wie „Weimar“ verkommen zu lassen, nahm sich auch die Bundesregierung sehr bald der Frage der Verfassungsmäßigkeit der NPD an. Sie stellte die Einleitung eines Parteiverbotsverfahrens in Aussicht, ergriff dabei jedoch beim Bundesverfassungsgericht keine konkreten Schritte gegen sie. [77] Wie es Dudek und Jaschke zutreffend erläutert haben, sprach vieles dafür, dass „die Verbotsdiskussion weniger ‚ernst‘ gemeint war, sondern eher als politische Drohgebärde verstanden werden sollte gegenüber einer Partei, die sich anschickte, auf den Bänken des Bundestags Platz zu nehmen“. [78] Wirkungsvoll war diese Einschüchterungsstrategie allemal, weil die Bundesregierung mit diesem Damoklesschwert und der mit dem angedrohten Verbotsverfahren verbundenen Stigmatisierung ununterbrochen Druck auf die Partei, ihre AnhängerInnen und potentiellen WählerInnen ausüben konnte, ja die Partei schier unwählbar machte, ohne dennoch ein aufwändiges Verfahren mit ungewissem Ausgang, geschweige denn das Risiko eines Debakels auf sich nehmen zu müssen. [79] Bundesinnenminister Ernst Benda ging auch auf einem anderen Terrain in die Offensive: Im Frühjahr 1969, inmitten der

Wahlkampagne, bot er den etablierten Parteien fünf Millionen DM, um sie in ihrem Kampf gegen die NPD zu unterstützen. [80] Daraufhin bestritten FDP, SPD, CDU und CSU vehement, jemals öffentliche Gelder zu diesem Zwecke bekommen zu haben; auch das Bundesinnenministerium dementierte. [81] Doch einschlägige Beweise – vor allem ein Brief von Hans-Dietrich Genscher, dem stellvertretenden Vorsitzenden der FDP – veranlassten die NPD, so Adolf von Thadden, [82] dazu, vor die Gerichte zu ziehen und das Ergebnis der Bundestagswahl anzufechten. Zwar wurde zur Prüfung der Unterstellungen ein Wahlprüfungsausschuss eingesetzt, allerdings wurden die Ermittlungen rasch eingestellt, weil die neue Bundesregierung die Aussage des ehemaligen Ministers Benda und des neuen Ministers Genscher verhinderte. [83] Diese Unterbindungs- und Verhinderungsinitiativen, die sich stellenweise an der Grenze der Legalität bewegten, waren Ausdruck der äußersten Wachsamkeit, welche die Bonner Regierungen als Verfechterinnen der „streitbaren Demokratie“ aus einer historischen Verantwortung – und zur Wahrung des Renommees der Bundesrepublik auf der internationalen Bühne – gegen die rechtsextremen Kräfte walten ließen. Anders als in „Weimar“ war ihr operatives Handeln ganz darauf ausgerichtet, jene einzuhegen sowie deren politische Normalisierung und Institutionalisierung zu verhindern.

Nicht zuletzt wurde die NPD auch auf der Straße frontal bekämpft. Sowohl Studierende als auch Gewerkschaften und diverse antifaschistische Kräfte, die sich unter der Ägide der APO versammelt hatten, gingen auf Konfrontationskurs zu der Partei, die sie als Verkörperung der „Sünden der Elterngeneration und [der] defizitären Strukturen des Kapitalismus“ [84] betrachteten. Durch tumultartigen Protest, Sitzblockaden und Pfeifkonzerte störten sie die Parteiveranstaltungen. [85] Bei Gegendemonstrationen zu NPD-Großkundgebungen mit großem Polizeiaufgebot kam es immer wieder zu gewalttätigen Ausschreitungen, manchmal mit fatalen Folgen: Im Mai 1967 wurde ein NPD-Aktivist bei einem Handgemenge angeschossen, im November des gleichen Jahres wurde ein Pressefotograf bei krawallartigen

Auseinandersetzungen nach einem Auftritt Adolf von Thaddens in Ulm getötet; nach einer Prügelei erlitt der NPD-Anhänger Carl Hoffmann einen Herzinfarkt und verstarb. Er war am 31. Januar 1968 nach München gereist, um ein Treffen der SPD-nahen Organisation „Aktion Januar 1968“ zu stören. [86] Diese Gewaltexzesse, die die NPD aushalten musste, aber ebenso auch anstachelte, bereitete die Partei propagandistisch auf. Im Sommer 1967 gründete die NPD unter der Leitung von Anneliese Brandes das „Kuratorium Terroropfer“, das den bei Ausschreitungen verletzten Mitgliedern eine materielle Unterstützung anbot. [87] Im November 1968 schaffte sie zur „Sicherung“ ihrer öffentlichen Versammlungen einen Ordnerdienst (OD), dessen aggressives Auftreten [88] den politischen Gegensatz noch verschärfte. Exemplarisch für die explosive Stimmung der Zeit steht der außerordentliche Parteitag, der am 22. Februar 1969 in Bayreuth den Startschuss für den Wahlkampf geben sollte. In der Vorbereitungsphase warnte der Organisationsleiter Walter Seetzen die Delegierten eindringlich vor möglichen Übergriffen:

> „Wir müssen damit rechnen, dass mit Farbbeuteln oder Eiern geworfen wird. Aus diesem Grund wird allen Teilnehmern empfohlen, abwaschbare Mäntel überzuziehen oder mitzubringen. […] Der Parteivorstand erwartet von allen Teilnehmern die für die Durchführung dieses Parteitages notwendige Disziplin. Sie erleichtern allen Verantwortlichen dadurch die Arbeit und helfen mit, daß Bayreuth trotz Behinderung durch unsere Gegner ein voller Erfolg wird.“ [89]

Die Sicherheitsvorkehrungen, die in diesem Rahmen getroffen wurden, veranschaulichen das singuläre Spannungsfeld, das für die politisch-gesellschaftlichen Auseinandersetzungen der späten 1960er-Jahre charakteristisch war. Bei dem kurzfristig nach Schwabach verlegten Parteitag trafen 650 Parteidelegierte und Hunderte OD-Mitglieder auf 300 APO-VertreterInnen. 400 PolizistInnen sperrten die als Tagungsort fungierende

Markgrafenhalle weiträumig ab und verriegelten die Zugänge mit Stacheldraht und Barrieren, sodass der Parteitag hinter verschlossenen Türen und von der Öffentlichkeit gänzlich abgeschirmt – in einem Klima der Angst und der konstanten Nervosität – abgehalten werden musste. [90]

Angst, Furcht, Paranoia und Beklemmung kennzeichneten in diesem Kontext das „emotional regime“ (William M. Reddy), das die NPD in ihrer Propaganda willentlich bediente und innerparteilich funktionalisierte. In der Logik der gegenseitigen Aufwiegelung setzte sie nicht auf Deeskalation, sondern verschärfte die Polarisierung noch zusätzlich durch ein prononciertes Opfer- und Bedrohungsnarrativ. Mit alarmierenden Titeln wie „Roter Mob stürmt die Räume der NPD-Fraktion“, „Generalangriff der roten Internationale“ oder „Kommunisten-Terror in Hessen“, [91] die allesamt stark übertrieben bürgerkriegsähnliche Zustände evozierten, dramatisierten die „Deutschen Nachrichten“ die politische Lage erheblich und stärkten somit das Unsicherheitsgefühl ihrer LeserInnen. Das Parteiorgan schilderte die APO als das Schreckgespenst überhaupt, beschrieb sie als skrupelloser und brutaler „Mob“ [92] und bezog die „bundesrepublikanischen Zustände“ direkt auf die „Weimarer Verhältnisse“. Dementsprechend verglich es 1969 mit 1919 und stellte die „APO-SDS“-Proteste mit der spartakistischen Revolution auf eine Stufe, [93] was bei der älteren Generation, die ein halbes Jahrhundert zuvor ebenjene Novemberrevolution erlebt hatte, womöglich schmerzhafte Erinnerungen wachrufen und emotionale Assoziationen auslösen musste. Dem Staat unterstellte das Blatt dabei Lüge, Verleumdung, Stigmatisierung und Autoritätslosigkeit, [94] es warf ihm zuweilen sogar „anarchistische“ Komplizenschaft mit der „dutschkistischen Revolution“ vor, duldete er doch durch seine permissive Haltung das „linksextreme Chaos“ [95] – somit übe er „Verrat“ an der Demokratie und dem Grundgesetz, welche die NPD als selbsternannte „Recht und Ordnung“-Partei wiederum alternativlos zu schützen vorgab. [96] Durch den rhetorischen Manichäismus, die emotionale Zuspitzung und die

Selbststilisierung der NPD zum Prügelknaben der Nation schürte die Partei Ressentiments gegen den Staat und die politischen Gegner; anscheinend hoffte sie, mit ihrem „Jetzt-erst-recht“-Diskurs den Korpsgeist und Kampfeswillen ihrer AnhängerInnen zu forcieren.

Wenige Tage vor der Wahl erreichte die Gewalteskalation mit den sogenannten „Schüssen von Kassel“ ihren Höhepunkt: Während der von Krawall begleiteten „Deutschlandfahrt“ kam es bei einer Veranstaltung mit Adolf von Thadden am 16. September 1969 zu einem Zusammenstoß mit Gegendemonstranten, bei dem das OD-Mitglied Klaus Kolley das Feuer eröffnete und zwei junge Männer schwer verletzte. [97] Für die NPD erwies sich dieses national und international medial stark beachtete Ereignis so kurz vor der Wahl als verheerend, offenbarte es doch vor aller Augen die Radikalität und Gewaltaffinität der extremen Rechten. Es beförderte zweifellos die wenig später eintretende Niederlage der Partei – mit 4,3% der Stimmen verpasste die NPD den Einzug in den Bundestag. Auch 30 Jahre nach den Vorfällen gab die NPD den politischen Gegnern die Schuld und präsentierte die Ereignisse von Kassel als Verschwörung der Linken:

> „Dann waren da noch die ‚Schüsse von Kassel‘, die dem NPD-Ordnerleiter Klaus Kolley angelastet wurden, der dem NPD-Vorsitzenden v. Thadden zwölf Tage vor dem Wahltag zu Hilfe kam, als dieser mit anderen NPD-Amtsträgern von einem Pulk roter Gewalttäter auf der Straße in Kassel bedrängt wurde. Kolley schoss jedoch nur einmal in die Luft. Die anschließend auftauchenden zwei Linksextremisten mit leichten Schußverletzungen (deren Ursprung nie geklärt wurde) ließ die Presse jubeln: ‚die NPD prügelt nicht nur, sie schießt auch!‘ In den Wochen zuvor waren bereits NPD-Saalordner als blutrünstige, gewalttätige Bestien denunziert worden, auch die Stasi hetzte hier fröhlich mit.“ [98]

Die Selbstgerechtigkeit, mit der auch im Nachhinein die

Ereignisse aufgearbeitet wurden, zeugt vom schmerzhaften Bewusstsein der AkteurInnen, im Jahr 1969 eine historische Chance verpasst zu haben. Nicht von ungefähr gilt 1969 auch parteiintern als Zäsur und Trendwende.

2.2. „Jede Frau hat eine Stimme“: weibliche Mobilisierungsnarrative

Das allgemeine Gewaltklima, das die kämpferisch-virile Wahlkampagne der NPD dominierte, beeinträchtigte die Partizipation von Frauen erheblich: Aus Angst vor Übergriffen mieden sie die Öffentlichkeit und hielten sich von den großen Parteikundgebungen fern. Weil die Nationaldemokratinnen aber davon überzeugt waren, dass der Wahlausgang maßgeblich von der Wählerinnengunst abhängen würde, [99] wollten sie den Wahlkampf den Parteifreunden nicht völlig überlassen und versuchten somit ihren eigenen Wahlkampf anders, gängigen Geschlechtsstereotypen entsprechend friedlicher und „weiblicher“ zu gestalten, die Wählerinnen mit ihren eigenen Themen anzusprechen und die Frauen überhaupt dazu zu bewegen, wählen zu gehen. So bestand ihre Aufgabe maßgeblich darin, Frauen auf der diskursiven Ebene allgemein über ihre politische Macht aufzuklären. [100] In der achtseitigen Broschüre „Frau und Familie“, die 1967 von Nationaldemokratinnen zur Frauenmobilisierung konzipiert [101] und in einer Sonderausgabe der „Deutschen Nachrichten“ erschien, machte die Münchener Nationaldemokratin Irene Schiemann auf die Inkonsistenz des politischen Verhaltens von Frauen aufmerksam:

> „Trotz Gleichberechtigung, trotz weitgehendster Emanzipation halten sich die Frauen in der heutigen, sonst so aufgeschlossenen Zeit von der Politik fern. Es gibt Unternehmerinnen, die riesige Betriebe mit Umsicht und Klugheit, Weitblick und Geschäftssinn leiten; in den sozialen Berufen erobert sich die Frau immer mehr den ihr gebührenden Platz: Es gibt Rechtsanwältinnen, weibliche

> Geistliche, ganz abgesehen von den weiblichen Kapazitäten in der Medizin und in der Kunst. Warum aber hält sich die Frau von heute von der Politik zurück?“ [102]

Ganz an den Suffragetten-Geist anknüpfend, schien Schiemann paradoxerweise zu bedauern, dass die weibliche Emanzipation nicht weit genug ging. Diesen feministisch anmutenden Ansatz teilte sie mit manch anderen NPD-Frauen, die in den 1960er-Jahren für die individuelle, auch professionelle Selbstentfaltung von Frauen und deren Gleichberechtigung in allen Lebensbereichen eintraten. Die Emanzipation als Synonym für politische Selbständigkeit [103] betrachteten sie dabei als positiven Wert, als zu erreichendes Ziel, zu dem man Frauen hinführen müsse. In Sinn und Wortlaut knüpften sie so explizit an die Tradition der ersten deutschen Frauenbewegung an.

Eine Möglichkeit, Frauen zu politisieren und zu mobilisieren, war, weibliche Vorbehalte abzubauen und dabei auch männliche Stereotype über die politische Partizipation von Frauen bzw. ihre politische Unmündigkeit aufzuweichen. Hildegard Niewöhner argumentierte schon beim Marburger Frauenkongress 1966, dass Frauen entgegen allgemeiner Annahmen eben nicht aus dem „Bauchgefühl heraus“ den „Schönsten“ (Erich Mende) oder den „Jüngsten“ (Willy Brandt) wählten, sondern vernunftgeleitet für den „Fähigsten“ (Ludwig Erhard) stimmten, wie es etwa die Bundestagswahl 1965 eindeutig gezeigt hätte, und somit ihren politischen Sachverstand eindeutig bekundeten. [104] Frauen hätten eine politische Verantwortung, sie müssten nur wagen, sich ihrer anzunehmen und aus ihrer apolitischen Haltung herauszubrechen:

> „Die Frau, die heute der Politik ausweicht, bringt sich durch ihre politische Abstinenz um die Möglichkeit, ihr Schicksal und das ihrer Kinder mitzubestimmen oder es wenigstens zu versuchen. Die Zeiten der Suffragetten sind vorbei. Die Frau hat die Möglichkeit mitzureden, mitzuwirken – sie muß es nur wollen.“ [105]

Ob aus Überzeugung oder Kalkül formuliert, der Standpunkt Niewöhners bekräftigte die legalistische Linie der NPD insofern, als er sich auf verfassungsrechtliche Prinzipien berief und die demokratische Beteiligung von Frauen befürwortete. Andere Gesichtspunkte erwiesen sich als weit kritischer und reaktionärer. Gertrud Neumann argumentierte beispielsweise, dass Frauen politisch nicht gleichgültig, sondern von der „schmutzigen Politik“ angewidert seien. In einem Artikel von 1968 beschrieb sie in apologetischer Manier den vermeintlichen Elan von „Mädchen und Frauen aller Altersklassen“, die „aus der Überzeugung heraus, einer guten Sache zu dienen“, sich „vor und in der Zeit des Zweiten Weltkrieges“ – d. h. im Nationalsozialismus – „bewusst für Volk und Staat“ eingesetzt hätten. [106] Die Alliierten und Bonn seien es gewesen, die die Frauen von der Politik abgebracht hätten:

> „Nach überstandener ‚Entnazifizierung‘ und der damit zusammenhängenden Bestrafung eines großen Teiles unserer Männer und Frauen, die für die meisten eine Bestrafung des in die Tat umgesetzten Idealismus war, wollten verständlicherweise die allermeisten Frauen von ‚der schmutzigen Politik‘ nichts mehr wissen und nur noch für ihre Familien leben. Glaube und Vertrauen zu den Männern der Politik jeder Richtung waren zerbrochen. […] Nachdem ihre einstige Einsatzbereitschaft als ‚Vergehen‘ und ‚Dummheit‘ öffentlich und vor allem gegenüber der jungen Generation verhöhnt wurde, sah die deutsche Frau keine Ursache mehr, sich dem Sog des in den 1950er-Jahren einsetzenden materialistischen Denkes [*sic!*] zu widersetzen. […] Liegt in dieser Haltung denn nicht eine ganz konsequente, folgerichtige Entwicklung, die bewußt von den Siegermächten eingeleitet und in derselben Linie gehorsam von den lizenzierten Parteien der Nachkriegszeit fortgeführt wurde?“ [107]

Neumann zufolge sei der politische Idealismus nach 1945 von den Alliierten und „Bonn“ willentlich durch den politisch einlullenden Materialismus ersetzt worden. Durch Umerziehung

und Entpolitisierung seien die Deutschen „entgermanisiert“, dafür aber „amerikanisiert“ und von der Gier nach Konsum, Komfort und Überfluss regelrecht verdorben worden. So bezog sich die „schmutzige Politik“ nicht auf die Verbrechen der NationalsozialistInnen, sondern auf die Verfehlungen der an die Siegermächte „ausverkauften“ Bonner Regierungen, mit denen sich die „deutsche Frau“ – sprich: die ehemalige Nationalsozialistin Gertrud Neumann – nicht identifizieren konnte.

Die wenigsten Nationaldemokratinnen vertraten so radikal antirepublikanische und antiparlamentarische Standpunkte, alle aber stimmten in der Taktik überein, die Diskreditierung der etablierten Parteien zur nationaldemokratischen Selbstprofilierung zu nutzen. Die NPD wurde somit als ‚heilsame‘ Alternative zu allen anderen als misogyn und scheindemokratisch dargestellten Parteien [108] gepriesen, gerade für Frauen, welche die NPD besonders hervorhöbe: „Sagen Sie das Ihren Freundinnen und Bekannten, daß bei uns die frauliche Beurteilung der Dinge der Politik – wie sehr fehlt das manchmal! – besser zur Geltung kommt“, [109] so der Aufruf der Nationaldemokratinnen im Parteiorgan. Dieser konnte jedoch nur bedingt über die für Frauen äußerst ungünstigen Geschlechterverhältnisse, die in der ‚Männerpartei‘ NPD herrschten, hinwegtäuschen. Gerade deswegen stellten die Nationaldemokratinnen die Geschlechter- und Gleichheitsfragen ins Zentrum ihres Wahlkampfs. Während die männlich dominierte Parteileitung die Wahlkampagne auf die Links-Rechts-Polarität fokussierte, konzentrierten die Parteifrauen die ihrige auf den Gegensatz der Geschlechter. Antisexistische Kritik und entsprechende Gleichberechtigungsforderungen standen somit im Mittelpunkt ihres Diskurses, den sie vornehmlich auch an die eigenen Parteimänner richteten. Dabei muss aber relativierend betont werden, dass ebenjene Forderungen immer auch einem übergeordneten Prinzip gehorchten, dass ihr Bekenntnis zu Nation, Deutschland und Volk ihre Zugehörigkeit zur extremen Rechten begründete, kurzum: dass ihre Hauptmission also vor allem darin bestand, Frauen, d. h.

konservative und national gesinnte Frauen, von der CDU/CSU abzuwerben und für die „nationale Sache“ zu gewinnen:

> „Die Frau hat die Möglichkeit mitzureden, mitzuwirken – sie muß es nur wollen. Der Frau dies nahe zu bringen, ihr begreifbar zu machen, daß die Politik kein Tabu mehr für sie ist, muß eine der vordringlichsten Aufgaben aller sein, die es mit dem Schicksal der Nation ernst meinen. Die deutsche Frau ist in ihrer Masse, in ihrer Seele konservativ und familientreu. Von dieser Grundeinstellung zum Begriff der vaterländischen Tradition und der Treue zur Nation ist nur ein kleiner Schritt.“ [110]

In der nationaldemokratischen Logik war die politische Emanzipation von Frauen kein feministischer Selbstzweck, sondern ein Mittel zur Förderung der politischen Expansion. Auch konnten die antisexistischen Forderungen nicht feministisch sein, weil sie einer reaktionären und potentiell anti-republikanischen Zielsetzung dienten: Für einige Nationaldemokratinnen blieb das „Dritte Reich“ ein taugliches Modell für die politische Zukunftsgestaltung der Nation. Weil es nicht möglich war, den Lauf der Geschichte umzukehren, bemühten sich die Nationaldemokratinnen durch eine gezielte Weichenstellung darum, deren Lauf in die ‚richtige‘ Richtung zu weisen. [111] Dies geschah unter anderem dadurch, dass sie sich im Vorfeld der Bundestagswahl aktiv in die Politik einbrachten, Konzepte erarbeiteten, politische Praktiken entwickelten, Tagungen abhielten und weibliche Netzwerke aufbauten.

2.3. Kandidaturen, Wahlkampf und Vernetzungsinitiativen der Nationaldemokratinnen: der Bundesbeirat der Frauen der NPD (1968/69)

Um die Wählerinnen davon überzeugen zu können, dass die Stimmenabgabe für die NPD die „intelligente“ und „vernünftige“ Entscheidung war, [112] dass Frauen in der Partei erwünscht waren und gefördert wurden, musste man ihr laut

Gertraude Winkelvoß ein weibliches Antlitz verpassen. Die Aufstellung von Wahlkandidatinnen als weibliche Identifikationspersonen und politische Fahnenträgerinnen würde, so meinte sie, die Feminisierung sichtbar machen und eine weibliche Dynamik auslösen. Männliche Bedenken müsse man überwinden:

> „Dabei wurden immer wieder Klagen laut, daß der Mann die Politik als seine Domäne betrachte und die Frau lediglich als schmückendes Beiwerk. Ist das klug von ihm? Vergißt er nicht die Millionen Frauen, deren Stimmen immer mehr ins Gewicht fallen könnten? Lassen sich aus verständlichen Gründen Frauen auch in der Politik in bevorzugterweise [*sic!*] vom Mann beeindrucken, so möchten sie sich doch in einer Partei, die sie wählen, auch durch Frauen vertreten wissen“, [113]

erklärte sie bei einer Frauenveranstaltung in Bremen im Januar 1968. Für die auf Respektabilität bedachte und unter chronischem Personalmangel leidende Partei war die Kandidatenauslese kein einfaches Unterfangen. Die etablierten Parteien waren in den 248 Wahlkreisen zu stark verwurzelt, als dass die NPD hoffen konnte, auch nur ein einziges Direktmandat bei der Bundestagswahl 1969 zu ergattern. Aber weil sie die DirektkandidatInnen als unentbehrliche ImageträgerInnen und MultiplikatorInnen vor Ort betrachtete, wurden diese mit Umsicht ausgesucht. Dabei wurden aus wahltaktischen Erwägungen die Männer den Frauen vorgezogen. [114] Gleichwohl traten in einigen Wahlkreisen auch Parteifrauen wie Hedwig Kestermann (Bochum), Meta Schirrmeister (Wandsbeck), Elisabeth Weintritt (Brauschweig) oder Eva-Maria von Wolzogen (bei Kassel) an. Die Erfolgsaussichten waren dennoch minimal und ihre Kandidaturen bestenfalls symbolisch, doch bezogen sie durch ihre Gegenwart offiziell Stellung für die Partei, bewarben ihre Inhalte und bekundeten somit sowohl ihr Sendungsbewusstsein als auch ihren politischen Anspruch.

Auf den Landeslisten standen die Chancen sehr viel besser,

über die Zweitstimmen ein Bundestagsmandat zu erringen. So waren die Listenplätze und mehr noch die Spitzenpositionen dementsprechend stark umkämpft. Im Zuge des zähen Verhandlungswettstreits, der sowohl hinter den Kulissen als auch öffentlich während des außerordentlichen Parteitags in Schwabach vom 22. Februar 1969 ausgetragen wurde, konnten vor allem die Parteigrößen die Wahl als Spitzenkandidaten für sich entscheiden: Prominent vertreten waren die Führungsriege mit Adolf von Thadden (Nordrhein-Westfalen), seine loyalen Weggefährten Karl Lawall (Saarbrücken) und Otto-Theodor Brouwer (Bremen) sowie ehrgeizige und bewährte Abgeordnete, etwa Siegfried Pöhlmann (Bayern) oder Peter Stöckicht (Baden-Württemberg) – jedoch keine einzige Frau. [115] Dennoch kann behauptet werden, dass einige Nationaldemokratinnen dank ihres günstigen Listenplatzes bei Überwindung der 5-Prozent-Hürde womöglich den Einzug ins Parlament geschafft hätten. Das galt sowohl für Gertraude Winkelvoß (Platz 5 in Niedersachsen) als auch für Eva-Maria von Wolzogen (Platz 6 in Hessen), aber vermutlich weniger für Rosemarie Wieland (Platz 8 in Baden-Württemberg), Helene von Watter (Platz 10 in Nordrhein-Westfalen) und all diejenigen, die als weibliche Alibis am unteren Ende der Listen rangierten. Von einer Feminisierung im quantitativen Sinne konnte beim Kandidatenausleseprozess jedenfalls nicht die Rede sein: Die von den Nationaldemokratinnen im Wahlkampf aufgestellte Behauptung, wonach Frauen in der NPD besser zur Geltung kämen, widerlegen die Statistiken eindeutig. Als männlich-hegemoniale Partei ließ sich die NPD hauptsächlich durch Männer nach außen vertreten.

Auch wenn die Feminisierungsstrategie der Nationaldemokratinnen letztendlich nicht in dem Maße aufging, wie einige Akteurinnen es gewünscht hätten, so lässt sich für die Jahre 1968/69 mit aller Deutlichkeit ein weiblicher Trend ausmachen: In den Monaten vor der Wahl entwickelten die Nationaldemokratinnen eine überaus rege Parteiarbeit. Auf den ersten Blick unterschied sich der individuelle Aktivismus der Frauen zwar nicht wesentlich von dem der Männer. Alle

verfügbaren NationaldemokratInnen wurden gleichermaßen in die Wahlkampagne involviert. Durch das Anbringen von Plakaten und das Austeilen von Flugblättern in Fußgängerzonen, durch Hausbesuche, Infostände, Briefkastenaktionen und Autokorsos sowie durch das Abhalten von Wahlversammlungen und Diskussionsabenden beteiligten sie sich an der Verbreitung von einschlägigem Propagandamaterial und der Verkündigung der nationaldemokratischen Botschaft. In einem Aufsatz charakterisierte Lutz Niethammer das Engagement der NPD-Mitglieder im Endspurt zu Recht als „fanatisch“, steckten sie doch fast selbstlos – jedenfalls ohne Aussicht auf Prestigesteigerung, soziale Kompensation, politische Vorteile oder sonstige lukrative Posten – über die Maßen viel Zeit, Geld und Energie in den Wahlkampf. [116] In dieser Hochphase entwickelte sich ein breites Netz an informellen UnterstützerInnen, SympathisantInnen und Familien, die aus Eigeninitiative dem Appell des Parteiorgans gefolgt waren und für die Zeit des Wahlkampfs aushelfen wollten: Sie übernahmen anfallende logistische Aufgaben, boten den WahlkämpferInnen Hilfe, Unterkunft, Verpflegung und Freizeitaktivitäten an, bestärkten sich gegenseitig in ihrer Jetzt-erst-recht-Haltung und leisteten so der gefühlt von allen Seiten bedrängten nationalistischen „Schicksalsgemeinschaft“ Beistand. [117]

In diesem Kontext des allgemeinen militanten Taumels blieb auch die Bundesfrauenreferentin Gertraude Winkelvoß nicht untätig. Um die weiblichen Potentiale voll auszuschöpfen, weibliche Synergieeffekte zu erzeugen und den Parteifrauen als Kollektiv allgemein mehr Schlagkraft und Sichtbarkeit zu geben, musste sie den Aktivismus der Frauen ordnen und strukturieren, ihm durch eine formelle Vernetzungsarchitektur eine nachhaltige Basis verleihen. Dabei schloss sie aus geschlechterdemokratischer Perspektive die Option einer eigenständigen Frauenorganisation entschieden aus: Frauen sollten sich von den Männern nicht abkapseln, sondern sich gemeinsam mit ihnen – und gleichberechtigt – an der Parteiarbeit beteiligen. Viel eher schwebte ihr der Ausbau eines

elitären Frauennetzwerks vor, den sie 1968 folgendermaßen beschrieb:

> „Nach ausführlichem Meinungsaustausch wurde noch einmal bestätigt, daß eine eigene Frauenorganisation innerhalb der NPD nicht gebildet werden wird. Es müssen aber Verbindungen ausgebaut werden, die die Zusammenarbeit verbessern und erleichtern. Die Mitarbeit in den bestehenden Arbeitskreisen der Partei soll verstärkt und dadurch systematisch die Zahl der Fachkräfte und Sachverständigen vergrößert werden.“ [118]

Mit diesem Ziel vor Augen rief Winkelvoß am 20. Oktober 1968 im Anschluss an eine zweitägige, von Gudrun Dörfel organisierte Frauentagung in Nürnberg den NPD-Bundesbeirat der Frauen ins Leben. [119] Als Zusammenschluss auserlesener Nationaldemokratinnen sollte er, so seine Initiatorin, die politische Aktivität der „Expertinnen“ *top down* koordinieren und systematisieren, die weibliche Öffentlichkeitsarbeit rationalisieren und innerhalb der Partei sichtbar machen. Neben Winkelvoß, die sich direkt zur Vorsitzenden des Beirats hatte küren lassen, gehörten dem Beirat kraft ihres Amtes sämtliche Frauenreferentinnen auf Bundes- und Landesebene, alle NPD-Abgeordneten und einige Funktionärinnen an, die sich in der Partei einen Ruf erarbeitet hatten. Auch bei der Konstituierung des Gründungsgremiums, das sich aus Winkelvoß (Niedersachsen), Martha Kruse (Bremen), Anneliese Brandes (Niedersachsen), Ilse Timm (Schleswig-Holstein), Gudrun Dörfel (Bayern), Helene von Watter (NRW), Margarete Walendy (Nordrhein-Westfalen) und Eva-Maria von Wolzogen (Hessen) zusammensetzte, wurde vor allem auf die geographische Ausgewogenheit, die politische Kompetenz und Sachkenntnis, [120] die Ehrenhaftigkeit und Motivation der Akteurinnen geachtet. Wie es der Name schon verdeutlichte, kam diesem Netzwerk hauptsächlich eine konsultative Funktion zu. Der Beirat sah „seine Aufgabe darin, Stellungnahmen zu politischen Fragen zu erarbeiten“, und wollte dadurch „der Arbeit der

Gesamtpartei dienlich und förderlich sein“. In seiner vertikalen Ausrichtung sollte er ferner jegliche „Anregungen und Sachbeiträge aus den Verbänden“ auswerten, koordinieren und an die Parteileitung weitergeben. [121] Sinn und Zweck war es demnach, die weibliche Parteibasis zu mobilisieren, gleichzeitig aber auch den Einfluss der weiblichen Parteielite etwa bei der Kandidatenauslese und in den Entscheidungsprozessen zu verstärken. Neben der politischen Effizienzsteigerung ging es den Nationaldemokratinnen also vor allem darum, den Beirat als Profilierungsplattform und Interessenvertretung zu nutzen. In diesem Sinne diente er als Instrument der kollektiven Selbstermächtigung der Nationaldemokratinnen.

Auf Einladung von Gertraude Winkelvoß traf der Bundesbeirat der Frauen ein Monat nach seiner offiziellen Gründung in den Räumlichkeiten des Niedersächsischen Landtags zusammen. Der durchaus feierliche, symbol- und prestigeträchtige Rahmen, der durch die NPD-Bundesfrauenreferentin und Abgeordnete mit Bedacht gewählt worden war, sollte dieser ersten Zusammenkunft eine besondere Aura verleihen und dabei nach außen das Bild einer respektablen, professionellen und seriös-kompetenten Frauenversammlung vermitteln. Diese erste Tagung befasste sich mit der organisatorischen Planung und ideologischen Konzeption ihres Wahlkampfes. Die Teilnehmerinnen beschlossen, durch die Ausrichtung mehrerer überregionaler Veranstaltungen den Austausch, die Informationsvermittlung und die politische Ausbildung von nationalistisch gesinnten Frauen zu fördern. Ferner verständigten sie sich auf erste allgemeine, später noch zu präzisierende Wahlkampfthemen rund um „Verpflichtungen und Erziehungsfragen, Mitbestimmung, Gesamtschule und Fragen der ‚inneren Sicherheit‘“ [122] und beschlossen die Anfertigung eines Flugblatts, durch das weibliche Wähler „zum politischen Einsatz“ aufgerufen werden sollten. Dieses Treffen bezeugte den eindeutigen Mitwirkungs- und Mobilisierungswillen der Parteifunktionärinnen, die darüber hinaus auch ihren Selbstbehauptungsanspruch zum Ausdruck brachten: Durch

ihren Wahlkampf sollten die Nationaldemokratinnen ihren eigenen politischen Wert unter Beweis stellen und „deutlich machen, was die Mitarbeiterinnen wollen und können“. [123]

Die erste überregionale Tagung wurde am 25. und 26. Januar 1969 im norddeutschen Raum abgehalten. Die etwa hundert TeilnehmerInnen, die zu diesem Anlass nach Hamburg gefunden hatten, setzten sich zwei Tage lang mit der NPD-Wahlkampfthematik „Sicherheit durch Recht und Ordnung“ auseinander. Dabei waren die Referentinnen darauf bedacht, das von der Parteileitung vorgegebene Oberthema ‚weiblich‘ durchzudeklinieren und auf die spezifischen „Bedrohungen“ hinzuweisen, denen Frauen, Familien und Kinder angeblich stark ausgesetzt waren. In der Einleitung präsentierte Ilse Timm die zeitimmanente „Notwendigkeit“ der Stärkung der inneren Sicherheit, welche Martha Kruse im Anschluss auf den Familienbereich anwandte, indem sie die mehrgenerationelle Familie als einziges historisch bewährtes Vergemeinschaftungsmodell präsentierte, das jungen Müttern in vormaligen Zeiten Rückhalt und Unterstützung geboten habe. Daraufhin warnte Meta Schirrmeister vor der physischen, psychischen und moralischen Gefährdung, der Kinder in der „Moderne“ ausgesetzt seien. Daran anknüpfend geißelte ein Mitglied des KV Steinburg (Schleswig-Holstein) zum Schluss noch die Konsumgesellschaft und rief die anwesenden Frauen dazu auf, beim Kauf von Produkten, vor allem bei ausländischer Importware, äußerste Wachsamkeit walten zu lassen. Am Folgetag referierte Margarete Walendy über das Bildungs- und Erziehungswesen der DDR, das sie mit dem der Bundesrepublik gleichsetzte. Die Aktivistin Jungmann erläuterte anschließend die „alarmierende“ Kriminalstatistik in Westdeutschland, was wiederum Gertraude Winkelvoß in ihrem Abschlussreferat zum Anlass nahm, um die nationaldemokratische Politik der „Wiederherstellung der inneren Sicherheit“ zu preisen. [124]

Die zweite überregionale Tagung, die am 2. März 1969 in Essen stattfand, wurde nach dem gleichen Schema konzipiert. Nur widmete sie sich diesmal der „Deutschen Frage“ und präsentierte den politischen Weg, den die NPD einzuschlagen

gedachte, um die Wiedervereinigung und „ein vereintes Europa“ zu erreichen, wie es die nordrhein-westfälische Frauenreferentin Hedwig Kestermann in ihrem Grußwort ankündigte. Wie in der ersten Tagung legte Margarete Walendy auch bei diesem Anlass den Schwerpunkt auf „Mitteldeutschland“ und sein Bildungssystem. Hedwig Kestermann ergänzte den Vortrag der Vorrednerin durch die Betonung des besonderen „Opfers“, das die ostdeutsche Jugend ihr zufolge für ihr Vaterland aufbrachte, während die aufbäumende westdeutsche Jugend sich in Krawall und Unordnung gefalle. Darin erblickte sie die „kulturelle“ Mission der NPD, ebenjene Jugend zu bändigen und in die richtige Bahn zu lenken. In ihrer eher geschichtspolitisch fokussierten Abschlussrede geißelte die Baronin von Watter die „Umerziehung“ der Deutschen, denen die Alliierten einen „Schuldkomplex“ anerzogen hätten. Diesen würde der Staat durch eine künstliche Erinnerungspolitik gezielt pflegen und reproduzieren. Kontrapunktisch dazu plädierte sie für eine Rehabilitierung der Kriegsopfer und ihrer Familien, die man in Westdeutschland zu sehr vernachlässige. [125] Die Referentinnen Winkelvoß, Walendy, Kestermann und von Watter stellten ihren nationaldemokratischen Standpunkt auch in der darauffolgenden Tagung, die am 16. März 1969 in Köln anberaumt worden war, mit ähnlichen Inhalten vor. [126]

Auch wenn sie der Parteilinie gehorchten, behandelten die selbsternannten „Expertinnen“ die Wahlkampfthematik auf ihre Art und Weise. Dadurch, dass sie die Parteithemen auf weibliche Problemlagen bezogen, sich also mit den geschlechtsspezifischen Auswirkungen von Wirtschaft (Konsum), Innenpolitik (Sicherheit, Kriminalität) und der „Deutschen Frage“ (deutsche Teilung, Systemkonkurrenz) auf das Leben von Frauen, Familien und Kindern auseinandersetzten, verschoben sie den politischen Schwerpunkt und diversifizierten das politische Angebot der Partei. Zwei maßgebliche Hürden bremsten sie jedoch in ihrem Elan: der fehlende Rückhalt bzw. das Desinteresse der Parteimänner und die mangelnden Mobilisierungskanäle, die sie daran hinderten, potentielle Sympathisantinnen auch über den

eher beschränkten aktivistischen Kern hinaus zu erreichen. Horst-Günther Schweimer, ehemaliger SS-Angehöriger und Vorsitzender des Hamburger Landesverbands, hatte die Parteifrauen bei der ersten Tagung durch seine Anwesenheit unterstützt; damit bildete er aber eine Ausnahme, denn meist mussten die Nationaldemokratinnen ihre „Parteifreunde" inständig bitten, wenn sie schon nicht zu den Veranstaltungen kamen, dann doch wenigstens für die Aktivitäten des Bundesbeirats der Frauen zu werben. So wandte sich Hedwig Kestermann im Februar 1969 in einem Brief an alle männlichen KV-Vorsitzenden aus Nordrhein-Westfalen:

> „Sehr geehrte Herren, aus den Programmen ersehen Sie, daß am 2. und 16. März 69 Frauentagungen stattfinden werden. Mit einer herzlichen Bitte wende ich mich an Sie, aus eigener Initiative für diese Tagungen zu werben, indem über die Mitglieder hinaus Einladungen ergehen – auch an Mitglieder von Kulturwerk und von Vertriebenenverbänden usw. Die Tagungen finden in verschiedenen Städten und nur an einem Tage statt, weil ich hoffe, auf diese Weise möglichst viele interessierte Damen (und Herren) ansprechen zu können. Bitte, helfen Sie mit, daß die Tagungen Erfolge werden und auch auf diese Weise das Gedankengut der NPD eine weitere Verbreitung findet." [127]

Es kann angenommen werden, dass diese Appelle zur Mobilisierung nur bedingt bei den anvisierten Wählergruppen, den konservativen und nationalistischen Frauen, Müttern und Vertriebenen ankamen; sie verhallten resonanzlos. Dies lag größtenteils daran, dass das Nichtvorhandensein eigener medialer Kommunikations- und Ausbreitungskanäle ihre Reichweite und Wirkung stark beschränkte; auch das offizielle NPD-Organ berichtete nur sporadisch und knapp über das „Frauenangebot", sodass letztendlich nur diejenigen angesprochen wurden, die von vornherein schon NPD-Sympathisantinnen gewesen waren, und das Ziel, die

nationaldemokratischen Inhalte an alle Deutschen heranzutragen, verfehlt wurde. Die Aktivitäten des Beirats wurden spätestens Ende 1970 eingestellt, jedenfalls verlieren sich dessen Spuren in den Quellen nach diesem Zeitpunkt. Trotz des offensichtlichen Scheiterns dieser Offensive kann die Konstituierung des Beirats zweifellos als Ausdruck eines weiblichen Bewusstwerdungsprozesses und Autonomisierungsschubs gelesen werden: Die Akteurinnen – allen voran Gertraude Winkelvoß mit ihrem besonderen Sendungsbewusstsein – hatten sich professionalisiert, sie strebten nun nach mehr Autonomie, Ansehen, politischer Teilhabe und Gestaltungsmacht innerhalb der Partei. Der vom Beirat implizit artikulierte Anspruch, Frauen aus ihrer minderwertigen Stellung herauszuheben, sowie die von ihm an den Tag gelegte kollektive Bewältigungsstrategie waren für die Partei ein absolutes Novum. Es war der erste Schritt auf dem Weg zu einer integrierteren Form der weiblichen Mobilisierung, wie sie erst sehr viel später, im Jahre 2006 mit der Gründung des Rings nationaler Frauen, der ersten NPD-Frauenorganisation, entstehen sollte. Der Wahlkampf von 1968/69, der sich durch die außerordentliche Verdichtung der Frauenarbeit auszeichnet, in dem die Parteifrauen darüber hinaus auch ein neues politisches Selbstverständnis äußerten und neue Praktiken erprobten, entspricht einer weiblichen Zäsur bzw. einem weiblichen Ballungsmoment innerhalb der NPD-Geschichte. Diese Phase gehört zweifelsohne zu den aktivsten der NPD-Frauengeschichte.

2.4. Das Wahldebakel

Am Wahlabend, dem 28. September 1969, war den NationaldemokratInnen spätestens um 22 Uhr klar, dass ihre Partei nicht in den Bundestag einziehen würde. Mit 4,3% aller Zweitstimmen hatte die NPD den Sprung über die 5-Prozent-Hürde nur knapp verpasst – ein Trauma für alle Mitglieder und Parteikader, die in den vorangegangenen Monaten umtriebig auf den Wahlsieg hingearbeitet hatten. Der Erfolg in Bayern

(5,3%), Rheinland-Pfalz (5,2%), Hessen (5,1%) und im Saarland (5,7%) vermochte es nicht, die schlechten Ergebnisse in Baden-Württemberg (4,6%), in dessen Landtag die NPD doch ca. eineinhalb Jahre zuvor so souverän eingezogen war, oder in Nordrhein-Westfalen (3,1%), dem bevölkerungsreichsten Bundesland, zu kompensieren. [128] Somit bekam die NPD die Folgen ihres aggressiven Wahlkampfes und der nicht enden wollenden Ausschreitungen zu spüren, die das Saubermann-Image der Partei stark beschädigt hatten und sie in der öffentlichen Wahrnehmung zu einer Krawallpartei machten. Die WählerInnen sprachen ihr Vertrauen den etablierten Parteien (CDU/CSU, SPD, FDP) aus, die in Westdeutschland seit über zwei Jahrzehnten für Stabilität und Kontinuität standen. [129] Zählt man die Stimmen von NPD und Union zusammen, dann hatte das konservative bzw. nationalkonservative Lager 50,4% der Stimmen erreicht, SPD und FDP konnten hingegen nur 48,5% der Stimmen auf sich vereinen. Im Umkehrschluss bedeutete dies, dass die NPD gerade wegen ihrer Niederlage, sozusagen als Königsmacherin, die Bildung der sozialliberalen Koalition ermöglicht hatte. Wie Uwe Hoffmann bemerkte, hätte

> „bei einem Einzug der NPD in den Bundestag [...] die Union wieder der Regierung angehört. Günstiger wäre andererseits auch ein noch schlechteres NPD-Ergebnis gewesen, was der CDU/CSU vermutlich die entscheidenden Zehntelprozentpunkte gesichert hätte, mit denen sie aus eigener Kraft eine sozialliberale Koalition hätte verhindern können.“ [130]

Paradoxerweise hatte die nationalistische Partei durch ihr Scheitern das parlamentarische Drei-Parteien-System noch gestärkt, den politischen Wechsel befördert und indirekt auch die Ostpolitik Willy Brandts möglich gemacht; darüber hinaus hatte sie die historische Chance verpasst, sich langfristig in der politischen Landschaft zu etablieren.

Das zweite Paradox, das von der Forschung bisher völlig unbeachtet blieb, betrifft die Wähler bzw. die Wählerinnen:

Letztendlich waren sie es nämlich, die den Einzug der NPD in den Bundestag vereitelten. 2,8% der Wählerinnen und 6,3% der Wähler gaben der extrem rechten Partei ihre Stimme. Dieser *Gender Gap* verdeutlicht, dass die NPD-Niederlage vornehmlich eine herbe Niederlage für die Nationaldemokratinnen war, die trotz ihres Aktivismus nicht imstande gewesen waren, die Wählerinnen von sich und ihrer Partei zu überzeugen. In einer gewissen Hinsicht war das Wahldebakel der Preis, den die NPD für die Geringschätzung bezahlte, die sie Frauen, Aktivistinnen und Wählerinnen entgegenbrachte. Für die Politikwissenschaftlerin Beate Hoecker waren die kirchliche Bindung, die Ablehnung von Gewalt und das von der Partei vermittelte patriarchale Bild der Frau bestimmende Faktoren für die weibliche Wahlentscheidung gegen die NPD. [131] Der letzte Punkt scheint weniger überzeugend, weil sich das traditionelle und antiemanzipative Frauen- und Familienbild der NPD nicht wesentlich von dem der CDU/CSU unterschied, Letztere aber auf die massive Unterstützung von Frauen zählen konnte. Die Wahl von 1969 bestätigte lediglich die seit 1949 bestehenden Tendenzen: Die Frauen wählten mehrheitlich die Union (50,6% gegen 40,6% der Männer), die SPD erhielt mehr Männer- (45,6%) als Frauenstimmen (40,4%). Eine leichte Verschiebung ließ sich hingegen bei den jüngeren weiblichen Jahrgängen ausmachen: 44,8% der unter 30-jährigen Wählerinnen (gegen 36,5% der über 60-jährigen) stimmten für die SPD. [132] Diese Trendwende führte in den 1970er-Jahren zur Angleichung des *Gender Gaps*; er steht stellvertretend für die politische Zeitenwende und somit für den Wandel der weiblichen Lebenslagen, der Mentalitäten und Werte, der Ende der 1960er-Jahre in der Bundesrepublik ansetzte. Die Wählerinnen und Wähler, die sich trotz allem für die NPD entschieden, taten es meist aus Überzeugung. In einer Studie hat die Politikwissenschaftlerin Sabrina Meyer deren Motivationen herausgearbeitet. Demnach setzte sich die Wählerschaft vornehmlich aus Handwerkern, Landwirten und kleinen Unternehmern zusammen, welche aus wirtschaftlicher und politischer Verdrossenheit oder aus ideologischer Affinität (Nationalismus, Autoritarismus usw.) für die NPD stimmten.

Auffällig war dabei, dass gerade die im Nationalsozialismus sozialisierten Jahrgänge der 45- bis 59-Jährigen mit 8,7% der Männer und 3,7% der Frauen bei den NPD-Wählern überrepräsentiert waren. [133]

Die Wahlschlappe der Partei wurde in der Öffentlichkeit, den etablierten Parteien und der Presse mit großer Erleichterung aufgenommen; die NPD-AnhängerInnen hingegen versetzte sie in Schockstarre. Objektiv betrachtet, war das Ergebnis nicht schlecht gewesen: Die Partei hatte 1969 das Ergebnis von 1965 verdoppelt und das beste Ergebnis der extremen Rechten nach 1945 eingefahren. Doch emotional betrachtet, war der Wahlausgang verheerend: Bei den AnhängerInnen bewirkte er eine immense Enttäuschung und Ernüchterung, die auch die vergebliche Anfechtungsklage der NPD-Leitung, in der die anderen Parteien und die Bundesregierung der Wahlfälschung bezichtigt wurden, [134] nicht wettmachen konnte. Von den Zeitgenossen wurde 1969 unverkennbar als Zäsur empfunden.

Mit der Konstituierung der sozialliberalen Koalition verlor die NPD zudem ihre Position als einzige rechte Oppositionspartei; die aus der Regierungsverantwortung ausgeschlossene CDU/CSU verdrängte sie alsbald und machte sie durch ihren vehementen Kampf gegen den sozialdemokratischen Bundeskanzler Willy Brandt und seine innen- und außenpolitischen Reformpläne gar überflüssig. Die Neukonfiguration des politischen Spektrums beschleunigte den Zerfall der NPD in den Folgejahren und -jahrzehnten. 1969 markierte somit den Beginn ihres Abdriftens in die politische Bedeutungslosigkeit.

3. Resümee

Die von den Zeitgenossen stark diskutierte, von der Öffentlichkeit befürchtete und von den ParteianhängerInnen ersehnte Rückkehr der extremen Rechten in die Politik war letztendlich nur von kurzer Dauer. Vornehmlich verdankte die NPD ihren Höhenflug der politisch und wirtschaftlich

angeschlagenen Lage und ihrer hegemonialen Stellung in der „nationalen Opposition“, die kurz nach der Wahlniederlage von 1969 zu erodieren begann. Die Jahre 1966 bis 1968, die sich durch den Einzug in sieben Landtage kennzeichnen, gelten als Blütezeit der Nationaldemokratie. Sie waren es auch für die weiblichen Anhängerinnen und Funktionärinnen, welche die Erfolge ihrer Partei regelrecht elektrisierten. Demokratie und Parlamentarismus mochten ihren reaktionären Idealen zwar entgegenstehen, doch betrachteten sie jene paradoxerweise auch als Mittel für ihre politische Emanzipation. Davon zeugen ihre zahlreichen Appelle und Forderungen, Frauen gleichberechtigt in das politische Geschehen einzubinden. Die antisexistischen Ansprüche, die sie in ihrer Propaganda artikulierten, rückten die Nationaldemokratinnen scheinbar in die Nähe eines emanzipativen Progressivismus und stellten sie in die Kontinuität des traditionellen Suffragettentums. Ihr Verhältnis zur Republik blieb dabei aber zwiespältig: Sie propagierten zwar keine offene Systemfeindschaft, aus ihrer ablehnenden Haltung zu Bonn als Sitz der Bundesregierung und Machtzentrum der Bundesrepublik machten viele aber keinen Hehl.

Auch in der parlamentarischen Praxis der drei NPD-Abgeordneten in Wiesbaden, Hannover und Bremen kam diese Ambivalenz zum Tragen. Obwohl Bläsing, Winkelvoß und Kruse strukturell, was ihre Stellung und Rolle anbelangt, als repräsentativ angesehen werden konnten, wurden sie nie wie normale weibliche Abgeordnete behandelt, sondern einer antifaschistischen Misogynie unterzogen und wie ihre männlichen Parteifreunde aus dem demokratischen Konsens ausgeschlossen. In den Parlamenten war die nationaldemokratische Fassade demokratisch, das Benehmen und Auftreten auf die Prinzipien und Zwänge des Grundgesetzes abgestimmt und der „Faschismus“ den bundesrepublikanischen Verhältnissen angepasst, doch waren die Last der Vergangenheit bzw. die nationalsozialistische Vorbelastung in Rhetorik, Denkschemata, Weltanschauung und Idealen der NPD-Frauen noch so präsent, dass sie im parlamentarischen Raum

entlarvt und abgeblockt werden konnten.

Das Jahr 1969 kann als zäsursetzendes Schwellenjahr betrachtet werden. Im Hinblick auf das Wahljahr hegten die Zeitgenossen große Hoffnungen: vor allem auf ein nationalistisches Wiedererwachen, auch für die NationaldemokratInnen, die im Vorfeld der Bundestagswahl ihren eigenen Wahlkampf lancierten. Im Bewusstsein des beachtlichen politischen Potentials, das mit der Wahlentscheidung der Frauen einherging, passten die Nationaldemokratinnen ihre Themen den Bedürfnissen und Interessen der „deutschen Frau“ an, mit dem Ziel, gerade die konservativen und nationalkonservativen Frauen für sich zu gewinnen, die sonst eher den Christdemokraten ihre Stimme gaben. Diese Frauenkampagne, die in der Geschichte der extremen Rechten bis dahin wahrscheinlich einmalig war, führte zu einer partiellen Autonomisierung der Parteifrauen, die sich um den 1968 als elitäres Expertinnen-Netzwerk gegründeten NPD-Bundesbeirat der Frauen versammelten. Dieser Zusammenschluss, der insbesondere der Selbstprofilierung und Interessenvertretung der weiblichen Parteielite diente, sollte deren politische Arbeit koordinieren und die Mobilisierung der Frauen effizienter und sichtbarer machen. Wegen unzureichender Verbreitungskanäle blieb seine Wirkung jedoch begrenzt: Die Wählerinnen, die weiterhin maßgeblich die konservative CDU/CSU unterstützten, hatten die Nationaldemokratinnen nicht erreichen können. Zu isoliert waren sie, um die geschlechtsspezifischen Mauern zu durchbrechen und sich öffentliche Aufmerksamkeit und Gehör zu verschaffen. Im Herbst 1969 erschöpfte das Trauma der Niederlage auch die weiblichen Ressourcen, die Dynamik erlahmte. Vom Abwärtsstrudel der NPD mitgerissen, zogen sich die meisten Parteifrauen im Gefolge der Bundestagswahl aus der Parteipolitik zurück.

IV. Der ideologische Beitrag der

Nationaldemokratinnen in den 1960er-Jahren

Nach der Parteigründung wurde eine rege Diskussion über die ideologische Ausrichtung der NPD angestoßen. Ob konservativ, nationalkonservativ oder nationalsozialistisch – die „neue“ Partei sollte ideologisch so breit wie möglich aufgestellt sein, d. h. auch in konservative Kreise hineinstrahlen, ohne dabei das nationale Lager zu verprellen, dessen Unterstützung unabdingbar war. Die Parteileitung war darum bemüht, in den diversen Programmen – dem NPD-Manifest (1965) oder dem ersten NPD-Programm (1967) – im Presseorgan, in öffentlichen Reden und anderen Verlautbarungen den nationalistischen Souveränismus als ideologisches Grundprinzip der Nationaldemokratie zu untermauern. In diesem Rahmen definierte sie die Stoßrichtung der als relevant geltenden, ‚männlich‘ konnotierten Politikfelder (Wirtschafts-, Innen-, Außen- und Deutschlandpolitik) und überließ den Parteifrauen etwas herablassend die restlichen Themenkomplexe, den sogenannten „Frauenbereich“. Die Nationaldemokratinnen befassten sich somit fast ausschließlich mit den Familien-, Erziehungs-, Sittlichkeits- und kulturpolitischen Fragen. Aber gerade die süffisante Haltung der männlich-dominierten Parteileitung dem „Frauenbereich“ gegenüber ermöglichte es paradoxerweise den Frauen, sich innerhalb der Partei selbst zu behaupten: Sie konnten dadurch ihren Bereich recht autonom gestalten, ihn politisieren, Ideen und Konzepte entwickeln und für die Partei unentbehrliche ideologische Zuarbeit leisten.

Dieser vierte Teil, der Denkstilen und Weltanschauung, Propaganda und Diskursen nachspürt, setzt sich gezielt mit ebenjenem ideologischen Beitrag auseinander. Nach einer kurzen Präsentation des programmatischen Unterbaus und der für diesen Abschnitt untersuchten Quellen werden die ideologischen Schwerpunkte der Parteifrauen herausgearbeitet. Dabei sollen deren familien-, erziehungs-, sozial- und kulturpolitischen Konzepte auch auf ihren manchmal

emanzipativen, meist aber vor allem hygienistischen, gar völkischen Gehalt hin geprüft werden. Im Anschluss daran wird der Schwerpunkt auf ein anderes Feld gelegt, das in der Frühphase ebenfalls im Zentrum des weiblichen Nationalismus stand: die Erinnerungs- und Geschichtspolitik. Als Zeitzeuginnen funktionalisierten die Parteifrauen ihre persönliche Erinnerung an das „Dritte Reich“ und den Krieg, um ihren politischen Standpunkt zu rechtfertigen und ihrer Hauptforderung – der Wiederherstellung der nationalen Einheit – Ausdruck zu verleihen.

1. Programmatik und Medien: die ideologisch-propagandistischen Spielräume der Parteifrauen

Für die NPD verlief die programmatische Ausarbeitung äußerst mühsam und langwierig. 1965 verfügte sie nur über einen sehr kurzen Text, das „Manifest der NPD“, [1] das wesentlich auf dem „Gründungsaufruf“ basierte, welches die NationaldemokratInnen bei der Gründungsversammlung vom 28. November 1964 verabschiedet hatten. Mit Pathos und einer überaus plastischen Sprache skizzierte das Manifest in seinem ersten Teil die „unhaltbare“ geopolitische Situation Deutschlands nach 1945. Es betonte den Leidensweg des deutschen Volks, das durch „Stacheldraht, Todesstreifen, Wachttürme und die Mauer“ regelrecht zerrissen, von „raumfremden Mächten“ unterjocht und den „Bonner Parteien“, welche die Verwestlichung der Bundesrepublik billigten und die Teilung der Nation „willentlich“ vorantrieben, vermeintlich preisgegeben wurde. [2] Demgegenüber präsentierte sich die NPD als wahre Verfechterin von „Einheit, Freiheit und Frieden“, als eine Partei, die eine „deutsche“, also „von fremden Interessen unabhängige deutsche Politik“ vertrat. [3] Indem sie ein „deutsches“ Deutschland und ein „europäisches“ Europa forderte, umriss die NPD ein radikal souveränistisches Projekt, auf das sich ihr Rückeroberungsnationalismus stützte. Dieser negierte den territorialen und politischen *Status quo* und stellte

die Deutschlandfrage ins Zentrum der nationaldemokratischen Agenda. Der unter dem Titel „Grundsätze unserer Politik“ stehende zweite Teil des Manifests fasste die programmatischen Grundideen zur „korrupten Politik“, zu Gesellschaft, Wirtschaft, Arbeit (II–V), „Volksgesundheit“, Jugend, Familie, [4] Kultur und Erziehung (VI–IX) zusammen und endete mit der Anprangerung der Bonner Wiedergutmachungs- und „Verzichtpolitik“, der Verurteilung der „Kollektivschuld“ und der Forderung nach einer „Generalamnestie“ (X–XII). Dieser allgemein gehaltene, aber sehr emotions- und ressentimentgeladene Text, der von Metaphern und Hyperbeln nur so strotzte, offerierte keine Patentlösungen für die aufgeworfenen Probleme und Missstände, sondern beschränkte sich darauf, nationaldemokratische Gemeinplätze zu formulieren. Eine aufmerksame Lektüre offenbart jedoch die unterschwellige, chiffrierte Botschaft des Manifests, die offenbar an die nationalsozialistische Gesinnungsgemeinschaft adressiert war. Am Anfang ihrer „Grundsätze“ postulierte die NPD:

> „Deutschland braucht eine Staats- und Gesellschaftsordnung, die zwischen der natürlichen Autorität einer echten Demokratie und der persönlichen Entscheidungsfreiheit des Staatsbürgers den Gemeinsinn schafft, der in sozialer Gerechtigkeit *jedem das Seine* gibt. Deutschland braucht einen Staat, der sich auf die Haltung des *mehr sein als scheinen* gründet.“ [5]

Auf den ersten Blick mag der Verweis auf die im Text durch Kursivschrift betonten Formeln „Jedem das Seine“ und „mehr sein als scheinen“ recht harmlos daherkommen, beziehen sie sich doch angeblich auf die Prinzipien der antiken Moralphilosophie. Angesichts der Indienstnahme ebenjener Maximen durch die NationalsozialistInnen können diese Zitate jedoch als gewagte nazistische Loyalitätsbekundung der NPD gewertet werden. „Jedem das Seine“, das als Inschrift auf dem Eingangstor des Konzentrationslagers Buchenwald prangte, fasste auf zynische Weise in Wort und Schrift, was in der

Lagerpraxis Wirklichkeit gewesen war: die exterminatorische Segregation von „Ariern“ und Häftlingen innerhalb der Lagerwelt. [6] „Mehr sein als scheinen“ gehörte ebenfalls, beispielsweise als Napola-Devise, zu den Schlagworten der Nazis. Diese doppeldeutigen Formeln, die von der NPD als ideologische Palimpseste bemüht wurden, werfen die Frage des sprachlichen Erbes des Nationalsozialismus im Nachkriegsrechtsextremismus auf. Dank dieser Interpretationsschlüssel fiel es gleichgesinnten LeserInnen vermutlich nicht schwer, auch die anderen Begriffe wie „Gemeinsinn“, „Demokratie“ oder „Entscheidungsfreiheit“ im nationaldemokratischen Sinne umzudeuten bzw. zu verstehen.

Weit vorsichtiger zeigte sich die NPD in Rhetorik und Wortwahl bei ihrem ersten offiziellen Parteiprogramm, das sie während des Bundesparteitags in Hannover (10.–12. November 1967) verabschiedete. Der Tenor war der gleiche, doch bekannte sie sich sofort zu Beginn des Abschnitts „Demokratie, Staat und Recht“ zur „freiheitlich-demokratischen Grundordnung“ und zum „Rechtsstaat“. [7] Wie das Manifest war auch das Parteiprogramm in zwei Teile gegliedert: Auf einen einführenden ersten Teil, der die fremdbestimmte Lage Deutschlands in Europa beschrieb – die Begriffe „fremd“ und „Verfremdung“ kamen in diesem kurzen Abschnitt zehn Mal vor –, folgten die „Thesen und Forderungen“ der NPD, die in 15 thematischen Blöcken abgehandelt wurden. Auch in diesem Programm fielen die Gedanken zur Familien- und Gesundheitspolitik (Abschnitt XII: „Familie, Volksgesundheit“) recht evasiv und beliebig aus. Als Leiterin des dem Bundesvorstand angegliederten Arbeitskreises für Familienfragen und Volksgesundheit hatte Gertraude Winkelvoß diesen Abschnitt im Juli 1967 in einer Sitzung ergänzt und kommentiert. [8] In dem Brief, den sie mit ihren Änderungsvorschlägen an den Programmausschuss sandte, äußerte sie ihr Bedauern über die Nachrangigkeit der Familienthematik, die im Programmentwurf nur an zwölfter Stelle rangierte:

> „Jedenfalls wären wir sehr froh, wenn schon die Voranstellung der Familie den Platz in unserem Volk und in der Wertschätzung unsrer Freunde bekömmt [*sic!*], den sie braucht, den ‚gebührenden Platz in der Kulturnation' findet sie dann schon." [9]

Die hochtrabende Formulierung des Manifests verspottend, [10] geißelte sie vor allem die Scheinheiligkeit ihrer männlichen Parteifreunde, die auf diesem Gebiet eine völlige Gleichgültigkeit an den Tag legten. Genützt haben ihre kritischen Einwände nichts, ihre Verbesserungsvorschläge wurden nicht übernommen.

Allgemein betrachtet, charakterisierte sich das Programm von 1967 vor allem durch seine ideologische Unbestimmtheit. Zwar stachen die nationalistischen, antikommunistischen und revisionistischen Intentionen klar hervor, doch blieben die formulierten „Thesen und Forderungen" meist hohl und unverbindlich. Diese zwei Texte dienten als programmatischer Rahmen für die inhaltliche Arbeit der Nationaldemokratinnen. Auf diesem Fundament aufbauend, versuchten sie den frauen- und familienpolitischen Defiziten entgegenzuwirken, indem sie ihren Bereich politisierten bzw. ideologisierten, konkrete Vorschläge machten und Forderungen artikulierten, die sie vornehmlich bei öffentlichen Auftritten und Reden einem kleinen Publikum präsentieren konnten. Als Quellengattung sind Frauenreden allerdings rar. Für die 1960er-Jahre konnten leider nur vier Reden ausfindig gemacht werden, die im Rahmen des ersten Frauenkongresses vom 17. und 18. September 1966 in Marburg gehalten und zusammen mit dem Nachlass Adolf von Thaddens 1981 dem Niedersächsischen Hauptstaatsarchiv in Hannover übergeben wurden. [11] Diese vier Texte sind deswegen von Belang, weil sie sich als weibliche Urtexte lesen lassen. Gertraude Winkelvoß, Helene von Watter und Hildegard Niewöhner haben in ihren Manuskripten mit einer gewissen konzeptionellen Freiheit [12] erste Ideen und Gedanken zu Themen wie Familie, Gesundheit, Arbeit, Emanzipation und Politik [13] ausgearbeitet, dabei die Lage der Frauen in

unterschiedlichen Lebensbereichen kritisch hinterfragt und dementsprechend auch weibliche Belange und Interessen zur Sprache gebracht, die über die programmatischen Vorgaben hinausgingen.

Das andere Medium, das die Nationaldemokratinnen nutzten, um weibliche Inhalte zu vermitteln, waren die „Deutschen Nachrichten“, das Organ der NPD. [14] Die vom Presse- und Informationsbeauftragten Waldemar Schütz herausgegebene Parteizeitung war am 1. Januar 1965 als Nachfolgerin des „Reichsrufs“, des DRP-Organs, aus der Taufe gehoben worden. 1966 erschien sie wöchentlich in einer Auflage von 44 000 Exemplaren, [15] die Hälfte ging an die ca. 22 000 Abonnenten, der Rest wurde entweder bei NPD-Veranstaltungen verteilt oder an Zeitungskiosken verkauft. [16] Mit zahlreichen Karikaturen und Fotos, groß gedruckten Titeln und kleinen Infokästen versehen, waren die DN in Aufmachung und deklamatorischem Stil, inhaltlichem Aufbau [17] und Layout den großen deutschen Boulevardzeitungen der Zeit nachempfunden. Doch setzten sie weniger auf Informationsvermittlung denn auf politische Missionierung. Als Sprachrohr der Nationaldemokratie fungierte die Zeitung vornehmlich als Propagandawerkzeug, das die „Politik und Ansichten der NPD in eine immer breiter werdende Öffentlichkeit“ tragen sollte und somit die LeserInnen – vor allem aber die männlichen Leser – in ihren nationalistischen Überzeugungen bestärken sollte, um jene für die Partei und ihre Ziele mobilisieren zu können. [18] Leserinnen wurden nur selten direkt angesprochen. Die Rubrik „Frau und Familie“, die sich eigens an sie richtete, erschien seit 1966 einmal im Monat, um sie in ihren alltäglichen „mütterlichen“ Aufgaben beratend zu begleiten. Von den 90 Artikeln, die in dieser Rubrik zwischen 1966 und 1968 veröffentlicht wurden, widmeten sich 27% Erziehungs- und Jugendfragen, 20% den „Sittlichkeitsproblemen“, 18% beschäftigten sich mit Gesundheitsfragen, weitere 15% mit den Themenfeldern Heimat und Zweiter Weltkrieg, 9% mit Schule und Bildung, 7% setzten sich mit der Frauenerwerbstätigkeit und jeweils 2% mit Konsum

und Politik auseinander. [19] Die Hierarchisierung der behandelten Themen veranschaulicht, für welche Familienpolitik die NPD in den 1960er-Jahren stand, welche Weiblichkeitsvorstellungen und Werte sie vermitteln wollte: In ihrem Organ propagierte sie das Bild einer traditionellen und antimodernistischen Weiblichkeit, die sich ganz auf die Mutterschaft und den häuslichen Bereich konzentrierte. Neben Parteifunktionärinnen wie Gertraude Winkelvoß, Luise Straka oder Irene Schiemann, die beispielsweise 1967 für die inhaltliche Gestaltung eines Themenhefts zu „Frau und Familie“ zuständig waren, [20] verfassten auch andere Frauen wie Brigitte Pohl alias Helene Witkowski einschlägige Texte. Diese der GfP und dem Weltbund zum Schutz des Lebens nahestehende Publizistin und Schriftstellerin, die sich in der extremen Rechten durch ihre zahlreichen Beiträge u. a. für die nationalkonservative Zeitschrift „Nation & Europa“ eines gewissen Renommees erfreute, veröffentlichte in den DN Kolumnen zu Schlesien oder zur deutschen Kultur. Hinzu kamen noch andere Autorinnen, mit jeweils spezifischen thematischen Vorlieben: Gisela Thadewald schrieb in ihren oftmals revisionistischen Artikeln über den Krieg und die Vertreibung aus den Ostgebieten, Jutta Hannighofer befasste sich mit Sittlichkeitsfragen und Sexualmoral, Luise Reinmüller mit der völkischen Kultur, Rita Steiner mit der Jugend, Claudia Bernet mit Kindheits- und Erziehungsfragen. Auch klärten (männliche) Ärzte in Aufsätzen über Prävention, Heilungsmethoden und Sexualität die Leserinnen über Gesundheitsfragen auf. Offenkundig gehörte diese ‚Frauen-Rubrik‘ nicht zu den als relevant und unentbehrlich erachteten Schwerpunkten der DN: Bei der Umgestaltung des Organs im Januar 1969 strich sie das Redaktionskomitee restlos. [21] Als Publizistinnen und Leserinnen wurden die Parteifrauen somit zu einem ungünstigen Zeitpunkt – noch vor der Bundestagswahl – aus der Pressearbeit ausgegrenzt und verloren somit eine auch für sie wichtige Profilierungs- und Propagandaplattform.

2. Frau und Familie: die Politisierung des

„Frauenbereichs“

2.1. Zwischen Aufbruch und Traditionalismus: die 1960er-Jahre als weibliches Schwellenjahrzehnt

Seit Beginn der 2000er-Jahre beschäftigt sich die HistorikerInnenzunft wieder vermehrt mit den „dynamischen“ 1960er-Jahren. Dabei interessiert sie sich weniger für das zuvor schon hinlänglich erforschte Epochenjahr 1968 als für die mittel- und langfristigen Veränderungen, die Westdeutschland zwischen dem Ende der 1950er-Jahre und dem Anfang der 1970er-Jahre prägten. [22] Das Jahrzehnt wird in der Zeitgeschichtsschreibung deswegen als „Wendezeit“ betrachtet, weil es einzigartige politische, soziale, aber auch kulturelle Modernisierungsprozesse hervorrief. Die Gesellschaft schloss ein für alle Mal mit der harten und entbehrungsreichen Nachkriegszeit ab und ließ im Zuge von Wohlstandserwerb, Demokratisierung und Transnationalisierung mehr Pluralismus zu, was wiederum auf der individuellen Ebene zunehmend Entgrenzungserfahrungen förderte und den Westdeutschen vielfältigere Entfaltungsmöglichkeiten und -räume bot. [23] Zu den sozialen Veränderungen zählt an prominenter Stelle die Bildungsexpansion bzw. „Bildungsrevolution“ (Edgar Wolfrum), die sowohl die Klassenmobilität als auch den sozialen Aufstieg begünstigten und hiermit scheinbar festgefahrene soziale Hierarchien aufbrach. Neue Universitäten wurden errichtet, die Zahl der Studierenden wuchs explosionsartig an. Von den Diplomen, der besseren Qualifikation und dem damit verbundenen sozialen Aufstieg profitierten besonders Arbeiterkinder, weite Teile der Mittelschicht und Frauen, deren Chancen auf dem Arbeitsmarkt stiegen. [24] Der erhöhte Lebensstandard war das sichtbarste Zeichen des sozialen Aufschwungs. Durch das anhaltende Wirtschaftswachstum und die niedrige Erwerbslosenquote konnte sich die Bundesrepublik in den 1960er-Jahren zu den führenden westlichen Industrienationen zählen. Die Westdeutschen gewöhnten sich rasch an das außerordentlich große Angebot an Konsumgütern,

an den materiellen Wohlstand und die technischen Innovationen, an die Autos und Staubsauger etwa, die das Leben und die Freizeit offenbar unbeschwerter machten. Zugleich verwandelten exzessive Konsumpraktiken, die einer scheinbar unstillbaren Suche nach Komfort und Überfluss geschuldet waren, die sich gerade etablierende Wohlstandsgesellschaft tendenziell in eine umweltbelastende „Wegwerfgesellschaft". [25] Darüber hinaus beeinflussten die prosperitätsbedingten neuen Perspektiven, die Erweiterung gesellschaftlicher Handlungsspielräume sowie die ästhetischen und kulturellen Umbrüche, wie sie auch in der Musik-, Film- oder Unterhaltungsbranche zu verzeichnen waren, die Erwartungshaltungen sowie den Lebenswandel junger Menschen; tradierte bürgerliche Moral- und Wertvorstellungen wurden somit im Zuge des „Wertewandels" transformiert bzw. liberalisiert. [26]

Trotz Wohlstand und sozialer Mobilität, technischem Fortschritt, Vermassung und Demokratisierung in vielen Bereichen blieben geschlechtsspezifische Hürden und Ungleichheiten bestehen. Mit einer Erwerbsquote von über 40% konnten sich Frauen bzw. Ehefrauen zwar mehr als je zuvor auf dem Arbeitsmarkt behaupten, doch waren sie in ihrer beruflichen Laufbahn weiterhin erheblichen Diskriminierungen ausgesetzt: Typisch ‚männliche' Berufssektoren blieben ihnen versperrt, ihre Anstellung geschah meist in untergeordneten und weniger lukrativen Positionen, sie hatten weniger Karrierechancen als Männer, ihr Gehalt war niedriger, eben weil sie selten in Vollzeit arbeiteten. [27] Die spezifisch für Frauen konzipierte Teilzeit war ursprünglich aus wirtschaftlichen Erwägungen eingeführt worden, um den akuten Arbeitskräftemangel in den Unternehmen und Industrien zu kompensieren. Zugleich entsprang sie aber auch einer politischen Kompromisslösung: Die Teilzeit kam dem Erwerbsbedürfnis von verheirateten Frauen und Müttern nach, gewährte ihnen ein bescheidenes Gehalt, ohne die patriarchale Geschlechterordnung, geschweige denn die ihr inhärente klassische Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau grundsätzlich

in Frage zu stellen. [28] Das seit 1958 im Bürgerlichen Gesetzbuch nach diesem Prinzip verbriefte Modell der Hausfrauenehe, [29] wonach der Mann als Ernährer für den Lebensunterhalt der Familie aufzukommen hatte und die Frau hauptsächlich für den häuslichen Bereich verantwortlich war, wurde weiterhin als zeitlos gültiges Leitbild ausgegeben und von den meisten Deutschen, ungeachtet der damit einhergehenden und sehr konkreten Doppelbelastung für Frauen in Beruf und Familie, [30] als selbstverständliche, richtige, gar wünschenswerte Lebensform gewertet. [31] In diesem Jahrzehnt erreichte der „Babyboom" seinen Höchststand (1964), es wurden mehr Ehen geschlossen als je zuvor, dabei so wenig Ehen geschieden wie nie, was Edgar Wolfrum dazu verleitete, die 1960er-Jahre als „Goldenes Zeitalter der Ehe" zu charakterisieren. [32] Als normaler und verbindlicher Referenzrahmen standen Ehe, Haushalt und Familie weiterhin im Zentrum der weiblichen Lebensentwürfe.

Politische Legitimation erfuhr dieses Familien- und Geschlechtermodell auch von Seiten der Bonner Regierung, deren bekanntester Vertreter wahrscheinlich der erzkonservative Bundesfamilienminister Franz-Josef Wuermeling (1953–1962) war. Er propagierte die Großfamilie als Norm, verbat sich jegliche Erwerbsarbeit von Frauen oder Fremdbetreuung von Kindern, die er als abartige Ausgeburt des kommunistischen Gegners brandmarkte. Auch seine Nachfolger im Amt, Bruno Heck (1962–1968) und Aenne Brauksiepe (1968–1969), setzten alles daran, durch ihre Familienpolitik die sich langsam in den westdeutschen Familien abzeichnenden strukturellen Veränderungen und Liberalisierungstendenzen aufzuhalten. Heck begrüßte durchaus das als modern geltende „Drei-Phasen-Modell", das für Frauen bis zur Geburt des ersten Kindes eine kurze Phase der Erwerbstätigkeit vorsah, auf die eine familienbedingte Erwerbspause folgte, welche eventuell, sofern die Kinder außer Haus waren, auf eine Wiedereingliederung der Mütter in den Arbeitsmarkt hinauslaufen konnte. [33] Doch die 1966 von ihm vorgelegte „Frauenenquete" [34] steht exemplarisch für die zu jener Zeit in Politik, Gesellschaft und Medizin noch vorherrschenden stark

essentialistischen Geschlechtsstereotypen, wonach den Frauen eine physiologische und geistige Veranlagung für die Mutterschaft zugeschrieben wurde, die ihren Wirkungsbereich normativ und scheinbar alternativlos auf die Reproduktionssphäre beschränkte. [35] Die Enquete ignorierte die in Ansätzen schon vorhandene, dank verbesserter Geburtenkontrolle begünstigte Pluralisierung weiblicher Lebensformen ebenso wie die Doppelbelastung erwerbstätiger Frauen und trug folglich nur bedingt den realen weiblichen Lebenslagen Rechnung. Viel eher spiegelte sie die zeitimmanenten konservativen Gemeinplätze wider, bestätigte etwa die Trennung von Produktions- und Reproduktionssphäre sowie den paternalistischen Schutz von Ehe und Familie. Diese gesellschaftspolitischen Widerstände waren es, die eine rasche Entwicklung der Geschlechterrollen und -verhältnisse verhinderten; sie zeigen, wie variabel und ambivalent sich die Modernisierungsprozesse in diesem Jahrzehnt letztendlich für Frauen auswirkten. Dennoch können die 1960er-Jahre als „Inkubationszeit“ (Julia Paulus) für spätere Umbrüche betrachtet werden: Im Keime waren schon jene Trigger vorhanden, an die im folgenden Jahrzehnt etwa die Autonome Frauenbewegung anknüpfen konnte und die sie mithilfe von Slogans wie „das Private ist politisch“ mit Sinn und Schlagkraft füllte. [36] Auch die keineswegs feministischen Nationaldemokratinnen vertraten die Idee, dass die ‚weibliche‘ Reproduktionssphäre kein apolitischer Raum war, sondern politisch normiert und reguliert werden sollte. So widmeten sie sich, wie wir sehen werden, der Politisierung dieses „Frauenbereichs“, in der Hoffnung, mindestens auf diesem Gebiet ihren ‚weiblichen‘ Standpunkt durchsetzen zu können.

2.2. Für „Sitte, Zucht und Ordnung“: die Familienpolitik der Nationaldemokratinnen

In der NPD-Programmatik wurden frauenbezogene Themen nur im Zusammenhang mit der Familienthematik betrachtet, die ihrerseits unter dem Oberbegriff „Volksgesundheit“ subsumiert

wurde. Eine Frauenfrage gab es als solche nicht. Dafür stand die Familie als „Lebenszelle von Volk und Staat“ im Mittelpunkt. [37] Die NPD betrachtete das Volk als Organismus bzw. als kranken, von Verfall und Dekadenz bedrohten Körper, den es zu schützen, zu pflegen und biologisch wie auch moralisch zu heilen galt. [38] Um dies zu schaffen, musste man laut Parteiprogramm bei den Familien ansetzen. [39] Nach den zwei überstandenen Weltkriegen sahen sie sich auch in der Nachkriegszeit durch die Erfordernisse der modernen Welt herausgefordert: „Wirtschaftswunder“ und Konsumgesellschaft hätten sich besonders nachteilig auf die Volks- und Familiengesundheit ausgewirkt, weil sie bei Frauen niedere, gar „kranke“ konsumistische Instinkte geweckt hätten, die sie von ihren Familien fernhielten. So jedenfalls deutete der NPD-Ideologe Wilhelm Gutmann das Erwerbsbedürfnis von Frauen:

> „Die Leidtragende des wirtschaftlichen Aufschwungs nach dem Kriege ist die Familie. […] In den meisten Fällen sind es unmäßige Ansprüche oder einfach die kranke Sucht, über die eigenen Verhältnisse leben zu wollen, was die Frauen in die Erwerbsarbeit treibt.“ [40]

Als Alternative zu Individualismus, Egoismus und Materialismus, allesamt Symptome eines vermeintlich pathologischen Zeitgeistes, predigten die NationaldemokratInnen die Rückkehr zum nationalen Kollektiv, dem sie den absoluten Vorrang einräumten:

> „Die Gesellschaft, das Volk sind wir, Du und ich, Mann und Frau und unsre Kinder [*sic!*]. Wir denken national, das ist kein Geheimnis, wir halten es für falsch, wenn es etwa heißen soll: dein Volk ist nichts und Du bist alles“, [41]

erklärte Gertraude Winkelvoß 1966 bei einer Tagung in Marburg. Die offensichtliche Umkehrung der nationalsozialistischen Losung „Du bist nichts, dein Volk ist alles“ ließ klar erkennen,

wie das Kollektiv – das meist als „Volk“ oder „Gemeinschaft“ bezeichnet wurde – ihrer Meinung nach beschaffen sein sollte. Zweifellos bezog sie sich dabei auf das Modell der rassisch homogenen „Volksgemeinschaft“, deren explizite Benennung, gar Würdigung in der Bundesrepublik tabu war und die bei den NationaldemokratInnen demgemäß auch kaum Erwähnung fand.

Für die Frauen bedeutete die Rückkehr zur „Gemeinschaft“ ihre exklusive Zuordnung zur Familie. Als Ehefrauen und Mütter oblag es ihnen, die traditionelle Geschlechterordnung zu wahren und in ihren Familien zugleich eine besondere „Hygiene“ walten zu lassen, selber für konservative Werte, Ideale und Tugenden einzustehen und ihr Leben nach sittlichen Maßstäben zu organisieren. Wie die meisten ZeitgenossInnen betrachteten die NationaldemokratInnen die Ehe als unauflösbar, die Fortpflanzung als erstrebenswert und uneheliche Kinder als verwerflich. [42] Auch war die Partnerwahl von Belang; sie sollte biologischen Kriterien entsprechen. So rieten Nationaldemokratinnen aufgrund der „kulturellen“, d. h. „rassischen“ Unvereinbarkeit von Ehen mit Männern aus „anderen Kulturkreisen“ ab:

> „Man kann die Gleichwertigkeit aller menschlichen Rassen bejahen. Deshalb aber werden die sehr unterschiedlichen Kulturen unserer Erde noch lange nicht ‚gleich‘. Das vorauszuschicken ist wichtig. Denn allzu leicht setzt sich, wer heutzutage von einer Heirat mit Angehörigen anderer Kulturkreise abrät, dem Verdacht des ‚Rassenhochmuts‘ aus.“ [43]

Hier bezog die Autorin Rita Steiner klar Stellung gegen den Kulturrelativismus. Den deutschen Exzeptionalismus, den sie somit beschwor, kehrte sie implizit gegen die sogenannten „Gastarbeiter“, welche ab den 1950er-Jahren aus Südeuropa, der Türkei und dem Maghreb nach Westdeutschland gekommen waren, um den Fachkräftemangel in der Industrie auszugleichen, und die, wenn sie eine Partnerschaft mit

„deutschen“ Frauen eingingen, von den Nationaldemokratinnen als Bedrohung für „Volkstum“ [44] und Eheglück dargestellt wurden. Ihnen zufolge waren „Ausländer-Ehen“ scheidungsanfälliger, [45] da „orientalische“ Männer von Natur aus untreu, triebhaft und brutal seien:

> „Gleichberechtigung der deutschen Frau verträgt sich schlecht mit dem traditionellen Herrenstandpunkt der Männer aus dem Süden. Diese verstehen nicht, daß das in ihrer Heimat unbestrittene Recht zur Untreue des Mannes oder eine Tracht Prügel, die sie ihrer unlustigen Frau ‚in bester Absicht‘ verabreichen, einen Scheidungsgrund darstellen soll.“ [46]

Diese vorgeblich antisexistische und durchaus rassistische Argumentationslinie gehörte zu den Leitmotiven der nationaldemokratischen Ehevorstellungen. Sie fußte auf der altbekannten, kolonialistisch angehauchten Vorstellung einer primitiven und rückständigen „orientalischen“ Männlichkeit. Demgegenüber erschien die „deutsche“, d. h. die westlich-weiße Männlichkeit implizit als tugendhaft, respektvoll und vorbildlich. Durch die Ethnisierung der Gewalt wurden die in „deutschen Ehen“ bestehenden geschlechtlichen Ungleichheiten und Gewalterfahrungen unsichtbar gemacht. Auffällig ist beim Thema „Mischehen“ außerdem, dass es, obwohl die rassische Komponente eindeutig war, nie auf jüdische PartnerInnen bezogen wurde. Unzweifelhaft ist, dass der Antisemitismus in den 1960er-Jahren politisch absolut unvermittelbar und unvertretbar war. Doch die Tatsache, dass er in den Quellen nicht vorkam, bedeutet nicht, dass die NPD-AkteurInnen jener Zeit dagegen immunisiert waren; sie ließen äußerste Vorsicht walten und sparten nazistische Themen wie „Rassenhygiene“ oder Eugenik in ihrer Propaganda aus.

Als existentiell bedrohlich für Volk und Familie wurde außerdem die sich langsam auf dem deutschen Markt verbreitende Anti-Baby-Pille [47] gesehen: Dadurch, dass sie die Fruchtbarkeit begrenze, stürze sie Frauen und Mütter in den

Ruin und befördere darüber hinaus auch den „geplanten Selbstmord“ des deutschen Volks, [48] den die NPD dem von den Alliierten nach 1945 „importierten“ Liberalismus anlastete. Zwar verzeichnete Westdeutschland hinsichtlich der Geburten Mitte der 1960er-Jahre noch eine positive natürliche Wachstumsrate, doch warnte die Partei schon nachdrücklich vor der demographischen Kehrtwende. Deswegen ließ sich die Familienpolitik laut Gertraude Winkelvoß nicht unabhängig von der globalen Bevölkerungspolitik betrachten. Fruchtbarkeit und Natalität sah sie als entscheidende Faktoren für das Fortbestehen des „weißen Europas“, als Garantie für das demographische Gleichgewicht auf beiden Erdteilen:

> „Die drohende ‚Bevölkerungsexplosion‘ in der Welt wird nicht durch noch so fortschrittliche Beschränkungen in Europa zu verhindern sein. Darum sollten die Verantwortlichen in der Bundesrepublik äußerst gewissenhaft prüfen, wie weit sie im Rahmen einer Familienplanung Schwangerschaftsverhütung bzw. -unterbrechung propagieren wollen.“ [49]

Nicht nur die als zu „liberal“ betrachtete Bonner Politik, auch die zu Verhütungsmitteln greifende „moderne“ Frau beschleunige den Niedergang Deutschlands. Schuldig sei sie, weil sie sich ihrer „natürlichen“ Berufung verweigere und demnach verkenne, dass die Mutterschaft im Kern ihre Menschlichkeit definierte und die Fruchtbarkeit das Hauptmerkmal ihrer Weiblichkeit war. [50] Die Pille befördere zudem lasterhaftes Verhalten: Wie eine Droge stünde sie für Genuss- und Rauschsucht, für eine entfesselte, von ihrem Zweck – der Fortpflanzung – entfremdete Sexualität [51] und berge darüber hinaus auch gesundheitliche Risiken für Frauen, da sie ihren Hormonhaushalt aus dem Gleichgewicht bringe, krebserregend sei, Frigidität, Fettleibigkeit und Depressionen hervorrufe und sich deswegen langfristig auch negativ auf die „Erbgesundheit“ der Deutschen auswirke. [52] So wurden die Frauen und Mütter dazu angehalten, in Eigenverantwortung durch einen

„gesunden“, nach biologischen, prokreativen, sittlichen und rassistischen Kriterien definierten Lebenswandel für ihre eigene geistige und körperliche Unversehrtheit zu sorgen und so zur Gesundung von Volk und Familie beizutragen.

Die von den Nationaldemokratinnen geforderte „Familienhygiene“ folgte ebenfalls sittlich-kulturellen Bestimmungen: Die Mütter sollten in ihren Familien stets „deutsche“ Werte (Tugendhaftigkeit, Zucht, Gesinnung und Ehre) und Traditionen pflegen und ihre Kinder nach „deutschen“, d. h. autoritären Regeln erziehen. Sie sollten sich dem „amerikanisch-materialistischen Zeitgeist“ widersetzen und in ihrem Haushalt ihren eigenen „Kulturkampf“ gegen die „Umerziehung der Deutschen“ führen:

> „Wir befinden uns in einem Abwehrkampf auf Leben und Tod gegen die geistig-erzieherische Seite des Morgenthauplanes, gegen die ‚Demontage des Charakters‘, gegen die *Reeducation* im weitesten Sinne, die planmäßige Unterminierung unseres Wesens. [...] Hier liegt die Aufgabe der Eltern. Ihre Kinder sollten sich ihrem Urteil eher anschließen als der veröffentlichen Meinung der Umerzieher.“ [53]

Die Alliierten wurden bezichtigt, die Herzen und Sitten der Deutschen absichtlich verformt, gar verdorben zu haben, um die Generationen gegeneinander aufzuhetzen und den Eltern die Kinder abspenstig zu machen. Davon zeuge besonders die APO als Inbegriff gezielter amerikanischer Umerziehung. [54] So ging es den Nationaldemokratinnen vorrangig darum, gegen die als Motor geistiger und kultureller Zersetzung gedeutete Westernisierung des „deutschen Wesens“ vorzugehen. Insbesondere die Jugend galt es zu schützen, sah sich jene doch mehr und mehr den Problemen und Gefahren der Konsumgesellschaft ausgesetzt: der Kriminalität, den Drogen und der „Sexwelle“, die in der Populärkultur, den Magazinen, im Fernsehen und Kino scheinbar hartnäckig propagiert wurden. [55] In diesem Sinne bediente die NPD gesellschaftliche Ängste vor

der Frühsexualisierung von Jugendlichen, vor allem aber auch von den gegen die „Auswüchse der Moderne“ angeblich nur unzureichend gefeiten jungen Mädchen. Sie traf damit den Nerv der Zeit. In ihrer sexualitätsgeschichtlichen Untersuchung, die dem „Sex-Boom“ in der jungen Bundesrepublik auf den Grund ging, hat Sybille Steinbacher die Permanenz nazistischer Denkkategorien und Argumentationsmuster in den Diskursen aufgezeigt, die konservative Kräfte, auch Ärzte, Kirchenvertreter und Politiker in der öffentlichen Diskussion bemühten, um die „sexuelle Revolution“ zu skandalisieren. [56] Den Sex benutzte die NPD als Ressource, um aus der Empörung, welche seine Liberalisierung bzw. Entprivatisierung hervorrief, politisches Kapital zu schlagen. Als Gegenmodell zur „öffentlichen Unmoral“, zu Erotik, Pornographie und Prostitution, die jungen Frauen in der Gegenwart scheinbar unentwegt auflauerten, verklärten die NPD-Frauen das natürliche, romantische Empfinden und mit ihm die keusche Liebe, die zu früheren Zeiten vorgeblich geherrscht habe, in der Moderne jedoch abhanden gekommen sei:

> „Es fehlt eine ethische und moralische Idee, es fehlt eine Ideologie, eine echte Religiosität. Es fehlt die Ehre und Achtung vor dem Weib, der Mutter, der liebenden Gattin. [...] Früher schrieben junge Menschen Gedichte und Verse in Stammbücher, lasen von der unglücklichen Liebe großer Frauen, erlebten noch einmal die Gestalten der Romantik und waren in allen Fällen natürlich veranlagt. Ein junges Mädchen besaß echten Charme, ahnte instinktiv, wie es sich verhalten sollte, um den Geliebten zu fesseln und zu interessieren. Heute geht alles rascher – ohne Illusionen.“ [57]

Die Schamhaftigkeit wurde als ordnungspolitischer Wert hochgehalten. Durch sie ließen sich solide Dämme gegen Triebhaftigkeit und „volksschädliche“ Perversionen errichten. [58] Die Sexualität galt es einzuhegen, zu schützen, zu kontrollieren, um der scheinbar um sich greifenden Anarchie Einhalt zu

gebieten. Eng damit verbunden war auch die Auflehnung des NPD-Presseorgans gegen die „Teenagermode“ [59] und die als „Negermusik“ bezeichnete Beat- und Jazzmusik, deren Popularisierung einzig und allein darauf abziele, die Jugend zu „entdeutschen“. [60] So wurden die Amerikaner aufgrund ihres Kulturimperialismus zum Inbegriff des kulturellen Bösen stilisiert. Substanzlosigkeit, schlechter Geschmack und Oberflächlichkeit seien die Hauptmerkmale ihrer Kultur, die nichts als eine „Anti-Kunst“ hervorgebracht habe: Das manifestiere u. a. der als moralisch dubioser Künstler dargestellte Charlie Chaplin. [61] Frankreich stehe nicht besser da, denke man doch an Jean Genets „schmutzige“ Bühnenwerke. [62] Die „deutsche Kunst“ allein sei wahrhaftig schön, rein und natürlich, weil sie aus Volk und Heimat herrühre, Naturverbundenheit voraussetze und, so zeige es die Vergangenheit, fern der städtischen Künstlichkeit in einer vorindustriellen und bäuerlich-ländlichen Kultur ihren authentischsten Ausdruck gefunden habe:

> „Einst war bäuerliche Lebensart Urgrund und Nährboden für die deutsche Kultur schlechthin. Im bäuerlichen Brauchtum offenbarte sich die deutsche Seele. Aus dörflicher Geselligkeit erblühten das deutsche Lied und der Tanz in all ihrer wunderbaren Vielfalt. […] Landschaft und Bauweise, Hausrat und Tracht, der ganze bäuerliche Lebenskreis war eine Einheit, geprägt von ihrer aller Mutter, der göttlichen Natur!“ [63]

Dieses goldene Zeitalter sei jedoch unwiederbringlich verloren, die „deutsche Seele“ verwüstet. Deswegen machten es sich die „Deutschen Nachrichten“ zur vordringlichsten Aufgabe, das mythische Ursprungsbewusstsein der Deutschen zu pflegen, ihnen beispielsweise heidnisch-germanische Rituale (Sommersonnenwendfeste) [64] oder Bräuche (Lebensbäume zu Weihnachten) [65] als ureigene Form deutschen Ausdrucks nahezubringen. In Anlehnung an die nazistische „Blut- und Boden“-Romantik verfolgten diese mystisch-esoterischen

Evokationen das Ziel, der Leserschaft mithilfe von völkischen Topoi eine „unverfälschte“ deutsche Kultur zu vermitteln und sie für den politischen Kampf gegen den vermeintlichen Ungeist der Gegenwart zu rüsten.

Augenfällig erscheint zusammenfassend, wie stark der Familialismus der Nationaldemokratinnen mit seiner volksgesundheitlichen Signatur von nationalsozialistischen bzw. völkischen Ideologemen geprägt war, auch wenn die einschlägigen Bezüge meist implizit hergestellt wurden. Familie und Geschlechterbeziehungen wurden lediglich unter biologisch-organizistischen Gesichtspunkten betrachtet und in ein hygienistisches Deutungsnarrativ integriert. Um die Gesundheit der Familien zu gewährleisten, musste man das „Deutschtum“ in seiner biologischen, rassischen, kulturellen und ethischen Reinform bewahren. Dabei spielte die Frau und Mutter als Dreh- und Angelpunkt des ideologischen Konstrukts eine wesentliche Rolle. Sie war es, die für die Überlebensfähigkeit des deutschen „Volks“ und dessen Seele, das „Volkstum“, aufkam. Obwohl die ideologische Überhöhung der Mutterschaft und Hausfrauenehe das Herzstück ihrer Propaganda war und sich diese in ihrem Traditionalismus mit dem konservativen Konsens der Zeit durchaus auch kompatibel zeigte, so konnten selbst die Nationaldemokratinnen den sich vor ihren Augen vollziehenden Wandel der *condition féminine* nicht übersehen. Das veranlasste einige von ihnen dazu, ihre Ideale beiseite zu legen und sich realpolitisch und konkret mit den sozialen Transformationen bzw. der zeitgenössischen Stellung der Frau, ihren Emanzipationsmöglichkeiten und der weiblichen Erwerbstätigkeit auseinanderzusetzen.

2.3. Umkämpfte Gleichberechtigung: Wesen und Rechte der „deutschen Frau“

Wie das Familienbild war auch das Frauenbild der NationaldemokratInnen außerordentlich klassisch. Als Idealtypen zogen sie bevorzugt historische Figuren heran, die sie, so zeigt es das Beispiel der Kaiserin Maria Theresia von

Österreich, zu nationalen Allegorien stilisierten. Von ihnen als Inbegriff der „deutschen Seele“ gepriesen, verkörperte die „Kaiserin und Mutter“ ihnen zufolge natürliche Tugenden wie Fürsorge, Schamhaftigkeit und Treue und wurde so zum Sinnbild für die „deutsche“ Weiblichkeit. Diese „mütterliche Frau“ habe, so schrieb es Hans W. Hagen in den DN, anders als die kriegerische Jungfrau Jeanne d’Arc die Kämpfe nicht selber ausgefochten, ihrem Reich dafür aber „in den Zeiten der höchsten Bedrängnis [...] sechzehn Kinder geschenkt“. [66] Gewürdigt wurde hier vornehmlich die vorbildliche Mutter – und nicht die Staatsfrau. Die DN huldigten auch anderen Frauen, Zeitgenossinnen aus dem Kulturleben und NS-Größen wie Winifred Wagner, einer Freundin und Verehrerin Hitlers, der regimetreuen Regisseurin Leni Riefenstahl oder der völkischen Lyrikerin Agnes Miegel. Alle genossen hohes Ansehen, alle wurden für ihre schöpferische Begabung, ihr „Volksbewusstsein“, ihre künstlerische „Unverfälschtheit“ und politische „Wahrhaftigkeit“ gefeiert. [67] Anders sah es bei Marlene Dietrich aus – sie galt als emanzipiert und folglich als „undeutsch“; Brigitte Pohl machte sie gar zur Inkarnation der abstoßenden Anti-Frau, über die „richtige“ Männer hinwegsähen:

> „Die richtigen Mannsbilder schauen nämlich über all diese Halb- und Viertelweiber hinweg und suchen – die Frau [...] Das vom Manne noch immer begehrte und gesuchte Weib muß in seiner Vorstellung weit entfernt sein von jeglicher Rivalität, es muß „der andere Pol“ sein, geheimnisvoll, unergründlich, muß Zärtlichkeit, Weichheit und Ruhe geben, schutz- und schonungsbedürftig, Ritterlichkeit, Beschützerinstinkte des Mannes herausfordern, ein Appell an seine Kraft und Überlegenheit sein – freilich auch begabt mit fraulicher Klugheit und dem ihr eigenen untergründigen Wissen um Zusammenhänge im Geschehen der Natur, instinktgesichert und in dieser Eigenschaft dem Mann überlegen.“ [68]

So hielten die Nationaldemokratinnen an der tradierten, stark essentialistisch aufgeladenen Geschlechterpolarität als Heil und Ordnung bringende Norm fest: Zwischen Männern und Frauen müsse eine klare Rollen- und Aufgabenverteilung gewahrt werden, sonst ereile Deutschland das gleiche lasterhafte Schicksal wie den USA, wo eine schändlich verquere Unordnung der Geschlechter herrsche, ja wo die Frauen viril und die Männer verweiblicht seien. [69] Dieses ‚Schreckensszenario' konnte laut Brigitte Pohl nur abgewendet werden, wenn sich die Deutschen an das traditionelle Modell, an die rassisch überlieferte Geschlechterdifferenz hielten:

> „Es gab richtige Mannsbilder, kraftvolle, ehrfurchtgebietende Väter – es gab Frauen, klug, zuchtvoll und keusch – damals, als man diese Worte noch aussprechen durfte, ohne daß man dabei grinste. Diese Männer und Väter, diese Frauen und Mütter waren unsere Ahnen. Sie gaben uns, weil sie anständig, treu und tapfer waren, ihr gesundes Blut mit auf den Weg als Erbe und Hoffnung und – Verpflichtung." [70]

Entsprechend ambivalent fiel auch das Verhältnis der NationaldemokratInnen zur Gleichberechtigung aus. Im Entwurf des Manifests von 1965 warnte die NPD vor den Missständen, die zu entstehen drohten, wenn man Frauen und Müttern zusätzlich zu „ihren Aufgaben" noch männliche Funktionen übertragen wollte. [71] Falsch verstandene Gleichberechtigung bedeute somit paradoxerweise nicht ein Mehr an Rechten für Frauen, sondern mehr Ausbeutung von Frauen. Offiziell lehnte die NPD-Programmatik das verfassungsrechtliche Prinzip also nicht ab; es billigte es aber nur, sofern keines der beiden Geschlechter aus seiner Stellung auszubrechen versuchte, Männer und Frauen weiterhin ihre zeitlos gültigen Aufgaben und Pflichten wahrnahmen, kurzum: die männliche Produktions- und die weibliche Reproduktionssphäre hermetisch voneinander getrennt blieben. An diesem Punkt schieden sich jedoch die Geister, denn einige NPD-Frauen wie Gertraude Winkelvoß

waren nicht gewillt, dieser anti-emanzipatorischen Parteilinie blind zu folgen. Es wurde an anderer Stelle schon darauf hingewiesen, dass sie das Grundgesetz durchaus als Emanzipationsinstrument betrachteten und sich seines Gleichheitsgebots gezielt bedienten, um ihre antisexistische Argumentation zu untermauern und mehr Partizipationsrechte in Partei und Politik für sich zu reklamieren; [72] dass sie bisweilen sogar so weit gingen, die Gleichberechtigung in allen ihren Lebens- und Tätigkeitsbereichen zu fordern, um die Frauen allgemein aus ihrer minderwertigen Stellung zu „befreien“:

> „Das Bestreben der Frauen (ich möchte den Ausdruck Kampf vermeiden) geht dahin, die Arbeit der Frauen – im Haushalt und im Beruf – praktisch vom Odium der Minderwertigkeit zu befreien.“ [73]

Alternativ zur Gleichberechtigung, die parteiintern für Spannungen sorgte, schlug eine Nationaldemokratin die Hervorhebung der Gleichwertigkeit vor, denn nur sie vermöge es, „Leistungen echt nebeneinander zu stellen und gegeneinander abzuwägen“. [74] Ihr zufolge hatte die Gleichwertigkeit den Vorteil, die „Leistungen“ von Frauen und Männern für Volk und Gemeinschaft als äquivalent zu würdigen, dabei eine Gleichheit in der Differenz anzuerkennen, ohne die jeweiligen geschlechtlichen Befugnisse zu überschreiten. Durchgesetzt hat sich das Konzept zu dieser Zeit aber nicht. Erst sehr viel später, in den 2000er-Jahren, griff die NPD auf die „Gleichwertigkeit der Geschlechter“ zurück, um sie dann beharrlich als Kernelement ihrer Geschlechterpolitik zu propagieren.

Ohnehin standen beim Thema Gleichberechtigung weniger die Geschlechterbeziehungen als das Verhältnis von Frauen untereinander im Fokus der Nationaldemokratinnen. Unabhängig von Stellung und Status sollte allen Frauen die „gleiche Achtung“ entgegengebracht werden: Die verheiratete Frau war nicht mehr wert als die ledige, die Hausfrau nicht

weniger wert als die berufstätige Frau. [75] Mit Letzterer setzte sich vor allem die Bundesfrauenreferentin Gertraude Winkelvoß auseinander. Die Pluralität weiblicher Lebenslagen durchdeklinierend, erstellte sie in ihrer „Die Frau in der politischen Verantwortung“ betitelten Schrift eine „analytische“ Typologie weiblicher Erwerbstätigkeitsformen. Sie differenzierte zwischen der „Nur-Hausfrau“ und der „mithelfenden Ehefrau“, der „voll Berufstätigen“ und der „neben dem Haushalt Berufstätigen“, wobei sie jeweils Vor- und Nachteile abwog. In den drei letzteren Modellen, wie sie es erläuterte, brachte die Frau der Familie zwar einen Zusatzlohn, nahm u. U. aber auch das Risiko der Überlastung auf sich; das erste Modell hingegen erlaube zwar die bedingungslose Hingabe an die Familie, doch konnte es diese wegen des mangelnden Lohns auch in finanzielle Schwierigkeiten bringen und Frauen darüber hinaus wegen der Monotonie der ihr zufallenden Aufgaben im Haushalt unterfordern bzw. „frustrieren“. [76] Somit sprach Winkelvoß ganz konkret, unpolemisch und lösungsorientiert das Problem der Doppelbelastung ebenjener Frauen an, die Familien- und Berufsleben miteinander zu verbinden suchten.

Auch ihr Artikel „Die Stellung der Frau in unserer Zeit“ befasste sich aus Anlass der kurz zuvor von der Bundesregierung veröffentlichten „Frauenenquete“ mit dem „größte[n] Problem der zeitgenössischen Frau“, der Frauenarbeit und ihren Rahmenbedingungen. Darin bezeichnete sie das Ideal der „Nur-Hausfrau“ angesichts der historischen Entwicklungen kurzerhand als überholt und wirklichkeitsfremd. Im Nachkriegsdeutschland sei die Erwerbstätigkeit von Frauen zu einem gewichtigen wachstumsfördernden Wirtschaftsfaktor geworden, und da immer mehr Frauen in die Öffentlichkeit drängten, sie Anfang der 1960er-Jahre schon ein Drittel aller Erwerbstätigen ausmachten und ihr Anteil sich aller Wahrscheinlichkeit nach in der Folgezeit noch erhöhen würde, musste man laut Winkelvoß diesem Trend Rechnung tragen und die Frauen auf ihrem Berufsweg durch eine staatliche Unterstützung gezielt begleiten. Ihr schien es erforderlich, nicht nur das

Letztentscheidungsrecht der Ehemänner in beruflichen Angelegenheiten aufzuheben und den Frauen eine echte Wahlfreiheit zu gewähren, sondern darüber hinaus auch konsequent gegen Diskriminierungen vorzugehen, d. h. auf eine professionelle Besserstellung ebenjener Frauen hinzuwirken: entweder durch eine gezieltere Ausbildung, eine gerechtere Entlohnung oder durch höhere Aufstiegschancen – auch für berufstätige Mütter. [77] Sie vertrat somit Ideen der Frauenförderung, die weit über den Familienbereich hinausgingen und eigentlich eher zum Grundrepertoire anderer, progressiverer, d. h. linker politischer Strömungen gehörten. Als besonders patente Lösung empfahl Winkelvoß das ebenfalls von Familienminister Bruno Heck beworbene „Drei-Phasen-Modell“, [78] wonach sie selber ihr Leben ausgerichtet hatte. Weil die „Frauenenquete“ den zaghaften Versuch wagte, die Frauenfrage trotz aller mentalen Barrieren als allgemeines gesellschaftliches Problem zu begreifen und bezüglich seiner sozialen, wirtschaftlichen und politischen Auswirkungen zu reflektieren, begrüßte sie die Nationaldemokratin Winkelvoß „als ersten Schritt auf einem sicher nicht leichten Weg“. [79] So zeigte sich Gertraude Winkelvoß, als ehemalige NSDAP-Anhängerin und weiterhin überzeugte Nationalistin, bereit, sich ziemlich unvoreingenommen und pragmatisch mit den gesellschaftspolitischen Veränderungsprozessen ihrer Zeit auseinanderzusetzen, Problemlagen konkret zu benennen, politische Lösungsvorschläge zu diskutieren und dabei emanzipatorische Forderungen und Interessen zu formulieren, die zum Teil schon zu Beginn des 20. Jahrhunderts von Frauenrechtlerinnen vertreten wurden. Das machte diese Erbin des „Dritten Reichs“ – zumindest was die Frauenrechte anbelangt – paradoxerweise zu einer der progressivsten Politikerinnen der NPD-Gründungsgeneration.

Doch mit ihren politischen Ansichten stand sie nahezu allein da, denn die meisten NPD-Frauen lehnten jegliche Arbeitsverhältnisse für Mütter ab, weil die Frauenarbeit durch „den systematischen Kräfteverschleiß […] wie eine schleichende Infektion […] die Grundfesten unseres Volks, die Familie“,

bedrohe. [80] Auch die Ärztin und Parteifunktionärin Helene von Watter warnte 1966 vor den gesundheitlichen Risiken, die Mütter auf sich nahmen, wenn sie zusätzlich zu Haushalt und Kindererziehung noch einer Arbeit nachgingen:

> „Schon jetzt zeigen die Statistiken, daß jede zweite berufstätige Frau unter Störungen des Herz- und Kreislaufsystems zu leiden hat. [...] Wie häufig greifen die Frauen, wenn sie sich abgespannt fühlen, dann zur Tablette, um durchhalten zu können. [...] Fehlgeburten oder andere Erkrankungen der Frau zerstören den häuslichen Frieden und häufig auch die Ehe.“ [81]

Nicht nur, dass die überforderten Mütter schwerwiegende Krankheiten entwickeln konnten, auch würde die arbeitsbedingte Abwesenheit der Mütter die Geschlechterordnung zerrütten, die „Harmonie der Ehe“ beeinträchtigen, somit den Niedergang der häuslichen Moral befördern und die sogenannten „Schlüsselkinder“ der Verwahrlosung aussetzen. [82] Noch dazu behindere gerade die Überforderung den Erfolg und Aufstieg der berufstätigen Frau; physisch ausgelaugt und mehrfachbelastet, könne sie nicht den nötigen Ehrgeiz entwickeln, „um sich emporzuarbeiten“. [83] Anders als Gertraude Winkelvoß, die mangelnde Chancengleichheit im Beruf als strukturelles Problem erkannte, schätzte von Watter, konservativen Prinzipien gehorchend, die berufliche Schlechterstellung von Frauen als selbstverschuldetes Scheitern ein. Die Nationaldemokratinnen mochten darin übereinstimmen, dass die Mutterschaft die unumstößliche Berufung der Frau sei. Bei der Gleichberechtigungsfrage hingegen, die zwangsläufig an der patriarchalen Geschlechterordnung rüttelte und die Relevanz der Frauenerwerbsarbeit in den Blick rückte, herrschte eine offensichtliche Uneinigkeit, auch wenn der anti-emanzipative, biologistische, einseitig auf Volk und Familie fokussierte Standpunkt in der Debatte klar überwog. Dass jene Politikerinnen, um den „Frauenbereich“ zu politisieren, auf

Begrifflichkeiten wie „Volk“, „Gemeinschaft“, „Hygiene“ und „Gesundheit“ zurückgriffen, zeigt, wie vorbelastet sie ideologisch waren: wenn auch in abgeschwächter Form, diente ihnen der Nationalsozialismus immer noch als weltanschauliche Schablone. Von der Vergangenheitsfixierung der NPD zeugt auch das von ihr propagierte Geschichtsbild, das ihrem nationalistischen Politikverständnis zugrunde lag und sich in seiner apologetischen und revisionistischen Auslegung scharf von den erinnerungspolitischen Standards der Bundesrepublik abgrenzte.

3. Vergangenheit und Gegenwart: nationaldemokratische Diagnosen zur Zeitgeschichte

3.1. Die nationalistischen Geschichtsnarrative der NPD-ZeitzeugInnen

Westdeutschland konfrontierte sich erst spät, dafür aber recht schonungslos mit seiner jüngsten Vergangenheit. Die Verurteilung nationalsozialistischer Täter, Mörder und Peiniger im Rahmen der zahlreichen NS-Prozesse der 1960er-Jahre [84] rückte die Tötungsmaschinerie der Vernichtungslager für alle sichtbar ins Licht der Öffentlichkeit. Sie förderte somit die direkte und emotionale Auseinandersetzung breiter Bevölkerungsschichten mit den zuvor willentlich verdrängten Gewaltverbrechen des NS-Regimes, [85] die nun im Ringen um einen adäquaten Umgang mit der Vergangenheit juristisch aufgearbeitet wurden. Auch die 1965 im Bundestag geführte Verjährungsdebatte erkannten die ZeitgenossInnen als klares Zeichen des allmählichen Umdenkens: Täterschaft, Schuld, Verantwortung und Gerechtigkeit wurden neu definiert. [86] Bislang hatten sich die Westdeutschen in dem exkulpatorischen Opfernarrativ eingerichtet, das dem NS-„System“ und Einzelpersonen, Hitler und seiner „Clique“, die Schuld zuwies,

und sich dabei selber aus der Verantwortung gestohlen. Die ‚Entdeckung' des Ausmaßes der Verbrechen führte diesbezüglich zu einer gesellschaftlichen Bewusstseinsveränderung, die auch die Geschichtswissenschaft mithilfe fruchtbarer historiographischer Kontroversen [87] tatkräftig begleitete. Mit diesem neuen historischen Bewusstsein, jenes einer akzeptierten und von allen geteilten deutschen Schuld, etablierte sich ein erinnerungspolitischer Konsens rund um eine opferzentrierte „Wiedergutmachung", welche die Vergangenheitsbewältigung in der Bundesrepublik von nun an bestimmte. So waren Geschichte, Gedächtnis und nationale Identität eng miteinander verwoben: Der Nationalsozialismus blieb der unüberwindbare „primäre, kontrastive Bezugspunkt" (Edgar Wolfrum) der freiheitlich-demokratischen Grundordnung in Westdeutschland.

Die Vergangenheitspolitik gehörte somit zu den politischen Feldern, auf denen heftige Deutungskämpfe ausgefochten wurden. Auch die extreme Rechte stellte sich entschieden gegen die hegemoniale Erinnerungskultur, deren „Sühne-Kult" sie als zu einseitig, verlogen und erniedrigend empfand. Demgegenüber wartete sie ihrerseits mit einem nationalistischen Gegengedächtnis auf, das sie, auf eine revisionistische Geschichtsauslegung gestützt, durch die Würdigung von extremistischen Erinnerungsorten [88] verabsolutierte und mithilfe von speziellen Chiffren, Symbolen, Gedenkzeremonien, Aufmärschen und Ritualen politisch wirksam inszenierte. Die NPD machte sich auch auf diesem Gebiet zum politischen Sprachrohr der „nationalen Opposition": So behauptete sie, den Standpunkt der „wahren Opfer" zu vertreten, d. h. für alle vermeintlich Erniedrigten, Entrechteten, Verratenen sowie alle aus dem bundesrepublikanischen Gedächtnis Ausgestoßenen zu sprechen.

Zwar bekannte sie sich, ihrer legalistischen Taktik entsprechend, nicht offen zum nationalsozialistischen Erbe, pflegte die postnazistische Gesinnungsgemeinschaft in ihren Reihen aber dadurch systematisch, dass sie ein verklärtes Bild der NS-Zeit propagierte, die Verbrechen der Diktatur ausparte

und ein positives, emotionales, ja nostalgisches Verhältnis zum Regime wahrte. Da es gesetzlich untersagt war, das „Dritte Reich" zu rechtfertigen oder zu verherrlichen, griffen die NationaldemokratInnen zu apologetischen Umgehungsstrategien. Exemplarisch dafür steht, dass die NPD NS-Größen nie direkt, sondern über Umwege, beispielsweise über ihre Ehefrauen, huldigte. So widmeten sich die DN 1966 den „Frauen von Nürnberg" bzw. dem „Leidensweg" von Ilse Heß, Lisl Kaltenbrunner, Lilly von Schnitzler und Ingeborg Dönitz, welche ihrer in Nürnberg verurteilten Ehemänner „beraubt" worden waren und nun für ihr „Opfer" und ihren „Mut" gerühmt wurden – die Kriegsverbrechen der Ehemänner jedoch, auf die sich die Verurteilungen bezogen, unterschlug das Parteiorgan willentlich. [89] Das Gleiche gilt für die Rezension, die Wolfgang Steffen 1967 zu Emmy Görings Autobiographie „An der Seite meines Mannes" verfasste. Darin schrieb er:

> „[Die Verfasserin betont], daß sie nicht Schriftstellerin sei, aber dennoch diese Memoiren niedergeschrieben habe, um das arg verzerrte und verschobene Bild des Mannes, dem ihre ganze Liebe gehört hat, vor der Gegenwart und vor der Geschichte wieder zurechtzurücken. Und damit hat sie zweifellos recht getan, zumal, wenn man in Betracht zieht, mit welch ganz unschriftstellerischer Gesinnung und zweifelhafter Journalistik in den letzten zwei Jahrzehnten das Charakterbild und die Lebensleistung Hermann Görings, des ‚Pour le mérite'-Trägers aus dem ersten [*sic!*] Weltkrieg, entstellt worden ist. [...] Wir lesen hier mit lebhafter Anteilnahme ein sehr gescheites Buch, aus dem zwar eine unpolitische, aber sehr lebenskluge und durch Leid gereifte Frau, Gattin und Mutter von ebensoviel Herz wie Verstand spricht." [90]

Die empathische Schilderung von Emmy Görings Standpunkt, jener „liebenden" und „apolitischen" Ehefrau, verfolgte einzig und allein das Ziel, den Staatsmann Hermann Göring in einem erinnerungspolitischen Umdeutungsversuch zu entlasten und somit zu rehabilitieren.

Diese diskursiven Umgehungs- und Entlastungsstrategien finden sich ebenfalls in der Auseinandersetzung mit dem Holocaust, dessen Erwähnung für die meisten NationaldemokratInnen in der frühen Phase der Parteigeschichte schlicht tabu war. In den Schriften wurde der industrielle Massenmord an Juden und Jüdinnen zwar nicht geleugnet, doch relativierten sie seine historische Einzigartigkeit. Das Parteiprogramm von 1967 beteuerte lediglich, dass „die NPD […] Massenmord und Kriegsverbrechen aller Zeiten und Völker“ verabscheue. [91] Diese ausweichende und verallgemeinernde Stellungnahme entspezifizierte die Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die im Namen der NS-Rassen- und Vernichtungsideologie begangen wurden, verharmloste sie und exkulpierte darüber hinaus auch deren Vollstrecker. Das gleiche rhetorische Verfahren wandte die NPD auch zur Charakterisierung der Konzentrations- und Vernichtungslager an, deren antisemitische Grundbestimmung ausgeblendet wurde:

> „Die NPD hat die KZs nicht eingerichtet und sie daher auch nicht zu vertreten. Die NPD würde sich heute mit allen rechtlichen Mitteln gegen die Inhaftierung deutscher oder anderer Staatsbürger ohne richterliches Urteil wenden […] Die NPD würde mit aller Energie für die Sicherung von Leben und Gesundheit von Inhaftierten eintreten. Die NPD verabscheut Gewalt gegen Andersdenkende.“ [92]

Dass in diesem Zitat euphemistisch von „Inhaftierung“ und „Inhaftierten“ gesprochen und sonach NS-Vokabeln wie „Häftling“ oder „Deportation“ sichtlich gemieden wurden, ermöglichte es der Partei, implizit eine Analogie zwischen dem „Dritten Reich“ und der Bundesrepublik herzustellen: Die Willkür sei die gleiche. Dass nämlich mit der „Gewalt gegen Andersdenkende“ ausschließlich die vermeintliche „politische Verfolgung“ von NationalsozialistInnen in der Bundesrepublik gemeint war, liegt auf der Hand. Dank dieser Selbstviktimisierung wurde das Augenmerk auf den

bundesrepublikanischen „Unterdrückungs- und Unrechtsstaat“ gelenkt und der Holocaust relativiert. Daraus abgeleitet, forderte die NPD seit 1965 die Generalamnestie für alle verurteilten NS-Täter. [93]

Dementsprechend bemühte sich die NPD in ihrem Parteiorgan, ihrer Anhängerschaft stets ein „authentisches“, d. h. stark ideologisiertes Geschichtsbild zu vermitteln. Mit scharfen Worten wehrte sie sich gegen die „Verherrlichung des Landesverrats“ und die öffentliche Ehrung der Attentäter des 20. Juli 1944. Auch geißelte sie die Kollektivschuld-These, die das Volk wie ein „zweites Versailles“ unterdrücke, indem es Deutschland die Alleinschuld am Ausbruch des Zweiten Weltkriegs zuschriebe. [94] Dabei hätten doch die Alliierten den Krieg schon vor 1939 vorbereitet, Deutschland kontinuierlich provoziert und diese „Lüge“ zielbewusst unterbreitet, um nach 1945 ihre Herrschaft über die Deutschen zu legitimieren. Den Zweiten Weltkrieg betrachtete die NPD meist unabhängig vom NS-Regime, thematisierte dabei vorrangig die letzten Monate bzw. den Ausgang des Krieges, um den „makellosen Heldenkampf“ der Wehrmachtssoldaten sowie das Schicksal der Kriegsopfer herauszustellen. In den DN erzählte die nationaldemokratische Erlebnisgeneration ihren Krieg. Auch sie erkannte in ihm einen Vernichtungskrieg, doch deutete sie ihn in einen Vernichtungskrieg gegen die Deutschen um und bemühte zur Untermauerung dieser Geschichtsauslegung die leidvollen Kriegserfahrungen von Frauen, Kriegerwitwen und Vertriebenen. [95] Wie das Parteiprogramm, das 1967 für die „Eltern, Witwen und Waisen“ ob ihres Verlusts auf der gleichen Wiedergutmachung wie für „alle anderen Opfer des Zweiten Weltkriegs“ bestand, [96] hob auch das Parteiorgan – zumeist in von männlichen Autoren verfassten Beiträgen – das „tragische Schicksal“ der Kriegerwitwen hervor, deren „Einsamkeit“ und die Erinnerung an den als Soldaten auf dem Schlachtfeld gefallenen Ehemann oder Sohn, ihren „traurigen Alltag“ ausfüllten. [97] In seinem „Terror gegen die Frauen“ betitelten Beitrag beschrieb Siegfried Lomberg sehr detailreich und fast genüsslich, welche brachiale Gewalt die Frauen bei der Ankunft

der Roten Armee in den Ostgebieten erwartete:

> „Das unvorstellbare Leid von Millionen deutscher Frauen. Wer wagt es, die Massaker an ostdeutschen Müttern und Kindern darzustellen? Die ‚germanische Brut' wurde so lange vergewaltigt, bis alle besinnungslos dalagen. In einer Ortschaft fanden versprengte deutsche Truppen einen Berg von Leichen, Frauenleichen. Müttern und Kindern, Schwangeren und Greisinnen hatten die Vertierten Pfähle in den Unterleib gestoßen. In einem Metzgerladen hingen an Fleischerhaken kahlgeschorene Frauen. […] Wie Schweine hingen die Frauen da. Angewandte Humanität des Marxismus-Leninismus." [98]

Die überaus makabre, voyeuristische und teils unerträgliche Darstellung der Peinigung von Frauen veranschaulicht, wie die NPD das ‚weibliche Gedächtnis' funktionalisierte: Die Bildhaftigkeit, mit welcher das Leiden von Frauen geschildert wurde, diente hier ausschließlich der Dämonisierung der Roten Armee und letztendlich der Diffamierung des „bestialischen" Kommunismus. Das antikommunistische Opfernarrativ bedienten auch die NPD-Frauen, wenn sie wie Gisela Thadewald die Errichtung einer von Brutalität strotzenden Ordnung [99] durch die sowjetischen Sieger anprangerten und in diesem Zusammenhang auch die sexuelle Gewalt sowjetischer Soldaten gegen Frauen zur Sprache brachten. [100] Die konkrete und willentlich obszöne Schilderung jener Gewaltexzesse trug zur Emotionalisierung des Opferdiskurses bei. Durch ihn wurde suggeriert, dass der „Krieg im Osten" auch ein Krieg gegen die deutschen Frauen gewesen war, die an der Heimatfront der „Barbarei" schutzlos ausgeliefert waren. Es sei eine Barbarei gewesen, die in ihrer Intensität und Unmenschlichkeit die Gewaltverbrechen von SS und Wehrmacht im Eroberungs- und Vernichtungskrieg „im Osten" klar in den Schatten stellte, so das implizite Postulat. Als „schwärende Wunde an der Seele des Volks" beschrieb Thadewald die leidvollen Erfahrungen jener Frauen, Kinder und Greise, die in den letzten Kriegsmonaten

durch Flucht und Vertreibung sowohl Familienangehörige als auch ihre Heimat verloren hatten:

> „Diese offene Wunde erinnert nicht nur die davon Betroffenen an das vielleicht unmenschlichste Verbrechen unseres Jahrhunderts: die Vertreibung von ca. 15 Millionen volks- und ostdeutschen Müttern, Vätern, Kindern, Greisen, die sich im düsteren Schatten schrankenlosen Mordens und Schändens vollzog. [...] Gesucht wird eine Waltraut aus Ostpreußen, im letzten Kriegsjahr 21 Jahre alt, nein jung. [...] Das ist eigentlich alles, was man von Waltraut weiß: ein Krankenhaus, ein ostpreußisches Dorf, eine unbekannte Tante. Wissen Waltrauts Verschlepper, Schänder, Mörder, Folterknechte mehr? Denn es sind nur die Hoffnungen, die niemals verjähren, die Schuld der Schuldigen verjährt auch nicht, wenn die Schuld alle Dimensionen menschlicher Vorstellungskraft sprengt.“ [101]

Mit diesen Worten verdeutlichte sie ihren Standpunkt zur Verjährungsdebatte, die Mitte der 1960er-Jahre im Bundestag ausgefochten wurde: Ihr ging es mitnichten um die Verjährung von Mord bzw. von NS-Mordtaten, sondern lediglich um die Anerkennung der „niemals verjährenden“ Schuld der Sowjets an der Vertreibung der Deutschen aus den Ostgebieten. Mit diesem einseitig konstruierten Narrativ eines deutschen Martyriums, das sich größtenteils auf die Indienstnahme weiblicher Traumata stützte, richtete sich das Parteiorgan direkt an die Vertriebenen, eine für die NPD prioritäre politische Zielgruppe, für die sie Satisfaktion verlangte. Dazu gehörte die Rückgliederung der Ostgebiete und die Wiederherstellung des Reichs, beides unumstößliche Kernforderungen ihrer nationalistischen Politik.

Das Deutsche Reich, das als völkerrechtliches Subjekt nach 1945 nie aufgelöst worden war, diente den NationaldemokratInnen hierbei als politische Projektionsfläche, um territoriale Ansprüche zu stellen: Deutschland reiche ja schließlich „von der Saar bis an die Memel, von der Etsch bis an

den Belt“, [102] wie es die erste Fassung des NPD-Manifests in leicht modifizierter Anlehnung an das Deutschlandlied besagte. Das Parteiprogramm von 1967 weigerte sich, „den Raub uralten deutschen Volksbodens“ hinzunehmen und „die ‚Realität‘ der kommunistischen Eroberungen von 1945 anzuerkennen“, und forderte schlicht die Restauration Deutschlands in den ehemaligen Reichsgrenzen, samt „Mitteldeutschland“, Ostgebieten und Sudetenland. Auf diese Territorien zu verzichten, hieße die deutsche Teilung als endgültigen *Status quo* zu akzeptieren und die Volksinteressen zu „verraten“, [103] ein Vorwurf, den die NPD offensiv an die Bundesregierung und mehr noch an die SPD richtete, die mit Willy Brandt und Egon Bahr als Galionsfiguren schon seit Beginn der 1960er-Jahre bestrebt war, die „Neue Ostpolitik“ und mit ihr die Idee des „Wandels durch Annäherung“ politisch umzusetzen. Demgegenüber bemühten sich die NationaldemokratInnen, die „Erinnerung“ an die Heimat jenseits der Oder-Neiße wach zu halten, indem sie ein romantisch verklärtes Bild dieser abgeschiedenen Landschaft konstruierten und den „Osten“ als Sinnbild des Ur-Deutschen auswiesen. Beispielsweise sei Schlesiens Boden schon seit 1200 von „deutschen Siedlern [kultiviert]“ worden. [104] Genauso verhielt es sich mit Siebenbürgen, das Gerda Voss-Kühne zum deutschen Eldorado stilisierte:

> „Ein Land in dem Milch und Honig fließt [,] wie es so schön heißt. Ein sehr fruchtbares Land. […] Ein wunderbarer edler Menschenschlag. Nur von dem, was einmal war, möchte ich erzählen, nicht wie es heute entvölkert, trostlos verelendet und verwahrlost sein mag. […] Und der blonde Michael mit seinen Bernsteinaugen. Dieser blutjunge Großbauer, auf einem uralten, deutschen Gehöft […] er, der Enkel eines alten großen Bauergeschlechts […]. Nun waren wir da, eine Gruppe junger Mädel […], für Michael bedeuteten wir das Altreich, das Land, aus dem vor Jahrhunderten seine Vorfahren ausgewandert waren und hier eine neue und große Heimat sich erarbeitet und erkämpft hatten. Wie alle Bauern trug er die weiße

> Leinentracht, weiße Reithosen, die langen blanken Schaftstiefel und die wunderschön gestickte weiße Leinenbluse mit dem bunten Ledergurt um seine schmalen Hüften.“ [105]

In diesem Textauszug schildert die Autorin eine banale Urlaubserinnerung als ekstatisches Moment, als genuine Ursprungserfahrung. In dieser Erzählung verkörperte Michael das „fruchtbare Land“, zugleich aber auch das Ideal des arischen Mannes, dessen Erscheinung in nazistischer Manier sowohl ästhetisiert als auch erotisiert wurde. Unterschwellig kam in dieser naiven Beschreibung eines durch den Anblick eines Mannes in Aufruhr versetzten Mädchens die Nostalgie zum Ausdruck, mit der die zeitgenössischen AkteurInnen auf das „verlorene Paradies“ und die „glorreiche“ Vergangenheit zurückblickten. Die „Volksgemeinschaft“, die Gerda Voss-Kühne in ihrer Jugend fast buchstäblich am eigenen Leibe „erlebt“ hatte, galt ihr als Sehnsuchtsort, der nach 1945 ihren nationalistischen Standpunkt bestimmte.

In den Erfahrungsberichten, die nationaldemokratische ZeitzeugInnen zum Zwecke ihrer eigenen erinnerungspolitischen Rehabilitierung vorlegten, verdichtete sich ein revisionistisches Geschichtsnarrativ, das die Deutschen einseitig zu Opfern stilisierte, die Verbrechen aber, die in ihrem Namen von den NationalsozialistInnen verübt worden waren, unter den Teppich kehrte. Dementsprechend stand ihr extremistisches Gegengedächtnis auch im krassen Widerspruch zur bundesrepublikanischen Vergangenheitsbewältigung. Aus diesem „korrigierten“ Geschichtsbild leiteten sie nicht zuletzt auch ihre politische Gegenwartsdiagnose her, wonach die deutsche Teilung unrechtmäßig sei und überwunden werden solle. So legitimierten sie den politischen Anspruch, die „Deutsche Frage“ nach nationaldemokratischen Maßstäben zu lösen.

3.2. Der Kalte Krieg und die Lösung der „Deutschen Frage“

Für die meisten NationaldemokratInnen war der 8. Mai 1945 ein durchaus negativ besetztes Datum, keine „Befreiung“, wie es der spätere Bundespräsident Richard von Weizsäcker 1985 in seiner historischen Rede formulierte, sondern der Beginn einer dahinsiechenden Gegenwart, materialisiert durch eine Ordnung, die von den Deutschen weder gewollt noch gewählt, sondern von den Alliierten auferlegt worden sei. Sie beschrieben die unmittelbare Nachkriegszeit als Zeit existentieller Not, in der Hunger, das Bangen um die abwesenden Männer, Erniedrigungen und Verrat das Leben beherrschten; eine Notlage, die sich den NPD-Frauen zufolge noch schlimmer auswirkte als der Krieg, weil sie von den Besatzungsmächten mutwillig und nachhaltig gefördert worden sei. Die von den Siegermächten befohlene und von Bonn scheinbar willfährig umgesetzte „neue Politik“, mit der die „Umerziehung der Deutschen“ in Westdeutschland erreicht werden sollte, entfaltete ihre „teuflische“ Wirkung seit Kriegsende. So musste Irene Schiemann erbittert feststellen:

> „Man hatte uns die schönsten Jahre unseres Lebens gestohlen und doch begann die größte Schreckenszeit erst jetzt, nur daß das Ziel fehlte und vor allem der volkliche Zusammenhalt. Mißtrauen und Neid griffen um sich, genährt von der wahrhaft teuflischen Propaganda der Siegermächte. [...] Welche ‚Wiedergutmachung‘ für uns ‚Kriegerwitwen‘? Zuerst nahm man uns den Stolz durch Beschmutzung und Diffamierung unserer toten Männer. Dann versuchte man uns die Kinder zu nehmen, durch Aufhetzung der Jungen gegen die ältere Generation. Und der Staat ließ es zu [...].“ [106]

Der Bruch mit der alten Ordnung hatte, so argumentierte die Nationalistin, das Opfer der Soldaten im Krieg seines Sinnes und Zweckes entleert, das Volk seiner selbst entfremdet und die Nation entzweit. Zurück blieb der „Eiserne Vorhang“:

> „Und als sich das Leben nach langen Jahren zu

> normalisieren begann, war die Zerrissenheit des Volks nicht nur am Eisernen Vorhang erkennbar. Auch die Bevölkerung des westlichen Restdeutschlands war in sich zerfallen und entzweit, die Saat der Verleumdung ging auf.“ [107]

Diesen „schändlichen“ politischen Trend umzukehren, betrachtete die NPD als ihre „historische Mission“: Ihr oblag es als zugleich nationalistischer und „demokratischer“ Partei, „das deutsche Volk aus seiner Lethargie [herauszureißen], zu stärken und damit wieder zu einem Faktor der Politik zu machen“. [108] Schon der Umstand, dass die Partei existierte, begründe ihre politische Daseinsberechtigung. So präsentierte sie sich als unverzichtbare Vertreterin einer staatspolitisch relevanten konstruktiven Opposition, [109] deren Bestreben es sei, im Zuge demokratischer Aushandlungsprozesse die Regierungsmacht, nötigenfalls auch in einer Koalition mit politischen Gegnern, zu übernehmen. Ihren Opportunismus kaum verhüllend, merkte Gertraude Winkelvoß dementsprechend an:

> „Auch dem Gegner sollten wir in Formen gegenübertreten, die uns ermöglichen, später vielleicht einmal mit ihm an einem Tisch zu sitzen; nicht, weil wir uns mit ihm verbrüdern wollen. Aber in einer Demokratie, wie sie uns vorschwebt, muß es auch Menschen mit verschiedenen Ansichten möglich sein, gemeinsam Aufgaben zu erfüllen, die dem Wohle des Volkes dienen.“ [110]

Doch genierte sich die NPD nicht, ebenjene politischen Opponenten unentwegt als „Schwachköpfe in Bonn“, „Bonner Schläfer“, „Lizenz“-, „Kartell“-, „Monopol-“ oder „Pseudostaatsparteien“ zu verunglimpfen [111] und ihnen mit diesen pejorativen Zuschreibungen zu unterstellen, sie seien als etablierte und mit der Regierung beauftragte Parteien nicht vom Volk, sondern von den „Besatzern“ auserkoren worden. Indessen stehe die NPD als unabhängige und volksnahe „neue Kraft“ für eine „demokratische“ Erneuerung in

Westdeutschland, so das doppelbödige Legitimationsnarrativ der NationaldemokratInnen. Das (Lippen-)Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung legten sie bereitwillig ab, machten zuweilen den Kampf für „Demokratie und Freiheit“ sogar zur definitorischen Grundlage ihrer Politik, wie Winkelvoß es 1969 in einem Brief an NPD-Anhängerinnen erklärte:

> „Die NPD ist eine Partei im Sinne des Art. 21 des GG und will an der politischen Willensbildung mitwirken zum Wohle aller und vertritt nicht die Sonderinteressen einzelner Gruppen. Wir, auch die Frauen, bekennen uns zu den Kräften, die um ein einiges und freies Europa ringen. Die NPD ist national, weil sie an die Würde und das Selbstbestimmungsrecht der Völker glaubt und auf die Einheit auch des deutschen Volkes nicht verzichten will, sie ist demokratisch, weil sie die Freiheit des Staatsbürgers gewahrt haben will, sie anerkennt damit die Kraft des Mehrheitsentscheides, will aber die Achtung und den Schutz jeder Minderheit gewahrt wissen. Ohne Opposition keine lebendige Demokratie.“ [112]

Doch hinderte sie die Anerkennung des Grundgesetzes, seiner Werte und Grundsätze nicht daran, ab und an den Begriff Demokratie nationaldemokratisch umzudeuten, wie es Wulf-Dieter Burwitz, bayerischer NPD-Kader und Ehemann Gudrun Burwitz’, Heinrich Himmlers Tochter, 1969 in seinem Artikel „Zur Klärung des Begriffs ‚Demokratie‘“ eindringlich vorführte:

> „Wofür sich diese Mehrheit entscheidet, hängt einzig von der Überzeugung der Wähler ab, wird durch den Begriff ‚Demokratie‘ also in keiner Weise vorgeschrieben. Daher ist Demokratie nur ein technisches Verfahren, das die Ermittlung und Realisierung eines Mehrheitswillens innerhalb eines Staates vorschreibt. Jeder Staat verdient deshalb demokratisch genannt zu werden, der sich dieser Methode bedient, ganz unabhängig davon, für welche Politik sich die Mehrheit entscheidet. Somit ist Demokratie

nur Form und nicht Inhalt.“ [113]

In diesem Zitat beschrieb er die Demokratie funktionalistisch als Abwicklung technischer Abläufe und Verfahren, als reine Formsache, die unabhängig des politischen Gehalts lediglich der „Ermittlung und Realisierung eines Mehrheitswillens“ diene. Dass aber in einer liberalen Demokratie auch humanistische Werte und Grundsätze wie die Gewaltenteilung, individuelle Freiheiten und Grundrechte gewahrt werden sollen, ließ er außen vor. Seine Auffassung von Demokratie, die „Volksherrschaft“ als „kein wertbezogenes politisches System“ [114] definierte, deckte sich somit nur bedingt mit dem bundesrepublikanischen Verständnis. Demgegenüber gab sich die NPD in ihrem Programm weitaus konformistischer. Sie bekannte sich zu den Grundrechten und Pflichten eines jeden Bürgers, zu Rechtsstaat, Pluralismus und Parlamentarismus. Nur empfahl sie, sozusagen als demokratisches Korrektiv, einige Verfassungsänderungen vorzunehmen: Nicht nur sollte die Parteienfinanzierung aufgehoben und Plebiszite als „wahrer“ Ausdruck der Volkssouveränität eingeführt werden, auch sollte die Stellung des Bundespräsidenten, als „Verkörperung von Volk und Staat“, gestärkt und das Staatsoberhaupt direkt vom Volk gewählt werden. [115] Als vorgeblich optimierte Demokratie tendierte die „Nationaldemokratie“ so offenbar zu einem potentiell autoritären Präsidialregime. Ob es sich bei diesem Ansinnen um den Versuch handelte, den Artikel 48 der Weimarer Verfassung in das Grundgesetz zu implementieren, oder ob man dabei an das Modell der französischen Fünften Republik dachte, sei dahingestellt. Vermutlich ging es den führenden Köpfen in der NPD tatsächlich darum, die bundesrepublikanische Ordnung durch einen betonten Populismus zu destabilisieren, mochte von Thadden 1967 den vielfach geäußerten Vorwurf, den demokratischen Staat beseitigen und durch einen „diktatorischen Staat“ [116] ersetzen zu wollen, noch von sich weisen. Mit dieser Beteuerung reagierte er auf den Skandal, den der NPD-Chefideologe Ernst Anrich nur wenige Monate zuvor mit folgender Aussage

ausgelöst hatte:

> „Verläßt der Staat diesen Dienst , verabsolutiert er sich oder übernimmt er andere Dienste, eventuell an Gruppeninteressen [...], so schwindet seine Souveränität und Befehlsgewalt über die Menschen. Die Beseitigung, der Umsturz dieser leeren Hülse ist dann unter Umständen sittliche Pflicht.“ [117]

Die Verheißung eines revolutionären Umsturzes, so wie sie Anrich als glühender Anhänger der Konservativen Revolution [118] formulierte, war grundsätzlich verfassungsfeindlich, doch wurde er von seinem innerparteilichen Amt in der politischen Bildung erst 1970 entfernt. Diese Halbherzigkeit, mit der gegen Verfassungsgegner in den Reihen der NPD vorgegangen wurde, steht exemplarisch für die allgemeine demokratische Ambivalenz, die in ihren Schriften und Programmen vorherrschte und deren mangelnde Bewältigung sich u. a. dadurch erklärte, dass die Partei den politischen Spagat zwischen sehr unterschiedlichen Strömungen – zwischen bürgerlich-nationalkonservativen und nationalsozialistischen, zwischen reaktionären und revolutionären, zwischen demokratischen und autoritären Ansprüchen stets hin und her pendelnd – zu bewerkstelligen hatte, sodass eine endgültige ideologisch-politische Kategorisierung für die NPD der 1960er-Jahre ungemein schwer fällt. Ihre legalistische Strategie machte sie zu einer bedingt republikanischen, im Wesen aber autoritären Partei, deren Mitglieder und Kader wohl mehrheitlich AntidemokratInnen waren. Doch war sie zu dieser Zeit nicht vollends verfassungsfeindlich, sondern der Inbegriff eines den bundesrepublikanischen Verhältnissen „angepassten Faschismus“ (Lutz Niethammer). Mochte ihre Loyalität dem westdeutschen Staat gegenüber recht zwiespältig erscheinen, so war ihre Ablehnung gegenüber dem ostdeutschen Staat, der Deutschen Demokratischen Republik, umso kategorischer. Sie lehnte es ab, „die ‚Realität‘ der kommunistischen Eroberungen von 1945“ [119] sowie den in der Folge errichteten Staat in

„Mitteldeutschland“ anzuerkennen.

> „Seit Jahren sieht die Welt mit an, daß in der Mitte Europas ein künstlicher Staat errichtet werden soll, der sich sogar als ‚demokratisch‘ bezeichnet. Es ist bekannt, daß die Machthaber in der SBZ nicht nur Andersdenkende verfolgen, sondern auch durch Erpressung verschiedenster Art ihre internationale Erkennung erzwingen wollen. Ein unübersehbares Zeugnis für diese Feststellung ist die ‚Mauer‘ in Berlin. Diejenigen, die immer wieder gegen die Menschlichkeit verstoßen und die auf Menschen, die von einem Teil ihres Landes in den anderen gehen wollen, schießen lassen, appellieren an die Menschlichkeit um des politischen Profits willen.“ [120]

Ob unmenschlich, künstlich, erpresserisch, undemokratisch, repressiv – die der DDR, abfällig auch „Zone“ oder „SBZ“ genannt, zugeschriebenen Merkmale speisten sich vornehmlich aus dem antikommunistischen Kanon der Bundesrepublik. Wie die CDU rechtfertigte die NPD ihre Nichtanerkennung des ostdeutschen Staates dadurch, dass dieser nicht aus freien Wahlen hervorgegangen, ferner kein Rechtsstaat war und deswegen keine demokratische Legitimität besaß: Die Bundesrepublik trage daher auch „die Verantwortung für die Deutschen in Mitteldeutschland“. [121] Mit diesem Narrativ knüpfte die NPD explizit an die aus der Ära Adenauer herrührende Doktrin des Alleinvertretungsanspruchs der Bundesrepublik an und bediente somit einen konservativen Konsens, der im Kontext des Kalten Krieges in Westdeutschland zwar noch dominierte, im Hinblick auf die allmähliche Verbreitung alternativer deutschlandpolitischer Diskurse und Konzepte aber langsam aufweichte.

NPD-Frauen legten ihren antikommunistischen Schwerpunkt meistens auf die „Unmenschlichkeit“ der sowjetischen Soldaten, geißelten wie Helene von Watter beispielsweise aber auch die „ideologische Indoktrinierung“, die „Entfremdung der Jugend“ in den Massenorganisationen sowie die utilitaristische

Ausbeutung der Familien als Versorgungsbasis für den kommunistischen Staat. [122] Besonders Frauen litten ihr zufolge an der vom Staat verordneten Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern, die nichts anderes als „Gleichverpflichtung“ von Frauen in Arbeitswelt und Gesellschaft bedeute und „die seelischen Kräfte der mitteldeutschen Frau über jedes Maß“ beanspruche. [123] Kurzum: die DDR sei ein „krankes“ bzw. totalitäres System, das seine Bürger ausnutze und unterdrücke. Ihr zu widerstehen, für diese Causa sogar zu sterben, wie es die „Widerstandskämpferin“ Edeltraut Eckert wagemutig vorgemacht hatte, wurde von der NPD als heldenhafter Akt im Befreiungskampf gegen Willkür und Kommunismus gefeiert. Die junge Schriftstellerin war 1948 in West-Berlin der Kampfgruppe gegen die Unmenschlichkeit beigetreten, um durch Sabotageakte den Widerstand gegen die SED und ihre Diktatur zu unterstützten. 1950 wurde sie wegen einer Flugblatt-Aktion in Potsdam festgenommen und zu 25 Jahren Haft und Zwangsarbeit verurteilt; sie verstarb 1955 während ihrer Gefangenschaft. Von der Partei vereinnahmt und zur nationalistischen Ikone bzw. zur „modernen“ Antigone im kommunistischen Deutschland stilisiert, personifizierte sie die unbeugsame Liebe für Deutschland. So schrieben die DN:

> „Die SED forderte die Einheit der Deutschen Nation und propagierte gleichzeitig die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als feststehende deutsche Ostgrenze. Mit Tausenden und Zehntausenden wehrte sich Edeltraut Eckert und rief: ‚Wer die Oder-Neiße-Linie anerkennt, verneint das Recht der Selbstbestimmung und unterstützt das Bestreben, Deutschland für immer zum europäischen Krisenherd zu machen‘.“ [124]

Neben ihrer Tapferkeit betonten die DN auch die Beständigkeit und Ehre, mit der sie während ihres Verhörs dem sowjetischen Geheimdienst gegenübergetreten sei, als sie erklärte, nie würde sie zur „Verräterin an [ihren] Kameraden und an der deutschen Nation!“ [125] Auch symbolisiere sie allgemein das Opfer, das

Frauen und Mütter tagtäglich gegen die „Sowjetisierung“ Deutschlands aufbrächten:

> „Edeltraut Eckert war nur eine von Tausenden deutschen Frauen, darunter Hochschwangere und Mütter von Kleinkindern, die sich gegen die vollkommene Sowjetisierung deutscher Art und Kultur zur Wehr gesetzt hatten und nun als ‚Staatsfeinde‘ in entehrender und grauenvoller sowjetischer Gefangenschaft gehalten wurden. Ihrer sei heute – am Muttertag des Jahres 1969 – gedacht …“ [126]

Die propagandistische Verarbeitung des Eckert-Falls zeigt, welche rhetorischen Mittel die NPD zur politischen Sinnstiftung einsetzte: Die Mystifizierung und Allegorisierung von historischen Figuren – von Frauen vornehmlich – dienten der Errichtung von Identifikations- und Projektionsflächen, welche die emotionale Verbindung zum „anderen Deutschland“ und somit zur Nation „als Ganzes“ wachhalten sollten. Im Sinne eines nationalistischen „emotional regime“ (William M. Reddy) wurden Gefühle wie Wut, Empörung, Empathie und Nostalgie als politisch wirksame Vektoren erkannt und voll ausgeschöpft.

Die Wiederherstellung der deutschen Einheit stellten die NationaldemokratInnen als oberstes Ziel heraus. Der Verlust der „Ostgebiete“ war ihnen genauso unerträglich wie die Existenz zweier untereinander rivalisierender Staaten auf deutschem Boden, die laut Parteiprogramm durch ihre jeweils amerikanisierenden und sowjetisierenden Einwirkungen das deutsche Vaterland spalteten bzw. verunstalteten. „Der Wille zur Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands“ solle mit allen „geeigneten Mitteln als entscheidende Triebkraft allen deutschen Handelns“ mobilisiert werden. [127] Nur so könne das restaurierte Deutschland seinen Platz in einem friedlichen, freien und vor allem neutralen, d. h. blockfreien Europa zurückerlangen:

> „Zur Erringung der staatlichen Einheit Deutschlands ist es

> erforderlich, gemeinsam mit unseren europäischen Nachbarn endlich die Freigabe des europäischen Raumes von fremden Mächten anzustreben, die diesen seit Jalta und Potsdam noch immer besetzen und damit geteilt haben. Europa muß gleichberechtigt und unabhängig neben den Machtblöcken stehen. Ein europäischer Staatenbund muß das Ziel solchen Strebens sein.“ [128]

Diese pro-europäische Auffassung machte sich auch Gertraude Winkelvoß zu eigen. Schon 1962 hatte sie im Kontext der Kuba-Krise mit ihrer üblichen Emphase konstatiert:

> „Sollte es nicht dringend an der Zeit sein […], die Einheit Deutschlands wiederherzustellen und damit zugleich einen Unruheherd der Welt zu beseitigen? Nur um die kraftvolle Mitte, Frankreich, das vereinigte Deutschland und England, kann sich ein Europa zu einer Gemeinschaft zusammenfinden, die in gegenseitigem Vertrauen zueinander steht und voller Verantwortungsbewußtsein für das Wohlergehen der Menschheit die Kräfte aus Ost und West in ihre Grenzen weist. Diese Gedanken zu verbreiten fordert die Gerechtigkeit und der Lebenswille des deutschen Volks.“ [129]

Mit ihrem national-neutralistischen Kurs, der in den höheren Rängen der Partei nicht unumstritten war, bisweilen sogar zu hitzigen Auseinandersetzungen führte, stand die NPD im bewussten Gegensatz zum transatlantischen Ansatz der christlich-demokratisch dominierten Bundesregierung, die seit Gründung der Bundesrepublik auf die Westintegration setzte. Aber gerade durch ihre Unnachgiebigkeit in dieser Frage, der „Deutschen Frage“, konnte sie sich eindrücklich von den sich allmählich an die Zwei-Staaten-Lösung gewöhnenden Regierungsparteien CDU/CSU und SPD differenzieren und sich mit ihrem territorialen und erinnerungspolitischen Rückeroberungsnationalismus profilieren. So scheint es nicht verwunderlich, dass sich die NPD nach 1969 gerade im Kampf

gegen Willy Brandts „Neue Ostpolitik“ stark radikalisieren sollte. Im Zuge der 1970er-Jahre vollzog sie so den Wandel von der konstruktiven Opposition zur betont Establishment-feindlichen Fundamentalopposition.

4. Resümee

In der ersten Aufbau- und Stabilisierungsphase leisteten die Nationaldemokratinnen einen entscheidenden Beitrag zur Ausarbeitung der Parteiideologie. Da die Parteimänner den „Frauenbereich“ als nebensächlich, irrelevant oder gar als apolitisch betrachteten, es also für diesen auch keine programmatisch festgelegten Vorgaben gab, konnten die Parteifrauen „ihren“ Bereich politisch recht autonom und frei gestalten. Dabei stützten sie sich auf ihre persönlichen Lebenserfahrungen, d. h. auf ihre private oder berufliche ‚Expertise‘, um politische Lösungsvorschläge zu unterbreiten, die je nach weltanschaulicher Sensibilität sowohl antisexistisch-progressiv als auch reaktionär oder völkisch geprägt sein konnten. Im Mittelpunkt ihres ideologischen Konstrukts stand die Mutter als Dreh- und Angelpunkt der Familie, die in den Parteiprogrammen in organizistischer Manier als „Lebenszelle“ des deutschen Volks beschrieben wurde. Die Familienpolitik war in den 1960er-Jahren noch kein eigenständiger Bereich, sondern der „Volksgesundheit“ untergeordnet und war durch ihre stark hygienistische Auslegung gekennzeichnet. Dem nationaldemokratischen Diskurs zufolge oblag es der Frau und Mutter, für die „Familienhygiene“ zu sorgen, die grundsätzlich biologisch bzw. rassistisch bestimmt wurde: Aus Gründen kultureller Unvereinbarkeit riet man deutschen Frauen z. B. generell von einer Ehe mit „Gastarbeitern“ oder Männern aus „anderen Kulturkreisen“ ab. Als „höchstes Volksgut“ wurde die weibliche Fruchtbarkeit hervorgehoben. Dementsprechend wurde genauso nachdrücklich vor der „unnatürlichen“ Anti-Baby-Pille gewarnt. Der „Familienhygiene“ verliehen die Nationaldemokratinnen darüber hinaus auch eine moralisch-

kulturelle Bedeutung: Die Mutter sollte stets die „deutschen“ Werte und Traditionen pflegen, ihren Kindern den Widerstandswillen gegen den „amerikanisch-materialistischen Zeitgeist“ anerziehen und so in ihrem Haushalt den Kulturkampf gegen die „Umerziehung der Deutschen“ betreiben. Auch wenn die biologistisch-hygienistischen Vorstellungen von Familie, Volk und Gemeinschaft der NPD-Frauen eindeutig von der Permanenz nationalsozialistischer Denkmuster zeugten, so unterschied sich das von ihnen vertretene traditionell patriarchale Familienmodell, die Hausfrauenehe, nur unwesentlich von dem der ChristdemokratInnen. Ihr nationalistischer Familialismus fügte sich in den konservativen Konsens der Zeit ein. Nichtsdestotrotz befassten sich einige NPD-Frauen – vornehmlich Gertraude Winkelvoß – auch mit dem Wandel der Geschlechterverhältnisse in jener Zeit. Mit Blick auf die Mehrfachbelastung von Müttern in Beruf, Familie und Haushalt berief sich die Bundesfrauenreferentin in ihren öffentlichen Reden und Schriften auf das Grundgesetz, um eine bessere Berufsausbildung für junge Frauen, eine bessere Integration der Mütter in den Arbeitsmarkt und den gleichen Lohn für beide Geschlechter zu beanspruchen. Ihr politischer Standpunkt, der die Stellung der Frauen auch jenseits der Reproduktionssphäre betrachtete und Gleichstellungsforderungen in allen Lebensbereichen artikulierte, war unter den NPD-Frauen keinesfalls mehrheitsfähig, denn die meisten lehnten jegliche Arbeitsverhältnisse für Mütter ab. Doch zeigt diese ideologische Vielstimmigkeit unter Frauen, dass die Nationaldemokratinnen in ihrer politischen Arbeit individuell über gewisse konzeptionelle Spielräume verfügten und dass sie davon teilweise auch gezielt Gebrauch machten, um Fraueninteressen zu stärken.

Auch die Geschichts- und Erinnerungspolitik nahm in der Frühphase der Parteigeschichte einen beträchtlichen Platz in der Propaganda der Nationaldemokratinnen ein. Besonders geißelten sie das opferzentrierte bundesrepublikanische Narrativ, das die „deutsche Schuld“ sowohl am Ausbruch des

Zweiten Weltkriegs als auch an den NS-Gewaltverbrechen anerkannte. Diesem als beschämend empfundenen „Selbstkasteiungsgedächtnis“ setzten sie ein nationalistisches bzw. revisionistisches Gegengedächtnis entgegen, von dem sie einen Anspruch auf Wiedergutmachung, und zwar für die „deutschen Opfer“, für Wehrmachtssoldaten und Kriegerwitwen, Vertriebene und Geschändete, ableiteten. Zwar distanzierten sich die „PostfaschistInnen“ offiziell vom nationalsozialistischen Erbe, pflegten implizit aber mittels kontrafaktischer Geschichtsdeutungen die NS-Gesinnungsgemeinschaft und -Nostalgie der Erlebnisgeneration. Weil sie weder dem „Dritten Reich“ direkt huldigen noch den Holocaust negieren konnten – sie hätten sonst ein Parteiverbot riskiert –, forderten sie einen „historischen Schlussstrich“ und die allumfassende Amnestie für NS- und Kriegsverbrecher; zugleich relativierten sie den Holocaust durch eine exkulpatorische Rhetorik. Die auf eine erinnerungspolitische Rehabilitierung bedachten NPD-Frauen hingegen befassten sich vorrangig mit der Bewältigung ihrer eigenen Geschichte, waren sie doch, so ihr Rechtfertigungsdiskurs, gleichermaßen Zeitzeuginnen und Opfer des Zweiten Weltkriegs gewesen. Dabei betonten sie vornehmlich auch das „deutsche Martyrium“ nach dem Krieg – die „nationale Zerrissenheit“, die „ausländische Besatzung“ und die Abtrennung der „Ostgebiete“ –, um territoriale und politische Forderungen zu stellen, den *Status quo* anzuprangern und die Zweistaatlichkeit als unrechtmäßig zurückzuweisen. Zwar erkannten sie die Bundesrepublik als einzigen legitimen Staat auf deutschem Boden an, doch betrachteten sie ihn – dem Grundgesetz entsprechend – auch als Provisorium, als temporäre Entwicklungsstufe auf dem Weg zu einer rasch zu vollziehenden deutschen Einheit. Damit verbunden propagierte die NPD das national-neutralistische Paradigma eines blockfreien „deutschen Deutschlands in einem europäischen Europa“, das sie als Alternative zum Westbindungskonzept der Konservativen und vor allem als Gegenstück zur „Neuen Ostpolitik“ der SPD durchsetzen wollte. Der Bruch von 1969 und

die beherzte Neuorientierung in der sozialliberalen Deutschlandpolitik beförderten in den Folgejahren die Radikalisierung der NPD und den Übergang zu einer fundamentaloppositionellen Haltung zu Bonn.

Zweiter Teil Der Weg in die Bedeutungslosigkeit. Isolation und Radikalisierung der NPD-Frauen (1970–1989)

V. Auf langer Durststrecke: Nationaldemokratinnen in der Ära Mußgnug

Eine zielführende Charakterisierung der 1970er- und 1980er-Jahre fällt schwer, weil diese Jahrzehnte, sozusagen als „Vorgeschichte der Gegenwart“, [1] durch die Brüche, Veränderungen und ambivalenten Entwicklungen, die sie hervorgerufen haben, in der Gegenwart in vielerlei Hinsicht noch nachwirken. Durchzogen von jähen Umwälzungen, tiefen Transformationen und einzigartigen Krisen, scheinen sie in der retrospektiven Betrachtung fluchtpunktartig auf die historische Klimax zuzulaufen: auf den Mauerfall und die Überwindung des Kalten Krieges. Auch innenpolitisch entfaltete sich in dieser Zeit eine offenbar widersprüchliche Dynamik: Der Drang nach gesellschaftlicher Regeneration, nach Liberalisierung und Modernisierung, koexistierte mit einem gewissen Hang zu Gewalt und Ressentiment, zu Untergangsphantasterei und politischer Abschottung; Aufbruchserwartungen und Niedergangsängste waren somit die zwei Seiten derselben Medaille.

Schon der flüchtige Blick auf die politischen, wirtschaftlichen

und sozialen Entwicklungen jener Zeit verrät die Vielschichtigkeit der Prozesse, die sich bereits Ende der 1960er-Jahre abzeichneten. Man denke an die „Neue Ostpolitik", durch die Willy Brandt die Annäherung der beiden feindlichen Blöcke und die „Entspannung" im Kalten Krieg herbeiführte, bevor das Wettrüsten Ende der 1970er-Jahre wieder seinen Lauf nahm. Man denke ebenfalls an die innenpolitischen Spannungen in der Ära Schmidt und mehr noch an die Destabilisierung von Gesellschaft und Rechtsstaat durch den politischen Terrorismus, der in seiner linken Variante 1977 im blutigen „Deutschen Herbst" kulminierte und in seiner rechten Variante 1980 zum Oktoberfest-Attentat führte. Man denke schließlich an den Ölpreisschock von 1973, der sich insbesondere auch als mentaler Schock entpuppte, weil er durch seine gravierenden Auswirkungen den Westdeutschen eindringlich vor Augen führte, wie verwundbar und abhängig sie in wirtschaftlicher Hinsicht in Wirklichkeit waren. Hinzu kamen in der Ära Schmidt und Kohl die „apokalyptische Angst" [2] vor Umweltkatastrophen und vernichtenden Kriegen sowie das Umsichgreifen eines diffusen sozialen Unbehagens, das sich u. a. an der akuten Wohnungsnot und der wachsenden Arbeitslosigkeit festmachte. Markant waren auch die kulturellen Verunsicherungen, die sich in der Einwanderungsgesellschaft vor dem Hintergrund der Flüchtlings- und Integrationsfrage noch verschärften und der rassistischen Annahme Vorschub leisteten, die „Ausländer" stellten eine Bedrohung für die Identität und Sicherheit der Deutschen dar. Der gesellschaftliche Pessimismus mündete in eine politische Krise: Immer mehr Menschen fühlten sich politisch übergangen; sie richteten ihren Groll gegen die traditionellen Eliten, die etablierten Parteien und ihre VertreterInnen. Aus der Verdrossenheit und Unzufriedenheit entstand ein fruchtbarer Nährboden für die extreme Rechte, die Ende der 1980er-Jahre in Gestalt der politischen Partei der Republikaner (REP) wieder beachtliche Wahlerfolge verbuchen konnte. Auch der NPD gelang nach langer Flaute in diesem Jahrzehnt der Durchbruch in Hessen.

In geschlechtspolitischer Hinsicht zeichneten sich die Jahre

von 1969 bis 1989 ebenfalls durch einen grundlegenden Wandel aus: Im Zuge der Neuen sozialen Bewegungen öffnete sich der politische Raum gewaltig, bot er doch den Männern, aber auch den Frauen nun vielfältigere Partizipationsformen und Interventionsmöglichkeiten. Mit der Etablierung des politischen Feminismus hielten die Frauen mit ihren geschlechtsspezifischen Belangen und Forderungen definitiv Einzug in die politische Öffentlichkeit. Obwohl sich in dieser Zeit im weiblichen Wahlverhalten ein eindeutiger Linksruck ausmachen lässt und sich mehr und mehr Frauen für emanzipatorische und progressive Ideen einsetzten, verschanzten sich die NPD-Frauen hinter einer resolut reaktionären Politik. Den politischen, sozialen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen zum Trotz verschrieben sie sich dem unerbittlichen „Widerstand“ gegen den Zeitgeist, mochte er sozialliberal oder christlich-liberal geartet sein. Vor diesem Hintergrund untersucht das folgende Kapitel die politischen Handlungsschwerpunkte der Nationaldemokratinnen im Lichte der veränderten historischen Rahmenbedingungen und fragt nach der weiblichen Wirkungsmacht in der Hibernationsphase der NPD, einer zwanzig Jahre währenden Zeit, in der die Partei ihren historischen Tiefpunkt erreichte.

1. Von der „Unmöglichkeit zu handeln“: Nationaldemokratinnen auf dem Rückzug (1970–1972)

1.1. Nach dem Schock von 1969: der unaufhaltsame Abstieg der NPD

Der Schock saß tief, doch wollte man unmittelbar nach der Wahlniederlage noch glauben, die NPD habe 1969 nur einen kleinen Rückschlag erlitten, eine temporäre Einbuße, die man geduldig hinnehmen müsse bis zum alles wettmachenden Sieg

bei der nächsten, ursprünglich für 1973 angesetzten Bundestagswahl. Immerhin war der politische Rückhalt der WählerInnen enorm gewesen: 1,4 Millionen Wahlberechtigte hatten 1969 der extrem rechten Partei ihr Vertrauen ausgesprochen, so würde der Durchbruch in naher Zukunft gewiss gelingen, hieß von Thaddens Durchhalteparole der Stunde. Doch schien er die missliche Lage der NPD gewaltig zu unterschätzen, denn das zäsursetzende Wahlfiasko, dem bis weit in die 1980er-Jahre hinein noch viele andere folgen sollten, brachte eine Dynamik in Gang, die den parlamentarischen Aufstieg der NPD schlagartig beendete und die Desintegration der Parteistrukturen beschleunigte. 1969 leitete eine Phase der politischen Lethargie ein, aus der die Partei sich erst Jahrzehnte später wieder herausbewegen konnte.

Noch 1970 konnten oder wollten die meisten ParteifunktionärInnen den Niedergang ihrer Partei nicht antizipieren; sie glaubten an den politischen Aufschwung und nahmen die Arbeit wieder auf. Auf dem durch scharfe Richtungskämpfe und Angriffe auf Adolf von Thaddens Linie geprägten Bundesparteitag in Wertheim (15. Februar 1970) wurde Gertraude Winkelvoß, als treue Gefährtin des Vorsitzenden, wieder in den Bundesvorstand gewählt, diesmal zusammen mit Eva Happach, ihrer engen Mitarbeiterin und Vertrauten aus Schleswig-Holstein, und der jungen Bayerin Sigrun Jobst. [3] Der außergewöhnlich hohe Frauenanteil im höchsten Parteigremium erfüllte Winkelvoß sicherlich mit Genugtuung, hatte sie sich doch unentwegt für die stärkere Beteiligung von Parteifrauen in Machtpositionen eingesetzt, jedoch musste sie zugleich recht machtlos mitansehen, wie die Basis *peu à peu* auseinanderfiel. Vor lauter Enttäuschung und Ernüchterung ließen sich die Mitglieder nicht mehr so bedingungslos für Wahlkampagnen mobilisieren. Es kam zu Massenaustritten – die NPD verlor 7000 Mitglieder in nur einem Jahr; [4] dies lähmte die Kreis- und Landesverbände und stürzte die Partei in horrende finanzielle Schwierigkeiten.

In der Hoffnung, den Niedergang seiner Partei aufhalten zu können, versuchte Adolf von Thadden durch eine breitangelegte

Kampagne gegen die sozialliberale Ost- und Deutschlandpolitik mobil zu machen. Durch den aktivistischen Aufruhr beflügelt, den das innerdeutsche Gipfeltreffen zwischen Bundeskanzler Willy Brandt und dem DDR-Ministerpräsidenten Willi Stoph am 21. Mai 1970 in Kassel in konservativen wie extrem rechten Kreisen hervorgerufen hatte – und das manchen NationalistInnen heute noch als Geburtsstunde der „rechten APO“ gilt –, veranlasste Adolf von Thadden, mit anderen VertreterInnen der extremen Rechten, etwa der DKEG, der Aktion Oder-Neiße oder dem Arbeitskreis Volkstreuer Verbände, die Gründung der „Aktion Widerstand“ (AW), deren Auftaktveranstaltung am 31. Oktober 1970 in Würzburg mit rund 3 500 Teilnehmern stattfand. Von der NPD konzipiert, koordiniert und finanziert, fungierte die Aktion Widerstand als rechte, außerparlamentarische Plattform für alle Gegner der Regierungspolitik, mit der Idee, auch zum konservativen Lager bzw. zu Unionskreisen Brücken zu schlagen. Nicht von ungefähr wurde auch Franz Josef Strauß angeboten, sich der Kampagne in Würzburg anzuschließen, was er aus „terminlichen Gründen“ aber ausschlug. Die Strategie der Initiatoren, mit der Aktion aus dem gesellschaftlichen Unmut politisches Kapital zu schlagen, ging nicht auf; in Medien und Öffentlichkeit dominierte nämlich das Bild extrem gewaltbereiter Protagonisten, die bei Kundgebungen und spontanen Aktionen zur Ermordung der „Volksverräter“ Brandt und Scheel aufriefen und dadurch viele gemäßigtere Konservative abstießen. [5] In der Hochphase der Kampagne taten sich besonders jene hervor, die als „Neofaschisten“ (Lutz Niethammer), d. h. als nach 1945 geborene Aktivisten, einen nationalrevolutionären Kurs einschlagen wollten, sich somit vom bürgerlichen Auftreten der „Postfaschisten“ abwandten und die Gewalt, in manchen Fällen auch den Terrorismus, [6] als legitime Mittel der Politik gegen den Staat und gegen die Ausbreitung des Kommunismus befürworteten. Die Kampagne radikalisierte und verselbständigte sich so sehr, dass sie der NPD-Leitung entglitt. So sah sie sich im Frühjahr 1971 gezwungen, sich zur Schadensbegrenzung öffentlich von ihr zu distanzieren. Im Juni

des gleichen Jahres stellte sie deren Finanzierung ein. Die AW bestand dennoch bis 1975 weiter. [7]

Die Kampagne war auf der ganzen Linie gescheitert. Über den erheblichen Imageschaden hinaus war es der NPD mitnichten gelungen, AktivistInnen auch jenseits des nationalistischen Lagers zu gewinnen. Noch dazu entfaltete sie die umgekehrte Wirkung: Sie beförderte den Verfallsprozess der Partei, anstatt ihn aufzuhalten, und spaltete die extreme Rechte, anstatt sie zu sammeln. Im Fahrwasser der Aktion war eine neuartige, weit aktivistischere, zum Teil paramilitärische und terroristische Form rechtsextremen Engagements entstanden, getragen von neo-nationalsozialistischen Gruppen wie der WSG Hoffmann (1973), Michael Kühnens ANS/NA (1977), der vom ehemaligen nationaldemokratischen Kader Friedhelm Busse geführten VSBD/PdA (1971/1975) [8] oder den von Manfred Roeder angeleiteten Deutschen Aktionsgruppen (ab 1980), alles überaus offensiv agierende Gruppierungen, die sich vom demokratischen Legalismus der NPD scharf abgrenzten.

Dieser Umstand erklärt, warum die NPD-Frauen von Anfang an Schwierigkeiten hatten, in der Aktion Widerstand Fuß zu fassen. Wie Gertraude Winkelvoß [9] wohnten einige wenige Nationaldemokratinnen am 31. Oktober 1970 der Auftaktkundgebung in Würzburg bei, doch blieben sie den weiteren, von gewalttätigen Zusammenstößen begleiteten Aktionen und Demonstrationen vermutlich fern. Auch war die Gegenwart von Frauen in der sich als männlich-kämpferisch gebenden Inszenierung der ‚rechten APO' nicht sonderlich erwünscht. Dies bedeutete jedoch nicht, dass Frauen die Aktion Widerstand von vornherein ablehnten; das Gegenteil war der Fall: Wie ihre männlichen Kameraden und Parteifreunde prangerten auch sie die Ostpolitik an und versuchten, sich auf ihre Art und Weise in die Kampagne einzubringen. Sie bevorzugten dabei klassischere und für Frauen schicklichere, auf Informationsverbreitung gründende Aktivitäten. Den von der NPD popularisierten Begriff des „Widerstandes" [10] übernahm Gertraude Winkelvoß so in einem Brief an die Basis vom Januar 1971, in dem sie zum „Widerstand gegen die zielstrebigen

Reformen der Linken“ und die „idiotische Ostpolitik“ aufrief. [11] Gerade in der heißen Phase der AW, als jene im Februar 1971 in den Terrorismus abzudriften drohte, beteuerte sie in dem Artikel „Haben wir genug getan?“ ihre uneingeschränkte Unterstützung der Kampagne und monierte die vermeintlichen „Diffamierungskampagnen“ der Bundesregierung, der sie vorwarf, den NationalistInnen das Grundrecht auf Meinungsfreiheit streitig machen zu wollen. [12]

Frauen agierten in dieser Kampagne also hauptsächlich als ideologische Multiplikatorinnen: Sie organisierten Veranstaltungen, informierten über Aktionen und verbreiteten regierungsfeindliche Schriften in ihren Kreisverbänden und persönlichen Netzwerken. So verteilte Gertrud Lange-Mätzler, die Propagandabeauftragte des niedersächsischen KV Wilhelmshaven, während einer Sitzung im Dezember 1970 die Broschüre „Widerstand. Der Schwur von Würzburg“ mit Texten von ausgewählten Vertretern der AW wie Adolf von Thadden, Erich Kern, Peter Kleist, Alfred Manke, Bernhard Wintzek oder dem ehemaligen Vorsitzenden des BdV, Linus Kather, die mit dem Bundeskanzler, seiner Regierung und den Ostverträgen scharf ins Gericht gingen. [13] Zuvor hatte sie Lange-Mätzler schon an Heimatvereine und Landsmannschaften sowie an ihre KameradInnen des Stahlhelms geschickt, einer Organisation, die 1950 für Kriegsveteranen neugegründet worden war und in der sie selbst zwischen 1955 und 1957 einen lokalen Verband des Stahlhelm-Frauenbunds geleitet hatte. [14] Diese Nationaldemokratin steht exemplarisch für jene Parteifrauen, die durch das Rühren der Werbetrommel einen nicht unwesentlichen Beitrag zur ideologischen Kriegsführung der NPD gegen die Regierungspolitik leisteten.

Doch genügte die Aktion Widerstand nicht, um die Partei in ihre Machtposition zurück zu hieven, denn sie musste sich vor allem in den anstehenden Landtagswahlen durchsetzen. Wohl wissend, dass ihre drei Landtagsmandate auf dem Spiel standen, beteiligte sich auch die weibliche Elite entschlossen an den Wahlkämpfen. Noch vor der Hamburger Wahl, der ersten Landtagswahl im Jahre 1970, hatte die NPD versucht, sich durch

die Verabschiedung des Wertheimer Manifests neu zu positionieren: Nun gab sie sich explizit verfassungstreu, konservativ und gemäßigt, doch konnte sie den Imageschaden, den sie selbstverschuldet durch ihre harte, an der Grenze der Legalität geführte Anti-Regierungskampagne verursacht hatte, nicht neutralisieren. In Hamburg setzte sie auf einen bescheidenen Wahlkampf, verzichtete auf große Meetings und hielt ihre Informationsveranstaltungen eher im kleinen Rahmen, in Gaststätten, Bahnhofsvorhallen und auf Marktplätzen ab. Neben dem alles beherrschenden Thema der Deutschlandpolitik versuchten die NPD-Frauen die Wählerinnen auch mit sozialen Themen, z. B. mit der Frauenarbeit, anzusprechen. Die 60-jährige Hausfrau und Hamburger NPD-Frauenreferentin Meta Schirrmeister rangierte auf der Wahlliste an fünfter Stelle. Die Sekretärin Ingeborg Gebauer, Parteimitglied seit 1966 und Ehefrau des Hamburger Spitzenkandidaten Gerhard Gebauer, kandidierte auf Listenplatz 10, dicht gefolgt auf Platz 11 von der Handelskauffrau Annegret Koch, die wie Schirrmeister aus dem KV Wandsbek stammte. [15] Am Wahlabend (22. März 1970) fuhr die NPD mit gerade einmal 2,7% der Stimmen ein für die AnhängerInnen enttäuschendes Ergebnis ein. Ähnlich verlief es bei den darauffolgenden Wahlen vom 14. Juni 1970 in Nordrhein-Westfalen (1,1%), in Niedersachsen (3,2%) und im Saarland (3,4%). Der Ausgang der niedersächsischen Wahl war für Gertraude Winkelvoß ein besonders herber Rückschlag, war sie doch recht optimistisch in den Wahlkampf gezogen, um an der Seite der Kandidatinnen Elisabeth Weintritt, Wilhelmine Steffens, Ursula Hampel und Liselotte Lawrenz ihren Wiedereinzug in den Landtag zu erreichen. [16] Der Diskussionsabend über den vermeintlichen „Linksruck“ in Deutschland, den sie im April 1970 mit Adolf von Thadden in Lüneburg veranstaltet hatte, war auf keine große Resonanz gestoßen, und schlimmer noch für sie: Es schien sich gerade das zu bewahrheiten, was sie als ironisch gemeinten Reim auf die Einladungen hatte drucken lassen: „Willst du ganz Deutschland rot/mach die NPD nur tot/Die CDU allein/bleibt zu klein“. [17] Viele einflussreiche Vertreter der „nationalen Opposition“, etwa

der Verleger Gerhard Frey, hatten tatsächlich zur Stimmabgabe für die Union aufgerufen, um die „Roten“ zu stürzen; für die NPD erwies sich dieser taktische Schachzug als verheerend: Nicht nur, dass sie den Sprung über die 5-Prozent-Hürde nicht schaffte, dank ihres Stimmenanteils konnte die SPD darüber hinaus in dem Bundesland auch allein regieren.

Im November 1970 musste nun auch Anneliese Bläsing um ihr Mandat bangen. Vor der Hessenwahl rechnete sie in ihrem „Brief an einen Mitbürger“ mit der sozialliberalen Regierung ab, bezichtigte sie, die Jugend verraten und die Staatskassen geleert zu haben. [18] Gemeinsam mit Gertraude Winkelvoß hielt sie am 3. und 4. Oktober 1970 den letzten großen NPD-Frauenkongress in Gegenwart aller Mitglieder des NPD-Bundesbeirats der Frauen in Aschaffenburg ab. In ihren Vorträgen befassten sich die Rednerinnen mit zeitgenössischen Umfragen (Hildegard Niewöhner) und mit der Lage in den Ostblockstaaten (Margarete Walendy). Die daran anschließende Podiumsdiskussion mit den Abgeordneten Bläsing und Kruse, der Baronin von Watter und Eva-Maria von Wolzogen widmete sich „alltäglichen Fragen“, woraufhin die Nationaldemokratinnen Eva Happach, Hedwig Kestermann und Elisabeth Weintritt am Folgetag den nationaldemokratischen Standpunkt zu Bildung, Schule und sexueller Aufklärung erläuterten. Den abschließenden Vortrag hielt diesmal der Bundesvorsitzende Adolf von Thadden, der ausnahmsweise den Weg nach Aschaffenburg auf sich genommen hatte, um im weiblichen Wahlkampf selbst Hand anzulegen. [19] Eine männliche Intervention, die durchaus verdeutlicht, wie dringlich die nationaldemokratische Lage inzwischen geworden war. Wie von den NationaldemokratInnen befürchtet, dämpfte das Ergebnis in Hessen (3%) vom 8. November 1970 alle Hoffnungen auf einen baldigen politischen Aufschwung; auch hier waren alle Mandate verloren. Den Abwärtstrend bestätigte daraufhin auch die Bayern-Wahl (22. November 1970), wo die NPD nur 2,9% der Stimmen erhielt.

Vor dem Hintergrund der sukzessiven Wahlniederlagen hatte sich die Parteikrise noch verschärft: Die Mitglieder waren

entschwunden, die Kassen geleert und die Kreisverbände wie gelähmt. Selbst die für ihren unerschütterlichen Willen, Glauben und Tatendrang bekannte Bundesfrauenreferentin Gertraude Winkelvoß schien langsam der Desillusionierung anheim zu fallen. In ihren Neujahrsgrüßen von 1971 klang ihr Pessimismus unmissverständlich durch:

> „Ein Jahr voller Arbeit und bitterer Enttäuschung liegt hinter uns, und auch das Neue Jahr wird unsere ganzen Kräfte fordern. Nach wie vor halte ich den inneren Zusammenhalt für besonders wichtig, und ich möchte allen danken, die zur Harmonie in unseren Reihen beigetragen haben. Mir war es immer ein tröstlicher Gedanke zu wissen, daß überall Einzelne unbeirrt ihre Pflicht erfüllen. Wir sollten auch in Zukunft von besonderer Geschäftigkeit absehen, weil es meist die gleichen Menschen sind, die den Einladungen Folge leisten.“ [20]

Wie zur Selbstbeschwörung kündigte sie eine Frauentagung für Februar 1971 im Harz an. Dort sollten die Frauen neue Reformvorschläge, u. a. zu Erbschaftssteuer und Elternrecht, ausarbeiten, um die vier regionalen Wahlkämpfe des Jahres durch neue Ideen zu unterstützen. Letztendlich verzichtete die NPD aber auf eine Kandidatur in West-Berlin. Im Hinblick auf die zu erwartenden Störungsaktionen von Seiten der DDR und der sowjetischen Geheimdienste betrachtete sie die Durchführung eines Wahlkampfs als zu aufwändig, schwierig und heikel. Nach den schlechten Wahlergebnissen in Rheinland-Pfalz (2,7%) vom 21. März 1971 lief die Partei in Schleswig-Holstein auf Grund: Am 25. April erhielt sie dort nur 1,3% der Stimmen. In Bremen verlief die Wahl am 10. Oktober 1971 (2,8%) für sie zwar etwas besser, doch verlor auch Martha Kruse wie alle anderen bremischen Abgeordneten der NPD ihr Mandat. Die seit Monaten aufgestaute Wut brach sich in dem Moment Bahn, als der Vorstand die Kandidatur in Baden-Württemberg unvermittelt zurückzog und so auch den letzten noch in einem Landtag sitzenden NPD-Abgeordneten die Chance verwehrte, ihr Mandat

in der Wahl vom 23. April 1972 zu verteidigen. Dieser durchaus willkürlich gefasste Entschluss [21] zeugte vor allem von der unüberwindbaren Schwäche der Partei, die sich bei der vorgezogenen Bundestagswahl vom 18. November 1972 eindringlich bestätigte: Die ergatterten 0,6% aller abgegebenen, gültigen Stimmen beförderten die NPD ein für alle Mal in die politische Bedeutungslosigkeit.

Für den raschen Abstieg der Partei nach 1969 gibt es unterschiedliche Erklärungen. Zum einen sorgte der Regierungsantritt der sozialliberalen Koalition für eine starke Polarisierung in der politischen Landschaft: Als stärkste Oppositionspartei schaffte es die Union in kürzester Zeit, alle Gegner der „Neuen Ostpolitik“ hinter sich zu sammeln; bis 1972 kündigte sie alle Koalitionen auf, die sie bisher auf Landesebene mit der SPD oder der FDP gebildet hatte, und regierte in manchen Bundesländern bisweilen sogar alleine. Sie radikalisierte ihre Oppositionshaltung zur Bundesregierung und machte mit ihrem Rechtsruck die NPD überflüssig. Auch deren SympathisantInnen trauten der CDU/CSU eher zu, den Kampf gegen die Linke zu meistern. [22] Die überwältigende Mehrheit der Wähler, und mehr noch der Wählerinnen, denn der *Gender Gap* war weiterhin unverändert geblieben, lehnte die nationalistische Krawall-Partei ab.

Als zweiten schwerwiegenden Faktor kann man den desaströsen innerparteilichen Zustand der NPD nennen, deren Strukturen nach 1969 regelrecht kollabierten. Nach dem durchschlagenden politischen Erfolg, den die NationaldemokratInnen seit 1964 fast ununterbrochen erlebt hatten, entmutigte die abrupte und scheinbar unüberwindbare Kehrtwende die meisten AnhängerInnen, FunktionärInnen und Führungspersönlichkeiten. Im Ringen um eine tragfähige Lösung verschärften sich die internen Gegensätze, bis dahin schwelende Parteiquerelen brachen nun offen aus und entluden sich in heftigen Richtungs- und Machtkämpfen, die den Verschleißprozess noch beförderten. Bis 1972 hatte die Partei die Hälfte ihrer Mitglieder eingebüßt, sie besaß nur noch 329 aktive Kreisverbände, mit denen sie gerade einmal 60% des

westdeutschen Territoriums abdeckte. [23] Mit dem Wegfall der Landtagsmandate verlor sie darüber hinaus auch eine für Geltung und Propaganda unabdingliche Inszenierungsplattform: Die Medien kehrten sich desinteressiert von ihr ab, die Öffentlichkeit nahm sie kaum noch wahr. Auch rutschte sie in eine finanzielle Notlage: Wegen ihrer schlechten Wahlergebnisse verlor sie jeglichen Anspruch auf die staatliche Wahlkampfkostenerstattung. Zurück blieb ein Schuldenberg, dessen Begleichung sie mit starken finanziellen, der politischen Arbeit allgemein abträglichen Einschnitten zu bewerkstelligen versuchte.

Ins Gewicht fielen drittens die tiefgründige Transformation bzw. Atomisierung der extremen Rechten in Reaktion auf den Machtwechsel in Bonn. Wie Patrick Moreau dargelegt hat, sank die Gesamtzahl rechtsextremer AktivistInnen bis 1978 stetig, doch verdoppelte sich im gleichen Zeitraum die Anzahl der einschlägigen Organisationen: Sie stieg von 50 auf 90 an. [24] Auch Uwe Hoffmann verwies auf die „Ausfransungen“ der „nationalen Opposition“, die nach 1969 dadurch entstanden, dass nun auch andere Parteien und Gruppierungen ihren Führungsanspruch im nationalen Lager bekundeten: die 1971 von Gerhard Frey gegründete Deutsche Volksunion etwa oder die BefürworterInnen einer der CSU nachempfundenen, bundesweit agierenden bürgerlichen und national-konservativen „vierten Partei“ und nicht zuletzt all jene nationalrevolutionären und neonazistischen Kräfte mit paramilitärischer, ja terroristischer Ausrichtung. Sie alle machten der NPD die hegemoniale Stellung am rechten Rand streitig. Auch die Methoden und der Legalismus der Partei wurden moniert: Die jüngeren AktivistInnen erkannten sich in ihrer politischen Zaghaftigkeit nicht wieder und propagierten ihrerseits die Fundamentalopposition zur Bundesrepublik. Den Wahlen und offiziellen Wahlkämpfen zogen sie deshalb offensivere, sich ins öffentliche Bewusstsein einbrennende Aktionen vor, die auch vor Gewalt und illegaler Agitation nicht Halt machten. Um ihre politische Unabhängigkeit zu wahren, ging die NPD auf Abstand zu ihren Konkurrenten; dadurch

isolierte sie sich politisch. Ihre Zeit als nationalistischer Hegemon war vorbei, und so blieb ihr nichts anderes übrig, als eine abwartende Haltung einzunehmen, d. h. in Erwartung besserer Zeiten auszuharren, zu überwintern.

1.2. Der Rückzug der Gründerinnen

Der strukturelle Niedergang der NPD wirkte sich besonders negativ auf die Frauenarbeit aus. Auf der lokalen Ebene mussten die Verbandsvorsitzenden machtlos mit ansehen, wie sich die Basis zurückzog, die Aktivität erlahmte, die Mitgliedsbeiträge und Spenden ausblieben und der viel beschworene „Kampfeswille“ erlosch. Sie selbst waren oft demotiviert. Trotz aller Mobilisierungsbemühungen (Frauentagungen, Aufrufe usw.) der Bundesfrauenreferentin Winkelvoß grassierte der Defätismus auf allen Parteiebenen. Vergeblich hatte sie noch versucht, den Bundesbeirat der Frauen anlässlich des Frauenkongresses in Aschaffenburg (3./4. Oktober 1970) zu reaktivieren und die Aktivistinnen zur politischen Arbeit zu animieren. Sie konnte der allgemeinen Verdrossenheit jedoch nichts entgegensetzen: Der Beirat löste sich auf. Der Zusammenhalt in der weiblichen Elite wurde insbesondere dadurch beeinträchtigt, dass nun auch vermehrt Vorzeige-Nationaldemokratinnen der Gründungsgeneration der Partei den Rücken kehrten. Aus Protest gegen ihre merkliche Radikalisierung verließ Anneliese Bläsing sie im Winter 1970 als Erste. Nach der „Kolley-Affäre“ hatten ihr Mentor Heinrich Faßbender und sie dem hessischen NPD-Fraktionsvorsitzenden Werner Fischer öffentlich das Vertrauen entzogen, mit dem Vorwurf, er habe Klaus Kolley in der Nacht der „Schüsse von Kassel“ in seiner Wohnung versteckt, ihm zur Flucht verholfen und darüber hinaus im folgenden Prozess falsch ausgesagt. Auf dem hessischen Landesparteitag vom 12. Juli 1970 in Neustadt (Odenwald) hatte Anneliese Bläsing die Absetzung Werner Fischers gefordert, stieß bei dem Unterfangen aber auf den Widerstand der Delegierten. Sie gab sich geschlagen, auch wenn Fischer letzten Endes dem Druck nachgeben musste und an der

Fraktionsspitze durch Ulrich Kaye ersetzt wurde. Sie verließ die Partei mit Faßbender kurz vor den hessischen Regionalwahlen im November 1970. [25]

Die Radikalisierung provozierte auch andere Austritte, diesmal auf der Seite der Radikalisierten: so bspw. bei Irmgard Busse, einer Bochumer Nationaldemokratin, die zeitgleich mit ihrem Ehemann Friedhelm Busse die Partei verließ. Nach seinem Parteiausschluss 1971 wegen Gewalthandlungen im Rahmen der Aktion Widerstand sollte sich ihr Ehemann zu einer Schlüsselfigur der neonazistischen Szene entwickeln. [26] Wie der Eintritt in die NPD vollzog sich auch der Austritt aus der Partei selten allein, sondern samt dem oder der (Ehe)partnerIn, Familie, Freundeskreis oder Clan, sodass diese gruppierten Abgänge sich wie ein Aderlass auswirkten und die Parteiorganisation stark belasteten. Andere starben, wie etwa die Baronin von Watter, die am 22. Juli 1972 im Alter von 77 Jahren verschied. [27] Andere wiederum verschwanden, in dem Sinne, dass sich ihre Spur in den zeitgenössischen Quellen verliert. Hedwig Kestermann aus Nordrhein-Westfalen, Gertrud Lange-Mätzler aus Wilhelmshaven, die Saarbrückerin Anneliese Nadig, die Münchnerin Sigrun Jobst, die Hamburgerin Meta Schirrmeister oder Luise Straka aus Bad Saulgau, sie alle haben sich stillschweigend zurückgezogen.

Sogar Gertraude Winkelvoß, die charismatische Hauptprotagonistin der 1960er-Jahre, entmutigte der offenbar unumkehrbare politische Abstieg ihrer Partei; sie resignierte. Besonders bestürzt hatte sie der Aufruf zweier innerparteilicher Oppositionsgruppen, des Würzburger Kreises und des Kirchhainer Kreises, zum Rücktritt des gesamten Bundesvorstandes, dem sie angehörte. Das unerwartete Ausscheiden Adolf von Thaddens nach langen Querelen mit dem bayerischen Landesvorsitzenden Siegfried Pöhlmann [28] und die Wahl Martin Mußgnugs zum neuen Vorsitzenden in Holzminden am 21. November 1971 setzten ihr zusätzlich zu, obwohl das Verhältnis zu ihrem Mentor nie einfach, zum Teil gar recht turbulent gewesen war. 1972 legte sie sowohl aus gesundheitlichen als auch aus pragmatischen Gründen all ihre

Ämter nieder: Sie hatte sich von der Partei entfremdet. [29] Ihren Austritt rechtfertigte sie in einem am 10. Januar 1972 an den Vorsitzenden ihres Landesverbands, Herbord Große-Endebrock, gesandten Brief mit der Sinnlosigkeit des politischen Kampfes:

> „Die Einladung zur Vorstandssitzung und Arbeitstagung am 15. nach Peine zwingt mich nun nach der hiesigen Mitgliederversammlung zur Entscheidung. Ich will an diesen Tagungen nicht teilnehmen, weil ich nur auf die Sinnlosigkeit einer Wahlbeteiligung hinweisen müßte. Folgerichtig – wenn auch schweren Herzens – erkläre ich mit sofortiger Wirkung meinen Austritt aus der NPD. Dabei sein und nicht mitmachen, ist ein Weg, den ich bei anderen immer verurteilt habe und der für mich nicht möglich ist. [...] Die Hoffnung, daß unser Volk doch noch einmal zur Besinnung kommt, will ich nicht aufgeben. Am Tage X dann mit frischer Tatkraft wirken zu können, halte ich für wichtiger und wirkungsvoller, als sich in langjährigem Ringen vorher zu erschöpfen und sich selbst mit dem Stempel der Erfolglosigkeit zu versehen. [...] P.S. am 10.1. Eben brachte die Landeszeitung die Nachricht über Pöhlmann. Um hier keinerlei Unklarheiten aufkommen zu lassen. Mein Schritt hat damit nichts zu tun, wird aber dadurch nicht verändert. Halte die ‚Aktion Neue Rechte' aber auch niemals für den Tag X." [30]

Zwei Tage später erklärte sie auch ihren Weggefährtinnen Eva Happach, Martha Kruse und Margarete Walendy in einem Brief ihre Beweggründe, übte unverhohlen Kritik an der Partei bzw. an den Parteimännern und lieferte darüber hinaus auch ihre verbittert-ironische Diagnose zur Situation der extremen Rechten in dieser Umbruchphase:

> „Es mag natürlich sein, dass die körperliche Schwäche auch meine Widerstandskraft lähmt. Ich habe es mir nicht leicht gemacht und weiß, daß diese Entscheidung mich oft noch schwer mitnehmen wird. [...] Ich habe bewußt immer gesagt: Politik verstehe ich als das Bemühen miteinander

> auszukommen. Hier liegt doch das Drama der Rechten. Viele behaupten, sie erstreben das gleiche Ziel und für jeden scheint es nur den eigenen Weg zu geben. Man bekämpft sich gegenseitig zur Freude der Gegner. Pöhlmanns Neue Rechte wird sich auch nur bei uns und anderen Rechten tummeln. Ihm gelingt der Einbruch in die SPD – selbst mit Busse nicht oder Baßler. Rheingans als der ‚Neue Rechte' wird auch ein Witz. Zu traurig. Dass wir uns die Diffamierung von Genscher dauernd gefallen lassen müssen, wir wollten den Staat zerstören. Mir hat die Behinderung unserer Arbeit in Bremen den Rest gegeben. Daß im [Parteivorstand] Sekretärinnen erwünscht sind, war die beglückende Bestätigung." [31]

In diesem Brief formulierte Gertraude Winkelvoß auf sehr direkte Art und Weise ihren Unmut über die Zersplitterung des nationalen Lagers und den „Egoismus der Männer", welche durch ihre diversen Richtungskämpfe, Abspaltungen und Parteineugründungen nicht nur die NPD nachhaltig geschwächt, sondern auch die „nationale Sache" unterminiert hätten. Pöhlmanns ANR, der sich 1972 auch Friedhelm Busse, der Vorsitzende der „volkssozialistisch" ausgerichteten Partei der Arbeit, anschloss, missbilligte sie genauso wie die innerparteilichen Offensiven eines Karl Baßler und seines nationalrevolutionären Würzburger Kreises oder eines Uwe Rheingans, Anführer des mehr Transparenz fordernden Kirchhainer Kreises. Als besonders unerträglich empfand sie nicht zuletzt auch die hartnäckige Misogynie, mit der die Frauen in der Partei behandelt wurden: Als Politikerinnen weder wahrgenommen noch geschätzt, räumte man ihnen bestenfalls untergeordnete Sekretariatsfunktionen ein. Frustration, Mutlosigkeit, Resignation sowie die permanenten Angriffe auf die Partei und aus der Partei veranlassten sie, den Bruch mit der NPD zu vollziehen. In der Hoffnung, aus der 30 Jahre jüngeren Eva Happach ihre Nachfolgerin zu machen, bat sie jene, den politischen Kampf fortzuführen:

> „Halten Sie die Fahne hoch. Der Buck versprach, Ihnen eine Stellvertreterfunktion zu verschaffen. [...] 73 ist nichts drin, warum beweisen wir durch Wahlbeteiligung immer erneut unsere Schwäche. [...] Naja, ich will Ihre Standfestigkeit nicht ankratzen, ich will gerne unrecht haben. Ich würde mich freuen, wenn unsre Verbindung nicht ganz abrisse. Die goldenen 70er Jahre beginnen ja erst ihr zweites Jahr. Ohne Hoffnung läßt sich schwer leben.“ [32]

Hier endet die politische Laufbahn von Gertraude Winkelvoß. Ab April 1972 nahm sie für zwei Jahre ihre berufliche Tätigkeit als Krankengymnastin wieder auf. Sie verstarb am 5. März 1982 an den Folgen einer Herzkrankheit. Mit dem Rückzug dieser bedeutenden Nationaldemokratin aus der Partei endete endgültig auch die erste und wahrscheinlich aktivste Phase der NPD-Frauengeschichte.

2. Die Zeit der ‚Erbinnen‘

2.1. Der Wandel der politischen Partizipation von Frauen in der Bundesrepublik

Wie in den anderen großen westlichen Demokratien entwickelten sich auch in Westdeutschland, im Zuge der 68er-Bewegung, neuartige Mobilisierungs-, Protest- und Partizipationsformen, aus denen sich in den 1970er-Jahren die Neuen sozialen Bewegungen konstituierten. Dem Politikwissenschaftler Joachim Raschke zufolge lassen sich soziale Bewegungen als „kollektiver Akteur“ definieren, der die BürgerInnen symbolisch und auf recht informelle Art und Weise mittels diverser Organisationen, Netzwerke und Aktionen mobilisiert, um einen „grundlegenden sozialen Wandel herbeizuführen, zu verhindern oder rückgängig zu machen“. [33] Anders als die sozialen Bewegungen des 19. Jahrhunderts, etwa die sich mit der sozialen Frage rund um Produktion, Eigentum

und Kapitalverteilung befassende Arbeiterbewegung, gingen die Neuen sozialen Bewegungen von wohlstandsgesicherten, post-industriellen Gesellschaften aus, welche die negativen Auswirkungen des Wachstums in den Blick rückten. Diesen Paradigmenwechsel identifizierte Ronald Inglehart als progressive Schwerpunktverschiebung von materialistischen hin zu postmaterialistischen Werten, denen pluralisierte Lebensformen und individualistische Ideale wie die Sehnsucht nach Autonomie, Emanzipation und persönlicher Entfaltung Vorschub leisteten. [34] Die Schaffung und Wahrung eines hohen umwelt- und sozialverträglichen Lebensstandards gehörte nun zu den Hauptanliegen der Bürgerbewegungen. [35] Doch benannten sie auch existentielle Bedrohungslagen, geißelten etwa die zivile Nutzung von Atomenergie in der Folge der Ölkrise von 1973, die Lagerung von radioaktiven Abfällen oder die Übernutzung natürlicher Ressourcen. Sie monierten auch das Wettrüsten im Kalten Krieg sowie die Stellvertreterkriege der Supermächte in Vietnam und in Afghanistan oder die Ausbeutung der „Dritten Welt“, machten sich demgegenüber stark für die Emanzipation von Frauen und die Rechte von schwarzen oder homosexuellen Menschen. Mit dem Aufbegehren neuer AkteurInnen und der Artikulierung transversaler Kämpfe [36] wurden auch innovative außerparlamentarische Aktionsmodi (Demonstrationen, *Sit-ins*, Bürgerinitiativen, ziviler Ungehorsam) eingeübt, welche die klassischen demokratischen Vertretungsorgane und konventionellen Partizipationsformen gezielt umgingen. Es entstanden neue politische Räume und Experimentierfelder; der somit geäußerte Anspruch auf ein direktes, basisdemokratisches Mitspracherecht veränderte die politische Kultur in Westdeutschland nachhaltig. Neben dem formalisierten, den Parteien, Parlamenten und Regierungen vorbehaltenen Raum etablierte sich ein politischer Raum nichtkonventioneller, spontaner und flexiblerer Partizipation, die den BürgerInnen vielfältige Teilhabechancen bot.

In erster Linie profitierten Frauen von dieser Demokratisierung ‚von unten‘. Seit dem Anfang der 1970er-

Jahre engagierten sie sich viel mehr in den Neuen sozialen Bewegungen, wo der *Gender Gap* gegen Null tendierte, [37] anders als im politisch-administrativen System der Bundesrepublik, wo Frauen weiterhin stark unterrepräsentiert waren. Für diesen Umstand liefert Beate Hoecker mehrere Erklärungsansätze: Zum einen seien Frauen für die unkonventionelle Politik historisch prädisponiert, weil diese Partizipationsform am ehesten ihrer, von der ersten Frauenbewegung überlieferten politischen Kultur entspreche. [38] Auch eigne sie sich für die von Frauen oft bevorzugte problemspezifische, d. h. eine speziell auf geschlechtsspezifische Motivationen, Emotionslagen und alltägliche Erfahrungen zugeschnittene Partizipation, [39] die maßgeblich auf informellen Interessen-Netzwerken fuße und deswegen einen schwachen Grad an Institutionalisierung aufweise. [40]

Besonders die Autonome Frauenbewegung vermochte es, dem neuen feministischen Bewusstsein Gestalt zu verleihen – ein Bewusstsein, das sich laut Ute Gerhard in Reaktion auf die „Restauration patriarchaler Verhaltensweisen“ und die „‚Re-Maskulinisierung‘ [41] in Politik, Wirtschaft und Kultur“ in den „restaurative[n] und repressive[n]“ Wirtschaftswunderjahren herausgebildet hatte. [42] Im Kampf gegen das Patriarchat stellten die Feministinnen das Autonomieprinzip ins Zentrum ihrer Emanzipationsbestrebungen: Dadurch, dass sie für die körperliche wie sexuelle Selbstbestimmung und das Abtreibungsrecht einstanden, dass sie die Gewalt gegen Frauen, auch in der Ehe, zur Sprache brachten, tradierte Geschlechterrollen zurückwiesen, gegen weibliche Diskriminierung in Gesellschaft und Arbeit vorgingen, machten sie Problemlagen und Konflikte sichtbar, die bis dahin fernab von Öffentlichkeit und Politik existiert hatten und ausgehandelt wurden; sie machten Intimität und Privatheit gleichsam zum Politikum. Autonomie bedeutete darüber hinaus, dass die Bewegung sich von der „männlichen“ Politik, dem Staat, seinen Institutionen und Parteien lossagte und sich ganz und gar auf ihre eigenen Netzwerke stützte: Nach dem legendären „Tomatenwurf“ [43] von 1968 hatten Feministinnen bundesweit

Selbsthilfegruppen und Frauenvereine gegründet, ab 1976 dann auch Frauenhäuser für Opfer von häuslicher Gewalt eröffnet. Es kamen einschlägige Buchhandlungen, Verlage und Zeitschriften hinzu, etwa die 1977 von Alice Schwarzer ins Leben gerufene „Emma“. Seminare und Sommeruniversitäten bereicherten den weiblichen Aufbruch noch dazu mit einem wissenschaftlich-theoretischen Unterbau. Allgemein liefen diese Initiativen darauf hinaus, die Selbstermächtigung von Frauen mithilfe einer exklusiv weiblichen Soziabilität zu forcieren, Frauen somit möglichst vielfältige Identifikations- und Mobilisierungsräume zu bieten und dadurch eine feministische Gegenkultur zu stiften. [44] Letztlich, so argumentierte Ute Gerhard, war die Neue Frauenbewegung

> „Teil der Bürgerrechts- und Protestbewegung, die in den 1960er Jahren gegen das restaurative politische Klima, gegen Wiederbewaffnung und Atomwaffen, gegen eine konservativ-autoritär geprägte Politik des Vergessens aufbegehrten und quasi in einer Nachholbewegung die westdeutsche, von den Siegermächten geschenkte Demokratie in eine erworbene, lebendige Demokratie verwandelten“. [45]

Mochte die Frauenbewegung in jener Zeit letztendlich nur eine kleine Minderheit von Frauen angesprochen haben, so ließ sich im Nachhall von 1968 in den 1970er-Jahren aber zweifelsohne ein starker Politisierungseffekt ausmachen, auch im konventionellen Bereich. Zum einen interessierten sich immer mehr Frauen für die Politik, [46] zum anderen schrumpfte auch die Geschlechterkluft im Wahlverhalten. [47] Getragen wurde diese Entwicklung von der weiblichen Nachkriegsgeneration, die von PolitikwissenschaftlerInnen auch als „politische Generation“ (Beate Hoecker) charakterisiert worden ist. Sie hatte bessere Bildungs- bzw. Ausbildungs-, Berufs- und Karrierechancen als die ältere Generation, verfügte über eine größere finanzielle Unabhängigkeit und betrachtete die Stimmenabgabe durchaus als politisches Hilfsmittel, das sie gezielt für ihre persönliche

Entfaltung und Besserstellung einsetzte. Auch stimmten die jüngeren Frauen nicht mehr, wie es bis Ende der 1960er-Jahre der Fall war, unbedingt für das konservative Lager. Die Bundestagswahl 1972 gilt hier als Zäsur: Erstmals wählten mehr unter 34-Jährige die SPD als die Union, ein Trend der Sozialdemokratisierung der Frauen, der sich in den Folgewahlen 1976 und 1980 verstetigte. Paradoxerweise ließ sich im gleichen Zeitraum ein Rechtsruck bei den männlichen Wählern ausmachen, der den Linksruck der Wählerinnen ausglich. [48]

Frauen wurden nun verstärkt als politische Akteurinnen wahrgenommen. In den westdeutschen Institutionen setzte so ein Feminisierungstrend ein, der auch in den Parteien seine Wirkung entfaltete: Der Frauenanteil bei den Mitgliedern überstieg in SPD (1975), CDU (1977) und FDP (1981) erstmalig die 20-Prozent-Marke. [49] Diesem Trend folgend, schickten sich die Parteien an, den Frauen mehr Teilhabemöglichkeiten einzuräumen, allen voran die 1980 als verlängerter Arm der Neuen sozialen Bewegungen gegründete „Anti-Parteien-Partei" Die Grünen, die mit etwa einem Drittel ihres Mitgliederstamms die meisten Frauen in ihren Reihen zählte [50] und die Integration von Frauen mittels einer „formalen Privilegierung" (Joachim Raschke) in ihren Entscheidungsorganen obendrein noch unterstützte. Anfang der 1980er-Jahre waren 36% der Parteiämter von Frauen besetzt; [51] nach der Einführung von geschlechtsspezifischen Fördermaßnahmen, etwa des Paritätsprinzips im Jahr 1986, erhöhte sich ihr Anteil noch. [52] Was die weibliche Inklusion anbelangt, spielten die Grünen in der Bundesrepublik zweifellos eine Vorreiterrolle. Auch andere Parteien führten daraufhin Frauenquoten ein, blieben bei ihren frauenfreundlichen Bemühungen aber weit hinter dem grünen Vorbild zurück. [53]

So charakterisierten sich die 1970er- und 1980er-Jahre einerseits durch einen tiefgründigen Wandel der politischen Kultur, durch die Pluralisierung von Partizipationsformen, die mit der Herausbildung neuer AkteurInnen, Räume, Themen und Aktionsformen einhergingen, und andererseits durch die sowohl quantitative als auch qualitative Feminisierung des politischen

Felds. Der Impuls dazu mochte ursprünglich von den Neuen sozialen Bewegungen ausgegangen sein, doch zeichnete sich diese Zeit auch durch die erhöhte Integrationsbereitschaft von Parteien aus, die den globalgesellschaftlichen Veränderungen nun verstärkt Rechnung trugen. Im „nationalen Lager“ bzw. in der NPD hingegen konnte von struktureller Feminisierung nicht die Rede sein: Die weibliche Partizipation brach in dieser Phase regelrecht ab.

2.2. Die ‚Erbinnen‘ und der Rückgang der weiblichen Partizipation in der NPD

Im Gegensatz zu den anderen Parteien der Bundesrepublik, deren Mitgliederzahlen in der Zeit zwischen 1970 bis 1990 nach oben schnellten, verzeichnete die NPD einen steten Rückgang ihrer Anhängerzahl. Von den ursprünglich 28 000 Mitgliedern im Jahre 1969 blieben 1975 nur noch 10 000 Männer und Frauen in der Partei. Den Tiefpunkt erreichte sie 1982 mit 5 900 Mitgliedern. In der Folge vergrößerte sich die Anhängerschaft wieder langsam: Sie knackte 1983 die 6 000 Mitglieder-Marke und hielt sich dann bis 1989 (7 000 Mitglieder) auf diesem Niveau. [54] Ungeachtet der leichten Erhöhung am Phasenende zeichnen sich die 1970er- und 1980er-Jahre demnach durch massive Austrittsbewegungen aus, die in Geschlechterhinsicht nur schwer zu beziffern sind, weil belastbare empirische Daten zu den Parteianhängerinnen fehlen. Da in den 1960er-Jahren die Mitgliedschaft von Frauen oft einem ehelichen oder familiären Impuls gefolgt war – meist begleiteten nämlich die Ehefrauen und Lebenspartnerinnen ihre Männer lediglich in die Partei hinein –, so muss auch ihr Ausscheiden nach 1969 verhältnismäßig zu jenem der männlichen Mitglieder verlaufen sein. Es ist anzunehmen, dass die Zahl der weiblichen Parteimitglieder in den 1970er-Jahren sank, ihr Anteil sich aber bei 10 bis 15% stabilisierte. Entsprechend emphatisch kommentierte das Parteiorgan den leichten Anstieg der Frauenrate Mitte der 1980er-Jahre:

> „In den Monaten Januar, Februar und März dieses Jahres konnte im Vergleich zum selben Zeitraum des Vorjahres eine Steigerung an Mitgliedaufnahmen in Höhe von exakt 61,58%! erzielt werden. Auffallend hoch ist dabei der Anteil jüngerer Jahrgänge. So stellt die Altersgruppe der 35- bis 26jährigen [*sic!*] einen Anteil von 30,06% und die der 25jährigen und jüngeren einen Anteil von 28,86% an den Gesamtaufnahmen dar. Auffallend ist auch, daß immer mehr Frauen den Weg zur NPD finden: Im 1. Quartal 1986 kamen 131, 25% (!) mehr Frauen zu den Nationaldemokraten als im 1. Quartal des letzten Jahres. Die NPD ist voll im Kommen.“ [55]

Drei Monate später versicherte auch der Parteivorsitzende Martin Mußgnug, dass sich „unter den Neueintritten des Jahres 1986 [...] der Anteil der Frauen um über 100% erhöht“ habe. [56] Natürlich muss hier vor allem auf den Propagandaeffekt solcher Aussagen verwiesen werden, die inhaltlich eigentlich recht hohl blieben: Auskunft über die Berechnungsgrundlage oder die konkrete Anhängerinnenzahl gaben sie nämlich keine; der angebliche Feminisierungstrend ließ sich nicht überprüfen. 1989 schätzte die frisch in den Frankfurter Römer (das dortige Rathaus) gewählte Christine Ringmayer den Frauenanteil auf 30%, [57] was den realen Wert vermutlich bei weitem überstieg, wenn man bedenkt, dass der Frauenanteil in SPD und CDU zur gleichen Zeit bei 26,9 bzw. 22,9% lag und dass es bis dahin nur den Grünen gelungen war, die 30-Prozent-Marke im Zuge einer voluntaristischen Frauenförderung zu überwinden. Der Politikwissenschaftler Uwe Hoffmann bezifferte den Frauenanteil auf ca. 20% [58] und lag damit vermutlich richtig. Durchaus plausibel erscheint, dass sich die NPD-Basis in den 1980er-Jahren tatsächlich leicht feminisierte, dass dieser Prozess aber viel später als in den anderen Parteien und frühestens gegen Ende der 1980er-Jahre einsetzte und sich überdies auch äußerst langsam vollzog.

Im Bundesvorstand war der Frauenanteil im betrachteten Zeitraum marginal. Zwar variierte er im Laufe der Zeit etwas stakkatoartig, blieb die meiste Zeit dennoch unter 10% und

somit beständig niedrig. [59] Zwischen 1970 und 1987 saßen dort nie mehr als zwei oder drei Frauen gleichzeitig, 1988 waren es ausnahmsweise vier. Innerhalb von 20 Jahren wurden nur elf Frauen, durchweg lediglich als Beisitzerinnen, in den Bundesvorstand gewählt bzw. im Nachhinein berufen. [60] Obgleich man in den 1970er-Jahren noch eine gewisse Fluktuation im politischen Personal ausmachen konnte, so verschwand diese in den 1980er-Jahren fast völlig. Im Vorstand traf man vornehmlich auf zwei Frauen: Wilhelmine Steffens und Ilse Herrmann. Zum einen veranschaulicht diese Tatsache die beachtliche Anpassungsfähigkeit und politische Langlebigkeit dieser Nationaldemokratinnen, zum anderen kann sie aber auch als klarer Beleg für den notorischen Nachwuchsmangel und die fehlende personelle Erneuerung in den Parteistrukturen ausgelegt werden.

In den Landesvorständen waren die Frauen ebenfalls stark unterrepräsentiert, auch wenn ihr Anteil sich zwischen 1970 und 1989 verdoppelte. 1972 lag er noch bei 6,9% und erhöhte sich 1976 auf 10,6%, 1985 sogar auf 13,5%, fiel 1988 dann aber wieder auf 12,1%. Auffällig waren diesbezüglich auch die regionalen Unterschiede. Die höchsten Frauenraten verzeichneten 1972 die Landesvorstände in Schleswig-Holstein (20%) und West-Berlin (10%), 1976 wurde der Höchststand im Saarland (27,2%), in Schleswig-Holstein (15,7%), Niedersachsen (13,3%) und Bayern (12,9%) erreicht; 1985 blieb die Frauenquote im Saarland beständig (27,2%), stieg in Hamburg und Berlin auf 25% und steigerte sich auch in Baden-Württemberg oder Bayern auf ca. 15%: durchweg Zahlen, die bis 1988 relativ stabil blieben und offenbar auf eine graduelle Feminisierung auf Landesebene hindeuten. Auch die weibliche Partizipationsökonomie schien sich zu wandeln, denn der Aktivitätsschwerpunkt der Nationaldemokratinnen verschob sich schrittweise von Nord nach Süd und konzentrierte sich nun vornehmlich auf Bayern, Baden-Württemberg und das Saarland. Der Westen hingegen lag diesbezüglich stark im Rückstand: 1972 waren weder in Nordrhein-Westfalen noch in Hessen Frauen in den Entscheidungsgremien vertreten, in Rheinland-Pfalz betrug der

Frauenanteil gerade einmal 5%. In diesen drei Bundesländern stieg die Frauenquote auch bis zum Ende der 1980er-Jahre nie über 8%. Im Hinblick auf diese Entwicklungen lässt sich zweifellos sagen, dass die zuvor schon festgestellte Marginalisierung von Frauen in den parteiinternen Entscheidungs- und Machtstrukturen bis weit über die 1980er-Jahre hinaus bestehen blieb. Mit diesem Trend stand die NPD im Widerspruch zu den in dieser Zeit allgemein spürbaren und den Frauen meist förderlichen Demokratisierungsprozessen in der Bundesrepublik.

Bezüglich des Sozialprofils fällt bei der weiblichen Parteielite [61] vor allem der starke Anstieg der Hausfrauenrate in den 1970er-Jahren auf – 1970 lag sie noch bei 33,3%, stieg 1975 auf 40% und 1977 sogar auf 85,7% –, in einer Zeit also, in der die NPD auch ideologisch stark von der Rückkehr zu einem politischen Maternalismus und Traditionalismus geprägt war. Diese Tendenz kehrte sich erst im Laufe der 1980er-Jahre um, als die Rate auf 36,4% (1985) und später auf 25% (1989) absank. Hiermit korrelierend erreichte die Erwerbstätigkeitsquote der NPD-Frauen 1985 54%; sie überschritt jene der weiblichen Gesamtbevölkerung (48,3%) dabei sogar um wenige Prozentpunkte. [62] Viele Nationaldemokratinnen, etwa ein Drittel, waren als kaufmännische Angestellte, Sozialarbeiterinnen oder Sekretärinnen im Dienstleistungssektor beschäftigt. In dieser Phase gehörte keine zur Arbeiterschaft, und nur wenige, etwa 9 bis 10%, arbeiteten freiberuflich. Die Zahl der Beamtinnen bzw. Lehrerinnen, sprich derer, die ab 1972 mit Einführung des Radikalenerlasses ein eventuelles Berufsverbot zu befürchten hatten, fiel von 33% (1970) auf 20% (1975) und tendierte in den 1980er-Jahren schließlich gegen 0%.

In generationeller Hinsicht dominierten die Alterskohorten der zwischen 1910 und 1930 geborenen Frauen in dieser Phase deutlich: 1977 stellten sie immerhin 85,6% aller Parteifunktionärinnen dar; in der Folge sank deren Rate zwar wieder, doch blieben sie auch von 1980 (75%) bis 1989 (50%) in der Mehrheit. Zu dieser Generation zählten u. a. Wilhelmine Steffens (1913), Eva-Maria von Wolzogen (1913), Ursula Schaffer

(1913), Martha Kruse (1917) oder Holle Grimm (1918), Marlene Erber (1921), Anne-Marie Witt (1921), Maria Pflästerer (1922) und Edith Fleischer (1924). Die Überrepräsentation jener Altersklassen erklärt auch die für diese Periode charakteristische Überalterung der Parteifunktionärinnen; es fehlte an weiblichem Nachwuchs, um dieses Strukturproblem zu beheben. 33% der Nationaldemokratinnen waren 1970 bereits über 50 Jahre alt, 1980 waren es 87,5% – davon waren 12,5% sogar über 70 Jahre alt. 1989 belief sich ihr Anteil nur noch auf 50%. Bis Mitte der 1970er-Jahre gehörte keine einzige Funktionärin der Nachkriegsgeneration an, 1985 machten die unter 35-Jährigen dann 18% der weiblichen Kader aus. Bis Mitte der 1980er-Jahre beherrschten also vor allem jene Frauen die Parteielite, die im Kaiserreich oder in der Weimarer Republik geboren worden waren; ab 1985 behaupteten sich vornehmlich die in den 1930er- bis 1950er-Jahren geborenen und sozialisierten Frauen. So zeichnete sich gegen Ende der Periode eine leichte Verjüngung ab. Uwe Hoffmann beschrieb die NPD dieser Zeit recht passend als „Partei der Großväter und Enkel", demnach als Partei für Alt und Jung, von der sich aber die mittlere Generation, jene der 30- bis 45-Jährigen, fernhielt. [63] Für die weibliche Elite jedoch war die Alterung viel markanter als die Verjüngung: In ihr versammelten sich bei weitem mehr „Großmütter" als „Enkelinnen". Sie bestand hauptsächlich aus älteren Funktionärinnen, die der NPD über einen sehr langen Zeitraum die Treue hielten, die beispielsweise wie Martha Kruse (Bremen), Wilhelmine Steffens (Niedersachsen), Ilse Herrmann (Bayern) oder Helga Schulz (West-Berlin) bereits in den 1960er-Jahren in die Partei eingetreten waren und dort oft bis weit in die 1980er-Jahre hinein, vereinzelt sogar bis in die 2000er-Jahre verweilten. Nach dem Ausscheiden der Gründerinnen hatten sie als deren Erbinnen die Frauenarbeit übernommen. Erbinnen waren sie, weil sie wie die Gründerinnen im Wilhelminismus, während der Weimarer Republik oder im Nationalsozialismus sozialisiert worden waren und folglich zur Erlebnisgeneration gehörten, sich aber erst nach dem Krieg in der extremen Rechten engagierten. Erbinnen waren sie ebenfalls, weil sie in

den 1960er-Jahren unter der Anleitung der Gründerinnen erste politische Erfahrungen gesammelt hatten und nach deren Rückzug nun gewissermaßen als zweite Garde vorrückten. Vereinzelt taten sich in den 1970er-Jahren auch neue Akteurinnen hervor, etwa Ursula Schaffer (West-Berlin), Marlene Erber (Bayern) oder Gabriele Prehl (Nordrhein-Westfalen); bestimmend waren dennoch jene Akteurinnen, die bis in die 1990er-Jahre hinein eine gewisse Kontinuität stifteten: Die Erbinnen fungierten somit maßgeblich als Brückengeneration, deren Hauptaufgabe darin bestand, die NPD in ihrer Hibernationsphase politisch am Leben zu halten.

3. Weibliche Mobilisierung in der Ära Mußgnug (1971–1990)

3.1. Mußgnug und die Hibernationsphase der NPD

Vorab lässt sich zu Martin Mußgnug sagen, dass es auch ihm nicht gelang, in den ganzen zwei Jahrzehnten, die er an der NPD-Spitze verbrachte, die angeschlagene Partei wieder auf Vordermann zu bringen: Die Parteistrukturen ließen sich nicht aktivieren, die wenigen noch verbliebenen Mitglieder nicht mobilisieren, die internen Querelen nicht überwinden und die Wahlen nicht gewinnen –, sodass die Partei in dieser Zeit politisch wie organisatorisch buchstäblich zu einem „ohnmächtigen Skelett“ (Patrick Moreau) verkam. [64] 1971 von Adolf von Thadden als Nachfolger auserkoren und durchgesetzt, [65] fehlten ihm jedoch das nötige Charisma, die Autorität und politische Weitsicht, um das Amt souverän ausfüllen zu können. Er verwaltete die Partei mehr, als dass er sie anführte, und manövrierte sie somit konsequent ins politische Abseits. Nach der für die NPD schmählichen Niederlage bei der Bundestagswahl 1972, wo sie gerade einmal 0,6% der Stimmen einfuhr, setzte sich der Parteichef über die Bedenken seiner Parteifreunde, die ihm wie Gertraude Winkelvoß nachdrücklich rieten, von weiteren Wahlbeteiligungen abzusehen, um die

Partei nicht noch zusätzlich zu belasten, leichtfertig hinweg und lancierte ab 1973 neben der Verabschiedung des „Düsseldorfer Programms" auch mehrere regionale Wahlkämpfe; die Landtagswahlen gingen für die NPD allesamt verheerend aus. [66] Den absoluten Tiefpunkt bildete aber vor allem die Bundestagswahl von 1976, bei der die Partei nur 0,32% der Zweitstimmen auf sich vereinen konnte. Genauso trübe waren die Aussichten auf lange Sicht. Wie die nationaldemokratische Anhängerschaft alterte auch die Wählerschaft zusehends: 62% der WählerInnen waren zu jener Zeit schon über 45 Jahre alt; überdies mieden junge Menschen und Frauen weiterhin beharrlich die Partei. [67]

Von der strukturellen Verwahrlosung stetig angetrieben, schritt der interne Erosionsprozess sichtbar voran und beeinträchtigte die *Agency* der Partei so stark, dass sie all ihre Aktivitäten – auch die für sie überlebenswichtige Pressearbeit – deutlich herunterfahren musste. Als Rettungsmaßnahme strengte Mußgnug eine politische Allianz mit seinem Hauptkonkurrenten, dem Verleger und DVU-Vorsitzenden Gerhard Frey, an. Das Bündnis wurde am 16. Juni 1975 im Rahmen des jährlich stattfindenden „Deutschlandtreffens" mit der „Bonner Erklärung" besiegelt. Der Opportunismus bzw. Entrismus, den der sonst als scharfer NPD-Opponent bekannte Frey hier offensichtlich an den Tag legte, löste jedoch bei den AnhängerInnen starken Unmut aus: Als Mußgnug ihm, ohne vormalige Absprache mit dem Bundesvorstand, beim Bundesparteitag in Ketsch (18./19. Oktober 1975) zudem noch das Amt des stellvertretenden Vorsitzenden anbot, verhinderten die Delegierten seine Wahl ins Präsidium und gewährten Frey letztendlich nur einen Beisitzer-Posten. [68] Sichtbar desavouiert und geschwächt, konnte Mußgnug die Wahl zum Vorsitzenden trotzdem wieder für sich entscheiden, doch musste er mit weiteren Regungen der internen Opposition rechnen. [69] Die Konfrontation suchten beispielsweise die seit 1973 unter der Führung Günter Deckerts stehenden Jungen Nationaldemokraten (JN). Bereits ein Jahr zuvor hatte Deckert über den Kirchhainer Kreis, eine etwa 50 Kader umfassende

Gruppe, vergeblich versucht, den Bundesvorsitzenden zu einer Kursänderung zu bewegen. Dessen konservative Linie empfand er als zu seicht und warb seinerseits für eine offensiv national-revolutionäre Ausrichtung, für die ihm die in Frankreich langsam aufkeimende „Neue Rechte“ als Vorbild diente. Deren Ideen gedachte er für die NPD fruchtbar zu machen. [70] Dass er 1975 beim Bundesparteitag in Ketsch zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt wurde, bestätigte ihn in seinen Ambitionen, doch fehlte ihm der nötige interne Rückhalt, um seine politischen Pläne umzusetzen. Unentwegt monierte er die finanzielle Undurchsichtigkeit, die reformfeindliche Rigidität sowie den Immobilismus Mußgnugs, konnte dadurch aber keine nennenswerten Veränderungen erreichen. Schließlich ging er 1977 selbst in die Offensive und rief die NationaldemokratInnen in einem Schreiben zur Absetzung des Parteichefs auf. Neue „Frauen und Männer“ sollten der NPD den lang ersehnten Aufschwung bringen:

> „Wählen wir Frauen und Männer, die nicht zum Resignieren, zur Trägheit neigen, weil sie innerlich ausgebrannt sind. Wählen wir Frauen und Männer, die dynamisch, fähig und auch gesitig [*sic!*] in der Lage sind, Führungsaufgaben gerecht zu werden. Wählen wir Frauen und Männer, die dies auch durch die Arbeit, die sie in ihren ‚Hausverbänden‘ leisten und geleistet haben, sichtbar unter Beweis stellen. Wählen wir Frauen und Männer, die lauter sind. Wählen wir Frauen und Männer, die in gesicherten wirtschaftlichen Verhältnissen leben. Wählen wir Frauen und Männer, die keine Pauschalen annehmen, sondern nur, wenn überhaupt, echt entstandene Kosten verrechnen. Freizeit opfern wir alle, auch und gerade an der Basis. […] Wählen wir eine neue Mannschaft!!!“ [71]

Mit diesen scharfen Worten, die Mußgnugs Machenschaften und Versäumnisse unmissverständlich an den Pranger stellten, beabsichtigte Deckert, seine AnhängerInnen im Vorfeld des 11. Parteitags in Hannover (26./27. März 1977) gegen den Parteichef

aufzustacheln. Dabei zählte er insbesondere auf die Frauen: Davon zeugen neben deren betonten Erwähnung im Zitat auch die hervorgehobene Position, die er ihnen im neuen Bundesvorstand zugedacht hatte. Sowohl die Altgedienten Martha Kruse und Eva-Maria von Wolzogen als auch die Novizin Marlene Erber sollten darin einen festen Platz einnehmen. In Hannover stimmten die Delegierten jedoch für die Mußgnug'sche Kontinuität und machten Deckerts Vorstoß damit zunichte; die gegnerischen Stimmen verstummten. Auch dieser interne Machtkampf zehrte an der NPD, einer Partei, die so schon zum Dahinvegetieren verdammt zu sein schien, wie es die äußerst katastrophalen Wahlergebnisse der Folgezeit eindringlich veranschaulichten. [72] Unverhohlen kam parteiintern die Gretchenfrage auf: ob sich der politische Kampf überhaupt noch lohne, ob die NPD noch relevant sei. Mußgnug weigerte sich aber, jene konkret zu beantworten, und schwor die Parteimitglieder verheißungsvoll auf das neue Jahrzehnt ein, das ihm zufolge hoffnungsschwanger vor ihnen lag. [73]

In diesem Jahrzehnt sortierte die NPD sich vor allem ideologisch neu: Sie entdeckte den Rassismus und seine politische Brisanz für sich. In großen Lettern auf rotem Grund prangte im Parteiorgan 1980 erstmals das für die nächsten Jahrzehnte prägende xenophobe Motto: „Ausländerstopp, Deutschland den Deutschen". [74] Darauf aufbauend, entstanden kleine, oft als Bürgerinitiativen getarnte Gruppierungen, die der Partei bei der Verbreitung ihrer rassistischen Agitation behilflich waren. Besonders hervorgetan haben sich in diesem Rahmen die Eheleute Gabriele und Hagen Prehl aus Nordrhein-Westfalen mit ihrer Bürgerinitiative Ausländerstopp (BIA). [75] Ihren Kreuzzug gegen Einwanderung und Integration ergänzte die NPD noch durch andere Schwerpunkte, etwa durch eine gellende Propaganda gegen eine potentielle EU-Annäherung an die Türkei oder die europäische Integration überhaupt. Die rassistische Kehrtwende erwies sich als politisch gewinnbringend, bescherte sie der NPD doch nach einer langen Durststrecke wieder erste, wenn auch überaus bescheidene Wahlerfolge. Etwa bei der Bundestagswahl 1983 (0,23%), wo sie

im Vergleich zur vorherigen Wahl (1980) einen Zuwachs von 23 000 Stimmen verzeichnen konnte, oder bei der Europawahl 1984 (0,8%), bei der sie insbesondere Frauen wie Marion Jäger, Ilse Herrmann und Heidemarie Leingang herausgestellt hatte: Die Zeichen standen auf Aufschwung. Mithilfe der staatlichen Wahlkampfkostenrückerstattung konnte die NPD außerdem ihre Schulden teilweise begleichen und wieder mehr Ressourcen in Pressearbeit und Wahlkämpfe investieren.

Nach einer Vereinbarung mit der DVU zog diese ihre Kandidatur für die Bundestagswahl 1987 zugunsten der NPD zurück und ermöglichte Letzterer damit, ihr Wahlergebnis (0,6%) zu verdoppeln – im Gegenzug beteiligte sich die NPD 1989 nicht an der Europawahl. Auch auf der Landesebene war der Aufwärtstrend sichtbar: Im Frühling 1988 trat sie nur in den Bundesländern zur Wahl an, in denen sie sich auch einen mäßigen Erfolg versprechen konnte – die Rechnung ging in Baden-Württemberg (2,1%) und in Schleswig-Holstein (1,2%) auf. Bei der Kommunalwahl in Hessen gelang ihr mit 29 eroberten Mandaten in Stadt- und Gemeindevertretungen im März 1989 der Durchbruch. In Frankfurt am Main (6,6%) entsandte sie auf diese Weise Christine Ringmayer, Ursula Gerhold und Winfried Krauß in die Stadtverordnetenversammlung. Die NPD mochte sich langsam aufraffen, noch konnte sie aber dem Aufbegehren einer neuen Rivalin, die seit 1983 unter der Bezeichnung Die Republikaner (REP) auftrat, nichts entgegensetzen: Beide gingen mit denselben rassistisch-xenophoben Themen und Ansprüchen auf WählerInnenjagd; die REP waren dabei nur viel erfolgreicher, wie es ihr Ergebnis (7,1%) bei der Europawahl von 1989 verdeutlichte [76] – die von der NPD unterstützte DVU-Liste errang bei dieser Wahl nur 1,6% der Stimmen.

Schließlich besiegelte das Jahr 1990 definitiv das Ende der Ära Mußgnug. Im Zeichen der deutschen Wiedervereinigung und der Vorherrschaft des Bundeskanzlers Helmut Kohl, der jene geschickt zu realisieren und zu inszenieren wusste, schnitt das gesamte nationale Lager bei der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl vom 2. Dezember 1990 schlecht ab, ebenso die

NPD: Sie fiel auf 0,3% der Zweitstimmen zurück. Entmutigt gab Mußgnug den Vorsitz an Walter Bachmann ab, der die Partei vorübergehend kommissarisch leitete. 1991 setzte sich Günter Deckert nach einer erneuten Machtfehde an der Spitze durch. Martin Mußgnug verließ daraufhin mit ca. 700 AnhängerInnen, darunter auch die langjährige Landesgeschäftsführerin des bayerischen Landesverbands, Ilse Herrmann, die Partei und schloss sich der Deutschen Liga für Volk und Heimat (DLVH) an. Hiermit endete eine der schwierigsten Phasen der Parteigeschichte.

3.2. Funktion und Handlungsmacht führender Nationaldemokratinnen

Es ist kein leichtes Unterfangen, die weiblichen Aktivitäten in der Hibernationsphase nachzuzeichnen, so spärlich gesät sind die Spuren in dieser Periode. Und doch ließen sich verstreut Quellen der für die Parteiarbeit prägenden Protagonistinnen ausfindig machen: [77] Um deren Position und Wirkmacht soll es im Folgenden gehen.

In der Zeit nach 1969 stand das Wirken des weiblichen Personals noch unter dem Zeichen der Kontinuität, die Eva David-Happach, KV-Vorsitzende und Mitglied des schleswig-holsteinischen Landesverbands, auf besondere Weise zu verkörpern schien. Von Gertraude Winkelvoß 1970 als weibliche Verstärkung und mehr noch als ihre Nachfolgerin in den Parteivorstand geholt, war die nationalkonservative Lübecker Geschichtslehrerin bis 1975 weniger für die Frauenarbeit als für die politische Ausbildung zuständig. Mit dem Leiter des Arbeitskreises „Schulung“, Ernst Anrich, organisierte sie Tagungen und Diskussionsrunden, veranstaltete am 29. April 1973 beispielsweise ein politisches Seminar in Stade zum Thema Nationalismus als „dritter Weg“ zwischen Liberalismus und Marxismus. [78] Besonderes Aufsehen erregte sie im gleichen Jahr durch ihren persönlichen Feldzug gegen den Radikalenerlass. [79] Danach verliert sich ihre Spur; im Bundesvorstand wurde sie durch andere Vertreterinnen der Gründungsgeneration

abgelöst, durch Martha Kruse etwa oder Eva-Maria von Wolzogen, die als Darmstädter Kreisvorsitzende und Mitglied des Arbeitskreises „Kulturpolitik“ schon seit dem Ende der 1960er-Jahre hervorgetreten war und ab 1975 zusätzlich zu ihren anderen Aufgaben auch noch das Amt der Bundesfrauenreferentin übernahm. Nachdem sie in der Nachfolge von Hildegard Niewöhner ebenso in Hessen die Frauenarbeit übernommen hatte, konzentrierte sich ihr Wirken vornehmlich auf den regionalen Raum. Im Vorfeld der Bundestagswahl 1976 bemühte sie sich, Frauen für den Wahlkampf zu gewinnen, erinnerte die Parteianhängerinnen in ihren Rundschreiben und Briefen stets an ihre politische Mission und an die moralischen Werte – „Unbestechlichkeit und Sauberkeit und Gerechtigkeit“ –, für die im Besonderen Frauen in der Partei einzustehen hätten. [80] Dass ihre Mobilisierungsversuche aber wohl des Öfteren ins Leere liefen, zeigt folgende, fast flehentliche Bitte an die weibliche Basis:

> „Bitte, lassen Sie mich nicht das Gefühl haben, ich hätte diesen Brief in den Urwald versandt!! Wenn es Ihnen möglich ist, legen Sie bei Ihrer Antwort eine Freimarke zur Entlastung der Portokasse ein.“ [81]

Freilich schränkte die finanzielle Notlage den Handlungsspielraum der Frauenreferentin stark ein; schon das Verschicken von Briefen, Einladungen sowie Propagandamaterial galt als „Luxus, den sich die Portokasse des LV eigentlich gar nicht leisten“ konnte. [82] So ressourcenschonend wie möglich organisierte von Wolzogen fünf Monate vor der Wahl, im Mai 1976, einen Frauenkongress im hessischen Langen. Unter dem Motto „Wir Deutschen sind eine große Familie“ bewarben die unterschiedlichen ReferentInnen die NPD-Familien- und Gesundheitspolitik; auch ließ von Wolzogen in diesem Rahmen „Auslandsdeutsche“ zu Wort kommen, die sich wie sie selbst als Mitglieder des Vereins für deutsche Kulturbeziehungen im Ausland (VDA) für die

deutsch-kulturelle „Kolonisierung“ anderer Erdteile stark machten. [83] Da die nötigen Voraussetzungen für einen gelungenen Wahlkampf auch bei den Frauen in finanzieller, materieller und personeller Hinsicht nicht gegeben waren, blieb der Erfolg aus; von Wolzogen verstarb nur wenige Monate nach der Wahl, im Alter von 64 Jahren.

Anders verlief es bei ihrer Nachfolgerin, der 56-jährigen Marlene Erber, die als Hausfrau und Bundesvorstandsmitglied ab 1977 die Frauenarbeit verantwortete. Ein Jahr zuvor hatte sie sich einen soliden Ruf als Wahlkämpferin erworben, indem sie als Rednerin durch ganz Bayern getingelt war. Auch wusste sie sich auf ihrem Weg nach oben ihre männlichen Parteifreundschaften zunutze zu machen. Im Bundesvorstand erhielt sie die tatkräftige Unterstützung ihrer bayerischen Wahlkampfgefährten Walter Bachmann und Günter Deckert, beide stellvertretende NPD-Vorsitzende. Gemeinsam mit ihnen hatte sie am 7. November 1975 die offizielle Wahlkampagne in München lanciert. So wurde sie im März 1977 in Hannover als Beisitzerin in den Bundesvorstand gewählt – den Posten des stellvertretenden Vorsitzenden, auf den sie sich ebenfalls beworben hatte, wollte man ihr jedoch nicht gewähren.

In ihrem heimatlichen Bezirksverband München-Oberbayern hatte sie seit Mitte der 1970er-Jahre einen Frauenarbeitskreis geleitet. Den überführte sie 1977 in den unter ihrer Obhut auf Bundesvorstandsebene agierenden Sonderausschuss „Familie, Volksgesundheit, Schutz des Lebens“. [84] Nicht von ungefähr deutet die Neubezeichnung des traditionellen „Bundesfrauenreferats“ auf die thematische Schwerpunktverschiebung der weiblichen Agitation im Kontext der Frauenbewegung hin: Als Abtreibungsgegnerinnen positionierten sich die Nationaldemokratinnen mithilfe des Lebensschutzes nun klar gegen den politischen Feminismus. Entsprechend adressierte die Bundesfrauenführerin Erber im Juli 1977 einen generellen Mobilisierungsaufruf an alle „echten Frauen und Mütter“, denen das „Volk noch am Herzen“ lag:

> „Wir brauchen keine Politik mehr zu betreiben [,] wenn es

> kein deutsches Volk mehr gibt. Die Zeit arbeitet leider nicht für uns, denn unser Volk verliert von Tag zu Tag mehr an Substanz. Die Aktivierung der Frauenarbeit ist deshalb das Gebot der Stunde. Wir brauchen wieder echte Frauen und Mütter in diesem Lande. Deshalb meine Bitte an alle Frauen und Mädchen in unserer Partei: arbeiten Sie aktiv in unseren Frauengruppen mit, damit wir die uns gestellten Aufgaben erfüllen können. Wir sind weder Kaffee-Kränzchen-Tanten, noch emanzipationssüchtige, männerfeindliche, frustrierte Geschöpfe, sondern wir sind schlicht einfach Frauen und Mütter, die sich der Not unseres Volkes bewußt sind, aber auch der daraus resultierenden Aufgabe. Eine ernste Bitte auch an unsere männlichen Parteifreunde. Nehmen Sie Einfluß auf Ihre Frauen, Bräute, Töchter und Freundinnen und versuchen Sie, diese für die Mitarbeit zu gewinnen. Keiner sollte abseits stehen, denn nichts auf der Welt geschieht von alleine. Nicht warten auf die Trendwende – sondern sie herbeiführen – ist unsere Aufgabe.“ [85]

Aus diesem Passus lassen sich die Grundimpulse ablesen, die laut Marlene Erber das politische Selbstverständnis aller Nationalistinnen begründen sollten: das Aufbegehren gegen den Niedergang der „Volkssubstanz“ und, damit verbunden, der Kampf gegen den Feminismus und seine „emanzipationssüchtigen, männerfeindlichen und frustrierten“ Verfechterinnen, die sie als Motor der Zersetzungserscheinungen brandmarkte. Frauen sollten aus dem Käfig ihrer politischen Bequemlichkeit ausbrechen und sich nach ihrem Vorbild zur Wehr setzen. So gerierte sich Marlene Erber als Galionsfigur einer antifeministischen und reaktionär-nationalistischen Gegenbewegung zur Frauenbewegung. Jedoch konnte sie nur bedingt und sehr vereinzelt Frauen hinter sich scharen; eine Bewegung konnte sie wahrlich nicht aus dem Boden stampfen.

Um die NPD-Programmatik in familienpolitischer Hinsicht zu schärfen, lud Erber am 1. Oktober 1977 zu einem Frauenkongress nach Heidelberg, zu dem sich

bemerkenswerterweise zahlreiche Parteigrößen wie Martin Mußgnug oder der baden-württembergische Landeschef Werner Kuhnt einfanden – vielleicht gerade deshalb, weil die Reden bei dieser an Frauen gerichteten Tagung fast ausschließlich von Männern gehalten wurden. Rolf Kosiek referierte über die Familienpolitik, Dr. Huber über die Gesundheitspolitik und Mußgnug über die Lage von Männern und Frauen im Ostblock. Lediglich zwei Nationaldemokratinnen ergriffen bei diesem Anlass das Wort, um wie die baden-württembergische Frauenreferentin Edith Fleischer zu Beginn der Veranstaltung einige Grußworte an das Publikum zu richten; einzig Marlene Erber leistete mit ihrem Vortrag zu den gesellschaftlichen Zuständen und zur Terrorgefahr von links als Frau einen inhaltlichen Beitrag zum Kongress. [86] Tatsache ist, dass die Parteimänner durch ihre Anwesenheit und aktive Teilnahme erstmalig ihr Interesse für die Frauen- und Familienpolitik bekundeten, diesen von ihnen zuvor vernachlässigten und oft eher belächelten Bereich dadurch sogar politisch aufwerteten. Unter der Einwirkung der Frauenbewegung, die sich in den 1970er-Jahren die Politisierung des Privaten auf die Fahnen geschrieben hatte, waren Themen wie Frauenrechte und -arbeit, Familie, Fortpflanzung, Abtreibung und Lebensschutz allmählich in den politischen Diskurs gedrungen. Angesichts dieser zivilgesellschaftlichen Regungen, der einschlägigen politischen Reformen sowie des Werte- und Normenwandels in der westdeutschen Gesellschaft musste offensichtlich auch die NPD-Leitung einsehen, dass die Aufnahme von politisch brisanten „Frauenthemen“ in die Parteipropaganda unabdingbar geworden war. Die Zeichen standen auf Inklusion. Zugleich bedeutete die Vereinnahmung jener Themen durch die Männer paradoxerweise auch einen Autonomieverlust für die Frauen, die nicht mehr exklusiv über ihren Bereich herrschten, diesen nicht mehr frei und unabhängig gestalten konnten und somit weniger als je zuvor in Konzeption und Vermittlung jener programmatischen Positionen einbezogen wurden.

Nach dem Heidelberger Frauenkongress bemühte sich

Marlene Erber um die Verbreitung des dort ausgearbeiteten und verabschiedeten familienpolitischen Programms, [87] präsentierte es auf Versammlungen und Sitzungen, etwa in München am 21. September 1978 oder in West-Berlin am 6. Februar 1979, und bewarb es ebenfalls mehrmals im Parteiorgan „Deutsche Stimme". [88] Mit ihrem Münchener Frauenarbeitskreis engagierte sie sich auch auf lokaler und regionaler Ebene, machte zwischen 1978 und 1980 durch Stände in Fußgängerzonen auf die NPD aufmerksam, veranstaltete zum Muttertag Feste in Altersheimen sowie Diskussionsrunden in DDR-Übersiedlerheimen. Doch lähmten die politische Perspektivlosigkeit, die anhaltenden internen Funktionsstörungen und das hartnäckige Misstrauen, das sie gegenüber Martin Mußgnug hegte, ihren frohgemuten Eifer. 1980, kurz nach der Bundestagswahl, erklärte sie ihren Parteiaustritt mit folgenden unmissverständlichen Worten:

> „Eine Parteiführung, die ihr schlechtes Wahlergebnis der nationalen Publizistik anlastet, statt die Unzulänglichkeiten im eigenen Apparat zu erkennen und abzustellen [...] hat die Partei [...] unfähig gemacht, als echte Alternative in der Öffentlichkeit zu wirken.“ [89]

Nach ihrem Rückzug übernahm die berüchtigte Veteranin des Nachkriegsextremismus, Wilhelmine Steffens, die Frauenarbeit auf Bundesebene. Von Anfang an in der NPD aktiv, profilierte sie sich innerparteilich hauptsächlich in den 1980er-Jahren durch die Fülle von Ämtern und Funktionen, die sie in dem Jahrzehnt akkumulierte. Als langjährige Vorsitzende des Kreisverbands Soltau-Fallingbostel und Mitglied des niedersächsischen Landesvorstands kandidierte sie seit den 1960er-Jahren wiederholt bei Bundestags- und Europawahlen. 1981 in den Bundesvorstand gewählt, verweilte sie dort über zehn Jahre an der Seite der bayerischen Nationaldemokratin Ilse Herrmann. Der Name Steffens ist untrennbar mit der ideologischen Neuausrichtung der NPD verbunden, die in den 1980er-Jahren unter dem Einfluss der „Neuen Rechten“ den Lebensschutz mit

bio-ökologischen Ansätzen kreuzte. [90] Bereits im März 1978 hatte sie den Ausschuss „Umwelt und Lebensschutz“ [91] ins Leben gerufen, wodurch sie nun ein thematisches Feld für sich beanspruchte, das seit 1977 zum Kompetenzbereich von Marlene Erber gehört hatte, und beackerte es fortan reichlich. Die Risiken der Atomenergie standen im Mittelpunkt der zahlreichen Vorträge, die sie im Rahmen der niedersächsischen Landesparteitage oder anderer Veranstaltungen in Helmstedt (April 1977), Soltau-Fallingbostel (Mai 1978) und Lüneburg (Juni 1979) hielt. [92] Den Höhepunkt bildete hierbei der 1980 gemeinsam mit Walter Bachmann, Marlene Erber, Rolf Kosiek und Gerhard Gebauer in Bayern durchgeführte ökologische Kongress zur „Sicherung einer lebenswerten Umwelt“. [93]

Nachdem sie die Zusammenführung der Ausschüsse „Umwelt und Lebensschutz“ und „Familie, Volksgesundheit, Lebensschutz“ zu Beginn der 1980er-Jahre veranlasst hatte, wandte sich Steffens vor allem der Bevölkerungspolitik zu, fokussierte ihre Reden dabei verstärkt auf das Thema Geburtenkontrolle und „Volkstod“ und fiel nach der Tschernobyl-Katastrophe 1986 kontextbedingt wieder auf ihr Ursprungsthema, die Anti-Atom-Agitation, zurück. [94] Darüber hinaus forcierte sie Mitte der 1980er-Jahre die ethnozentristische und ausländerfeindliche Wende der NPD dadurch, dass sie auf Bundesvorstandsebene einen „Ausschuss für Ausländer- und Asylantenangelegenheiten“ mit dem Ziel einrichtete, die gesamte nationaldemokratische Propaganda rassistisch zu grundieren. [95] Als Dank für den unermüdlichen Einsatz von Steffens hielt die NPD ihren 17. Bundesparteitag (1./2. Oktober 1983) unter ihrer Schirmherrschaft in Fallingbostel ab. [96] Mit dieser Geste ehrte sie eine durchaus beflissene Aktivistin, die ihr ganzes Leben der extremen Rechten gewidmet hatte und die bis zu ihrem Tod 2001 NPD-Parteimitglied bzw. Multifunktionärin blieb.

Anders als in den 1960er-Jahren, als die „Frauenarbeit“ noch durch die Bundesfrauenreferentin *top down* und überregional koordiniert wurde, lässt sich für die 1970er- und 1980er-Jahre eine auffällige Dezentralisierung der weiblichen Tätigkeit

feststellen. Weniger national als regional ausgerichtet, charakterisierte sie sich, weil sie vom immensen Einsatz einiger weniger Akteurinnen abhing, durch ihre generelle Desorganisation. Die zahlreichen strukturellen Hürden, mit denen die Partei zu kämpfen hatte, die finanzielle und materielle Instabilität genauso wie die Ausdünnung der Parteibasis oder die politische Marginalisierung der NPD verunmöglichten jegliche Erneuerung des weiblichen Personals. Abgesehen von Marlene Erber und Edith Fleischer gehörten alle weiblichen Bundesvorstandsmitglieder der 1970er- und 1980er-Jahre zur alten nationaldemokratischen Garde; jener also, die seit der Parteigründung der NPD die Treue hielt und sich nun in der Hibernationsphase politisch profilierte: David-Happach, von Wolzogen, Kruse, Hermann und Steffens gehörten zu diesem Schlag. Letztendlich blieb ihr politisches Echo begrenzt: Es fehlte an Mitteln, öffentlichen Verbreitungskanälen, an Effizienz und Motivation. Sie nahmen eine abwartende Haltung ein und beschränkten sich in ihrer politischen Praxis auf eine Art ideologische Instandhaltung: Mit Blick auf die Zukunft pflegten sie die Gesinnungsgemeinschaft – sowie die Hoffnung auf für sie günstigere Zeiten.

3.3. Der Lokalaktivismus der ‚Unsichtbaren': Die Nationaldemokratinnen in den Kreisverbänden

Weil es maßgeblich von der Entschlossenheit und Ausdauer einzelner AkteurInnen abhing, zeichnete sich das Engagement von NationaldemokratInnen in den 1970er- und 1980er-Jahren auf der Mikroebene durch eine starke zeitliche und territoriale Diskontinuität aus: Der Rückzug oder der Tod einer Aktivistin oder eines Aktivisten konnte mancherorts den Zusammenbruch ganzer Kreis- oder Ortsverbände zur Folge haben. Die Aufrechterhaltung der lokalen Strukturen gehörte in dieser Phase zu den Hauptherausforderungen der NPD. Gleichwohl gelang es einigen, den Auflösungserscheinungen zum Trotz auf Kreisebene eine rege politische Aktivität zu entfalten. So erging es beispielsweise Gudrun Dörfel, die sich in ihrem Nürnberger

Kreisverband einbrachte, um nach eigenem Bekunden weiterhin „für die Freiheit des deutschen Volkes und des Reichs“ zu ringen. [97] Im Krieg als Krankenschwester des Roten Kreuzes in Militärkrankenhäusern eingesetzt, verbrachte die 1920 geborene und ausgebildete Philologin und Übersetzerin aufgrund ihres nationalsozialistischen Eifers ein Jahr in alliierter Gefangenschaft. [98] Sie gehörte zu den NPD-GründerInnen, die bis in die 1990er-Jahre hinein in der Partei aktiv waren. In ihrem Kreisverband bewältigte sie die laufenden Geschäfte, unterstützte die nationaldemokratischen Wahlkämpfe und stieß mitunter auch öffentlichkeitswirksame Aktionen an, wie im April 1976, als sie mit AnhängerInnen die von der katholischen Kirche und der SPD im Rahmen der Ostpolitik veranstaltete „deutsch-polnische Woche“ zu stören versuchte. [99] Entsprechend lobte die NPD diese Vorzeige-Aktivistin 1984 in den höchsten Tönen:

> „Sie leitet den KV Nürnberg-Stadt und der ist ein Juwel in der Bayerischen NPD. Wen auch immer sie als Vortragenden oder Redner einlädt, allemal serviert sie dem Betreffenden ein volles Haus, und man fühlt sich bei den Nürnberger Freunden pudelwohl.“ [100]

Ganz wie Gudrun Dörfel bemühten sich viele mittlere und kleine FunktionsträgerInnen, die Basis bzw. das, was von ihr noch übrigblieb, zusammenzuhalten und das politische Tagesgeschäft zu regeln. Sehr regelmäßig würdigte die NPD die Männer und Frauen in ihren Reihen, die anspruchslos und nahezu unsichtbar die lokale Nationaldemokratie am Leben erhielten. Zwischen 1977 und 1989 veröffentlichte die „Deutsche Stimme“ über zwanzig Nachrufe zu Ehren verstorbener Aktivistinnen, die sich wie Else Hippold (1909–1977) aus Essen, Hedwig Berger (1904–1978) aus Sigmaringen-Zollernalb, Henny Schmidt (1902–1978) aus Wuppertal, Anneliese Emke (1930–1980) aus Goslar, Elfriede Becker (1926–1982) aus Karlsruhe, Hildegard Desler (1907–1983) aus Hamburg, Rose von Kracht (1900–1986) aus Marburg oder Elsa Steinkampf (1928–1988) aus Bremen ehrenamtlich für die Partei eingesetzt hatten. Auch

bemühte sich die NPD, einzelne Parteifrauen sichtbar zu machen: 1981 rühmte sie ihrer Langlebigkeit wegen die 86-jährige „Kameradin“ Helene Rosentreter aus dem Kreisverband Hameln-Pyrmont und die 90-jährige Maria Stäge aus Celle. [101] Spätestens Ende der 1980er-Jahre ging sie dann aber, vermutlich aus Imagegründen, dazu über, eher die jüngeren Aktivistinnen hervorzuheben. [102]

Dass die *Agency* eines Kreisverbandes in bedeutendem Maße auch von der ihm entgegengebrachten Haltung der Behörden bestimmt war, zeigt das Beispiel der West-Berliner NPD. Seit ihrem Bestehen belasteten interne Streitigkeiten sowie Sabotageaktionen von eingeschleusten Spionen die Verbandsarbeit; erschwerend kam aber hinzu, dass sie auch von Seiten der Regierungskräfte angefeindet, gar aktiv bekämpft wurde. Die DDR griff als erste zu „antifaschistischen“ Maßnahmen gegen sie: Ab März 1968 war es den westdeutschen bzw. West-Berliner NPD-Mitgliedern nicht mehr gestattet, das ostdeutsche Territorium zu betreten oder zu überqueren. Auch der West-Berliner Bürgermeister, der Sozialdemokrat Klaus Schütz, schritt im Oktober 1968 zur Tat, indem er die Westalliierten ersuchte, den NPD-Kreisverband zu verbieten, was diese mit Ausnahme der Franzosen zurückwiesen. Um jeglicher Eskalation vorzubeugen, stimmte die Berliner NPD im Oktober 1968 für ihre Selbstauflösung. Da aber das Berliner Landgericht den Beschluss im Januar 1969 wegen eines Formfehlers unterband, bestand der Verband fort. [103] Zwar scheiterte im März 1969 auch der zweite vom Senat bei der alliierten Kommandantur eingebrachte Verbotsantrag, doch sorgte jene zugleich auch für Maßnahmen, um den Aktivismus der NPD im Raum Berlin abzuwürgen. Im Laufe der 1970er-Jahre wurde der Druck auf sie erhöht: Sie durfte keine Parteitage oder sonstigen politischen Tagungen in West-Berlin ausrichten, sich auch nicht an den Wahlen zum Abgeordnetenhaus beteiligen. Ab 1977 wurde ihr das Auftreten im öffentlichen Raum gänzlich untersagt. [104]

Trotz der vielen Verbote und Einschränkungen stellte der Berliner Verband seine Aktivität nicht ein. Am 13. August 1977

veranstalteten die Lokalaktivistinnen Ursula Schaffer und Ingrid Röthke eine als apolitisches und geselliges Treffen getarnte Versammlung mit Martin Mußgnug, bei der über hundert SympathisantInnen zusammenfanden. Doch musste der Parteichef die Zusammenkunft aufgrund eines Polizeieinsatzes und der Verhaftung der Eheleute Ingrid und Helge Röthke vorzeitig abbrechen. [105] Die Sicherheitskräfte verdächtigten Ingrid Röthke, am 1. August 1977, gemeinsam mit dem kurzfristig aus der Haft entlassenen Ekkehard Weil, einen Brandanschlag auf die Charlottenburger Parteizentrale der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins (SEW) verübt zu haben. Wegen ihrer terroristischen Handlungen hatte der Bund Heimattreuer Jugend (BHJ) Röthke, obwohl oder gerade weil sie seine Berliner Landeschefin war, aus seinen Reihen ausgeschlossen; das hielt aber die JN nicht davon ab, sie im Januar 1979 zur Leiterin ihres Berliner Verbandes zu machen. [106] Dort schlug sie einen ungehemmt neonazistischen Kurs ein, der sich u. a. in ihrem dezidierten Einsatz für die Freilassung von Rudolf Heß aus dem Spandauer Gefängnis widerspiegelte. [107] Dabei stand sie stets in enger Verbindung zu Ursula Schaffer, einer anderen Leitfigur der West-Berliner NPD, die als altgediente, damals schon über 60-jährige Nationalsozialistin, den radikalen Kurs der Jugendorganisation tatkräftig unterstützte.

Mochte die 1912 geborene Schaffer realiter nie Mitglied der NSDAP gewesen sein, so war sie dem Regime doch stets eng verbunden gewesen: Sie hatte bspw. Anfang der 1930er-Jahre an der Seite prominenter AkteurInnen wie Magda Goebbels in der Jugendarbeit ausgeholfen und sich auch danach für die ideologisch-politische Stabilisierung des „Dritten Reichs" eingesetzt. [108] Nach ihrer Promotion in Erdkunde 1938 erhielt sie eine Assistentenstelle zur Volkstumspflege am Deutschen Institut für Heimatkunde in Schneidemühl (Provinz Posen), bevor sie 1940 nach Thorn (Westpreußen) versetzt wurde, um dort an einem Gymnasium Geschichte zu unterrichten. Beim Vorrücken der Roten Armee flüchtete sie mit ihren drei Töchtern in Richtung Westen und ließ sich in Berlin-Wilmersdorf nieder.

Nach dem Krieg hielt sie sich zunächst von der Politik fern und trat der NPD aus Protest gegen die Ostpolitik erst 1970 bei. [109] Nach kurzer Zeit übernahm sie die Leitung des Kreisverbandes Berlin-Südwest; 1976 wählte man sie in den Vorstand des Berliner Landesverbands und übertrug ihr das familienpolitische Ressort. In dieser Position entwickelte sie recht effiziente Umgehungsstrategien, um den sicherheitspolitischen Auflagen der Behörden zu trotzen, und agierte konspirativ: Schaffer arrangierte klandestine Treffen mit Gleichgesinnten und baute somit im In- und Ausland ihre rechtsextremen Netzwerke aus. [110]

Ihre völkisch-nationalistischen bzw. antisemitischen Überzeugungen hatte sie auch in der Nachkriegszeit nicht abgelegt. Davon zeugt ihr apologetisch-revisionistischer Aktionismus, [111] den sie 1979 u. a. in einem offenen Brief an den Bildungssenator Walter Rasch darlegte. Dort drückte sie ihren Unmut über KZ-Besuche von SchülerInnen aus:

> „Ist Ihnen und den entsprechenden Lehrern unbekannt, daß das ehemalige NS-KZ Sachsenhausen in den Jahren nach 1945 als sowjetisches KZ diente, in dem zahlreiche Deutsche nach Kriegsschluß auf bestialische Weise umgekommen sind, daß das Schicksal vieler in das Sowjet-KZ Sachsenhausen verschleppter Deutscher auch heute noch unbekannt ist, daß viele Ehefrauen und Kinder nicht wissen, ob ihre Männer und Väter noch leben, vielleicht in sibrische [*sic!*] Straflager verschleppt wurden oder wo sie evtl [*sic!*] begraben liegen? Vielleicht bemüht sich der Herr Senator einmal um die Genehmigung eines Besuches in den Zuchthäusern **Brandenburg, Kottbus, Bautzen** und **Rummelsburg** für Schulklassen, da hier die Möglichkeit gegeben ist, Zuchthäuser-KZ in Urzustand und Funktion zu erleben und nicht nach tendenziöser Neuerrichtung.“ [112]

In diesem Brief bediente sie sich eines von RechtsextremistInnen gern bemühten Narrativs: Das „Dritte Reich“ mit der DDR gleichsetzend, relativierte sie den Holocaust, den die „Verbrechen“ der Alliierten in West-Deutschland und die

der Kommunisten in der DDR scheinbar aufwogen. Darüber hinaus schien sie mit der von ihr unterstellten „tendenziöse[n] Neuerrichtung" im letzten Satz die Existenz der Konzentrationslager vor deren Indienstnahme durch die Sowjets überhaupt in Frage zu stellen und vertrat hiermit einen klar negationistischen Standpunkt. Zur Vermittlung ihrer politischen Ansichten gründete sie 1983 die Berliner Sektion der Deutschen Kulturgemeinschaft (DKG), einer der „Pflege und Erhaltung der deutschen Geschichte und der deutschen Kultur, des deutschen Brauchtums, der deutschen Kulturdenkmäler" gewidmeten „national-völkischen" Organisation. [113] Hinter der Fassade der apolitischen Brauchtumspflege hielt Schaffer allerdings Rassenkunde-Seminare ab. Ganz in nazistischer Tradition organisierte sie Anfang der 1990er-Jahre im brandenburgischen Halbe ebenfalls „Heldengedenktage" zum Volkstrauertag, bei denen vermeintliche „Helden" der NSDAP, SS und Wehrmacht gewürdigt wurden, bis das „Event" 1992 schließlich verboten wurde. Dank der DKG konnte die Nationaldemokratin Ursula Schaffer ihren rechtsextremen Aktionismus so gut wie unbehelligt gestalten, ohne dabei die NPD zu belasten. Exemplarisch steht Schaffers Tun dementsprechend für eine durchaus gängige Praxis, die darin bestand, rechte Organisationen und Gruppierungen im vorpolitischen Raum als aktivistische Relaisstationen für die Partei zu funktionalisieren und als ideologische Multiplikatoren einzusetzen.

3.4. Weibliche Selbstmobilisierungsinitiativen: die NPD-Frauengruppen in NRW

Neben dem individuellen Aktionismus nationaldemokratischer EinzelgängerInnen ließen sich Mitte der 1970er-Jahre, zeitgleich zur Hochphase der Autonomen Frauenbewegung, auf lokaler Ebene ebenfalls weibliche Selbstorganisierungsinitiativen ausmachen: In mehreren Kreisverbänden kam es zur Gründung von NPD-Frauengruppen. Den Grundstein dafür legte Gabriele Prehl im Februar 1976, als sie in dem von ihrem Mann Hagen Prehl geleiteten Kreisverband Märkischer Kreis in Nordrhein-

Westfalen die erste Frauengruppe ins Leben rief. [114] Einmal im Monat versammelte sich die Gruppe zur politischen Weiterbildung von „Frauen und Müttern“ in einer Gaststätte in Werdohl. Beim ersten Seminar im März 1976 präsentierte ihnen Gisela Koletzko vom NRW-Landesvorstand die „Rolle der Frau und Mutter im Volk“, einen Monat später sprachen Hagen Prehl und Rudolf Lamoller über die NPD-Bildungspolitik, und auch die Gesundheitspolitik wurde im Juli des gleichen Jahres in einem Vortrag angerissen und diskutiert. [115] Ziel dieser ideologischen Ausbildung war es, die nationaldemokratischen Anhängerinnen und Sympathisantinnen in einem allein ihnen vorbehaltenen Raum an die Parteiideologie heranzuführen bzw. sie mit antifeministischem Rüstzeug zu wappnen. Im Juli 1976 lobte die „Deutsche Stimme“ den weiblichen Aufbruch an der Basis und machte zugleich deren Anspruch geltend, in der Öffentlichkeit als weibliche, antilinke Opposition aufzutreten:

> „Die NPD-Frauengruppe KV Märkischer Kreis zeigt, wie vorbildliche Frauen für die NPD werben können. Fingernägelkauende ‚Politlesben‘ sind die Aushängeschilder der linken ‚Fortschrittlichen‘. Unsere Frauen zeigen, daß man eine politische Idee – eben die Nationaldemokratie – besser an den Mann (an die Frau) bringen kann.“ [116]

Die Parteipresse stilisierte die Frauengruppe damit zur reaktionären Avantgarde, zur Speerspitze einer nationalistischen und antifeministischen Gegenbewegung zur „lesbisch-progressiven“ Frauenbewegung. Diese Gruppe jedoch als Bewegung zu bezeichnen, schoss weit über das Ziel hinaus, so überschaubar blieb letztendlich die losgetretene Dynamik. Einräumen lässt sich aber, dass Gabriele Prehl durch ihre Initiative einen sichtbaren weiblichen Selbstmobilisierungstrend in Gang setzte, denn im gleichen Jahr bildeten sich in den benachbarten Kreisverbänden, etwa in Hagen, Unna und Wuppertal, weitere Frauengruppen nach dem Prehl’schen Modell. Im nordrhein-westfälischen Landesvorstand mit der

Frauenarbeit betraut, förderte sie die Verbreitung solcher Frauenkollektive, die, wie sie es bei einer Versammlung am 28. April 1977 in Köln erklärte, einerseits die innerparteiliche Mitbestimmung von Frauen fördern, andererseits aber auch den familialistischen Standpunkt der NPD nach außen propagieren sollten:

> „Der militanten antiweiblichen Frauenbewegung setzt Frau Prehl die gleichberechtigte Frau entgegen, die sich ihrer Rolle bewußt ist und die gesunde Kleinzelle Familie organisiert. Daneben betonte Frau Prehl, daß Frauen gerade heute, wo Männer durch ihren Beruf der Familiengestaltung nur am Wochenende nachgehen können, zu Ideenträgern werden, die das soziale Verhalten ihrer Kinder weitgehendst vorbestimmen. Die nationale Bewegung, so führte Frau Prehl aus, hat nationale Frauenarbeit dringend notwendig [*sic!*]. Schwerpunkte ihrer Arbeit werden neuzugründende Frauengruppen sein. Die verschiedenen Frauengruppen werden dann zwangsläufig die politischen Schwerpunkte der Arbeit des Landesverbandes bestimmen und Aussagen formulieren.“ [117]

Mit gerade einmal 21 Jahren gehörte Gabriele Prehl zu jener Nachkriegsgeneration, für die die Geschlechtergleichheit ein verfassungsrechtliches, normales, gar unumstößliches Prinzip geworden war. So stand ihr antisexistischer Standpunkt nicht im Widerspruch zu ihrem stark demonstrativen Antifeminismus. Um die Zielsetzung ihrer Frauengruppe zu veranschaulichen, organisierte sie im Mai 1977 einen Frauenkongress in Lüdenscheid, zu dem sich zur Rückenstärkung Prehls neben Parteichef Martin Mußgnug und dem nordrhein-westfälischen NPD-Chef Walter Seetzen auch Bundesfrauenführerin Marlene Erber einfand. Bei diesem Anlass betonte Gabriele Prehl vor allem die völkisch-nationalistische Bedeutung ihres antifeministischen Engagements, wie es folgender Tagungsbericht verdeutlichte:

> „Innerhalb der Frauengruppen, von denen Frau Prehl in NRW schon einige aufbauen konnte, sind die Frauen in der Lage politische Probleme zunächst unter sich zu besprechen und Lösungen zu formulieren. Daß gerade Frauen, entgegen einer weitverbreiteten Meinung tagaus, tagein mit politischen Problemen konfrontiert werden, konnte G. Prehl deutlich machen. Zum Beispiel beim täglichen Einkauf der Lohn- und Preispolitik, bei Geburten der Fragen nach dem § 218, bei den Schularbeiten der Kinder der Schul- und Bildungspolitik usw. usw. … Anstelle militanter Frauenbewegungen und wüstem Emanzipationsgeschrei forderte die begeisterungsfähige Referentin: Der Begriff Hausfrau oder Mutter muß endlich wieder den Rang erhalten[,] der ihm in der natürlichen Ordnung zukommt, erst dann ist der Weg frei zur echten wahren Volksgemeinschaft.“ [118]

Doch erodierte ihr politischer Anspruch in der Folgezeit spürbar. Ab 1978 trafen die Frauen nur noch selten zusammen und fielen bei ihren Zusammenkünften auf apolitische Aktivitäten zurück: Schrittweise wurden die ideologischen Weiterbildungen zugunsten von Familienausflügen, Bastelnachmittagen und geselligen Treffen aufgegeben. Wie alle anderen Gruppen löste sich auch die Frauengruppe Märkischer Kreis spätestens 1980 auf. Gabriele Prehl war ihrerseits in der Zwischenzeit offenbar zu einem anderen, politisch weit ertragreicheren Projekt übergegangen: der Bürgerinitiative Ausländerstopp, die sie gemeinsam mit ihrem Ehemann aufgebaut hatte. [119] Daraufhin boten nur noch vereinzelte Kreisverbände, etwa in Bad Kissingen, Schweinfurt oder Frankfurt, „Frauen- oder Familiennachmittage“ an und orientierten sich somit an traditionelleren Formen weiblicher Soziabilität: ein *Rollback*, der das symptomatische Versiegen jeglicher Autonomisierungsbestrebungen von Frauen in den 1980er-Jahren bezeugte. [120]

Auch wenn die Frauengruppen letztendlich ein Experiment auf Zeit blieben, so markierten sie dennoch einen evidenten Paradigmenwechsel in der Partizipation von Frauen in der NPD:

Die horizontale Mitbestimmung hatte die vertikale Mobilisierungsstruktur der 1960er-Jahre abgelöst. Hiermit wurde die weibliche Aktivität nicht mehr von oben herab koordiniert, sondern sie kristallisierte sich nunmehr dezentral und weitgehend informell an der Basis. Der Impuls, Frauen diskriminierungsfreie Räume zur politischen Diskussion zur Verfügung zu stellen, kam eindeutig von der Frauenbewegung, in deren Rahmen sich Mitte der 1970er-Jahre zahlreiche Selbsthilfe- und Selbsterfahrungsgruppen gebildet hatten und die sich gerade durch die Kultivierung einer weiblichen Exklusivität auszeichnete. [121] In ihrer Suche nach Selbstermächtigungsmöglichkeiten in der männerdominierten NPD ahmten die Nationaldemokratinnen paradoxerweise also die Organisations- und Mobilisierungsformen der autonomen Frauenbewegung nach, richteten als reaktionäre Gegenbewegung ihre politische Arbeit aber entschieden gegen den Feminismus und die Feministinnen aus: Es ging ihnen beileibe weder um die Liberalisierung des Abtreibungsrechts noch um die berufliche Gleichberechtigung von Frauen, im Vordergrund ihres Interesses standen einzig und allein die Rechte der Hausfrauen und Mütter sowie die „Volksgemeinschaft“ als Ordnungsmodell. So lässt sich behaupten, dass der politische Feminismus einen Bewusstwerdungsprozess bei Frauen hervorrief, der weit über die politische Linke hinausging und auch in der extremen Rechten einen Katalysatoreffekt erzeugte. Er legitimierte das stärkere Hervortreten von nationalistischen Frauen, die sich öffentlich gegen das Feindbild „Feministinnen“ positionierten und mit politischen Gegenvorschlägen aufwarteten. Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung schien sich auch der männliche Blick auf die weibliche Mitwirkung zu verändern. Im Zuge der sozialliberalen Reformen, der Transformation der soziokulturellen Normen und des Wertewandels konnten die Nationaldemokraten nicht mehr umhin, den politischen Wert des „weiblichen Bereichs“ anzuerkennen und ihm folglich in der Parteipropaganda mehr Platz einzuräumen. Sie konnten, um die patriarchale Geschlechterordnung aufrechtzuerhalten,

sozusagen nicht mehr auf die NPD-Frauen verzichten und hoben jene sogar ausdrücklich hervor. [122] Tatsächlich schien die antifeministische Agitation doch glaubwürdiger und wirkungsvoller, wenn sie von Frauen selbst vertreten und in die Öffentlichkeit hineingetragen wurde. Dieser durch die Frauengruppen angestoßene Autonomisierungsschub bildete allerdings eine Ausnahme in der Hibernationsperiode der NPD, die sich sonst eher durch einen quantitativen und qualitativen Defeminisierungstrend auszeichnete. Diese Klammer verdeutlicht aber, welche äußeren gesellschaftlich-politischen Impulse die NPD in den 1970er-Jahren rezipierte und wie sehr diese, als weibliche Ballungsmomente, eben auch die Entwicklung der Partei mitbestimmten.

3.5. Der lebensweltliche Kontext: Wilhelmine Steffens und der rechtsextreme Kommunitarismus

In den Jahrzehnten ihrer politischen Randständigkeit glich die NPD faktisch einer leeren Hülse; für den harten Kern der AnhängerInnen war die parteipolitische Arbeit kein Selbstzweck, sie fungierte lediglich als politische Ergänzung für einen Aktivismus, der meist im extrem rechten Umfeld der Partei angesiedelt war und sich somit oft im Verborgenen, im vorpolitischen und lebensweltlichen Raum entfaltete. Seit Anfang der 1970er-Jahre hatte die politische Aussichtslosigkeit zur Atomisierung bzw. Verstreuung der nationaldemokratischen Kräfte in unzählige neonazistische Gruppierungen und Wehrsportgruppen, esoterisch-rassistische und neuheidnische *Think tanks*, revisionistische Intellektuellenzirkel sowie ultranationalistische Zeitschriften, Verlage und Vereine geführt, denen allen gemein war, fernab der Politik und in der gesellschaftlichen Abgeschiedenheit in Erwartung des „Tages X“ auf die ideologische und personelle Erneuerung der extremen Rechten hinzuarbeiten. Anders als die NPD, die heterogen und im nationalistischen Sinne sozusagen allgemeinpolitisch ausgelegt war, verfolgte jede Einzelgruppe oder -organisation ein besonderes Ziel, war zweckgerichtet und vertrat je nach

Interesse und Weltanschauung – ob national-konservativ oder revolutionär, völkisch oder der „Neuen Rechten“ verpflichtet – spezifische Belange, die es den NationaldemokratInnen ermöglichten, ihre ideologischen Schwerpunkte auch außerhalb der Partei präzise zu definieren und konkret voranzutreiben. Mehrfachmitgliedschaften waren die Norm, sowohl bei den Parteimännern als auch bei den -frauen: So war Martha Kruse neben der NPD auch im ökologisch-rassistischen Weltbund zum Schutz des Lebens (WSL) aktiv; Eva-Maria von Wolzogen war ebenfalls Mitglied des VDA, der die deutsche Kolonisierung des Auslands befürwortete. Mit der Gründung des BKP zur Wahrung des „historischen und kulturellen Erbes“ Deutschlands verlieh Ursula Schaffer ihren revisionistischen Überzeugungen Gestalt. Die bayerische Nationaldemokratin Anneliese Michels engagierte sich nebenbei im von den NationalsozialistInnen und HolocaustleugnerInnen Otto Ernst Remer und Lisbeth Grolitsch gegründeten Freundeskreis Ulrich von Hutten sowie in der Aktion Oder-Neiße, deren Spezialgebiet die vormaligen deutschen Ostgebiete waren. Die Berliner JN-Führerin Ingrid Röthke hingegen bevorzugte den neonazistischen und terroristischen Aktivismus, den sie u. a. als Mitglied der Rudolf-Hess-Befreiungsgruppe auslebte. Gespalten und zersplittert schien die extreme Rechte ihre Stärke gerade aus ebenjener sie stabilisierenden netzwerkförmigen Architektur zu beziehen: Die NPD fungierte hier meist als Bindeglied. Der Fall Wilhelmine Steffens zeigt exemplarisch, wie sich Nationaldemokratinnen in Zeiten der politischen Flaute das extremistische Milieu als ideologisch-lebensweltlichen und kommunitaristischen Rückzugsort nachhaltig zunutze machen konnten.

1913 in einer autoritären preußischen Familie in Bremen geboren, ergriff Wilhelmine Steffens in der Weimarer Republik Partei für die Nationalsozialisten, indem sie 1932 dem NS-Schülerbund beitrat. Im Februar 1933 wurde sie Mitglied des BDM, stieg dort in kurzer Zeit zur Mädelgruppenführerin bzw. im September des gleichen Jahres schon zur Mädelringführerin für den Raum Bremen auf, wodurch man ihr die Befehlsgewalt über mehrere hundert Mädchen und junge Frauen übertrug.

1938 begann sie ein Medizinstudium, das sie noch während des Krieges, im Jahr 1943, erfolgreich abschloss. [123] Nach Kriegsende heiratete sie den Kaufmann Ludwig Steffens und ließ sich 1960 als Allgemeinmedizinerin im niedersächsischen Rethem nieder. Hier nahm sie ihre politischen Tätigkeiten wieder auf, trat etwa 1965 in die NPD ein und legte dort, ab dem Ende der 1970er-Jahre, als sie im Ruhestand war, eine steile Karriere hin.

Ihren Einsatz in der Partei sah sie als geeignetes Mittel, um die nationalistische Gesinnungsgemeinschaft zusammenzuführen bzw. zusammenzuhalten. Der Kreisverband, den sie in Soltau-Fallingbostel leitete, diente ihr diesbezüglich als Mobilisierungsplattform für „alle Patrioten". Von 1967 bis 1985 veranstaltete sie jedes Jahr zum 1. Mai ein für das „nationale Lager" unumgängliches „Frühlingsfest" in der malerischen Lüneburger Heide. Auf dem Unterhaltungsprogramm standen sowohl Waldwanderungen und Volkstänze als auch Tombolas und Bastelseminare. Gedacht waren diese Feste als geselligkeitsfördernde und identitätsstärkende Ereignisse für nationaldemokratische AnhängerInnen, „Kameraden" und „volkstreue Familien" der Umgebung, denen bei diesem Anlass vermeintlich urdeutsche Bräuche und Traditionen sowie rechtsextremes Gedankengut vermittelt wurden. Im Sinne der Netzwerkpflege wurde die Bindung untereinander forciert und der Nachwuchs „geistig" auf den politisch-ideologischen Kampf vorbereitet, ein Anliegen, das Wilhelmine Steffens bereits in ihrer BDM-Zeit verfolgt hatte. So überrascht es kaum, dass sie sich schon seit den 1950er-Jahren aktiv an der rechtsextremen Jugendbildung beteiligte und vor allem in der Wiking-Jugend (WJ), [124] eine der organisatorischen Hauptstützen der extremen Rechten, eine wichtige Position einnahm. Zeit ihres Bestehens hatte die als Kaderschmiede und Kontinuitätsgarant fungierende Jugendorganisation mehreren AktivistInnen-Generationen, darunter auch etlichen NationaldemokratInnen, eine autoritäre Weltanschauung anerzogen. Wilhelmine Steffens finanzierte nicht nur die Aktivitäten der WJ mit, sie stellte ihr außerdem ihr

Anwesen in Rethem zur Verfügung, um Sommercamps abzuhalten, bei denen sie sowohl die gesundheitliche Betreuung als auch die ideologische Ausbildung von Mädchen übernahm. Dort engagierte sie sich Seite an Seite mit anderen ehemaligen BDM-Mitgliedern wie Ursula Schaffer, einem WJ-Ehrenmitglied, oder mit Edda Schmidt, WJ-Gaumädelführerin und zwischenzeitliche Schriftleiterin des Organs „Der Wikinger". Die WJ fußte auf einem Netzwerk von Männern, Frauen und Familien, die sich zeitgleich in unterschiedlichen rechtsextremen Strukturen einbrachten und diesem Milieu dadurch eine gewisse Stabilität verliehen.

Auf Edda Schmidt und Wilhelmine Steffens traf man ebenso in anderen Gruppierungen, so zum Beispiel in der Artgemeinschaft – Germanische Glaubens-Gemeinschaft wesensgemäßer Lebensgestaltung (Artgemeinschaft-GGG), einer 1951 vom SS-Mitglied Wilhelm Kusserow in Berlin-Charlottenburg gegründeten neuheidnisch-esoterischen, rassistischen und völkischen Organisation. In Zusammenarbeit mit einschlägigen *Think tanks* wie der Zeitschrift „Neue Anthropologie" (NA) von Jürgen Rieger, [125] dem späteren Chef der Artgemeinschaft (zwischen 1989 und 2009), beschäftigte sich diese hauptsächlich mit bioethischen bzw. rassisch-anthropologischen Fragen. Ihr erklärtes Ziel war es, die Überlegenheit der nordischen Rasse „wissenschaftlich" zu attestieren und damit sowohl Rassismus und Antisemitismus als auch eugenische Verfahren zur Optimierung der germanischen Rasse zu legitimieren. Als Ärztin und fanatische Anhängerin einer „arischen Religion" war Wilhelmine Steffens seit 1986 in der Führungsebene der Artgemeinschaft aktiv, ein Jahr später leitete sie den ihr angegliederten Verein „Das Familienwerk", aus dem sie sich erst 1994 zurückzog. [126]

Der Fall Wilhelmine Steffens zeigt, wie durchlässig das extremistische Milieu war und wie kontinuierlich AktivistInnen ihre ideologischen Überzeugungen und Kämpfe, auch über die tiefen Brüche des 20. Jahrhunderts hinaus, weitertrugen. Als Nationalsozialistin schwor sie auch in der Bundesrepublik ihren Ideen nicht ab und perpetuierte bis zu ihrem Tod im Jahr 2001

das Engagement, das sie im „Dritten Reich“ als 19-jährige junge Frau in der HJ aufgenommen hatte. Durch ihre vielgestaltigen Tätigkeiten sowie freundschaftlich-familiären oder politisch-ideologischen Verflechtungen leistete Steffens einen nicht unwesentlichen Beitrag zur Konsolidierung der extremen Rechten. So verwundert es auch nicht, dass Martin Mußgnug sie in den 1980er-Jahren mit der Leitung unterschiedlicher Arbeitskreise – etwa zu Familie, Gesundheit und Umwelt sowie zu Einwanderungs- und Asylfragen – beauftragte: alles Bereiche, die stark miteinander verzahnt waren. Den Anti-Atomkampf verknüpfte Steffens mit einer rassistischen Vorstellung der Gesellschaft, einem antiemanzipatorischen Menschenbild und einer resolut völkischen, fast esoterischen Verbundenheit zur Natur. Dadurch, dass die Ärztin dem Vorstand ihr Wissen und ihre Expertise zur Verfügung stellte, dass sie dabei auch ihre Inhalte und Deutungsweisen in die Partei hineintrug, prägte sie die NPD-Ideologie langfristig. Andererseits verdankte die Partei ihr Überleben gerade ebenjenen SchlüsselakteurInnen, die durch ihr Wirken, ihre kommunitaristische Vernetzung und ihr Engagement im bewegungsförmigen Milieu der extremen Rechten [127] die NPD mit AktivistInnen, Ideen und Ressourcen versorgten und ihr auf lange Sicht durch die Hibernationsphase hindurchhalfen.

4. Resümee

Für die NPD war die Hibernationsphase eine der politisch dürftigsten, paradoxerweise aber, aufgrund anhaltender Parteiquerelen, auch eine der turbulentesten Perioden der Parteigeschichte. Historisch von zwei maßgeblichen Zäsuren eingerahmt, dem von der Partei nicht zu verhindernden sozialliberalen Umbruch von 1969 einerseits sowie der von ihr nicht antizipierten „Wende“ von 1989/90 andererseits, zeichneten sich diese zwei Jahrzehnte durch das Abhandenkommen all dessen aus, was sich die NPD in den 1960er-Jahren in Windeseile aufgebaut hatte: die soliden

Strukturen, den politischen Zuspruch und den parlamentarischen Rückhalt. Die Nationaldemokratie erodierte, es schwanden die Mitglieder, die WählerInnen und mit ihnen die Wahlerfolge. Die allgemeinen Auflösungserscheinungen schlugen sich auch auf die Frauenarbeit nieder, die in der Destabilisierungsphase (1969–1972) fast vollständig zum Erliegen kam. Hinzu kam der geordnete Rückzug wegweisender Nationaldemokratinnen, der, wie etwa bei Gertraude Winkelvoß, das Ende einer Ära ostentativ kenntlich machte. In der daraufhin einsetzenden und durchaus als ein Dahinvegetieren zu bezeichnenden Phase (1972–1989) dominierten die „Erbinnen". Diese postnazistischen Veteraninnen waren seit der Parteigründung in der NPD aktiv, hatten sich aber bis zum Ende der 1960er-Jahre noch im Hintergrund gehalten, um sich dann in den 1970er- und 1980er-Jahren, auf der lokalen Ebene wie auch im Bundesvorstand, umso mehr zu profilieren.

Allgemein betrachtet, verbesserten sich in dieser Periode die innerparteilichen Partizipationschancen von Frauen. Mit dem Mitglieder- und Kaderschwund setzte nach 1969 zwar eine eindeutige Defeminisierung ein, die auch in der Folgezeit wegen der mangelnden Personalerneuerung nicht behoben werden konnte, doch stieg der Frauenanteil in den Macht- und Entscheidungsgremien stetig an, wenn auch nicht im gleichen Tempo und Ausmaß wie in den anderen Parteien der Bundesrepublik. Auch die Parteileitung räumte den Nationaldemokratinnen mehr Platz ein und zollte ihnen Anerkennung, indem sie ihnen auf der ideologischen Ebene die Bearbeitung neuer, auch außerhalb der traditionellen Familien- und Gesundheitspolitik stehender Themenbereiche erlaubte. Die NPD schien somit gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen – der Politisierung des Weiblichen genauso wie der Feminisierung der Politik – auf markante Art und Weise Rechnung zu tragen. Tatsächlich ließ die Mitte der 1970er-Jahre zur vollen Entfaltung gekommene Autonome Frauenbewegung auch die Nationaldemokratinnen nicht gleichgültig. Davon zeugen die Selbstmobilisierungsinitiativen der nordrhein-westfälischen Frauengruppen, die das Selbstermächtigungsprinzip und die

Organisierungsmodi der Feministinnen übernahmen und somit transpolitische Kontaminierungs- und Nachahmungseffekte offenlegten, die Frauen auch außerhalb der politischen Linken erfassten. Die feministischen Inhalte und Werte jedoch lehnten sie als selbsternannte Vorhut einer nationalistischen und reaktionär-antifeministischen Gegenbewegung unmissverständlich ab. In der Zeit politischer Flaute engagierten sich die NPD-Frauen auch vermehrt im vorpolitischen Raum, suchten etwa im lebensweltlichen Kommunitarismus der extremen Rechten, abseits von Politik und Mehrheitsgesellschaft, Zuflucht und fanden je nach Interesse und Vorlieben neue – oder alte – Tätigkeitsfelder in der rechtsextremen Jugend-, Familien- und Erinnerungsarbeit sowie der Brauchtumspflege. Sie kamen in den Gruppierungen, Organisationen, *Think tanks*, Zeitschriften und Verlagen unter, die in völliger Abgeschiedenheit alles auf die politisch-ideologische Regeneration der „nationalen Opposition" setzten und somit beharrlich auf den „Tag X", also die politische Machtübernahme in der Bundesrepublik, hinarbeiteten.

VI. Deutschland im Zeitalter von Krise und Dekadenz: die ideologische Radikalisierung der NPD-Frauen

Die 1970er-Jahre besiegelten das Ende des westdeutschen Optimismus. Den bis dahin unbeirrbaren Fortschrittsglauben der Westdeutschen erschütterte die abrupte Erkenntnis, dass das Wachstum, auf das sich ihr gesellschaftliches und wirtschaftliches Modell stützte, weder dauerhaft gesichert noch unbegrenzt möglich war. Auch ExpertInnen und FuturologInnen verkündeten das Ende eines Zyklus. [1] Nach dem jahrzehntelangen vom bundesrepublikanischen Neustart, von Wiederaufbau und Westernisierung geförderten Aufschwung verdunkelte sich der Horizont nun allerorts. Untergangsvisionen

und Schreckensszenarien griffen um sich und begünstigten die Verbreitung von gesellschaftlichen Krisendiskursen und katastrophalen Zukunftsprojektionen: atomare Bedrohung, Waldsterben, Ozonloch, „Geschlechterkrieg“, Bevölkerungsrückgang. Wo man auch hinsah, überall glaubte man die Vorzeichen eines baldigen Untergangs zu erkennen. Gerade diese pessimistischen Zukunftsvisionen waren es, die den Bürger aus seiner Trägheit rissen, ihn dazu animierten, in den Wandel selbst eingreifen zu wollen, sich lokal und basisdemokratisch über Bürgerinitiativen etwa für besondere Zwecke einzusetzen und etwas zu bewegen. Doch schlugen die zur Lösung der Probleme und Herausforderungen vorgebrachten Ansätze ganz unterschiedliche, teilweise sogar gegensätzliche Richtungen ein: Parallel zum emanzipatorischen Engagement für Frieden (Pazifismus), Geschlechtergleichheit (Feminismus), Menschenrechte und Umweltschutz entwickelte sich ein kulturpessimistisches und antimodernistisches Narrativ, das sich gegen die kulturelle „Überfremdung“ (Rassismus), den individuellen „Egoismus“ (Antifeminismus), den „Volkstod“ (Pronatalismus) und die „genetisch-biologische Dekadenz“ (Eugenismus) wandte. Durch die „Neue Rechte“ beworben, drang jenes deklinistische Leitmotiv in den konservativen Diskurs ein und durchsetzte auch die extreme Rechte völlig.

Die NPD, die diese „neue“ Materie zuerst zögerlich, dann aber umso überzeugter rezipierte, entfernte sich nun willentlich vom politisch-gesellschaftlichen *Mainstream*, indem sie offen antiliberale und reaktionäre Positionen vertrat. Dieser Trendwende nachspürend, setzt sich das folgende sechste Kapitel mit der ideologischen Neuausrichtung der NPD in den 1970er- und 1980er-Jahren auseinander. Im Zentrum steht dabei die Rolle, die Frauen als Akteurinnen und das Geschlecht als diskursive Ordnungskategorie in der nationaldemokratischen Wahrnehmung und Deutung von einschneidenden Ereignissen und Krisen, politischen wie zivilgesellschaftlichen Regungen, Innovationen und Herausforderungen wie dem Terrorismus, der Einwanderung, dem Feminismus und dem Umweltschutz spielten. In dieser Transformationsphase vollführten die NPD

und ihre VertreterInnen einen Rechtsruck: In Reaktion auf den unmittelbaren Kontext radikalisierten sie ihren ideologischen Standpunkt und stellten sich nun fundamentaloppositionell gegen Bonn und das bundesrepublikanische Establishment.

1. Programme und Medien der NPD: die ideologische Transformation

Im Zuge der 1970er- und 1980er-Jahre versuchte die NPD mehrmals, sich durch programmatische Erneuerungen politisch neu zu positionieren. Nur wenige Monate nach der Bundestagswahl 1969 verabschiedete sie am 15. Februar 1970 das „Wertheimer Manifest“, [2] in welchem sie in knapper Form eine moderate und legalistische Linie vertrat. Auf den anderthalb Seiten des Manifests erneuerte sie ihr Bekenntnis zu Grundgesetz und Demokratie, verurteilte den Krieg und die Gewalt, die Diktatur wie den Totalitarismus, geißelte vor allem aber den Kommunismus, der außerhalb und innerhalb der bundesdeutschen Grenzen wüte. Die gut sichtbar prangende Formel „Die NPD ist konservativ“ hatte Adolf von Thadden nach harten Parteitagsdiskussionen gegen die VerfechterInnen eines radikaleren Kurses durchsetzen können. Ihm ging es im Wesentlichen darum, eine bedingungslose Oppositionshaltung zur sozialliberalen Bundesregierung einzunehmen und die NPD demgemäß als ultimatives bundesrepublikanisches Bollwerk gegen die „rote Invasion“, sowohl im Bildungs- und Universitätswesen als auch in der Medien- und Presselandschaft, zu profilieren. Ferner behandelte das Programm auch deutschland- und außenpolitische Fragen. Zwar verzichtete es nun auf das nationalistische Pathos und die historischen Bezüge, forderte aber noch immer das auf eine Vereinigung von West- und „Mitteldeutschland“ mit den Ostgebieten hinauslaufende „Selbstbestimmungsrecht“ der Völker. Neu schien hingegen die Befürwortung eines atlantischen Bündnisses, das bestehen sollte, bis die Schaffung eines „Europäischen Staatenbundes“ die Sicherheit des

Kontinents gewährleiste. Im sozialpolitischen Teil versprach das Wertheimer Manifest Steuerreformen, eine Entlastung für Geringverdiener sowie „die Chancengleichheit für alle in Bildung und Beruf, ohne Rücksicht auf soziale Herkunft“ – die Familien-, Frauen- und Geschlechterfrage wurde dabei allerdings ausgeblendet: Sie fand im Text überhaupt keine Erwähnung.

Das „Düsseldorfer Programm“, [3] das die Delegierten dann drei Jahre später beim Düsseldorfer Parteitag (1973) verabschiedeten, präzisierte die in Wertheim definierte „konservative“ Parteilinie. Mit kämpferisch bürgerlich-nationalistischen Zügen wandten sich dessen Autoren Ernst Anrich, Hans-Bernhard von Grünberg, Felix Buck und Rolf Kosiek betont gegen die den „Linken“ angelastete „zersetzende und jetzt bereits auflösende Veränderung des inneren Gefüges der Bundesrepublik Deutschland“. [4] Gegen die „linke“ wie auch die „liberale“ Bedrohung bewarben sie das „lebensrichtige Bild der Menschen und Völker“. Nicht die „künstlichen intellektuellen Theoriegerüste“, sondern das „natürliche Leben“ und die „biologische Substanz“ seien ideologisch wahrhaft sinngebend und identitätsstiftend: Sie sollten bewahrt werden. Mit der Voranstellung des Lebens bekräftigte das Programm die bereits zuvor in Ansätzen vorhandene biologistische, auf dem Leistungsprinzip fußende fundamental antiegalitäre Weltanschauung der NPD. [5] Diese Akzentuierung schlug sich auch auf den „weiblichen Bereich“ nieder. Die Familie wurde herausgestellt, mit Fragen rund um „Volksgesundheit“ und Umweltschutz vermengt und dem all diese Bereiche umfassenden Lebensschutz untergeordnet. Der Familienpolitik lagen somit pronatalistische, eugenische und ökologische Überlegungen zugrunde.

Die „Nationaldemokratischen Gedanken für eine lebenswerte Zukunft“, [6] das dritte und letzte Programm der Periode (1987), erhob die „Lebensfähigkeit“ zum programmatischen Strukturprinzip, sparte diesmal aber den allzu biologistisch-organizistisch daherkommenden Ballast aus. Auch die für die Partei klassischen Themen – der Zweite Weltkrieg, das Deutsche Reich, die „Kriegsschuldlüge“ und die

Umerziehung – kamen nicht mehr vor, einzig die „nationaldemokratische Tradition“ des Hambacher Festes von 1932 wurde erwähnt. Anfang der 1980er-Jahre hatte die NPD ganz offiziell auch dessen demokratische Farben übernommen und die Reichsfarben schwarz-rot-weiß sinngemäß gegen das schwarz-rot-goldene Banner eingetauscht. [7] In seinem Hauptteil zählte das Programm sehr systematisch jene Bedrohungen – Krieg, Familienauflösung, Materialismus, Einwanderung und Imperialismus – auf, die Deutschland angeblich substanziell gefährdeten, und bot entsprechende Lösungsansätze: Dazu gehörten die deutsche Einheit und Souveränität, die Rückkehr zum Familialismus – der in diesem Programm gleich zu Beginn und nicht wie sonst ganz zum Schluss gepriesen wurde –, der Lebens- und Umweltschutz, der Ethnopluralismus und der Antiimperialismus. Dadurch, dass sie sich zum einen für den Lebens- und Umweltschutz einsetzte und darüber hinaus auch für ein neutralistisches Europa eintrat, hoffte sie, sich den WählerInnen überzeugend als „moderne“, auf die Sorgen, Nöte und Ängste der Zeit zugeschnittene Partei präsentieren zu können und so an die Friedens- und Anti-Atomkraft-Bewegungen anzudocken, die herkömmlicherweise eher den Grünen zugewandt waren.

Die ideologische Schwerpunktverschiebung, etwa die Schärfung des familialistischen, neutralistischen, ethnopluralistischen und ökologischen Standpunktes, war ein klares Indiz für den graduell steigenden Einfluss der „Neuen Rechten“ auf die NPD, die im Zuge ihrer programmatischen Neuerungen von 1970, 1973 und 1987 ihre vormals hegemoniale nationalkonservative Linie durch einen immer deutlicheren nationalrevolutionären Kurs ersetzte. Aufgrund ihres informellen und diffusen Charakters ist die „Neue Rechte“ gewiss schwer abzugrenzen bzw. einzuordnen. [8] Gestützt auf ein breites Netzwerk von AkteurInnen, Intellektuellenzirkeln und Zeitschriften, bildete sie sich nach 1969 in Reaktion auf die NPD-Wahlniederlage aus dem Dunstkreis des „nationalen Lagers“ heraus, um die traditionelle Rechte intellektuell und politisch aufzurüsten. Vordenker wie Henning Eichberg erdachten sie als

rechtes Pendant zur „Neuen Linken“, als Avantgarde einer geistigen wie auch kulturellen und politischen „Revolution“. Die APO lehnte sie unweigerlich ab, doch befürwortete sie sowohl ihre Anti-Establishment-Haltung als auch ihre Methoden und übernahm einige Ideen, den antibürgerlichen Gestus etwa oder das Aufbegehren gegen den Traditionalismus, den Etatismus und das *Law-and-Order*-Denken oder die Kapitalismus- und Imperialismuskritik. [9] Auch verwarf sie das universalistische Gleichheitsprinzip und empfahl einen den Marxismus und Liberalismus transzendierenden dritten Weg, den sie auf ein identitäres und ethnonationalistisches Weltbild stützte. [10] „Neu“ war sie insofern, als sie die Prinzipien der alten Rechten zu überwinden vorgab. So kann ihr Auftreten auch als Ausdruck eines Generationenkonfliktes gewertet werden: nämlich dem zwischen den nach dem Krieg geborenen „NeofaschistInnen“ und der „postfaschistischen“ Mütter- und Vätergeneration, die von den Jüngeren den Vorwurf zu hören bekamen, einem eigentümlichen und überholten Gefühlsnationalismus nachzuhängen. Insbesondere das unliebsame nationalsozialistische Erbe wollte man abschütteln; mithilfe eines „sozialistischen“ Impulses und einer nationalrevolutionären Weichenstellung innerhalb der extremen Rechten sollte definitiv mit ebenjener Tradition gebrochen werden. Den „solidaristischen“ [11] Standpunkt der Nationalrevolutionären beschreibt der Politikwissenschaftler Gideon Botsch recht eindrücklich wie folgt:

> „Seit den späten 1960er Jahren griffen jüngere Rechtsextreme in der Bundesrepublik den Begriff ‚nationalrevolutionär‘ auf, um sich damit zugleich von der Linken (revolutionär, aber nicht national), von der Alten Rechten (national, aber nicht revolutionär) sowie von der politischen Mitte (weder national noch revolutionär) abzugrenzen.“ [12]

Zunächst verschloss sich die Parteileitung der „Neuen Rechten“ und ihren „sozialistischen“ Anleihen und wehrte in diesem

Zusammenhang allgemein jegliche Kritik ab, die Mitglieder des Kirchhainer Kreises oder des aktivistischen Flügels der JN wegen ihrer wenig zukunftstauglichen nationalkonservativen Linie erhoben. Sie weigerte sich, innerparteilich eine radikalere fundamentaloppositionelle und anti-republikanische Wende anzustoßen. 1971 erklärte sie ihren Standpunkt im Parteiorgan: Sie lehne „liberales und sozialistisches Denken bei der Rechten“ ab, da für sie die Existenz einer „nationalen Linke[n]“ ein „Widerspruch in sich“ sei. [13]

Die Nationaldemokratinnen ihrerseits mochten durchaus willentlich die „neuen“ Themen, den Lebensschutz und den Ethnopluralismus beispielsweise, in ihre Agitation mitaufnehmen, aus der sozialistischen Querele hielten sie sich jedoch mehrheitlich heraus. Nur eine NPD-Frau protestierte lautstark gegen die nationalrevolutionären Vorstöße der JN. Beim Münchener Bundesparteitag (12./13. Oktober 1974) forderte Eva David-Happach ein umfassendes Benutzungsverbot für Begrifflichkeiten mit „marxistischer“ Konnotation: den „Sozialismus“ als positiven Bezugsbegriff wollte sie aus dem NPD-Sprachgebrauch gestrichen wissen. Wegen der mangelnden Unterstützung ihrer ParteifreundInnen zog sie den Antrag letztendlich aber zurück. [14] Der ideologische Aktivismus der jungen nationalrevolutionären Kräfte zeigte Wirkung, allmählich richteten sie sich links des noch mehrheitlichen bürgerlich-nationalkonservativen Flügels ein. Nach und nach flossen ihre Ideen auch in die Parteiprogrammatik ein: In den 1970er-Jahren präsentierte sich die NPD zunehmend als Vertreterin einer nationalistischen und antiimperialistischen „sozialen Rechten“.

Auch die erratischen Entwicklungen der Parteipresse spiegelten die ideologischen Schwerpunktverschiebungen der 1970er- und 1980er-Jahre wider. Aufgrund chronischer Finanzierungsschwierigkeiten hatte sich das ursprüngliche Parteiorgan „Deutsche Nachrichten“ 1974 mit der 15 Jahre zuvor durch Schütz, von Thadden und Kernmayr ins Leben gerufenen DWZ [15] assoziiert. Mit diesem Schritt hofften die ehemaligen DRP-Führungskader ihre Vormachtstellung im NPD-Apparat,

auch gegen den Willen Mußgnugs, zu wahren. Um seinerseits wiederum die propagandistische „Unabhängigkeit“ [16] seiner Partei gewährleisten zu können, wandelte der Parteichef den „Deutschen Kurier“ (DK) zum NPD-Leitorgan um. 1969 war dieser zur Unterstützung der Wahlkampagne gegründet worden und erschien seither, wegen unzureichender Finanzierungsgrundlage, in unregelmäßigen Abständen und in einer Auflage von 20 000 Exemplaren. Nur wenig später wurde er durch eine neue Monatszeitung abgelöst: die „Deutsche Stimme“ (DS), die bis heute als offizielles Presseorgan der NPD fungiert. In der Erstausgabe von Januar 1976 rechtfertigte die Parteileitung den Zeitungsnamen – vom Ursprungstitel „Deutscher Aufbruch“ war man inzwischen abgerückt – und die politische Aufgabe des Organs auf etwas vermessene Art und Weise:

> „Wir wollen ja nicht nur ‚Stimmen gewinnen‘. Wir wollen deutsche Stimme, Stimme für Deutschland, Stimme für das deutsche Volk, die deutsche Stimme sein. […] Für uns gibt es weder eine westdeutsche Wohlstands-, eine mitteldeutsche Arbeiter- und Bauern- oder eine österreichische Nation. Dem Selbstbestimmungsrecht unseres Volks von der Maas bis an die Memel, von der Etsch bis an den Belt Gehör zu verschaffen, einer Ordnung den Boden zu bereiten, die auf dem lebensrichtigen Bild der Menschen und Völker gründet, dazu bedarf es der Deutschen Stimme.“ [17]

Als selbsternannte „Volksstimme“ entlehnte sie ihr Layout aus der zeitgenössischen Boulevardpresse: Über kurzen, recht belanglosen und sprachlich leicht zugänglichen Texten standen fettgedruckte, plakative Titel; Informationskästchen und Fotos hoben ferner jene Männer und Frauen hervor, die sich im Auftrag der NPD mit fröhlicher Miene „direkt“ an die Deutschen wandten, zu Spenden aufriefen und die Ideen und Aktionen der NationaldemokratInnen bewarben. Während die ersten zwei Seiten sich mit innenpolitischen und internationalen

Angelegenheiten auseinandersetzten, in diesem Rahmen vorwiegend mit der Regierung Schmidt, später mit der Regierung Kohl und allgemein mit dem politischen Establishment abrechneten, informierten die folgenden sechs Seiten über interne Sachverhalte. Wahllos wurden hier Kommentare, Nachrufe, Kleinanzeigen, Tätigkeitsberichte und ideologische Stellungnahmen zu diversen Themen publiziert. Anders als in der DN gab es in der DS keine den Frauen vorbehaltene Rubrik. Mochten einige wenige Artikel „die Frauen“ oder „die Familie“, z. B. bezüglich des Abtreibungsrechts, des Bevölkerungsrückgangs oder der schulischen Sexualaufklärung, erwähnen, so räumte man den Nationaldemokratinnen dort jedoch kaum Mitwirkungsmöglichkeiten ein. Die Parteizeitung richtete sich ganz offensichtlich an die Männer. [18] Bemerkenswerterweise wurden ab dem Ende der 1970er-Jahre bevorzugt Frauen in lasziv anmutenden Posen in der Zeitung abgebildet. Die bildbegleitenden Slogans, die mal informativ – „Wir machen bei der NPD mit“ –, mal auffordernd – „Komm’ zu uns“ –, mal völlig zusammenhanglos – „den Frieden durch die deutsche Unabhängigkeit sichern“ – daherkamen, [19] veranschaulichten recht eindrucksvoll das nationalistische Ideal genuin „deutscher“, d. h. weißer und meist blonder Weiblichkeit. Allerdings war die aufreizende Bildsprache dazu gedacht, das ‚Sex-Appeal‘ der Partei bzw. der JN zu forcieren, allerdings nicht, um mehr Frauen an diese zu binden, sondern um mehr Männer anzulocken, die ohnehin das Gros der NPD-Wählerschaft ausmachten. Frauen fungierten somit als Gegenstand männlicher Phantasien, sie wurden erotisiert bzw. sexualisiert und für politische Zwecke funktionalisiert. Ab der Mitte der 1980er-Jahre ging die DS wieder zu traditionelleren Darstellungsformen über: Als weibliche Identifikationsfiguren wurden Parteifrauen wieder mehr für ihr „vorbildliches“ Engagement, unabhängig von Alter und ästhetischen Kriterien, gewürdigt, wie etwa das Beispiel der Münchnerin Ilse Herrmann zeigt. Im Rahmen der 1984 stattfindenden Europawahl wurde sie der Leserschaft detailreich vorgestellt:

> „In München wurde sie geboren, dort besuchte sie die Schule bis zum Abitur und studierte Medizin bis zum Physikum. Nach dem Tod des Ehemannes (1980) trat die vorbildliche Nationaldemokratin als Kreisvorsitzende und Landesgeschäftsführerin an dessen Stelle. Die Mutter von drei erwachsenen Kindern richtet ihr besonderes Augenmerk auf alle Probleme der Familien- und Sozialpolitik. Als wir sie nach ihren Hobbys fragten, antwortete die Optimistin: ‚Ja zum Leben sagen – das kann auch ein Hobby sein!‘ Auf Platz 7 finden Sie am 17. Juni 1984 Ilse Herrmann im Wahlvorschlag der NATIONALDEMOKRATEN (NPD).“ [20]

Nicht nur ihre intellektuellen, auch ihre politischen und „mütterlichen“ Fähigkeiten betonte die Lobrede auf diese als familienpolitische Expertin ausgewiesene Nationaldemokratin. Die Personalisierung von Politik diente der NPD als Mittel zur weiblichen Mobilisierung für den Wahlkampf. Dennoch scheiterte sie mit dieser Strategie: Nur 0,4% der Wählerinnen (gegen 1,2% der Wähler) gaben der NPD ihre Stimme. [21]

Schlussendlich fungierten die Nationaldemokratinnen in dieser Periode eher als Propagandaobjekte zur Valorisierung des „weiblichen Bereichs“ denn als eigentliche Akteurinnen oder Produzentinnen der ‚weiblichen‘ Ideologie. Von der programmatischen und journalistischen Arbeit so gut wie ausgeschlossen, entzog man ihnen zusätzlich auch die konzeptionelle Gestaltungsmacht in ihrem Bereich, der nun maßgeblich von Männern beherrscht wurde. Dass sie den nationaldemokratischen Tenor aber vollends übernahmen und sich aktiv an der Propagierung nationaldemokratischer Inhalte beteiligten, diese manchmal auch zuspitzten, soll im Folgenden gezeigt werden.

2. Nationaldemokratinnen in der Fundamentalopposition

2.1. Der „linke Terror“ und die autoritäre Sicherheitspolitik der NPD

In den 1970er-Jahren versetzten die Morde, Raubüberfälle, Entführungen und Attentate der Roten Armee Fraktion (RAF) ganz Westdeutschland in ein Klima der Angst. In brüchiger Kontinuität zur 68er-Bewegung hatte sich das terroristische Trio um Andreas Baader, einem „anti-intellektuellen Bohemien“ (Edgar Wolfrum), Gudrun Ensslin und die Journalistin Ulrike Meinhof 1970 im Untergrund gebildet, um den Staat und das „kapitalistische System“ kämpferisch zu überwinden. In paramilitärischen Trainingscamps des Mittleren Ostens ausgebildet, orientierten sich die Mitglieder der Terrorzelle in ihrer Vorgehensweise an der Stadtguerilla aus der „Dritten Welt“: Bis zu ihrer Verhaftung im Jahr 1972 verübten sie mehrere Banküberfälle, Morde und Bombenattentate auf Polizisten, Soldaten und Einrichtungen der amerikanischen Armee. Mit ihrer Inhaftierung in Stuttgart-Stammheim setzte eine neue, ebenfalls heiße Phase ein, die maßgeblich von der zweiten RAF-Generation getragen wurde. Deren AnhängerInnen verübten Morde und Geiselnahmen, um die Freilassung der gefangenen TerroristInnen zu erpressen. 1977 erreichte die terroristische Gewalt ihren Höhepunkt. Geprägt war das Jahr durch die Morde an dem Generalbundesanwalt Siegfried Buback, dem Vorstandssprecher der Dresdner Bank, Jürgen Ponto, und dem Arbeitgeberpräsidenten Hanns-Martin Schleyer sowie durch die von palästinensischen Sympathisanten verübte Entführung eines Lufthansa-Passagierflugzeugs. Nach dem Scheitern der Operation und der Befreiung der Geiseln in Mogadischu begingen Baader und Ensslin am 18. Oktober 1977 in ihrer Stammheimer Gefängniszelle Selbstmord; mit ihrem Suizid endete der „Deutsche Herbst“. [22]

Wie die Oppositionsparteien verurteilte auch die NPD den linksextremistischen Terrorismus, geißelte zugleich aber auch die „Schwäche“ der Schmidt-Regierung, die ihr zufolge nicht imstande war, den Staat angemessen zu schützen. Zum Tode Ulrike Meinhofs, die sich 1976 in ihrer Zelle erhängt hatte,

widmete die DS der „roten Ulrike“ einen Artikel, in welchem sie, ihre SympathisantInnen und die politische Linke allgemein über einen Kamm geschoren und kriminalisiert wurden:

> „Die Anarchie lebt weiter, auch wenn die Meinhof nicht mehr lebt. [...] Die wirklich Gefährlichen sind die geistigen Handlanger der Anarchisten. Sie breiten den Mantel der Nächstenliebe über deren Verbrechen. Sie entschuldigen sie nicht nur. Nein, sie feiern es. Ihr verrücktes Maß wird an den Worten deutlich, die der Theologie-Professor Gollwitzer der Meinhof nachrief: ‚Ulrike war die bedeutendste Frau seit Rosa Luxemburg.‘ Wir sagen: Keine von beiden war eine bedeutende Frau. Jede Mutter, die ihre Kinder recht erzieht und sich für sie aufopfert, ist bedeutender und wertvoller. Aber indem wir dies sagen, müssen wir uns bei allen Müttern entschuldigen, weil jeder Vergleich zwischen ihnen und einer Verbrecherin wie eine Beleidigung auf sie wirken muß.“ [23]

Mit der im Zitat getätigten Luxemburg-Meinhof-Analogie verunglimpfte der Autor gleich zwei als „gefährlich“ betrachtete historische Akteurinnen und Vertreterinnen linksrevolutionärer Strömungen. Gemein sei diesen Frauen, dass sie sich aufgrund ihres „widernatürlichen“ politischen Aktivismus von ihrer Berufung, dem Muttersein, entfernt hätten und man sie deswegen weder als wert- noch als bedeutungsvoll betrachten könne. Demgegenüber stellte die DS jene Mütter heraus, die sich sozusagen ihrem Geschlecht entsprechend für ihre Kinder – und nicht für eine politische Idee – aufopferten, eine Aussage, die man als implizite Anspielung auf Meinhof deuten kann: Sie hatte bekanntlich zwei Töchter auf ihrem Weg in den Untergrund zurückgelassen. Nur die Beibehaltung der traditionellen Geschlechterordnung könne, so argumentierte die DS, die bestehende staatliche Ordnung wahren und die innere Sicherheit gewährleisten. Somit knüpfte die NPD an einen Diskurs an, den sie bereits im Wahlkampf 1969 gegen die APO gerichtet hatte: Den „Umsturzbestrebungen“ der Linken könne

nur die NPD als ultimatives staatstragendes Bollwerk Einhalt gebieten. In diesem Sinne bezichtigte sie im Oktober 1977, mitten im „Deutschen Herbst“, die sozialliberale Koalition, wegen ihrer vermeintlichen Nachgiebigkeit „staatszersetzend“ zu agieren, [24] gar für die Verbrechen der terroristischen Linken mitverantwortlich zu sein:

> „Wieder haben die Terroristen brutal, überlegt und ausgeklüngelt [*sic!*] gemordet. In Gefängniszellen erdacht, durch Mordgehilfen in Anwaltsroben unterstützt, moderne Technik raffiniert nutzend, wird mit Mord und Entführung Krieg gegen unseren Staat geführt. Gegen unseren Staat. Denn der freiheitlich-demokratische Rechtsstaat ist **unser** Staat. [...] Die Parteien, die in unserem Staat Verantwortung tragen, klagen wir an, an der Ausbreitung der Seuche des Terrorismus schuldig zu sein.“ [25]

Im Rahmen des NPD-Frauenkongresses vom 1. Oktober 1977 machte sich auch Marlene Erber, Bundesvorstandsmitglied und Leiterin des bayerischen Frauenarbeitskreises, das Argument zu eigen, fügte dem aber noch eine historische Dimension hinzu:

> „Diese Banditen und Mörder sind nicht die Kinder Hitlers, wie einige total verblödete Politiker und Journalisten dem Bürger glauben machen wollen! Nein, diese Sprößlinge stammen durchweg aus sogenannten ‚guten‘ Elternhäusern, sofern man gut mit besitzend oder akademisch gebildet gleichsetzt. Sie sind geboren und herangewachsen während der Zeit einer CDU-geführten Regierung, einer Zeit, die geprägt war von dem widerlichen Tanz ums goldene Kalb, in einer Zeit der Diffamierung des eigenen Volkes und der eigenen Geschichte, in der alle sittlichen Normen über Bord geworfen wurden. Damals holte man sich die sattsam bekannten marxistischen Professoren an unsere Universitäten, die inzwischen die Gehirne einer ganzen Generation vergiftet haben. Hier allein liege die Wurzel.“ [26]

Scheinbar wollte sie den Adenauer-Mythos dekonstruieren und die Christdemokraten als Wegbereiter der linken Revolution brandmarken, immerhin hätten die Regierungen seinerzeit die „linke Umerziehung“ der Jugend zugelassen und den Materialismus und Konsumismus auf Kosten „wahrer“ Werte zum Durchbruch verholfen. Demgegenüber schien sie Hitler und seine nationalistischen „Kinder“, mit denen sich die 1921 Geborene vielleicht besonders identifizierte, zu rehabilitieren. Ihr zufolge waren sie die wahrhaftigen Bewahrer des „Volks“. Mit diesem, die sozialliberale Regierung und konservative Opposition stets diskreditierenden Narrativ machte die NPD ihren Macht- und Alleinvertretungsanspruch geltend und präsentierte sich im Kontext der allgemeinen sicherheitspolitischen Destabilisierung als einzig legitime politische Kraft, als einzige Alternative zu den etablierten Parteien.

Den Linksterrorismus funktionalisierte die NPD gleichermaßen als Schreckgespenst und als Nebelkerze, lenkte er doch vom Rechtsterrorismus ab, der in diesem Jahrzehnt ebenfalls wütete, ohne jedoch die gleiche öffentliche und politische Aufmerksamkeit zu erregen. Im Anschluss an die Aktion Widerstand hatte sich ein Teil der extremen Rechten zu Beginn der 1970er-Jahre radikalisiert. Neben Einzeltätern wie Ekkehard Weil oder dem Ehepaar Helge und Ingrid Röthke, die 1970, 1971 und 1977 sowjetische Soldaten, DDR-Grenzsoldaten und die SEW-Zentrale in West-Berlin zur Zielscheibe ihrer Anschläge machten, bildeten sich eine Vielzahl aktivistischer Gruppen [27] heraus, deren erklärtes Ziel es war, mittels Gewalt und Terrorismus ein dem Nationalsozialismus nachempfundenes Regime in Deutschland zu errichten. Das Münchener Oktoberfest-Attentat vom 27. September 1980, bei dem neben dem Täter Gundolf Köhler 12 Menschen ums Leben kamen und Hunderte verletzt wurden, ist als Höhepunkt eines von Morden, Brandanschlägen und anderen Gewalttaten gegen politische Gegner, PolizistInnen, MigrantInnen, Flüchtlinge, Juden und Jüdinnen geprägten rechtsterroristischen Aktionismus in die Zeitgeschichte eingegangen. Die Welle der

Gewalt, der mehr als 30 Personen zum Opfer fielen, ebbte erst ab 1982 ab, als die westdeutschen Behörden die Repression gegen rechtsterroristische Gruppen verstärkten. [28] Um einer öffentlichen Stigmatisierung vorzubeugen, beschloss der NPD-Vorstand im März 1978, „jegliche Mitwirkung, Zusammenarbeit, Mitgliedschaft und Teilnahme an Veranstaltungen, bei Organisationen und organisationsähnlichen Zusammenschlüssen und Gruppen, in denen Manfred Roeder, Erwin Schönborn, Thies Christophersen oder Karl-Heinz Hoffmann mitwirken“, zu untersagen. [29] Des Weiteren distanzierte er sich im November 1980 auch ausdrücklich vom Oktoberfest-Attentat, verharmloste den Rechtsterrorismus aber zugleich:

> „Der Parteivorstand der NPD hat oft genug alle Terrorakte verurteilt, diese als gemeine Verbrechen bezeichnet und deren härteste strafrechtliche Verfolgung gefordert. [...] Die NPD ist sich ihres demokratischen Auftrags voll bewußt. Wenn es auf der sogenannten rechten Seite im Gegensatz zu der marxistischen Theorie terroristenfreundlicher Linken bisher einen Terrorismus so gut wie nicht gegeben hat, ist dies nicht zuletzt das Verdienst der NPD. Die NPD bedauert, daß dieser nicht geringe Dienst an unserem Staat von den für ihn Verantwortlichen nicht gewürdigt und sogar geleugnet wird.“ [30]

Die Abgrenzung von der „extremistischen“ Linken [31] und die Bejahung eines staatstragenden Legalismus waren für die NPD schier überlebenswichtig geworden, seitdem die Regierung Brandt ihre demokratische Wachsamkeit erhöht und 1972 den „Radikalenerlass“ eingeführt hatte, um verfassungsfeindliche Kräfte aus dem öffentlichen Dienst zu entfernen bzw. von ihm fernzuhalten. Dieser Erlass steht exemplarisch für die gegensätzlichen Tendenzen, welche die Ära Brandt charakterisierten. Es war eine Zeit, in der einerseits die sozialliberale Ostpolitik eine Entspannung im Kalten Krieg

einleitete und das Verhältnis Westdeutschlands zum Ostblock grundlegend verbesserte, andererseits aber eben auch eine Periode, in der aufgrund einer verschärften innergesellschaftlichen Polarisierung nach „1968“ die Brandt’schen Verheißungen des „Mehr Demokratie wagen“ durch politische Entliberalisierungsmaßnahmen entkräftet wurden. [32] Zur Abwehr von revolutionären Bestrebungen, mochten sie von der APO – man denke an Rudi Dutschkes „Marsch durch die Institutionen“ –, der umtriebigen DKP oder der terroristischen RAF formuliert worden sein, beriefen sich Politik und Verwaltung auf das Prinzip der „wehrhaften Demokratie“ und stützten sich auf ein repressives Instrumentarium. Der „Radikalenerlass“ sah vor, dass BeamtInnen, Angestellte und BewerberInnen für den Staatsdienst durch das BfV auf ihre Gesinnung und Verfassungskonformität hin überprüft wurden. Bei dem Verdacht verfassungsfeindlicher Aktivitäten konnte ihnen der Eintritt in den öffentlichen Dienst oder der Verbleib in diesem verwehrt werden. Auch wenn sich der „Extremistenbeschluss“ vornehmlich gegen die kommunistische Linke wandte, [33] von der sich die unter Beschuss der Konservativen stehende SPD scharf abgrenzen wollte, so war die NPD, wenn auch in kleinerem Maße, ebenfalls davon betroffen. Sie nutzte die Aufmerksamkeit, um sich der Öffentlichkeit als „Opfer“ einer staatlich organisierten Hexenjagd zu präsentieren. Für die Lehrer Rolf Kosiek und Günter Deckert sowie den Polizisten Anton Kollross wurden im Laufe der 1970er-Jahre Berufsverbote verhängt. [34] Die im öffentlichen Dienst tätigen NPD-Frauen hingegen blieben völlig unbehelligt. Diese Tatsache verleitete die Lübecker Nationaldemokratin und Lehrerin Eva Happach 1972 dazu, von ihrem Arbeitgeber, dem Land Schleswig-Holstein, die Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen sich selbst zu fordern, um ihre Verfassungskonformität bzw. die demokratische Vereinbarkeit ihres NPD-Engagements mit ihrer gymnasialen Lehrtätigkeit unter Beweis zu stellen. So wollte sie ihre Partei vom Extremistenverdacht befreien und den medial unterstützten „Staatsterror“ entlarven, den sie in einem Brief an

den Justizminister Schleswig-Holsteins vom 26. Februar 1972 folgendermaßen beschrieb:

> „Der von dem politischen Establesment [*sic!*] und der Meinungsmache bisher durchgeführte Terror hat zwar das beabsichtigte und hähmisch [*sic!*] begrüßte Ergebnis, daß viele betroffene Mitglieder die NPD aus persönlichen Gründen verlassen, weil sie an das tägliche Brot für Frau und Kinder denken müssen. Echte Demokratie stirbt aber unter verfassungswidrigem, rechtlich haltlosen Terror [*sic!*]. [...] Ich beantrage daher, [*sic!*] die Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen mich wegen meiner Mitgliedschaft in der NPD mit der Feststellung, daß ich damit nicht Mitglied in einer Organisation verfassungsfeindlicher Zielsetzung bin.“ [35]

Noch am gleichen Tag wandte sie sich an das für die Prüfung des Verfassungsschutzes zuständige Innenministerium mit der Bitte, die gegen ihre Partei gerichteten „diffamatorischen Unterstellungen“ in der Regionalpresse zu unterbinden und die NPD zu entlasten. [36] Sechs Monate später schickte sie ihr Gesuch an das Kultus- und Bildungsministerium, das sie inständig aufforderte, die von ihr als antidemokratisch und verfassungsfeindlich bewertete Diskriminierungspraxis gegen die NPD einzustellen. [37] Das im Grundgesetz verankerte Diskriminierungsverbot bemühte sie nur, um den politischen Feind, die „linke“ Presse und die Staatsvertreter besser diskreditieren zu können. Im Gegensatz zu diesen, so lautete ihr Argument, erweise sich die NPD als besonders staatstreu, da sie ja schließlich auf undemokratische Missstände in der Bundesrepublik aufmerksam gemacht habe. Weil die Behörden allerdings „keine Anhaltspunkte für eine individuelle Verletzung der beamtenrechtlichen Treuepflicht gemäß § 65 Abs. 2 des Landesbeamtengesetzes“ konstatieren konnten, stellten sie das Verfahren kurz nach dessen Einleitung ein. [38] Das Innenministerium gab bekannt, dass man Eva Happach, wäre sie Bewerberin für den Staatsdienst gewesen, wahrscheinlich

nicht eingestellt hätte, dass man aber sonst nicht gewillt war, eine „Beamtin auf Lebenszeit“ aus dem öffentlichen Dienst zu entlassen. [39] Der als öffentlichkeitswirksame Skandalisierungskampagne inszenierte Vorstoß Happachs lief letztendlich ins Leere: Die NPD wurde weder als explizit „extremistisch“ eingestuft noch entlastet, und auch das Medienecho blieb äußerst verhalten.

Das Beispiel Eva Happachs zeigt letztendlich, wie erratisch und willkürlich der Radikalenerlass in den 1970er-Jahren in der Praxis gehandhabt wurde. Plausibel erscheint zudem, dass das Urteil weniger milde ausgefallen wäre, hätte Happach zur extremen Linken und nicht zur extremen Rechten gehört. Vermutlich wurde eine rechtsextreme Frau als weniger staatsgefährdend als ein rechtsextremer Mann, geschweige denn als eine linksextreme Frau eingestuft. Im Gegensatz zu Akteurinnen wie Gudrun Ennslin, Ulrike Meinhof oder Brigitte Mohnhaupt, die sich im kollektiven Bewusstsein zum Inbegriff eines radikalen, blutrünstigen und kompromisslosen Fundamentalismus entwickelt hatten, wurden rechtsextreme Frauen von den Polizei- und Justizbehörden, der Presse und Forschung kaum als Gefährderinnen wahrgenommen, sondern unterschätzt, übersehen oder willentlich ignoriert. [40] Noch verteidigte die NPD den demokratischen Staat, doch bezeugte Happachs Initiative schon die allmähliche Verschiebung der Parteikoordinaten von einem zuvor freilich Establishment-kritischen Legalismus und Etatismus hin zu einer rabiat antikonformistischen, bisweilen gar systemfeindlichen Linie, die für die folgenden Jahrzehnte prägend sein sollte. An der Schwelle zu den 1980er-Jahren vollzog die Partei eine radikale identitäre Wende, in deren Rahmen sie nicht nur ihre vergangenheitspolitische Position, sondern auch ihr Verhältnis zu Politik und Staat von Grund auf revidierte.

2.2. Die Bundesrepublik als „Provisorium“

Im Laufe der Jahrzehnte hatte sich die Bundesrepublik zu einem weitestgehend normalen, fast souveränen, mit eigener

Staatsräson und eigenständiger politischer Kultur versehenen Staat entwickelt. Spätestens in der Ära Kohl betrachtete sie sich nicht mehr als „Provisorium“, sondern als definitive Staatsform, was die deutsche Vereinigung vom 3. Oktober 1990 lediglich staatsrechtlich zu bestätigen schien. Wie Andreas Wirsching meint,

> „gehört es zu den größten Ironien der neuesten deutschen Geschichte, dass der tatsächliche Abschied vom Provisorium zu eben jenem Zeitpunkt gleichsam ‚passierte‘, als sich die ‚alte‘ Bundesrepublik definitiv von ihrem Selbstverständnis als Provisorium löste“. [41]

Als nationalistische Partei konnte und wollte die NPD den Konsens über die dauerhafte Existenz der Bundesrepublik und der damit verbundenen Zwei-Staaten-Lösung nicht befürworten. Unentwegt pochte sie seit Beginn der 1970er-Jahre auf das Verfassungsgebot, das die Bundesregierungen seit 1949 dazu anhielt, Deutschland zu „Einheit und Freiheit“ zu führen:

> „Ein Vierteljahrhundert nach Kriegsende haben die Regierung und die Bundestagsparteien das erste Gebot der deutschen Politik und den Verfassungsauftrag des Grundgesetzes, die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands, verraten und die Teilung Deutschlands vertraglich zugunsten des kommunistisch-bolschewistischen Ostens besiegelt. Die Deutschen in der Bundesrepublik wurden dahin gebracht, diese verräterische Politik zu dulden und als angebliche Entspannungspolitik anzuerkennen. Ihr Nationalbewußtsein wurde zerstört. Der Raub Ostdeutschlands und des Sudetenlandes sowie die Vertreibung der Deutschen aus diesen Gebieten wurden sanktioniert.“ [42]

Für sie war Deutschland „größer als die Bundesrepublik“ [43] und die Bundesrepublik als solche nur akzeptabel, sofern sie

provisorisch war und mittel- oder langfristig gemäß Art. 146 GG in eine andere, neue Staatsform überging. So stützte sich die NPD gerne sinnverdrehend auf die Präambel des Grundgesetzes, um die Abschaffung der Bundesrepublik verschmitzt und zynisch als Ziel ihrer Politik zu verkünden: „Das gesamte deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden. All unsere Arbeit DIENT DIESEM TAGE.“ [44] Dieser „Tag“, den sie offensichtlich herbeisehnte und durchaus auch provokativ beschwor, kann als Projektion des „Tages X“, in rechtsextremen Kreisen verstanden als nationalistische „Machtergreifung“, gedeutet werden. Ihre Umsturzphantasien verbarg sie allerdings hinter einer verfassungskonformen Fassade. Ende der 1970er-Jahre gab sie ihre Systemfeindschaft noch nicht öffentlich preis, sondern setzte auf staatsfeindliche Anspielungen und eine ambivalente bzw. chiffreartige Kommunikation. Auch erläuterte sie nie, in welcher Form und in welchen Grenzen – den Staatsgrenzen von 1937? – die deutsche Einheit gestaltet werden sollte und welche – autokratische? – Staatsform letztendlich die Bundesrepublik ersetzen sollte. Wichtig war ihr in erster Linie, die „Deutsche Frage“ zu lösen, die „Kolonialherrschaft auf deutschem Boden“ [45] – gemeint waren die Alliierten – zu überwinden und dem vereinigten Deutschland eine neutrale Position zwischen den zwei Blöcken zu verschaffen.

Den SED-Staat verpönte die NPD weiterhin als Inbegriff des Willkür- und Unrechtsstaats [46] und verbat sich jegliche Annäherung oder Kooperation mit der „Zone“, auch nicht mit ihrem ostdeutschen Pendant, der NDPD, die ihr zufolge als „Schwesterpartei“ nicht in Frage kam, weil sie dem „deutschen Vaterland“ offensichtlich das „sozialistische Vaterland“ vorzog. [47] Ab 1984 rückte Martin Mußgnug allmählich von dieser unerbittlichen Position ab und trat nun für die Errichtung einer „Konföderation Deutschland“ ein. Von beiden deutschen Staaten getragen, sollte sie in einer Nationalversammlung paritätisch von Bundestags- und Volkskammerabgeordneten vertreten werden, deren Aufgabe es war, die Wiedervereinigung

vorzubereiten und durchzuführen. [48] Diese späte Neupositionierung war vermutlich der Feststellung geschuldet, dass die kategorische Ablehnung einer deutsch-deutschen Annäherung in der Bundesrepublik in den 1980er-Jahren nur noch von einer randständigen Minderheit für richtig und legitim befunden wurde, dass sie außerdem bereits 1969 zur Niederlage geführt hatte und dass sich die NPD mit der Konföderationsidee auch von der CDU abgrenzen konnte. Letztere hatte bei ihrem Regierungsantritt 1982 zwar eine „geistig-moralische Wende“ verkündet, faktisch aber die Deutschlandpolitik ihrer sozialliberalen Vorgänger fortgeführt und somit die DDR und die deutsche Teilung als unumstößlichen Ist-Zustand anerkannt.

Mochte ihr Zukunftsbild noch relativ vage konturiert sein, so erschien ihr Vergangenheitsbild umso deutlicher am Horizont. Wie in den 1960er-Jahren griffen die NationaldemokratInnen insbesondere die bundesrepublikanische Vergangenheitsbewältigung an. Sie hielten ihr u. a. vor, das „Nationalbewusstsein“ der Deutschen durch „Lügengeschichten“ abgestumpft zu haben. Zur Rehabilitierung der „deutschen Opfer“ versuchten sie ihrerseits einen revisionistischen Gegendiskurs zu etablieren. Ursula Schaffer, eine ausgewiesene „Geschichtsexpertin“ der Partei, veröffentlichte 1978 einen Artikel, der mit Bundeskanzler Helmut Schmidt abrechnete und ihn der moralischen bzw. erinnerungspolitischen Korruption bezichtigte:

> „Am 21.11.77 wurde der Staatsbesuch Sadats in Israel beendet, der Besuch Schmidts in Polen begonnen: zwei Ereignisse, die Parallelen nahelegen. Beides sind Besuche der politischen Führungskräfte zweier Nationen, die als Besiegte territoriale Verluste durch die von ihnen besuchten Länder erlitten, deren Volksangehörige zu einem großen Teil grausam vertrieben wurden und auch noch als nationale Minderheiten unter fremder Staatssouveränität leben. So feierlich mit allen staatspolitischen und militärischen Ehren Sadat begrüßt und verabschiedet wurde, so war doch unmißverständlich seine Forderung nach **Abzug Israels aus allen besetzten**

> **Gebieten** einschließlich Ost-Jerusalems und auf Anerkennung der Rechte der Palästinenser. […] Bundeskanzler Schmidt hingegen erwähnte **mit keinem Wort** deutsche Rechtsansprüche auf die lt. Potsdamer Protokoll nur vorübergehend unter polnische Verwaltung und lt. Bundesverfassungsgerichtsurteil weiter zu Deutschland gehörenden deutschen Ostgebiete. […] Er forderte keine Wiedergutmachung der Vertreibungsschäden, sondern überreichte einen 2-Millionen-Scheck für die Restaurierung des Warschauer Schlosses. […] Er bekannte sich angesichts der nach 1945 im ehemaligen KZ-Lager Auschwitz errichteten Verbrennungsöfen wieder zur ‚untilgbaren Schuld und Aggression' der Deutschen und ebnete damit den Boden für weitere Millionen-Erpressungen […].“ [49]

Die kontrastive Analogie zwischen dem ägyptischen Präsidenten Anwar as-Sadat und Helmut Schmidt ließ auf eine Vergleichbarkeit der Fälle schließen, die es in Wahrheit nie gegeben hatte, so verschieden waren jeweils die historischen Entstehungskontexte und geopolitischen Voraussetzungen. Die angebliche Redlichkeit des für die Existenzrechte der Palästinenser eintretenden Ägypters diente Schaffer als Vorwand, um die vermeintliche Niedertracht des westdeutschen Bundeskanzlers zu betonen, der sein Volk ungeachtet des Potsdamer Abkommens vom August 1945 – in dem die Oder-Neiße-Grenze nur provisorisch bis zur Unterzeichnung eines Friedensvertrags als ostdeutsche Grenze postuliert wurde – und des Bundesverfassungsgerichts-Urteils vom Juli 1973 [50] „verriet“. Schaffer hielt Schmidt vor, im Namen der Wiedergutmachung das Schicksal der Vertriebenen zu „vergessen“ und die polnische „Kolonisierung“ deutschen Territoriums aus freien Stücken hingenommen zu haben, jene sogar zu finanzieren und sich so zum Komplizen der von Polen betriebenen erinnerungspolitischen Erpressung der Deutschen zu machen. In diesem Zitat kamen alle Zutaten ihres revisionistischen Geschichtsnarrativs zusammen: Aufbauend auf antipolnischen und antisemitischen Ressentiments spielte sie

das kommunistische Polen gegen Israel aus, ergänzte den Antizionismus – auf den die „unrechtmäßige“ Besetzung palästinensischen Landes durch Israel nach dem Sechstagekrieg von 1967 anspielte – gegen Ende des Zitats mit der den Holocaust leugnenden Bemerkung, dass die im Winter 1944 von der SS zerstörten Verbrennungsöfen in Auschwitz erst „nach“ 1945 errichtet worden seien. Ursula Schaffer brachte hier recht eindeutig die von ihr gern vertretene „Auschwitz-Lüge“ ins Spiel. Bestimmt war sie nicht die einzige Nationaldemokratin mit solch radikalen antisemitischen Ansichten, doch gehörte sie zu den wenigen, die sie offen vertraten, [51] denn bis zum Ende der 1970er-Jahre waren sowohl die Judenfrage als auch der Holocaust innerparteilich schlicht tabu. Ende Januar 1979, als Marvin Chomskys amerikanische Mini-Serie „Holocaust“ über den Massenmord an den europäischen Jüdinnen und Juden im westdeutschen Fernsehen ausgestrahlt wurde, änderte die NPD ihre Haltung schlagartig. Anstelle des Beschweigens trat nun die offensive Banalisierung des Holocausts. Am 17. Februar 1979, nur wenige Wochen nach der Ausstrahlung der vier Folgen, organisierte Marlene Erbers Münchener Verband eine „Holocaust-Aktion“, um gegen die „Volksverhetzung gegen Deutschland“ zu protestieren. Auf den zu diesem Anlass ausgeteilten Flugblättern stand geschrieben, dass

> „gewisse Cliquen im In- und Ausland behaupten: Wir Deutschen seien eine ‚blutdürstende Meute‘ (so Israels Begin) und verantwortlich für nahezu alles Böse in der Welt. So wird in den USA der antideutsche Hetzfilm ‚Holocaust‘ hergestellt. Haben aber ausgerechnet die USA ein Recht, uns Deutsche moralisch zu verurteilen? US-Amerika führte unzählige dreckige Kriege, rottete die Indianer aus, versklavte Millionen Neger. US-Amerika ist verantwortlich für Bombenterror gegen Deutschland, Atombombe auf Japan, Napalm auf Vietnam. Haben die ein Recht, uns Deutsche anzuklagen?“ [52]

Den Holocaust verharmloste die NPD, indem sie sein Ausmaß

und seine historische Einzigartigkeit relativierte: Die deutschen Verbrechen seinen nicht schlimmer als jene der Amerikaner, so müsse man aufhören, die „deutsche Schuld“ zum Zwecke politisch-moralischer bzw. finanzieller Erpressung zu funktionalisieren. Mittels dieses Tabubruchs und ihrer rhetorischen Radikalität hatte die Partei vergeblich versucht, sich in der öffentlich entflammten Kontroverse Gehör zu verschaffen. Von dem Zeithistoriker Frank Bösch als „medien- und erinnerungsgeschichtliche Zäsur“ eingestuft, entfaltete die Serie eine nachhaltige Wirkung auf das kollektive Bewusstsein und den Umgang der Westdeutschen mit der Judenvernichtung. [53] Als Zeichen dafür gilt nicht zuletzt, dass im gleichen Jahr auch der Deutsche Bundestag beschloss, die Verjährung für Mord bzw. für Völkermord gänzlich aufzuheben. Die nationalsozialistischen TäterInnen sollten somit bis zu ihrem Lebensende zur Rechenschaft gezogen werden können.

Indes etablierte sich bei den NationaldemokratInnen der antisemitische Relativismus als argumentatives Grundmotiv. Er richtete sich gegen die offizielle Geschichtsdeutung und den opferzentrierten erinnerungspolitischen Konsens, dem vor allem in der Ära Kohl eine wachsende Bedeutung zukam. In den 1980er-Jahren, so schreibt es Andreas Wirsching, kehrte die Geschichte mit voller Wucht zurück. Davon zeugen etwa die zahlreichen der NS-Zeit gewidmeten Mahn- und Denkmale, Museen und Ausstellungen, die vielen schulischen Initiativen und Zeitzeugengespräche, die bundesweit mit Holocaustüberlebenden, mit Jüdinnen und Juden, ZwangsarbeiterInnen, Sinti und Roma geführt wurden und die man durchaus als Indizien für die zwar späte, dafür aber recht umfassende, von unten vollzogene erinnerungspolitische Aneignung und Ermächtigung der Westdeutschen betrachten kann. [54] Die NPD bewertete diese „Geschichtswelle“ hingegen als masochistische, dem „Triumph der Opfer“ anheimgefallene Erinnerungskultur, der sie ein nationalistisch-revisionistisches Opfernarrativ entgegensetzte. Ihren Schwerpunkt legte die Partei auf die NS-Täter, die sie zu „Helden“ des „Dritten Reichs“ bzw. zu „Märtyrern“ der Bundesrepublik stilisierte. Auch die

Nationaldemokratinnen gaben sich der Verherrlichung verurteilter NS-Protagonisten hin. „Gegen das Vergessen" begaben sich die bayerischen NPD-Frauen auf Initiative von Marlene Erber am 19. Dezember 1976 zum unweit der Landsberger Strafanstalt gelegenen Spöttinger Friedhof, um einen Kranz an den Gräbern „unrechtmäßig" von den Alliierten hingerichteter Kriegsverbrecher niederzulegen. [55] Mit diesem als exkulpatorisch und rehabilitierend gedachten Akt des Gedenkens wollte Erber die Hingerichteten von ihren Verbrechen, Morden und Massakern läutern. Das Verbrechen, so schrieb es die „Deutsche Stimme", läge nämlich auf der Seite der Alliierten und ihrer willkürlich durchgeführten, „mörderischen" Siegerjustiz. [56]

Dieses die Opfer des Nationalsozialismus verhöhnende Gegengedächtnis, das auf „Organisation, Selektion und Tradierung eines eigenen Geschichtsbildes" [57] fußte, setzte die NPD propagandistisch ein, um die Generalamnestie zu fordern, vor allem aber auch um die Freilassung der in den Gefängnissen von „Gaeta, Breda und West-Berlin" [58] noch inhaftierten Männer zu erreichen. Ein besonderes Augenmerk richtete sie dabei auf den letzten verbliebenen Insassen des Spandauer Gefängnisses, Rudolf Heß, einer Schlüssel- und Kultfigur des rechtsextremen Nachkriegsgedächtnisses: Der „Stellvertreter des Führers" [59] diente ihr als Exempel für die vermeintliche Rachsucht der Alliierten, die, wie sie behauptete, durch ihre Sühne- und Strafpraxis das besiegte Deutschland nach dem Krieg noch ein Stück weiter hatten erniedrigen wollen. Auch galt er ihr als Märtyrer, weil er „der Sache" auch nach dem Niedergang des Regimes unbedingt treu geblieben war, weil er während seines Prozesses kühn – und unbelehrbar – verkündet hatte, er bereue nichts. [60] Bis zu seinem Tode 1987 veröffentlichte die DS Mobilisierungsaufrufe von AnhängerInnen wie Ingrid Röthke, der Berliner JN-Vorsitzenden, die als Aktivistin einer neonazistischen „Rudolf-Hess-Befreiungsgruppe" seine Haftentlassung reklamierte. [61]

Überdies huldigte die NPD auch anderen, aus dem öffentlichen Gedächtnis ausgesparten „Helden" und

„Heldinnen“, den „Trümmerfrauen“ [62] etwa oder den Überlebenden des „Bombenterrors“, ebenso der 1980 verstorbenen Vertrauten Hitlers Winifred Wagner sowie Ina Seidel, einer „Blut-und-Boden“-Lyrikerin, oder Karl Dönitz, dem letzten Staatsoberhaupt des „Dritten Reichs“. Ursula Schaffer wohnte am 6. Januar 1981 seiner Beisetzung im schleswig-holsteinischen Aumühle bei. Den Bekenntniswert, den sie dieser Ehrerbietung beimaß, verdeutlichte die folgende Darlegung in der DS:

> „Das Rauschen des tiefverschneiten Waldes übertrug gleichnishaft die Grüße Bismarcks seinem würdigen späteren Nachfolger, der – so wie er selbst – sein Leben seinem Volke geweiht hatte, der getreu seinem Eid seinem obersten Kriegsherrn und seinem Volk die Treue hielt und sich trotz Schmähungen und unwürdiger Kerkerhaft mannhaft zu seinen Taten und seiner Gefolgschaft bekannte. Dieser Geist des Großadmirals übertrug sich auf die Gemeinschaft, die ihm das letzte Geleit gab und kam hörbar zum Ausdruck, als bei den Gedenkansprachen das ehr- und würdelose Verhalten unserer Regierung angeprangert wurde, die dem Toten die letzte Ehrerbietung verweigerte. […] Am tiefsten ergriffen haben mich die Kranzgrüße aus den einsamen Zellen von Spandau und aus Gaeta von Major Walter Reder, aber auch die bescheidenen Kränze und Gebinde ostpreußischer Familien, die damit ihren Dank für die Rettung vor dem Bolschewismus abstatteten.“ [63]

In dieser kurzen Passage schilderte sie lediglich die „Heldentaten“ des Großadmirals Dönitz, der Anfang 1945 die Rettung von Hunderttausenden Vertriebenen und Flüchtlingen aus den von der Roten Armee eingekesselten Ostgebieten durch die Kriegsmarine über die Ostsee veranlasst hatte; doch sparte sie dabei bewusst seine Mitwisserschaft und Verantwortung sowie seine eigene Verstrickung in den Nationalsozialismus aus, die im Oktober 1946 in Nürnberg zu seiner Verurteilung geführt hatte. Die Heroisierung schob Schaffer als Vorwand vor, um auf

das „einsame“ Schicksal von Rudolf Heß, Mithäftling von Dönitz bis 1956, aufmerksam zu machen und die Regierung Schmidt dafür zu geißeln, dass sie die „wahre“ deutsche Geschichte ignoriere. Zu Sinn und Wirkung dieser in der extremen Rechten geläufigen erinnerungspolitischen Praxis schreibt Karin Priester:

> „Die kollektive Erinnerung an Freiheitshelden und ‚Märtyrer‘ der nationalen Sache stärkt das Bewusstsein der Zugehörigkeit zu einer Kampf-, Glaubens- und Schicksalsgemeinschaft und intensiviert die Wechselwirkung von Widerstand und Daseinssteigerung.“ [64]

Mit dieser recht schamlosen Rehabilitierung der Täter zuungunsten der Opfer – auch der „deutschen Opfer“, der Bombenopfer, Vertriebenen, Witwen und Kriegsinvaliden, derer ab Ende der 1970er-Jahre nur noch am Rande gedacht wurde –, brach die NPD mit dem erinnerungspolitischen Konsens der Bundesrepublik. Mit ihren dramatisierten und verklärten Geschichtsinterpretationen verabsolutierte die Partei NS-Protagonisten zu rechtsextremistischen „Erinnerungsorten“. Dadurch legitimierte sie ihren NS-Götzenkult wider das bundesrepublikanische „Sühne-Gedächtnis“ und affirmierte ihre Fundamentalopposition zur Bonner Politik. [65] In diesem Kontext übernahmen NPD-Frauen wie Ursula Schaffer, Marlene Erber oder Ingrid Röthke eine aktive Rolle in der Ausgestaltung und Vermittlung der apologetischen Geschichts- und Erinnerungspolitik ihrer Partei. Sie trugen entscheidend zur identitären Neuausrichtung der Parteilinie bei, welche in dieser Periode einerseits – wie zuvor dargelegt wurde – auf einer reaktionär-restaurativen Geschichtsauslegung und Erinnerungskultur fußte, andererseits aber – wie im Folgenden gezeigt werden soll – auch eine ausgesprochen rassistische Gegenwartsdeutung propagierte.

2.3. Der Rassismus als Dreh- und Angelpunkt der Parteiideologie

Der oftmals für die Entwicklung der modernen Industriegesellschaften als Zäsur gedeutete Ölpreisschock von 1973 wirkte sich besonders stark auf das politische und gesellschaftliche Klima der Bundesrepublik aus. Er schärfte nicht nur das Bewusstsein für die „Grenzen des Wachstums“, wie sie das Expertennetzwerk Club of Rome kurz zuvor proklamiert hatte, auch zeugte er vom „Zusammenrücken des Planeten“ (Andreas Wirsching), d. h. von der wachsenden Verschränkung transnationaler Wirtschaftsinteressen und globaler Krisenerscheinungen. Mit der Ölpreiskrise entdeckten die Westdeutschen, dass die sich in fernöstlichen Ländern abspielenden Ereignisse auch sie etwas angingen und ihren Wohlstand gefährden konnten. Nach dem Wirtschaftsboom der Nachkriegszeit markierte die Ära Schmidt einen wichtigen Wendepunkt: Die Weltwirtschaft rutschte in die Rezession ab, die Konjunktur erlahmte branchenübergreifend und traf Industrie und Gewerbe hart. Nach jahrzehntelanger Vollbeschäftigung stieg die Arbeitslosigkeit nun erstmals wieder an und betraf im Jahr 1975 immerhin 4,6% der Erwerbsbevölkerung. [66] Aus ihr erwuchsen auch ein diffuses Unbehagen, eine bedrängende Furcht vor instabilen Verhältnissen und Armut, die sich in der westdeutschen Bevölkerung besonders an der „Ausländerfrage“ entlud.

In Anbetracht des wirtschaftlichen Abschwungs schien sich in der Bundesrepublik langsam die Meinung durchzusetzen, man könne und müsse nunmehr auf die „Gastarbeiter“, jene ausländischen, meist türkischstämmigen Arbeitskräfte, die bis dahin als unentbehrliche Triebkraft für die industrielle Fortentwicklung betrachtet worden waren, einfach verzichten. Den „Ausländern“, von denen es Ende der 1970er-Jahre bundesweit ca. 4,6 Millionen gab, schlug immer mehr Misstrauen entgegen; sie waren unerwünscht und wurden stigmatisiert, [67] weil sie den „Deutschen“ angeblich die Wohnungen, die Arbeitsplätze und die Sozialleistungen streitig machten: ein gesellschaftlich weit verbreiteter Ächtungsdiskurs, der Anfang der 1980er-Jahre im „Heidelberger Manifest“ gipfelte. Am 17. Juni 1981, dem Nationalfeiertag, veröffentlichten

15 Professoren einen auch von rechtsextremen Medien wie der DWZ oder „Nation Europa“ weiterverbreiteten Appell, in welchem sie das „Volk“ und die politischen Eliten zum Widerstand gegen die ausländische „Unterwanderung“ und „Überfremdung“ von Kultur, Sprache und „Volkstum“ aufriefen. [68] Unter diesem bürgerlich-professoralen Gewand legitimierten sie erstmals die Benutzung von rassistischen, gar völkischen Argumenten und Denkkategorien in der öffentlichen Diskussion und verliehen mit ihrem „wissenschaftlichen“ Vorstoß einer in der Öffentlichkeit zu jener Zeit durchaus spürbaren xenophoben Grundstimmung Ausdruck. [69] Auch in der Politik schlug der Appell hohe Wellen. Die Regierungen und Parteien nahmen sich des kulturellen bzw. identitären Unbehagens der Westdeutschen an und setzten die „Ausländerfrage“ auf die politische Agenda. Direkt nach ihrer Amtsübernahme hatte bereits die Regierung Schmidt 1974 einen Anwerbestopp für ausländische Fachkräfte durchgesetzt, den Familiennachzug an verschärfte Bedingungen gekoppelt und den Betroffenen finanzielle Anreize für die freiwillige Rückkehr in ihre Herkunftsländer geboten. Dem unmissverständlichen Leitsatz folgend, dass Deutschland „kein Einwanderungsland“ sei, wurde ab 1982 unter dem neuen Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) die Ausländer- und Asylpolitik der sozialliberalen Vorgänger noch verschärft und konkretisiert. [70]

Auch die NPD gedachte aus den gesellschaftlich festgesetzten Ressentiments gegenüber den Asylsuchenden, Flüchtlingen und MigrantInnen Kapital zu schlagen und rief im Vorfeld der Bundestagswahl von 1980 die Aktion „Ausländerstopp – Deutschland den Deutschen“ ins Leben, die sich innerhalb kürzester Zeit als Grundpfeiler der NPD-Propaganda etablierte und von nun an alle politischen Kampagnen der Partei bestimmen sollte. Die NPD entdeckte den politischen Rassismus für sich. Diese Schwerpunktverschiebung war es, die innerparteilich zu einem ideologischen Wandel führte: Der auf der Deutschlandpolitik beruhende Rückeroberungsnationalismus, der in den 1960er-Jahren ideologisch noch vorgeherrscht hatte, wurde allmählich

durch einen identitär-kulturellen Nationalismus abgelöst, von dem sich die NationaldemokratInnen auch größere Wahlerfolge versprachen. So entstand am 26. Januar 1980 in Bochum-Wattenscheid die erste, von Hagen und Gabriele Prehl gegründete Bürgerinitiative Ausländerstopp (BIA), deren Ziel es war, durch Aktionen die Ausländerfeindlichkeit politisch und gesellschaftlich zu normalisieren. Mochten ihre Initiativen, etwa die, über einen Volksentscheid die Rückkehr von zugewanderten Arbeitskräften und deren Familien in ihr Herkunftsland (1980) zu erwirken, oder jene, die Trennung von „deutschen“ und „ausländischen“ Kindern in separaten Schulklassen (1982) zu erreichen, jedes Mal an der SPD-geführten Düsseldorfer Landesregierung scheitern, so war das erzeugte Medienecho dennoch beachtlich. [71] Andere Landesverbände schlossen sich der Prehl’schen BIA an, bevor der NPD-Vorstand beim Augsburger Bundesparteitag am 22. und 23. November 1980 den Entschluss fasste, sie ganz offiziell und auch finanziell zu unterstützen. In ganz Westdeutschland kam es daraufhin zu „Informationskampagnen“ und Plakataktionen, „Ausländerstopp“-Wahllisten wurden unter dem Namen der BIA zusammengestellt, um die ausländerfeindliche Idee noch weiter in die Öffentlichkeit zu transportieren. Am 7. März 1982 erhielt die „Kieler Liste für Ausländerbegrenzung“ 3,8% der Stimmen, in Hamburg hingegen fiel das Wahlergebnis der entsprechenden Liste weniger gut aus: Sie sammelte nur 0,7% der Stimmen ein. [72] Trotz schwankender Wahlergebnisse setzte dank der BIA in der NPD auch ein strategischer Erneuerungsprozess ein: Dadurch, dass sie nun auf Bürgerinitiativen und Ein-Thema-Wahllisten, beides innovative Mobilisierungsmodi in den 1970er- und 1980er-Jahren, setzte, konnte sie das Parteiimage modernisieren und sich als zeitgemäße Alternative zu den etablierten Parteien präsentieren. Sie suggerierte Bürgernähe und gab vor, sich für die Bedürfnisse und alltäglichen Sorgen der Einheimischen zu interessieren, doch forcierte und verstetigte sie lediglich die bereits vorhandenen xenophoben Ressentiments in der Bevölkerung.

1981 sammelten die NationaldemokratInnen mehr als 50

000 Unterschriften im Rahmen einer an die Bundesregierung gerichteten Petition, die neben dem „sofortige[n] Stopp der Flut der Scheinasylanten aus aller Welt“ und der „Ausweisung illegaler und krimineller Ausländer“ auch den „Erhalt der eigenständigen Kultur“ forderten. Zu den 50 ErstunterzeichnerInnen des „Aufrufs der Fünfzigtausend: Ausländerstopp jetzt!“ [73] zählte nur eine Frau: Wilhelmine Steffens, die „Immigrationsexpertin“ der Partei, die man in der NPD kraft ihres Amtes als Leiterin des Arbeitskreises „Ausländer- und Asylbewerberangelegenheiten“ mit der Ausformulierung der Anti-Migranten-Propaganda betraut hatte. [74] Die ideologische Weichenstellung hatte Günter Deckert im gleichen Jahr gelegt, indem er eine heute in der extremen Rechten als Klassiker des politischen Rassismus gefeierte Broschüre „Ausländer-Stopp, Handbuch gegen Überfremdung“ verfasst und veröffentlicht hatte. [75] Seine neurechten Gedanken flossen ebenfalls in das BIA-Presseorgan „Deutsche Zukunft“ ein. Im Zentrum des xenophoben Narrativs standen hier sowohl der Ethnopluralismus als auch der Kulturalismus, deren Definitionsmerkmale die Nationaldemokratin Elke Grothe im Vorwort der ersten Auflage mit folgenden metaphorischen und komplexitätsreduzierenden Worten zu umschreiben versuchte:

> „Vielfalt und Gleichmacherei, das scheint mir heutzutage die Alternative zu sein. Dann bekenne ich mich doch lieber zur Vielfalt. Ich glaube, unsere Welt gleicht einem Mosaik. Was aus der Ferne wie eine Einheit aussieht, löst sich bei näherer Betrachtung in viele einzelne Mosaiksteine auf. [...] Ähnlich meine ich, ist es mit der Kultur der Menschheit. Jedes Volk trägt einen Mosaikstein zum Ganzen bei. Man kann die Steine nicht beliebig austauschen, ohne das Gesamtbild zu zerstören. Das Zusammenwürfeln unterschiedlicher Völkerschaften vernichtet das Kulturmosaik unserer Erde. Wenn alle Steine dieselbe Färbung haben, gibt es nur noch eine eintönige Fläche.“ [76]

In diesem Zitat rechtfertigte Elke Grothe das von Henning

Eichberg entwickelte ethnopluralistische Prinzip, wonach jedes Volk an sich, d. h. biologisch und kulturell, zwar „verschiedenartig“, jedoch „gleichwertig“ sei. So müsse die „Eigenart“ eines jeden Volkes in seiner „angestammten Heimat“ gewahrt werden. Der Ethnopluralismus, der wortwörtlich eine kulturelle und ethnische Vielfalt postulierte, schien auf den ersten Blick nicht rassistisch zu sein, lehnte er doch die Idee hegemonialer oder hierarchischer Verhältnisse von Völkern, Ethnien oder Menschen untereinander ab. Hinter der kulturalistischen Fassade, hinter dem „Mosaik“, wie es im Zitat bildhaft hieß, ist der Grundgedanke jedoch eindeutig derjenige einer rassistisch-xenophoben Segregation von Menschengruppen. [77] In dieser Logik bildete die Leugnung der Ausländerfeindlichkeit den rhetorischen Kern der BIA, die dadurch bestrebt war, den Rassismusvorwurf zu entkräften. [78] Doch war der xenophobe Grundtenor offensichtlich.

Ergänzend zur „Deutschen Zukunft“ hatte auch die 1979 ins Leben gerufene „Nationaldemokratische Depesche“ [79] allein die Funktion, sämtliche in Westdeutschland lebenden „Fremden“, alle orientalisch, arabisch oder asiatisch anmutenden Bevölkerungsgruppen, „Gastarbeiter“ und AsylbewerberInnen zu verunglimpfen. Die darin publizierten Texte strotzten nur so vor Grobheit und Übertreibungen, von dramatisierenden Darstellungen der in Deutschland vermeintlich schon herrschenden „Überfremdung“. Zur Sinnstiftung bedienten sie sich einer stark plakativen und emotionalisierten, von kriegerischen, klimatischen oder tierischen Metaphern förmlich überquellenden Sprache. Lapidare Titel wie „Hunderttausendfache Ausländerflut“, „Die Springflut steigt“, „10 Millionen Türken sind im Anmarsch“, „Ausländerinvasion – Todesstoß für Berlin?“, „Wer ist Schuld am Saustall?“, „Mörderische ‚Gastarbeiter‘-Politik“, „Bis zu 600% Steigerung krimineller Aktivität“ oder „Hotels für Asylanten“, allesamt aus einer einzigen Ausgabe stammend, [80] illustrierten eindringlich, wie undifferenziert und barsch die NPD den Leser zum rassistischen Hass anstachelte. Derart grobklotzig und hämmernd rechtfertigte sie ihr Einstehen für ein „deutsches

Deutschland“ gegen die als kulturelle „Katastrophe“ gedeutete multikulturelle Gesellschaft. Besonders scharf ging sie mit dem politischen Establishment ins Gericht, das sie für die oben beschriebenen Zustände verantwortlich machte: Seine Integrationspolitik sei es, die unweigerlich zur verhängnisvollen Entfremdung der Deutschen, umso mehr aber auch der „Fremden“ selber führe. Denn die „Einschmelzung“ mit den „Deutschen“ ziehe eine „Zwangsgermanisierung“ [81] nach sich, die jene „Ausländer“ ihrer „nationalen und kulturellen Identität“ beraube. [82]

Die zynische Viktimisierung der „eingedeutschten Ausländer“ war eines der kulturalistischen Argumentationsmuster der NationaldemokratInnen. Weitaus häufiger aber wurden sie dank systematischem *Othering* dämonisiert, kriminalisiert, pathologisiert und als allumfassende Bedrohung gebrandmarkt: für die soziale Ordnung, die „Volksgesundheit“, die Arbeitsplätze, das demographische Gleichgewicht, aber vor allem auch für die deutschen Frauen. „Rasse“, Klasse und Geschlecht – auf diesen drei miteinander verknüpften Kategorien gründete der identitäre Diskurs, den die Partei sowie die Prehl’sche BIA in den 1980er-Jahren verbreiteten. Sie ethnisierten soziale Probleme, spielten deutsche Arbeitslose gegen eingewanderte Arbeitskräfte aus und beschuldigten Letztere, „deutsche“ Arbeitsplätze zu stehlen. Daraus leiteten sie die Forderungen ab, alle Ausländer aus dem Sozial- und Rentensystem auszuschließen, deren Anspruch auf Sozialhilfe und Familiennachzug zu streichen und sie schnellstmöglich aus Westdeutschland abzuschieben. [83] Außerdem ethnisierten sie den Sexismus, etwa indem sie argumentierten, dass die Geburtenrate in Familien mit Migrationshintergrund, vornehmlich bei türkischen oder muslimischen Frauen, sehr viel höher sei als in den „deutschen“ Familien, dass das „deutsche Volk“ demnach an der mangelnden Gebärfreudigkeit der Deutschen zugrunde gehe. [84] Genauso stigmatisiert wurden die deutschen Frauen, die mit Nicht-Deutschen zwecks „Einbürgerungsbetrug“ eine (Schein-)Ehe eingingen. Sie wurden von der NPD-Propaganda

entweder verdinglicht – „Türke kauft sich deutsche Ehefrau“ [85] – oder salopp als „Trauschein-Huren“ sexualisiert und diffamiert. [86]

Allgemein betrachtet, erreichte die Anti-MigrantInnen-Kampagne weniger Breitenwirkung als von der NPD erhofft. Dass die westdeutsche Bevölkerung durchaus empfänglich für einen solchen Diskurs war, zeigt der normal gewordene Rückgriff auf stark konnotierte Begrifflichkeiten wie „Scheinasylant“ oder „Asylbetrüger“ in der öffentlichen und politischen Debatte der 1980er-Jahre. [87] Doch gehörte die „Ausländerpolitik“ immer noch zum Hoheitsgebiet der konservativen Parteien CDU und CSU, die sie zum thematischen Stützpfeiler der von ihr versprochenen „geistig-moralischen Wende“ gemacht hatten. Da diese vielbeschworene „Wende“ jedoch auf sich warten ließ, wandten sich die enttäuschten Wähler in zunehmendem Maße den Parteien rechts des bürgerlichen Lagers zu: Neben den REP konnte auch die NPD von dem Protestwahlverhalten vieler Westdeutscher profitieren. [88]

Die Nationaldemokratinnen unterstützten mal diskret, mal sehr aktiv die ideologische Neuausrichtung der NPD. Einige Vertreterinnen beförderten den Übergang zum identitär-kulturalistischen Nationalismus durch ihre geschichtsrevisionistischen Bestrebungen (Ursula Schaffer) oder ihre rassistische Propaganda (Wilhelmine Steffens, Gabriele Prehl). Darüber hinaus genoss noch ein dritter Themenkomplex die prononcierte Aufmerksamkeit der NPD-Frauen: die Frauenpolitik. Mit familialistischem Rüstzeug sagten sie dem politischen Feminismus, den sie als Vorreiter des „dekadenten“ westdeutschen Staates identifizierten, den Kampf an. Auf diesem frauenpolitischen Felde trugen sie in bevorzugter Weise ihren nationalistischen Kampf gegen das Bonner Establishment aus.

3. Frauen, Mütter, Familien und ihre Umwelt: die reaktionäre Frauenpolitik der NPD

3.1. Maternalismus und Antifeminismus als Kernstücke der NPD-Frauenpolitik

Keine andere Phase der Nachkriegsgeschichte war derart geprägt von der Veränderung der Geschlechterverhältnisse wie die 1970er- und 1980er-Jahre, in denen der staatstragende Familialismus und das Leitbild der Hausfrauenehe gesellschaftlich in Frage gestellt und aufgeweicht wurden. Durch den Erneuerungswillen der „68er-Generation" beschleunigt, kamen in diesen Jahrzehnten sozialkulturelle Transformationsprozesse zum Tragen, die schon Anfang der 1960er-Jahre eingesetzt hatten. Begünstigt wurden sie zudem durch den politischen Modernisierungsimpuls der Regierungen Brandt und Schmidt. Nach monatelangen Beratungen und Verhandlungen mit Gewerkschaften und Frauenorganisationen kam es im Sommer 1977 zu einer umfassenden Ehe- und Familienrechtsreform. Im Gegensatz zum ursprünglichen „Gleichberechtigungsgesetz" von 1958, das die traditionelle Geschlechterordnung und das ihr zugrunde liegende Ernährermodell regelrecht zementiert hatte, sah die sozialliberale Novellierung ein paritätisches Ehemodell vor, wonach verheiratete Männer und Frauen nun gleichermaßen für Haushalt und Familien aufzukommen hatten und unabhängig voneinander entscheiden konnten, ob und wie sie arbeiten wollten. Ergänzend wurde 1979 auch ein viermonatiger, staatlich finanzierter Mutterschaftsurlaub eingeführt; ab 1986, unter Kohl, wurde dann zusätzlich noch ein zehnmonatiges Erziehungsgeld an die Mütter oder Väter, unabhängig von deren Erwerbsarbeit, ausgezahlt. [89] Durch diese Reformen wurde die weibliche Erwerbstätigkeit rechtlich normalisiert und auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert; besonders neu war allerdings für die Frauen, dass sie ihre eigene Lebensplanung und -gestaltung fortan selbst übernehmen durften. Dank des Bildungsaufschwungs drangen darüber hinaus auch besser ausgebildete und qualifizierte Frauen auf den Arbeitsmarkt. Entsprechend stieg ihre Erwerbstätigkeit innerhalb von ca. 15 Jahren von 50,6% (1974) auf 58% (1990) an.

[90] Zu guter Letzt erlaubten die generalisierte Geburtenkontrolle sowie die heftig umkämpfte und von den SPD/FDP-Bundestagsabgeordneten 1976 endgültig durchgesetzte Liberalisierung des Abtreibungsrechts vielen Frauen, sich physisch, d. h. materiell, körperlich und sexuell vom sozialen Status freizumachen, der zuvor ihr Leben bestimmt hatte. Individualisierung und Pluralisierung von Lebensformen führten bei Frauen zu einer „Entstandardisierung des Lebenslaufs“, deren Faktoren Andreas Wirsching wie folgt zusammenfasst:

> „Alle seit dem Beginn der siebziger Jahre zu beobachtenden Entwicklungen tendierten dazu, die Zentralinstanzen Ehe, Familie, Kinder als biographische Standardnorm zu relativieren. Materielle, rechtliche und mentale Prozesse verschränkten sich mit einer erstaunlichen Veränderungsdynamik des Verhaltens. Der ausgebaute Sozialstaat versprach zumindest potentiell nicht wenige Funktionen der Familie zu übernehmen; das liberalisierte Ehescheidungsrecht vergrößerte die individuellen Wahl- und Entscheidungsmöglichkeiten, und die neuen Methoden der Empfängnisverhütung entkoppelten die Sexualität endgültig von ihrer Reproduktionsfunktion.“ [91]

Die Großfamilie wurde allmählich durch alternative Familienkonstellationen abgelöst. In den 1980er-Jahren bestanden zwei Drittel der Haushalte nur noch aus ein oder zwei Personen; die Zahl der unverheirateten Lebenspartnerschaften, der kinderlosen Paare und Einelternfamilien nahm stark zu. Auswirkungen hatte diese Entwicklung freilich auf die Geburtenrate (die nun sank) und die Scheidungsrate (die fortan stieg), doch markierte die Ausdifferenzierung der familiären Normen und Praktiken vor allem einen tiefgründigen Mentalitätenwechsel. Langsam war die traditionelle Geschlechterordnung obsolet geworden, oder anders ausgedrückt: Für die meisten Frauen hatte sie ihren identitätsstiftenden Selbstzweck verloren. [92]

Dieser Wertewandel war für die NPD als Befürworterin althergebrachter Konventionen, Sitten und Traditionen nicht hinnehmbar; er sollte durch den antimodernistischen Kampf gegen die „liberalistischen spätmarxistischen Experimente, die [...] kinderfeindlich und familienzerstörend sind“, zurückgeschraubt werden. [93] In der Schlacht gegen den sozialliberalen Zeitgeist profilierte sich Anfang der 1970er-Jahre besonders die nationaldemokratische Lebensschutzaktivistin und fünffache Mutter Martha Kruse, die ihre Lebensaufgabe darin sah, die Familie und das Volk gegen die „immer mehr zersetzend wirkenden Angriffe der falschen Weltverbesserer“ zu schützen. Die „Natur“ verlange es, so das von ihr beim hessischen Frauenkongress in Grünberg 1973 formulierte Argument:

> „Die Familie ist, solange es überhaupt noch irgend eine Art von Familie gibt, Raum der persönlichen Entfaltung, Mittlerin kulturellen Lebens und genetischer Anlagen. Diese ihr von der Natur auferlegte Rolle kann sie weder abtreten noch verleugnen. Es liegt in der Naturanlage der Familie, sie zu leben. Aus diesem Grunde besteht an der Unentbehrlichkeit der Familie, zur Erhaltung der Gemeinschaft, überhaupt kein Zweifel.“ [94]

In diesem Zitat machte sie sich lediglich die familialistischen Grundsätze des im gleichen Jahr verabschiedeten Düsseldorfer Programms zu eigen. Darin wurde die Familie „als biologische und kulturelle Grundgemeinschaft“, als „Lebenszelle von Volk und Staat“ ausgegeben. [95] Die Zukunft der Nation könne, so das Parteiprogramm, nur gesichert werden, wenn die junge (weibliche) Generation auf ihre kommende „Verantwortung“ vorbereitet werde. Deswegen schlug es vor, in der schulischen Ausbildung das Fach „Familienkunde“ einzuführen und für junge Frauen parallel zum männlichen Wehrdienst ein Ausbildungsjahr „im Haushalt, im sozialen Bereich, im inneren Entwicklungsdienst oder im Gesundheitswesen“ zu schaffen, um jene „besser als bisher auf ihre Aufgabe als Hausfrau und

Mutter vorzubereiten“. [96] Auch Martha Kruse vertrat die Auffassung, dass ein solches Ausbildungsprogramm dem Erwerb von ‚mütterlichen Schlüsselkompetenzen‘ für die Haushaltsführung, die Mutterschaft, die Kinderbetreuung und die „seelische, körperliche und geistige“ Gesundheitsvorsorge von Kindern förderlich sei. Außerdem würde sich bei der Rückkehr der Mütter in den Familienbereich das Weiterbestehen von Kinderbetreuungsstätten erübrigen. So ließen sich zudem öffentliche Gelder sparen, meinte sie. [97] Hinter der ökonomischen Begründung verbarg sich in Wirklichkeit ein deutliches Misstrauen gegenüber allen staatlich geförderten Einrichtungen, den Kindergärten und Schulen und insbesondere den als linke, antiautoritäre „Umerzieher“ verunglimpften Lehrenden, deren oberstes Ziel es sei, Kinder und Jugendliche systematisch auf Abwege zu bringen. Der pädagogische Freisinn habe unweigerlich zur Verrohung der Jugend geführt. Messbare Effekte dieser Entwicklung seien die angeblich gesteigerte Frühsexualisierung sowie die Zunahme der Kriminalität, der Arbeitsverweigerung sowie des Drogen- und Alkoholkonsums bei jungen Menschen. [98]

Der NPD zufolge obliege es den Müttern, diese Tendenz umzukehren. Durch ihren Egoismus und ihre Wohlstandssucht trügen sie die Schuld an der Verwahrlosung ihrer Kinder und ihres Volks. Sinnesgemäß diente das Topos der mütterlichen Hausfrau einem doppelten nationalistischen Zweck: Zum einen erfülle die Hausfrau die von der Natur ihr auferlegte „heroische“ und würdevolle Mission, Kinder zu gebären und aufzuziehen, was die DS zu dem pathetischen Kommentar veranlasste, dass „eine Frau, die ihren Kinderwagen vor sich herschiebt, […] das Recht hat, zum Sieger von Sedan und zum Dichter des Faust zu sagen: ‚Bitte gehen Sie mir aus dem Weg‘.“ [99] Zum anderen halte sie ihre Kinder vom „unheilvollen“ Establishment fern. Mutter zu sein, bedeutete für die NationaldemokratInnen demnach, sich den Modernisierungsprozessen, den gewandelten Lebensformen und Geschlechterverhältnissen zu verweigern, also, wie Marlene Erber es 1974 erklärte, in den „Widerstand“ zu treten:

> „WEHRT EUCH gegen die physische und psychische Zerstörung der Gesundheit unserer Kinder
>
> WEHRT EUCH gegen die zunehmende geistige Umweltverschmutzung
>
> WEHRT EUCH gegen die Verplanung und systematische Verdummung unserer Jugend und den Abbau des Leistungsprinzips. Setzt euch ein für den Schutz des Lebens und der Familie und für eine gerechte Zukunft unserer Kinder
>
> Nur ein geistig und körperlich gesundes Volk vermag zu überleben.“ [100]

Dieser Widerstand sollte Erber zufolge vom privaten und geschützten häuslichen Raum aus geleistet werden. Ein Kind könne sich nur in der Familie, in der wohltuenden Nähe der Mutter, des Vaters und der Geschwister normal und „gesund“ entwickeln. Deswegen dürfe die Mutter sich nicht aus „ökonomischen Gründen“ genötigt sehen, auf ihr „Erziehungsrecht“ verzichten zu müssen. [101] Den Frauen direkt die Erwerbsarbeit zu verbieten – den Schritt wollte man in der NPD nicht gehen. Viel eher ging es ihr darum, die auf den Hausfrauen lastenden „Diskriminierungen“ zu beseitigen, d. h. deren Berufung als vollwertigen Beruf anzuerkennen und dabei ihr „Opfer“ symbolisch und finanziell aufzuwerten. Im Kontext der öffentlichen Diskussion zur Eherechtsreform arbeitete der NPD-Ausschuss für Familie, Gesundheit und Schutz des Lebens unter der Leitung von Marlene Erber im Juli 1976 einen Maßnahmenkatalog aus, der die Einführung eines Mutterschaftsgeldes, die Aufstockung der Witwenrente und die steuerrechtliche Anerkennung des „Kleinbetriebes Haushalt“ vorsah. [102] Durch die einseitige Fokussierung auf den Familienbereich, auf den sie die Prinzipien der Arbeitswelt übertrug, vermied die NPD es, die Ungleichbehandlung von

Frauen und Männern im Beruf zu thematisieren. Vielmehr spielte sie die Lebensentwürfe von Frauen gegeneinander aus, denn die einzige Gleichberechtigung, die es ihr zufolge zu bewerkstelligen galt, war nicht die zwischen den Geschlechtern, sondern jene zwischen Hausfrauen und erwerbstätigen Frauen.

Die „wahre Emanzipation“ der Frau verortete die Partei demnach im häuslichen Bereich. [103] So rechtfertigte sie die antifeministische Umdeutung der Kernforderung der Autonomen Frauenbewegung. Entsprechend konnte man 1977 in einer nationaldemokratischen Schrift über Gabriele Prehl lesen: „Der militanten antiweiblichen Frauenbewegung setzt Frau Prehl die gleichberechtigte Frau entgegen, die sich ihrer Rolle bewußt ist und die gesunde Kleinzelle Familie organisiert.“ [104] Die Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern konnte es nur geben, wenn man die Differenz und die „natürliche“ Aufgabenteilung zwischen Männern und Frauen bzw. die Trennung von der männlichen Produktions- und der weiblichen Reproduktionssphäre unangetastet ließ. So fungierte der nationalistische Maternalismus als ideologischer Stützpfeiler für die NationaldemokratInnen, die sich als Bollwerk gegen jegliche Liberalisierung oder Feminisierung und allgemein gegen alle „zersetzenden“ Modernisierungserscheinungen innerhalb der westdeutschen Gesellschaft stilisierten. Die sozialliberale Ehe- und Familienrechtsreform von 1976/77 brandmarkte die NPD als „verlogene Gleichberechtigung“ und als „anarchistisches“ Projekt:

> „Greift man das Schlagwort ‚Gleichberechtigung der Frau‘ heraus, das zur Begründung zur Umgestaltung des Scheidungsrechts verwendet wurde, so hat man schon ein Stück unbewältigte Verlogenheit in der Hand. […] Setzt man der gewachsenen Ordnung bei uns entgegen, daß die Frau heute in der sogenannten DDR als Werftarbeiterin im Drillich ‚gleichberechtigt‘ den Rost von den Schiffen abschlagen oder abstrahlen darf oder in Illustrierten, Filmen und Sex-Läden der Bundesrepublik Deutschland als Lustobjekt öffentlich ausgestellt und angepriesen wird, abgesichert durch ein mißhandeltes Recht auf freie

> Meinungsäußerung, gewinnt man einen ersten Eindruck von der Ungeheuerlichkeit, mit der wir es auf diesem Gebiet zu tun haben. […] Eine Gesetzgebung, die Mann und Frau als geschlechtslose Wesen behandelt und das als Gleichberechtigung anpreist, ist selbst ein Teil der Anarchie, die sie zu bekämpfen vorgibt.“ [105]

Die „Ungeheuerlichkeit“ jener modernen Geschlechterordnung, die in der DDR geschlechtslose Wesen erschaffe und in der Bundesrepublik Frauen hypersexualisiere, diente der NPD als abschreckendes Beispiel für die um sich greifende hedonistisch-individualistische Kulturrevolution in Deutschland. So deutete sie die Geschlechtergleichheit als geschlechtsentfremdendes Projekt. Wie „gefährlich“ das Prinzip war, bezeugten ihr zufolge schon die zeitgenössische „linke“ Frauenbewegung und alle von ihr als „fingernägelkauende Politlesben“ [106] bzw. als Anti-Frauen diffamierten Feministinnen. Insbesondere Alice Schwarzer, eine beliebte Zielscheibe des konservativen Hohns und Spotts, war ihr zuwider: Sie verhöhnte sie auf grobe Art und Weise als „Miß Hängebusen“ und machte sie zum Inbegriff einer verqueren Welt. Ihre extravagante Art, ihr unnachgiebiger, autoritärer und „männlich“ anmutender Charakter wurden als Beweis für ihre mangelnde Weiblichkeit vorgeführt. [107] Die von ihr und anderen Feministinnen geforderte Gleichheit konnte nur auf eine dekadente und „unreine“ Geschlechtermischung in Gestalt von männlichen Frauen und „verweiblichten“ Männern hinauslaufen. Denn auch alternative Männlichkeitskonzepte prangerte die NPD an:

> „Er hat Geschirrabwaschen gelernt und die Herstellung von Eierspeis. Wenn er einmal bügelt, kommen uns schon die Tränen der Rührung. Seine Brust ist unbehaart und wir streichen über seinen Rücken, als ob er ein Mädchen wäre. Wir, das sind Frauen und Homosexuelle. Er, das ist der Softie. Wir treffen ihn im Umfeld der Alternativszene, der Frauenbewegung, den Kulturzentren. Unter normal Sterblichen verkehrt er nicht, denn die würden ihn durchschauen: als arbeitsscheuen Blender, als Ausbeuter,

> Peitscherlbuben und Gigolo. Wir erleben ihn als ‚Neuen Mann', als den Progressiven, den Gesellschaftskritiker, den Ideologen." [108]

Durch die Verunglimpfung des „sentimentalen", in der nationaldemokratischen Vorstellungswelt als homosexuell und feministisch identifizierten Anti-Mannes affirmierte die NPD das Prinzip der klassisch hegemonialen, virilen und heterosexuellen Männlichkeit. Dieser antifeministische Diskurs diente ihrer Profilierungstaktik, doch war sie in der Ära Schmidt nicht die einzige Partei, die eine solch konservative Frauen-, Geschlechter- und Familienpolitik propagierte. In der Opposition argumentierten die ChristdemokratInnen ähnlich: Im Namen der Nichtdiskriminierung der Hausfrauen bekämpften auch sie die „Legalisierung" der Scheidung und das Prinzip der ehelichen Gleichheit. Die Bewahrung der traditionellen Geschlechterordnung gehörte zum antifeministischen Grundkonsens der Konservativen. [109] In Anbetracht scheinbar unumkehrbarer Entwicklungstrends modernisierte die CDU Anfang der 1980er-Jahre jedoch ihre Familienpolitik. Sie schrieb die von der sozialliberalen Koalition verabschiedeten Maßnahmen zur Unterstützung von erwerbstätigen Frauen fort. Das bezeugt u. a. das Bundeserziehungsgeldgesetz (1986), welches nur auf Kosten einer beachtlichen finanzpolitischen Anstrengung und einer direkten Konfrontation mit der CSU erreicht werden konnte. Die Bundesregierung beschloss, die Familien stark zu subventionieren, zugleich aber auch die weibliche Erwerbstätigkeit zu fördern. Das Erziehungsgeld wurde nun zwölf Monate lang nach der Geburt des Kindes ausgezahlt, und die Mütter wurden vor einer etwaigen Entlassung während ihres Erziehungsurlaubs geschützt. Mithin etablierte die christlich-liberale Regierung die rechtliche Gleichstellung hinsichtlich der Produktions- und Reproduktionsarbeit von Frauen. [110]

Obgleich die NPD in ihrem Programm von 1987 den Frauen und Müttern eine Beschäftigung in Teilzeit zu konzedieren bereit war, so blieb die Partei der patriarchalen Ordnung und ihrem

differentialistischen Prinzip durch und durch treu. Davon ausgehend, dass „Mann und Frau […] unterschiedliche, jedoch gleichwertige Aufgaben“ [111] zukämen, verabsolutierte sie die Hausfrau als genuin weibliches Lebensmodell. Ihre Frauenpolitik fokussierte die NPD vollends auf das Kind, die Mutter und die Familie und ordnete demnach die Frauen dem privat-häuslichen Bereich zu. Das weibliche Bewusstsein, das sich im Laufe der 1960er-Jahre bei manchen Nationaldemokratinnen im emanzipativen Sinne einer Erringung von Rechten herausgebildet hatte, schien in den 1970er- und 1980er-Jahren vollends durch ein einseitig mütterliches Bewusstsein ersetzt worden zu sein. Durch ihren innerparteilich unwidersprochenen erzkonservativen Maternalismus füllte die NPD das politische Vakuum aus, das die christlich-liberale Regierung nach ihrer Amtsübernahme rechts von der Union gelassen hatte. Dadurch, dass die extrem rechte Partei so mit dem gesellschaftlichen *Mainstream* brach und auf einen politischen *Rollback* hinwirkte, wurde sie willentlich reaktionär. Dies zeigte sich ebenfalls in ihrer Lebensschutz- und Umweltpolitik.

3.2. Der Lebens- und Umweltschutz: die NPD als bio-ökologische Partei

In einer sehr medienwirksamen Aktion bekannten 374 zum Teil prominente Frauen am 6. Juni 1971 im Wochenmagazin „Stern“, illegal abgetrieben zu haben. [112] Von Alice Schwarzer aus Frankreich nach Westdeutschland importiert, [113] erschütterte diese Initiative das kollektive Bewusstsein und stieß eine breite und stark polarisierte Diskussion an. Bis dahin war der Schwangerschaftsabbruch ein unüberwindliches Tabu gewesen, nun wurde es zum brisanten Gesellschaftsthema. Entgegen der scharfen Missbilligung weiter konservativer Kreise, der katholischen Kirche und von Lebensschutzorganisationen wagten es immer mehr Frauen aus allen sozialen Schichten und Altersklassen, Mütter wie Ledige, Hausfrauen, Studentinnen und Erwerbstätige, die Reform bzw. die Abschaffung des § 218 StGB zu reklamieren, welcher die Inanspruchnahme und ärztliche

Durchführung von Schwangerschaftsabbrüchen mit Gefängnisstrafen belegte. [114] Gefeiert wurde die feministische „Stern“-Aktion als epochaler Moment der Frauenbewegung. In der Folge entstand die Aktion 218, ein aus zwei Dutzend lokaler Aktionsgruppen bestehender Ausschuss, der am 10. Juli 1971 einen Forderungskatalog an den Bundesjustizminister Gerhard Jahn adressierte. Darin aufgeführt waren Maßnahmen wie die Abschaffung von § 218 StGB sowie die ärztliche Begleitung und Deckung der Abtreibungskosten durch die Krankenkassen. [115] Die sozialliberale Bundesregierung nahm sich der Frage an: 1974 wurde im Bundestag ein Gesetz verabschiedet, das allen Frauen im Sinne der „Fristenlösung“ innerhalb der ersten zwölf Schwangerschaftswochen den straffreien Abbruch erlaubte. Um das Gesetz zu verhindern, legten die CDU/CSU-Fraktion und fünf Landesregierungen jedoch eine Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht ein, der das Gesetz am 25. Februar 1975 im Namen der „Menschenwürde“ und des „Lebensschutzes“ außer Kraft setzte. In einem zweiten Anlauf verabschiedete der Bundestag im Februar 1976 mit den Stimmen von SPD und FDP die „Indikationslösung“. Der Schwangerschaftsabbruch blieb weiterhin grundsätzlich rechtswidrig, konnte aber in spezifischen Fällen, etwa in medizinischen, ethischen oder sozialen Problemsituationen, erlaubt sein. Für viele Frauen bedeutete dieser Kompromiss zwar einen großen Sprung nach vorn, doch blieb er in seiner praktischen Umsetzung recht ambivalent. Die Abtreibung war mit hohen Hürden verbunden, u. a. weil das endgültige Entscheidungsrecht weiterhin bei der Ärzteschaft lag, die den abortiven Eingriff ablehnen konnte und dies besonders in katholisch dominierten Regionen oft auch tat.

Im Lager der Abtreibungsgegner unterschied sich die NPD-Propaganda nicht wesentlich von der anderer Reformkritiker. Seit dem Beginn der 1970er-Jahre richtete die Partei ihre Weltanschauung nach dem Prinzip des „lebensrichtigen Menschenbilds“ aus, was sie logischerweise auch dazu veranlasste, für den Schutz des „werdenden Lebens“ einzutreten. Im Düsseldorfer Programm von 1973 postulierte sie

etwa, dass die „Legalisierung der Tötung werdenden Lebens durch Freigabe der Abtreibung bis zu bestimmen Fristen […] grundsätzlich abzulehnen“ sei. [116] Als besonders originell erwies sich die Argumentationslinie der hessischen Frauenreferentin Hildegard Niewöhner, die beim Grünberger Frauenkongress im Oktober 1973 die kontrovers diskutierte Abschaffung des § 218 StGB als Inbegriff männlich-misogyner Politik deutete:

> „Nehmen wir nur einmal den § 218, der die Abtreibung unter Strafe stellt. Er soll abgeschafft werden […]. Männer entscheiden über die Änderung dieses Paragraphen! Natürlich treten auch weibliche (kann man sie wirklich noch weiblich nennen?) Bundestagsabgeordnete dafür ein, gewiß – aber die Grundeinstellung der Partei, der sie angehören, wird von Männern geprägt! Die Gründe, die angeführt werden, sind nie an dem Wohl der Gemeinschaft orientiert, sondern liegen stets im persönlichen, für die Gemeinschaft nicht geltenden, nicht normalen Bereich. […] Die Männer seit eh und je an der Macht (der äußeren) regeln doch alles so ‚herr‘lich! Sehen wir uns doch die ‚herr‘lichen Bestrebungen und Errungenschaften der letzten Zeit an: Empfängnisverhütung von Kinderbeinen [*sic!*] an (oder sind Dreizehnjährige keine Kinder?), Schwangerschaftsunterbrechungen wann und so oft man will, Fünftagesschule, Mitbestimmung der Kinder auch in Familie und Schule […]. Nicht das Streben nach Macht und die rücksichtslose Zementierung der errungenen Macht darf das Ziel politischen Handelns sein, sondern die Verwirklichung von Recht und Gerechtigkeit. Recht auch für die Ungeborenen! […] Richtig – die Frauen haben die Politik nicht nötig, aber die Politik hat die Frauen nötig.“ [117]

Niewöhner interpretierte die Liberalisierung des Abtreibungsrechts nicht als Etappe auf dem Weg zur weiblichen Selbstbestimmung, sondern als einen den Frauen von Männern auferlegten Abortzwang. Demnach stellte sie einer dem Lebensschutz verschriebenen altruistisch-konservativen

Weiblichkeit eine progressiv-egoistische und abtreibungsaffine Männlichkeit gegenüber. So widersprach sie dem gängigen feministischen Argument der patriarchalen Dominanz im Geschlechterkonflikt, wonach die männlichen Politiker das Abtreibungsverbot aufrechterhielten, um die Frauen zu unterdrücken und ihnen die freie Verfügungsgewalt über ihren Körper zu verwehren. Daraus leitete die Nationaldemokratin die paradoxe Forderung ab, es brauche mehr Frauen in der Politik und an der Macht. Aus ihrer Perspektive war die Forderung sowohl antisexistisch als auch antifeministisch.

Demgegenüber betonten die NPD-Parteimänner vornehmlich die Unmännlichkeit und Frivolität der scheinbar unter feministischem Einfluss stehenden Bonner Politiker:

> „Der Rasen ist wichtiger, das Auto ist wichtiger als das Kind. Darum treiben ‚Progressive' ab. Sie werden darin von jenen ‚Damen' des Bonner Hofes in ihrer verbrecherischen Haltung ermuntert, deren einziges Anliegen die freie Liebe und der sexuelle Genuß ‚ohne Reue' ist.“ [118]

Offensichtlich bediente die NPD den in den 1970er-Jahren durchaus verbreiteten kulturpessimistischen Diskurs, der die Infragestellung des Abtreibungsparagrafen auf die „Umerziehung“ der Deutschen zurückführte. Den Materialismus und Individualismus deutete sie als Symptome des schleichenden Niedergangs deutscher Sitten und Werte in der westdeutschen Konsumgesellschaft. Doch waren diese nationaldemokratischen Gedanken weniger religiös oder moralisch als biologisch motiviert, denn die NPD warnte eindringlich vor dem als „Volkstod“ bezeichneten demographischen Abschwung:

> „Durch Wohlstandsegoismus, Familienzerstörung, Abtreibung und Pille ist die Geburtenzahl in Westdeutschland erschreckend gesunken. Seit 1973 werden jedes Jahr 500 000 Deutsche zu wenig geboren, wenn nur der jetzige Bestand unseres Volkes erhalten

> bleiben soll. In den schlimmsten Kriegsjahren waren die Verluste unseres Volkes geringer wie heute im Wohlstand. Und die Geburtenrate sinkt noch immer! Unser Volk stirbt, wenn es so weiter geht!“ [119]

In den 1960er-Jahren war die Geburtenrate noch konstant angestiegen; im darauffolgenden Jahrzehnt hingegen kehrte sich der Trend um. Seit 1972 zählte man mehr Sterbefälle als Geburten, was die Bevölkerungsstruktur nachhaltig veränderte: Die westdeutsche Gesellschaft alterte zusehends. Doch entgegen alarmistischer Prognosen schrumpfte die Bevölkerung nicht, denn die vermehrte Ankunft von Einwanderern balancierte den Bevölkerungsschwund aus. Erklären ließ sich der in den 1970er-Jahren einsetzende „zweite demographische Übergang“ [120] weniger durch die erhöhte Geburtenkontrolle als durch den Wandel der Lebensformen und der soziokulturellen Normen. Für die NPD jedoch bedeutete die Legalisierung des Schwangerschaftsabbruchs, den „deutschen Selbstmord“ [121] – oder wie es die „Nationaldemokratische Depesche“ 1979 provokativ formulierte: die „Endlösung der Deutschenfrage“ [122] – zu besiegeln. Mit dem gleichen antisemitischen Unterton rief auch die DS die Bonner Politiker dazu auf, den „Abtreibungs-‚Holocaust‘“ zu beenden. [123] Die gezielte und im Kontext der Erstausstrahlung der TV-Serie „Holocaust“ bedeutsame Benutzung dieser Terminologie zur Skandalisierung des Schwangerschaftsabbruchs deutet auf den hohen Hysterisierungsgrad hin, den die öffentliche Debatte in puncto Abtreibungsfrage erreicht hatte. Nicht nur die NPD wagte es, diese Rhetorik zu bemühen, auch einzelne Vertreter der katholischen Kirche griffen darauf zurück und propagierten Ende der 1980er-Jahre exemplarisch bezüglich des stark medialisierten Memminger Abtreibungsprozesses, in dem ein bayerischer Gynäkologe wegen illegaler Abtreibungen verklagt und verurteilt wurde, etwa Neologismen wie „Embryocaust“ oder „Babycaust“. [124]

Ende der 1970er-Jahre erkannte auch die NPD die politische Brisanz der Abtreibungsfrage und rückte sie ins Zentrum ihrer

Agitation. Der Lebensschutz wurde nun zum Stützbalken der Ideologie. Der bayerische NPD-Landeschef Walter Bachmann beschloss etwa beim Landesparteitag im Oktober 1979, das Thema Schwangerschaftsabbruch (als „Mord“ am ungeborenen Leben) mit dem der „Integration von Ausländern“ (als „kulturellen Selbstmord“ der Deutschen) zu verbinden und diese im Rahmen der folgenden Wahlkämpfe propagandistisch aufzubereiten. Das vom rassistischen Pendant „Ausländerstopp“ abgekupferte Schlagwort „Abtreibungsstopp“ machte nun die Runde. Parteikader und RednerInnen verwendeten es bei öffentlichen Auftritten, so auch Martin Mußgnug, der beim Bundesparteitag im rheinland-pfälzischen Willingen im November 1986 gegen den Schwangerschaftsabbruch mobil machte. [125] Indem die NPD die demographische Frage politisierte und sie mit den „Problemen“ der Abtreibung und der Einwanderung verknüpfte, versuchte die Partei sich als Sprachrohr der antimodernistischen und antiliberalen Kräfte zu profilieren, die zu der Zeit zwar nicht mehrheitsfähig, aber politisch dennoch relevant waren. Mit ihrem radikal lebensschützerischen Gestus wollte sie sich als Vorhut der politischen Reaktion positionieren: Dadurch rechnete sie sowohl mit den „68ern“ als auch mit dem Bonner Establishment ab, das sie der Schwäche bzw. der Mittäterschaft am „Massenmord“ der Deutschen beschuldigte. [126]

Mit ihren pro-natalistischen Maßnahmen gegen die „Baby-Rezession“ beschritt die NPD einen Weg, den die verschiedenen Bundesregierungen in Anbetracht der eugenischen Verbrechen während des „Dritten Reichs“ absichtlich nicht gehen wollten. Darunter fiel beispielsweise ein „Ehestandsdarlehen“, das man wie im Nationalsozialismus „abkindern“ konnte. Anders als im NS-Modell gehörte der Rückzug der Mutter vom Arbeitsmarkt nicht zu den Grundvoraussetzungen, um den staatlichen Kredit zu erhalten. Auch sollten Großfamilien bei der Vergabe von Wohnungen sowie bei der Regelung des Renteneintrittsalters oder der Rentenhöhe bevorzugt werden, [127] ferner „gesunde Lebensvoraussetzungen“ geschaffen, die ärztliche Vorsorge für werdende Mütter und ihre Babys verbessert und der Kampf

gegen die Drogen- und Alkoholsucht verschärft werden. [128] Dass darüber hinaus auch die Weitergabe von „gesundem Erbgut“ für die „Volksgesundheit und den Umweltschutz“ laut der NPD von Belang war, erläuterte das Parteiprogramm von 1973:

> „Ärztliche Kunst läßt zudem immer mehr Erbkranke zur Fortpflanzung kommen als bisher. Um den dadurch drohenden genetischen Verfall zu verhindern, ist durch Aufklärung im Schulunterricht und durch staatliche Beratungsstellen auf die Bedeutung der Erbkrankheiten und die Möglichkeit ihrer Verhinderung hinzuweisen. – Zum Schutz der Volksgesundheit ist die Wiedereinführung der namentlichen Meldepflicht bei Geschlechtskrankheiten und allen anderen gemeingefährlichen Erkrankungen dringend; der Versuch sich ihr zu entziehen, wird geahndet.“ [129]

Nicht nur, dass die Partei die Meldung und Ächtung erbkranker Personen programmatisch festschrieb, auch stellte sie implizit deren Sterilisierung in Aussicht, um die Ausbreitung ihrer Krankheit im „Volkskörper“ zu verhindern. 1987, als die AIDS-Epidemie in Europa und USA scheinbar unaufhaltsam um sich griff, forderte die DS alle „Deutschen“ dazu auf, den sexuellen Kontakt mit AIDS-Infizierten zu vermeiden, mit der Begründung, dass „der einzig sichere Sex der Sex mit einem gesunden Geschlechtspartner“ sei. [130] Bezüglich des Lebensschutzes bezog die Partei somit in bester nationalistischer bzw. nationalsozialistischer Tradition Stellung. Einerseits war ihre Bevölkerungspolitik natalistisch, andererseits aber auch selektiv, sollte sie doch vornehmlich eugenisch-rassistische Kriterien erfüllen: Nur gesunde Deutsche wurden aufgefordert, sich fortzupflanzen. [131]

Unter der Obhut von Wilhelmine Steffens richtete die NPD im März 1978 einen „Umwelt- und Lebensschutz“-Ausschuss ein, der beide Bereiche explizit miteinander verknüpfte und den von Marlene Erber geleiteten Ausschuss „Familie und

Volksgesundheit“ ideologisch in den Hintergrund drängte. Mit der Hinwendung zur Ökologie folgte die Partei einem Trend, der scheinbar die ganze Gesellschaft erfasste. Bedingt durch Wiederaufbau und „Wirtschaftswunder“, war das Interesse für den Naturschutz in den 1950er- und 1960er-Jahren noch relativ gering gewesen. Er entwickelte sich dann Anfang der 1970er-Jahre im Zuge der Herausbildung einer breiten, im Kontext der Wyhler Proteste gegen den Bau eines Atomkraftwerks entstandenen Anti-AKW-Bewegung dann umso mehr zu einem Mobilisierungsthema, das die politische Agenda bestimmte. [132] Hatte das linke Lager den Umweltschutz zuvor noch als bürgerliches und reaktionäres Thema abgetan, so maß er ihm nun einen emanzipatorischen Wert bei und besetzte den Bereich auf der ideologischen und aktivistischen Ebene. Da die extreme Rechte den Themenkomplex den „Linken“ aber nicht restlos überlassen wollte, versuchte auch sie auf diesem vielversprechenden „neuen“ Gebiet [133] Fuß zu fassen und ihre Ideen und Anschauungen in der Umwelt- und Anti-AKW-Bewegung zu verbreiten. Hier übernahm der manchmal als „ökofaschistisch“ bezeichnete Weltbund zum Schutz des Lebens (WSL) – der westdeutsche Verband war 1960 gegründet worden – die Scharnierfunktion zwischen der Umweltbewegung, der „Neuen Rechten“ und den extrem rechten Parteien. [134] Er stand in enger Verbindung zu August Haußleiter, dem Pionier der konservativen Ökologie, und seiner AUD, [135] begleitete aber auch die NPD in ihrem Ökologisierungsprozess.

Martin Mußgnug hatte sich lange gegen die Öffnung zum Umweltschutz gesperrt, erkannte nun aber seine politische Schlagkraft und sagte Wilhelmine Steffens seine Unterstützung zu. Erstmals tagte der „Lebens- und Umweltschutz“-Ausschuss im September 1978 in Göttingen. Steffens hatte zu einem „Expertengespräch“ mit einem Physiker geladen, um die Umweltbelastung und Risiken zu besprechen, die von der Atomkraft bzw. den radioaktiven Abfällen ausgingen. [136] Zwei Monate später stand das Thema im Mittelpunkt des Bundesparteitags in Bad Arolsen (18./19. Dezember 1978), bei dem ebenfalls ein vermutlich von Wilhelmine Steffens in

Zusammenarbeit mit dem WSL ausgearbeitetes „Umwelt- und Lebensschutzprogramm“ verabschiedet wurde. Lapidar wurden darin drei Forderungen definiert, um „das Leben des Volkes zu erhalten“: „Erhaltung der Art und der arteigenen Kultur, Erhaltung der Gesundheit, Erhaltung des Lebensraumes“ gegen das „frenetische Wirtschaftswachstum“ und die „Überindustrialisierung“. [137] Dabei wurde besonders auf die „genetisch“ zersetzende Wirkung der Atomkraft hingewiesen:

> „Die Atomspaltung ist die risikoreichste Technologie, die es je auf der Welt gegeben hat. Demnach ist die Kernenergie **kein rein physikalisches-technisches Problem, schon gar kein politisches Problem, und sie darf auch kein wirtschaftliches Problem allein sein**. Sie ist wegen ihrer ungeheuren und unabsehbaren Gefahren für Gesundheit und Leben der gesamten Menschheit in allererster Linie ein **biologisch-ökologisch-medizinisches-genetisches Problem**.“ [138]

Ihr zufolge war der Naturschutz kein Selbstzweck, sondern ein Instrument, um die biologische „Lebenssubstanz“ für das „Volk“ und seinen hier eindeutig völkisch konnotierten „Lebensraum“ zu bewahren. So fußte die ökologische Weltanschauung der Partei auf einem biologisch-eugenischen Fundament – im Wesen war sie bio-ökologisch.

Das Manifest diente ihr als Basis für den 1979 in Nordrhein-Westfalen geführten Wahlkampf: Sie stellte sich dort mit einer „NPD – Grüne Liste“ zur Wahl. [139] Öko-konservative Listen wie diese gab es zu dem Zeitpunkt viele. Sie gaben 1980 den entscheidenden Impuls zur Gründung der Partei Die Grünen, die sich ursprünglich aus dem heterogenen Umfeld rechter AkteurInnen, Listen oder Parteien wie Herbert Gruhls Grüne Aktion Zukunft (GAZ) oder Haußleiters AUD herausgebildet hatte. Im internen Machtkampf konnten sich sodann die linken Kräfte behaupten, welche die ökologische Partei in eine pazifistische, internationalistische, feministische und antirassistische Anti-Parteien-Partei verwandelten und die

konservativen Kräfte verdrängten. [140] Die NPD betrachtete die Grünen als gefährlichen Rivalen und distanzierte sich betont von der inhaltlichen Schwerpunktsetzung der neuen Partei, deren VertreterInnen sie gern als „pervers“ oder „kriminell“ diffamierte, wie sie es 1981 in einem Kommentar zur grünen Wahlliste in Hamburg machte:

> „Corny Littmann (27, Mitbegründer der homosexuellen Theatergruppe „Brühwarm“, Mitglied der Fachgruppe Schwule und Lesben bei den Grünen), Marion Pein (32, „Bunte Liste“, maßgeblich an den Programmpunkten Frauen und § 218 beteiligt), Karl-Heinz Galander („Bunte Liste“, Knastgruppe in der Haftanstalt Fuhlsbüttel, wo die Grünen 41 Mitglieder haben), Thea Röchert (früher GAZ, ist durch ihre Kinder links geworden nach eigenem Bekunden), Gustine Johannsen (72, früher Reichsarbeitsdienst und Haußleiters AUD), [...] Karl-Heinz Koch (36, Berufsschullehrer, DKP).“ [141]

Für die NPD waren Die Grünen nichts als ein Sammelsurium von Homosexuellen, Feministinnen, Kriminellen, VerräterInnen und KommunistInnen, deren Ideale im absoluten Widerspruch zu ihrem öko-nationalistischen Projekt standen. Doch so richtig gelang es den NationaldemokratInnen nicht, sich in der Umweltbewegung mit ihrem Standpunkt Gehör zu verschaffen. Wie die anderen ökologischen Parteien des rechten Lagers, etwa die 1982 von Gruhl gegründete Ökologisch-demokratische Partei (ÖDP), schaffte es die NPD nicht, das ökologische Monopol der Grünen aufzubrechen und deren politischen Aufstieg aufzuhalten.

Im Juni 1980 richtete die selbsternannte Einwanderungs- und Anti-Atomkraft-Expertin Wilhelmine Steffens gemeinsam mit Marlene Erber einen ökologischen Kongress aus, bei dem konkrete Lösungsvorschläge zur Bekämpfung von Umweltproblemen diskutiert wurden. Als besonders dringend erschien ihnen, den Energiekonsum zu drosseln, das Recycling von Rohstoffen zu fördern und auf vermeintlich „saubere“

Energien wie Kohlebergwerke zurückzugreifen, Umweltverschmutzer härter zu bestrafen und vor allem die Einwanderung so stark zu reduzieren, dass sie keine „Lebensbedrohung“ mehr für die „Deutschen“ und ihre „Umwelt“ darstellten. [142] Diese ökologisch-rassistischen Ansichten vertrat Steffens auch bei anderen Gelegenheiten, bei KV-Veranstaltungen und in der Parteipresse. Im Vorfeld der Europawahl 1984, bei der sie kandidierte, forderte sie sinngemäß die Auflösung der Europäischen Atomgemeinschaft. [143] Die Tschernobyl-Katastrophe von 1986 schien ihre Thesen zu plausibilisieren: Steffens profitierte von der günstigen Lage, um ihre ökologischen Forderungen wieder auf die nationaldemokratische Tagesordnung zu setzen. [144]

Zwischenzeitlich hatte die NPD ihren anti-atomaren Standpunkt mit einer neuen Komponente angereichert: dem Pazifismus, den die Angst vor einem Atomkrieg im Zuge des NATO-Doppelbeschlusses Anfang der 1980er-Jahre gesamtgesellschaftlich befördert hatte. Im September 1985 bat die Geschäftsführerin des bayerischen Landesverbands, Ilse Herrmann, die Münchener Stadtverwaltung in einem Schreiben, zur risikoreichen Lagerung von amerikanischen Atomwaffen in Bayern Stellung zu beziehen. [145] Sie versuchte so, die diffuse Angst vor der Atombombe in politisches Kapital umzumünzen. Ende der 1980er-Jahre wurde der alarmistische Ton zum Grundtenor der Partei, die sich an Untergangsszenarien geradezu ergötzte. Wie folgend resümierte das NPD-Programm von 1987 die für die Deutschen angeblich so identitätsstiftende und fortpflanzungshemmende „Angst“:

> „Weit verbreitete Lebensangst, Angst vor einem Atomkrieg und die Angst vor einer Verseuchung der Erde zerstören das Vertrauen in die Zukunft, das für die Gründung einer Familie notwendig ist. Zukunftshoffnungen und Lebensfreude werden sich nur dann neu entwickeln, wenn es gelingt, durch eine dauerhafte Friedenssicherung die Kriegsangst zu überwinden, eine lebens- und liebenswerte Umwelt zu erhalten […]. Nur dann wird die Familie den ihr

> in der Gemeinschaft des Volkes gebührenden Rang erhalten.“ [146]

Im öko-nationalistischen Konzept der NPD war alles miteinander verflochten: die Umwelt mit der Heimat, die Heimat mit dem Volk, das Volk mit der Familie. Umwelt-, Lebens- und Familienschutz gehörten also untrennbar zusammen. Das Herzstück bildete dabei der biologisch-eugenische und rassistische Impetus. Als ideologischer Stützpfeiler diente die Ökologie lediglich dem Erreichen ihres politischen Ziels: der Wiedererrichtung der „Volksgemeinschaft“. Durch ihre opportunistische Hinwendung zu Rassismus und Antisemitismus, zu Maternalismus und Antifeminismus, zu Lebens- und Umweltschutz versuchten die NationaldemokratInnen gesellschaftliche Klüfte auszunutzen, Krisen zuzuspitzen und Angstpotentiale zu aktivieren. So signalisierten sie ihre Fundamentalopposition zum sozialliberalen bzw. christlich-liberalen Establishment in Bonn. Es handelte sich um eine Fundamentalopposition, die sich in den 1990er- und 2000er-Jahren allmählich zu einer antirepublikanischen und systemfeindlichen Oppositionshaltung wandelte.

4. Resümee

Paradoxerweise entdeckte die männlich dominierte NPD-Leitung die Relevanz der Frauenfrage in den 1970er-Jahren just zu dem Zeitpunkt, als das neue feministische Bewusstsein die traditionelle, zuvor als unerschütterliche und zeitlos gültig betrachtete Geschlechterordnung wegzuspülen drohte. Auf diese Herausforderung antwortete die Partei mit einem maternalistischen Diskurs. Hatte sie sonst die Frauen- und Familienpolitik vernachlässigt, gar geringgeschätzt, so rückte sie nun die Mutter und Hausfrau mit ihren volksbewahrenden Funktionen ins Zentrum ihrer Ideologie und Propaganda. Mittels puritanischer Stereotypen über die Mutterschaft, Erziehung,

Fortpflanzung und Ehe sowie über ihren Nutzen und Zweck für „Volk und Vaterland“ verherrlichten die NationaldemokratInnen vermeintlich deutsche Tugenden und verteidigten die patriarchale Ordnung gegen die Trendwende. Der Widerstand gegen den Werte- und Mentalitätswandel, der Kampf gegen die „Auflösung von Sitte und Moral“, die Ablehnung jeglicher Feminisierung von Bereichen, die zuvor einzig Männern vorbehalten waren, die Frontstellung gegenüber allen Modernisierungs- und Transformationsprozessen innerhalb der Gesellschaft: In all dem kristallisierte sich die anti-emanzipative, antifeministische, antiliberale und reaktionäre Haltung der NPD.

Hinsichtlich ihres nationalsozialistischen Erbes vollzog die Partei zudem einen ideologischen Tabubruch. Neben dem diskursiv florierenden Antisemitismus dominierte in der Parteipropaganda nun auch der politische Rassismus in seiner neurechts inspirierten ethnopluralistischen Form, der sich brachial gegen „Gastarbeiter“, Einwanderer und Flüchtlinge entlud. Unter dem Einfluss der öffentlichen Diskussion öffnete sich die Partei unter der Ägide von Wilhelmine Steffens ebenfalls für den Lebens- und Umweltschutz, der sich sowohl gegen den Schwangerschaftsabbruch als auch gegen die zivile und militärische Benutzung der Kernenergie richtete und mit diesen Inhalten versuchte, an die Neuen sozialen Bewegungen anzudocken. Von einer bio-ökologischen Vorstellung von Leben, Mensch und Natur abgeleitet, diente der nationalistische Lebens- und Umweltschutz in erster Linie dazu, die genetisch-biologische Substanz des „Volkskörpers“ zu bewahren: Ihre bio-ökologische Linie war demnach weniger „grün“ als „braun“.

Anhand der von den Parteifrauen stets mitgetragenen und mitgestalteten Neudefinition der ideologischen Schwerpunkte – autoritärer Sicherheitsdiskurs, historischer Revisionismus, Antisemitismus, Rassismus, Antifeminismus, Lebensschutz und Bio-Ökologie – lässt sich die Verschiebung vom ursprünglich auf die Deutschlandpolitik fokussierten Rückeroberungsnationalismus der 1960er-Jahre zu einem identitär-kulturalistischen Nationalismus in den folgenden Jahrzehnten konkret festmachen: Mit dieser nationalistischen

Ausrichtung entfernte sie sich mehr und mehr von der Mehrheitsgesellschaft und dem demokratischen Konsens. Das in der Frühphase formulierte Bekenntnis zur „konstruktiven Opposition“ tauschte sie mit der Zeit gegen eine systematische Opposition gegen die Bundesregierung und die „Etablierten“ ein. Ein Trend, der sich nach der „Wende“ von 1989/90 noch verschärfen sollte: Im vereinten Deutschland trat die NPD in eine radikal systemfeindliche Fundamentalopposition gegen das „System“ und somit gegen die Bundesrepublik als solche.

Dritter Teil Weibliche Aufbrüche: die „neue“ NPD im vereinten Deutschland

VII. Nazifizierung und Feminisierung der NPD nach 1990

Die Umwälzungen der Jahre 1989/90 leiteten auch für die NPD eine fundamentale Wende ein. Wie alle westdeutschen Parteien musste sich die rechtsextreme Partei im Hinblick auf den Wandel in Deutschland neu erfinden; vielleicht musste sie es sogar noch mehr als andere Parteien, waren ihre wesentlichen nationalistischen Agitationsthemen doch schlagartig obsolet geworden: Der Mauerfall, die Wiedervereinigung, die definitive Festlegung der deutschen Grenzen und der Rückzug der alliierten Truppen beraubten sie ihrer ideologischen Existenzgrundlage. Die Auflösung der DDR und das Auseinanderfallen des Ostblocks machten ihren Antikommunismus gegenstandslos, und die definitive Etablierung der Bundesrepublik in West- und Ostdeutschland machte darüber hinaus jegliche Hoffnung auf eine grundlegende Neugestaltung der Nation im Zuge der Einheit zunichte.

Seit der Parteigründung gehörte die Idee der Wiederherstellung eines über die Oder-Neiße-Linie hinausreichenden Deutschlands zu den eisernen Grundprinzipien ihrer nationalistischen Programmatik. Dabei betrachtete sie die Bundesrepublik, wie vom Grundgesetz

geboten, nur als „Provisorium“, als vorläufige Etappe auf dem Weg zu einem regenerierten „Reich“. Der am 9. November 1989 für viele überraschend eingetretene Fall der Mauer rückte die endgültige Lösung der Deutschlandfrage mit aller Dringlichkeit ins Zentrum des politischen Interesses. Die extreme Rechte hoffte auf die Umsetzung des Art. 146 GG, der die Ausarbeitung einer neuen Verfassung vorsah, eben weil er aus ihrer Perspektive die Möglichkeit bot, die Bundesrepublik am schnellsten zu beseitigen. Mit dem Einigungsvertrag wurde letztendlich jedoch der Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes gemäß Art. 23 GG beschlossen: Die Bundesrepublik wurde dadurch als Definitivum in Stein gemeißelt.

Um auch nach der deutschen Einheit weiter existieren zu können, musste die NPD sich neu sortieren, sie musste ihren Aufbau, die Strategie, die Ideologie überdenken und mit einer „neuen“ Politik aufwarten. Die „neue“ NPD [1] entschied sich für den radikaleren Weg und steigerte sich in den 1990er-Jahren reflexhaft in eine systemfeindliche Fundamentalopposition hinein. Nicht nur das politische Establishment, sondern das republikanisch-parlamentarische Ordnungsprinzip als solches wurden nun dezidiert angegriffen. Begleitet wurde diese Haltungsänderung durch die forcierte Nazifizierung ihrer AkteurInnen. Hatte die Erlebnisgeneration zuvor stets darauf geachtet, die Ausbreitung des Neo-Nationalsozialismus in den Parteireihen einzudämmen, so beriefen sich viele Männer und Frauen der „Bekenntnisgeneration“ [2] nun explizit auf ihn.

Diesen Weg beschritt die NPD, um sich der neuen nationalen wie globalen Ausgangslage nach 1990 anzupassen und aus den vielen Umwälzungen, Krisen und Verwerfungen der Zeit politisches Kapital zu schlagen. Vom Kontext profitieren konnte die extreme Rechte seitdem allemal. Die Globalisierung und ihre sozialen Begleiterscheinungen, die ambivalente „Einheitspolitik“ Helmut Kohls und die neoliberale Wirtschaftspolitik, die Kohls Nachfolger als Bundeskanzler, Gerhard Schröder, mit den „Hartz IV“-Reformen noch forcierte, der „11. September 2001“ und der amerikanische „war on

terror“, die beide einen geopolitischen Paradigmenwechsel hervorriefen, die internationale Finanzmarktkrise von 2007/08 wie auch die später folgenden europäischen Krisen der 2010er-Jahre (die griechische Staatsschuldenkrise, die „Flüchtlingskrise“ und der „Brexit“) und nicht zuletzt auch die religiös oder politisch motivierte Terrorgefahr – sie alle erzeugten eine diffuse Angst und Verunsicherung und nährten einen gesellschaftlichen Krisendiskurs, den sich insbesondere die RechtsextremistInnen und -populistInnen in Deutschland, Europa und aller Welt zunutze machen konnten. Mit ihrem radikal antirepublikanischen und systemfeindlichen Duktus versuchte auch die NPD aus der sozial-gesellschaftlichen Stimmung im Lande Kapital zu schlagen und sich dabei als vermeintlich krisenresistente Alternative zu den „etablierten“ politischen, kulturellen und systemtragenden Eliten zu profilieren.

Um diese „neue“ NPD bzw. die „neuen“ Nationaldemokratinnen und ihre Rolle in der jüngsten Zeitgeschichte soll es im letzten Teil dieses Buchs gehen. Als Vertreterinnen der „Bekenntnisgeneration“ waren und sind sie weitaus radikaler, reaktionärer, aber auch autonomer als die einstige weibliche Gründungsgeneration. Die Erneuerung des weiblichen Personals hinterfragt das folgende siebte Kapitel vor dem Hintergrund der politisch-strategischen Entwicklungen der NPD seit der „Wende“. Dabei wird ein besonderes Augenmerk auf das Profil, die Stellung und die Tätigkeitsbereiche der „neuen“ Akteurinnen gelegt, also jener Parteifunktionärinnen, Aktivistinnen und Mandatsträgerinnen, die in dieser letzten, in der Gegenwart noch nicht abgeschlossenen Phase besonders hervorgetreten sind.

1. Nationaldemokratische (Irr-)Wege seit der „Wende“

1.1. Neuformierung der NPD in der Ära Deckert (1991–1996)

Zum Zeitpunkt des Mauerfalls, als sich nun das ereignete,

worauf die Partei seit 25 Jahren hingearbeitet hatte, befand sich die NPD in einer denkbar schlechten Lage. Sie hatte den abrupten Umbruch nicht für möglich gehalten, ihn weder antizipiert noch vorbereitet und stand in der Wendezeit relativ plan- und konzeptlos da. Erste Versuche, in Ostdeutschland Fuß zu fassen, unternahm sie dennoch bereits im Dezember 1989. Westdeutsche AktivistInnen, die Frankfurter NationaldemokratInnen Karl Krauß, Ursula Gerhold und Christine Ringmayer etwa, nahmen an den Leipziger Montagsdemonstrationen teil, um Propagandamaterial unter das Volk zu bringen; andere suchten den Kontakt zu Kadern der NDPD, des ostdeutschen Pendants zur NPD, um politische Bündnisse zu schmieden. Doch wurden derartige Bestrebungen aufgrund ideologischer Unstimmigkeiten schnell wieder aufgegeben. [3] Wegen fehlender politischer Stützpunkte oder Allianzen im Osten sah sich die NPD gezwungen, ihren „Aufbau Ost" – im Sinne einer Verankerung nationaldemokratischer Strukturen in Ostdeutschland – eigenhändig zu meistern. Es setzte ein für die Partei langwieriger und kostspieliger Prozess ein, der Unmengen von Mitteln und Ressourcen verschlang, dabei aber zunächst nur dürftige Ergebnisse zeitigte. [4] Zwar brachte Rainer Prigge am 24. März 1990 mit der Gründung der Mitteldeutschen Nationaldemokraten (MND) [5] in Sachsen einen ostdeutschen Ableger zustande, den er im Oktober 1990 anlässlich des außerordentlichen Erfurter Bundesparteitags in die Mutterpartei überführen konnte, doch blieb die nationaldemokratische Durchdringung der ostdeutschen Umbruchsgesellschaft zunächst recht überschaubar. Dabei war der Kontext für westdeutsche politische Kräfte durchaus sehr förderlich: Das politische Vakuum, das durch den Abbau des SED-Staats entstanden war, begünstigte den Einzug „neuer" Ideen; aus der Aufbruchstimmung und „Weihe" des Moments konnte die NPD jedoch kein Kapital schlagen. Weder Mitglieder noch Wahlen konnte sie in der „Wende"-Zeit für sich gewinnen. Bei keiner der 1990 in den fünf neugegründeten ostdeutschen Bundesländern stattfindenden Landtagswahlen, für die aus Personalmangel hauptsächlich westdeutsche

NationaldemokratInnen aufgestellt worden waren, konnte sie die 1-Prozent-Marke überschreiten. Auch in Westdeutschland ging sie bei den saarländischen und niedersächsischen Parlamentswahlen mit jeweils 0,2% der Zweitstimmen so gut wie leer aus. Nicht zuletzt machten die schlechten Ergebnisse, die sie bei der „Schicksalswahl" – der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl vom 2. Dezember 1990 – einfuhr (0,3%), die letzte Hoffnung vieler Parteikader, doch noch Einfluss auf die sich unmittelbar vollziehenden Transformationsprozesse nehmen zu können, einfach zunichte. Ebenso wie die Republikaner und die DVU, die zu jener Zeit dominierenden Kräfte der „nationalen Opposition", konnte sich die NPD in der unter christdemokratischen Vorzeichen stehenden deutschen Wiedervereinigung nicht profilieren. [6] Recht anschaulich resümiert der Politikwissenschaftler Uwe Hoffmann die „bittere Ironie der Geschichte",

> „dass ausgerechnet [die nationalistischen Parteien] – die am energischsten an der Wiedervereinigung festgehalten hatten – nun nicht ihre Isolation durchbrechen und keinen Einfluss auf den Vereinigungsverlauf nehmen konnten und auch hinsichtlich der Wahlergebnisse nicht im geringsten von dem Ereignis profitierten". [7]

Der miserable Wahlausgang verstärkte die schleichende Auflösung der in ihren Grundfesten erschütterten NPD. Geschlagen und angeschlagen entschloss sich Martin Mußgnug, den viele für den politischen Absturz ihrer Partei verantwortlich machten, Mitte Dezember 1990 zum Rückzug: Nach fast 20 Jahren in dieser Position trat er vom Parteivorsitz zurück und verließ mit einigen ihm noch treu gebliebenen AnhängerInnen die NPD, um 1991 die Deutsche Allianz-Vereinigte Rechte (DA-VR) zu gründen, die auch unter ihrem späteren Namen Deutsche Liga für Volk und Heimat (DLVH) dazu verdammt schien, ein politisches Schattendasein zu fristen.

Seine Nachfolge trat Günter Deckert an. Dieser hatte sich beim Parteitag vom Juni 1991 mit einer resoluten Anti-

Mußgnug-Linie gegen den baden-württembergischen Landeschef und Mußgnug-Kandidaten Jürgen Schützinger durchsetzen können. 1982 noch aus der Partei ausgetreten, war Deckert kurz vor dem Parteitag wieder eingetreten, mit dem erklärten Ziel, sowohl die Strategie als auch die weltanschaulichen Prinzipien der Partei komplett zu überdenken: Das Wahlbündnis mit der DVU sollte ausgesetzt, die Einflussnahme im Osten mit Unterstützung lokaler Neonazis ausgeweitet, der Aktivismus forciert und die „liberal-hyperdemokratisch-bürgerlich[e] Tendenz" der vormaligen NPD-Chefs ein für alle Mal ad acta gelegt werden. [8] Als glühender Anhänger der „Neuen Rechten", zu deren Popularisierung er in Deutschland einen nicht unerheblichen Beitrag geleistet hatte, erhob Deckert deren kulturelle, rassistische und revisionistische Thesen zu Grundpfeilern der Parteiideologie. [9] Durch diesen Impuls wurde der für die Partei seit den 1960er-Jahren im Laufe der Zeit zwar variierte, dennoch bis dahin verbindliche bürgerlich-nationalkonservative Grundtenor durch eine dezidiert national-revolutionäre, eine im Kern antikapitalistische wie antirepublikanische Linie ersetzt. Der Bruch mit der „alten" NPD zeigte sich besonders deutlich im Umgang Deckerts mit der nationalsozialistischen Vergangenheit. Öffentliches Aufsehen bescherten dem als Holocaust-Leugner Berüchtigten vor allem die unzähligen antisemitischen Provokationen und zahlreichen Gerichtsverfahren, die wegen Volksverhetzung und Diffamierung gegen ihn angestrengt wurden und zuweilen mit Geld- und Freiheitsstrafen endeten. [10] Diese antisemitischen Entgleisungen waren es, die die Berichterstattung über die NPD bis Mitte der 1990er-Jahre dominierten.

Angesichts der öffentlichen Empörung und dem damit einhergehenden Imageschaden formierte sich gegen den neuen Parteivorsitzenden Widerstand, an dem sich die Saarländerin Ellen-Doris Scherer tonangebend beteiligte. Als Bundesvorstandsmitglied und Chefin gleich zweier Landesverbände, des saarländischen und rheinland-pfälzischen Landesverbands, erfreute sich diese 1957 in Puttlingen

geborene Nationaldemokratin [11] zu diesem Zeitpunkt innerhalb der Partei einer gewissen, für Parteifrauen ungewöhnlichen Geltung. Sie wagte es, Deckerts radikal vergangenheitsfixierten Kurs und aggressiven Tonfall, seine „chaotische“ Parteiführung und finanzielle Misswirtschaft öffentlich zu monieren und sich beim Bundesparteitag im niedersächsischen Coppenbrügge am 18. August 1993 gegen ihn zur Wahl zu stellen. [12] Zur Eigenwerbung hatte sie kurz zuvor einen Appell in der „Deutschen Stimme“ veröffentlicht, in welchem sie die Wahl einer Parteichefin zum Signum einer verheißungsvollen Zeitenwende machte. Die Zeit sei reif für eine weibliche Führung – sie stehe für Modernität und Erneuerung und sei im Hinblick auf die politische Schieflage auch dringend notwendig, hatten Frauen doch bereits in der Vergangenheit ihre vermeintlich heilsbringenden Kompetenzen in akuten Notlagen unter Beweis gestellt:

> „Zu bedenken wäre, ob nicht einmal eine Frau anstelle eines Mannes die Geschicke der Partei leiten sollte. Damit würden wir Nationaldemokraten einer Notwendigkeit gerecht, die unserem Volk in der Politik schon viel zu lange vorenthalten wurde. Frauen haben in Deutschland die größten Leistungen neben dem deutschen Mann erbracht und damit nicht einen Krieg der Geschlechter, sondern einem Miteinander gedient. Oft waren es in der Geschichte gerade Frauen, die in letzter Minute den Karren aus dem Dreck gefahren haben, indem sie die Getreuen, die schon aufgeben wollten, am besten zum weitermachen zu motivieren verstanden. Eine Frau als zukünftige Bundesvorsitzende der NPD kann sich als der geschickte Schachzug erweisen, mit dem die NPD die politischen Verhältnisse in unserem Land wieder nachhaltig mitgestalten kann.“ [13]

Mit ihrem Aufruf überzeugte sie jedoch nur wenige Delegierte: Mit 45 zu 115 Stimmen musste Scherer bei der Wahl zum Parteivorsitz eine herbe Niederlage einstecken. Zwei Jahre später gelang ihr beim Arnstorfer Parteitag wiederum die Wahl

zur stellvertretenden Vorsitzenden, einer Funktion, die sie gemeinsam mit dem nordrhein-westfälischen Landesvorsitzenden Udo Holtmann und dem bayerischen NPD-Chef Udo Voigt wahrnahm. Bei dieser Abstimmung konnte sich Deckert mit 92% der Stimmen zum letzten Mal souverän an der Parteispitze behaupten. Drei Monate später, am 30. September 1995, wurde er jedoch angesichts einer drohenden Haftstrafe durch ein Votum des Parteipräsidiums seines Amtes enthoben. Aus Solidarität für Deckert trat Voigt, der die Entscheidung als maßlos und willkürlich betrachtete, von seinem Amt zurück und überließ den von ihm als „Putschisten“ und „Verräter“ verunglimpften „Rebellen“ Holtmann und Scherer die Leitung der zutiefst gespaltenen Partei. Unterstützt wurden die beiden „Abtrünnigen“ jedoch nur von ihren jeweiligen Landesverbänden, die im Verhältnis zu Voigts bayerischem Landesverband zu unbedeutend waren, um ihre hegemonialen Ansprüche geltend machen zu können. [14] Schlussendlich entschied Udo Voigt den internen Machtkampf für sich: Beim außerordentlichen Parteitag in Bad Dürkheim wurde er 1996 zum neuen Parteivorsitzenden gewählt. Ellen-Doris Scherer wurde aus dem Bundesvorstand verdrängt. Wenngleich sie es als kommissarische Bundesvorsitzende sehr viel weiter gebracht hatte als ihre Vorgängerinnen, veranschaulicht ihr politischer Sturz die hohen, gar unüberwindlichen Hürden, denen sich die Nationaldemokratinnen in den 1990er-Jahren – und auch danach – noch ausgesetzt sahen: Aufstiegswillige Parteifrauen wurden systematisch ausgebootet.

In der ersten Nachwendezeit mochte Günter Deckert auf seine disruptive Art der so gut wie fossilisierten Partei durchaus einen neuen Elan verschafft haben, doch die Durchsetzung der viel beschworenen politischen „Erneuerung“ ließ auf sich warten. Sie war in der Praxis mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden. Die konfliktbedingten Animositäten sowie die horrenden Schulden, die sich Anfang der 1990er-Jahre u. a. aufgrund des kostspieligen Struktur- und Ideologietransfers von West- nach Ostdeutschland auf ca. 1,5 Mio. DM beliefen, waren dem Aktivismus besonders abträglich. Zudem hatten die

regelmäßigen Wahlschlappen von 1992 bis 1994 viele AnhängerInnen vergrault – bis 1996 verlor die Partei die Hälfte ihrer Mitglieder. Seinem Nachfolger hinterließ Deckert einen politischen Scherbenhaufen. Allerdings sollte sich die strategische Weichenstellung, die er gleich zu Beginn seiner Amtsübernahme im Verborgenen initiiert hatte und die im Wesentlichen darin bestand, die Partei an das neonazistische Milieu anzudocken, mittelfristig als politisch fruchtbar erweisen. Sie erlaubte es Voigt in den darauffolgenden Jahren, den Einflussbereich der NPD besonders im Osten der Republik zu konsolidieren. In der Ära Voigt wurde die damit verbundene Radikalisierung bzw. Nazifizierung zum Motor eines umfassenden personellen und ideologischen Wandels, der auch in geschlechtsspezifischer Hinsicht seinen Niederschlag fand.

1.2. Deutsch-deutsche Kontinuitäten: Frauen im west- und ostdeutschen Neonazismus der 1980er-Jahre

Nach Schätzungen des französischen Historikers Patrick Moreau hat es in der Bundesrepublik, von 1960 bis 1990, ca. 400 neonazistische Gruppierungen gegeben. Die Zahl mag auf den ersten Blick freilich als beträchtlich erscheinen, sie war dennoch überwiegend dem Gründungseifer einiger weniger Aktivisten geschuldet, die wie der rechtsnationale Verleger Erwin Schönborn [15] bestrebt waren, durch ständige Neugründungen von teilweise sehr kurzlebigen Organisationen und Parteien die Arbeit der Geheimdienste zu erschweren, Verbote zu umgehen und das bis in die 1980er-Jahre recht marginal gebliebene neonazistische Milieu größer wirken zu lassen, als es in Wirklichkeit war. [16] Neben postnazistischen Parteien wie der SRP oder DRP entstanden bereits in den 1950er-Jahren einige autonome Gruppierungen, die vor dem Hintergrund der medial stark rezipierten und kommentierten antisemitischen „Schmierwelle“ Anfang der 1960er-Jahre regen Zulauf erfuhren. Im Laufe des Jahrzehnts wurden diese Kräfte von der NPD absorbiert, spalteten sich aber bald schon wieder von ihr ab und stellten sich in den 1970er-Jahren hinter neonazistische

Führungsfiguren wie Manfred Roeder, Friedhelm Busse, Thies Christophersen, Karl-Heinz Hoffmann oder Michael Kühnen, dem charismatischen Neonazi-Führer der 1980er-Jahre – alles Aktivisten, die im politischen Kampf eher auf Gewalt und Terror denn auf legale politische Mittel setzten. Bis zum Mauerfall blieb die Zahl der Neonazis in Westdeutschland relativ konstant bei 1 400, nach der „Wende“ stieg sie hingegen schlagartig an: 1993 lag sie deutschlandweit bei etwa 3 000 AnhängerInnen. [17]

Seine Langlebigkeit verdankte der Neonazismus [18] dem beträchtlichen Bemühen der extremen Rechten nach 1945, über Organisationsmaßnahmen und Traditionspflege stets eine personelle und strukturelle Kontinuität zu gewährleisten. [19] Von der Historiographie wurde der Neonazismus der 1980er-Jahre des Öfteren fälschlich als „Modeerscheinung“ präsentiert, welche sich, wie es Patrick Moreau ausdrückte, aus einem „Anti-68er Reflex“ speiste. Diesen Umstand führte der Historiker u. a. darauf zurück, dass die Akteure vornehmlich Jugendliche waren, die qua „Delinquenz“ ihren Anti-Konformismus und ihre „Revolte gegen die elterliche Autorität“ zum Ausdruck brachten. [20] Während die stark ideologisierten AnhängerInnen im Milieu verblieben, verließen die meisten es spätestens im Erwachsenenalter wieder, um sich einem „geordneten“ Leben widmen zu können. Empirische Daten machten tatsächlich deutlich, wie anziehend die neonazistische Subkultur, ihr antibürgerlicher und kameradschaftlich-rebellischer Impetus, ihre ideologische Radikalität und Gewaltaffinität auf junge Männer mit schwachem Bildungsniveau, auf Arbeiter, Auszubildende und Arbeitslose wirkte. [21] Doch ignorierte diese simplifizierende Betrachtungsweise die gesamtgesellschaftliche Dimension des Phänomens. Sie bagatellisierte und entpolitisierte nicht nur den Aktionismus der NeonazistInnen, sondern blendete auch deren Gewaltaffinität und die ideologisch-rassistischen Motivationen hinter den neonazistischen Gewaltexzessen der 1980er- und 1990er-Jahre aus: Immerhin ging es nicht selten um schwere Körperverletzung, Mord und Totschlag. [22]

Damit verbunden war die zweite fälschlicherweise von

Soziologen und Politikwissenschaftlern propagierte Annahme, wonach es sich beim Neonazismus um eine rein männliche Lebens- und Erfahrungswelt handele, in der Frauen höchstens als apolitische „Freundinnen“ auftraten, sonst aber nicht vorkamen. Dass dieses von der „männlichen Wissenschaft“ hervorgebrachte Narrativ zu kurz griff, [23] legten feministische Studien, welche die Geschlechtsspezifik in den Vordergrund rückten, bereits Anfang der 1990er-Jahre dar. Sie zeigten, dass es neben den Neonazis auch immer schon Neonazistinnen gegeben hatte, mochten sie auch weniger sichtbar sein. Bereits die Existenz von einschlägigen Frauengruppierungen innerhalb der führenden neonazistischen Organisationen oder Parteien – dem Bund deutscher Mädel (in der ANS/NA), der FAP-Frauenschaft (in der FAP) und der Deutschen Frauenfront (in der GdNF) – wies ganz offensichtlich auf diese Tatsache hin. Wenngleich es wegen der Klandestinität der Strukturen, welche diese Art der Militanz charakterisiert, keine belastbaren Daten zum Ausmaß der weiblichen Beteiligung gibt, gehen Expertinnen davon aus, dass Frauen in dieser Periode ca. ein Drittel aller AktivistInnen ausmachten. [24] Ihre Rolle beschränkte sich dabei meistens auf eher traditionell ‚weibliche‘ Funktionen: Sie übernahmen vornehmlich logistische und organisatorische Aufgaben, konnten sich aber ebenso an Plakat-, Flugblatt- oder Graffitiaktionen sowie an Aufzügen und Märschen beteiligen und in selteneren Fällen die Gewaltaktionen ihrer Kameraden aktiv begleiten. [25]

Mit dem Aufkommen von Skingirls profilierten sich im Laufe der 1990er-Jahre zudem Aktivistinnen eines neuen Typs. Gedacht als weiblicher Konterpart zu den äußerst viril auftretenden Skinheads, gestalteten sie ihre Selbstinszenierung – mit szenetypischer Kleidung und markantem Haarschnitt – fern geläufiger Weiblichkeitsstereotypen gewollt unangepasst und offensiv. 1991 gründete eine Gruppe Skingirls und Neonazistinnen die erste überregional vernetzte Frauenorganisation, die Skingirl-Front Deutschland (SFD), die sich in der Zeit ihres fast zehnjährigen Bestehens zu einem der bedeutendsten Pole neonazistischer Frauenagitation

entwickelte und dafür in der Szene auch beachtliche Anerkennung erntete. Insofern zeichnet sich die Schwellenzeit der 1980er- und 1990er-Jahre zum einen durch eine Ausweitung bzw. eine räumliche Sichtbarwerdung und Brutalisierung des Neonazismus aus, zum anderen aber auch durch eine Modernisierung unter dem Vorzeichen eines Differenzierungsprozesses innerhalb der extremen Rechten, der auch in Geschlechterhinsicht seinen Niederschlag fand. Neben „Skingirls, Walküren und feine[n] Damen“, wie es Renate Bitzan ironisch zugespitzt formulierte, [26] existierte eine große Bandbreite an extremistischen Weiblichkeitsbildern und -praktiken, [27] die allesamt als geschlechtsmarkierte Spielarten des „braunen Pluralismus“ (Kirsten Döhring/Renate Feldmann) aufgefasst werden können.

Paradoxerweise lässt sich zur selben Zeit in der Deutschen Demokratischen Republik ein ähnlicher Radikalisierungsschub ausmachen: Auch hier charakterisieren sich die 1980er-Jahre durch die Expansion des neonazistischen bzw. „neofaschistischen“ Spektrums. Doch waren seine Entstehungsbedingungen ganz andere gewesen. Ausgehend vom antifaschistischen Gründungsmythos und dem damit einhergehenden Narrativ, der „real existierende Sozialismus“ habe auf dem von ihm gestalteten Territorium den historischen Nationalsozialismus nach 1945 umfassend ausgerottet, hatte die DDR die Frage rechtsextremer Kontinuitäten und ihrer gewalterzeugenden Begleiterscheinungen in Staat und Gesellschaft gänzlich ausgeblendet. [28] Im Kontext der Systemkonkurrenz diente ihr der Antifaschismus sowohl als Legitimationsbasis als auch als normatives Abgrenzungsmittel von der kapitalistischen, ergo „militaristischen“, „revanchistischen“ und „faschistischen“ Bundesrepublik. Dass dem in Wirklichkeit nicht so war, dass „die braune Saat“ (Harry Waibel) auch in der DDR aufging, haben Studien zur DDR-Geschichte bereits hinreichend gezeigt. [29] In den 1980er-Jahren stand die sich nur noch dank Repression und Überwachung an der Macht haltende SED dem Aufkeimen einer subversiven Skin-Subkultur recht ratlos gegenüber. Der Anziehungskraft, die sie

auf einen nicht zu unterschätzenden Teil der ostdeutschen Jugend entfaltete, wusste sie nichts entgegenzusetzen. Ursprünglich innerhalb der Fußball-Fankultur angesiedelt, diversifizierte, politisierte und radikalisierte sich diese Gegenkultur zusehends. Neben sportaffinen Hooligans oder musikalisch interessierten „Oi-Skins“ traten gegen Ende des Jahrzehnts auch vermehrt „Faschos“ zum Vorschein, welche teilweise schon, ehe die Mauer fiel, den Kontakt zu westdeutschen „Kameraden“ pflegten. Abgesehen vom spezifisch ostdeutschen staatsfeindlichen Antikommunismus bestimmten wie im Westen die NS-Verherrlichung, der Rassismus und Antisemitismus die neonazistischen Parolen und Symbolik. In der soften Variante gab sich der neonazistische, in Banden, Cliquen oder Gruppierungen organisierte Aktionismus mit Provokationen, etwa Hakenkreuz-Schmierereien, „Sieg-Heil“-Rufen oder Hitler-Huldigungen, zufrieden. In den harten Fällen konnte er aber auf brachiale Gewalt zurückgreifen, [30] um sich durch pogromartige Übergriffe Ausdruck zu verschaffen. [31] Nachahmungseffekte mag es freilich gegeben haben, gleichwohl ist der Neonazismus der DDR, mit seinen eigenen Erkennungsmarkern, Identifizierungslogiken und ideologischen Schwerpunkten, ein genuin ostdeutsches Phänomen gewesen, dessen Entwicklung sowohl der schleichenden Erosion aller staatlichen Strukturen als auch dem ökonomisch-sozialen Niedergang der Gesellschaft geschuldet war. Der Sozialismus verlor seine identitäts- und kohäsionsstiftende Bindekraft, das kommunistische Regime war ausgehöhlt und hinterließ immer mehr staatsfreie Räume. [32]

Zu neonazistischen Frauen im Besonderen wurde bisher nur wenig Forschungsarbeit geleistet. [33] Laut einer von den DDR-Behörden verbotenen, vom MfS aber sehr genau rezipierten Studie von 1988, welche Konrad Weiß der „neofaschistischen“ Subkultur in der DDR widmete, waren immerhin 20% aller AktivistInnen „Neofaschistinnen“. [34] Jedoch lassen sich nicht alle weiblichen Partizipationsmodi über einen Kamm scheren: Der Blick in die Unterlagen des Berliner Stasi-Archivs beim BStU zeigt, dass Aktion, Intention, Ideologisierungsgrad und

Wirkungswille jener Akteurinnen sehr differenziert betrachtet werden müssen. Der evidenteste Rahmen des weiblichen Aktivismus bildete gewiss jener der gemischtgeschlechtlichen Cliquen und Freundesbanden, in denen man ebenso auf passive Mitläuferinnen wie auf aktive „Kameradinnen“ traf. Auch wenn sie sich als „Faschos“ oder Skinheads zu erkennen gaben, so waren Komposition und Politisierungsgrad je nach Gruppierung höchst variabel. Vielen Jugendlichen galt der „Faschismus“ als spaßige Ablenkung vom tristen Alltag und als Begleitmusik für wilde, rauschhafte Feten und Feste. Einen Anlass dazu gab ihnen beispielsweise der 100. Geburtstag Adolf Hitlers, der am 20. April 1989 lautstark und scheinbar spontan von Jungen und Mädchen in aller Öffentlichkeit – entsprechende Feten wurden in Rostock, Ilmenau und Ost-Berlin gemeldet – begangen wurde. [35] Von den Sicherheitsbehörden mit Argwohn beobachtet, hatte das „rowdyhafte Verhalten“ für die einen sicherlich einen ausdrücklich apologetischen Sinn, für andere wiederum war es ein willkommener Vorwand, um durch gezielte Provokationen und Tabubrüche rund um das Reizthema „Faschismus“ eine jugendliche Verweigerungshaltung offenzulegen.

In anderen Fällen waren Mädchen und junge Frauen Mitglied in explizit neonazistischen Gruppierungen, wie das Beispiel der SS-Geheimorganisation Wolgast exemplarisch veranschaulicht. 1988 von sechs Männern und zwei Frauen in Wolgast gegründet, war die Organisation nach dem nationalsozialistischen Vorbild strikt hierarchisch aufgebaut. Der „Rottenführerin“ Sieglinde W. wurde die Sekretariatsarbeit zugewiesen, während den Männern die „Führung“ und „Entscheidung“ vorbehalten blieben. Zu den Aktivitäten der Gruppe gehörten konspirative Treffen, gesellige Abende ebenso wie SS-Gedenkveranstaltungen oder Ausflüge, etwa zum Wehrmachtsbunker im nahegelegenen Koserow auf Usedom oder zur KZ-Gedenkstätte Ravensbrück. Zur „Wehrertüchtigung“ wies das selbsternannte Oberhaupt Matthias S. seine „KameradInnen“ an, Gewalt gegen Unbeteiligte zu üben: Ein Nachbar wurde in einer Wohnung schwer misshandelt. Von einer IM in Kenntnis gesetzt, verhaftete das MfS im Zuge eines

„operativen Vorgangs“ die sechs Gruppenmitglieder. Nach einer mehrwöchigen Untersuchungshaft und etlichen Verhören entließ die Stasi die zwei beteiligten Frauen wegen mangelnder Ideologisierung (Sieglinde W.) oder „nachweislicher Debilität“ (Petra G.) wieder. Die Männer jedoch wurden allesamt wegen „Verherrlichung des Faschismus“ zu Haftstrafen verurteilt. [36] Dieses Beispiel verdeutlicht, wie sehr geschlechtsrelevante Zerrbilder die Ermittlungsverfahren des MfS bestimmten: Der „Faschismus“ der Frauen wurde in der Regel unterschätzt, bagatellisiert, pathologisiert und letztendlich auch entpolitisiert.

Mit Blick auf die Geschlechterverhältnisse fällt insbesondere die größere Geschlechtermischung in den ostdeutschen Gruppierungen auf, die vermutlich mit dem in der DDR formal beanspruchten und vielfach praktizierten Egalitätsanspruch zusammenhing. Wegen der staatlich verordneten Einbindung der Frauen in den Produktionsprozess vermengten sich männliche und weibliche Lebensbereiche eher als im Westen, was nicht bedeutet, dass die ostdeutsche Gesellschaft nicht auch auf einer patriarchalen Ordnung beruhte. Aus den eingesehenen Quellen ließen sich keine Spuren von exklusiv weiblichen Gruppierungen ausfindig machen, vielleicht gerade weil Frauen im ostdeutschen „Neofaschismus“ mehr Akzeptanz genossen als ihre westdeutschen Pendants und den Separatismus nicht nötig hatten. Bewerten kann man diesen Tatbestand als paradoxen Effekt des „Modernisierungsvorsprungs“ (Rainer Geißler), den man DDR-Frauen in dieser Periode allgemein zuschrieb.

Vereinzelt hat es in der letzten Phase der DDR auch „einsame Wölfinnen“ gegeben, die ihren Aktivismus autonom gestalteten und aus einer fundamentaloppositionellen Haltung heraus einen stark politisierten Kampf gegen das kommunistische Regime führten. Katja D. aus Bernau steht für diesen Typus. Sie wurde von einer Lehrerin dem MfS gemeldet, als sie sich 1988 in einer Klausur selbst als „Skin“ bezeichnete und „faschistische“ Ansichten vertrat. Aus den Stasiakten, die zu ihrem Fall vorliegen, lässt sich entnehmen, dass sie anscheinend hervorragend über die westdeutsche Szene informiert war,

Kassettenaufzeichnungen von Hitler-Reden besaß und sich selbst dem ideologischen Dunstkreis der FAP zuordnete. Mehrfach war sie wegen antipolnischer, antirussischer und antisemitischer Parolen aufgefallen und in einer Diskothek bei der aktiven Anwerbungsarbeit für die „nationale Sache“ ertappt worden. Die Stasi stufte sie als potentielle Gefährderin ein und leitete Ermittlungen gegen sie ein. Zudem wurde die Lehrerschaft ihrer Schule durch gezielte Lehrgänge auf die Gefahr der „Faschisierung“ der Jugend aufmerksam gemacht. [37] Diese verfolgten die Machthaber der SED mit Besorgnis und Ohnmacht zugleich.

Schenkt man den Zahlen des MfS Glauben, so waren Ende der 1980er-Jahre über 1 500 Skinheads aktiv [38] – ein Potential, das die westdeutsche extreme Rechte unmittelbar nach dem Mauerfall auszuschöpfen gedachte, indem sie Aktivisten der Parteien (NPD, DVU, REP) und Organisationen (FAP, NF, DA usw.) vor Ort entsandte, um Bündnisse zu schmieden und eine dynamische Weiterentwicklung des Spektrums zu fördern. Doch stießen sie zuweilen auch auf den Widerstand ostdeutscher NeonazistInnen, die sich weigerten, sich von Westdeutschen „kolonisieren“ zu lassen, geschweige denn ihre eigene Subkultur aufzugeben. [39] Nach abgeschlossenem Strukturtransfer in die neuen Bundesländer verzeichneten die rechtsextremen Parteien 1993 einen Zulauf von 6 000 Mitgliedern (500 für die NPD, 3 000 für die DVU und 2 500 für die REP); die neonazistischen Organisationen hatten insgesamt 500 Aktivistinnen hinzugewonnen. [40] Wie viele Frauen sich unter den neu rekrutierten Kräften befanden, ist nicht bekannt. Dass es aber ebenso weibliche Kontinuitätslinien zwischen dem „Neofaschismus“ der 1980er-Jahre und dem Neonazismus der 1990er- und 2000er-Jahre – umso mehr in der NPD – gegeben haben muss, scheint plausibel.

In der Nachwendezeit brannte sich der Neonazismus ins kollektive Bewusstsein ein, als sich zwischen 1991 und 1993 in Hoyerswerda, Rostock-Lichtenhagen, Mölln und Solingen eine beispiellose, pogromförmige Gewalt gegen Flüchtlinge und AsylbewerberInnen entlud. [41] Dieser Gewaltausbruch korrelierte

zu dem Zeitpunkt zwar mit einer besonderen sozio-ökonomischen und geopolitischen Konjunktur, dem Zusammenbruch der UdSSR, der Auflösung Jugoslawiens und dem damit verbundenen jähen Anstieg der Asylanträge in Deutschland, der medial und politisch zum Teil sehr heftig diskutiert wurde. Doch setzte diese rassistische Brutalität gleichzeitig eine in die 1970er-Jahre zurückreichende Gewalttradition fort. [42] Der kriminelle Eifer, vom Auseinanderfallen des kommunistischen Staates in den 1980er-Jahren noch befördert, hatte sich nach der Wiedervereinigung vor dem Hintergrund der globalen Systemtransformation explosionsartig entzündet. [43] Der Staat versuchte den neonazistischen Schub einzudämmen, indem er zwischen 1992 und 1995 ein Dutzend einschlägiger Organisationen verbot [44] und den AktivistInnen die Mobilisierungsbasis entzog. Einige begaben sich in den bewaffneten Untergrund, andere kamen in den freien Kameradschaften unter, viele verschlug es ebengerade in die JN oder die NPD, die in der Ära Voigt die radikalen Kräfte mit offenen Armen aufnahm. Deckert hatte zu seiner Zeit schon solide Brücken ins neonazistische Milieu geschlagen, nur hatte er die Annäherung aus legalistischen Erwägungen hinter Unvereinbarkeitsbeschlüssen kaschiert. [45] Die Verflechtungen der NationaldemokratInnen mit dem neonazistischen Milieu waren dennoch offenkundig. Die JN organisierte gemeinsam mit bekennenden NeonazistInnen musikalische oder erinnerungspolitische Events, so etwa den Rudolf Heß-Gedenkmarsch 1993 in Wunsiedel. Ferner blieben Wilhelmine Steffens und Edda Schmidt wesentliche Akteurinnen der WJ, dessen emblematischer Leiter Wolfgang Nahrath 1993 in den NPD-Vorstand gewählt wurde. Zwischen 1990 und 1992 veranstaltete Ursula Schaffers BKP jedes Jahr unter Mitwirkung der WJ, der NF, der FAP und der GdNF im brandenburgischen Halbe Märsche zu Ehren der Wehrmacht. Es ist wohl unzweifelhaft, dass das Verbot zahlreicher Organisationen Anfang der 1990er-Jahre zu einer generellen Neuformierung der extremen Rechten führte, von der besonders die NPD profitieren konnte. Die Eingliederung neuer AktivistInnen

erweiterte nicht nur den Wirkungsbereich der Partei in den neuen Bundesländern, sondern ermöglichte darüber hinaus auch deren „Zweiten Frühling“ in den 2000er-Jahren.

1.3. Die Schärfung des neonazistischen Profils unter Udo Voigt, Holger Apfel und Frank Franz

Als Udo Voigt [46] am 23. März 1996 beim Bundesparteitag in Bad Dürkheim Günter Deckert an der Parteispitze ablöste, kündigte er gleich zwei fundamentale Zäsuren an: Zum einen sollte die Partei politisch grundrenoviert, zum anderen strategisch neu aufgestellt werden. Als Scharnier dienten ihm dafür die freien Kameradschaften und andere militante Kräfte, die er nun an die Partei heranführen wollte, um den Rückhalt im neonazistischen Milieu zu festigen. Während einer Veranstaltung im Februar 1998 rief er seinen neuen Verbündeten zu: „Wir fragen dich nicht länger, was du gestern gemacht hast, in welcher Organisation oder Partei du gewesen bist, sondern wir erwarten von dir, dass du bereit bist, dich einzubringen und einzufügen in unsere Organisation.“ [47] Nur selten lehnten die so angeworbenen Kader aus verbotenen Organisationen die Vorstandsposten ab, die ihnen Voigt großzügig anbot. [48] So war der Schritt zur Sammlungs- bzw. „Bewegungspartei“ getan: Als selbsternannte Nationale außerparlamentarische Opposition (NAPO) wollte die NPD als politischer Hegemon die extreme Rechte hinter sich vereinen. Beschleunigt wurde der Konzentrations- und Umwandlungsprozess durch die Umsetzung eines Strategiepapiers, des sogenannten „Säulen-Konzepts“, [49] das parteiintern bereits 1996 ausgearbeitet und 1998 beim 27. Bundesparteitag in Stavenhagen diskutiert und verabschiedet wurde. Durch den gezielten, mit Hitler’schem Anklang beschworenen „Kampf“ um die „Straße“, die „Köpfe“ und die „Parlamente“, welcher später im Jahr 2004 in Leinefelde noch um den „Kampf um den vereinten Willen“ ergänzt wurde, versprachen sich die Parteistrategen, mithilfe einer anhaltenden Normalisierungstaktik mittel- oder langfristig die Mitte der Gesellschaft mit rassistisch-nationalistischem Gedankengut zu

durchsetzen und der NPD so den Weg zur politischen Macht zu ebnen.

Dazu bedurfte es, so Voigt, einer radikalen Kursänderung: Die letzten Überreste der bürgerlich-nationalkonservativen Tradition wurden endgültig über Bord geworfen, fortan galt das national- bzw. sozialrevolutionäre Prinzip. Antikapitalismus, Antiglobalisierungsrhetorik und völkischer Nationalismus bestimmten die neue Programmatik. Unverblümt schrieb die „Deutsche Stimme", auf diese Art und Weise solle die „Überwindung des liberalkapitalistischen Systems und des bestehenden volksfeindlichen Parteienstaats" erreicht, sprich die Etablierung eines „neuen Deutschlands" ermöglicht werden. [50] Der Grundstein für die ideologische Nazifizierung der NPD war damit gelegt: In der Ära Voigt verwandelte sie sich in eine systemfeindliche und manifest neonazistische „Anti-Partei". [51] Gleichzeitig offenbart die Akzentuierung eines kapitalismus- und sozialkritischen Diskurses mit rassistisch-antisemitischer Grundierung die sich in diesem Jahrzehnt vollführende ideologische Gewichtsverschiebung von West nach Ost. Mit ihrem sozialrevolutionären Diskurs versuchte die NPD an die sozialistische DDR-Identität und deren kulturnationalistische Traditionen anzuknüpfen und dabei den Argwohn und die Desillusionierung über die sozioökonomischen Fehlentwicklungen, Diskrepanzen und Krisenerscheinungen im vereinten Deutschland rassistisch bzw. völkisch aufzuladen. Sie stieß damit zum Teil auf fruchtbaren Boden. [52]

Dieses Bestreben ließ sich auch daran ablesen, dass der strukturelle Transfer in die neuen Bundesländer Ende der 1990er-Jahre noch weiter forciert wurde: Der Umzug der Parteizentrale nach Berlin-Köpenick im Jahr 2000 und die Profilierung Sachsens als NPD-Hochburg veranschaulichen diese Tatsache. Im dortigen Landesverband stieg die Mitgliederzahl innerhalb von zehn Jahren von 200 (1995) auf 1 400 (2004) und wuchs auch danach stetig an: Anfang der 2010er-Jahre umfasste er ca. ein Drittel aller NPD-AnhängerInnen. So ging es für die Partei seit dem Ende der 1990er-Jahre wieder langsam bergauf: Die sichtbare Erweiterung, [53] Verjüngung [54] und Feminisierung

[55] der Basis gaben der NPD neuen Auftrieb. Auch bestätigten die sich schrittweise verbessernden Wahlergebnisse die allmähliche politische Etablierung der Partei im Osten der Republik. Bei der Bundestagswahl 1998, bei der sie mit Mühe auf 0,3% der Zweitstimmen kam, stimmten die Ostbürger (0,7%) immerhin sieben Mal mehr für die NPD als die Westbürger (0,1%). Vier Jahre später konnte sie ihr Wahlergebnis auch trotz der in der Öffentlichkeit entbrannten Parteiverbotsdebatte leicht steigern (0,4%). Der Trend bestätigte sich bei der darauffolgenden Bundestagswahl von 2005 (1,6%) – der Anteil der ostdeutschen Wähler (3,6%) lag hier erheblich über dem der westdeutschen. Im Wahlkampf hatte die NPD versucht, die Linkspartei als SED-Nachfolgerin zu diskreditieren und ihr die in Ostdeutschland eher greifenden sozialpolitischen Themen streitig zu machen. Mit ihrer rassistisch gefärbten „Anti-Hartz IV“-Kampagne gelang es ihr, sozioökonomische Ressentiments gegen Einwanderer und gegen die rot-grüne Bundesregierung zu mobilisieren und sich als Partei der Unterprivilegierten bzw. vermeintlicher „Wendeverlierer“ zu präsentieren. [56] Die seit Mitte der 1990er-Jahre aufgestellte Strategie, Ressourcen und Ideologie gänzlich auf den Osten zu konzentrieren bzw. aus Enttäuschung und Ressentiment gezielt politisches Kapital zu schlagen, trug nun langsam ihre Früchte: Vertrauenserosion, Demokratieverdrossenheit, rassistische Vorurteile und die verheerenden sozialen Effekte der „Einheitspolitik“ spielten ihr in die Hände. Im August 2004 gelang ihr mit 9,2% der Stimmen der Einzug in den Sächsischen Landtag, 2006 folgte der politische Durchbruch in Mecklenburg-Vorpommern (7,3%). [57]

Doch lange währte der „zweite Frühling“ nicht. Spätestens Ende der 2000er-Jahre kehrte der Trend sich wieder um, und dies, obwohl der unmittelbare Kontext der globalen Finanzmarktkrise (2007/08) und der damit einhergehenden abflauenden Konjunktur sich für sie hätte günstig auswirken können. Die Festnahme des NPD-Schatzmeisters Erwin Kemna im Februar 2008, gegen den wegen Veruntreuung von Parteigeldern ermittelt wurde, brachte den ohnehin schon aufgrund wahlkonjunktureller Querelen geschwächten

Parteivorsitzenden noch weiter in Bedrängnis. [58] Beim Bundesparteitag in Neuruppin wurde er am 12. November 2011 durch Holger Apfel, den von der innerparteilichen Opposition getragenen sächsischen Landesvorsitzenden, an der Parteispitze abgelöst. [59] Seit 2009 hatte er gegen die Voigt'sche Linie opponiert und für einen „sächsischen Weg“, d. h. für ein weniger offensives und im Dresdner Parlament schon eingeübtes pragmatischeres Auftreten der Partei geworben. [60] Diesen Kurswandel setzte er innerparteilich nun unter dem Schlagwort der „seriösen Radikalität“ um. Doch ging es ihm hierbei vor allem um rhetorische Schönheitskorrekturen: Die politische Sprache wurde abgemildert, es wurde auf NS-Bezüge verzichtet, der politische Inhalt aber wurde nicht deradikalisiert. Auf den harten Kern der AktivistInnen wollte er nicht verzichten, dafür jedoch durch ein gemäßigteres Image der NPD neue Wählergruppen erschließen. Erschwert wurde das Unterfangen durch das Auffliegen der Terrorzelle des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) im November 2011, das bundesweit für Erschütterung sorgte und einer erneuten Parteiverbotsdebatte Vorschub leistete, weil sich der Verdacht erhärtete, auch NationaldemokratInnen seien in die Untaten des terroristischen „Trios“ involviert gewesen. Trotz des öffentlichen Drucks einerseits und der anschwellenden Kritik der radikalen Kräfte andererseits, die sein Abrücken vom radikal-nationalrevolutionären Kurs als feige brandmarkten, konnte sich Apfel beim Bundesparteitag im April 2013 noch an der Spitze halten. Er trat kurz darauf – aus vermeintlich gesundheitlichen Gründen [61] – jedoch von allen Ämtern zurück und verließ die Partei mit seiner Frau Jasmin Apfel noch im Dezember des gleichen Jahres.

Im November 2014 wurde, nachdem Udo Pastörs die Partei über Monate kommissarisch geleitet hatte, Frank Franz in Weinheim zum neuen Vorsitzenden gewählt. Als Vertreter eines bisher eher konturlos gebliebenen „aufgeklärten Nationalismus“ [62] spielte und spielt der gebürtige Saarländer die Karte der Kontinuität: Hinter der bürgerlich anmutenden Fassade bleibt die Parteipropaganda weiterhin

nationalrevolutionär und völkisch. In den letzten Jahren war Frank mit der dringlichen Aufgabe konfrontiert, den scheinbar unausweichlichen Niedergang seiner Partei aufzuhalten. Nicht nur der stete Rückgang der Mitgliederzahlen, [63] sondern auch die schlechten Wahlergebnisse der letzten Jahre [64] und das bis 2017 durchgeführte Parteiverbotsverfahren haben der NPD strukturell und finanziell zugesetzt: Anfang der 2020er-Jahre ist die NPD zu einer leeren Hülle verkommen. [65] Abgesehen von einigen Mobilisierungserfolgen wie dem „Schild & Schwert"-Festival im sächsischen Ostritz im April und November 2018 [66] ist die Partei derzeit politisch weitgehend handlungsunfähig.

Beschleunigt wurde ihr Verfall durch das Aufstreben einer neuen politischen Kraft rechts von der CSU: der 2013 als eurokritische „Professorenpartei" gegründeten Alternative für Deutschland (AfD). Insbesondere Frauke Petry, die sich 2015 neben Jörg Meuthen als Vertreterin einer bürgerlich-nationalkonservativen Linie gegen den Mitbegründer und Befürworter eines nationalliberalen Kurses, Bernd Lucke, an der Parteispitze behaupten konnte, gelang es, vor dem Hintergrund der schwelenden „Flüchtlingskrise" und der islamistisch motivierten Terrorgefahr in Europa den deutschen „WutbürgerInnen" eine politische Stimme zu verleihen. [67] Gestützt auf zivilgesellschaftliche Initiativen wie die rassistisch-rechtspopulistische Bewegung PEGIDA, die seit 2014, zuerst in Dresden, dann in der ganzen Republik, durch ritualisierte Kundgebungen sowohl gegen Flüchtlinge und Muslime als auch gegen das politische Establishment und öffentlich-rechtliche sowie etablierte gedruckte Medien hetzte, [68] schaffte es die AfD, ihren politischen Führungsanspruch in der „nationalen Opposition" zu bekräftigen und ihren Streifzug durch die politischen Institutionen der Bundesrepublik fortzusetzen: Anders als die NPD es je vermocht hatte, eroberte sie nicht nur den Bundestag (2017), sondern auch sämtliche Parlamente auf Landesebene, teilweise mit beachtlichen Wahlergebnissen in Ostdeutschland, [69] wo die AfD mit Björn Höcke (Thüringen) als prominentem Vertreter des radikalen „Flügels" [70] an die seit der „Wende" dort implementierte völkisch-nationalistische Tradition

der NPD anknüpfen und diese fortführen bzw. stabilisieren konnte.

Trotz ihres Höhenflugs und ihrer auch öffentlichen Profilierung war Frauke Petry nicht imstande, sich an der Macht zu halten; wiederholt hatte sie auf die Gefahr einer Radikalisierung der Parteilinie hingewiesen, wodurch die AfD die gemäßigte, „bürgerliche Mitte“ verprellen würde, und diesbezüglich ihren Widersacher, den thüringischen Landeschef Björn Höcke, politisch herausgefordert. Sie wurde 2017 durch den rhetorisch radikaleren, aber innerparteilich konsensfähigeren Alexander Gauland abgelöst, der sich bis 2019 den Parteivorsitz mit Jörg Meuthen teilte. Zu den Faktoren des AfD-Erfolgs zählt neben ihrer politisch vielfach inszenierten „Neuartigkeit“ und der kontextbedingten Gelegenheitsstruktur, neben ihrem wohlkalkulierten politischen Opportunismus und frontalen Rechtspopulismus freilich auch die Hervorhebung weiblicher Persönlichkeiten, die der Imagebildung förderlich waren. Stets als gebürtige DDR-Bürgerin, Akademikerin und Unternehmerin, geschiedene und wiederverheiratete Mutter von fünf Kindern präsentiert, stand Frauke Petry, die inzwischen aus der Partei ausgetreten ist, für ein „modernes“, bürgerliches und wertkonservatives Frauenbild, das beruflichen Erfolg und Mütterlichkeit mit politischem Sachverstand kombinierte und somit für viele AnhängerInnen und WählerInnen als „positive“ rechtspopulistische Identifikationsfigur – gar als „Anti-Merkel“ – herhalten konnte. Auch andere weibliche Kader bieten stereotypische Projektionsflächen – so etwa die adlige, ultrakonservative, lebensrechtsbewegte Katholikin und stellvertretende Bundessprecherin Beatrix von Storch oder die aus der Finanzwelt stammende, in einer lesbischen Beziehung lebende Bundestagsfraktionsvorsitzende Alice Weidel: Sie alle spiegeln die beachtliche Diversität lebensweltlicher wie politischer Standpunkte innerhalb der AfD; sie alle verkörpern auf ihre Art und Weise den für den zeitgenössischen Rechtspopulismus so prägenden modernen Traditionalismus. [71]

Die NPD-Führung hingegen hat nur selten auf „ihre“ Frauen gesetzt, um ihren Einflussbereich zu erweitern oder ihre Politik

zu popularisieren; meist wurden die Aktivistinnen in den Hintergrund gedrängt. Und doch haben die strategische Neuorientierung (Öffnung, Diversifizierung, Radikalisierung), die geographische Schwerpunktverschiebung (von West nach Ost) sowie der soziologische Wandel (Verjüngung, Feminisierung) nach 1990 ein Gelegenheitsfenster für jene Frauen geöffnet, die sich im systemfeindlichen Neonazismus der NPD wiederfanden, den völkisch-nationalistischen Kurs nach außen vertraten, ihren Aktivismus aber auch dazu nutzten, ihre eigene Position innerhalb der Partei zu bekräftigen und sich neue Machträume zu erkämpfen. Exemplarisch dafür stehen die vier Nationaldemokratinnen, die im Folgenden kurz porträtiert werden.

1.4. Die „Bekennerinnen": vier biographische Porträts

Kennzeichnend für die „neue" NPD ist neben der Tendenz zur Feminisierung auch die grundlegende Erneuerung des weiblichen Personals. Vertreterinnen der „alten Garde" wie Wilhelmine Steffens, Gudrun Dörfel, Martha Kruse oder Annelise Michels, allesamt Mitbegründerinnen der NPD, hielten der Partei zwar weiterhin die Treue, doch kamen in den 1990er- und mehr noch in den 2000er-Jahren verstärkt neue Aktivistinnen zum Vorschein. Als Teil der „Bekenntnis"-Generation waren sie meist nach 1950 in der Bundesrepublik oder der DDR geboren worden und hatten, anders als die „Erlebnisgeneration", weder den Nationalsozialismus noch den Zweiten Weltkrieg erlebt. Ihr Bekenntnis zu den neonazistischen Werten und Idealen der NPD geschah weniger aus Sozialisation denn aus Überzeugung oder aus familiärer Tradition. [72] Exemplarisch für die „Bekennerinnen" unter den Nationaldemokratinnen stehen u. a. Doris Zutt, Edda Schmidt, Rita Hoffmann und Stella Hähnel, auf deren Laufbahnen hier kurz eingegangen werden soll, weil sie jeweils typenförmig den weiblichen Pluralismus in der NPD veranschaulichen und somit ihrem Nationalismus ein weibliches Gesicht verleihen.

In den 1990er-Jahren zählte Doris Klara Hildegard Zutt [73] zu

den profiliertesten Frauen der NPD. 1955 im hessischen Hanau geboren, absolvierte sie nach ihrem Studium eine Ausbildung zur Handelskauffrau und arbeitete später als Altenpflegerin. Ab 1982 engagierte sich die Mutter von zwei Kindern mit ihrem Mann in der Partei, für die sie ab 1989 als Fraktionssprecherin im Stadtparlament von Ehringhausen (Hessen) saß. Bei den Kommunalwahlen von 1997 fuhr sie in ihrer Gemeinde mit 22,2% der Stimmen ein historisches Wahlergebnis ein, was die Parteileitung dazu veranlasste, sie für die Bundestagswahlen von 1998 und 2005 im Wahlkreis Lahn-Dill als Direktkandidatin aufzustellen, wo sie 1,3 bzw. 2,3% der Stimmen erhielt. 2007 kandidierte sie für das Amt des Oberbürgermeisters in Frankfurt am Main, im Jahr darauf trat sie als Spitzenkandidatin zur hessischen Landtagswahl an: Als solche erreichte sie 1,4% der Stimmen.

Neben ihrer langjährigen Tätigkeit als Vorsitzende des NPD-Kreisverbands Lahn-Dill wirkte sie ebenfalls als stellvertretende Vorsitzende des hessischen Landesverbands und als Mitglied des NPD-Bundesvorstands (1993–2005). Dort war sie größtenteils für die Familienpolitik zuständig. Ihren Ruf konsolidierte sie in einschlägigen Kreisen mit der 1998 erfolgten Eröffnung des Szeneladens „Zutt's Patriotentreff", der als privilegierter Ort extremistischer Soziabilität bekannt war und zugleich zum Absatz illegaler Waren, darunter NS-Devotionalien, diente. Im Laufe der 2000er-Jahre wurde er nach polizeilichen Hausdurchsuchungen geschlossen. Nach ihrem Umzug 2008 nach Waren (Mecklenburg-Vorpommern) wurde sie 2009 und 2014 in den dortigen Stadtrat gewählt. 2015 sorgte ihre Festnahme im Plenarsaal der Stadtvertretung wegen ihrer Weigerung, nach den Ordnungsrufen des Stadtpräsidenten den Saal zu verlassen, für einen kleinen Eklat. [74] Als Kader und Mandatsträgerin gehört Doris Zutt immer noch zur Funktionselite der Partei, deren lokale Verankerung sie seit dem Ende der 1980er-Jahre, erst in Hessen, dann in Mecklenburg-Vorpommern, vorangetrieben hat. Ihr familialistisch geprägtes nationalistisches Weltbild hat sie in die bundesdeutsche Öffentlichkeit getragen, es sowohl in den Stadtparlamenten, bei

Wahlkämpfen als auch bei rechten Events vertreten; deshalb kann sie sowohl als nationaldemokratisches Aushängeschild als auch als weibliches Scharnier zwischen der Partei und der extrem rechten „Bewegung“ betrachtet werden.

Andere Nationaldemokratinnen verbinden das öffentliche Bekenntnis mit dem nach innen gekehrten Kommunitarismus, so Edda Schmidt, [75] die 1949 in Weigheim (Niederösterreich) in eine nationalsozialistische Familie hineingeboren wurde. Der Vater Josef Biber war Mitglied der Waffen-SS, die Mutter Erika Biber eine BDM-Führerin. Die Familie ließ sich 1966 in der Bundesrepublik nieder und brachte sich seitdem beständig in den Strukturen und Netzwerken der extremen Rechten ein. Als Mitbegründer der Wiking-Jugend, einer nationalsozialistischen Nachwuchsschmiede, hatte Biber seine Töchter Edda und Hildrun in die Organisationsführung integriert: Beide waren in den 1970er- und 1980er-Jahren WJ-Bundesmädelführerinnen. Anfang der 1990er-Jahre trat Edda Schmidt der Heimattreuen Vereinigung Deutschlands bei, die 1993, ein Jahr vor der WJ, aufgrund ihrer völkisch-nationalistischen Ausrichtung verboten wurde.

Schon zu Beginn ihres Geschichts- und Anglistik-Studiums 1967 in Tübingen wurde Edda Schmidt im Nationaldemokratischen Hochschulbund aktiv und trat im Jahr darauf in die NPD ein, die sie 1984, aus Protest gegen die von Mußgnug verordnete Abgrenzung von den nationalrevolutionären Kräften, wieder verließ. 1999 trat sie nach dem ideologischen Kurswechsel in der Ära Voigt wieder in die Partei ein und wurde 2001 in den baden-württembergischen Landesvorstand gewählt. Ab 2009 war sie drei Jahre lang RNF-Bundessprecherin, wodurch sie sich kraft ihres Amtes einen Sitz im Bundesvorstand sichern konnte. Außerdem trat sie bei den Landtags- und Bundestagswahlen der 2000er- und 2010er-Jahre für die Partei in den Wahlkreisen Hechingen und Tübingen-Hechingen als Kandidatin an.

Neben der Parteipolitik konzentrierte sie ihre Aktivität bisher vornehmlich auf die extremistische Gesinnungs- und Traditionspflege, brachte sich dementsprechend in einer

Vielzahl von Initiativen und Strukturen ein, etwa in nationalistischen Nachwuchsorganisationen oder in völkisch-ideologischen Gruppierungen wie der neuheidnischen und anthropologisch-rassistischen Artgemeinschaft. In Bisingen (Baden-Württemberg), wo sie seit Jahrzehnten mit ihrer Familie lebt, betreibt sie mit ihrem Mann, Hans Schmidt, ein auf NS-Literatur spezialisiertes Antiquariat. Sie ist darüber hinaus auch als Publizistin tätig: Zusätzlich zu ihren regelmäßigen Beiträgen in einschlägigen Zeitschriften, wie den „Nachrichten der HNG“, „Nation & Europa“ oder der „Bauernschaft“, war Edda Schmidt auch langjährige Herausgeberin der WJ-Schülerzeitungen „Gäck“ und „Bauge“ sowie Autorin von mehreren Büchern, die sich hauptsächlich mit den ehemaligen, von ihr als deutsch reklamierten „Ostgebieten“ befassten. [76] Als Fachfrau für heidnisch-germanische Bräuche, Volkstanz und Folklore vermittelt sie im Internet, in Ausbildungslagern und Veranstaltungen die „germanische Kultur“ und tritt bei diversen Kundgebungen entweder als Vertreterin einer völkischen Familienpolitik oder als Sprachrohr für „politisch Verfolgte“ auf. [77] Im Mai 2015 wurde die hervorragend vernetzte Nationaldemokratin im NSU-Prozess wegen ihrer möglichen Kontakte zum Unterstützungsnetzwerk rund um Zschäpe, Mundlos und Böhnhardt als Zeugin vor Gericht geladen; aus Loyalität zu den „Kameraden“ verweigerte sie jedoch jegliche Auskunft, was ihre ideologische Beharrlichkeit und ihren Stellenwert als unverzichtbare Stütze der rechten Gesinnungs- und Aktionsgemeinschaft offenbart. Außerdem steht sie für einen Aktivismus, der auch intrafamiliär partnerschaftlich organisiert und von Generation zu Generation weitergegeben wird [78] und für die extreme Rechte somit auch nachhaltig stabilisierend wirkt.

Im Vergleich zu Schmidts linearem Werdegang war der von Rita Hoffmann weitaus erratischer. 1944 im thüringischen Großengottern geboren, wuchs sie in der DDR auf. Nach ihrem Studium und der Promotion arbeitete Hoffmann 1974/75 als wissenschaftliche Mitarbeiterin für das Zentralkomitee der SED, später ging sie in den Schuldienst. Aufgrund ihrer Beziehungen

zu RegimegegnerInnen wurde sie von der Stasi überwacht und zeitweise mit einem Lehr- und Berufsverbot belegt. 1994 erkannte sie das Thüringer Landesamt für Wiedergutmachung und Rehabilitierung deswegen als „Verfolgte des SED-Regimes“ an. 1999 vom Kultusministerium rehabilitiert, konnte sie in ihren alten Beruf zurückkehren und bis zu ihrer Pensionierung 2004 als Gymnasiallehrerin in Gerstungen (Thüringen) tätig sein. [79]

Zur „nationalen Opposition“ stieß sie erst Anfang der 2000er-Jahre, als der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder nach einem Brandanschlag auf eine Düsseldorfer Synagoge zum „Aufstand der Anständigen“ aufrief, den sie, laut Selbstaussage, als „Schock“, „Hetze“ und „Ungerechtigkeit“ empfand. [80] Unter einem Pseudonym verfasste sie Artikel für die von DVU-Chef Gerhard Frey herausgegebene „National-Zeitung“ und trat nach ihrer Pensionierung vermehrt auch öffentlich in Erscheinung. Sie profitierte vom „Deutschlandpakt“, den NPD und DVU im Namen des „Kampfes um den vereinten Willen“ ausgehandelt hatten, und kandidierte bei der Bundestagswahl 2005 als parteilose Spitzenkandidatin auf der Thüringer Landesliste der NPD, zog sich dann aber aus der Parteipolitik zurück. Rita Hoffmann steht somit exemplarisch für die politischen Überläufer, die über Umwege vom Kommunismus zur extremen Rechten wechselten und die Öffnung der NPD ausnutzten, um sich zeitweilig ins politische Rampenlicht zu begeben. Auch steht ihre für Nationaldemokratinnen nicht ungewöhnlich flüchtige Karriere in der Partei für den politischen Opportunismus einiger Frauen, den sich auch die NPD zunutze machen wollte: Dank ihrer privilegierten Kontakte zu Frey und dem DVU-Umfeld, das es zu mobilisieren galt, dank ihrer DDR-Biographie, ihrem akademischen Profil und ihrer publizistischen Tätigkeit konnte die Partei sie als „intellektuelle“ Vorzeigepolitikerin funktionalisieren.

Für andere Frauen wiederum war der Eintritt in die NPD nur ein logischer Schritt innerhalb einer langwährenden rechtsextremen Laufbahn. Das gilt bspw. für das ehemalige Skingirl Stella Hähnel, das 1972 in West-Berlin geboren wurde. In den neonazistischen Zirkeln der neuen deutschen Hauptstadt

lernte die ausgebildete Kauffrau ihren ersten Ehemann, Oliver Schweigert, kennen; über ihn, den Kühnen-Anhänger, gelangte sie ins Fahrwasser der GdNF, der FAP und der NA. Nach der Scheidung heiratete sie 2007 den „nationalistischen Liedermacher“ und neonazistischen Aktivisten Jörg Hähnel, der zeitweilig der Berliner NPD vorstand und mit dem sie auch in der Heimattreuen Deutschen Jugend bis zur deren Verbot 2009 aktiv war. Ihre nationaldemokratische Karriere verlief in mehreren Etappen: Sie begann 1992, als Hähnel sich dem Skingirl Freundeskreis Deutschland anschloss und dadurch den Aufbau von weiblichen Strukturen in der extremen Rechten forcierte. Als Mitbegründerin der NPD-nahen Gemeinschaft deutscher Frauen (2000) sowie später des Rings nationaler Frauen (2006) rekrutierte und mobilisierte sie Frauen für die Partei. Dieser war sie erst 1998 beigetreten, dort aber umso schneller aufgestiegen: Im Jahr 2000 wurde sie in den Berliner Vorstand gewählt, wo sie mal als stellvertretende Vorsitzende, mal als Beisitzerin tätig war. Zwischen 2006 und 2009 war sie ebenfalls Mitglied des Bundesvorstands und dort für den familienpolitischen Bereich zuständig. Bei der Bundestagswahl 2013 kandidierte sie in Brandenburg auf dem zweiten Listenplatz und war zwischen 2014 und 2019 Abgeordnete des Kreistags Teltow-Fläming. Wenngleich sie sich mittlerweile weitgehend aus der Öffentlichkeit zurückgezogen hat, ist das Beispiel Stella Hähnels interessant, weil ihr Parcours den Nazifizierungsprozess der NPD nach der Wiedervereinigung geradezu versinnbildlicht. Als militante Neonazistin wurde sie in der Ära Voigt in die Partei aufgenommen, mit Aufgaben betraut und gezielt gefördert. Als Mitbegründerin gleich mehrerer überregional agierender Frauenorganisationen hat sie die Feminisierung ihres politischen Milieus auch dadurch vorangetrieben, dass sie dem weiblichen Aktivismus ein Gesicht, eine Struktur und mehr Sichtbarkeit verlieh: Bis Mitte der 2010er-Jahre galt sie deswegen als weibliche Galionsfigur der militanten extremen Rechten. [81]

Die mal sprunghaften, mal geradlinigen biographischen Wege dieser vier Frauen stehen beispielhaft für die praktizierte

Öffnung der NPD und deren Bestreben, sowohl das Image als auch die Kaderstruktur sowie die Klientel zu diversifizieren und ein Stück weit zu feminisieren. In ihrer Funktion als nationalistischer Brückenkopf, als Türöffner zur Zivilgesellschaft oder als Bindeglied zur „Bewegung“ wirkten alle vier als nationaldemokratische Stabilisierungsanker. Ob aus Ost oder West, jung oder alt, traditionalistisch oder neonazistisch: Die Partei buhlte um diese „Bekennerinnen“, gewährte ihnen zuweilen auch mehr Spielraum sowie Funktionen und Ämter, vorausgesetzt, sie fügten sich der Parteidisziplin und hielten sich, sei es als Aktivistinnen, Kandidatinnen oder Mandatsträgerinnen, im öffentlichen Raum an die von ihr diktierten politischen Grundprinzipien. Ungeachtet dieser individuellen ‚Erfolgsgeschichten‘ fielen die Geschlechter- und Machtverhältnisse für die Nationaldemokratinnen als Kollektiv strukturell jedoch weiterhin besonders ungünstig aus.

2. „Weil die NPD nicht nur Männersache ist …“: die Stellung der Frauen in der „neuen“ NPD

2.1. Das unverrückbare Machtgefüge: die Geschlechterverhältnisse in der NPD

Seit der Wiedervereinigung sind die Mitgliederzahlen in allen politischen Parteien der Bundesrepublik zurückgegangen. Waren 1990 jeweils 4 bzw. 2% aller wahlberechtigten Männer und Frauen noch Mitglied einer Partei gewesen, so schrumpfte dieser Anteil 2009 auf 2,7 bzw. 1,6%. [82] Dieselbe Feststellung gilt, mit Blick auf den Frauenanteil, auch für die neuen Bundesländer nach der Systemtransformation: 1989 lag er in den Parteien der DDR bei 36,5%, bis Mitte der 2000er-Jahre sank er in Ostdeutschland auf ca. 25%. [83] In den 1990er-Jahren verzeichneten vor allem die kleineren Parteien die höchste Frauenrate: Das galt 1994 insbesondere für die PDS (43%) und Bündnis 90/Die Grünen (33%); bei den Volksparteien, der SPD (28%), CDU (25%) und CSU (15,8%), [84] war der Anteil an Frauen

sichtbar niedriger. Nach der Jahrtausendwende feminisierten sich tendenziell alle Parteien, [85] die NPD ebenso: Schätzungen zufolge schwankte die Frauenrate in den Parteien der extremen Rechten in den 1990er-Jahren zwischen 7 und 20%; 2001 lag sie in der NPD bei ca. 18%. [86] Der stellvertretende Bundesvorsitzende Peter Marx sprach 2006 hingegen von einem – vermutlich willentlich überschätzten – Frauenanteil von 27%. [87] 2011 bezifferten ihn Andrea Röpke und Andreas Speit auf 23%: [88] Es handelt sich durchweg um Angaben, die sich aufgrund mangelnder gesicherter Daten nicht einwandfrei bestätigen lassen, die aber dennoch auf eine plausible Größenordnung hinweisen. Anzunehmen ist, dass sich die NPD-Frauenrate in den 2000er- und 2010er-Jahren – wie etwa in der CDU – auf ca. 20 bis 25% belief.

Im Unterschied zu den republikanisch-demokratischen Parteien hat sich der Frauenanteil in den NPD-Führungsgremien aber nur geringfügig erhöht; die quantitative Feminisierung blieb hier weitgehend aus. Das zeigt exemplarisch der Vergleich mit der SPD, in der unter der Einwirkung von Quoten die Frauenrate im Bundesvorstand von 17,5% (1988) auf 38% (1993), später auf 41% (2012) anstieg; in der von Angela Merkel geführten CDU erhöhte sich jene innerhalb von 13 Jahren von 21,2% (1989) auf 34% (2012). [89] Bei der NPD blieb sie demgegenüber relativ konstant bei unter 10%, zwischen 2016 und 2019 verharrte sie bei niedrigen 5,8%. [90] Selten saßen mehr als zwei Nationaldemokratinnen gleichzeitig im Bundesvorstand. 2008, etwa anderthalb Jahre nach der Gründung des Rings nationaler Frauen, die den Parteifrauen ein wenig Auftrieb gegeben hatte, waren vier Frauen (12,5%) ins höchste Parteigremium gewählt worden: Neben der sächsischen Abgeordneten Gitta Schüssler und der RNF-Bundessprecherin Stella Hähnel stießen noch die beiden NPD-Landesvorsitzenden Carola Holz und Dörthe Armstroff dazu. Doch bildet dieser momentane – und durchaus recht dürftige – Höhepunkt eine Ausnahme in einer über 40 Jahre währenden Entwicklung, denn schon in den 1970er-Jahren pendelte der Frauenanteil im Bundesvorstand zwischen 6 und 8%. Die kontinuierliche

Unterrepräsentanz von Frauen im obersten Führungsgremium, sowohl im Vergleich zu ihrem Anteil an der Parteibasis als auch zu anderen Parteien, ist ein Signum des Partizipationsrückstands der Nationaldemokratinnen, welche, wenn sie denn überhaupt im Vorstand saßen, dort meist nur kraft ihres Amtes oder als Beisitzerinnen berufen wurden, deswegen lediglich eine beratende Funktion ausübten und sich somit an der Entscheidungsfindung kaum aktiv beteiligen konnten.

In den Vorständen der Landesverbände lässt sich eine größere Fluktuation feststellen. Dort stagnierte der durchschnittliche Frauenanteil bis Mitte der 2000er-Jahre bei 5 bis 7%, bevor er ab 2008 (8,6%), vermutlich aufgrund eines „RNF-Effekts", eine konstante Steigerung erfuhr und 2016 mit 20 Frauen von insgesamt 129 Vorstandsmitgliedern erstmals die 15-Prozent-Marke knackte. Doch hat sich der allgemein zu konstatierende Feminisierungstrend nicht in allen Landesverbänden gleich schnell und gleich stark ausgeprägt; Diskontinuität und Ungleichzeitigkeit treten hier klar zu Tage. Einzelne Landesverbände wie Bremen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein oder Thüringen waren über Jahre, gar Jahrzehnte hinweg exklusiv männlich aufgestellt. [91] Andere haben sich erst spät und schrittweise den Frauen geöffnet. Im baden-württembergischen Landesverband etwa saßen im Jahr 2000 nach zehn Jahren männlicher Exklusivität erstmalig wieder Frauen im Vorstand (7,1%); ihr Anteil stieg seitdem stetig an und erreichte 2019 immerhin 30%. Auch im Saarland verdoppelte sich ihre Quote zwischen 2005 (8,3%) und 2016 (16,6%). Besonders auffällig ist die Feminisierung vor allem in einigen ostdeutschen Landesverbänden. Der brandenburgische Landesverband, der sich 2002 vom Berliner Landesverband abspaltete, zählte ab 2005 immer etwa ein Viertel oder ein Drittel weiblicher Vorstandsmitglieder; auch in Sachsen-Anhalt, wo die Kurve eher zickzackförmig verlief, erreichte die Frauenrate 2005 und 2016 22,2 bzw. 33,3%, bevor sie 2019 wieder auf Null herabfiel. Sachsen und Thüringen haben erst gegen Ende der 2000er-Jahre Frauen in ihren jeweiligen

Vorstand aufgenommen, dort liegt ihr Anteil im Durchschnitt bei ca. 10%. Mecklenburg-Vorpommern hingegen ist seit 2002 „frauenfrei“. Im Einzelnen mag sich zwar ein höchst differenziertes Bild abzeichnen, doch zeugt die basale Feminisierungstendenz im Osten vom geschlechtsrelevanten Elan, den die NPD mit ihrer strukturellen Expansion seit der „Wende“ dort erzeugt hat.

In den letzten Jahren lässt sich darüber hinaus auch ein markanter Feminisierungsschub in mehreren Landesvorständen festmachen. In Baden-Württemberg und Hessen lag der weibliche Anteil 2016 bspw. bei 27,2 bzw. 28,5%. Der historische Höchststand wurde im gleichen Jahr in Nordrhein-Westfalen mit 40% erreicht: Vier Frauen – Ariane Meise, Yvonne Weber, Marion Figge und Melanie Händelkäs – saßen hier neben sechs Männern im Landesvorstand. 2019 lag die Frauenrate in acht Landesvorständen bei über 15%, in drei sogar bei über 30%, nur noch vier – im Vergleich zu acht im Jahre 2005 – waren ausschließlich männlich. Erklären lässt sich der jüngste Anstieg der Frauenrate freilich durch die politische Marginalität der Partei, schließlich war der Mangel an (männlichem) Personal den Frauen bislang meist förderlich; andererseits spiegelt er mit einer gewissen Verzögerung auch eine geschlechtsspezifische Entwicklung, die sich in den letzten zwei Jahrzehnten offenbar auf das gesamte konservative bis extrem rechte Lager ausgewirkt hat. Ob im Parteivorsitz, auf Ministerposten oder im Kanzleramt profilieren sich Frauen etwa in der CDU seit der Mitte der 2000er-Jahre in exponierter Stellung: Angela Merkel hat in ihrer „Ära“ das politische Agieren und Regieren von Frauen normalisiert. Auch die AfD hebt, wie zuvor erwähnt, weibliche Kader in den Partei- und Bundestagsfraktionsspitzen hervor. So lässt sich auch bei der nationalrevolutionären NPD ein Nachahmungseffekt vermuten, zumal sich die Nationaldemokratinnen in den Landesverbänden, aber auch auf Bundesebene, seit den 1990er-Jahren mehr als je zuvor hervorgewagt haben.

In der Regel spielten Frauen, in den Vorständen meist als Beisitzerinnen berufen, nur eine untergeordnete Rolle, einigen

wenigen jedoch wurde der Weg zum Vorsitz geebnet. Nach der von ihr weitgehend herbeigeführten Suspendierung Deckerts hatte Ellen-Doris Scherer zwischen 1995 und 1996 als erste Frau, zusammen mit Udo Holtmann, die kommissarische Leitung der NPD übernommen. Als Vorsitzende des saarländischen (1990–1999) und des rheinland-pfälzischen (1991–1993) Landesverbands war sie nach Mia Grimm [92] parteihistorisch betrachtet die zweite NPD-Landeschefin überhaupt. 1999 wurde Grit Ortlepp zur Vorsitzenden des thüringischen Landesverbands gewählt. Danach schafften es noch vier weitere Nationaldemokratinnen, im Einzelnen Karola Nachtigall [93] in Berlin-Brandenburg (2000–2003), Anja Zysk in Hamburg (2005–2007), Carola Holz in Sachsen-Anhalt (2008) und Dörthe Armstroff [94] (2008–2013), an die Spitze ihrer Landesverbände: alles Beispiele, die in dieser Phase auf eine partielle Aufwertung der Parteifunktionärinnen hindeuten.

Resümierend lässt sich also festhalten: Sobald sich für Frauen eine Gelegenheit oder eine Geltungsmöglichkeit bot, wurde sie von ihnen auch gezielt genutzt. Deswegen ist die seltene, wenn auch verstärkte Berufung von Frauen in Schlüssel- und Machtpositionen innerhalb der NPD nicht auf mangelnde weibliche Ambitionen zurückzuführen. Viel eher beruht sie auf einer über Jahrzehnte eingeübten männlich-hegemonialen Ausschlusspraxis, die in der Partei, allen Feminisierungsprozessen zum Trotz, weiterhin ungemein wirkmächtig ist.

2.2. Wählerinnen und Wahlbewerberinnen der NPD

Es gehört zu den empirischen Befunden der historischen Wahlforschung, dass die Frauen in der Bundesrepublik nicht unbedingt weniger, dafür aber häufig anders als die Männer wählten. [95] Bei der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl vom 2. Dezember 1990 gaben die Frauen tendenziell eher der CDU/CSU und den Grünen ihre Stimme, bei der Wahlentscheidung der Männer hingegen dominierten die SPD und die PDS. [96] Der bei der Stimmenabgabe für das

konservative Lager schon für die Frühphase der Bundesrepublik konstatierte Frauenüberschuss bestätigte sich mit relativ konstanten Zahlen auch in den 2000er- und 2010er-Jahren: Bei der Bundestagswahl 2017 etwa gaben 29,8% der Frauen – vor allem in den älteren Jahrgängen – gegen 23,5% der Männer ihre Zweitstimme der CDU, [97] was womöglich mit einem für Kontinuität, Stabilität und Glaubwürdigkeit stehenden „Merkel-Effekt" zusammenhing. Bei diesem Urnengang stimmten genauso viele Männer wie Frauen für die SPD (20,5%); bei den kleineren Parteien bevorzugten die Männer die FDP, die Frauen wiederum Bündnis 90/Die Grünen, und bestätigten auch hier den Wahltrend der letzten Jahrzehnte. [98]

Bei den extrem rechten Parteien ist der *Gender Gap* seit 1990 gleichfalls relativ konstant geblieben: Sie werden auch weiterhin mehrheitlich von Männern gewählt. 2009 machten sie zwei Drittel aller NPD-WählerInnen aus. [99] Somit bestätigte sich Jürgen Falters These, dass extrem rechte Parteien im Kern von Männern dominierte, an männliche Lebenswelten appellierende und maßgeblich von Männern gewählte „Männerparteien" seien: [100] ein Befund, der in dieser Periode gleichermaßen für die REP, die DVU und die NPD galt, darüber hinaus aber auch auf die zeitgenössische AfD zutrifft. [101] Während Dieter Roth die Affinitätsdifferenz von Frauen durch die patriarchalen Zielvorstellungen, das aggressive Auftreten oder den latent gewaltförmigen Aktionismus ebenjener Parteien erklärte, [102] was für die aktivistische NPD definitiv der Fall ist, wiesen Wohllaib, Thiele und Skrzydlo in ihrer Studie zum WählerInnenmilieu der REP bereits Mitte der 1990er-Jahre darauf hin, dass Frauen auf der Einstellungsebene keinesfalls weniger anfällig für rassistische, xenophobe oder autoritäre Denkmuster seien als Männer. [103] Dieses Paradoxon resümierte Marc Brandstetter wie folgt:

> „Nach wie vor ist der Rechtsextremismus ein von Männern dominiertes Phänomen. Dies gilt im Besonderen, wenn latenter in manifestierten Rechtsextremismus umschlägt, also wenn aus der Einstellung ein Verhalten folgt.

> Wesentlich mehr Männer als Frauen sind in rechtsextremistischen Organisationen aktiv oder votieren für eine Rechtsaußenpartei. Auf der Einstellungsebene sind keine signifikanten Unterscheide [*sic!*] verifizierbar. Bei Frauen und Männern bewegen sich rechtsextremistische Muster auf quantitativ nahezu gleichem Niveau.“ [104]

Die Entwicklungen der 2010er-Jahre haben nicht zuletzt auch auf europäischer Ebene gezeigt, dass Wählerinnen im besonderen Maße auf politische Inkarnation reagierten: Parteien, die weibliche Identifikationspersonen in den Vordergrund stellten, wurden häufiger von Frauen gewählt, gleichgültig wie sexistisch oder reaktionär das von der Parteiprogrammatik transportierte Frauenbild auch sein mochte. Dies lässt sich auch mit Blick auf den französischen Rassemblement national (bis 2018: Front national) verifizieren, wo der sich als „Patriarch“ gebende Jean-Marie Le Pen bei der Präsidentschaftswahl 2007 auf 9% der Wählerinnenstimmen (gegenüber 12% der Wählerstimmen) kam; fünf Jahre später konnte seine Tochter Marine Le Pen das Ergebnis der Partei u. a. dadurch verdoppeln, dass sie in der Männer- wie in der Frauengunst gleichauf bei 18% lag. [105] Dass Erfolgschancen bei Wahlen mit dem *Gender Gap* korrelieren, scheint auch die AfD verstanden zu haben, hat sie doch nach dem verpassten Einzug in den Bundestag 2013 – hier machte die Zwei-Punkte-Differenz bei den Wählerinnen (4%) und Wählern (6%) den Unterschied [106] – für die folgende Bundestagswahl mit dem Duo Gauland/Weidel auf eine paritätische Doppelspitze gesetzt, die jedoch nur bedingt über die in dieser Partei zwar besser camouflierte, aber dennoch vorherrschende männliche Hegemonie hinwegtäuschen konnte. [107] Das asymmetrische Geschlechterverhältnis mag fürwahr ein Grundzug aller Parteien sein, doch ist es das Ausmaß der praktizierten Marginalisierung von Frauen, das die NPD in den 2010er-Jahren von den anderen Parteien – auch von der AfD – unterschied.

Dass die weibliche Inkarnation bei der NPD ebenso im Bereich der Kandidaturen Mangelware war, zeigt der Blick auf

die empirischen Daten, die für die Zeit zwischen 1998 und 2008 zu insgesamt 198 NPD-Kandidatinnen ermittelt werden konnten.[108] Zwar liefert dieses Panel keine erschöpfende Analysemöglichkeit, doch gibt es Auskunft über das weibliche Profil sowie über allgemeine Tendenzen oder Schwerpunktverschiebungen – etwa darüber, dass in den 2000er-Jahren die alten Bundesländer mit rund 60% noch immer die meisten NPD-Kandidatinnen stellten, dass sich gleichzeitig aber ein klarer Aktivitätstransfer in die neuen Bundesländer (38,3%) vollzog: Sachsen allein mobilisierte immerhin 22,2% aller Wahlbewerberinnen, was seinen Stellenwert als NPD-Hochburg auch aus weiblicher Sicht bekräftigte. Auch das niedrige Alter der Kandidatinnen, das im Hinblick auf die allgemeine Verjüngung der NPD-Basis in diesem Jahrzehnt nicht verwundern mag, ist augenfällig: Die Hälfte der Bewerberinnen war unter 40 Jahre alt, etwa ein Viertel sogar unter 25 Jahre alt. Nur sieben Frauen (9,5%) waren über 60 Jahre alt und somit eventuell nazistisch vorgeprägt. Außerdem erscheint es plausibel, dass ein beachtlicher Teil der Kandidatinnen eine DDR-Biographie hatte.

In sozioprofessioneller Hinsicht war der überragende Teil der 198 Nationaldemokratinnen entweder erwerbstätig oder pensioniert, lediglich vier Frauen waren arbeitslos, weitere drei Hausfrauen, was den krassen Kontrast zwischen der sozialen Realität und den ideologischen, an Mutterschaft und Familialismus orientierten Wunschvorstellungen der NPD zu Tage treten lässt. 47% gehörten der Mittelschicht an und wurden entweder als Kauffrauen oder Selbständige (17%), als Beamtinnen, Büro-, Verwaltungs- oder technische Angestellte (24%), mitunter auch als Lehrerinnen oder Studentinnen (6%) aufgeführt. 49% hingegen waren im Niedriglohnsektor beschäftigt, sie arbeiteten meist im Dienstleistungsbereich (26,7%), vornehmlich in der Pflege, der Erziehung oder der Sozialarbeit. Andere waren Blumenhändlerinnen, Tischlerinnen, Gärtnerinnen, Näherinnen. Bei 9% handelte es sich um Arbeiterinnen.

Als Beschäftigte in meist prekären Arbeitsverhältnissen mit

niedrigen bis mittleren Einkommens- und Bildungswerten vertraten die Kandidatinnen eine wichtige Zielgruppe der Partei, die sich anschickte, mithilfe einer sozialrevolutionären Rhetorik deren sozioökonomische Sorgen und Deprivationsängste zu bedienen und rassistisch aufzuladen. Zum Zwecke ihrer sozialen Funktionalisierung rief insbesondere die NPD-Frauenorganisation ab Mitte der 2000er-Jahre die Parteifrauen dazu auf, durch ihre Kandidaturen öffentlich für die nationaldemokratischen Inhalte einzustehen und jene „an die Frau“ zu bringen. Die Daten zeigen aber auch, dass die Mobilisierung von Kandidatinnen nur ansatzweise möglich war. Frauen waren auch unter den WahlbewerberInnen stark unterrepräsentiert. Besonders auf Bundes- und Landesebene war ihr Anteil verschwindend gering. [109] Auf der lokalen Ebene hingegen zeigt sich eine gegensätzliche Tendenz: Hier stieg der Frauenanteil unter den KandidatInnen im Laufe der 2000er-Jahre stetig, manchmal mit beachtlichen Werten. Bei der hessischen Kommunalwahl von 2006 lag die NPD-Frauenrate (mit 21,6%) in Frankfurt am Main gleich hinter jener der Linken (22,6%), im Lahn-Dill-Kreis überstieg sie (mit 27,7%) sogar die der Sozialdemokratinnen (26,9%), und in Mönchengladbach 2004 hängte sie (mit 50,1%) die anderen Parteien regelrecht ab. [110] In der Regel belief sich die Frauenrate der in die Kreistage gewählten NationaldemokratInnen in den 2000er-Jahren auf 10 bis 30%. Dass insbesondere die Kommunalpolitik Frauen privilegierte Partizipationsräume eröffnete, war nicht neu, eignete sich dieser „kleine“ Rahmen bisher doch besonders, vor allem für Novizinnen, zur politischen Professionalisierung und Kompetenzaneignung. Wie zuvor arbeiteten die Nationaldemokratinnen in den Stadt- und Gemeindevertretungen oftmals mit ihren Ehemännern, Partnern, Kindern oder sonstigen Verwandten zusammen. [111] Vor Ort war die Politik Familiensache, wodurch Frauen nicht unwesentlich zur parlamentarischen Graswurzelarbeit bzw. zur lokalen Verankerung der NPD beitrugen. Die geschlechtsspezifische Demokratisierung von unten, die sich in dieser Periode auf kommunaler Ebene feststellen lässt, machte

jedoch vor der regionalen Ebene halt: Lediglich Gitta Schüssler gelang es, als vierte Frau in der Parteigeschichte, in einen Landtag gewählt zu werden. 2004 zog sie erstmalig ins sächsische Parlament ein.

3. Nur bedingt legalistisch: Gitta Schüssler im Sächsischen Landtag (2004–2014)

Am 19. September 2004 stand die NPD im öffentlichen Rampenlicht. Nach 32 Jahren parlamentarischer Flaute war ihr an diesem Tag der Einzug in den Dresdner Landtag geglückt. In der sächsischen Hauptstadt feierte sie nun ihr großes Comeback und hoffte, der Wahlsieg möge sie vom Landtag direkt in den Bundestag führen. Regelrecht euphorisch beschwor sie eine historische Wende: „Spätere Historiker werden sich des 19. Septembers 2004 einmal als jenen Tag erinnern, an dem alles begann“, hieß es verheißungsvoll in der „Deutschen Stimme“.[112] Dass dieser Tag tatsächlich als Anfangspunkt einer kontinuierlichen Präsenz der extremen Rechten im sächsischen Parlament betrachtet werden kann, zeigten die Wahlerfolge der NPD (2009) und der AfD (2014/2019) in den darauffolgenden Jahren. 2004 schienen die langjährigen, auf ideologischer Graswurzelarbeit beruhenden Durchdringungsbemühungen der extremen Rechten erstmalig zu fruchten. In Ostdeutschland schlug die NPD politisch und parlamentarisch Wurzeln: Davon zeugte das durchaus beachtliche Wahlergebnis (9,2% der Zweitstimmen). Erreicht wurde es auch dank der effizient und ressourcenstark geführten Wahlkampagne, die sich inhaltlich ganz auf die Sozialpolitik konzentrierte. Anders als linke Parteien lud die NPD vorherrschende soziale Ressentiments gegen die Hartz-IV-Politik rassistisch-nationalistisch auf, indem sie neben der rot-grünen und später schwarz-roten Bundesregierung auch Einwanderinnen und Einwanderer, Flüchtlinge und die Europäische Union für die vermeintlichen Deprivationserfahrungen der Deutschen verantwortlich machte. Bei den sächsischen WählerInnen traf sie mit ihrem

Beschuldigungsdiskurs offenbar einen Nerv. Aufschlussreich ist hierfür der Blick auf die Wahlsoziologie. Bei der sächsischen Landtagswahl stimmten doppelt so viele Männer (12,6%) wie Frauen (5,9%) für die NPD. Besonders die jungen Männer (20%) und Frauen (11%) zwischen 18 und 25 Jahren gaben ihr ihre Stimme, bei den älteren Jahrgängen fiel die Wahlentscheidung seltener zugunsten der Partei. [113] Mit den ArbeiterInnen (14%), Arbeitslosen (15%) und Auszubildenden (10%) waren darüber hinaus ebenjene sozioprofessionellen Kategorien überrepräsentiert, denen die gefühlte Perspektivlosigkeit, die raumspezifische Strukturschwäche und der Konkurrenzdruck, der u. a. von der Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte im Inlandsmarkt ausging, am meisten zu schaffen machten. [114]

Dank ihrer zwölf Mandate erfreute sich die NPD neben einer größeren Medienpräsenz auch beträchtlicher finanzieller und materieller Ressourcen: Büros, MitarbeiterInnen und öffentliche Mittel wurden für die Fraktion im Dresdner Landtag bereitgestellt; die bis dahin so gut wie leere Parteikasse wurde mittels der staatlichen Zuwendungen wieder aufgefüllt und die Parteiarbeit schwerpunktmäßig auf Sachsen verlagert. Zu den Abgeordneten und MitarbeiterInnen gehörten immerhin sieben Bundesvorstandsmitglieder, darunter alle drei stellvertretenden Vorsitzenden der NPD, und eine Frau: die 1961 in Burgstädt geborene Sächsin Gitta Schüssler. Zur Partei war sie kurz zuvor gestoßen. In einem Interview erklärte die in der DDR sozialisierte Nationaldemokratin ihren Parteieintritt im Jahr 2002, also inmitten der Parteiverbotsdiskussion, durch ihre profunde Abscheu gegenüber dem kommunistischen Regime, das seine BürgerInnen „belogen“ hatte, und dem kapitalistischen „Westen“, der sie nach der „Einheit“ in Not und Arbeitslosigkeit gestürzt habe. [115] Nach der Wiedervereinigung hatte sich die gelernte Buchhändlerin und Mutter von drei Kindern zur Bürokauffrau ausbilden lassen; 1998 eröffnete sie kurzzeitig ein auf esoterische Waren spezialisiertes Geschäft. Das sächsische Mandat, das sie zwei Legislaturperioden lang ausüben konnte, gewährte ihr die materielle Sicherheit, die sie brauchte, um für die NPD noch andere politische Schlachten zu

schlagen: 2005 kandidierte sie bei der Bundestagswahl für ein Direktmandat im Wahlkreis Chemnitzer Land-Stolberg, 2013 dann im Wahlkreis Chemnitzer Umland-Erzgebirgskreis II. Nebenbei leitete sie noch den Kreisverband Chemnitzer Land [116] und wurde im gleichen Jahr mit ihrem Ehemann Thomas Schüssler in den Kreistag des Landkreises Zwickau gewählt. Eine besondere Rolle kam ihr zudem in der 2006 gegründeten NPD-Frauenorganisation, dem RNF, zu, dessen Führung sie bis 2009 übernahm. Kraft ihres Amtes saß sie deswegen außerdem im Bundesvorstand. All diese Funktionen übte sie parallel zu ihrem Landtagsmandat aus.

Nach ihrem triumphalen Einzug ins Parlament sah sich die NPD jedoch relativ schnell mit ernsten Schwierigkeiten konfrontiert. Entgegen dem vom Fraktionschef Holger Apfel gepflegten Image einer bürgerlichen, zwar „radikalen“, aber „seriösen“ NPD musste die Fraktion interne Streitigkeiten bewältigen. Aus Protest gegen die Fraktionslinie gaben im Dezember 2005 gleich drei Mitglieder, Miro Schmidt, Klaus Baier und Jürgen Schön, ihren Austritt bekannt. [117] Wenige Monate später verstarb Uwe Leichsenring, bekennender Nationalsozialist und nationaldemokratische Galionsfigur, bei einem Autounfall. [118] 2006 trennte sich die Fraktion außerdem von den Abgeordneten Matthias Paul, gegen den die Staatsanwaltschaft wegen des Besitzes von kinderpornographischen Dokumenten Ermittlungen aufgenommen hatte, [119] und Klaus Menzel, dem finanzielle Unregelmäßigkeiten angelastet wurden. [120] Innerhalb von zwei Jahren war die Fraktion somit auf acht Abgeordnete geschrumpft. Die vielen Austritte, Ausschlüsse und internen Querelen, welche im Kleinen die Fraktion nachhaltig schwächten und ihre Glaubwürdigkeit unterminierten, spiegelten im Großen auch den Machtkampf wider, den sich Udo Voigt und Holger Apfel in ihrem Ringen um die parteiinterne Führungshoheit seit Mitte der 2000er-Jahre erbarmungslos lieferten. Dieser Grabenkrieg beeinflusste nicht zuletzt auch den Wahlausgang der sächsischen Landtagswahl vom 30. August 2009. Zwar konnte die NPD ihre Dresdner Fraktion in die nächste

Legislaturperiode hinüberretten, was ihr bislang noch nie gelungen war, doch blieb sie mit den erreichten 5,6% weit hinter den Erwartungen zurück. Trotz ihrer Nähe zu Apfel ergriff Gitta Schüssler weder für die eine noch für die andere Seite Partei; ihre Loyalität galt, wie sie es selber ausdrückte, der NPD: „Die Parteimitgliedschaft ist wie eine Ehe. Wenn man sich einmal entschieden hat, bleibt man.“ [121]

Loyal war sie ebenfalls gegenüber der Fraktion, die sich im Plenarsaal immerzu als eine in sich geschlossene Gruppe zu präsentieren wusste. Wie es Toralf Staud treffend beschrieben hat, diente der Landtag der NPD sowohl als „Geldmaschine“ als auch als „Propagandabühne und Lehrwerkstatt“; [122] hier konnte sie sich als fundamentaloppositionelle Kraft in Szene setzen. Dass es ihr dabei mehr um Außendarstellung und Kommunikation denn um konstruktive Oppositionsarbeit ging, zeigte ihre kollektive Weigerung, sich zu Beginn der ersten Legislaturperiode an der Ausschussarbeit zu beteiligen, eben weil jene hinter verschlossenen Türen stattfand. Die NPD-Fraktion setzte auf Provokation und kühne Regelverstöße – wie etwa am 21. Januar 2005, als die NationaldemokratInnen wider die parlamentarischen Anstandsregeln den Plenarsaal noch vor der Schweigeminute verließen, die für die Opfer des Holocausts zum 60. Jahrestag der Befreiung von Auschwitz, am 27. Januar 2005, im Landtag anberaumt worden war. [123] Später in der Debatte erklärte der studierte Historiker und notorische Geschichtsrevisionist Jürgen Gansel den Sinn dieser Aktion. Er monierte die vermeintliche Einseitigkeit der bundesdeutschen Erinnerungskultur. Die „deutschen Opfer“, insbesondere die Opfer des Bombardements Dresdens vom 13. bis 15. Februar 1945, kämen dabei zu kurz. Das Holocaust-Gedenken sei demnach nichts als ein moralisches Zugeständnis, das die reumütige „Umerziehungs- und Canossa-Republik“ seinerzeit den Alliierten gemacht habe. Zur Bombardierung Dresdens fügte er hinzu:

> „Der Bomben-Holocaust von Dresden steht ursächlich weder im Zusammenhang mit dem 1. September 1939

> noch mit dem 30. Januar 1933. Die Pläne zur Vernichtung des Deutschen Reiches existierten nämlich schon lange, bevor in Versailles der erste Nationalsozialist geboren wurde.“ [124]

In diesem denkwürdigen Zitat griff Gansel auf den antisemitischen Relativismus zurück, den die NPD seit 1979 in ihrem diskursiven Giftschrank führte. Noch dazu stellte er die deutsche Kriegsschuld in Frage: Bestimmend für den Kriegsausbruch sei der Vernichtungswillen der Alliierten gewesen; ihrem „Holocaust“ seien die „Deutschen“ 1945 zum Opfer gefallen. Dieser Entlastungsrhetorik widersprach der Sozialdemokrat Johannes Gerlach mit klaren Worten:

> „Nur das: Das Wort Holocaust ist ein für allemal für diesen einmaligen und mit nichts vergleichbaren barbarischen Akt der Vernichtung von Menschen durch die Nazis belegt. Ich verwahre mich als Mitglied dieses Landtages davor, dass dieses Wort – von wem auch immer – mit irgendwelchen anderen Begriffen vermischt oder verwoben wird. (Beifall bei der SPD, der CDU, der PDS, der FDP, den GRÜNEN und der Staatsregierung).“ [125]

In Intention und Inhalt standen die Äußerungen Gansels, die bundesweit für Aufsehen sorgten, exemplarisch für die kommunikative Strategie der ganzen NPD-Fraktion: Die parlamentarischen und demokratischen Konventionen über Bord werfend, ging es ihr vorrangig darum, zu schockieren, zu provozieren und zu diffamieren. Um den nationaldemokratischen Angriffen Einhalt zu gebieten, hatten die restlichen Parteien, ob in der Koalition oder in der Opposition, [126] einen demokratisch-republikanischen Pakt besiegelt, der mitunter jedoch daran litt, dass einige ChristdemokratInnen sich weigerten, mit der PDS, der SED-Nachfolgepartei, gemeinsame Sache zu machen und deren „Sozialismus“ bisweilen gar mit dem der NPD verglichen. [127] Die DemokratInnen verließen den Plenarsaal, sobald den

NationaldemokratInnen das Wort erteilt wurde, sie ignorierten ihre Anträge und grenzten sie aus dem demokratischen Konsens aus – eine Ausschlusspraxis, die der NPD-Fraktion als willkommener Vorwand diente, um sich als Opfer eines willkürlichen und undemokratischen Systems zu stilisieren. Wie aus Trotz betonten wiederum die NationalistInnen ihre Andersartigkeit durch non-konformistisches Verhalten. Am 13. Juni 2012 traten alle Fraktionsmitglieder in Thor-Steinar-Kleidung, einem in der Neonazi-Szene beliebten Modelabel, uniformiert in den Plenarsaal. Da das Tragen von nazistischen Erkennungszeichen laut Hausordnung nicht gestattet ist, unterbrach der Landtagspräsident Matthias Rössler die Debatten und forderte die NPD-Abgeordneten abermals dazu auf, den Saal zu verlassen. Sie wurden von der Polizei hinausbegleitet und von den drei folgenden Sitzungen ausgeschlossen. [128]

Mit ihrer radikal fundamentaloppositionellen Praxis setzte sich die sächsische NPD neue Maßstäbe. Die „konstruktive Opposition“ der 1960er-Jahre hatte sie weit hinter sich gelassen und agierte nun schlicht antiparlamentarisch. Wie einst bei den Nationalsozialisten [129] schien ihr Wirken gänzlich darauf ausgerichtet zu sein, das Parlament, samt Regeln und Verfahren, als demokratische „Schwatzbude“ vorzuführen. Auch Gitta Schüssler folgte dieser Linie; von den Aktionen oder Parolen der „Kameraden“ distanzierte sie sich nie, vielmehr nahm sie aktiv daran teil. Im Vergleich zu Wortführern wie Gansel oder Apfel trat sie im Plenarsaal jedoch weniger in Erscheinung. Sie ergriff das Wort erst spät – im Laufe der 10. Sitzung, am 4. November 2005 [130] – und sprach in der Regel weniger als ihre männlichen Parteikollegen. Als Mitglied der Ausschüsse für „Schule und Sport“, für „Umwelt und Landwirtschaft“ sowie für „Soziales, Gesundheit, Familie, Frauen und Jugend“ beschränkten sich ihre Beiträge meist auf ‚weibliche‘ Themenkomplexe; die ideologische Vorarbeit dafür leistete der RNF, dem sie vorstand.

Frappierend erscheint bei der Lektüre der Quellen, [131] wie präsent die Vergangenheit bzw. der Nationalsozialismus und die

DDR in Schüsslers Beiträgen waren. Ihren GegnerInnen diente der Verweis auf die Geschichte als Schreckgespenst; die Nationaldemokratin hingegen betrachtete beide in mancher Hinsicht als positive Vorbilder und rehabilitierte sie entsprechend. In Anlehnung an die 2007 geschasste Fernseh-Nachrichtensprecherin Eva Herman [132] bewarb sie in einem Gesetzesentwurf bspw. die nationalsozialistische Familien- und Bevölkerungspolitik: Nur die Bejahung der Mutterschaft und beherzte pro-natalistische Maßnahmen seien imstande, den demographischen Trend in Deutschland umzukehren. So meinte sie:

> „Es muss doch endlich ein Ende haben, jeden vernünftigen Gedanken oder Politikansatz abzulehnen oder zu verteufeln, nur weil er auch im Dritten Reich propagiert wurde. Mit dieser absoluten Negation all dessen, was sich im Dritten Reich ereignete, bringen Sie, die sogenannten demokratischen Parteien, sich um politische Spielräume. […] Es muss also doch möglich sein, am herrschenden politisch korrekten Familienbild Kritik zu üben […], ohne jedes Mal mit der Faschismuskeule niedergestreckt zu werden. […] Wir haben bei unseren Vorschlägen für eine vernünftige Bevölkerungspolitik keine falsche Angst vor erfolgreichen Beispielen aus der Vergangenheit, ganz gleich, ob diese Beispiele aus dem Kaiserreich, aus dem Dritten Reich oder aus der DDR kommen.“ [133]

Diese Enttabuisierungsinitiative konterte die Sozialdemokratin Gisela Schwarz dadurch, dass sie Schüssler über den repressiven Charakter der NS-Familienpolitik „aufklärte“, die zu Sterilisierungs- und Euthanasiemaßnahmen, zum Holocaust und letztendlich auch zum „totalen Krieg“ geführt hatte. [134] Dennoch erschien der NPD-Abgeordneten der nationalistische Familialismus besonders nachahmungswürdig. So schlug sie die Gewährung eines „Ehe-Kredits“ zur „Förderung von Familiengründungen in Sachsen“ vor [135] – dergleichen war 1972 in der DDR und zuvor im „Dritten Reich“ bereits in Gestalt eines

„Ehestandsdarlehens“ eingeführt worden. Auch drängte sie auf die Ausweitung der kostenlosen Kinderbetreuung in Sachsen, um finanzschwache Haushalte finanziell zu entlasten. Ausschlaggebend hierfür waren vermutlich sowohl ihre DDR-Sozialisation als auch ein gewisser Pragmatismus; ungewöhnlich war diese Forderung allemal, widersprach sie doch dem von den Nationaldemokratinnen vielgepriesenen Prinzip der „Wahlfreiheit“. Durch finanzielle Kompensationen sollte Müttern die Entscheidung für die familiäre Betreuungsarbeit und gegen die Erwerbsarbeit erleichtert werden. In diese Richtung gingen auch die meisten familienpolitischen Anträge der NPD-Fraktion. Meist forderte sie zur Anerkennung der Erziehungs- und häuslichen Arbeit die Einführung eines „Müttergehalts“ oder einer „Mütterrente“ für „deutsche“ Frauen. [136]

Abgesehen von ihren vereinzelten DDR-Rehabilitierungsversuchen blieb der Grundton ihrer Beiträge meist zutiefst antikommunistisch, anti-egalitaristisch und anti-feministisch. Da Frauen ihr zufolge keiner positiven Diskriminierung bedurften, griff sie mit Vorliebe ebenjene Förderprogramme an, die sie als „feministisch“ und „links“ identifizierte. Das „Gender Mainstreaming“ [137] machte sie somit zur privilegierten Zielscheibe ihrer Kritik. In Sachsen sei es nicht anwendbar, weil es zu bürokratisch, zu teuer und zu ineffizient sei; [138] ferner diene dieses „feministische und neomarxistische Umerziehungsprogramm“ [139] dazu, das männliche und weibliche Geschlecht frei nach Simone de Beauvoir künstlich zu „fabrizieren“:

> „Anlass für unseren Antrag war die Nachricht, dass der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte am 8. Januar 2009 beschlossen hat, dass die Schweiz einem 72-jährigen Mann die Umoperation zur Frau zu bezahlen hat. Hinter dieser absurden Entscheidung steht nichts anderes als die Gender-Mainstreaming-Ideologie, die glaubt, dass jeder Mensch ein neues soziales Geschlecht erhalten kann, das er natürlich auch selbst bestimmen kann. […] ‚Zur Frau wird man nicht geboren, zur Frau wird man gemacht.‘

> Gleiches gelte für den Mann, sagen heute die Verfechter des Gender-Mainstreamings. Der heutige Feminismus ist nicht mehr um Differenz bemüht, sondern um die angebliche Gleichheit der Geschlechter. Diese Politik läuft also nicht auf eine erstrebenswerte Gleichberechtigung der Geschlechter, sondern auf eine Gleichmacherei hinaus, die wir als NPD, als Nationaldemokraten entschieden ablehnen.“ [140]

Kurz nach ihrem Redebeitrag schickte sich die linke Abgeordnete Freya Maria Klinger an, den verschwörungstheoretisch anmutenden Wortlaut von Schüsslers Rede zu dekonstruieren und deren Sinngehalt mit ironischer Stichhaltigkeit zu widerlegen:

> „Der Antrag ist hinfällig. […] Denn Gender-Mainstreaming ist nicht das ominöse oder gar nebulöse Gespinst, das in Nazikreisen auch schon einmal als totalitärer Kommunismus in Sachen Sex und Geschlechterbeziehung bezeichnet wird. […] Es geht nicht um Gleichmacherei oder gar Umprogrammierung der Menschen. Das verwechseln Sie wohl mit Ihren eigenen politischen Zielstellungen. Es geht darum, einen sensiblen Blick für Geschlechterfragen zu entwickeln und diese Dimension bei allen politischen Entscheidungen mitzudenken.“ [141]

Den Antifeminismus zückte die NPD bevorzugt als Waffe gegen die „liberale“ und „verkommene“ Moderne. Durch ihn ließ sich ein klarer reaktionärer Standpunkt beziehen; [142] durch ihn kommunizierte sie ebenso ihre Fundamentalopposition zum parlamentarischen System und den „etablierten“ Parteien, die, so meinte sie, dem Feminismus und seiner „totalitären Ideologie“ allesamt anheimgefallen waren. Als Verfechterin der traditionell patriarchalischen Geschlechterordnung geißelte Gitta Schüssler auch die Tätigkeit der Gleichstellungsbeauftragten, weil sie das auf Ungleichheit basierende „Leistungsprinzip“ untergruben, das von der NPD

als einzig gültiger Maßstab betrachtet wurde, um den „Wert“ eines Menschen zu bestimmen. [143] Den „Equal pay day“ tat sie entsprechend als Ausgeburt einer „feministischen Planwirtschaft“ ab. [144] In einer Debatte über die Prävention männlicher Gewalt gegen Frauen zog sie die diskutierten weiblichen Opferzahlen mit dem Argument in Zweifel, dass diese die männlichen Gewaltopfer unsichtbar machen, Männer allgemein unter Generalverdacht stellen und die eheliche „Harmonie“ erschüttern würden. [145] Mit diesem Narrativ verbreitete sie die Argumente jener MännerrechtlerInnen, die schon in den 1970er-Jahren die Anliegen des politischen Feminismus bekämpft hatten. [146] Als Frau normalisierte und legitimierte sie den antifeministischen Diskurs der extremen Rechten.

Schule und Bildung gehörten ebenfalls zu den von Gitta Schüssler im Parlament behandelten Bereichen. „Zum Wohle der Kinder“ sprach sie sich im Laufe der Debatten z. B. für kleine Klassen, kostenlose Kantinen, den Astronomie-Unterricht und ein generelles Rauchverbot an sächsischen Schulen aus. [147] Nach dem Amoklauf eines Schülers im März 2009 in Winnenden (Baden-Württemberg), bei dem 15 Menschen ums Leben gekommen waren, weigerte sie sich jedoch, die von den Grünen in einem Antrag geforderte Verschärfung des Waffenrechts zu unterstützen. Diesen Schritt rechtfertigte sie mit der Begründung, dass die Tat des 17-Jährigen weniger auf den Zugang zur väterlichen Waffe denn auf die Schikanen seiner SchulkameradInnen zurückzuführen sei. Der Jugend fehle das „Gemeinschaftsgefühl“, das Gewalt abwende. [148] Durch die Entlastung des Mörders und die Belastung der Opfer bediente Schüssler offenbar die Interessen einer von der NPD umworbenen, waffenaffinen WählerInnenklientel, etwa die der JägerInnen und SportschützInnen. In derselben Sitzung negierte sie außerdem die vielfältigen Formen von Gewalt an deutschen Schulen, verurteilte lediglich die „antideutsche“ Gewalt, die „Ausländer“ vermeintlich auf Schulhöfen propagierten und praktizierten. Doch musste sie auf Nachfrage anderer Abgeordneter widerwillig einräumen, dass diese Art von Gewalt

an sächsischen Schulen inexistent war. [149] Wie an diesem Beispiel deutlich zu erkennen, gehörte die unvermittelte Platzierung von Ideen, mochten sie noch so themenfremd sein, zu den diskursiven Grundtaktiken der NationaldemokratInnen. So ließen sich völkisch-nationalistische bzw. rassistische und antisemitische Inhalte transportieren. 2005 machte sich Gitta Schüssler eine Haushaltsdebatte zunutze, um die Streichung jeglicher Fördergelder für die jüdischen Gemeinden anzumahnen:

> „Dagegen ist es für uns Nationaldemokraten nicht einsehbar, dass kleine Minderheiten in Zeiten knapper Kassen eindeutig vor der Mehrheit der Bevölkerung bevorzugt werden. Aus diesem Grund wollen wir zum Beispiel die [...] Zuschüsse an die Jüdischen Gemeinden kürzen. Darunter fällt zum Beispiel ein Zuschuss von jährlich 81 800 Euro für den Landesrabbiner (Pfui! bei der PDS) ebenso wie Zuschüsse in Höhe von 1 310 000 Euro bis 2006 für den Bau des Gemeindezentrums der Synagoge in Leipzig oder von 242 000 Euro für die Synagoge in Chemnitz. (Zurufe und Unruhe im Saal).“ [150]

Sie wusste auch um die Empörung, die solche antisemitischen Provokationen im Landtag auslösten: [151] Tabubrüche bescherten ihr die Aufmerksamkeit, die sie zur politischen Eigenprofilierung benötigte. Auch nahm sie eine Debatte über Zwangsehen zum Anlass, um mithilfe eines plumpen Wortspiels die „multikriminelle Gesellschaft“ anzuprangern. Ihr zufolge zeigte sich,

> „dass sich Ausländergewalt nicht nur gegen die Gastgebervölker richtet, [...] sondern auch nach innen. Kinderschändungen per Zwangsehe, Verschleppungen von Kindern, Tötungen von Frauen im Namen einer vermeintlichen Familienehre, Menschenhandel – das sind die Früchte der Multikultipolitik. Das Schicksal der zwangsverheirateten ausländischen Frauen und Mädchen ist bedauerlich. Aber es kann nicht auf deutschem Boden

> mit deutschem Geld und mit Hilfe der deutschen Justiz gelöst werden […].“ [152]

Das stark überzogene und pauschalisierende Zerrbild, das Gitta Schüssler von den „gewalttätigen Ausländern“ und deren Frauen entwarf, war keinesfalls unüblich für die NPD; die türkischen, arabischen bzw. muslimischen Minderheiten gehörten zu ihren bevorzugten Feindbildern. Wie rassistisch Schüsslers Denkstil war, zeigen die Argumente, die sie im Kontext des „Arabischen Frühlings“ zu Beginn der 2010er-Jahre gegen die Aufnahme von MigrantInnen, Flüchtlingen und AsylbewerberInnen in Sachsen vorbrachte: „Ausländer“ seien dafür bekannt, dass sie das Asylrecht missbrauchten, die Kriminalitätsrate ankurbelten und Krankheiten ins Land schleppten. [153] Zur Zielscheibe ihrer „gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ (Wilhelm Heitmeyer) gehörten auch die Homosexuellen. So fragte sie Thomas Jurk, den sächsischen Staatsminister für Wirtschaft und Arbeit, während einer Fragestunde, warum er es vorgezogen hatte, am Christopher-Street-Day teilzunehmen, anstatt das für den gleichen Tag anberaumte Sachsenmetall-Forum zu besuchen. Zur Skandalisierung und Diskreditierung seiner Prioritätensetzung wollte sie außerdem wissen, ob für ihn als Wirtschaftsminister „die Teilnahme an einer Schwulen- und Lesben-Veranstaltung“ wichtiger sei als die „Fachkräfteentwicklung im Freistaat Sachsen vor dem Hintergrund der demografischen Katastrophe“, ja, ob er „eine primäre Aufgabe darin“ sähe, „sexuelle Minderheiten […] aufzuwerten“. In seiner Antwort erinnerte der Minister Gitta Schüssler an die Repressionspraxis – Folter, Ermordung, Deportation, Zwangskastration –, die das nationalsozialistische Regime gegenüber Homosexuellen geübt hatte, und folgerte daraus, dass „es […] nicht weiter verwunderlich [sei], dass seitens der NPD mit den […] vorliegenden Fragen versucht [werde], Homosexuelle gegen Fachkräfte auszuspielen“. Gemäß dem antifaschistischen Konsens wurden Schüsslers Äußerungen und Positionen hier explizit mit dem Nationalsozialismus verknüpft und die NPD mit

der NSDAP gleichgesetzt. Als die Nationaldemokratin fragte, was denn der Zusammenhang zwischen ihrer Frage und der „Schwulenverfolgung im Dritten Reich“ sei, rief der Sozialdemokrat Martin Dulig ihr zu: „Weil Sie Nazis sind!“ Dieser Zuschreibung widersprach sie nicht. [154]

Auffällig ist in der parlamentarischen Praxis der NationaldemokratInnen noch ein letzter Aspekt: Im „anti-antifaschistischen Kampf“ reizten sie die ihnen zur Verfügung stehenden parlamentarischen Instrumentarien regelrecht aus, um an Informationen über ihre politischen GegnerInnen zu gelangen. Als es am 8. Mai 2007 bei einer Protestkundgebung von GewerkschaftlerInnen, ChristdemokratInnen und AntifaschistInnen gegen die Eröffnung des NPD-Bürgerbüros von Peter Klose in Zwickau zu Eier- und Tomatenwürfen gekommen war, richtete Gitta Schüssler innerhalb eines Tages 18 kleine Anfragen an die Landesregierung, in denen sie u. a. die Offenlegung persönlicher Daten und Informationen zu den Antifa-Beteiligten forderte. [155] Holger Apfel tat es ihr gleich, nachdem Schüsslers Bürgerbüro in Meerane Ziel eines Brandanschlags geworden war. [156] Die aus den Antworten der Landesregierung gewonnenen Informationen, Namen oder Statistiken benutzten die NationaldemokratInnen zu Dokumentations- und Propagandazwecken. Ebenso nutzten sie diese, um den Freistaat aufgrund seiner vermeintlichen Untätigkeit oder zu großen Nachgiebigkeit als Beförderer der antifaschistischen Übergriffe zu präsentieren. Ferner ist nicht auszuschließen, dass sie nicht auch zur Unterfütterung der in rechtsextremen Kreisen zirkulierenden „schwarzen Listen“ weitergereicht wurden. [157] Allgemein machten die NationaldemokratInnen keinen Hehl aus ihrem Antidemokratismus: Systematisch forderten sie die Streichung aller öffentlich subventionierten Programme, die zur Förderung der demokratischen Bildung vorgesehen waren. [158]

Der Einzug der NPD ins sächsische Parlament markierte einen Wendepunkt in der jüngeren Geschichte der Partei. Als politischer Katalysator beschleunigte er jenen Verankerungsprozess, der schon kurz nach der „Wende“

eingesetzt hatte: Die neuen geopolitischen, sozialen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen voll ausschöpfend, war es der Partei gelungen, sich in den oft ländlichen und strukturschwachen Gebieten der ehemaligen DDR zu etablieren, Sachsen zu ihrer Hochburg zu machen und das Dresdner Parlament als Schauplatz für ihren Anti-Republikanismus zu instrumentalisieren. Stellvertretend dafür steht auch die parlamentarische Praxis Gitta Schüsslers. Anders als die Nationaldemokratinnen aus der „Erlebnisgeneration“, die sich als Abgeordnete in den 1960er-Jahren den parlamentarischen Regeln, Verfahren und Gepflogenheiten bereitwillig beugten und für sich sogar den Anspruch formulierten, am demokratischen Geschehen aktiv teilnehmen zu wollen, benutzten die „BekennerInnen“ den Landtag als Bühne ihres antidemokratischen Protests. Unangepasstheit, Provokation, Diffamierung und neonazistische Selbstbehauptung bildeten den Grundtenor ihres parlamentarischen Auftretens. Ihre Ablehnung des demokratischen Systems inszenierten sie durch medienwirksame Aktionen, etwa auf dem Feld der Erinnerungspolitik, aber auch durch die systematische Verächtlichmachung der anderen von ihnen als „Pseudodemokraten“ verunglimpften Abgeordneten. In den Debatten stach der Antagonismus zur antifaschistischen PDS/ Die Linke am deutlichsten hervor. Mochten sich beide eines antikapitalistischen bzw. Antiglobalisierungsdiskurses bedienen, so betonte die NPD-Fraktion doch immerzu ihren Antikommunismus. Stets zwischen einer gewissen „Ostalgie“ und der Ablehnung der politischen DDR-Eliten schwankend, zeigte auch Gitta Schüssler ein ambivalentes Verhältnis zur ostdeutschen Geschichte. Das „Dritte Reich“ hingegen bewertete sie durchgehend als positives Modell. Das Jahr 2014 läutete das Ende des „Zweiten Frühlings“ der NPD ein. Gitta Schüssler und ihre Parteifreunde wurden aus dem Parlament gewählt. Ihre Fraktion wurde seither durch jene der AfD ersetzt, an deren Spitze sich bis 2017 eine andere Frau behauptete: Frauke Petry.

4. Resümee

Die jüngste Phase der Parteigeschichte, die den nicht abgeschlossenen Zeitraum von 1990 bis heute umfasst, charakterisiert sich im Allgemeinen durch die substantielle Erneuerung der NPD im Kontext tiefgreifender Transformationsprozesse. Tatsächlich bildet der historische Bruch von 1989/90, der den schrittweisen Übergang von der deutschen Teilung zur Einheit, von der bipolaren zur multilateralen Weltordnung markierte, den Ausgangspunkt der politisch-strategischen Neupositionierung der Partei. Um sich den neuen Rahmenbedingungen anzupassen, verlagerte sie ihre Ressourcen und Strukturen schwerpunktmäßig in den Osten. Andererseits brach Udo Voigt mit der antinazistischen Eindämmungspraxis seiner Vorgänger: Ab Mitte der 1990er-Jahre öffnete er die NPD für neonazistische Kräfte und läutete somit eine ideologische Wende ein. Die Radikalisierung bzw. Nazifizierung der Parteilinie zog neue und jüngere AktivistInnen an; mehr und mehr Frauen, insbesondere die seit dem Ende der 1980er-Jahre in Ost- und Westdeutschland in Erscheinung getretenen Neonazistinnen und Skingirls, fanden in der völkisch-nationalistischen Partei eine neue Heimat. Wie zuvor spielten sie weiterhin eine untergeordnete Rolle, doch gewährte man einzelnen Aktivistinnen auch höhere politische Ämter, wie jenen fünf Frauen, die in dieser Periode die Leitung eines Landesverbands übernahmen. Darüber hinaus blieb ihnen der Aufstieg jedoch verwehrt: Im Bundesvorstand wurden und werden sie nach wie vor marginalisiert. Grundsätzlich kann die NPD weiterhin als ‚Männerpartei' betrachtet werden, weil der Wählerstamm, die Basis und die Vorstände mehrheitlich männlich dominiert sind und die politische Entscheidungsgewalt immer noch grundsätzlich von Männern ausgeübt wird. Doch konnten sich Frauen seit Mitte der 2000er-Jahren u. a. als Wahlwerberinnen, Abgeordnete – wie Gitta Schüssler im Sächsischen Landtag – oder schlicht als politische Mitstreiterinnen in zunehmendem Maße profilieren und sich in der Partei neue Partizipationsräume erschließen. Einen

markanten Schritt auf dem Weg zur strukturellen Feminisierung und symbolischen Ermächtigung von Frauen bildete die 2006 ins Leben gerufene NPD-Frauenorganisation: der Ring nationaler Frauen.

VIII. Weibliche Singularisierung: der Weg zur NPD-Frauenorganisation

Frauenorganisationen sind kein neuartiges Phänomen; sie beruhen auf einer weiblichen Tradition, die laut der Neuzeit-Geschichtsschreibung vornehmlich im Vormärz bzw. in der liberalen Revolution von 1848 ihren Ursprung hat. Zweifellos hatte jene auch bei Frauen für Aufbruchstimmung gesorgt; viele hofften auf eine Demokratisierung, die auch ihnen den Weg zur politischen Partizipation ebnen würde. Allerdings machte die 1850 einsetzende Restauration die politischen Ansprüche von Frauen wieder zunichte; den damals herrschenden bürgerlichen Ordnungsvorstellungen entsprechend, wurden sie meistens aus dem öffentlich-politischen Leben ferngehalten. [1] Doch boten ihnen die zahlreichen als „apolitisch" getarnten Frauenorganisationen und -initiativen die Möglichkeit, jene Partizipationsverbote zu umgehen und über Umwege auf politische Prozesse einzuwirken. Sie bildeten die historische Grundlage für die Ende des 19. Jahrhunderts entstandene Frauenbewegung im Deutschen Reich. Neben den sozialistischen Proletarierinnen und den deutschnationalen Akteurinnen, die jeweils in ihrem sozialen oder konfessionellen Milieu unterschiedliche politische Vorhaben und Anliegen verfolgten, machten es sich die bürgerlichen Frauenrechtlerinnen unter dem Dach des 1894 gegründeten Bundes Deutscher Frauenvereine (BDF) zur Aufgabe, die Stellung der Frauen innerhalb der wilhelminischen Gesellschaft durch konkrete Reformvorschläge zu verändern bzw. zu verbessern. [2] Ihre Öffentlichkeitsarbeit potenzierten sie durch ihre vielfältigen Mobilisierungsräume und Vermittlungskanäle,

etwa über Zeitschriften, Aktionen und Kampagnen sowie über europäische und internationale Vernetzungsoffensiven, welche allesamt ein weibliches politisches Bewusstsein voraussetzten, dieses zugleich aber auch beförderten. 1908 gewährte das Reichsvereinsgesetz den Frauen schließlich das Recht, Parteien beizutreten und politisch aktiv zu werden. Im Laufe dieses Liberalisierungsprozesses wurden erstmals auch in den Parteien im linken wie im rechten Spektrum Frauenausschüsse oder -organisationen gegründet. [3] Seit der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts sind sie ein fester Bestandteil des politischen Systems der Bundesrepublik. Sie gelten als „elementare Instanz der Interessenvermittlung" für Frauen in der Politik. [4]

Der kursorische Blick auf diese Partikulargeschichte soll hier vor allem dazu dienen, die komplex ineinander verwobenen Traditionen aufzuzeigen, in die sich die NPD mit ihrer Frauenorganisation einreiht. Gewiss steht sie ideengeschichtlich betrachtet in der historischen Kontinuität zu den rechtskonservativen, deutschnationalen bzw. völkischen Frauenorganisationen, die seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert das „Gewissen der Nation" (Andrea Süchting-Hänger) gleichsam verkörperten und perpetuierten, [5] doch verdankt sie ihre formelle Existenz – und die Idee eines spezifisch den Frauen zum Zwecke ihrer eigenen Förderung zugedachten Raums – in demokratiegeschichtlicher Hinsicht auch den politischen Errungenschaften der bürgerlichen Frauenbewegung. [6] Unter den älteren Parteien der Bundesrepublik gehörte die NPD zu den wenigen, die keine Frauenorganisation besaßen. [7] Dabei hatte es dergleichen zuvor schon in anderen rechtsextremen Parteien gegeben: In Anlehnung an das Modell der NS-Frauenschaft unterhielten die SRP und die DG (1950er-Jahre), die DRP und die AUD (1960er-Jahre), die GdNF und die FAP (1980er-Jahre) jeweils eigene Frauenorganisationen, ja sogar bei den Republikanern entstand Mitte der 1990er-Jahre ein Bund republikanischer Frauen. [8] Die NPD, die den Schritt der weiblichen Singularisierung, im Sinne einer strukturellen Absonderung von den ‚Parteimännern' bei gleichzeitiger Spezifizierung weiblicher Belange, erst 2006

wagte, befand sich somit an der Schnittstelle unterschiedlicher, sowohl feministischer, bundesrepublikanischer als auch nationalistischer Traditionen. Diesen Feminisierungs- und Singularisierungsprozessen nachspürend, zeichnet das nun folgende achte Kapitel den unmittelbaren Entstehungskontext sowie die Entwicklungsgeschichte des Rings nationaler Frauen nach. Im Vordergrund steht dabei die Frage nach seiner Bedeutung und Rolle innerhalb der Partei und ebenso nach dem Nutzen, den die Nationaldemokratinnen selbst bisher daraus ziehen konnten: Handelt es sich beim RNF wahrhaftig um eine Frauenlobby, in der Fraueninteressen artikuliert und vertreten werden, oder fungiert er lediglich als politische Vitrine? Der Blick auf Struktur und Funktion sowie auf dessen Akteurinnen, Befugnisse, Aufgaben und Aktivitäten soll Aufschluss darüber geben, über welche Autonomie bzw. über welche politischen Handlungsspielräume und Gestaltungsmöglichkeiten die Nationaldemokratinnen in der Gegenwart verfügen.

1. Entstehung und Entwicklung des RNF

1.1. Zur Vorgeschichte: Frauenorganisationen im NPD-Umfeld

Die Gründung des Rings nationaler Frauen erfolgte nicht *ex nihilo*. Sie ist eine Folgeerscheinung der strukturellen Erweiterung, welche die extreme Rechte besonders um die Jahrtausendwende erfuhr. Eigentlich beginnt die Vorgeschichte des RNF aber noch davor, und zwar in den 1980er-Jahren mit der Ausdifferenzierung von rechtsextremen Positionen und Rollenbildern bzw. der Herausbildung eines neuen aktivistischen Selbstverständnisses bei rechtsextremen Frauen, namentlich bei den Skingirls und Neonazistinnen. Hinsichtlich des kämpferischen Habitus und der ideologischen Prinzipien standen sie den männlichen Neonazis in nichts nach, sie zeichneten sich aber dadurch aus, dass einige Frauen unter ihnen mehr Autonomie für sich reklamierten und innerhalb der

stark männlich dominierten Szene ihren eigenen Weg beschreiten wollten. Den ersten Schritt in diese Richtung machte 1990/91 die Skingirl-Front Deutschland (SFD). [9] Ihr beispielloser Aktivismus erzeugte einen Nachahmungseffekt, der im Laufe des Jahrzehnts zur Gründung weiterer Organisationen neonazistischer Frauen führte. So entstanden zwischen dem Ende der 1990er-Jahre und dem Anfang der 2000er-Jahre zahlreiche kleine, oft im Umfeld von freien Kameradschaften agierende Gruppierungen, wie etwa Kraft deutscher Mädel (K.D.M.) in Stralsund, die Mädelkameradschaft Sachsen-Anhalt oder der Mädelring Thüringen (MRT). Auch in den alten Bundesländern organisierten sich Frauen: In Niedersachsen wurde der Freie Mädelbund (FMb) aktiv, in Hamburg trat die Mädelschar Deutschland (MSD) in Erscheinung, im Ruhrgebiet die Nationale Weiberaktionsfront (NWAF), in Bayern traf man auf die 2004 verbotenen Frauen in der Fränkischen Aktionsfront (FAF), in Baden-Württemberg auf die Aktive Frauen Fraktion (AFF) und in Berlin auf die Mädelgruppe der Kameradschaft Thor (Mädelgruppe KS Thor). [10]

Von den hier zur Illustration ausgewählten Gruppierungen etablierten sich nur wenige langfristig, die meisten lösten sich kurz nach ihrer Gründung wieder auf, andere wurden verboten. Und doch zeugt ihr gebündeltes Auftreten sowohl von einem weiblichen Verdichtungs- und Bewusstwerdungsmoment als auch von einem beschleunigten Struktur- und Generationswandel innerhalb der extremen Rechten: Vermehrt traten nun auch hier meist jüngere Aktivistinnen aus der „Bekenntnisgeneration“ in den Vordergrund. Diese Feminisierung, die man durchaus als Modernisierungseffekt betrachten kann, speiste sich aus dem Differenzierungsprozess, [11] den die extreme Rechte seit der Wiedervereinigung durchlaufen hatte. Gewissermaßen als Zugeständnis an die Zeit öffnete sie sich offenbar mehr als je zuvor für Frauen; im Umkehrschluss bedeutete dies aber auch, dass sich immer mehr Frauen der extremen Rechten zuwandten.

Zweifelsohne ließen sich die Skingirls und Neonazistinnen in ihren Gruppierungen von den männlichen Funktions- und

Organisationsmodi inspirieren, doch kam hier vermutlich noch ein anderes, weit ambivalenteres Erbe zum Tragen: das der Autonomen Frauenbewegung, die schon in den 1970er-Jahren rechtsextreme Imitate hervorgerufen hatte. Natürlich könnten die Ideen, Werte und Prinzipien beider Spektren gegensätzlicher nicht sein, [12] doch wollten sich die Rechtsextremistinnen wie die Feministinnen vor ihnen von der männlichen Vormundschaft lösen und ihren Aktivismus als weiblichen Aktivismus sichtbar machen. Bei der Suche nach weiblichen Aktionsräumen, nach Legitimität und Akzeptanz ging es jedoch keinesfalls um eine ‚braune Emanzipation'; auch bildeten die Organisationen zusammen keine rechtsextreme Frauenbewegung, dafür waren Umfang und Breitenwirkung zu beschränkt. Zwar konnten die Extremistinnen von den Errungenschaften der Autonomen Frauenbewegung profitieren, bspw. deren Organisationsmodi übernehmen, eine antisexistische Position vertreten oder die weibliche Solidarität beschwören. [13] Doch verfolgten sie nie wie die Feministinnen das Ziel, die traditionelle Geschlechterordnung in Frage zu stellen, geschweige denn die patriarchalen Machtverhältnisse von Grund auf zu verändern. [14] Ob organisiert oder nicht, sie waren ein fester Bestandteil der militant rechten Szene, sie wollten jene weder verlassen noch mit ihr konkurrieren; ihren „Kampf" ordneten sie dem Primat des Volks, der Nation bzw. der „Volksgemeinschaft" unter und unterschieden sich somit in Ideologie und Zielvorstellung nur unwesentlich von den Männern aus ihrem Umfeld.

Wie zuvor bereits erwähnt, gab der SFD den entscheidenden Impuls für einen weiblichen Autonomisierungsprozess innerhalb der extremen Rechten. Als Silvia Kirschner, Christine Bocksrocker, Martina Janssen und Stella Hähnel – damals noch unter ihrem Mädchennamen Stella Palau – die Organisation ins Leben riefen, brachen sie bewusst mit den tradierten Organisationsformen und geschlechtsspezifischen Erwartungsnormen ihres weltanschaulichen Milieus. Dadurch, dass sie den Gründungsakt auf den 31. Dezember 1990 legten, zeigten sie ihr Bestreben, das neue Jahrzehnt unter dem Zeichen der Feminisierung einzuläuten. Neben der Autonomie waren für

den SFD ebenso die ‚demokratische‘ Struktur bzw. die Abwesenheit einer vertikalen Machthierarchie kennzeichnend. Durch den Verzicht auf eine Anführerin wurde das Kollektiv hervorgehoben, die Mitglieder waren faktisch gleichberechtigt. Mitte der 1990er-Jahre zählte die Organisation neben Dutzenden von Sympathisantinnen ca. 40 bis 50 Mitglieder zwischen 16 und 30 Jahren, die sich auf acht Verbände in Heidelberg, Freiburg, Stuttgart, Nürnberg, Gelsenkirchen, Burscheid, Hamburg und Berlin verteilten und überregional, vornehmlich aber im westdeutschen Raum agierten. Um den Zusammenhalt und Austausch unter Gleichgesinnten zu fördern, organisierte der SFD politische Schulungen, informierte in seinem Rundbrief über Aktivitäten des nationalen Lagers und marschierte auf Demonstrationen der „Kameraden“ mit. In der Szene gut etabliert, wirkte er besonders ab Ende der 1990er-Jahre als Scharnier zwischen den freien Kameradschaften und der NPD und war darüber hinaus auch im Ausland – etwa mit Kontakten in den USA zu den Women for Aryan Unity (WAU), einer dem Ku Klux Klan nahestehenden Organisation – bestens vernetzt. [15]

Nach zehnjähriger Tätigkeit gab der SFD im November 2000 seine Selbstauflösung bekannt. Die Durchsuchungen, die gleich bei mehreren Mitgliedern wegen mutmaßlicher Verbindung zum kurz zuvor in Deutschland verbotenen internationalen Neonazi-Netzwerk Blood & Honour durchgeführt wurden, veranlassten ihn zu diesem Schritt: Mehrere Frauen, etwa Stella Hähnel oder Claudia Jäppelt, waren gleichzeitig in der NPD aktiv und wollten die ohnehin schon wegen des drohenden Parteiverbotsverfahrens [16] angeschlagene Partei nicht noch weiter gefährden. Die heftige Kritik, die ihnen aus ihrem militanten Umfeld entgegenschlug, deuteten die damaligen Akteurinnen als positives Zeichen: Es verdeutlichte das Ansehen, das sich die Frauen in diesem politischen Spektrum bereits erworben hatten. Um den Strom nicht abreißen zu lassen und eine organisatorische Nachfolge zu gewährleisten, gründeten Aktivistinnen, u. a. Michaela Zanker, Claudia Jäppelt, Christiane Dolscheid und Stella Hähnel, kurz darauf die Gemeinschaft deutscher Frauen (GDF), die heute zu den ältesten

rechtsextremen Frauenorganisationen der Bundesrepublik zählt.

Weit elitärer und puritanischer als ihre Vorgängerin hat sich die GDF bislang weniger auf den öffentlichen Aktivismus denn auf die Gesinnungspflege ihrer Mitglieder konzentriert. [17] Sich als völkische Frauengemeinschaft begreifend, kultiviert sie, was Weiblichkeitsvorstellungen, Praxis und Auftreten betrifft, einen kulturellen Traditionalismus, der aus einer Mischung aus germanischer Folklore und nationalsozialistischer Überlieferung besteht. [18] Mittels weltanschaulischer Schulungen, etwa in Runenkunde, heidnisch-germanischer Mythologie, Brauchtum und Geschichte, sollen den Mitgliedern und Anwärterinnen bei Seminaren und Ausflügen diverse revisionistische und apologetische Inhalte, aber auch „deutsche“ Werte und Tugenden wie Treue und Disziplin vermittelt werden. [19] Ihre ganze Aktivität organisiert die GDF rund um den weiblichen Kommunitarismus: Die regelmäßigen gemeinsamen Treffen, Wanderungen und Museumsbesuche, die sowohl innerhalb der vier Verbände als auch überregional organisiert werden, [20] zielen darauf ab, das Zugehörigkeitsgefühl zur Gruppe und darüber hinaus auch zu „Volk“ und „Gemeinschaft“ zu verstärken. Das völkisch-nationalistische Selbstverständnis ist dabei zentral: Im Grunde geht es ihr darum, Frauen über ihre „rassische“ Verantwortung „aufzuklären“, sie sozusagen als Frauen und Mütter auf die vermeintlich kommende „Volksgemeinschaft“ vorzubereiten. Das zumindest suggerierte in nebulös-verheißungsvollem Tonfall die folgende Selbstdarstellung auf ihrer Internetseite:

> „WIR, das sind Mädels, Frauen und Mütter, die aktiv an einer nationalen Gemeinschaft teilhaben, diese gestalten und erleben. WIR, wollen gemeinsam alte Werte und altes Wissen erarbeiten und vermitteln und dabei Neues gestalten. […] WIR, wissen, wie wichtig die Stellung der Frau im Schicksalslauf unseres Volkes ist. WIR, lernen aus dem Vergangenen, leben in der Gegenwart und gestalten die Zukunft für unser Deutschland.“ [21]

Ihre Mitglieder, deren Zahl sich in den 2000er- und 2010er-Jahren auf ca. 50 bis 100 Frauen belief, [22] rekrutiert die GDF nach eigenen Angaben aus dem „völkischen Kreis“, der „Skinheadszene“ und aus Parteien. [23] Dabei unterhält sie wie auch ihre Vorläuferin eine besonders enge Verbindung zur NPD. Führende GDF-Aktivistinnen waren und sind teilweise in leitender Funktion in der Partei aktiv, so etwa Ricarda Riefling, Edda Schmidt oder Stella Hähnel: Letztere bspw. war im Jahr 2000 zur stellvertretenden Vorsitzenden des Landesverbands Berlin-Brandenburg gewählt worden, ab 2003 trat sie als Sprecherin der Berliner NPD auf und leitete im Bundesvorstand parallel dazu noch die Arbeitsgruppe „Propaganda und Werbung“. Neben den sichtbaren personellen Verflechtungen gab es auch eine institutionelle Verschränkung. Anfang der 2000er-Jahre waren die Kontaktadressen von GDF und NPD identisch: Beide führten zur Parteizentrale in Berlin-Köpenick. [24] So ist anzunehmen, dass Erstere bis zur Gründung des Rings nationaler Frauen 2006 als deren inoffizielle Frauenorganisation fungierte. Seitdem existieren beide Organisationen nebeneinander, haben jeweils aber eine andere Funktion. Entsprechend schilderte es die GDF-Aktivistin Linda Fuchs in der „Deutschen Stimme“:

> „Während der RNF eine Unterorganisation der NPD ist, sehen wir uns eher als parteiunabhängige Gemeinschaft [...]. Gerade die GDF hat eine Vielzahl von Mitgliedern, die sich sowohl im RNF als auch in der GDF engagieren. [...] Wir möchten nicht nur an politische Formen, sondern gleichermaßen an einer ganzheitlichen Lebensführung arbeiten. [...] Analog zum RNF versuchen auch wir die Arbeit der nationalen Parteien tatkräftig zu unterstützen.“ [25]

Während der RNF als parteipolitische Rekrutierungs- und Mobilisierungsplattform auf Breitenwirkung und Öffentlichkeitsarbeit ausgelegt ist, setzt die GDF als selektive „Kaderschmiede“ und „völkische Sekte“ (Ellen Esen) eher auf die

nationalistisch-lebensweltliche Vergemeinschaftung im vorpolitischen Raum. [26] So ergänzen beide einander in funktionaler, ideologischer und organisatorischer Hinsicht.

In Bezug auf die Mutterpartei sollte der RNF – anders als die GDF – noch eine weitere Forderung erfüllen, die innerhalb der NPD seit den 1960er-Jahren immer wieder gestellt worden war: nämlich jene, den nationalistischen Politikerinnen bzw. „Kämpferinnen" in der Partei mehr Eigenständigkeit und Befugnisse einzuräumen, ihnen zugleich aber auch mehr Gehör und Sichtbarkeit zu gewähren. Ob der RNF diesem Anspruch gerecht wurde, sei erst einmal dahingestellt.

1.2. „Die Frauen in die NPD führen…" – Gründungsgeschichte und Aufgaben des RNF

In den 1990er-Jahren gestalteten die Nationaldemokratinnen ihren politischen Aktivismus eher individuell. Zu den ambitioniertesten weiblichen Kadern dieses Jahrzehnts gehörte etwa Ellen-Doris Scherer, die saarländische NPD-Chefin, die anders als viele ihrer Mitstreiterinnen zur parteipolitischen Profilierung den Schritt in die mediale Öffentlichkeit wagte. Als erste NPD-Frau überhaupt trat sie am 20. Oktober 1991 im Rahmen des 30-minütigen ZDF-Frauenmagazins „Mona Lisa" zu guter Sendezeit im öffentlich-rechtlichen Fernsehen auf. Den Anlass zur Einladung bildete u. a. die brisante politisch-gesellschaftliche Aktualität: Wenige Wochen zuvor war es in Hoyerswerda zu pogromartigen Übergriffen gegen Flüchtlinge und ausländische HilfsarbeiterInnen gekommen, was Scherer nicht davon abhielt, die rassistischen und migrationsfeindlichen Ansichten ihrer Partei zu vertreten und die Gewalt mit dem Argument der „Überfremdungsangst" der Deutschen implizit zu rechtfertigen. [27] In der Folge lud man sie zu weiteren Tagungen und Podiumsdiskussionen ein, in denen sie ihren „nationalen Standpunkt" vertreten konnte. Am 4. März 1993 nahm sie bspw. an einem politischen Gespräch in der Münchener Evangelischen Bildungsakademie teil, bei dem sie neben der Frankfurter NPD-Stadtverordneten Christine Ringmayer auf die Soziologin Birgit

Rommelspacher stieß. [28] Sich auf ihre politische Karriere beziehend, wandte sich Scherer in diesem Rahmen gegen den Sexismus-Vorwurf, wonach die NPD Frauen in ihren Reihen diskriminiere. Der innerparteiliche Kampf um den Parteivorsitz 1995/96 sollte ihr etwas später, wie oben skizziert, in dieser Hinsicht Unrecht geben. [29]

Die meisten Nationaldemokratinnen mieden die öffentliche Aufmerksamkeit und erhoben auch sonst keinen besonderen Geltungsanspruch. Parteifrauen wie Amalie Gottschaller oder Renate Werlberger, die jeweils die Kreisverbände Passau und München leiteten, beschränkten sich lediglich auf die diskrete Verwaltung ihrer Verbände. Eine Ausnahme bildet hier die NPD-Veteranin Martha Kruse. 1991 hatte sie im Bundesvorstand die Leitung des Arbeitskreises „Soziales, Familie, Gesundheit, Schutz des Lebens“ von Wilhelmine Steffens übernommen und sich damit zum Ziel gesetzt, die kollektive Frauenarbeit innerhalb der Partei zu reaktivieren. Im Sommer desselben Jahres rief sie die Parteifunktionärinnen in der „Deutschen Stimme“ zur politischen Mitwirkung auf:

> „Der Arbeitskreis [...] hat seine Arbeit bereits aufgenommen. Verschiedene Adressen von Mitgliedern wurden bereits benannt. Um dieses Aufgabengebiet mit Leben zu erfüllen, erkläre ich in Stichworten Schwerpunkte der Arbeit, mit der Bitte, daß sich diejenigen Mitglieder bei mir melden, die bereit sind, aktiv in unserem Kreis mitzuarbeiten. Teilen Sie mir gleichzeitig mit, ob und welche Aufgaben Sie bereits in Ihrem Landesverband ausführen. Mit welchen Schwerpunktthemen Sie zur Zusammenarbeit bereit sind. Jeder Landesverband sollte in der Lage sein, einen aktiven Arbeitskreis zu bilden [...]. Auf Bundesebene werden Arbeitstagungen durchgeführt, um einen Interessenten- und Freundeskreis anzusprechen, mit dem Ziel weitere Aktivisten für unsere Aufgabe zu gewinnen.“ [30]

Bei dieser Offensive dachte sie offenbar an die bewährte Mobilisierungspraxis ihrer einstigen Weggefährtin Gertraude

Winkelvoß, die als Bundesfrauenreferentin in den 1960er-Jahren die Frauenarbeit *top down* über die Vorstandsfunktionärinnen auf Bundes- und Landesebene organisiert hatte. Von ihr übernahm die 79-jährige Martha Kruse ebenfalls die Idee der überregionalen Frauentagungen, die Winkelvoß ehedem als Kristallisationsmomente weiblicher Selbstbehauptung ausdeutete. Dementsprechend lud Kruse am 26. und 27. Oktober 1996 zu einem Frauenkongress unter dem Motto „Deutschland ist auch Mädelsache“ nach Kaiserslautern ein. Dort fanden sich ca. 80 Nationaldemokratinnen und Sympathisantinnen aller Altersklassen ein, um sich über nationalistische Themen wie „Umerziehung“, „Überfremdung“ und die „Zerstörung der Familien“ in der Bundesrepublik auszutauschen. [31] Zur Diskussion stand ebenso die Frage, wie die Nationaldemokratinnen ihre Belange und Ideen innerhalb der Partei besser wahrnehmbar machen könnten. Auf Initiative Martha Kruses einigten sich die Beteiligten darauf, den Parteichef zu bitten, eine Frauenbeauftragte – in den 1960er-Jahren hießen sie noch „Frauenreferentinnen“ – in den Bundesvorstand zu berufen. Kurz darauf betraute Udo Voigt Dana Tezlaff tatsächlich mit der Leitung eines im Bundesvorstand angesiedelten Frauenarbeitskreises, von dem jedoch nur wenige Aktivitätsspuren überliefert sind.

Offenbar blieb es zunächst bei diesem ersten, durchaus bescheidenen Schritt; aufgrund mangelnder Initiative der betagten Martha Kruse flaute der Elan in der nachfolgenden Zeit wieder ab, doch demonstrierte der punktuelle Mobilisierungserfolg das basale Interesse, das unter den Nationaldemokratinnen an einer weiblichen Vertretung bzw. an kollektiven Strukturen und Initiativen zu bestehen schien. Dies bestätigte die Entwicklung Anfang der 2000er-Jahre, als sich der Schwerpunkt der Frauenarbeit kontextbedingt auf die lokale Ebene verschob: Im Zuge des weiblichen Organisationsbooms in der extremen Rechten gründeten Aktivistinnen, die meist über das Kameradschaftsmilieu den Weg in die Partei gefunden hatten, ab 2001 diverse NPD-Frauengruppen: so zum Beispiel Jasmin Langer, die spätere Ehefrau des NPD-Chefs Holger Apfel,

die in Hannover eine 18-köpfige Gruppe ins Leben rief, oder die Quedlinburger Frauengruppe (Sachsen-Anhalt), die 20 Mitglieder zählte. Ferner boten auch der KV Magdeburg und andere Kreisverbände regelmäßig informelle Frauentreffen an; im KV Minden-Lübbecke formierte sich die Nationale Mädelschar Ostwestfalen. [32] Gewiss waren jene relativ spontanen Organisations- und Selbstmobilisierungsinitiativen von Frauen an der Basis nicht neu in der Parteigeschichte – dergleichen hatte es in Reaktion auf die Autonome Frauenbewegung schon in den 1970er-Jahren gegeben –, [33] doch begünstigte der weibliche Ballungsmoment, der Anfang der Nullerjahre die extreme Rechte insgesamt erfasste, die Entstehung von NPD-Frauengruppen.

In diesem Kontext ließen sich bisweilen auch Stimmen vernehmen, die neben der strukturellen auch eine stärkere inhaltliche Profilierung von Frauen in der Partei reklamierten. 2005 monierte Jasmin Langer im Parteiorgan bspw. die Misogynie ihrer Parteifreunde und plädierte dafür, der Parteilinie eine „weibliche Note“ zu verleihen. [34] Diesen Gedanken aufgreifend, gab die sächsische Abgeordnete Gitta Schüssler im Februar 2006 ihre Absicht bekannt, dem Bundesvorstand einen Plan zur Bündelung der Frauenarbeit zu unterbreiten. Zum Zweck ihres Vorstoßes sagte sie schlicht: „So, wie Udo Voigt die Kameradschaften zur NPD führt, werde ich die Frauen in die NPD führen.“ [35] Kurz darauf präsentierte sie gemeinsam mit Judith Rothe und Katharina Becker das Projekt zur Gründung eines „nationalen Frauenrings“. [36] Diesen Schritt rechtfertigten sie durch den offensichtlichen Rückstand, den das nationale Lager angesichts der politischen Partizipation von Frauen im Vergleich zu anderen politischen Kräften in der Bundesrepublik aufweise:

> „Da es in jeder anderen größeren Partei bereits vergleichbare Strukturen gibt, ist es gerade für das nationale Lager notwendig, Frauen stärker als bislang in die politische Arbeit einzubinden, da hier noch erheblicher Nachholbedarf besteht.“ [37]

Die NPD-Leitung unterstützte den Vorschlag und machte somit den Weg frei für die Gründung einer Frauenorganisation. Mit Blick auf die Parteigeschichte markierte dieser Beschluss einen Meilenstein auf dem langen und steinigen Weg, den die Nationaldemokratinnen in Sachen Interessenvertretung schon zurückgelegt hatten: Begonnen hatte dieser Prozess mit der Gründung eines Frauenbeirats Ende der 1960er-Jahre – mit der Gründung des RNF kam er nun offenbar zu seinem Abschluss. Am 16. September 2006 versammelten sich 31 Frauen aus den Reihen der NPD, der GDF und der „Freien Kräfte“ auf dem Anwesen der neonazistischen Führungskader Enrico Marx und Judith Rothe in Sotterhausen (Sachsen-Anhalt), um den Ring nationaler Frauen offiziell aus der Taufe zu heben. Während der Gründungsveranstaltung legten die Beteiligten die politische Linie fest und wählten ihren Vorstand: Gitta Schüssler wurde zur Bundessprecherin bzw. zur Vorsitzenden gewählt. Der stellvertretende Vorsitz ging an Judith Rothe; Pressesprecherin wurde Stella Hähnel. Der Ring nationaler Frauen war somit funktionsfähig.

Über die Namensgebung ist leider nichts überliefert, doch wirft gerade sie Fragen auf, weil sich die Bezeichnung Ring nationaler Frauen offenbar absichtlich auf eine nationalistische Frauenorganisation der 1920er-Jahre bezieht. Jene war am 30. April 1920 auf Initiative von Ilse Hamel als reaktionärer und antidemokratischer Konterpart zum BDF, dem größten Dachverband der Frauenbewegung, mit dem Ziel gegründet worden, den nationalistischen, konservativen bis völkischen, karitativen wie religiösen Frauenvereinen und -organisationen als überparteilicher Dachverband zu dienen. [38] Tatsächlich aber bewegte sich der RNF im Fahrwasser der DNVP bzw. der „Konservativen Revolution“, geißelte wie deren Vertreter die „Schmach“ von Versailles und schürte den Hass auf das demokratische politische System der Weimarer Republik; die gezielte Diffamierung ihrer Institutionen und VertreterInnen gehörte zum diskursiven Grundrepertoire seiner Zeitschrift „Die Deutsche Frau“. Den Leiterinnen des Rings ging es in erster Linie darum, die „weiblichen Interessen“ dadurch zu bedienen,

dass sie Frauen politisch ausbildeten und sie bei Wahlen für die nationalistischen Parteien mobilisierten. [39] Anfang der 1930er-Jahre näherte sich der RNF strukturell und ideologisch der NSDAP an und wurde nach der Machtübergabe an die Nationalsozialisten gleichgeschaltet: Im Juni 1933 löste er sich auf.

Was die NPD-Frauenorganisation dazu veranlasste, gerade diese Geschichte zu vereinnahmen, kann, sofern es sich hierbei nicht um einen Zufall handelt, [40] nur gemutmaßt werden: Zum einen dient sie als politische und ideologische Legitimationsbasis; zum anderen verleiht sie ihr eine historische Aura und somit eine Tradition, auf die sich ihre Akteurinnen berufen können; eine Kontinuität, die sie heraufbeschwören können; ein Modell, das sie nachahmen können. Auch so lässt sich der Slogan „Ohne Vergangenheit keine Zukunft" interpretieren, den die NPD in ihrem Programm von 1996 hervorhob. Anders als sein Vorläufer stellt sich der RNF jedoch nicht über die Parteien, sondern ganz konkret in den Dienst der NPD: „Es wird angestrebt, die Vernetzung nationaler Frauen jeden Alters innerhalb und außerhalb der Partei auszubauen. Das Programm der NPD ist verbindliche Grundlage", steht in seinen „Grundsätzen" geschrieben. [41] Als weibliche Rekrutierungsplattform soll er die Frauen an die Partei binden und durch „intensive Medienarbeit" zur Ausdehnung ihres politischen Einflussbereichs beitragen. Doch bezwecke der RNF ebenso die gezielte Hervorhebung und Förderung von Frauen: Gerade sie möchte der Ring politisch schulen und „zur Übernahme von Verantwortung in den Kommunen, auf Landes- und Bundesebene" ermuntern. [42] Zugespitzt formuliert, fungiert der RNF erstens als nationaldemokratischer Multiplikator, zweitens als weibliches Aushängeschild der NPD und drittens als Interessenvertretung für Frauen innerhalb der Partei. [43]

Faktisch sind seine Befugnisse und Handlungsspielräume aber eher begrenzt. Das Statut, das der RNF im Rahmen seines zweiten Bundeskongresses am 27. September 2008 verabschiedete und das am 5. Oktober 2008 auch vom Bundesvorstand bestätigt wurde, kennzeichnet ihn als NPD-

Unterorganisation. [44] Jegliche Beschlüsse unterliegen somit der Zustimmung des Bundesvorstands. [45] Kraft ihres Amtes erhält die RNF-Bundessprecherin einen Sitz im Parteivorstand, wodurch sie theoretisch etwas Einfluss auf den innerparteilichen Entscheidungsprozess nehmen kann. Finanziert wird die Frauenorganisation primär durch die – sehr niedrigen – Mitgliedsbeiträge und die Zuschüsse der Mutterpartei, was bei der chronisch klammen Finanzlage der NPD den Aktionsradius des RNF zwangsläufig beschränkt. Die Mitgliedschaft – in den 2000er-Jahren zählte die Organisation schätzungsweise 100 bis 150 Mitglieder, in den 2010er-Jahren lag deren Zahl kontextbedingt wahrscheinlich sehr viel niedriger – steht „deutschen“ Frauen ab 16 Jahren offen; der Eintritt in die NPD ist nicht verpflichtend. Seit 2010 können auch Männer Mitglied bzw. einem paternalistischen Impetus entsprechend „Fördermitglied“ werden. Außerdem ist die Organisation seit ihrer Gründung in mehrere Verbände gegliedert, deren Existenz und Entwicklung größtenteils vom Aktivismus einiger weniger Akteurinnen abhängen. 2009 verfügte der RNF noch über vier regionale und elf lokale Verbände; im Jahr 2020 schienen lediglich die RNF-Gruppen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Thüringen dank des ausgeprägten Engagements von Edda Schmidt, Ricarda Riefling und Antje Vogt noch etwas aktiv zu sein.

Trotz der satzungsdiktierten Kontrolle der NPD über den RNF und der damit verbundenen Begrenzung seiner politischen Handlungsfähigkeit sollte man die Bedeutung seiner Gründung nicht unterschätzen. Andrea Röpke und Andreas Speit haben sie schlicht als strategischen Schachzug der Partei dargestellt, als Beschluss, der von oben herab gefasst und den Parteifrauen aufoktroyiert wurde, um das weibliche Wählerreservoir besser ausschöpfen zu können. Auslöser dafür sei das Ergebnis einer Emnid-Umfrage von 2006 gewesen, wonach 25% der befragten Frauen xenophobe Einstellungen aufwiesen. [46] Denkbar ist natürlich, dass die Umfrage Udo Voigt darin bestärkte, das Projekt zu unterstützen; unbestreitbare Tatsachen sind jedoch, dass die Initiative von den Nationaldemokratinnen selber

ausging, dass ihr jahrzehntelange Diskussionen rund um Frauen- und Partizipationsrechte in der Partei vorausgegangen waren [47] und sie allen Mängeln zum Trotz von den damaligen Akteurinnen als Moment weiblicher Ermächtigung gefeiert wurde. Die Entstehung des RNF ist zweifelsohne als Zeichen der innerparteilichen Modernisierung zu bewerten. Zwar lag dem Partizipations- und Expositionswillen der Nationaldemokratinnen, ihrem Streben nach Aufmerksamkeit, Glaubwürdigkeit, Gehör und Stimme kein feministischer oder emanzipativer Anspruch zugrunde, wohl artikulierten sie aber ein antisexistisches Bedürfnis: „Als national denkende Frauen stehen wir nicht hinter, sondern neben unseren Männern“, [48] vermerkten sie zur Selbstbehauptung in ihren „Grundsätzen“. Damit beanspruchten sie implizit die politische Gleichberechtigung und eine bessere Machtverteilung innerhalb der Parteistrukturen. Die Förderung von Frauen wurde jedoch weiterhin an die „Leistung“ jeder Einzelnen gekoppelt; die Idee einer Frauenquote lehnten die NPD-Frauen schon bei der RNF-Gründungsversammlung einhellig ab:

> „Alle Anwesenden konnten bestätigen, dass sie innerhalb der Partei von den Männern als gleichberechtigt angesehen werden. Es gelte das Leistungsprinzip der NPD, wer etwas leistet, wird auch in Verantwortungspositionen gelangen, sei es Mann oder Frau. Eine Frauenquote wurde übereinstimmend abgelehnt.“ [49]

In Ermangelung einer Quotenregelung erschien die Aktivität im RNF nun als Grundvoraussetzung für Frauen, um innerhalb der Partei zur politischen Verantwortung zu gelangen. Die empirischen Daten lassen tatsächlich einen RNF-Effekt erkennen; sie zeigen, dass die Zahl der RNF-Aktivistinnen in den Vorständen auf Bundes- und Landesebene in den Jahren nach der Gründung sprungartig anstieg: 2008 machten sie immerhin 67% aller NPD-Funktionärinnen aus, 2009 waren es 75%. [50] Zeitweilig verbesserte die Existenz der Organisation also offenbar die Stellung der Frauen innerhalb der Partei. Dass sie

dem weiblichen Zusammenhalt aber nicht unbedingt förderlich war, belegen die vielen Krisen und Konflikte, die der RNF seit seiner Gründung zu bewältigen hatte und hat.

1.3. Krisen, Dissens und Grabenkämpfe: die Entwicklung des RNF

Seit 2006 haben sich fünf Frauen – Gitta Schüssler, Edda Schmidt, Sigrid Schüssler, Ricarda Riefling und Antje Mentzel – mit jeweils unterschiedlicher Prioritätensetzung, verschiedenen Zielvorstellungen und abweichenden Führungsstilen an die Spitze des RNF gestellt. Für die erste Bundessprecherin Gitta Schüssler standen die Förderung und politische Professionalisierung von nationalistischen Frauen an erster Stelle. Ihr Ziel war es, mehr Frauen bei Wahlen aufzustellen und in die Parlamente der Bundesrepublik zu entsenden. Sie betrachtete den RNF als weibliches Korrektiv zu einer stark männlich dominierten nationaldemokratischen Politik. Dementsprechend erlaubte sie sich 2009 in ihrer hervorgehobenen Position als RNF-Vorsitzende, NPD-Bundesvorstandsmitglied und sächsische Abgeordnete, die sexistischen Manöver ihrer Partei in Mecklenburg-Vorpommern öffentlich zu kritisieren. Nach den Kommunalwahlen hatte der dortige Landesvorstand Franziska Vorpahl und Marianne Pastörs nahegelegt, ihre jeweiligen Mandate in der Rostocker Bürgerschaft und im Kreistag Ludwigslust an die Nationaldemokraten David Petereit und Stefan Köster abzutreten. Ein Vorgehen, das sonst kaum Anstoß erregte, da der Landesverband allemal für seinen Maskulinismus bekannt war und immer noch ist: Seit 2002 ist sein Vorstand frauenfrei, auch die Schweriner Fraktion war es bis 2016. Empört bezeichnete Gitta Schüssler die NPD aus Mecklenburg-Vorpommern als „Männersekte“, die das Vertrauen der Wähler untergrabe. Mit diesem Vorwurf verstimmte sie nicht nur ihre männlichen Parteifreunde, sondern auch ihre Mitstreiterinnen im RNF. Am 11. Juli 2009 stellten die Pressesprecherin Stella Hähnel und die stellvertretende Vorsitzende Judith Rothe einen

Misstrauensantrag gegen ihre Vorsitzende, weil solche „eigenmächtigen" Vorstöße und „feministischen Ansichten" ihnen zufolge für die Organisation nicht „hinnehmbar" waren. [51] Zwar entschuldigte sich Gitta Schüssler daraufhin bei ihren „Kameradinnen" für ihre vermeintlich unverhältnismäßige Reaktion; ihr Amt musste sie dennoch räumen. Judith Rothe übernahm den Vorsitz kommissarisch. Aus Protest verließ Jasmin Apfel (geb. Langer), selbst Beisitzerin im RNF-Vorstand, die Frauenorganisation.

Auf den ersten Blick mochte dieser Putsch wie ein persönlicher Vergeltungsschlag anmuten, doch spiegelte er wie unter einem Brennglas eine Konfliktlinie wider, die seit dem Ende der 2000er-Jahre die ganze NPD durchzog und zwei rivalisierende Flügel, zwei politische Linien und vor allem zwei Männer als entgegengesetzte Pole kannte: Udo Voigt und Holger Apfel. Zu den UnterstützerInnen Apfels zählten die Abgeordneten in Dresden und Schwerin, darunter die NationaldemokratInnen Gitta Schüssler, Jürgen Gansel und Peter Marx sowie das Ehepaar Marianne und Udo Pastörs, die allesamt eine eher pragmatisch-legalistische Linie vertraten. Sie standen somit im Widerspruch zur fundamentalistisch national-revolutionären Linie Voigts und dessen Mentors, des 2009 verstorbenen Jürgen Rieger, sowie dessen Gefolgschaft, zu der Jörg und Stella Hähnel und der Großteil der „freien Kräfte" gehörten, die seit Mitte der 1990er-Jahre Teil der NPD geworden waren. [52] Am 4. April 2009 gelang es Voigt beim Berliner Bundesparteitag, die innere Opposition zu schwächen. Rieger löste Apfel als stellvertretenden Vorsitzenden ab; Marx, Pastörs und Gansel wurden aus dem Vorstand ausgeschlossen und durch Jörg Hähnel ersetzt. Dieser Machtkampf wirkte sich ebenso auf den RNF aus: Nur wenige Monate später wurde auch dort, wie oben erwähnt, die Apfel-Anhängerin Gitta Schüssler aus der Führungsriege geschasst.

Mit dem Rückzug Schüsslers und der Wahl Edda Schmidts zur neuen Vorsitzenden am 17. Oktober 2009 veränderte sich ebenfalls die Ausrichtung des RNF. Die von Schüssler artikulierten Ansprüche und gesetzten thematischen Akzente –

Arbeitslosigkeit, Kapitalismus-, Globalisierungs- und Gender-Kritik – ersetzte Schmidt durch eine traditionalistische Linie, die dem historischen Revisionismus, dem nationalistischen Maternalismus und dem Praktizieren eines germanisch-völkischen Kultes den Vorrang gab. Offensichtlich war ihre Wahl eine Kompromisslösung gewesen: Innerparteilich gilt die mehrfache Mutter und Großmutter als konsensfähige, ideologisch lupenreine und treue „Kameradin", deren antiquiertes Auftreten mit dem reaktionären Weiblichkeitsbild der NPD übereinstimmte. Die Pressemitteilung, die am Tag nach ihrer Wahl veröffentlicht wurde, betonte entsprechend, dass Schmidt „laut Aussage führender RNF-Frauen politischen Aktivismus, politischen Sachverstand und Mütterlichkeit auf eine hervorragende Weise" verbinde. [53] Als NPD-Veteranin, offenkundige Nationalsozialistin und Anhängerin der Voigt'schen Linie verfügte sie über einen recht starken Rückhalt innerhalb des RNF; die Stellvertreterin Judith Rothe und die Pressesprecherin Stella Hähnel gehörten zu ihren Hauptunterstützerinnen. Wie jedoch die vielen Einträge in den einschlägigen Foren zeigen, stieß ihre Wahl in der extremen Rechten nicht nur auf Zustimmung. Einige AktivistInnen monierten die Entmachtung Schüsslers, die vielen als Sympathie- und Hoffnungsträgerin galt. Andere gaben Schmidt wegen ihres Alters – 2009 war sie 61 Jahre alt –, des von ihr vertretenen altmodischen Idealismus oder ihrer rückwärtsgewandten Gesinnung dem öffentlichen Gespött preis. [54] Durch den Sturz seiner Gründerin bekundete der RNF jedenfalls seine Loyalität gegenüber dem Parteivorsitzenden; er stellte sich zugleich bedingungslos unter die Vormundschaft der Partei. Vom ursprünglich betonten Selbstbehauptungswillen der Nationaldemokratinnen war nichts mehr zu spüren.

Unter der Leitung Edda Schmidts (2009–2012) konnte der RNF seine Strukturen dennoch ausbauen und konsolidieren. Regelmäßig und fast euphorisch informierte der Vorstand über Neuzugänge und Gruppenbildungen auf lokaler und regionaler Ebene. [55] Neben den Verbänden in Baden-Württemberg (Edda Schmidt), Rheinland-Pfalz (Jennifer Bagiel), Sachsen (Kathrin

Köhler), Sachsen-Anhalt (Judith Rothe) und Brandenburg (Stella Hähnel) entstand im März 2011 ebenfalls ein von Janette Krüger geleiteter Verband in Mecklenburg-Vorpommern. Der Wachstumsoptimismus, den die RNF-Führung in ihren Pressemitteilungen unentwegt vermittelte, [56] wurde am 25. Februar 2012 jedoch durch den Umstand getrübt, dass Edda Schmidt völlig unvermittelt ihr Amt aus „persönlichen Gründen" niederlegte. Dass die wirklichen Beweggründe weniger persönlicher als politischer Natur waren, legen die damaligen Gerüchte nahe, wonach das BfV sie als V-Frau „abgezogen" habe, um das zu diesem Zeitpunkt in Vorbereitung befindliche Verbotsverfahren gegen die NPD nicht zu gefährden. [57]

Judith Rothe übernahm nun abermals die kommissarische Leitung des RNF bis zum Bundeskongress in Halberstadt am 28. April 2012, bei dem Sigrid Schüssler mit einem durchwachsenen Abstimmungsergebnis zur neuen Vorsitzenden gewählt wurde. Bekannt war die 1969 geborene Schauspielerin bis dahin vor allem durch ihre Auftritte als „Hexe Ragna" in Schulen oder als nationalistische Kabarettistin bei rechtsextremen Veranstaltungen; in der NPD war sie sonst lediglich ab 2009 als Mitarbeiterin der „Deutschen Stimme" und Mitglied des bayerischen NPD-Landesvorstands in Erscheinung getreten. Nach ihrer Wahl zur RNF-Bundessprecherin erläuterte sie wie folgt, auf welche Art und Weise sie die Nationaldemokratinnen hinter sich zu sammeln gedachte:

> „Natürlich habe ich einen völlig anderen Führungsstil als meine Vorgängerinnen, denen ich hier – besonders der von mir auch persönlich sehr geschätzten Edda Schmidt – noch einmal meinen Dank für die bisher geleistete Arbeit aussprechen möchte. Es hat sich allerdings gezeigt, dass wir […] in eine Sackgasse geraten sind, aus der ich den RNF durch neue Impulse und Ideen herausführen möchte. Politik muss auch Spaß machen! Dabei ist mir jede Frau willkommen, egal welcher ‚Strömung' oder ‚Fraktion' sie angehört, sofern sie sich für unsere Heimat einsetzen und deutsche, nationale Interessen schützen und vertreten möchte. Mein großes Vorbild ist Marine Le Pen, die es in

> perfekter Weise versteht, Weiblichkeit mit knallharten politischen Zielen zu verbinden.“ [58]

Um die Grabenkämpfe zu beenden und ein Zeichen der Versöhnung zu setzen, gliederte sie Gitta Schüssler und Jasmin Apfel [59] direkt wieder in den RNF-Vorstand ein und setzte darüber hinaus auf ein neues politisches Selbstverständnis, das mit der germanisch-völkischen Ausrichtung ihrer Vorgängerin brach und einen „fortschrittlichen“, „selbstbewussten“ Führungsstil inszenierte. Dabei galt ihr mit transnationalem Blick auf Frankreich die Nationalistin Marine Le Pen [60] als Vorbild. Mit ihrer „umwerfenden Weiblichkeit“ [61] war es dieser, so Schüssler, gelungen, den Front national (seit 2018: Rassemblement national) nach ihrer Machtübernahme 2011 grundlegend zu transformieren. In dieser Manier wollte auch sie das Image bzw. das Weiblichkeitsbild der NPD maßgeblich modernisieren, um die Partei politisch salonfähig zu machen. Der Impuls, den die FN-Chefin dem europäischen Nationalismus im Zuge der 2010er-Jahre gegeben habe, sei auch für den RNF wegweisend:

> „Marine Le Pen ist eine von sich überzeugte und überzeugende, charismatische erwachsene Frau. Ihre politischen Standpunkte vertritt sie mit aller Natürlichkeit und reagiert auf etablierte Phrasen mit trockenem Humor. Auch wenn sich in wenigen Details durchaus Differenzen zur nationalen Grundhaltung unserer Partei finden, so verbinden die Gemeinsamkeiten, die für die Zukunft der Völker Europas entscheidend sind.“ [62]

Auch im damaligen Programm des FN sah Schüssler Schnittmengen mit dem der NPD: Die „nationale Priorität“, sprich die Ausgliederung von „Ausländern“ aus dem Sozialsystem und die massenweise Abschiebung von Eingewanderten, die Wiedereinführung der Todesstrafe, der Austritt aus der NATO, der EU und dem Euro, die Annäherung an Russland und der wirtschaftliche Protektionismus waren

allesamt Ideen und Überzeugungen, die auch sie für richtig hielt und die Frauen ihr zufolge „souveräner“ und „natürlicher“ vertreten konnten als Männer. [63] Nach den französischen Parlamentswahlen im Juni 2012 gratulierte sie den frisch ins Palais Bourbon gewählten Abgeordneten Marion Maréchal-Le Pen und Gilbert Collard und wünschte auch der FN-Vorsitzenden, mit der sie sich ganz besonders zu identifizieren schien, „Ausdauer und Erfolg“ in ihrem politischen Handeln. [64] Kurz darauf nahm sie zu Vernetzungszwecken Kontakt zu französischen RechtsextremistInnen auf [65] und schloss bspw. eine kurzzeitige, aber symbolträchtige Allianz mit Marie-Christine Jobert, einer FN-Aktivistin aus Vichy.

Während ihrer Amtszeit als RNF-Chefin war Sigrid Schüssler durchaus rührig und geschäftig. Stets darum bemüht, politisch und medial Präsenz zu zeigen, veröffentlichte sie zahlreiche Beiträge auf der RNF-Homepage und in den sozialen Netzwerken und trat u. a. bei einschlägigen Veranstaltungen als Rednerin auf. Außerdem baute sie die Organisationsstrukturen weiter aus, koordinierte 2013 etwa die Gründung von zwei RNF-Verbänden in Thüringen und Bayern und ließ sich außerdem im gleichen Jahr bei der bayerischen Landtagswahl als Spitzenkandidatin aufstellen. Dem Voluntarismus zum Trotz, den Schüssler in diesen zwei Jahren an den Tag legte, wirkte sich die dem erneuten Verbotsverfahren geschuldete, äußerst fragile Lage der NPD auch auf den RNF aus. Die weibliche Basis ließ sich nur schwer für die Parteiarbeit mobilisieren; dem RNF fehlte es zudem an Mitteln und Ressourcen. Darüber hinaus ertönte auch interne Kritik: Man monierte den eigenwilligen Führungsstil der Bundessprecherin und sagte ihr nach, den RNF speziell zur Eigenprofilierung nutzen zu wollen. Ihre „Kameradinnen“ schockierte sie durch ihre vielfältigen Provokationen und Anmaßungen sowie durch ihren scheinbar grenzenlosen, als extravagant und dekadent betrachteten politischen Ehrgeiz. Auch sorgten ihre schillernde Persönlichkeit bzw. ihr „bewusst erotisch aufgeladener genderkritischer Kurs“, [66] den sie u. a. durch eine hypersexualisierte und erotisierte Weiblichkeitsinszenierung zur Schau stellte, in den RNF-Reihen

regelmäßig für Empörung und Ablehnung. Wie es Andrea Röpke treffend schrieb, war sie „laut, unangepasst, autoritär und bunt“ [67] und für Traditionalistinnen wie Edda Schmidt schier untragbar. Als Holger Apfel im Dezember 2013 seinen Rücktritt bekannt gab, gratulierte ihm Sigrid Schüssler auf Facebook zu diesem Schritt, den sie angesichts seiner „politischen Intrigen“ als überfällig bezeichnete. [68] Diese Stellungnahme brachte ihr von Seiten der Apfel-Unterstützerinnen viel Kritik ein; die Vorstandsmitglieder Gitta Schüssler und Heidrun Walde distanzierten sich von der Vorsitzenden, Ricarda Riefling drängte ihrerseits auf die sofortige Löschung des Facebook-Posts. Der Konflikt brach offen aus. Wenige Wochen später kursierte das Gerücht über den unmittelbar bevorstehenden Ausschluss Schüsslers. Um dem zuvorzukommen, legte sie im März 2014 ihr Amt selbst nieder und schied aus dem RNF aus. In einer Pressemitteilung rechnete sie noch einmal mit der Frauenorganisation ab, bescheinigte dieser etwa eine „unterentwickelte Kommunikationskultur sowie fehlendes Gespür für das politisch Wesentliche“ und ein mangelndes „Interesse an selbstbewussten, modernen Frauen“. [69] Mit der NPD hatte sie jedoch noch nicht abgeschlossen. Im November 2014 kandidierte sie beim Weinheimer Parteitag – vielleicht aus Trotz gegen ihre ehemaligen RNF-Kampfgefährtinnen oder aus Selbstüberzeugung, gar aus Selbstüberschätzung, was ihren realen Rückhalt in der Partei betraf – sogar für den Parteivorsitz. Anders als Marine Le Pen, die 2011 dank der Unterstützung ihres Vaters und vormaligen FN-Chefs, Jean-Marie Le Pen, zur Vorsitzenden gewählt worden war, konnte Schüssler die Wahl jedoch nicht für sich entscheiden: Mit ihren 18 Stimmen kam sie lediglich auf den dritten Platz, weit hinter Frank Franz (86 Stimmen), der den Bundesvorsitz übernahm. Im Dezember 2014 ließ Schüssler die Partei definitiv hinter sich.

Derweilen hielt der RNF seinen Bundeskongress am 29. März 2014 in Abwesenheit Sigrid Schüsslers und unter der Leitung des stellvertretenden NPD-Vorsitzenden Frank Schwerdt ab, dessen ostentative Gegenwart einiges über die männliche Bevormundung über die Frauenorganisation erahnen ließ. Neue

Bundessprecherin wurde die damals 30-jährige Ricarda Riefling. Begleitet wurde sie von den historischen RNF-Mitbegründerinnen Gitta Schüssler (Sachsen), Heidrun Walde (Sachsen-Anhalt) und Edda Schmidt (Baden-Württemberg). Neu dazu kamen Monique Möller (Thüringen) und Maria Fank (Berlin). Ursprünglich aus der Skinhead-Szene stammend, war Riefling 2002 zur GDF gestoßen, deren niedersächsische Leiterin sie über Jahre hinweg war. 2006 kam sie zum RNF, 2007 trat sie dann in die NPD ein. Ein Jahr später leitete sie den NPD-Kreisverband Oberweser sowie den niedersächsischen RNF-Verband und trat dem Vorstand der Frauenorganisation bei. Nach ihrer Scheidung vom Kameradschaftsführer Dieter Riefling, mit dem sie vier Kinder hat, verließ sie Niedersachsen, um sich in Rheinland-Pfalz niederzulassen. Dort ist sie seit 2013 stellvertretende NPD-Vorsitzende, direkt unter der Leitung ihres neuen Lebensgefährten Markus Walter, des aktuellen Landesvorsitzenden. Seit 2014 sitzt sie ebenfalls im Bundesvorstand. Als NPD-Aktivistin, -Netzwerkerin, -Wahlbewerberin und -Amtsträgerin legte Ricarda Riefling innerparteilich eine recht steile Karriere hin. In nur wenigen Jahren stieg sie zu einer der einflussreichsten Frauen in der NPD auf, doch gelang ihr der kometenhafte Aufstieg nur auf Kosten von Zugeständnissen: einer unbedingten Loyalität gegenüber der Partei sowie einer gewissen politischen Diskretion. Sich selber als „antifeministisch, traditionalistisch und patriotisch“ bezeichnend, kehrte sie zu einem „klassischeren“ Führungsstil und einem „mütterlichen“ Politikverständnis zurück. Nach eigenen Angaben sah sich die gelernte Sozialarbeiterin eher als „Gebärmaschine“ und Hausfrau denn als Politikerin. Daher schien sie „natürlich“ bestens geeignet, um die reaktionäre NPD-Familienpolitik über den RNF zu vermitteln.

Seit dem 27. Mai 2017 leitet Antje Mentzel [70] die Frauenorganisation. Neben Ricarda Riefling, die wegen „vielfältiger anderer Aufgaben“ auf eine erneute Kandidatur verzichtet hatte und nun als Stellvertreterin und Schatzmeisterin fungiert, gehörte aus der vormaligen Riege nur noch Gitta Schüssler als Pressesprecherin dem Vorstand an. Sichtbar

verjüngt und mit einer neuen Besetzung, zu der etwa Marina Djonovic (stellvertretende Bundessprecherin), Nina Böhm und Denise Salem (Beisitzerinnen), Reinhild Schützinger und Alexandra Lange (Kassenprüferinnen) gehörten, wollte der RNF-Vorstand den politischen Neustart wagen, um „nationale Frauen zu einer Gemeinschaft zusammenzuführen, zu schulen und zum politischen Aktivismus zu motivieren“, wie es Antje Mentzel in ihrem ersten Rundbrief ausdrückte. [71] Ihre Bilanz auf diesem Feld bleibt kläglich. Zwar versuchte sie, NationalistInnen punktuell durch Aktionen, Versammlungen und Informationsstände gegen den Staat und die Bundesregierung zu mobilisieren, indem sie 2018 bspw. anti-migrantische „Schutzzonen“ zu etablieren versuchte oder 2020, mitten in der Corona-Pandemie, an den „Hygiene-Demos“ teilnahm. Sie konnte dabei jedoch so gut wie keine Resonanz entfalten; wie der RNF und die NPD allgemein stand auch sie politisch abseits; ihre Wirkung ist jedenfalls bisher marginal geblieben.

Dieser kurze geschichtliche Abriss der krisengebeutelten NPD-Frauenorganisation verdeutlicht, wie begrenzt die Handlungsspielräume der jeweiligen Vorsitzenden waren und sind. Trotz deklarierter Autonomie wirkten sich die Geschicke der Mutterpartei direkt auf sie aus. Die Krisen, Skandale und Querelen, die aus den immerwährenden Flügelkämpfen resultierten, bestimmten in der NPD wie auch im RNF den aktivistischen Alltag; sie lähmten sowohl die Strukturen als auch den Aktivismus. Die mehrmals willkürlich durchgesetzte Verdrängung „störender“ Führungspersönlichkeiten, weil sie „kühne“ Forderungen stellten, teils antisexistische Positionen artikulierten und als Frauen eigene politische Akzente setzen wollten, zeugt zum einen von der Dominanz der „Traditionalisten“ gegenüber den „Modernen“. Zum anderen verdeutlicht das Prozedere, dass der RNF seinem Ursprungsziel – den Parteifrauen eine Interessenvertretung zu bieten – nie gerecht wurde. Ein kollektives weibliches Bewusstsein mochte es zu Beginn noch gegeben haben, doch fungierte die Frauenorganisation bisher vornehmlich als nationaldemokratisches Aushängeschild – als solches bot sie

Frauen zwar einen gesonderten Raum für deren Aktion und Kommunikation; politische Gestaltungsmacht gehörte jedoch nicht zu deren Errungenschaften.

2. Der Aktivismus des RNF: Aktionen, Netzwerke, Wirkung

Aktivistisch betrachtet, ergänzen RNF und GDF einander ganz und gar: Auf den mehr oder minder deckungsgleichen Führungsmitgliedern basierend, nutzen beide Frauenorganisationen unterschiedliche Mittel und dienen verschiedenen Zwecken innerhalb eines weiblich codierten Raumes. Während der RNF das weiblich-aktionistische Image der NPD bewerben soll, pflegt die GDF einen weiblich-reaktionären Kommunitarismus. Anders als der RNF versteht sich die GDF vornehmlich als Ideologisierungs- und Bildungsraum bzw. als Rückzugsort für nationalistische Frauen und Mütter. [72] Ihre Aktivitäten beschränkt die eher klandestin agierende Organisation meist auf informelle Treffen, Unterhaltung, Museumsbesuche, Ausflüge in freier Natur oder zu historischen Stätten. Der Gemeinschaftsgeist solle dadurch gefördert werden. So jedenfalls erklärte es Stella Hähnel 2010 in ihrem Jahresrückblick:

> „Ob es der Besuch eines Museums, einer Sehenswürdigkeit, das Erarbeiten eines Laienschauspiels, einer Frühlingsfeier oder auch das kürzliche Arbeitstreffen zum Thema Familienpolitik heute ist, ein GDF-Treffen macht Spaß und jede Frau nimmt eine persönliche Erfahrung und auch neues Wissen mit nach Haus. Das Zusammensein mit gleichgesinnten Frauen ist eine Wohltat für die Seele, denn hier versteht man sich und hier spricht eine der anderen aus dem Herzen." [73]

Doch scheut die GDF auch die Öffentlichkeit nicht; sie nahm bisher regelmäßig an den Aktionen des „Nationalen

Widerstands“ teil. Bei „Heldengedenk“-Veranstaltungen für die Wehrmachtssoldaten und den Karl Dönitz-Gedenkfeiern war sie Ende der 2000er-Jahre genauso zugegen wie bei dem Jenaer „Fest der Völker“ (2009) oder bei den alljährlich im Andenken an die deutschen Opfer der alliierten Bombardements vom 13.–15. Februar 1945 stattfindenden „Trauermärschen“ in Dresden. Auch kleinere Aktionen, etwa eine symbolische „Friedhofsaktion“ in Berlin 2006, bei der die NationalistInnen Gräber von Berliner Bombenopfern putzten, nutzte die GDF zu Kommunikationszwecken. [74]

Auch der RNF hat am Aktionismus des rechten Lagers teil. Ein kursorischer Blick auf seine Aktivitäten zeigt, dass die NPD-Frauenorganisation von Anfang an aktiv bei den Aufmärschen und Kampagnen der extremen Rechten mitwirkte. Jedes Jahr marschieren RNF-Frauen bspw. bei den Kundgebungen zum 1. Mai hinter roten Bannern und propagieren zu Ehren des nazistischen „Tags der nationalen Arbeit“ sozial-revolutionäres und rassistisches Gedankengut. Nationaldemokratinnen wie Heidelore Karsten konnte man ebenfalls beim „21. Tag der Sachsen“ (2012) antreffen; Edda Schmidt nahm am 4. „Südwestdeutschen Kulturtag“ (2013) teil; Antje Mentzel und Nina Böhm fanden sich 2015 beim Rechtsrock-Konzert „für Meinungsfreiheit“ ein. Nach dem Mord, den ein afghanischer Geflüchteter 2018 an einem deutschen Mädchen in Kandel (Rheinland-Pfalz) verübt hatte, unterstützte der RNF die Mutterpartei bei der Mobilmachung gegen den „Asylwahnsinn“. Nicht zuletzt versuchte die Organisation auch an zivilgesellschaftliche Mobilisierungsinitiativen anzudocken. So entsandte sie einzelne Aktivistinnen zu Protestaktionen der „Gelbwesten“ im thüringischen Sömmerda (Juni 2019) oder zu den „Hygiene-Demos“, die im Frühling 2020 während der „Corona-Krise“ gegen den staatlich verhängten „Shutdown“ protestierten. [75] Dadurch erhoffte sie sich eine größere Sichtbarkeit für die Nationaldemokratinnen, die durch ihre Gegenwart der NPD in ihrem „Kampf um die Straße“ assistierten.

Zu den bevorzugten Tätigkeitsbereichen des RNF gehört es

ferner, die politische Arbeit der Partei durch seine „weibliche Expertise“ zu unterstützen. 2007 beauftragte etwa die sächsische Landtagsfraktion Jasmin Langer mit einer Präsentation über die Sozialpolitik aus „weiblicher Perspektive“ – ein einmaliger Vorgang, den Gitta Schüssler mit der „fachliche[n] Kompetenz der führenden RNF-Vertreterin“ und dem besonderen „Beitrag des RNF zur Meinungsbildung im Bereich nationaler Sozialpolitik“ zu rechtfertigen wusste, [76] obwohl die Einladung Langers vermutlich eher ihrer privaten Verbindung zum Fraktionschef Apfel geschuldet war. Unleugbar ist nämlich, dass die innerparteiliche Nachfrage nach weiblichem „Expertentum“ bislang eher gering ausgefallen ist. Die Partei setzt die Nationaldemokratinnen lieber als Multiplikatorinnen ein. Entsprechend beteiligen sich RNF-Frauen an diversen Parteiaktionen – an Flugblattaktionen, Tierschutzaktionen, Kleidungsspenden für sozial Benachteiligte, an Kinderfesten, Rechtsrock-Konzerten usw. –, [77] betreuen etwa bei den Bundesparteitagen Infostände und waren nach 2007 ebenfalls bei allen „Sommerfesten“ der NPD anwesend. Sie übernahmen dort bisweilen auch die logistischen Aufgaben und das „Familienunterhaltungsprogramm“. [78] Zu Zwecken der Eigenwerbung führte der RNF parallel dazu ebenfalls autonome Aktionen durch und teilte gelegentlich, etwa bei regionalen oder lokalen Verbandsneugründungen, in Fußgängerzonen Rosen an PassantInnen aus. [79] Zu den größeren Veranstaltungen zählte ein Vortrag über „Frauen in der nationalen Politik“, zu dem Aktivistinnen in Berlin-Neukölln im Herbst 2008 einluden. 30 Interessierte folgten der Einladung. Zwar blieb das Echo verhalten, doch erregten zumindest die Zusammenstöße zwischen NationalistInnen und AntifaschistInnen, welche die Veranstaltung begleiteten, die Aufmerksamkeit eines Teils der Öffentlichkeit. [80]

Zielgruppe des RNF sind vorwiegend Mütter. Sie möchte er mit seinem nationalistischen Maternalismus ansprechen und an die Partei heranführen. Bei einer der Mutterschaft gewidmeten Messe in Berlin-Charlottenburg propagierten Mitglieder des Berliner Verbands im November 2007 die NPD-Familienpolitik.

Zwei Jahre später bewarben sie mithilfe von Infoständen in den im Berliner Westen gelegenen Stadtteilen Reinickendorf und Steglitz das „Müttergehalt“. [81] 2014 rief die Organisation in Rheinland-Pfalz ein „Müttercafé“ ins Leben, [82] um Frauen Raum für den politischen Austausch zu geben. In ihrer Familienarbeit richten die Nationaldemokratinnen ein besonderes Augenmerk auf den Kinderschutz, ein traditionsreiches Mobilisierungsthema der extremen Rechten. Schon im Februar 2002 hatten NPD-Frauen einen kaum bemannten Demonstrationszug durch Greifswald geführt, um gegen Pädophilie zu protestieren. In dieser Tradition meldete Gesine Hennrich, die ehemalige Vorsitzende des Berliner RNF-Verbands, 2008 eine Demonstration „gegen Verwahrlosung, Misshandlung und Kinderschändung“ in der Hauptstadt an, zu der immerhin über 400 AktivistInnen aus Berlin und Umgebung anreisten. [83] In Riesa organisierte Jasmin Apfel 2011 eine Luftballonaktion „gegen Gewalt an Kindern“; Sigrid Schüssler rief im September 2012 die Parteifrauen zur Teilnahme an einem entsprechenden Aufmarsch in Stendal (Sachsen-Anhalt) auf, und auch Edda Schmidt lief 2016 bei einer „Demonstration gegen Pädophilie“ in Sinsheim (Baden-Württemberg) mit. [84] Das Thema rollt die NPD meistens dann auf, wenn Vorfälle von Misshandlung oder Kinderschändung öffentlich bekannt bzw. skandalisiert werden und sich die gesellschaftliche Entrüstung politisch am besten ausnutzen lässt. Dass NPD-Mitglieder von den Ermittlungsbehörden bisweilen des Besitzes von kinderpornographischem Material, gar des Kindesmissbrauchs verdächtigt und manchmal verurteilt wurden [85] und auch sonst in Sex-Skandale verwickelt waren, [86] ist ein offenes Geheimnis, das sie bislang nicht davon abhält, sich öffentlich als „Saubermann“ zu präsentieren und eine knallharte Sicherheitspolitik zu fordern.

Unter den Agitationsbereichen des RNF ist die NS-Erinnerungspolitik ebenfalls prominent vertreten. Neben Zeitzeugengesprächen [87] veranstaltet er sein „Heldengedenken“ in nationalsozialistischer Tradition am Tag des Volkstrauertags. Anders als in der Bundesrepublik üblich, geht es den

Rechtsextremistinnen dabei nicht um die Kriegstoten oder die Opfer von Diktatur und Willkürherrschaft, sondern um die Ehrung von NSDAP-Größen, Wehrmachtsangehörigen und Kriegsverbrechern. Im November 2010 begab sich Edda Schmidt entsprechend zum Grab von Konstantin Hierl, dem einstmaligen RAD-Chef; Jasmin Apfel organisierte zur Huldigung der gefallenen deutschen Soldaten im Zweiten Weltkrieg an dem Tag ebenfalls eine kleine Gedenkzeremonie in Riesa. [88] Darüber hinaus partizipierte der RNF seit 2007 im Februar regelmäßig an den „Dresdner Gedenkmärschen", die zeitweise zu den bedeutendsten Events der extremen Rechten gehörten und dabei Hunderte, wenn nicht Tausende AktivistInnen aus ganz Deutschland mobilisierten. So legten die RNF-Vorsitzende Edda Schmidt und Jasmin Apfel am 14. Februar 2011 auf dem Heidefriedhof einen Blumenkranz zu Ehren der durch die Bomben gestorbenen „Mütter von Dresden" nieder, bevor sie sich der offiziellen Prozession ihrer „KameradInnen" anschlossen. [89] Nur wenige Tage später nahm Schmidt an einer Mahnwache für die Dresdner Opfer in Pforzheim teil. [90] Auch die damalige sächsische RNF-Chefin Katrin Köhler richtete eine kleine Gedenkzeremonie auf einem Chemnitzer Friedhof aus. In einer Presseerklärung erläuterte sie ihre revisionistische Intention mit dem Argument, dass

> „diese Menschen […] Großes geleistet [haben], unsere Eltern und Großeltern waren keine Verbrecher. Sie haben ihre Heimat geliebt und für diese Liebe sind viele von ihnen unschuldig in den Flammen und Trümmern umgekommen. Wir wollen uns ehrenvoll an sie und ihren Überlebenskampf erinnern, deshalb waren wir heute an ihren Gräbern. Unsere Ahnen mahnen uns." [91]

In diesem Bereich war Edda Schmidt bislang vermutlich die profilierteste Erinnerungsaktivistin. Sie ist es hauptsächlich, die seit 2006 die Ausflüge der Organisationsmitglieder zu geschichtsträchtigen Orten koordiniert. Wie an Fronleichnam 2013, als sie den Mitgliedern ihres baden-württembergischen

RNF-Verbands eine „Pilgerfahrt“ in den Schwarzwald anbot, um den 90. Todestag Albert Leo Schlageters, eines von den Franzosen während der Ruhrbesetzung 1923 hingerichteten Nationalisten, zu begehen. Auch auf der Facebook-Seite des RNF erinnern einzelne, vermutlich von ihr veröffentlichte Postings an Schlageters Geburtstag. [92]

All diese Beispiele verdeutlichen, mit welchen Mitteln die Nationaldemokratinnen Erinnerungspolitik betreiben: Durch die Popularisierung eines nationalistischen Gedächtnisses halten sie die Erinnerung an die nationalsozialistische Werte-, Kampf- und Opfergemeinschaft wach. Die „deutschen Opfer“, Soldaten, Bombentote, Vertriebene, inhaftierte NS-Täter und „politische Gefangene“, gemeint sind verurteilte, in Haft sitzende RechtsextremistInnen wie Ursula Haverbeck zum Beispiel, werden in der Bundesrepublik propagandistisch hervorgehoben, die „anderen“ Opfer – also die Holocaust- oder NS-Opfer – dabei gänzlich vergessen bzw. unsichtbar gemacht. Mit diesem geschichtspolitischen Relativismus, der sich nahtlos in die Parteitradition einfügt, manifestieren die Neonazistinnen des RNF ihren antirepublikanischen Standpunkt: Wie eh und je geht es ihnen vorrangig um eine „nationalistische Wiedergutmachung“ und die undifferenzierte Rehabilitierung der NS-Diktatur.

An dieser Stelle sollte noch ein letzter Bereich erwähnt werden, den der RNF bisher reichlich kultiviert hat: den der rechtsextremen Netzwerkpflege. Seit seiner Gründung schöpft der RNF sein aktivistisches Potential in nicht unerheblichem Maße aus dem bewegungsförmigen Netz, das der extremen Rechten zugrunde liegt und sie seit jeher stabilisierungsfördernd mit Personal, Strukturen und Ressourcen versorgt hat. Konkret gelingt die Vernetzung erstens durch die Mehrfachmitgliedschaften der Nationaldemokratinnen. Dementsprechend engagierten sich RNF-Frauen nebenbei in der völkisch-rassistischen Artgemeinschaft (Edda Schmidt, Petra Müller) oder in neonazistischen Gruppierungen wie Frontbann 24 (Gesine Hennrich) und Ostara (Judith Rothe). Zweitens sucht der RNF

auch transnational nach Verbündeten: So kam es 2007 zu Kontakten mit dem Schweizer Kampfbund nationaler Aktivistinnen (KNA) und 2013 mit dem französischen Front national (seit 2018: Rassemblement national) und der britischen National Front. Drittens konnte der RNF sein politisches Angebot durch Nebenorganisationen diversifizieren. Wie es der SFD 1998 mit der Gründung eines „Nationalen Sanitätsdienstes“, der ursprünglich den aussagekräftigen Namen „Das braune Kreuz“ [93] trug, vorgemacht hatte, gründeten auch die RNF-Frauen zweckbezogene Strukturen. 2007 stellten Sigrid Schüssler und Iris Niemeyer die Gruppe Jeanne D. – für „Jeanne Deutschland“ – auf die Beine. Die Anspielung auf die französische Nationalheldin Jeanne d’Arc mag im deutschen Kontext durchaus erstaunen, doch sollte die Namensgebung auf die Beharrlichkeit des „nationalen Widerstands“ verweisen, den Jeanne D. zu repräsentieren vorgab. Als „Selbsthilfegruppe für politisch verfolgte Frauen in Zeiten der BRD“ bot sie denjenigen Hilfe an, denen aufgrund ihrer politischen Weltanschauung gekündigt wurde. So gerierten sich die Nationaldemokratinnen in etwas dubioser Anlehnung an das historische Vorbild als vermeintliche Widerstandskämpferinnen gegen staatliche Willkür, Freiheitsberaubung, Diskriminierung und Zensur des „BRD-Regimes“:

> „Die Selbsthilfegruppe möchte mit ihrer Tätigkeit nicht nur dazu beitragen, die Erinnerung an jene wach zu halten, die durch ihr persönliches Engagement gezeigt haben, dass es möglich ist, dem ‚BRD-Regime‘ entgegenzutreten und ein Stück weit zu widerstehen. Sie möchte dazu beitragen, die Sinne jeglicher Art von undemokratischer Vereinnahmung und Verhaltensweise zu schärfen und die Bürger zu Zivilcourage in den unterschiedlichen Bereichen gesellschaftlichen Lebens und Wirkens zu ermutigen. […] Wir unterstützen politisch verfolgte Frauen in ihrer Erfahrung der Denunziation, Verfolgung und Benachteiligung […]. Wir bereiten zusammen mit den Angeklagten oder auch Klägerinnen den Prozess vor und sorgen dafür, den politischen Hintergrund an die

> Öffentlichkeit heranzutragen.“ [94]

Tatsächlich bezog sich diese „Repression“ auf die gängige Outing-Praxis der „Antifa“, die darin besteht, den Arbeitgeber, den Kollegenkreis, das Umfeld und die Medien über das politische Engagement einzelner RechtsextremistInnen aufzuklären. Angestellt in einem katholischen Jugendzentrum im westfälischen Rheine-Mesum wurde Iris Niemeyer 2007 selber „geoutet“. Als sie sich weigerte, aus der NPD auszutreten, wurde sie entlassen. Ähnliches widerfuhr Stella Hähnel und Ricarda Riefling: Im Frühling desselben Jahres musste Erstere ihre ehrenamtliche Tätigkeit in einem Familienzentrum im brandenburgischen Hohen Neuendorf nahe Berlin aufgeben; im Herbst verlor Letztere ihre Stelle in einem Schwimmverein im niedersächsischen Coppengrave. [95] Mögen die BefürworterInnen die Outing-Praxis als zivilgesellschaftlichen Beitrag zum Demokratieschutz verstehen, so nährt die öffentliche Ächtung von RechtsextremistInnen auch deren Fundamentalopposition gegen das „System“, das BürgerInnen „willkürlich“ diskriminiere. Allerdings kann die ehrenamtliche Arbeit von NPD-Frauen in Sportverbänden oder sozialen Einrichtungen tatsächlich als politische Tätigkeit betrachtet werden; sie ist Teil einer Camouflage-Strategie, die es ihnen erlauben soll, in ihrer unmittelbaren Umgebung die Mitte der Gesellschaft zu erreichen. Weniger sichtbar, diskreter und agiler als ihre männlichen Kameraden fungieren Frauen somit als gesellschaftliches Scharnier, da sie sich quasi inkognito in unterschiedliche Räume und Gruppen begeben können, ohne als rechtsextrem identifiziert zu werden: „Ihnen scheint es besser zu gelingen, sich dort zu bewegen, wo Parteistrategen so gerne sein wollen: in der Mitte des Volks“, meinte Ellen Esen. [96] Fern der Klischees, die medial über offensive und gewaltaffine AktivistInnen vermittelt werden, stellen Frauen eine extrem rechte Normalität her. Alltag, Kinder und Familie werden als Vorwand genutzt, um unauffällig Politik zu betreiben, diskrete Überzeugungsarbeit zu leisten und Einfluss zu nehmen. Gerade dieses Vorgehen ist charakteristisch für den „weiblichen

Rechtsextremismus“, weil es vermeintliche „weibliche Fertigkeiten“ zu politisch-weltanschaulichen Zwecken funktionalisiert. Jeanne D. kann demnach als Versuch gewertet werden, sich auf nationalistischer Seite durch juristischen Beistand gegen die beruflichen und sozialen Folgen der politischen Entlarvung zu wappnen. Doch lässt sich schwer einschätzen, wie erfolgreich die Selbsthilfegruppe dabei war: Zu Aktivität und Wirkung ist kaum empirisches Material vorhanden. Anzunehmen ist, dass die Gründung als PR-Aktion angelegt war und die Gruppierung demgemäß nur kurzweilig existierte. Dennoch leisteten die Nationaldemokratinnen mit diesem spezifischen Dienstleistungsangebot einen Beitrag zur Ausdifferenzierung und Konsolidierung des „nationalen Lagers“.

Dass die Netzwerkpflege des RNF hauptsächlich aber im privaten Rahmen über persönliche, freundschaftliche Kontakte bzw. über familiäre und eheliche Verbindungen läuft, zeigen mehrere Beispiele. Judith Rothe etwa verfügt zwar selber über vielfältige Kontakte in der Szene, etwa zu Isabell Pohl, einer führenden Aktivistin der freien Kameradschaften in Thüringen; ihren Stellenwert konnte sie im Milieu aber insbesondere über ihren Ehemann Enrico Marx erhöhen, der als zentrale Figur des sachsen-anhaltinischen Neonazismus gilt. [97] Ähnlich ist es bei Stella Hähnel. In erster Ehe heiratete sie – am 20. April 2000, an „Führers Geburtstag“ – den Neonazi und ehemaligen GdNF-, FAP- und NA-Kader Oliver Schweigert; nach der Scheidung vermählte sie sich mit dem NPD-Funktionär und „Liedermacher“ Jörg Hähnel. Ricarda Riefling war mit dem FAP- und Blood & Honour-Aktivisten Dieter Riefling verheiratet und bekam von ihm mehrere Kinder. Ob kurz oder langanhaltend, waren diese Eheschließungen und Partnerschaften, die sich meistens zu Familien und teilweise zu regelrechten Dynastien entwickeln, schon immer ein wesentlicher Stabilisierungsfaktor der extremen Rechten: Sie schaffen Kontinuität über Generationen hinweg. Solche Familienkonstellationen gewährleisten die rechtsextreme Sozialisierung von Kindern, die von klein auf eine völkische Gegenkultur vermittelt bekommen und, wie es Renate Bitzan schreibt, „in einer familiär homogenen nationalistischen

und rassistischen Atmosphäre erzogen“ werden. [98] Unterstützung in der „Nachwuchsförderung“ erhielten jene Familien in der Vergangenheit von Kaderschmieden wie der 1990 gegründeten, NPD-nahen Heimattreuen Deutschen Jugend (HDJ), in der sich RNF-Frauen wie Edda Schmidt, Petra Müller, Runhild Köster, Stella Hähnel und Silvia Kirchner bis zu ihrem Verbot 2009 teils in Führungspositionen aktiv einbrachten. [99]

In den letzten Jahren suchte der RNF, wie auch die NPD, verstärkt den Kontakt zu PEGIDA. Insbesondere 2015, als jene rassistisch-islamophobe „Empörungsbewegung“ [100] durch die Zuspitzung der europäischen „Flüchtlingskrise“ und die islamistische Terrorgefahr regen Zulauf erfuhr, beteiligten sich RNF-Frauen sichtbar an den bundesweiten Protestmärschen. Das langjährige Vorstandsmitglied Heidrun Walde bspw. sprach auf einer Kundgebung der MAGIDA, dem Magdeburger Ableger von PEGIDA, über die „Frühsexualisierung in der Bundesrepublik“; die ehemalige RNF-Bundessprecherin Sigrid Schüssler trat im April 2015 auf Einladung von Tina Müller als „politische Dissidentin“ bei der Braunschweiger BRAGIDA auf. [101] In Mecklenburg-Vorpommern war MVGIDA gänzlich in NPD-Hand; Antje Mentzel, die derzeitige RNF-Chefin, war hier Mitglied im Organisationsteam. Zwar stimmten die Nationaldemokratinnen, auch in ihrem eigenen Aktivismus, [102] in den Chor derer ein, die Hetze gegen Muslime, Flüchtlinge, AsylbewerberInnen und die bundesdeutschen Eliten zu ihrem politischen Schwerpunkt machten, doch konnten sie die „WutbürgerInnen“ nur bedingt für die Partei gewinnen. Die NPD war der Konkurrenz der AfD, ihrer mit Erfolg im gleichen Teich fischenden Rivalin, nicht gewachsen und konnte von PEGIDAs öffentlichkeitswirksamen Kampagnen jedenfalls nicht profitieren.

Mit dem allgemeinen Abflauen der Parteiaktivität scheint sich der Aktivismus des RNF in der Ära Mentzel auf das virtuelle Netz verlagert zu haben. Historisch betrachtet, war die NPD 1996 die erste rechte Partei mit eigener Homepage. Als Modernisierungsbeschleuniger eröffnete ihr der Zugang zum Internet unverhofft neue Perspektiven: Über die eigenen

digitalen Verbreitungskanäle ließen sich politische Inhalte massiv und kostengünstig propagieren, Aktionen koordinieren und AnhängerInnen mobilisieren. Die Kontrolle der „Systemmedien“ konnte umgangen und eine eigene, extrem rechte Gegenöffentlichkeit geschaffen werden. [103] Auch die NPD-Frauen entdeckten das Internet für sich. Auf ihren GDF- und RNF-„Netzseiten“ betrieben sie seit Mitte der 2000er-Jahre mal mehr, mal weniger digitale Öffentlichkeitsarbeit, [104] informierten über ihre Tätigkeiten und Mitglieder, veröffentlichten Kommentare, Pressemitteilungen und Aktivitätsberichte. Seit 2018 ist die Seite der NPD-Frauenorganisation nicht mehr zugänglich. Sie nutzt, der handlichen Bedienung, größeren Tragweite und dynamischen Kommunikation wegen, nun vornehmlich die sozialen Medien. Zählte ihre Facebook-Seite [105] 2011 noch 758 „Followers“, so sind es 2020 etwa 5 350. Aufgrund seiner partizipativen Ausrichtung eignet sich das soziale Netzwerk ganz besonders für den politischen Aktionismus: Mitteilungen, Meinungen, Fotos und Filme werden unmittelbar kommentiert, „gelikt“, verlinkt und geteilt und somit in der rechtsnationalen „Blogosphäre“ verbreitet. Den Nationaldemokratinnen bietet er freilich einen Raum der politischen Selbstbehauptung und -inszenierung. Ob dies der NPD auch konkrete Vorteile im Sinne von neuen Mitgliedern und Wählerstimmen bringt, ist ungewiss; womöglich reicht der Einflussbereich der NationaldemokratInnen, unter der Wirkung von Algorithmen und Filterblasen, auch in den sozialen Medien kaum über ihre Stammklientel hinaus.

3. Neuer Impuls, alte Hürden: der RNF und das ‚extremistische Patriarchat‘

Obwohl es dem Ring nationaler Frauen gelungen ist, sich in der Partei zu etablieren, einen „weiblichen Standpunkt“ zur Geltung zu bringen, sich analog und digital in den Netzwerken der extremen Rechten einzubringen und eine gewisse weibliche

Kontinuität herzustellen, fällt die Bilanz für die Akteurinnen doch weit hinter die *ex ante* artikulierten Erwartungen zurück. Seine Wirkung bleibt überaus bescheiden, seine Mission – Frauen politisieren, mobilisieren und rekrutieren – kann er nur bedingt erfüllen, denn dafür fehlen ihm das nötige Personal, die Mittel und Ressourcen. 2006 hatten die Nationaldemokratinnen seine Gründung mit dem Argument begrüßt, dass ihrem politischen *Empowerment* nun nichts mehr im Wege stehe; die Zeichen waren günstig für eine strukturelle Feminisierung, die der RNF begleiten bzw. forcieren sollte. Freilich lässt sich in der Zeit nach 2006 ein RNF-Effekt feststellen. In seiner Gründungs- und Konsolidierungsphase übernahmen gleich mehrere Frauen in Hamburg, Sachsen-Anhalt und Rheinland-Pfalz die Leitung von NPD-Landesverbänden; die Zahl der Wahlbewerberinnen blieb zwar eher gering, doch wurden immerhin zwei ehemalige RNF-Bundessprecherinnen bei Landtagswahlen – Sigrid Schüssler in Bayern (2013) und Ricarda Riefling in Rheinland-Pfalz (2016) – als Spitzenkandidatinnen aufgestellt. Gitta Schüssler wurde 2009 erneut in den Sächsischen Landtag gewählt; ihren günstigen Listenplatz verdankte sie vermutlich auch ihrer Stellung als damalige RNF-Chefin. Für Einzelne mag das Engagement in der Frauenorganisation also durchaus von Vorteil gewesen sein, da sie ihnen Profilierungsmöglichkeiten und Karrierechancen bot; grundsätzlich bleibt sie jedoch ein „Elitenprojekt“, das die weibliche Basis kaum einzubinden vermag. François Danckaert schätzte, dass der RNF 2013 ungefähr nur ein Zwölftel aller Parteifrauen umfasste [106] – von kollektiver Repräsentativität, Mobilisierungsmacht und Breitenwirkung kann deswegen sicherlich keine Rede sein.

Die Geschlechterrollen und -verhältnisse in der NPD hat der RNF ebenso wenig verändert. Innerparteilich wurden die traditionellen Zuschreibungen weder überwunden noch revidiert, sondern schlicht perpetuiert – das extremistische Patriarchat bleibt bestehen. Die Kernbereiche der Innen-, Außen- und Wirtschaftspolitik sind weiterhin eine Männerdomäne, die Frauen befassen sich fast ausnahmslos mit der Frauen-, Familien- und Sozialpolitik. Kompensiert wurde

diese thematische Beschränkung allerdings durch die programmatische Aufwertung des „weiblichen Bereichs“. Sowohl die Haushaltsführung als auch das Einkaufen oder das Kindergebären gelten nun als politischer Akt. [107] Indem das Private „politisiert“ wurde, wurde ironischerweise auch eine historische Forderung der Feministinnen eingelöst. Zweifellos hat der RNF, seiner Singularisierung wegen, die Frauenarbeit sichtbarer gemacht, doch hat er paradoxerweise die Sonderstellung bzw. die Isolation der Frauen innerhalb der Partei zugleich noch verstärkt. Nicht ohne Grund bezeichnete schon Mechtild Fülles Frauenorganisationen als „politische Sackgassen“, weil sie das politische Potential von Frauen einerseits zwar bündelten, es andererseits zwangsläufig aber auch einhegten. Die Parteien können noch so viele Ämter und Listenplätze für „organisierte“ Frauen vorsehen, des Stigmas, eben lediglich „Organisationsfrauen“, d. h. „Alibi-Frauen“ zu sein, können sich jene nur selten entledigen. Politikerinnen werden dann meistens auf ihr Geschlecht reduziert und als von der Norm abweichend und „fremd“, als Anhängsel wahrgenommen. [108] Auch Beate Hoecker merkte an, dass die „gesonderte Organisation der Frauen“, entgegen ihrem eigentlichen Ziel, die „inhaltliche Integration“ von Frauen eher verhindere als fördere: Weil der Frauen- und Familienbereich den Frauen überlassen würde, müssten „sich die Männer mit diesen Themen nicht befassen“. [109] An diesen, die weibliche *Agency* einschränkenden Effekt dachte schon Gertraude Winkelvoß, als sie sich in den 1960er-Jahren dagegen sträubte, eine NPD-Frauenorganisation zu gründen. Hinzu kommt, dass der postulierte Separatismus den Frauen nur bedingt eine größere Unabhängigkeit garantiert. Offenbar kann sich der RNF, als Teilgliederung der Partei, der männlich-hegemonialen Kontrolle nicht entziehen, weil der Finanzierungsbeschluss und das Letztentscheidungsrecht beim NPD-Bundesvorstand liegen.

So stößt das weibliche Engagement nach wie vor an seine „natürlichen“ Grenzen. Immer wieder wird der „nationalistische Kampf“ der Frauen von Parteimännern belächelt und entpolitisiert. Exemplarisch für diesen sexistischen Bias stehen

die von BeobachterInnen oft zitierten Sätze Udo Pastörs, der das Wirken der Parteifrauen im Wahlkampf 2006 in Mecklenburg-Vorpommern schlicht auf die Care-Arbeit reduzierte und dem Stereotyp einer apolitischen Weiblichkeit Vorschub leistete:

> „Herausnehmen möchte ich unsere Frauen, die im Stillen Unglaubliches geleistet haben. Das fing an von der Bewirtung und dem Gutzureden unserer Kameraden [...], die aktiv draußen im Wahlkampf standen. Und das hörte auf beim Wäschewaschen für die Kameraden.“ [110]

Von der Parteileitung hingegen wird die Frauenarbeit meist in den höchsten Tönen gelobt. [111] Der Bundesvorsitzende Voigt würdigte die Arbeit des RNF u. a. dadurch, dass er jedes Jahr an dessen Bundeskongress teilnahm und die Bedeutung der Parteifrauen auch später, während seines Mandats als EP-Abgeordneter, gutväterlich hervorhob. [112] An der Diskriminierungspraxis, an der Frauenkarrieren zerschellen konnten, änderte er jedoch nie etwas. Als beispielsweise Anja Zysk im Winter 2005 die Nachfolge Ulrich Harders an der Spitze des Hamburger NPD-Verbands antrat, wertete sie ihren Erfolg als „positives Signal“, als kollektive „Ermutigung für alle Frauen, sich künftig noch aktiver in die NPD einzubringen“. [113] Die Statistik schien ihr recht zu geben: Innerhalb nur eines Jahres stieg die Anhängerzahl des Landesverbands um 32% an. Doch fehlte ihr als Frau scheinbar die nötige Legitimität. Intern wurde sie angefeindet und boykottiert, bis Thomas Wulff sie bei einer Vorstandssitzung Anfang 2007 schließlich zum Rücktritt nötigte. Bei der anschließenden Wahl für den Landesvorsitz, am 25. Februar des gleichen Jahres, verlor Zysk haushoch gegen Jürgen Rieger, den Voigt unmittelbar zuvor für die NPD gewinnen konnte. [114] In einem offenen Brief gab sie daraufhin ihren Parteiaustritt bekannt und monierte die Misogynie, die sie hinter dem „Putsch“ vermutete. Viele Männer seien ihrer Ansicht nach nicht gewillt gewesen, eine weibliche Führung zu akzeptieren. [115] Derweil hielt sich der RNF aus dem Konflikt heraus. Auch intervenierte er nicht, als die Berliner RNF-Leiterin und

Vorsitzende des KV Marzahn-Hellersdorf Gesine Hennrich im Februar 2009 aus ihrem Amt gejagt wurde. Als sie, ohne mit den Berliner NPD-Größen Jörg und Stella Hähnel Rücksprache zu halten, eine Demonstration gegen Pädophilie in der Hauptstadt plante, kam es zu einem internen Streit, den die Parteileitung beizulegen gedachte, indem sie Hennrich nahelegte, ihr Amt niederzulegen, und ihr im Falle der Weigerung damit drohte, anstößige Fotografien von ihr zu veröffentlichen. Sie gab nach, trat zurück und aus der Partei aus. [116] Unter ähnlichem Vorzeichen musste sich auch Carola Holz 2008, nach einjähriger, von kontinuierlichen Richtungskämpfen begleiteter Amtszeit in ihrem sachsen-anhaltinischen Landesverband vom Vorsitz zurückziehen. [117] 2009 wurde wiederum Gitta Schüssler vom RNF-Vorsitz entfernt, als sie sich anmaßte, Marianne Pastörs und Franziska Vorpahl, zwei willkürlich von ihren Wahlämtern entbundene Nationaldemokratinnen in Mecklenburg-Vorpommern, zu verteidigen. Auch Sigrid Schüssler musste im Dezember 2013 widerwillig ihre Vorstandsposten im RNF aufgeben, nachdem sie den ehemaligen Bundesvorsitzenden Holger Apfel öffentlich kritisiert hatte. Mit ihrem Vorstoß löste sie eine rege Debatte über die Stellung von Frauen in der „nationalen Politik“ aus. Für die NPD-Anhängerin Alexandra Neidlein etwa war Schüssler der Beweis dafür, „dass die meisten Frauen für Politik nicht geeignet sind“. [118] Diesem pauschalisierenden Urteil pflichtete ihr Ehemann, der baden-württembergische Landeschef Alexander Neidlein, bei, als er in einem Facebook-Kommentar die vermeintliche Inkompetenz von Frauen auf deren „natürliche“ Emotivität zurückführte:

> „Meine Frau hat die bissigen Kommentare von Sigrid Schüssler kritisiert. Sigrid Schüssler ist eine Frau. Und sie ist emotional. Frauen sind so. […] Aber aus diesem Grund hat meine Alexandra recht! Frauen sollten in den meisten Fällen nicht die Belastung der politischen Arbeit auf sich nehmen müssen, sie sollten durch uns Männer entlastet werden, denn für uns ist diese Tätigkeit weniger belastend, weniger schwer und weniger zermürbend. DAS wäre

> wahre Gleichberechtigung. Das wäre Gerechtigkeit und Anstand. Das wäre deutsche Moral, wie sie uns seit je her [*sic!*] gelehrt wird. Jeder hat seine Aufgaben, jeder an seinem Platz!“ [119]

Um den fast durchweg positiven Reaktionen auf Neidleins Bemerkung zumindest etwas entgegenzusetzen, plädierte das langjährige RNF-Vorstandsmitglied Heidrun Walde für die politische Partizipation von Frauen, indem sie etwas schal argumentierte, dass Frauen „selbstverständlich“ für Politik „genauso geeignet [seien] wie Männer“. [120] Schüssler hingegen rechnete, noch bevor sie der Partei endgültig den Rücken kehrte, mit ihren einstigen „ParteifreundInnen“ ab, deren „unzeitgemäße“ Misogynie sie mithilfe einer zweifelhaften Islam-Analogie an den digitalen Facebook-Pranger stellte:

> „Gratulation zu diesem Frauenbild! Vermutlich nicht mal in der Steinzeit hatten Frauen in unseren Breitengraden diesen Stellenwert als DING! [...] Diesen NPD-eigenen aggressiven frauenhasserischen Islam, der nur Schwäche, Weltfremdheit und Lebensfeindlichkeit wiederspiegelt [*sic!*], den könnt Ihr schön bei Euch selbst belassen! Macht Euch gegenseitig weiterhin vor, was Ihr für tolle Kerle seid! Wagt es nicht, das Wort zu ergreifen gegen den Islam der anderen! Gegen Eure eigene tumbe Selbstherrlichkeit ist offenbar kein Kraut gewachsen! – Verstanden habt Ihr jedenfalls nichts!“ [121]

Zysk, Holz, Hennrich, Vorpahl, Pastörs und die beiden Schüsslers – sie alle stehen exemplarisch für die Unmöglichkeit für NPD-Frauen, die „natürlichen“ Geschlechtergrenzen zu überwinden. War der RNF ursprünglich noch dazu gedacht gewesen, eben jene Diskrepanz zu bewältigen, so distanzierte er sich in der Praxis systematisch von den diskriminierten Frauen und deckte den strukturellen Sexismus in der Partei. Dabei hatte Sigrid Schüssler in einem Interview 2013 die Ungleichbehandlung von Frauen selbst noch heruntergespielt:

> „Es gibt in der NPD keine Stellenausschreibung ‚Rolle der Frau'. Frauen bringen sich hier politisch ebenso ein wie Männer und das tut den Männern hier genauso weh oder gut wie überall anders auch. Dass die Frau an sich im politischen Wollen unserer Partei eine herausragende Rolle spielt[,] ist selbstverständlich unanfechtbar." [122]

Seit seiner Gründung beruht die Paradoxie des RNF eben gerade darauf, dass die Parteifrauen die männliche Hegemonie stets gerechtfertigt und verteidigt haben.

Die prekäre Stellung der „organisierten" Frauen rührt nicht zuletzt auch vom grundlegenden Widerspruch her, der zwischen dem Anspruch der Nationaldemokratinnen, aktiv und gleichberechtigt an der Politik teilzunehmen, und dem reaktionären Maternalismus der NPD besteht, der Frauen dem privat-familiären Bereich zuordnet und ihre Mitstreiterinnen somit *de facto* politisch bzw. innerparteilich marginalisiert. Insbesondere die Nationaldemokratinnen sehen sich mit der Aporie konfrontiert, die Frauen in der Politik allgemein zu bewältigen haben, nämlich dass sie „sich selbst wie ihrer Umwelt gegenüber beweisen [müssen], dass – obwohl Frau und daher gewissermaßen illegitimer Weise in der Politik – dennoch für die Regelung der öffentlichen Angelegenheiten geeignet sind und sie – obwohl Politikerinnen – dennoch ‚richtige' Frauen sind". [123] Deswegen stellen die Nationalistinnen ihre eigenen Großfamilien und Kinder auch so bereitwillig in den Mittelpunkt ihrer Kommunikation: [124] Das Kinderkriegen bleibt ihre eigentliche Berufung. Die politische Arbeit beschreiben einige Nationaldemokratinnen folglich als Nebentätigkeit zu den eigentlichen Aufgaben, die sie im Rahmen von Familie und Haushalt erledigen. Als Hausfrau rühmte sich etwa Ricarda Riefling, lediglich „abends" oder „am Wochenende", wenn die familiären Pflichten erfüllt sind, „Politik zu betreiben". [125] Dass manch eine wegen der Mehrfachbelastung durch Haushalt, Familie, Erwerbsarbeit, Politik und mediale Präsenz an ihre „biologischen" Grenzen gelangt, zeigt das Beispiel von Stella Hähnel, die sich 2010 im Zuge eines Burnouts aus dem

Aktivismus zurückzog, weil sie, laut Andrea Röpke, als RNF- und GDF-Galionsfigur den Spagat zwischen der militanten „Kämpferin“ und der nationalistischen „Übermutter“ nicht mehr meistern konnte. [126]

Zusätzlich zur innerparteilichen Sonderstellung wirkt sich schlussendlich auch die gesellschaftliche Stigmatisierung negativ auf die politische Partizipation der Extremistinnen aus: Die daraus resultierende doppelte Marginalisierung bestimmt die „Fremdheit“, die sie sowohl in der NPD als auch in der deutschen Mehrheitsgesellschaft erleben. Angesichts der vielen Hindernisse, die mit der Singularisierung einhergehen, verwundert es nicht, dass das zehnte Jubiläum nach RNF-Gründung im September 2016 eher nüchtern begangen wurde. Fast resigniert beendeten Ricarda Riefling und Edda Schmidt ihren Veranstaltungsbericht mit dem plakativen Schlagwort „Wir sind die Frauen der NPD, wir sind FRAUEN FÜR DEUTSCHLAND“. Implizit sollte die Großschreibung vielleicht darauf verweisen, dass die Partei für sie letztendlich nur ein Mittel zum Zweck ist – und frau dem Zweck zuliebe Entbehrungen und Benachteiligungen stoisch erdulden muss. [127]

4. Resümee

Gleich mehrere parallele Entwicklungen – sowohl in der NPD bzw. der extremen Rechten im Allgemeinen als auch bei den Nationalistinnen im Besonderen – begünstigten Mitte der 2000er-Jahre die Gründung des Rings nationaler Frauen. Ausgesprochen bedeutsam waren die strategischen Neuorientierungen, die Udo Voigt bei seiner Machtübernahme 1996 veranlasste. Sie beschleunigten den Generationswandel und die Erneuerung von Basis und Führungskadern auch in Geschlechterhinsicht. Als neue ParteiakteurInnen profilierten sich nun vermehrt jüngere NeonazistInnen, darunter zahlreiche Skingirls, die schon in den 1980er-Jahren in West- und Ostdeutschland auf den Plan getreten waren. Von ihren Vorgängerinnen hoben sie sich dadurch ab, dass sie sich mit

ihren autonomen Frauengruppen und -organisationen einen gesonderten politischen wie aktionistischen Raum innerhalb des gemischtgeschlechtlichen „nationalen Lagers“ schufen. Den Nationaldemokratinnen boten sie auf diese Weise eine strukturell günstige Gelegenheit, welche letztendlich zur Gründung des RNF führte.

Dass es aber überhaupt zur Bildung einer NPD-Frauenorganisation gekommen ist, war angesichts der parteiinternen Vorbehalte gegenüber dem politischen Engagement von Frauen keinesfalls selbstverständlich; zweifellos kann sie deswegen als parteigeschichtliche Zäsur bzw. als Kulminationspunkt der NPD-Frauengeschichte gewertet werden. Nach dem Bundesbeirat der Frauen Ende der 1960er-Jahre sowie der Formierung lokaler Frauengruppen in den 1970er-Jahren markierte der RNF nun einen weiteren Schritt auf dem Weg zur weiblichen Singularisierung. Von der „Bekenntnisgeneration“ getragen, kam der Ring zu einem Zeitpunkt zustande, als sich innerparteilich, nach langer Flaute, allmählich ein Refeminisierungstrend abzeichnete. Mit seiner Frauenorganisation holte die NPD lediglich den beachtlichen Rückstand auf, den sie in puncto Frauenförderung im Vergleich zu anderen Parteien aufwies.

Satzungsgemäß sollte der RNF vornehmlich als weibliches Aushängeschild, Multiplikator und Frauenlobby fungieren. Mindestens die ersten zwei Ansprüche hat er bislang erfüllt. Erstens unterstützt er die Partei in ihren Wahlkämpfen, Aktionen und Kampagnen und leistet somit einen aktiven Beitrag zur Schaffung einer extremistischen Gegenöffentlichkeit. Zweitens dient auch die Verflechtung des RNF mit gleichgesinnten AktivistInnen, Organisationen und Gruppen der nationalistischen Netzwerkbildung und -pflege: So lässt sich die „Bewegung“ als Ganzes nachhaltig konsolidieren und ausdifferenzieren. Dem dritten Anspruch hingegen, über diese Tätigkeiten hinaus auch als Frauenvertretung zu wirken, scheint der RNF bisher nicht gerecht geworden zu sein. Partiell mag es ihm zwar gelungen sein, mehr Frauen in gehobene Positionen zu bringen, die Zahl weiblicher Wahlkandidaturen zu erhöhen

und den „weiblichen Bereich“ ideologisch aufzuwerten, doch wurden Frauen bislang nur vereinzelt politisch bessergestellt. Auch bleibt das Erreichte in Sachen Effizienz, Repräsentativität und Einfluss weit hinter den eingangs gehegten Erwartungen zurück. Anstatt also die Integration und Partizipation von Frauen in der NPD zu fördern, hat er letztendlich deren Isolation noch verstärkt. Im Endeffekt hat die Frauenorganisation das extremistische Patriarchat weder verändert noch überwunden: In der Partei bleiben frauenfeindliche Diskriminierungen weiterhin eine gängige, vom RNF bisweilen auch selbst gedeckte Praxis.

IX. „Frau, sozial, national“: der „nationale Sozialismus“ der NPD-Frauen

Die NPD-Politik stützt sich auf ein in sich geschlossenes völkisch-nationalistisches Denksystem, in das sich auch die Nationaldemokratinnen stets eingefügt haben, um den Platz und die Rolle „der Frau“ in der „Volksgemeinschaft“ zu bestimmen. Die GDF bezeichnet diesen Deutungsrahmen jedoch nicht als „Ideologie“, sondern als „Weltanschauung“. Während die Ideologie einem Dogma gleichkäme, das wie der „Liberalismus“ oder der „Marxismus“ von „außen“ aufgedrückt würde, sei die Weltanschauung „spontan“, „authentisch“, sprich genuin „deutsch“. Ihr Anspruch sei keinesfalls universell, sondern partikular; sie ergebe sich aus der „natürlichen“ Verschmelzung des Individuums mit seiner unmittelbaren Umwelt. Die in dieser speziellen Art geprägte „deutsche Seele“ begründe seine „Arteigenheit“, sein „Empfinden“ und darum auch seine Weltsicht. [1] Aus diesem leicht esoterisch anmutenden Narrativ lässt sich die besondere Rolle der „Natur“ erfassen, die als biologisch-völkische Ordnungskategorie dem politischen Denken der Rechtsextremistinnen, insbesondere der GDF, zugrunde liegt. Als Denkfabrik war jene Frauenorganisation in den 2000er-Jahren hauptsächlich daran

beteiligt, den Nationalismus aus weiblicher Perspektive zu reideologisieren, dabei Grundbegriffe wie „Ursprung“, „Gemeinschaft“, „Volk“, „Heimat“, „Frau“ oder „Mutter“ völkisch aufzuladen. [2] Somit begleitete die GDF die völkische Wende der NPD und stattete den RNF zugleich mit dem entsprechenden ideologischen Rüstzeug aus.

Genau um jene Gedankenwelt und um die daraus destillierten nationaldemokratischen Grundsätze soll es im Folgenden gehen. Nach einer kurzen Darstellung der für die Analyse relevanten Quellen von NPD, GDF und RNF sollen deren völkisch-nationalistische Ordnungsvorstellungen untersucht werden. Im Mittelpunkt der diskursanalytischen Betrachtung stehen sowohl das von den Frauen propagierte Geschlechtermodell, namentlich das Postulat der „Gleichwertigkeit“ der Geschlechter, als auch der Maternalismus und sein Stellenwert im „nationalen Sozialismus“. Im Anschluss daran hinterfragt der letzte Abschnitt den auf diesem ideologischen Substrat begründeten Antidemokratismus der NPD-Frauen, indem er deren Bezug zu Rassismus, Gewalt und Terrorismus auslotet und darüber hinaus auch deren Verhältnis zum Staat im Allgemeinen und zur Bundesrepublik im Besonderen kritisch beleuchtet.

1. Die programmatische Hinwendung zum völkischen Nationalismus

Das NPD-Programm von 1996 trat zu dem Zeitpunkt in Kraft, als Udo Voigt Günter Deckert an der Parteispitze ablöste; [3] seine Verabschiedung auf dem Bremervörder Parteitag (Niedersachsen) am 7. und 8. Dezember 1996 markierte somit auch in ideologischer Hinsicht jene Machtübertragung zugunsten der Nationalrevolutionäre. Sich als „politische Antwort auf die veränderten nationalen und weltpolitischen Rahmenbedingungen nach den Umbrüchen von 1989/1990“ darstellend, betont das Parteiprogramm die historische Beispiellosigkeit der gerade begonnenen Ära, für die es

zwangsläufig einer ebenso einzigartigen Politik bedürfe, um die „Herausforderungen der Zukunft“ zu meistern und die Interessen des deutschen „Volks“ zu wahren. [4] Neben dem „Austausch der Mächtigen“ setzt es auf eine Neubestimmung des Nationalstaats und etabliert die nationale Souveränität auf dem völkischen Prinzip der „Volksgemeinschaft“. [5] Hatte die NPD seit dem „Manifest“ von 1965 davon abgesehen, diesen stark konnotierten Begriff programmatisch zu verwenden, so rehabilitierte sie ihn 1996 mit dem Satz: „Volksherrschaft setzt die Volksgemeinschaft voraus.“ Diese führt das Programm auf das „Volkstum“ [6] und die Kultur zurück, die beide als „Grundlagen für die Würde des Menschen“ ausgegeben werden. [7] Gerade diese essentialistische Darlegung, die der freiheitlich-demokratischen Definition von „Menschenwürde“ (Art. 1 GG) klar zuwiderläuft, verdeutlicht den endgültigen Bruch der NPD mit ihrer zuvor noch in Ansätzen vorhandenen legalistisch-republikanischen Linie. Nach dieser völkischen Rahmensetzung handelt das Programm 15 thematische Schwerpunkte ab, die sich u. a. mit der Familie, der Wirtschaft, der Sozial-, Umwelt-, Bildungs- und „Wehrpolitik“ auseinandersetzen, ohne dabei jedoch konkrete politische Lösungen für die ausgemachten „Probleme“ („Multikulturalismus“, „Materialismus“ oder „Kapitalismus“) zu liefern. Viel eher geht es in diesem Text darum, die „neue“ Parteilinie programmatisch zu sichern.

2002 kam das „Aktionsprogramm für ein besseres Deutschland“ [8] hinzu, das die ideologischen Neuorientierungen der NPD im Vorfeld der Bundestagswahlen von 2002 weiterentwickelte und dabei auch vor staatsfeindlichen Bekundungen, etwa in der Behauptung, „die Volksgemeinschaft wurde in der BRD zerstört“, [9] nicht haltmachte. Zur Behebung bzw. zur „Bereinigung“ der „Schieflage“ bewirbt dieses Programm eine voluntaristische Familienpolitik, die in einer völkisch-rassistischen Logik pro-natalistische Maßnahmen mit einer stark restriktiven Einwanderungspolitik verknüpft. Acht Jahre später markierte das in Bamberg (4./5. Juni 2010) verabschiedete Parteiprogramm „Arbeit, Familie, Vaterland“ [10]

den Abschluss der völkischen Transformation: Schon die petainistische Anspielung im Titel [11] deutet auf den pro-nazistischen Charakter des Textes hin. Auf zwanzig Seiten trägt er die Eckpunkte des „nationalen Sozialismus“ zusammen, der den NationaldemokratInnen seitdem als verbindlicher ideologischer Rahmen dient. [12] Als „Trägerin des biologischen Erbes“ wird der Familie in der „neuen“ völkischen Ordnung eine ganz besondere Rolle zugedacht – davon zeugt schon deren Erwähnung an zweiter Stelle im Programmtitel. Auch andere programmatische Texte setzen sich präzise mit der Frauen-, Familien-, Bevölkerungs- und Lebensschutzpolitik auseinander, so etwa die von Waldemar Maier und Gitta Schüssler verfasste Broschüre „Die demographische Katastrophe stoppen“ von 2007. [13] Zwar beziehen sich die AutorInnen größtenteils auf Sachsen, doch verdeutlichen sie, welche Positionen die NPD generell zu den Themen Konsumgesellschaft, Mutterschaft, demographischer Wandel und Einwanderung vertritt. Ähnlich ist es mit dem 2012 von Ricarda Riefling und der AG Familienpolitik im Bundesvorstand erarbeiteten Text „Familienpolitische Kehrtwende“. [14] Auch darin kommt das völkisch-nationalistische und rassistische Gepräge, das der NPD-Bevölkerungspolitik zugrunde liegt, klar zum Ausdruck. [15]

Zusätzlich zu diesen programmatischen Parteischriften können auch jene Quellen erwähnt werden, die von den Frauen der GDF oder des RNF mit der Absicht verfasst wurden, die Rolle der Frau in der völkischen Familienordnung von einem weiblichen Standpunkt aus zu bestimmen. Um „die Stellung der Frau in Volk und Staat [zu] vermitteln“, „die Mutterschaft [aufzuwerten]“ und den „Geburtenrückgang, [den] Kultur- und Sittenverfall [zu] bekämpfen“, verfasste etwa die GDF das Grundsatzprogramm „Die Frau in der nationalen Bewegung“. [16] Veröffentlicht wurde es 2002 in ihrem Organ „Unsere Zukunft“, das in diesem Jahrzehnt in unregelmäßigen Abständen und bescheidener Auflage erschien. [17] Zweck der Publikation war es, „Frauen, Mütter und Anhängerinnen“ über spezifisch nationalistische Themen und Ereignisse, germanische Bräuche und historische Figuren zu informieren, sie ideologisch

weiterzubilden und ihren kommunitaristischen Sinn zu schärfen. [18] Im Zentrum ihres Diskurses stand dabei immer die Mutterschaft, denn auf sie und sie allein schien sich ihre Definition von Weiblichkeit – bzw. von „Frauentum“ – zu reduzieren: In allen Texten, Bildern, Sprichwörtern und Gedichten, ja auch in den Kochrezepten, wurde sie unentwegt gepriesen. Mit ihrem „frauenspezifischen Blickwinkel“ bestätigten und propagierten die Nationalistinnen somit althergebrachte Geschlechtsstereotypen und die dazugehörige patriarchale Geschlechterordnung.

Alle erwähnten Quellen, die Parteiprogramme von 1996, 2002 und 2010, die familienpolitischen Schriften von 2007 und 2012, das Organ „Unsere Zukunft“ sowie sämtliche digital veröffentlichten Texte der GDF und des RNF bilden den ideologischen Rahmen für die Analyse der NPD-„Frauenpolitik“, die das Weiblichkeitsbild und die Geschlechterrollen definiert, die Mutterschaft funktionalisiert und den Stellenwert der Familie im „Volk“ determiniert. Als Strukturmerkmal durchzieht die Frauen- und Geschlechterpolitik das gesamte nationaldemokratische „Volksgemeinschaftsprojekt“.

2. Frau, Mutter, Deutsche: das völkische Gemeinschaftsmodell der Nationaldemokratinnen

2.1. Die völkische Differenz: Mann und Frau in der „Volksgemeinschaft”

Zu den bedeutendsten ideologischen Innovationen der NPD zählt zweifellos die biologisch-völkische Neudefinition der Kategorie „Volk“ als nationalistischer Identitätsmarker. [19] Während die älteren Parteiprogramme von 1965 bis 1987 insbesondere die deutsche Zerrissenheit zwischen den gegnerischen Blöcken, d. h. die Lage Deutschlands in Bezug auf den Kalten Krieg betonten, unterstrich das Programm von 1996 erstmals die Hinfälligkeit der „Konzepte und Positionen der Nachkriegszeit“. [20] Der grundlegende Paradigmenwechsel

rührte daher, dass die „Gefahr“ nun nicht mehr als von „außen“ kommend, sprich als von den „imperialistischen“ USA oder dem kommunistischen Sowjetrussland ausgehend, betrachtet, sondern als „innere“ Gefahr wahrgenommen wurde. Diese existentielle Bedrohung, die mit der Angst vor einem Identitätsverlust in der globalisierten Welt einherging, beschwor das Programm von 2010 in einem alarmistischen Ton:

> „Im 21. Jahrhundert entscheidet sich Sein oder Nichtsein des deutschen Volkes. Existentielle Bedrohungen gehen vom Geburtenrückgang, einer rasch voranschreitenden Überfremdung, der Fremdbestimmung durch übernationale Institutionen und der Globalisierung mit ihren verheerenden Folgen aus.“ [21]

Nur die Rückbesinnung auf das „Volk“ könne, so das Argument der NPD, die Gefahren bannen, da es in seiner Essenz das „ewige Deutschland“ verkörpere.

Das „Volk“ definiert die Partei als organisch gewachsenes Kollektiv, das sich durch „Sprache, Herkunft, geschichtliche Erfahrung, Religion, Wertvorstellungen und [sein] Bewußtsein“ von anderen unterscheidet und in der „Volksgemeinschaft“ aufgeht. [22] Diese begreift die NPD als Gegenmodell zur „multikulturellen“ und liberal-pluralistischen Gesellschaft: Als ethnisch homogene „Gemeinschaft“ [23] diene sie dem „sozialen Nationalstaat“ als Fundament. [24] Vor diesem völkischen Hintergrund werden ebenfalls die Rolle bzw. die Bedeutung des Individuums definiert: Entgegen des universalistischen Prinzips negiert die NPD die Existenz des Menschen als solchen. Sie schreibt, es gebe „den Deutschen, den Franzosen und den Türken, aber nicht ‚den‘ Menschen“; allein die Zugehörigkeit zum „Volk“, als „konkrete, greifbare [Lebenserscheinung]“ bestimme das Individuum. [25] Auch seien die Individuen, obwohl demselben „Volk“ angehörend, keinesfalls „gleich“, ihr Stellenwert sowie ihre Rechte und Aufgaben innerhalb der „Gemeinschaft“ hingen von der „Leistung“ jedes Einzelnen ab. [26]

Unterordnung des Einzelnen unter die „Volksgemeinschaft“, biologische Homogenität, natürliche Ungleichheit – so lauten die ideologischen Maximen des Differenzdenkens, das der NPD auch als Grundlage für ihr Geschlechterbild dient. Obwohl die Familie in der Parteiprogrammatik immerzu als „Keimzelle des Volkes“ [27] bezeichnet wird, finden Mann und Frau so gut wie keine Erwähnung. Deswegen haben es sich die Nationaldemokratinnen zur besonderen Aufgabe gemacht, dieses Manko auszugleichen, „ihren“ Bereich zu ideologisieren und ebenjene Geschlechtervorstellungen, insbesondere die „überlebenswichtige“ Rolle der Frau in der imaginierten „Gemeinschaft“, zu bestimmen. Darauf verweist insbesondere die GDF: „Verlieren wir die Frau – verlieren wir das Volk! Wir gewinnen den Überlebenskampf der deutschen Art in der Frau, wenn wir nicht müde werden, die Frau heute einzubinden und sie an ihre Pflicht zu erinnern.“ [28]

Grundlegend für das völkische Weiblichkeitsbild ist die Ansicht, dass die Frau weniger als Frau denn als „Deutsche“ begriffen wird, deren „Arteigenheit“ biologisch und ethnisch – d. h. „rassisch“ – vorgeformt sei. Die Nationaldemokratinnen beschreiben ihr Wesen als rein und authentisch, sentimental, bescheiden, sanft, verantwortlich und fürsorglich – alles Eigenschaften, die ihr in direkter Überlieferungslinie von der „Germanin“ zukämen. Als nordisch-germanisches Ideal werden diesem „historischen“ Vorbild bestimmte „deutsche“ Werte, Tugenden und Charakterzüge wie Stolz, Anmut, Schönheit, Demut, Ehrlichkeit und Sittlichkeit zugeschrieben. [29] Entsprechend behauptet die GDF in „Blut-und-Boden“-Manier: „Gesicht und Gestalt, Blut und Erbe, Landschaft und Stamm, Schicksal und Geschichte gaben [Germaniens Frauen] Form und Ausdruck.“ [30] Als gern zitierter Archetyp bietet die „Germanin“ eine willkommene Projektionsfläche, dank der die Rechtsextremistinnen völkische Geschlechterbilder konstruieren können. Natürlich gebe es auch konkrete weibliche Vorbilder, auf die man sich berufen könne: Mythologische Figuren wie die Frühlingsgöttin Ostara, [31] historische Persönlichkeiten wie die Pilotin Elly Beinhorn oder Zeitgenossinnen wie die norwegische

Bergsteigerin Randi Skaug seien eindeutige Beispiele für den vermeintlich unvergleichlichen „nordischen Mut“. [32] Sogar Paula Hitler, die „unbekannte Schwester“ Adolf Hitlers, wird in der „Deutschen Zukunft“ lobend erwähnt. Gewürdigt wird der große Eifer, mit dem sie sich ihr Leben lang für die Rehabilitierung ihres Bruders, des „größten Sohns“ Deutschlands, eingesetzt habe. [33] Der Rückgriff auf diese „Modelle“ dient der besseren Identifikation mit einem Weiblichkeitsideal, das in seiner essentialistischen Grundierung jegliche Kontingenz, Kontextualität sowie soziale und kulturelle Geschlechtsnormierungen negiert. Das Geschlecht wird schlicht naturalisiert und die Genetik verabsolutiert:

> „Viele Leute wollen es nicht so recht akzeptieren, aber es gibt sie – die typischen männlichen und die typischen weiblichen Eigenschaften, die als Erbanlagen mit der Entstehung eines Lebewesens existieren. Man kann in der Erziehung gewisse angeborene Verhaltensweisen stärken oder schwächen, auch vorübergehend ignorieren, aber auf Dauer nicht völlig umgestalten. Die genetische Anlage wird sich einfach immer wieder durchsetzen. Und das ist auch gut so, denn diese elementaren Eigenschaften dienen dem Gesetz der Natur – nämlich dem Zusammenleben und Fortbestehen der Art“, [34]

meint die GDF.

Als Grundprinzip der „natürlichen“ Geschlechterordnung betrachten die NPD-Frauen demnach die Zweigeschlechtigkeit. Diese laden sie mythisch auf, indem sie sie mit einer heidnischen Schöpfungslegende verbinden, wonach Mann und Frau aus zwei an einen Strand gespülten Baumstämmen, einer Esche und einer Ulme, hervorgegangen und von „Asen“ – Odin, Hönir und Lodur – zu Menschen geformt worden seien. [35] Aus diesem nordisch-germanischen Ur-Mythos leiten sie eine völkische Gegenerzählung zur christlichen Schöpfungsgeschichte her, die es ihnen ermöglicht, ihren Geschlechterdiskurs zu legitimieren und zugleich einen

antisexistischen Anspruch anzumelden: Da beide Geschlechter gleichzeitig und unabhängig voneinander geschaffen wurden, sind sie „andersartig“, komplementär und „gleichwertig“. [36] Um diese Komplementarität in Worte zu fassen, erklärte die GDF etwa, dass dem Mann „mit seinem vorwärtsdrängenden Kampfgeist, dem starren Willen, der dem Verstandesmäßigen entspringt“, die „mütterliche Frau als Ergänzung“ gegenüberstehe. Sie fügte hinzu: „Der Mann ist Wegbereiter, die Frau Hüterin, Walterin des nieversiegenden Bornes deutschen Volksgutes.“ [37]

Moralisch abgesichert wird die Zweigeschlechtlichkeit durch die heteronormative „lebenslange Ehe“, die der „biologischen Geschlechterbeziehung“ ihren „ganzheitlichen“ Charakter verleihe und den Fortbestand des Volks „in der Kette der Generationen“ gewährleiste. [38] Vor diesem Hintergrund lässt sich erklären, weshalb die NPD, der RNF und die GDF mit einer solchen Vorliebe die „Dekadenz“ der liberalen „Spaßgesellschaft“ geißeln, in der „alles unverbindlich, beliebig und kurzweilig“ sei, die Scheidungsrate explodiere, alternative Lebensstile und Familienmodelle (Patchwork-Familien, Alleinerziehende, Regenbogenfamilien usw.) normalisiert würden und „die Ehe zwischen Mann und Frau, deren Sinn die Reproduktion ist, zur ‚Lebenspartnerschaft‘ abgerüstet [werde], damit auch schwule und lesbische Paare den Segen empfangen können“. [39] Dass die NationaldemokratInnen die gleichgeschlechtliche Liebe ablehnen, zeigten sie bspw. 2013, als in Frankreich die Diskussion um die „Ehe für alle“ aufflammte. Der RNF sprach dem lautstarken Protest der homophoben „Demo für alle“ („Manif pour tous“) ihre Unterstützung aus und monierte die „übertriebene Toleranz“, die der französische Staat in diesem Bereich angeblich walten ließe, indem er gleichgeschlechtliche Partnerschaften fördere, „homosexuelle Propaganda“ in der Öffentlichkeit verbreite und die LGBTQI+-„Minderheit“ bevorzugt behandele. [40] Als die Debatte im Sommer 2017 auch den Deutschen Bundestag erreichte, veröffentlichte Gitta Schüssler eine Pressemitteilung, in der sie die Verfassungswidrigkeit der „Ehe für alle“ darzulegen

versuchte:

> „Bei der sogenannten Ehe für alle […] geht es im Grunde um eine Gleichstellung für zwei Sachverhalte, die aufgrund ihrer Verschiedenheit gar nicht gleich sein können. Den Gesetzgeber interessiert nicht im Geringsten, wer sich liebt und lebenslangen Beistand leisten will, sondern einzig und allein die Reproduktionsfähigkeit dieser Beziehungen. Dies aber ist nur in einer Mann-Frau-Beziehung gegeben. Genau aus diesem Grund ist im Art. 6 des Grundgesetzes auch ‚Ehe und Familie unter den besonderen Schutz der staatlichen Ordnung' gestellt. Was also ist der Grund, wenn das linke Spektrum unter dem Vorwand von Menschenrechten, Gleichheit, Demokratie usw. den feststehenden Begriff der Ehe umdeuten, erweitern, aufweichen und letztlich entwerten will? Geht es ihnen tatsächlich um die Vertreter dieser Minderheit […]? Oder geht es eher um die weitere Zerstörung einer Institution, die die Grundlage, die Keimzelle eines jeden Gemeinwesens ist?" [41]

Homosexuelle werden als minderwertig betrachtet, weil sie laut RNF „zum Fortbestand der ‚Gesellschaft' – des Volkes – keinen sinnvollen Beitrag leisten können und damit unsere aller Lebensgrundlage beschädigen, die Sozialsysteme zusätzlich belasten und zerstören – wie alle bewussten Kinderlosen". Die NPD-Frauenorganisation folgert daraus, dass homosexuelle Männer und Frauen „eine nicht staatstragende Minderheit" seien. [42] Auch so lässt sich ihr Schlagwort „ungleiches gleich zu behandeln ist ungerecht" interpretieren. Es verwundert also nicht, dass der RNF den Schutz der klassischen heteronormativen Familie zur absoluten politischen Priorität erhebt. Ihm zufolge sei gerade sie die „Trägerin des biologischen Erbes". So setze ein „gesundes Volk" auch eine „gesunde Familie" [43] voraus, in der die Männer [44] und Frauen den „Naturgesetzen" entsprechend unterschiedliche Aufgaben wahrnähmen und somit einer „völkischen Ethik" gehorchten:

> „Obwohl beweglich, kennt die völkische Ethik keine Ausnahmen und Kompromisse, sondern nur Notwendigkeiten, die größte Opferbereitschaft und Hingabe fordern, weil das Bestehen des Volkes sie erfordert. […] [Dem deutschen Menschen] geht es nicht ums glücklich werden an sich, sondern um die Erfüllung der Lebensaufgaben, in denen er sich selbst erfüllt.“ [45]

Zusammenfassend lässt sich also festhalten, dass die ideologische Hinwendung zum völkischen Nationalismus der Aspekt ist, durch den sich die „neue“ NPD am meisten von der „alten“ unterscheidet. Hinter dem Postulat der biologischen Differenz verbirgt sich eine ‚Ideologie der Ungleichheit‘, welcher eine äußerst anti-universalistische, nicht-egalitäre und rassistische Weltdeutung zugrunde liegt. Mit der freiheitlich-demokratischen Definition von Volk, Individuum und Menschenwürde hat sie nichts gemein. Seit dem Anfang der 2000er-Jahre haben sich die Nationaldemokratinnen, insbesondere im Rahmen der GDF, einer weiblichen Ideologieschmiede, an der Nazifizierung ihrer Partei beteiligt. Dadurch, dass sie „ihren Bereich“, d. h. die Geschlechterordnung bzw. die Geschlechterbeziehungen und -rollen innerhalb der Familie völkisch definierten, schlossen sie eine ideologische Lücke. Hierbei haben sie sich selbst politisch hervorgetan und ihre Stellung als völkische Frauen gewissermaßen legitimiert.

2.2. Das Modell der „Gleichwertigkeit“

Auf den ersten Blick mag das völkische Prinzip der „Gleichwertigkeit“ der Geschlechter nicht weiter Anstoß erregen; es mutet sogar antisexistisch an, weil es fern jeglicher Geschlechterhierarchien Mann und Frau als Äquivalente betrachtet, sie als „ungleichartig“ und komplementär darstellt und ihnen deswegen „gleiche Rechte“, aber „unterschiedliche Pflichten“ zuschreibt. [46] Weiter gedacht, bedeutet dies dennoch, dass es gar keinen Sexismus geben kann, sofern die „männlichen“ und „weiblichen“ Bereiche strikt voneinander

getrennt bleiben und sich Männer und Frauen auf das Gebiet beschränken, das ihnen von „Natur“ aus zugewiesen ist. Bei kritischer Betrachtung tritt der reaktionäre und antidemokratische Charakter der „Gleichwertigkeit“ klar zutage, rechtfertigt sie doch implizit die Diskriminierung von Frauen außerhalb ihres traditionellen Tätigkeitsfelds, der Familie.

Um die völkische Geschlechterordnung zu illustrieren, greifen die Nationalistinnen auf das Beispiel der GermanInnen zurück. [47] In ihrer „historisch-fiktionalen Gegenerzählung“ (Gideon Botsch) erscheint die Germanin als „Überfrau“, die mal als Kriegerin, mal als Priesterin auftritt, immer aber eine respektierte Hausherrin gewesen sei, die ihrem Mann in seinen öffentlichen Aufgaben stets beratend zur Seite gestanden habe. [48] Gerade sie eigne sich deswegen besonders, um „matriarchalische Strukturen“ in der „Gemeinschaft“ [49] offenzulegen und daraus ein ausgewogenes, „ur-deutsches“ Geschlechterrollenmodell abzuleiten. Über Jahrhunderte habe es das harmonische Zusammenleben von Mann und Frau geregelt, bis das Christentum und die forcierte Christianisierung Germaniens Mitte des ersten Jahrtausends das Patriarchat bzw. die Herrschaft des Mannes und die Unterdrückung der Frau zum Ordnungsprinzip erhoben habe. So schildert die GDF:

> „Das Christentum hat das einstige Frauenbild einer selbstständigen, rechtschaffenden [*sic!*], freien, geachteten und ratgebenden Frau zu einer unfreien, fast rechtlosen, missachteten und in den Augen des christlichen Mannes dummen, sündhaften Frau gemacht. Der Germane sah in seiner Frau das Göttliche […] und verehrte sie deshalb sehr. Sie war in seinem Kulturkreis gleichwertig dem Manne und hatte die selben Rechte. Der Christ sah in seiner Frau seine Untertanin, die ungebändigt, zügellos, triebhaft und widerspenstig ist, den Mann immer ins Verderben führen will und daher zu Gehorsam und Demut durch Züchtigung erzogen werden muss.“ [50]

Die Gegenüberstellung beider Modelle dient hier vornehmlich

als Vorwand, um die Überlegenheit der heidnisch-germanischen Lebenswelt gegenüber der als „fremd“, „undeutsch“ und dazu noch „misogyn“ präsentierten christlichen Lebenswelt zu affirmieren. So bedient die antisexistische Kritik der Nationaldemokratinnen ein antichristliches und xenophobes Narrativ. [51]

Interessanterweise halten sie der ersten Frauenbewegung zugute, die Geschlechterverhältnisse wieder ins Gleichgewicht gebracht zu haben, da ihre Errungenschaften in Recht, Politik und Bildung den Frauen erlaubt hätten, ihren „wesensgemäßen“ Platz in der „Gemeinschaft zwischen den Geschlechtern“ zurückzuerobern. [52] Ein Artikel der GDF geht noch weiter und bekundet sogar den Feministinnen der 1970er-Jahre seine Sympathie, weil sich zu dieser Zeit „fast jeder mit der Forderung nach Gleichberechtigung solidarisieren [konnte], auch fast jeder Mann. Warum sollte eine Frau auch weniger Rechte haben?“, [53] fragte die Autorin, als sei dies auch für Nationalistinnen selbstverständlich. So viel Offenheit ist jedoch erstaunlich, wenn man bedenkt, mit welcher Vehemenz die NPD in den 1970er- und 1980er-Jahren den politischen Feminismus bekämpfte und heute immer noch bekämpft. Meistens fällt das Urteil über die Autonome Frauenbewegung tatsächlich weit kritischer aus. Sie wird bezichtigt, das Gleichgewicht zwischen den Geschlechtern endgültig zerstört zu haben, indem sie die Frau von ihrem angestammten Platz in Haushalt und Familie losgelöst habe. Angeprangert werden generell all jene Frauen, die sich im Zuge des Wertewandels entgegen ihrer „mütterlichen Instinkte“ der „emanzipatorischen Selbstverliebtheit“ hingegeben hätten, namentlich die „unnatürlichen Frauen“, „Emanzen“, „Politlesben“, „Kinderlosen“, „Karrierefrauen“ und „Akademikerinnen“, alles Frauentypen, die der RNF dem Feminismus zuordnet und zum Inbegriff eines übersteigerten Egoismus macht. [54] 2010 sah die sächsische RNF-Vorsitzende Kathrin Köhler die größte Gefahr für das „Volk“ in der von FeministInnen geforderten „Gleichstellung mit den Männern“. Es sei ein grundlegendes Missverständnis, das zwangsläufig zur „Gleichmacherei“ führe, weil „ihr Wunsch

nach Selbstverwirklichung sich an einem einseitig männerdominierten Verständnis von Erfolg und Karriere“ orientiere und somit die natürliche Ordnung, sprich die Trennung von Familie und Arbeit, pervertiere. [55]

In diesem Zusammenhang monieren die NPD-Frauen alle staatlichen oder supranationalen Programme zur Förderung der Gleichberechtigung, allen voran das *Gender Mainstreaming*, das Mitte der 1980er-Jahre von der UNO initiiert und später vom Europäischen Parlament übernommen wurde, in der Bundesrepublik erst 1998 in das rot-grüne Koalitionsprogramm integriert und ab 2002 unter der Schirmherrschaft der Bundesfamilienministerin Renate Schmidt umgesetzt wurde, um die Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens zu bewerkstelligen. [56] Die Nationaldemokratinnen hingegen werten das Programm als „feministisch-marxistischen“ Versuch, die berufliche und ökonomische Besserstellung von Frauen auf Kosten der Männer zu erreichen, Letztere also zu diskriminieren. Es sei Teil einer perfiden „Gender-Ideologie“, [57] anhand derer die „herrschenden Eliten“ aus Politik, Kultur und dem akademischen Milieu die „Geschlechtsentfremdung“ gezielt vorantrieben. Die „Transformation“ beschränke sich nicht nur auf die gendergerechte Sprache, sondern ginge noch sehr viel weiter, wie Ricarda Riefling 2015 mit Empörung feststellte:

> „Unisex-Toiletten, lesbische Ampelfrauen und Regenbogen-Zebrastreifen – solche skurrilen Blüten treibt die Gender-Ideologie mittlerweile in Deutschland. Gender Mainstreaming will die biologischen Unterschiede zwischen Mann und Frau verwischen und erklärt das Geschlecht zu einem frei wählbaren Identitätsmerkmal. Daher gibt es in der kruden Vorstellungswelt der Gender-Ideologen nicht nur zwei, sondern eine Vielzahl von unterschiedlichen Geschlechtern.“ [58]

Das sei der Beweis, dass in der „Gender-Republik“ bzw. „Gender-Diktatur“ die „FeminismusfaschistInnen“ das Sagen haben. [59]

Mit diesen verschwörungsgläubigen, völkisch-populistischen Auslegungen diskreditieren die Rechtsextremistinnen ein Programm, das ihnen zufolge einzig und allein darauf abziele, die Deutschen „umzuerziehen“ und gefügig zu machen. [60] Dem Staat und seinen Behörden wird somit unterstellt, die im Grundgesetz verankerte „Gleichheit“ zwischen Frauen und Männern als Mittel nutzen zu wollen, um die Geschlechter „umzuprogrammieren“ oder sie gar abzuschaffen. Unter dem Deckmantel der „Feminismuskritik“ bzw. des Antifeminismus nehmen die Nationaldemokratinnen somit auch die vermeintlich „antideutsche“ Bundesrepublik ins Visier.

Um diesem „zersetzenden“ Zeitgeist entgegenzuwirken, ruft der RNF dazu auf, der „Emanzipation“ den Rücken zu kehren. Unter der Leitung Edda Schmidts hatte die Frauenorganisation 2010 einen im Wortlaut ziemlich unscharfen „postfeministischen“ Entwurf [61] vorgelegt, der den Frauen dabei helfen sollte, ihr „Grundrecht“ auf Mutterschaft „selbstbewusst“ wahrnehmen zu können, ohne „als ‚Heimchen am Herd‘ abqualifiziert zu werden oder existenzielle Nachteile in Kauf nehmen zu müssen“. [62] Den Feminismus zu überwinden, bedeutete für sie im Grunde, zur biologischen Geschlechterbinarität zurückzukehren und die Mutterrolle aufzuwerten. Keinesfalls aber sollten Frauen durch irgendwelche Quotenregelungen begünstigt werden: Dies stünde dem Leistungsprinzip entgegen. [63] Auf strukturelle Diskriminierungen, denen Frauen in zahlreichen gesellschaftlichen Bereichen, etwa in der Arbeitswelt oder der Politik – und auch in Parteien wie der NPD – begegnen, ging der RNF gar nicht erst ein. Außerhalb der Familie sollte es konsequenterweise keine „Frauenrechte“ geben. [64]

So kann das von den NPD-Frauen propagierte Gleichwertigkeitsmodell in vielerlei Hinsicht als antidemokratisch betrachtet werden: erstens, weil es von einer ethnisch-homogenen „Volksgemeinschaft“ ausgeht und deswegen grundsätzlich exklusiv und rassistisch ist; zweitens, weil es die Geschlechter zwangsläufig auf die heteronormative Binarität reduziert, Geschlechterrollen und -verhältnisse

naturalisiert und somit die Bedeutung von sozialen Prozessen und Normierungen für die Entwicklung von Geschlechtsidentitäten ausblendet; und schließlich drittens, weil die „Gleichwertigkeit“ die „Ungleichheit“ prinzipiell voraussetzt und Diskriminierungen legitimiert. Den Nationalistinnen gilt die „Gleichwertigkeit“ dementsprechend als völkisches Pendant zum bundesrepublikanischen Modell der „Gleichheit“. Auch steht sie exemplarisch für das antisexistische Dilemma der Rechtsextremistinnen, die zwar mehr Rechte und Anerkennung für sich einfordern, den Feminismus aber grundsätzlich ablehnen. [65] Mit den Prinzipien der freiheitlich-demokratischen Grundordnung ist diese „Gleichwertigkeit“ mitnichten unter einen Hut zu bringen.

2.3. Der nationalistische Maternalismus und die Sozialpolitik

Der NPD zufolge könne die Frau dem völkischen Ideal nur gerecht werden, wenn sie sich der „großen Aufgabe“ hingebe, die ihr seit Urzeiten zufällt: der Mutterschaft. Die Mutter ist diejenige, die ihr Kind trägt und gebiert, erzieht und formt und darüber hinaus ihr ganzes Leben, wie einst die Germanin, [66] rund um ihre Familie organisiert. Diesen reproduktiven Dienst erweise sie der „Volksgemeinschaft“. So lässt sich das nationalistisch-maternalistische Narrativ der Nationaldemokratinnen knapp zusammenfassen. Es basiert auf der metaphysischen Annahme, dass alles Leben mit der Frau beginne und ende. Als Lebensquell unterhalte sie eine kosmisch-biologische Verbindung zur Natur, zur Erde und zum Volk, das sinnbildlich ihrem fruchtbaren Schoß entspringe. Zahlreiche esoterisch angehauchte Texte des RNF betonen die kosmogonische Korrelation zwischen dem natürlichen Kreislauf der Jahreszeiten und der weiblichen Fruchtbarkeit. Einer vergleicht etwa den einstmaligen badischen Brauch, besäte Felder im Winter mit einem Fackelzug zu begehen, mit den Hieben der „Lebensrute“, denen sich junge Frauen einst beim Karneval ausgeliefert sahen. Beide symbolisierten die Befruchtung, der Felder einerseits, der Frauen andererseits. [67]

Frauenkörper gleich „Volkskörper“ – in diesem analogischen Zusammenhang funktionalisieren die Rechtsextremistinnen die „heterorassische Sexualität“ (Elsa Dorlin). [68]

Doch können Frauen auch zur Bedrohung werden, wenn sie sich den Naturgesetzen widersetzen und das „Volk“ verraten, indem sie sich zum Beispiel weigern, Kinder zu zeugen und auszutragen oder schlimmer noch: wenn sie abtreiben. Ein Recht auf Selbstbestimmung habe die Frau in diesem Bereich nicht. Das NPD-Programm von 1996 billigte die „Tötung ungeborenen Lebens“ nur „bei Gefahr der Gesundheit von Mutter und Kind sowie nach Vergewaltigungen“, später kam im Aktionsprogramm von 2002 noch die eugenisch klingende Präzisierung für die Fälle „schwerer Behinderung oder Belastung eines Kindes mit einer Erbkrankheit“ hinzu. [69] Dass Frauen überhaupt „widernatürliche“ Schwangerschaftsabbrüche in Betracht zögen, erklärt die NPD mit dem ökonomischen Druck, dem Frauen im neoliberalen Deutschland ausgesetzt seien, weil sie ja arbeiten „müssten“. [70] Insbesondere dem § 218a StGB, der bei medizinischer oder kriminologischer Indikation die Straffreiheit vorsieht, sagen die Nationaldemokratinnen den Kampf an; für sie ist Abtreibung schlicht „Mord“, wenn nicht „Massenmord“, und diejenigen, die dafür eintreten, Kriminelle. [71] Feministinnen wie Alice Schwarzer, einer historischen Vorkämpferin für das Abtreibungsrecht, werden schierer Kinderhass und Nihilismus unterstellt. Sigrid Schüssler widmete ihr einen bissigen Text, in dem sie die Ikone der Autonomen Frauenbewegung zum Anlass nahm, um den „heroischen Lebenskampf“ der nationalistischen Mütter hyperbolisch, „lebensnah“ und detailreich zu schildern:

> „Wie mutig, kämpferisch und lebensrechtlerisch bin ich, wenn ich allen Widrigkeiten zum Trotz mein Kind austrage? Die Schwangerschaft überstehe, die schmerzhafte Geburt, den Urschmerz überhaupt ertrage, meine Brüste vom fiebrigen Milcheinschuß glühend heiß werden lasse, das Ansaugen des Kindes wie nicht enden wollende Nadelstiche erleide, meinen Schlaf opfere und

> mit dieser Liebe, Hingabe und Aufopferung alle kommenden endlosen Sorgen als Mutter bewältigen werde. Sich heute den Aufgaben einer Mutter zu stellen, verlangt einer Frau alles ab. Sie muss gegen den Strom schwimmen können, wenn sie ihre Kinder mit gesunden, sinnhaften Werten erzieht. […] Liebe Alice, wen hast du nun kastriert? Du hast dich selbst und deinesgleichen abgetrieben, auch wenn ihr immer noch die Redaktionsstuben besetzt haltet – wir sind jetzt da. Die Zeit der aggressiv-fruchtbaren Frauen ist angebrochen. Wir sind stark, selbstbewusst und die Frauen der Zukunft, denn hinter uns steht sie bereits, die nächste Generation und die ist aus einem besonders widerstandsfähigen Holz geschnitzt.“ [72]

Für Schüssler, die sich den „aggressiv-fruchtbaren“ und kinderreichen Frauen zurechnet, sei der Kampf gegen die Feministinnen ohnehin schon entschieden, weil Letztere „sich und ihresgleichen“ dank ihrer „Gebärstreik“- und Abtreibungspraxis selbst abschaffen würden. Das Kindergebären gleicht hier nicht nur einem politischen Akt, vielmehr wird es zu einer völkischen Selbstbehauptungstat hochstilisiert. Wie die Abtreibung lehnen die Nationalistinnen auch chemische Verhütungsmittel ab und begründen dies teils mit antisemitischen Verschwörungstheorien. Zum Beispiel behauptet die GDF, die Pille sei in den 1960er-Jahren von der „One-world-Mafia“ [73] als „Abtreibungswaffe“ aus den USA nach Europa importiert worden, um die Völker zu „versklaven“ und ihr „gesundes Wachstum“ zu verhindern. [74] Mit diesen kruden Thesen beteiligten sich die Nationaldemokratinnen auf ihre Art und Weise an der Ausarbeitung des lebensschützerischen Grundsatzes, der schon seit den 1970er-Jahren fester Bestandteil der NPD-Familienprogrammatik gewesen war. Zum Lebensschutz zählen die Nationaldemokratinnen außerdem den Kinderschutz, doch interpretieren sie diesen einseitig als Schutz der Kinder vor dem Staat. Tatsächlich bezichtigen sie ihn, die Kinder in Schule und Kirche „früh zu sexualisieren“, ihnen Homosexualität, Inzest und Triebhaftigkeit nahezubringen, sie

gar willentlich der Pädophilie auszuliefern. [75] 2010 geißelte Stella Hähnel das staatliche Versagen auf diesem Gebiet und forderte ein härteres Durchgreifen gegen Kinderschänder – für Wiederholungstäter erwog sie die Todesstrafe. [76]

Die eigentliche Motivation hinter dem Lebens- und Kinderschutz ist allerdings weniger moralisch als demographisch. Die Fortpflanzung und Bewahrung des Lebens erscheinen der NPD schlicht als bevölkerungspolitische Notwendigkeit. Als besonders alarmierend, so schreibt es die Partei immer wieder, empfinde sie den Geburtenrückgang der „Biodeutschen“ bei gleichzeitigem Anstieg der Geburtenrate in Familien mit „Migrationshintergrund“, was die kulturelle „Überfremdung“ im Lande beschleunige. [77] Um den „Volkstod“ abzuwenden und die „familienpolitische Kehrtwende“ einzuläuten, empfiehlt sie die Umsetzung eines nationalistisch-familialistischen Programms, das sozialpolitische Maßnahmen mit einem rassistischen Impetus verknüpft: Die „Masseneinwanderung“ solle zurückgeschraubt, „Ausländer“ abgeschoben und „biodeutsche“ Familien gezielt gefördert werden. Neben dem Kindergeld solle jedes neugeborene Kind ein „Begrüßungsgeld“ erhalten; ein „Familiensplitting“ solle kinderreiche Familien steuerlich entlasten, während „Kinderlose“ dank eines „Familienleistungsausgleichs“ verstärkt zur Kasse gebeten würden; ein Rentenbonus, gestaffelt nach Anzahl der Kinder, käme noch obendrauf. [78] Ferner sieht die NPD vor, jungen Ehepaaren zur Familiengründung ein „Familiendarlehen“ zu gewähren, das „abgekindert“ werden könne und, wie schon bei seinen historischen Vorbildern, [79] beim dritten Kind ganz getilgt sei. Finanzieren möchte die Partei das Programm dank des Austritts aus der Europäischen Union und der NATO, der Beendigung aller Auslandseinsätze der Bundeswehr, der Aussetzung von Entwicklungshilfeprogrammen und einer stärkeren Besteuerung von börsennotierten Unternehmen. Mit dem Rückzug aus seinen supranationalen Verantwortlichkeiten und Bindungen würden Mittel frei, die den „deutschen“ Familien zugutekommen könnten. [80] Freilich zeigt dieser Vorstoß, wie die

NPD ihren familialistischen Protektionismus mit isolationistisch-antikapitalistischen und souveränistischen Prinzipien verbindet.

Ein weiterer Streitpunkt ist die Frage der weiblichen Erwerbstätigkeit. Auch wenn die Partei die Arbeit von Frauen nicht direkt ablehnt, so befindet sie, dass diese bei ihrer Berufswahl zumindest die „natürlichen“ Geschlechterrollen und -fähigkeiten berücksichtigen sollten. Für Frauen eigneten sich im Speziellen die traditionellen Care-Berufe, etwa in der Sozialarbeit oder im Bildungs- und Gesundheitswesen. In jungen Jahren sollten sie folglich, zu Vorbereitungszwecken, ein „soziales Pflichtjahr“ ableisten, während die jungen Männer ihren Militärdienst machten. [81] Edda Schmidt argumentierte diesbezüglich, Frauen sollten gänzlich auf die Erwerbsarbeit verzichten, diese verstärke nämlich lediglich den Konkurrenzdruck zwischen den Geschlechtern auf dem Arbeitsmarkt. Wiederum würde die Rückkehr der Frauen in den häuslichen Bereich nicht nur der professionellen „Diskriminierung“ von Männern ein Ende setzen, noch dazu könne sie die (männliche) Arbeitslosigkeit drastisch reduzieren. [82] Auch das Parteiprogramm von 2010 hebt die ökonomische Dimension der Frauenarbeit hervor und erklärt, „Mütter sollten nicht aus finanziellen Gründen gezwungen sein, außerhäuslich zu arbeiten“. Das weibliche Arbeitsbedürfnis wird hiermit strikt als eine dem Kapitalismus inhärente sozioökonomische Notwendigkeit ausgelegt. [83] Daraus folgert die NPD, der Staat müsse den Müttern finanziell die Möglichkeit bieten, drei Jahre nach der Geburt eines Kindes zu Hause zu bleiben; denn der „Mutterberuf“, namentlich „die Leistung der Hausfrau und Mutter“, sei „mit keiner Arbeitsleistung anderer Berufe zu vergleichen“. [84] Konkret ließe sich so die weibliche „Wahlfreiheit“ erweitern, sprich die „Freiheit“, sich für die Familie und gegen den Beruf zu entscheiden. Nach diesem Prinzip bestünde der Konkurrenzkampf nun nicht mehr zwischen Männern und Frauen, sondern unter Frauen, und zwar zwischen den berufstätigen Müttern und den Hausfrauen. Insofern ist die NPD-Frauenpolitik beileibe nicht darauf bedacht, auf eine bessere soziale Vereinbarkeit zwischen Beruf und

Familie hinzuarbeiten und bspw. strukturelle Diskriminierungen von Frauen in der Arbeitswelt zu beheben, sondern Lebensentwürfe dank der „Wahlfreiheit" zu individualisieren, zu entpolitisieren und Gleichberechtigungsforderungen von Frauen auf dem Arbeitsmarkt politisch zu entkräften.

Als ultimative Allzwecklösung bewirbt die Partei das „Müttergehalt", [85] das den Müttern zuzüglich zum Kindergeld drei Jahre lang ausgezahlt werden solle. Väter brauche man gar nicht erst in die Kinderpflege einzubeziehen, da sie es angeblich ohnehin nicht wollten. [86] Diese den Müttern zugedachte soziale Maßnahme könne helfen, die Geburtenrate anzukurbeln, die Mütter von der Doppel- und Mehrfachbelastung zu „befreien", darüber hinaus das Problem der Kinderarmut zu lösen, [87] und prekären Familien, insbesondere „Hartz-IV-Müttern", „die soziale Sicherheit geben, die sie brauchen, um die ‚finanzielle Herausforderung Kinder' einzugehen". [88] In Anlehnung an sein historisches Modell sieht der „nationale Sozialismus", laut NPD, es nämlich als seine oberste Pflicht, die ärmeren „Deutschen", Männer wie Frauen und ihre Familien, gegen die „Weltdiktatur des Großkapitals" zu schützen, die „Völker kulturell gleichschaltet, politisch entmündigt, wirtschaftlich ausbeutet und ethnisch zerstört". [89] Nur die „Volksgemeinschaft", als organisch gewachsenes sozioökonomisches Gebilde, sei „gerecht", weil sie dem Gemeinwohl diene, den Klassenkampf überwinde und den Unterprivilegierten voluntaristisch unter die Arme greife. [90] Wie die sozialen Verhältnisse wird auch die Sozialpolitik, etwa die Definition von „Sozialstaat", „nationaler Solidarität" oder „sozialer Gerechtigkeit", mit einer völkischen Deutung versehen und ihr untergeordnet. Verbindlich ist diese auch für den RNF und seine Familienpolitik, wie es etwa die häufig propagierte Losung „Frau, sozial, national" [91] verdeutlicht. Von diesem sozialrevolutionären Standpunkt aus wettern die Organisationsfrauen seit 2006 kontinuierlich gegen die Politik der „familienfeindlichen" Bundesfamilienministerinnen sowie gegen Bundeskanzlerin Angela Merkel, in ihren Augen die „kinderlose Anti-Mutter" schlechthin. [92]

In dieser Hinsicht erfüllt die „deutsche“ Hausfrau und Mutter dem RNF zufolge noch einen letzten, staatsfeindlichen Zweck: Fern jeglichen staatlichen Einflusses sorge sie nämlich im Rahmen einer „artgerechten“ Erziehung für die Vermittlung „deutscher“, d. h. nazistischer Werte und Tugenden. [93] „Nazis, weiter so, macht Kinder ! [...] Nazikinder spielen im Freien, dürfen sich schmutzig machen und essen die Pflaumen vom Baum[,] ohne vorher den Wurm rauszumachen. Sie wachsen gesund und BRD-resistent auf.“ [94] So lautet sein unzweideutiger Appell an die Mütter, ihre Kinder nicht in öffentlichen Einrichtungen betreuen zu lassen, da man sie dort manipuliere, „zwangsumerziehe“ und zu charakterlosen Geschöpfen mache. [95] Der einzige Ausweg seien, so schreibt er es mit einer rassistischen Pointe, „die Verweigerung der derzeit herrschenden kinderfeindlichen Politik und die Solidarisierung mit Gleichdenkenden in Form von winzigen Parallelgesellschaften – die Ausländer machen es uns vor“. [96] Der rechtsextreme Kommunitarismus als antirepublikanische Verweigerungspraxis.

Alles in allem sind die Lösungsvorschläge, die der „nationale Sozialismus“ zur Bewältigung der „demographischen und sozialen Krise“ in Deutschland bereithält, als Ausdruck einer reaktionären Gedankenwelt zu verstehen, in der die völkische Ordnung Wesen, Rolle und „Schicksal“ der Geschlechter nach biologisch-ethnischen Kriterien bestimmt. Ausgehend von einer enggefassten Definition von Weiblichkeit zielt der nationalistische Maternalismus der NPD auf die Restauration einer klassisch patriarchalischen Geschlechterordnung ab, welche die Frau dem privat-häuslichen Bereich zuordnet, ihren Dienst an „Volk“ und „Gemeinschaft“ aber zugleich auch ideologisch aufwertet. Somit erscheint die Familie mehr als je zuvor als Dreh- und Angelpunkt der NPD-Sozialpolitik. Im völkisch-nationalistischen Verständnis hängen das Frauen- und Kindeswohl mit dem „Volkswohl“ auf Gedeih und Verderb zusammen. Ob Frauen Kinder gebären oder abtreiben, zu Hause bleiben, um den Männern auf dem Arbeitsmarkt den Vortritt zu lassen, oder ihre Kinder mit ultra-nationalistischen Dogmen

aufziehen: Davon hänge die Zukunft der „Volksgemeinschaft" ab. Auch weil es die Geschlechtersegregation in der sozialen Ordnung legitimiert, ist das frauen- und familienpolitische Konzept der NPD grundsätzlich antifeministisch, nicht-egalitär und antidemokratisch.

3. Weiblicher Antidemokratismus: Rassismus, Gewalt und Staatsfeindschaft

3.1. Der weibliche „Überlebenskampf" gegen Einwanderer, Flüchtlinge und den Islam

Seit den 1980er-Jahren benutzt die NPD das neurechte Prinzip des Ethnopluralismus als Deckmantel für Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Ausgehend von der biologischen Differenz postuliert es die „Gleichwertigkeit" aller Völker, deren „Vielfalt", sprich deren Eigenart, bspw. dadurch geschützt werden könne, [97] dass Mütter ihren Kindern von Generation zu Generation kulturimmanente Werte, Traditionen und Bräuche weitergäben: ein Spezialgebiet der GDF, die einen Großteil ihrer Propaganda auf die Popularisierung der „deutschen" Mythologie, Geschichte und Folklore konzentriert. Rassistisch ist dieses Prinzip allerdings deswegen, weil der Ethnopluralismus eine ethnozentristische Volksdefinition voraussetzt, wonach jedes „Volk" ethnisch und kulturell homogen sei und zu bleiben habe, wie es die NPD-Formel „Deutschland den Deutschen" [98] eindrücklich darlegt. Die multikulturelle Gesellschaft, so wie sie sich in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, erst in Westdeutschland, dann bundesweit entwickelt hat, wird dementsprechend als fundamentale Bedrohung wahrgenommen. Gesteuert „von Großkapital, Regierung und Gewerkschaften", seien „Millionen von Ausländern nach Deutschland eingeschleust" worden, heißt es im Parteiprogramm von 2010, und durch „massenhafte Einbürgerungen" das „Existenzrecht des deutschen Volkes in Frage gestellt" worden. Die Integration der „Ausländer" ginge

an die biologische Substanz des Volks und sei „gleichbedeutend mit Völkermord“, so die zynische Schlussfolgerung der NPD. [99]

Ganz in diesem Sinne übernimmt auch der RNF den Anti-Einwanderungsdiskurs der Mutterpartei. „Ausländer“, als komplexitätsreduzierender Kampfbegriff für Nicht-„Biodeutsche“ – dies betrifft in seinem Verständnis Deutsche mit Migrationshintergrund, Flüchtlinge, AsylbewerberInnen usw. –, werden schlicht kriminalisiert und soziale Konflikte rassistisch überformt. Im Zuge der Einwanderung seien „Ghettos“ entstanden und mit ihnen die „Unsicherheit“, die in vielen deutschen Großstädten herrsche und gegen die mit einer rabiaten Sicherheitspolitik vorzugehen sei. [100] Doch wirke sich diese „Unsicherheit“ insbesondere auch kulturell aus, weil mit den „Ausländern“ auch fremde, als verbrecherisch, gar monströs dargestellte Bräuche und Sitten nach Deutschland gekommen seien. Hierzu gibt der RNF ein durchaus anschauliches Beispiel:

> „Der Bundesrat befasste sich jüngst mit verschiedenen Gesetzesentwürfen. [...] Das erste Gesetz behandelte die Bestrafung vom Erzwingen einer Ehe, auch im Ausland, wenn die Betroffene dauerhaft in Deutschland wohnt. Das zweite befasste sich mit der Bestrafung von Genitalverstümmelung bei Frauen. Ein zumeist afrikanisches ‚Problem‘. Dort gehört dies seit langem zum Teil der Lebenskultur, was uns Europäer natürlich abschreckt und nach unserem Empfinden eine grausame Körperverletzung und Entwürdigung der Frau darstellt. Wobei das Beschneiden von Jungen gegen ihren Willen nicht bestraft wird. Wir Deutschen würden so eine Straftat wohl gar nicht kennen und bräuchten ergo auch kein Gesetz dafür – das ja auch Geld kostet. Das dritte befasste sich mit dem Thema Schächten in Deutschland und fordert bestimmte Rahmenbedingungen für den Fall, dass aus religiösen Gründen die brutale Schlachtung eines Tieres bei Bewusstsein erfolgt. Dass dies überhaupt in Deutschland erlaubt ist bzw. vom Bundesverfassungsgericht für rechtmäßig befunden wurde, ist angesichts unserer grundsätzlich

> tierfreundlichen Haltung, die sich sogar im Grundgesetz wiederfindet, und unserem Wunsch nach Leben im Einklang mit der Natur nicht nachvollziehbar. […] Der RNF fordert, wie auch die NPD, ein Ausländerrückführungsgesetz, welches uns die vorgenannten Gesetze komplett ersparen würde und einiges an finanziellen Ausgaben dazu.“ [101]

In diesem Zitat kommt die von der NPD betriebene „gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ exemplarisch zum Ausdruck. In nur wenigen Zeilen gelingt es der Verfasserin, gleich mehrere kulturelle oder religiöse Minderheiten zu stigmatisieren, allen voran die türkische, afrikanische, muslimische und jüdische Minderheit, die mit Verweis auf deren jeweilige, vermeintlich frauenfeindliche, unmenschliche oder tierquälerische Praktiken – aufgezählt werden die Zwangsehe, die Genitalverstümmelung, die Beschneidung und das Schächten – in einen Topf geworfen werden. Im Gegensetz zu diesen „bestialischen“, „fremden“ Sitten erschienen die deutschen entsprechend als absolut gewaltfrei und frauenfreundlich, da man „deutsche“ Frauen weder zur Heirat nötige noch verstümmele. Der so affirmierte Antisexismus des RNF ist demnach rassistisch, weil er den Sexismus undifferenziert als Attribut fremder Kulturen darstellt und sexistische Gewalt sowie deren Täter zwangsläufig ethnisiert, vor allem wenn es um Gewalt gegen „deutsche“ Frauen geht, die von „anatolischen Analphabeten, […] moslemischen Hartz IV-Empfänger[n] und […] enthemmten jugendlichen Schläger- und Verbrecherbanden“ vermeintlich misshandelt, vergewaltigt und getötet würden, wie vom RNF behauptet wird. [102] Die rassistischen Pauschalisierungen dienen einem Sündenbock-Narrativ, das den „fremden Mann“ anklagt und den Ursprung von Gewalt, soziale Ausschlussmechanismen und Diskriminierungserfahrungen inbegriffen, unhinterfragt außen vor lässt. Ausgeblendet werden noch dazu der „weiße Mann“ und seine Gewaltpraxis, etwa die sich im „privaten“ Rahmen vollziehende häusliche Gewalt, von der jedes Jahr

deutschlandweit unzählige Frauen betroffen sind.

Verglichen mit dem offensichtlichen Rassismus bleibt der Antisemitismus in der weiblichen NPD-Propaganda jedoch eher diskret und unterschwellig. Nur vereinzelt verwenden die Parteifrauen entsprechende antisemitische Chiffren, etwa wenn sie, wie oben erwähnt, das rituelle Schlachten von Tieren anprangern, sie ferner durch Bedeutungsentlehnungen wie „Babycaust“ oder „Bombenholocaust“ den Holocaust-Begriff seines Sinnes entleeren und den Genozid an den Jüdinnen und Juden relativieren oder sie von der „internationalen Verschwörung“ schwadronieren, die von der amerikanischen „Ostküste“ aus gelenkt würde, um die deutsche Wirtschaft in die Knie zu zwingen, bzw. wenn sie die vermeintliche Übermacht monieren, die von „Washington, Brüssel und dem Zentralrat der Juden“ ausginge. [103] Dieses diffizile diskursive Feld betreten sie tatsächlich relativ selten.

Demgegenüber werden die MuslimInnen seit Beginn der 2000er-Jahre von den NationaldemokratInnen ganz explizit als Feindgruppe benannt und bekämpft. Ihnen wird vorgehalten, Deutschland „überfremden“ und „islamisieren“ zu wollen, wovon schon die vermeintlich überall aus der Erde sprießenden „fremdreligiösen Bauten“, sprich die Moscheen, zeugten. [104] Dass der Islam „minderwertig“ sei, zeige sich laut RNF insbesondere darin, dass die als genuin frauenverachtend und gewaltaffin beschriebene Religion und deren Regelwerk, die Scharia, die Muslimin unterdrückten:

> „Genauso wird aber auch der islamische Mann in diese frauenverachtende, patriarchalische Rolle gedrängt, in der er der Herr über die Frau sein muss. Von einem gesunden Gefühl der Partnerschaft, wie das unserem Ideal entspricht, ist das ebenso weit entfernt. Der Mann ist somit genauso unfrei und von sich selbst entfremdet wie die Frau. […] Der Islam aber ist zum Hätschelkind unserer Republik vorgerückt, wie oft mussten wir uns anhören, der Islam gehöre zu Deutschland. Nein, tut er nicht, es ist hier ein reines Instrument zur Unterdrückung von Völkern, unserer BRD-Meinungsdiktatur also völlig willkommen […].

> [Die] Befreiung der Frau aus den erniedrigenden, menschenunwürdigen Dogmen einer gesellschaftsdominierenden Religion, wie dem Islam, das ist die große Aufgabe und Pflicht der moslemischen Frauen selbst. Es ist ihr Beitrag zur menschlichen Weiterentwicklung und letztenendes [*sic!*] zum Frieden in der Welt.“ [105]

Indirekte Erwähnung findet hier Christian Wulff, der am 3. Oktober 2010 die Formel geprägt hatte, der Islam gehöre zu Deutschland. Damit hatte sich der damalige Bundespräsident in eine öffentliche Debatte eingeschaltet, die der (kürzlich aus der Partei ausgeschlossene) SPD-Politiker Thilo Sarrazin mit einem polemisch antimuslimischen Buch über den Stellenwert des Islams in der deutschen Gesellschaft angestoßen hatte. Sarrazins kruder Theorie beipflichtend, dass sich Deutschland durch seine Einwanderungs- und Integrationspolitik selbst „abschaffe“, [106] unterstellt die Nationaldemokratin Sigrid Schüssler im obigen Zitat der „BRD-Meinungsdiktatur“ eine bewusste Komplizenschaft bei der muslimischen „Kolonisierung“ Deutschlands. Auch geht es ihr ganz bestimmt nicht um die „Befreiung“ der „unterdrückten Muslimin“ – das Stereotyp dient einzig und allein dazu, deren kulturelle Inferiorität im Vergleich zur „emanzipierten“, „selbstbewussten“ und „modernen“ „deutschen“ Frau zu behaupten. [107] Misogyn ist der Rassismus der Nationaldemokratinnen also allemal. Dieses Paradox erklären die Soziologinnen Birgit Rommelspacher und Christine Holzkamp anhand der plausiblen These, dass Rechtsextremistinnen ihre eigenen Ausgrenzungs- und Sexismuserfahrungen auf Frauen anderer Kulturkreise projizieren, zugleich aber ein Überlegenheitsgefühl daraus ableiten, dass sie jene kulturell und „rassisch“ dominieren. [108]

Im Zuge der sogenannten „Flüchtlingskrise“ hat sich der rassistische Diskurs der Nationaldemokratinnen verlagert. Er konzentrierte sich nun voll und ganz auf die Feindgruppe der Flüchtlinge und AsylbewerberInnen. Angesichts der gesellschaftlichen Spannungen und Mobilisierungserfolge von

PEGIDA und AfD, die 2015 im Hinblick auf die Flucht Hunderttausender syrischer Männer und Frauen nach Deutschland und Europa hervorgerufen wurden, hofften der RNF wie auch die Mutterpartei zu diesem Zeitpunkt, vom Rechtsruck im öffentlichen und politischen Diskurs zu profitieren [109] und die lautstark protestierenden „WutbürgerInnen" für sich gewinnen zu können. Immer wieder verunglimpften die NPD-Frauen die Schutzsuchenden als Feiglinge und „Fahnenflüchtige", deren Ziel es nun sei, so erläuterte es bspw. Ricarda Riefling, in Deutschland „ihr Unwesen" zu treiben und wehrlose Frauen zu vergewaltigen. [110] Bestätigt fühlte sie sich besonders durch die Vorfälle in der Silvesternacht 2015/16 in Köln. Dort war es am Hauptbahnhof zu Hunderten sexuellen Übergriffen von Männern ausländischer Herkunft sowie Asylbewerbern aus dem Nahen Osten und dem Maghreb auf Frauen gekommen. Riefling nutzte die daraufhin einsetzende öffentliche Diskussion über die Integrationsfähigkeit von jungen Männern aus dem arabischen Kulturkreis zur Skandalisierung der bundesdeutschen Flüchtlingspolitik und zur Kriminalisierung der „Rapefugees", [111] deren sexuelle Aggressivität den „deutschen" Frauen zum Verhängnis werden könne, wie sie zu wissen meinte:

> „Am Silvesterabend kam es zu einem unglaublichen, aber vorhersehbaren Vorfall in Köln. Mehrere hundert Ausländer (laut Zeugen wohl aus dem arabischen oder nordafrikanischen Raum) belästigten viele Frauen sexuell und beraubten sie. […] Die Polizei versuchte die Situation in den Griff zu bekommen und stieß auf einen gewaltbereiten und tobenden Mob von knapp 1000 Ausländern. Ja, Sie lesen richtig: 1000 Ausländer. Damit ist nicht mehr zu spaßen und es zeigt uns, welche Dimension die unkontrollierte Masseneinwanderung durch die herrschenden brd-Politiker angenommen hat. […] Der Großteil der hier einfallenden Invasoren ist männlich und im zeugungsfähigen Alter. Sie haben kein Respekt [*sic!*] vor uns deutschen Frauen und nehmen ihrem Triebverhalten nach[,] was sie wollen. […] Es darf nicht sein, dass wir in

> unserem eigenen Land zu Freiwild werden und die Politik dafür noch Verständnis erwartet. Wir dürfen es nicht mehr hinnehmen.“ [112]

Das Narrativ einer für „deutsche“ Frauen gefährlichen Triebhaftigkeit „rückständiger“ Männer aus dem „Orient“ [113] beherrschte daraufhin monatelang die Propaganda der NPD-Frauen. [114] Im Kontext der generell ab Ende 2017 in der westlichen Welt stark rezipierten „#MeToo“-Debatte über Sexismus und sexualisierte Gewalt [115] nutzten auch andere Rechtsextremistinnen, etwa deutsche und österreichische Aktivistinnen aus der Identitären Bewegung (IB), sexuelle Gewalt als effektives Agitationsthema. „Köln“ und weitere Vorfälle dienten ihnen dabei ebenso als Steilvorlage, um in den sozialen Netzwerken eine rechte, gezielt gegen „fremde“ Triebtäter und den in seiner Schutzfunktion „versagenden“ Staat gerichtete „#MeToo“-Bewegung ins Leben zu rufen. Anhand digitaler Kampagnen wie „#120db“ riefen sie unter dem Namen „Töchter Europas“ zur pseudofeministischen Selbstverteidigung „weißer“ Frauen gegen vermeintlich gewalttätige Migranten auf. [116] Ähnlich lautete auch der Selbstbehauptungsdiskurs der RNF-Frauen. Mit der Verbreitung rassistischer Parolen wie „Finger weg, Nafri“, [117] „Unsere Frauen sind kein Freiwild“ und „Asylterroristen abschieben“ benutzte er die Opfer sexualisierter Gewalt und deren Würde als Vorwand, um anhand von Pauschalisierungen Nicht-Deutsche auf grobe Art und Weise zu diffamieren und eine harte Abschiebungspolitik zu rechtfertigen.

Als der politische Rassismus in den 1980er-Jahren definitiv Eingang in die NPD-Programmatik fand, ging es der Partei vorrangig darum, die multikulturelle Gesellschaft von einem identitären, sozial- und sicherheitspolitischen Standpunkt aus anzuprangern, EinwanderInnen und AsylbewerberInnen als „Sozialschmarotzer“ oder im Gegenteil als billige Arbeitskräfte zu brandmarken, die den „Deutschen“ die Arbeit wegnähmen. So sollten in der westdeutschen Mehrheitsgesellschaft Ängste vor ethnokultureller Entfremdung und sozialer Deklassierung

geschürt werden. In den 2000er- und 2010er-Jahren hingegen ist es, im Zuge der völkisch-nationalistischen Neudefinition der NPD-Ideologie, zu einer Schwerpunktverschiebung des rassistischen Diskurses gekommen: Meistens wird er nun mit Geschlechternarrativen unterfüttert. Hier liegt der ideologische Hauptbeitrag der Nationaldemokratinnen. In den letzten Jahrzehnten waren sie es, die in ihrer Propaganda die diskursive Verflechtung von *gender* und *race*, [118] im Sinne einer Vergeschlechtlichung des Rassismus, systematisiert haben. Indem sie den Sexismus oder die sexualisierte Gewalt aber ausschließlich anderen, nicht-europäischen Kulturkreisen zuschreiben, ignorieren sie willentlich die individuellen wie strukturellen Diskriminierungs- und Gewalterfahrungen, die Frauen in Deutschland täglich und unabhängig von ihrem ethnischen, kulturellen oder sozialen Hintergrund machen. Auch wirken diese Zuordnungen exkulpatorisch, weil sie vergessen lassen, mit welcher brachialen Gewalt – sei sie diskursiv oder körperlich – die extreme Rechte seit Jahrzehnten gegen ebenjene als „ausländisch“ und „fremd“ etikettierten und abgewerteten Menschen vorgeht.

3.2. Der Hass auf die Republik und das „System“

Nach jahrelangen Ermittlungen zum „Wesen“ der NPD kam das Bundesverfassungsgericht am 17. Januar 2017 zu dem Schluss, die NPD vertrete „ein auf die Beseitigung der bestehenden freiheitlichen demokratischen Grundordnung gerichtetes politisches Konzept“:

> „Sie will die bestehende Verfassungsordnung durch einen an der ethnisch definierten ‚Volksgemeinschaft‘ ausgerichteten autoritären Nationalstaat ersetzen. Ihr politisches Konzept missachtet die Menschenwürde und ist mit dem Demokratieprinzip unvereinbar. Die NPD arbeitet auch planvoll und mit hinreichender Intensität auf die Erreichung ihrer gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichteten Ziele hin.“ [119]

Gewiss ist die „neue“ NPD verfassungswidrig. Dies steht hinsichtlich ihrer völkisch-nationalistischen Ausrichtung außer Frage. Sie steht in offener „Fundamentalopposition“ zum liberal-demokratischen und parlamentarischen System der Bundesrepublik und negiert ihre Grundwerte: die Würde des Menschen, die unveräußerlichen Grundrechte und den Pluralismus. Ihr Demokratieverständnis geht von einer ethnisch-nationalistischen Definition von „Volksherrschaft“ aus, in der *ethnos* und *demos* einander bedingen und der Nationalstaat völkisch determiniert wird. [120] Auch macht die NPD seit langem keinen Hehl mehr aus ihrer Staatsfeindschaft. Schon 2004, als der Partei erstmals der Einzug in den Sächsischen Landtag gelungen war, verkündete Udo Voigt, es sei das Ziel, „die BRD ebenso abzuwickeln, wie das Volk vor fünfzehn Jahren die DDR abgewickelt hat“. [121] Schon die systematische Benutzung des „BRD“-Kürzels zu Diffamierungszwecken weist auf die grundsätzliche Ablehnung des „Systems“ hin, welche von NPD-Frauen ebenso propagiert wird. 2007 erklärte Ricarda Riefling, dass in einer Demokratie „nur gestritten“ werde und sie deswegen „eine Einheitspartei“, „eine Linie“, sprich eine Diktatur, bevorzuge. [122] Gleichermaßen geißelte Sigrid Schüssler das bundesrepublikanische „Dreckssystem“ und rechtfertigte ihren Eintritt in die NPD mit den Worten: „Für mich war damals der Eintritt in die NPD […] der Austritt aus der BRD. Das war mein Bekenntnis zu Deutschland.“ [123] Im Frühling 2020 nahm der RNF schließlich den „Covid-19“-pandemiebedingten „Shutdown“ zum Anlass, um seine „Rebellion“ gegen den Staat und seine vermeintliche „Corona-Diktatur“ zu inszenieren und einen globalisierungs- bzw. staatsfeindlichen „Systemexit“ zu fordern. [124]

Obwohl die Beseitigung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu den politischen Hauptanliegen der Nationaldemokratinnen zählt, bleibt unklar, welche Staatsform ihnen zufolge letztendlich die Republik ersetzen solle. Beim RNF-Bundeskongress 2008 versuchte etwa Gitta Schüssler ziemlich erfolglos, diese theoretische Leerstelle zu füllen:

> „Ein beliebter Spruch ist ja immer ‚sozial geht nur national', oder, besonders bei der Jugend, ‚Nationaler Sozialismus – jetzt – jetzt – jetzt'. Klingt nett, aber wenn man nachfragt, was denn genau dieser nationale Sozialismus sein soll, kommt entweder ein Verweis aufs Dritte Reich oder eine Wunschliste, was man alles nach der Machtübernahme tun würde. Eine offizielle Definition dafür gibt es also nicht, auch nicht aus Sicht der Mutterpartei. [...] Das Wort national dürfte klar sein, innerhalb eines Volkes, Volksgemeinschaft, die eigenen Leute sozusagen. Und zwar Abstammungsdeutsche. Sozialismus ist schon schwerer zu definieren – der Sozialismus à la DDR war bekanntlich eine Sackgasse. Wenn wir es am Privateigentum, an Produktionsmitteln – nach Karl Marx – festmachen, war der historische Nationalsozialismus auch nicht besonders sozial. [...] Nach der Wende und dem Anschluss der DDR an die BRD wurde den staunenden Ossis viel von sozialer Marktwirtschaft erzählt, von blühenden Landschaften, die sich jetzt – knapp 20 Jahre später – als Entleerungsräume herausgestellt haben. Soziale Marktwirtschaft kann halt nicht funktionieren, wenn der Markt global ist, die Sozialsysteme aber national bleiben. [...] Um den Begriff des nationalen Sozialismus mit praktikablen Inhalten zu füllen, sollten wir uns an die Grundaufgaben eines Staates erinnern. Äußere Sicherheit und Innere Sicherheit, Soziale Gerechtigkeit, Bildungssystem, Öffentliche Infrastruktur. Diese Kernaufgaben auf nationaler Grundlage ausgeführt, und wir hätten den nationalen Sozialismus." [125]

Wie substanzlos Schüsslers Konzept war, zeigt die äußerst simple Unterscheidung des nationalen Sozialismus von anderen Modellen, dem Marxismus, dem „real existierenden Sozialismus", der sozialen Marktwirtschaft und dem historischen Nationalsozialismus. Offenbar schwebte ihr ein „dritter Weg", ein neonationalsozialistischer Weg fern von Kapitalismus und Kommunismus vor. „Neo", weil in der Gegenwart verankert; „national", weil die soziale Ordnung einem völkischen Verständnis zugrunde liegt; und „sozial", weil er die

„Biodeutschen“ bevorzugt. Auf seine konkrete Umsetzung ging die recht schwammige Erläuterung aber nicht weiter ein.

Dass die NPD einen subversiven Diskurs pflegt, ist augenscheinlich, doch bleibt die evozierte *Tabula rasa* immer symbolisch und rhetorisch, weil die Partei nach eigener Aussage die „Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung“ ablehnt. [126] Viel eher setzt sie auf eine evolutionäre Machtübernahme und hofft, wie einst in „Weimar“, das demokratische System „legal“ außer Kraft setzen zu können, über Wahlen und gezielte Destabilisierungs- und Polarisierungskampagnen. Dazu gehören die bereits vielfach erwähnten verbalen Entgleisungen, Verzerrungen, Provokationen und Tabubrüche, die das Sagbare auf der Straße, in den sozialen Medien und Parlamenten immer weiter ausreizen, [127] sowie ganz konkrete Rechtsbrüche. Kollektive Gewalt mag die Partei offiziell ablehnen, doch deckt sie immerzu die Gewaltpraxis ihrer AktivistInnen.

In den 1990er-Jahren stellten SozialwissenschaftlerInnen die überzeugende These auf, dass rechtsextreme Männer und Frauen auf der Einstellungsebene genauso gewaltaffin seien, Frauen aufgrund ihrer geschlechtsspezifischen Sozialisierung indes weniger „aktiv gewaltbereit“ auftreten und die Ausübung von Gewalt tendenziell lieber den Männern oder dem Staat überlassen (im Sinne einer passiven Gewaltbereitschaft). [128] Kriminologischen Studien zufolge lag der Anteil von Frauen bei rassistisch oder politisch motivierten Gewalttaten in den 2000er-Jahren entsprechend bei ca. 5 bis 10%. [129] Es sind Zahlen, die laut der Soziologin Michaela Köttig nur bedingt der Wirklichkeit entsprächen, weil statistische Ämter ihre Daten nur selten nach Geschlecht aufschlüsseln, Polizei und Justiz in ihren Erhebungen und Ermittlungen von einem ausgeprägten „Gender Bias“ geleitet seien, der Frauengewalt unsichtbar mache, und allgemein kaum berücksichtigt wird, dass extrem rechte Frauen auch indirekt, bspw. durch Aufstachelung zum Hass, zur männlichen Gewalt beitragen können. [130]

2013 waren ein Drittel aller NPD-FunktionärInnen vorbestraft und ein Viertel wegen Belästigung,

Körperverletzung, unrechtmäßigen Waffenbesitzes, Diebstahls und der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung zu Haft- und Geldstrafen rechtskräftig verurteilt worden. [131] Dass auch Nationaldemokratinnen mitunter ein gut gefülltes Strafregister aufweisen, ist hinlänglich bekannt. Beispiele gibt es viele. 1997 wurde Edda Schmidt wegen Volksverhetzung, Revisionismus und der Verbreitung jugendgefährdender Schriften zu einer mehrmonatigen Freiheitsstrafe auf Bewährung verurteilt; dazu verhängte ein Gericht 2008 noch eine Geldstrafe in Höhe von 900 Euro wegen Verunglimpfung des Staates gegen sie. Auch Judith Rothe, die langjährige stellvertretende Vorsitzende des RNF, wurde 2008 wegen Aufstachelung zu Rassenhass und Gewalt für schuldig erklärt, sie war zuvor bereits wegen Körperverletzung vor Gericht gestellt worden. 2002 musste Janine Blass 120 Stunden gemeinnützige Arbeit ableisten, weil sie im August 2000 die Fenster einer Moschee eingeschlagen hatte. [132] Hinzu kommt, dass zahlreiche in WJ oder HDJ organisierte NPD-Frauen die paramilitärische Ausbildung von Kindern und Jugendlichen betreuten und über diesen Weg gewalttätiges Verhalten normalisierten und förderten.

Als es in Deutschland im Kontext der „Flüchtlingskrise“ 2015/16 zu gesellschaftlichen Polarisierungen und einer regelrechten Gewaltexplosion gegen Flüchtlinge und AsylbewerberInnen kam, als Flüchtlingsunterkünfte brannten und sich aus falsch verstandener Notwehr gegen die Flüchtlingspolitik der Bundeskanzlerin Merkel sogenannte „Bürgerwehren“ in sächsischen Städten wie Freital oder Heidenau formierten, [133] riefen die Nationaldemokratinnen nicht direkt zur Gewalt auf, sondern leugneten die Verstrickung rechter AktivistInnen in die Attentate, Übergriffe und Brandstiftungen. Im April 2016 behauptete Ricarda Riefling, ohne Beweise hierfür vorzulegen, dass „der Großteil der brennenden Asylunterkünfte in Rheinland-Pfalz [...] übrigens auf die Konten der Invasoren selbst“ ginge. [134] Mit dieser Verschleierungstaktik trug sie auf ihre Art und Weise zur geistigen Brandstiftung bei.

Ähnlich sieht die Haltung der NPD-Frauen auch in Bezug auf den Rechtsterrorismus bzw. den NSU [135] aus. Obwohl belegt ist, dass sich Parteifunktionäre, namentlich Tino Brandt, André Kapke oder Ralf Wohlleben, aktiv am Unterstützungsnetzwerk des weitverzweigten NSU-Komplexes beteiligt haben, [136] verlor der RNF in der Prozessphase von 2013 bis 2018 kaum ein Wort darüber. Ende 2011, kurz nach der Aufdeckung des „Trios“ um Uwe Böhnhardt, Uwe Mundlos und Beate Zschäpe, hatte die Frauenorganisation noch versucht, dem Staat mitten in der Debatte über den Verfassungsschutz [137] die Schuld zuzuweisen. Sie bezichtigte ihn, den Terror selbst fabriziert zu haben, um die NPD verbieten zu können.

> „Nun wird auch in den Medien die Frage diskutiert, welche Rolle der ‚Verfassungsschutz‘ spielt. Es wäre ja nicht das erstemal [*sic!*], dass Verbrechen von dessen Mitarbeitern begangen wurden, um sie irgendwelchen ‚Rechten‘ in die Schuhe zu schieben, um dann entsprechende unliebsame Gruppen verbieten zu können. Da stellt sich die Frage, ob man sich nicht überlegen sollte, den ‚Verfassungsschutz‘ als ‚kriminelle Vereinigung‘ zu verbieten. […] Und natürlich wird sofort wieder nach einem NPD-Verbot geschrieen [*sic!*]. […] Das ist das, was man unter Demokratie hierzulande versteht …“ [138]

Zwar leugnete der RNF jegliche Mitwisserschaft, doch schien er oder zumindest einzelne seiner Aktivistinnen durchaus im Bilde zu sein. So wurde Edda Schmidt im Sommer 2015 gerichtlich vorgeladen und zu etwaigen Verbindungen zu KomplizInnen und UnterstützerInnen in den frühen 2000er-Jahren befragt. Über den RNF beteuerte sie wenig später ihre Unschuld, indem sie erklärte, nie Kenntnis von den Taten oder dem Versteck des NSU gehabt zu haben. Ebenso habe sie nie Informationen an das BfV weitergegeben. [139] 2011 zeigte auch Ricarda Riefling ein etwas ambivalentes Verhältnis zum Rechtsterrorismus. In einem Interview distanzierte sie sich zwar von Beate Zschäpe, die sie als „Verräterin“ bezeichnete, doch drückte sie zugleich ihre

Bewunderung für die RAF-Terroristin Ulrike Meinhof aus, die sie für eine „intellektuelle Ikone“ und „Überzeugungstäterin“ hielt. [140] Demnach missbilligte sie weniger den Terrorismus als die „charakterlose“ Persönlichkeit und zu laue Haltung Zschäpes – sowie deren Kinderlosigkeit.

Zur Verschleierungstaktik des RNF gehört ebenfalls, den Rechtsterrorismus schlicht zu leugnen, so wie es Maria Fank 2013 tat, als sie vom „angeblich ‚rechten Terror‘“ sprach. [141] Andere Aktivistinnen wiederum relativieren ihn dadurch, dass sie die „Terror“-Begrifflichkeit semantisch überdehnen und inflationär verwenden. Neben den „Terrormuslimen“, dem „multikulturellen Terror“, dem kapitalistischen „Konsumterror“ sowie dem alliierten „Bombenterror“ auf Dresden vom Februar 1945 prangern die Nationaldemokratinnen auch und vor allem den „Staatsterror“ an, als dessen Opfer sie sich sehen. „Terroristisch“ sei der Staat, weil er als diktatorischer „Polizeistaat“ die Rechte und Freiheiten seiner BürgerInnen mit den Füßen trete [142] und „Andersgesinnte“, d. h. NationalistInnen, auf Geheiß der EU und anderer „Besatzermächte“ mithilfe von „linksfaschistischen Kriminellen“ verfolge, wie es Katrin Köhler aus dem sächsischen RNF empört ausdrückte:

> „Damals wie heute fand und findet sie diese antideutschen Gewalttaten eine Schande für unser Land und dessen Unrechtsregierung. Unfrei und als willfährige, fremdbestimmte Marionetten der immer noch auf deutschem Boden agierenden Besatzermächte, dulden und fördern die Berliner und Brüsseler Volksverräter/innen derartige inländerfeindliche Terrorakte besonders gegen national denkende und handelnde deutsche Menschen. Dies [ist] absolut nicht akzeptabel und muss auf das Schärfste angemahnt und verurteilt werden. So etwas [ist] niemals demokratisch, sondern eindeutig diktatorisch und volksfeindlich – einfach widerlich und ekelhaft!“ [143]

Gewiss, diesen Opferdiskurs bemüht die NPD seit dem „Extremistenbeschluss“ von 1972, doch ist die Partei in ihrer verunglimpfenden Wortwahl – „Volksverrat“, „Unrechtsregierung“, „willfährig“, „fremdbestimmt“, „volksfeindlich“, „Schande“ – noch nie so radikal gewesen. Bei der Verschwörungsrhetorik, mit der sie den Staat, die Demokratie und ihre VertreterInnen angreift, fühlt man sich bisweilen an den antirepublikanischen Delegitimierungsdiskurs der NSDAP in der Weimarer Republik erinnert. Der Kampf gegen das „System“ und seine „politische Korrektheit“ beginnt, wie die „Neue Rechte“, die RechtsextremistInnen und RechtspopulistInnen seit jeher meinen, bereits in der Sprache und um die Sprache. [144] Dort wird er mit Vehemenz geführt. Auch die haarsträubende Unterstellung, der Staat fördere und benutze die AntifaschistInnen zur Verfolgung der NationalistInnen, ist schlicht falsch. [145] Zum einen dient diese Behauptung zur Stützung ihres Verfolgungsdiskurses, [146] zum anderen der Heroisierung der NationalistInnen, die für „Volk“ und „Nation“ beispiellose Gefahren auf sich nähmen. Ungeachtet des tatsächlichen Angst- und Unsicherheitsgefühls jener Frauen kommt man nicht umhin, das Narrativ als Nebelkerze zu betrachten. Im Hinblick auf die massive Bedrohungslage – genährt durch rechten Terror, Anschläge, Morde, Brandstiftungen, Drohungen und Einschüchterungsversuche –, in der sich unliebsame PolitikerInnen, JournalistInnen, VertreterInnen der Zivilgesellschaft, „Antifas“, einfach alle als „Feinde“ Gebrandmarkten seit dem Ende der 2010er Jahre befinden, erscheint dieses Erzählmuster wie ein hilfloser Versuch, von der Gewalt des eigenen Spektrums abzulenken bzw. diese zu rechtfertigen.

Als die Landesinnenminister im Dezember 2012 ihren Beschluss bekanntgaben, beim Bundesverfassungsgericht ein erneutes Verbotsverfahren gegen die NPD wegen ihres „aggressiv-kämpferischen“ Verhaltens anzustrengen, veröffentlichte der RNF einen scharfzüngigen Kommentar, in dem er anhand einer diskursiven Umkehrtaktik die

„Illegitimität“ der Bundesrepublik Punkt für Punkt zu veranschaulichen suchte:

> „Wir nationalen Frauen kämpfen in der Tat für die freie Selbstbestimmung unseres Volkes, genauso wie dies die nationalen Männer innerhalb unserer Partei, der NPD, tun. Unsere ‚Waffen‘ dabei sind unser Geist, unser Wort, unsere Schrift, unser Gesicht[,] das wir zeigen[,] und nicht zuletzt unser Glaube an die gute und schöpferische Kraft unseres Volkes. [...] Wir nationalen Frauen sehen ‚aggressiv kämpferisches‘ Verhalten unseres Staates in der gezielten Überfremdungspolitik, die gegen den Willen unseres Volkes verwirklicht wird. [...] Wir nationalen Frauen verurteilen zutiefst diese volksverachtende Überfremdungspolitik der BRD. Wir nationalen Frauen sehen ‚aggressiv kämpferisches‘ Verhalten unseres Staates in der politischen Verfolgung Andersdenkender [...]. Es ist das Zeichen bedingungsloser Brutalität eines Staates, der – gegen die Rechte seines eigenen Grundgesetzes – Terror zur Abschreckung und Einschüchterung, wie auch zur Bestrafung Andersdenkender einsetzt. [...] Wir nationalen Frauen sehen ‚aggressiv kämpferisches‘ Verhalten unseres Staates in der tagtäglichen, von gesetzlichen Krankenkassen finanzierten, Tötung Hunderter ungeborener Kinder. [...] Wir nationalen Frauen sehen dieses akzeptierte Dahingemetzel hilfloser Kinder als eines der schlimmsten Verbrechen der Jetztzeit. Es ist unentschuldbar. Wir nationalen Frauen distanzieren uns von dieser menschenverachtenden ‚aggressiv kämpferischen‘ Politik der Regierenden der BRD. Wir sind die anständigen Deutschen. Wir sind die Hoffnung! Hoffnung lässt sich nicht verbieten. Und Deutschland braucht Hoffnung!“ [147]

In diesem Glaubensbekenntnis des RNF verdichten sich die Angriffspunkte seiner system- und staatsfeindlichen Kritik. Doch haben sich die Nationaldemokratinnen nach der Urteilsverkündung durch das Bundesverfassungsgericht vom

17. Januar 2017, das die NPD zwar als verfassungsfeindlich einstufte, wegen ihres als niedrig eingeschätzten Gefahrenpotentials jedoch von einem Parteiverbot absah, [148] recht diskret verhalten; vermutlich hatten sie nicht mit diesem milden Ausgang gerechnet. Zu Recht: Mit Blick auf die Intransigenz ihrer Fundamentalopposition hätte die NPD im Namen der wehrhaften Demokratie tatsächlich und in aller Konsequenz verboten werden müssen.

4. Resümee

Die „Weltanschauung" der Nationaldemokratinnen besticht durch ihre erstaunliche ideologische Kohärenz. Gestützt auf den Ur-Mythos der GermanInnen, determiniert das völkische Prinzip nicht nur deren biologisch-organisches Verständnis von sozialer Ordnung, es bestimmt auch deren Wahrnehmung und Deutung der Geschlechterverhältnisse im „Volk". Als „germanisches" Ideal propagieren die NPD-Frauen die „Gleichwertigkeit" der Geschlechter, die von der Komplementarität von Mann und Frau ausgeht, die „männlichen" Tätigkeitsbereiche von den „weiblichen" entsprechend segregiert und Frauen fast ausschließlich der häuslich-familiären Sphäre zuordnet. Als völkisches Pendant zur demokratisch-republikanischen „Gleichheit" legitimiert die „Gleichwertigkeit" die Diskriminierung von Frauen außerhalb ihres „natürlichen" Reproduktionsbereichs. Somit ist sie schlicht nicht-egalitär, antifeministisch und reaktionär. Aus der Sicht der Rechtsextremistinnen wird die „Gleichwertigkeit" jedoch insofern einem antisexistischen Anspruch gerecht, als die Mutter als „Volksmutter" dem Vater als „Volksernährer" gleichgestellt wird. Im Vergleich zu früheren Phasen der Parteigeschichte erfahren die Frauen dadurch eine symbolische Aufwertung. Der nationalistische Maternalismus, den die Partei schon in den 1970er Jahren vertrat, wurde in den letzten Jahrzehnten kontinuierlich weiterentwickelt. Mit seinem bevölkerungspolitischen Substrat gehört er zu den

Grundpfeilern der NPD-Sozialpolitik und ihres „nationalen Sozialismus“. Durch und durch rassistisch ist dieser völkische „Sozialismus“ auch in seiner weiblichen Ausdeutung, weil er ethnische wie religiöse Minderheiten, MigrantInnen und Flüchtlinge verunglimpft, pauschal kriminalisiert und sexualisiert und dabei die Integration von „AusländerInnen“ als „Überfremdung“, gar als antideutschen „Genozid“ anprangert.

Darüber hinaus ist der bundesdeutsche Staat, als Garant des demokratisch-liberalen „Systems“, eine privilegierte Zielscheibe ihres Ächtungsdiskurses. Als „kapitalistischer“ Staat sei er der Globalisierung hilflos ausgeliefert; als „feministischer“ Staat fördere er die „Gleichmacherei“ der Geschlechter, die Abtreibungen und die Erwerbstätigkeit von Frauen; als „linker“ Staat unterdrücke er die „Andersdenkenden“, sprich die NationalistInnen; als „antideutscher“ Staat unterstütze er außerdem die „Masseneinwanderung“, die multikulturelle Gesellschaft und somit die „Entgermanisierung“ Deutschlands. Dass dieses anti-republikanische Narrativ zwangsläufig auch Umsturzphantasien nährt und auf die Apologie von Gewalt und Terror hinausläuft, liegt nahe. Freilich haben auch die NPD-Frauen der „Bekenntnisgeneration“ ihren ganz eigenen, geschlechtsspezifischen Weg in den „nationalen Widerstand“ gefunden. Sie wissen, wie sie sich ihm politisch-ideologisch nützlich machen können. Wie ihre männlichen Mitstreiter haben auch sie den Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung verlassen.

X. Fazit

Am Ende dieses Buches scheint mindestens eines außer Frage zu stehen: dass die Männerpartei NPD tatsächlich auch schon immer „Frauensache“ gewesen ist. Über ein halbes Jahrhundert lang haben sich Frauen in den politischen Dienst der Partei gestellt. Als Anhängerinnen und Funktionärinnen, Sympathisantinnen und Wählerinnen, Kandidatinnen und

Parlamentarierinnen haben sie ihr ein weibliches Gesicht verliehen, inhaltliche Zuarbeit geleistet, sie in der Öffentlichkeit vertreten und sich durch ihren Aktivismus um deren politisch-ideologische Etablierung in der Bundesrepublik bemüht. Als Akteurinnen haben sie die Geschicke der NPD mitbestimmt und deren Geschichte geprägt. Ferner steht fest: Auch die Nationaldemokratinnen haben eine Geschichte. Im Folgenden soll diese noch einmal kurz zusammengefasst werden.

Die erste Phase der Parteigeschichte, die Gründungs- und Stabilisierungsphase (1964–1969), war zweifellos die erfolgreichste für die NPD. In diesen fünf Jahren schaffte sie es, als „nationale Sammlung" bürgerlich-nationalkonservative wie nationalsozialistische Kräfte an sich zu binden und sich im Zuge eines Konzentrationsprozesses zur Hauptakteurin der „nationalen Opposition" zu entwickeln. Unter dem Vorsitz Thielens und später von Thaddens erzielte sie ihre besten Wahlergebnisse, rekrutierte die meisten Mitglieder und zählte die meisten Mandate ihrer Geschichte – eine Blütezeit, in der sie eine beachtliche – später in der Intensität nie wieder erreichte – politische Aktivität entfaltete. Diese günstigen Rahmenbedingungen nutzten insbesondere die am Parteiaufbau beteiligten NPD-Frauen. Unter der Ägide der als charismatisch geltenden Gertraude Winkelvoß entwickelte sich eine weibliche Dynamik, die sich unter anderem daran messen ließ, dass sich immer mehr Frauen vernetzten, Tagungen organisierten, für die Partei agitierten und sich dabei teilweise auch politisch profilierten: Ausgewählte Frauen schafften es vor allem auf Kreis- und Landesebene, vereinzelt auch auf Bundesebene, in gehobene Positionen.

Ungeachtet bestimmter Karrierechancen und Erfolge stießen die Frauen als Kollektiv im Parteiapparat jedoch auf erhebliche strukturelle Hürden. Von der stark männlich dominierten Parteileitung erfuhren nur die wenigsten Unterstützung. Als „nützlich" erwiesen sich Frauen in ihren Augen lediglich, wenn sie sich mit ihrem „natürlichen" Kompetenzbereich – Familie und Haushalt – befassten, sich sonst aber zurückhielten. Von der höchsten Machtebene

meistens ferngehalten, nahmen sie nur vereinzelt an den politischen Aushandlungs- und Entscheidungsprozessen teil. Meist erfüllten sie in untergeordneter Stellung ausführende Funktionen, übernahmen etwa im Hintergrund unsichtbare organisatorische, logistische oder Verwaltungsaufgaben; der öffentlichen Bühne blieben sie vorwiegend fern. Als Zugeständnis für die Frauen und ihre ‚Expertise' galt hier das auf sie zugeschnittene Amt der Frauenreferentin, das Gertraude Winkelvoß auf Bundesebene mit erheblicher Autorität wahrnahm. Auch zahlreiche Kreis- und Landesverbände boten lokal oder regional renommierten Nationaldemokratinnen derartige Vorstandsposten an. Deren Aufgabe war es, die Ehefrauen der Parteikader und -mitglieder im Rahmen von Tagungen, Lehrgängen und Treffen an die NPD heranzuführen, sie politisch auszubilden und als Multiplikatorinnen einzusetzen. Darin bestand – und erschöpfte sich – maßgeblich die politische Funktion der Parteifunktionärinnen.

Darüber hinaus leisteten die Frauenreferentinnen noch auf einem weiteren Gebiet wichtige Zuarbeit, und zwar in der Weiterentwicklung ideologischer Prinzipien. In der Parteipresse publizierten sie einschlägige Texte, hielten bei Tagungen Vorträge und erarbeiteten auch bei Sondersitzungen Positionspapiere zum Thema Familie, Erziehung und Kultur. Damit politisierten sie einen Bereich, den „Frauenbereich", den die Parteileitung bestenfalls als nebensächlich, oft aber als völlig apolitisch betrachtete. Ausgehend vom national-souveränistischen Rahmen bestimmten sie die Rolle und Aufgabe der Frau und Mutter im „Volk", ermahnten Familien zu einem „hygienischen", d. h. „biologisch" reinen und moralisch einwandfreien Lebensstil. Mütter wurden dazu angehalten, in ihrem Einflussbereich immerzu „deutsche" Werte und Tugenden zu vermitteln und im Kleinen den „Kulturkampf" gegen die „Umerziehung" der Alliierten und die APO aufzunehmen. Die Zuordnung der Familie zur „Gemeinschaft" und der Familienpolitik zur „Volksgesundheit" zeugte bei den Ideologinnen von der Permanenz nationalsozialistischer Denkkategorien, die sie jedoch nicht offen ausdrückten. Konkret

unterschied sich ihr Familienkonzept aber nicht wesentlich von dem der Konservativen: Das traditionell-patriarchale Leitbild der Hausfrauenehe, wie es die Nationaldemokratinnen vertraten, gehörte in der Bundesrepublik zum familialistischen Grundkonsens. Dennoch veranlasste der sich vor ihren Augen abspielende soziokulturelle Wandel die Bundesfrauenreferentin Winkelvoß dazu, die *condition féminine* problembewusst in den Blick zu nehmen, und dabei Frauenrechte und -interessen auch außerhalb des familiär-häuslichen Rahmens zu hinterfragen. Entgegen der generell herrschenden Meinung ihrer Parteifreundinnen, bei denen jegliche Erwerbstätigkeit von Frauen verpönt war, artikulierte sie teils progressive Forderungen: Im Namen des verfassungsrechtlichen „Gleichheitsgebots" beanspruchte sie etwa die Lohngleichheit für Frauen sowie mehr Chancengleichheit für Mütter auf dem Arbeitsmarkt.

Gewiss stand den Parteifunktionärinnen mit den Frauenreferaten ein weiblicher Gestaltungsraum zu, jedoch beschränkte dieser letztendlich ihre *Agency* und ihre Partizipationsmöglichkeiten: Sie wurden in die Partei integriert, zugleich aber auch, weil sie Frauen waren, dem partikularen „Frauenbereich" zugeschrieben, von der Gesamtpartei abgesondert und von der Mitgestaltung der als männlich und entscheidend geltenden „gesamtgesellschaftlichen" Politikfelder (Wirtschaft, Sozial- und Bildungspolitik, Innen-, Deutschland- und Außenpolitik) ausgeschlossen. Das Paradoxe an der Lage der Parteifrauen war, dass sie sich in ihrem Nationalismus, in ihren rechtskonservativen Idealen, Werten und Anschauungen nur von der NPD richtig vertreten fühlten, sich aber in ihr, aufgrund der maskulinistischen Parteikultur, kaum Gehör verschaffen konnten. Dabei unterschieden sich ihre politischen Motivationen und Ziele nur unwesentlich von denen der Männer; auch der generationelle Hintergrund war derselbe: Als VertreterInnen der Erlebnisgeneration gehörten sie allesamt zu den Erben des „Dritten Reichs".

Der Großteil der Parteifunktionärinnen war noch im Kaiserreich oder während der Weimarer Republik, die Jüngsten

unter ihnen im Nationalsozialismus sozialisiert worden. Für sie war insbesondere 1933 ein einschneidendes wie „positives“ Erlebnis gewesen. Und so bestimmten die Lebenserfahrungen von vor 1945 auch in den 1960er-Jahren noch den politischen Horizont der Nationalistinnen, die der Idee der Wiederherstellung der Vorkriegsordnung anhingen und deswegen in der Bundesrepublik der extremen Rechten angehörten. Dem „Ausverkauf deutscher Interessen“ wollten sie ein Ende setzen und eine nationalistische bzw. nationaldemokratische Antwort auf die „Deutsche Frage“ finden. Die Bekämpfung der Bonner Demokratie „von alliierten Gnaden“, die Wiederherstellung des „Reichs“ samt „Mitteldeutschland“ und den „Ostgebieten“ und die erinnerungspolitische „Wiedergutmachung“ für all diejenigen, die sich aus der bundesrepublikanischen Gedenkkultur ausgestoßen fühlten – die Soldaten, Kriegerwitwen, Entrechteten und Vertriebenen –, begründeten ihren Eintritt in die Partei. Dabei waren die wenigsten politische Novizinnen; für die meisten war die NPD nur eine Station – und manchmal die letzte – einer politisch-ideologischen Laufbahn, die sie als Postnazistinnen schon sehr viel früher, meist in der NSDAP oder dem BDM, begonnen und nach 1945 in den Organisationen und Parteien des „nationalen Lagers“ fortgesetzt hatten. Gerade diese extremistische Kontinuität oder eher das bedenkenlose Verhältnis zur politischen Vergangenheit ihres Personals ist der Punkt, wodurch sich die NPD maßgeblich von den anderen Parteien in Westdeutschland unterschied. Während die demokratisch-republikanischen Parteien die nationalsozialistische Vorbelastung ihrer PolitikerInnen zu kaschieren suchten, machte die NPD ebenjene „Erfahrungen“ zum willkommenen Kompetenz- und Gesinnungsmerkmal. Die Parteiführung hielt sich nichtsdestoweniger an einen strikten Legalismus; in den Landesparlamenten betrieben die NPD-Abgeordneten, darunter auch Anneliese Bläsing (Hessen), Gertraude Winkelvoß (Niedersachsen) und Martha Kruse (Bremen), eine „konstruktive“ Opposition. Ihren „Faschismus“ passte die Partei den verfassungsrechtlichen Normen der

Bundesrepublik an. Dort wollte man sich ja langfristig etablieren, das ganze Bonner „Establishment“ aus dem Amt jagen und die Politik nationalistisch (mit)gestalten. Um das zu erreichen, musste die NPD in den Bundestag einziehen, das hatte für sie oberste Priorität.

Deswegen war 1969 für sie das Jahr aller Hoffnungen. Um Wahlkampf zu führen, mobilisierte sie im Vorfeld der Bundestagswahl alle ihr zur Verfügung stehenden Ressourcen. Der Wahlkampf kann in der Rückschau durchaus als parteigeschichtlicher Höhepunkt gewertet werden, so stark waren einerseits das von ihr entfaltete politische Potential und andererseits die unmittelbare Abwehrreaktion, die ihre aussichtsreiche Kandidatur auf politischer, medialer und zivilgesellschaftlicher Seite hervorrief. Für die APO verkörperte gerade die NPD all das Verabscheuungswürdige in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft: den Autoritarismus, den reaktionären Fanatismus und das mangelnde Schuldbewusstsein der „Ewiggestrigen“. Entsprechend gerieten bei NPD-Kundgebungen Parteiordner mit GewerkschaftlerInnen und AntifaschistInnen aneinander. Die Konfrontation eskalierte und erreichte mit den „Schüssen von Kassel“ kurz vor der Wahl ihren Höhepunkt. Die gesellschaftlichen Polarisierungen schafften ein Klima der Angst und Unsicherheit, das der NPD sicherlich sehr gelegen kam, legitimierte es doch ihren *Law-and-Order*-Diskurs; für die Parteifrauen hingegen erwies sich diese äußerst „viril“ geführte Wahlkampagne als zusätzliche Herausforderung. Die Überzeugung, dass die Wählerinnen aufgrund ihres demographischen Überschusses am Ende die Wahl entscheiden würden, war für die Nationaldemokratinnen ein wesentlicher Antrieb. In unzähligen Tagungen, Reden und Artikeln riefen sie die Frauen auf, von ihrem hart erkämpften Wahlrecht Gebrauch zu machen, ihre Stimme aber nicht an die als frauenfeindlich gebrandmarkte Union zu „verlieren“, sondern sie der vermeintlich frauenfreundlichen „nationalen“ NPD zu geben. Zwar scheiterten sie kläglich bei dem Versuch, die Kampagne zu feminisieren, doch gehören die Jahre 1968/69 zweifellos zu den aktivistischen Hochzeiten der NPD-Frauen.

Davon zeugt nicht zuletzt der Aufbau des Bundesbeirats der Frauen ab Oktober 1968, den Gertraude Winkelvoß maßgeblich vorantrieb, um weibliche Synergien zu bündeln. Als eher informelles Expertinnennetzwerk sollte der Beirat dabei helfen, die politische Aktivität der Schlüsselakteurinnen, insbesondere der Frauenreferentinnen, *top down* zu koordinieren, im Wahlkampf auch inhaltliche Arbeit zu leisten, diese sichtbar zu machen und somit an politischer Effizienz zu gewinnen. Weil er außerhalb der Partei aber nur begrenzt über Ausbreitungskanäle verfügte, blieb seine Wirkung im Endeffekt beschränkt, doch verweist seine schiere Existenz auf den Bewusstwerdungsprozess der Akteurinnen, die nun eine gewisse politische Selbstsicherheit und Selbständigkeit an den Tag legten. Der Beirat war der erste Schritt auf dem Weg zur Singularisierung der NPD-Frauen. Letzten Endes war das Scheitern an der 5-Prozent-Hürde vor allem insofern ein herber Rückschlag für die Frauen, als sich ihre Ahnung bewahrheitet hatte: Die Wählerinnen waren tatsächlich diejenigen gewesen, die den Einzug der „Nationalen" in den Bundestag verhindert hatten, indem sie den etablierten Parteien, allen voran der CDU/CSU und der SPD, massiv ihr Vertrauen aussprachen.

Mit dem historischen Paradigmenwechsel von 1969, dem Regierungsantritt der sozialliberalen Koalition und dem Einsetzen der „Neuen Ostpolitik" geschah das, was die NPD mit aller Kraft zu verhüten versucht hatte. In der Opposition übernahm nun die Union die Vormachtstellung, die NPD versank in der Bedeutungslosigkeit. Nach dem Höhenflug brach jäh eine neue Phase in der Parteigeschichte an: die des abrupten Niedergangs (1969–1972), gefolgt von einem langjährigen Siechtum (1972–1989). Begünstigt wurde der Verfall der Parteiorganisation durch die anhaltenden Wahlniederlagen und den Verlust aller Landtagsmandate, die innerparteilich vehemente Personalquerelen und Richtungskämpfe auslösten. Von Thadden zog sich von der Parteispitze zurück, Kader und Mitglieder verließen in Scharen die Partei, die Kasse leerte sich, viele Kreisverbände waren funktionsunfähig; die NPD fiel in sich zusammen, verlor auch in

der extremen Rechten ihre Hegemonie und trat in eine „Hibernation“, einen Zustand der politischen Agonie, der für die gesamte Ära Mußgnug bis zum Ende der 1980er-Jahre kennzeichnend war. Diese Agonie wirkte sich ebenso negativ auf die Frauenarbeit aus; sie kam praktisch zum Stillstand. Die wenigen Funktionärinnen, die der Partei weiterhin die Treue hielten, versuchten sich so gut wie möglich in der „Aktion Widerstand“, einer von der Parteileitung ins Leben gerufenen regierungsfeindlichen Kampagne gegen die Ostpolitik, einzubringen und Wahlkampf zu betreiben. Doch gelang es Gertraude Winkelvoß als Obfrau weder, den Frauenbeirat zu reaktivieren, noch, der allgemeinen Depression etwas Handfestes entgegenzusetzen. 1972 verließ auch sie, die emblematische Mitbegründerin, resigniert die Partei. Mit dem Abschluss der Ära Winkelvoß endete eine der bedeutendsten Phasen der NPD-Frauengeschichte.

Paradoxerweise brach die weibliche Teilhabe in der NPD just zu dem Zeitpunkt ab, als die Frauen in Westdeutschland allgemein dank des Aufkommens der Neuen sozialen Bewegungen und insbesondere der Autonomen Frauenbewegung auf beispiellose Weise Einzug in die Politik hielten. In der Bundesrepublik waren die 1970er-Jahre das Jahrzehnt der Feminisierung der politischen Kultur. Für die NPD hingegen war es das Jahrzehnt einer sichtbaren Defeminisierung: Die Vorstände blieben weiterhin in Männerhand, nur vereinzelt wurden Frauen machtpolitisch eingebunden. Hinzu kommt, dass das weibliche Führungs- und Funktionspersonal in der Hibernationsphase kaum erneuert wurde. Unter den Nationaldemokratinnen profilierten sich nun die politischen Veteraninnen wie Wilhelmine Steffens, Edda Schmidt oder Ilse Herrmann, die in diesem Buch auch als ‚Erbinnen‘ bezeichnet wurden, weil sie sich in den 1960er-Jahren, als zweite Garde sozusagen, im Hintergrund hielten und sie erst nach dem Ausscheiden der „Gründerinnen“ in den 1970er-Jahren prominent in Erscheinung traten.

In diesem Jahrzehnt charakterisierte sich die Frauenarbeit, nach den Winkelvoß’schen Jahren der zentralistisch-vertikalen

Koordinierung, durch ihre Dezentralisierung. Je nach regionaler Verankerung der Bundesfrauenreferentinnen verlagerte sich der Schwerpunkt der weiblichen Parteiarbeit mal nach Hessen (Eva-Maria von Wolzogen), mal nach Bayern (Marlene Erber); allgemein betrachtet, wurde sie individueller und räumlich wie zeitlich diskontinuierlich gestaltet. Sie war deswegen weit weniger intensiv und sichtbar als zuvor. Der Impuls kam nun weniger von oben als von unten. Feststellen ließ sich tatsächlich eine zunehmende Selbstmobilisierung der Nationaldemokratinnen auf lokaler Ebene, namentlich in Nordrhein-Westfalen, wo Gabriele Prehl 1976, in der Hochphase der Frauenbewegung, in ihrem Kreisverband eine erste NPD-Frauengruppe gründete, der landesweit noch weitere folgen sollten. Gedacht waren diese Frauengruppen als antifeministische Kaderschmiede bzw. als Speerspitze einer breit angelegten nationalistisch-reaktionären Gegenbewegung zum Feminismus. So übernahmen die Nationaldemokratinnen die Mobilisierungs- und Organisationsformen der Autonomen Frauenbewegung, um sie inhaltlich besser bekämpfen zu können. Zwar hielt dieser weibliche Autonomisierungsschub nur kurz an, doch wirkte er sich nachhaltig auf den innerparteilichen Stellenwert der Frauen und „ihrer“ Politik aus. Tatsächlich gelang es ausgewählten Parteifunktionärinnen wie Gabriele Prehl, den politischen Feminismus als strukturell begünstigende Gelegenheit zu nutzen, um ihre eigene Stellung als „rechte“ Frauen in Partei und Öffentlichkeit zu stärken. Durch die öffentliche Thematisierung von Frauenbelangen und -forderungen rund um patriarchale Strukturen, Sexualität, Körper, Haushalt und Familie wurde der „Frauenbereich“ zum Politikum. Selbst die Parteimänner konnten nicht umhin, seinen politischen Wert anzuerkennen.

Als nationaldemokratische Antwort auf den als Gefahr begriffenen Wertewandel, gleichbedeutend mit der Liberalisierung der Sitten, der Pluralisierung der Lebensstile und der allmählichen Infragestellung althergebrachter Geschlechterrollen, bewarben Parteifrauen wie Martha Kruse oder Marlene Erber eine rigorose maternalistische Frauenpolitik,

die den „Beruf“ Hausfrau in den Vordergrund stellte, feministische Gleichheitsforderungen im Namen der Geschlechterdifferenz ablehnte und das Mutter-, Kindes- und Familienwohl dem Lebensschutz unterordnete. Unter diesem Vorzeichen bekämpften sie ebenso vehement die von Feministinnen geforderte Abschaffung oder Reform des § 218 StGB. 1978 verband Wilhelmine Steffens die Lebensschutzpolitik, für die sie neben der Frauen- und Familienfrage im Bundesvorstand zuständig war, mit umweltpolitischen Fragen. Das Kalkül hierbei lautete, an die Umweltbewegung anzudocken und den entstehenden, bald aufstrebenden Grünen Konkurrenz zu machen. Doch bedeuteten Lebens- und Umweltschutz in Steffens’ bio-ökologischer Auslegung weniger, die Natur zu schützen, als die „Erbanlage“, die biologische Substanz des „Volkes“, vor der „Verunreinigung“ zu bewahren. Ihr Konzept war somit weniger grün als braun.

Exemplarisch stand die Hinwendung zu Antifeminismus, Lebensschutz und Bio-Ökologie für die generelle Neuausrichtung der Parteiideologie. Allmählich hatte sich die NPD vom Gefühls- und Rückeroberungsnationalismus der 1960er-Jahre verabschiedet. Dabei setzte sie neue Schwerpunkte: weg von der Deutschlandpolitik, hin zur westdeutschen Innenpolitik, weg vom staatsstützenden Legalismus, hin zur nationalpopulistischen Regierungsfeindschaft. Anlass dazu gab ihr u. a. die Bundesregierung mit der Verabschiedung des „Radikalenerlasses“, gegen den sich NationaldemokratInnen wie die Lehrerin Eva Happach zu wehren versuchten. Ende der 1970er-Jahre kamen noch zwei weitere, bislang immer nur unterschwellig vorhandene Tendenzen hinzu: der Antisemitismus und der Rassismus. Im Kampf gegen die bundesdeutsche „Sühne“-Kultur bemühten sich Holocaust-LeugnerInnen wie Ursula Schaffer nun skrupellos um die Relativierung des Judenmords und die Rehabilitierung nationalsozialistischer „Täter“. Als anschlussfähiger erwies sich, vor dem Hintergrund wirtschaftlicher Unsicherheiten und sozialpolitischer Spannungen in diesem Zeitraum, im

besonderen Maße die xenophobe Hetze gegen „AusländerInnen“. In Nordrhein-Westfalen gründeten Hagen und Gabriele Prehl 1980 die Bürgerinitiative Ausländerstopp, von der aus gleich mehrere rassistische Kampagnen gegen die staatliche Asyl- und Einwanderungspolitik ausgingen. Die NPD entdeckte den Rassismus sowie seine politische Brisanz für sich und setzte sie hemmungslos gegen Nicht-„Deutsche“ ein. Das ideologische Rüstzeug holte sie sich bevorzugt bei der „Neuen Rechten“: Wie sie propagierte die Partei den Ethnopluralismus als nationalistische Alternative zur multikulturellen Gesellschaft. So vollzog sich ihre Wende hin zu einem identitären Nationalismus, mit dem sich die NPD nicht nur schrittweise vom demokratisch-republikanischen Konsens entfernte, sondern auch ihre Opposition zum Bonner Establishment verschärfte – eine Opposition, die später, im wiedervereinigten Deutschland, in eine Fundamentalopposition zum „System“ Bundesrepublik münden sollte.

Überwintern und sich ideologisch erneuern konnte die Partei in dieser Phase nur dank der Impulse und Ressourcen, die sie aus ihrem unmittelbaren, rechtsextremen Umfeld schöpfen konnte. Für den harten Kern der NationaldemokratInnen bildete die Parteiarbeit nämlich nur einen Teilaspekt ihres nationalistischen „Kampfes“. Nach 1969, als die NPD in eine Abwärtsspirale geriet, zog sich ein erheblicher Teil ihrer AktivistInnen ins lebensweltliche Milieu zurück, um von dort aus, im vorpolitischen Raum, auf die ideologische Erneuerung des „nationalen Lagers“ hinzuwirken. Regen Zulauf erhielten etwa nationalrevolutionäre Gruppierungen, die Wehrsportgruppen oder intellektuelle Zirkel und Zeitschriften im Umfeld der „Neuen Rechten“. Auch zahlreiche Nationaldemokratinnen brachten sich in einschlägigen Organisationen ein. Differenziert nach Motiv- und Interessenlage der jeweiligen Akteurinnen, gestalteten sie ihren aktivistischen Schwerpunkt „zweckgebunden“: Mal lag er beim Lebensschutz (WSL), mal beim „Revanchismus“ (AKON), mal bei der „Jugendarbeit“ (WJ), mal in der rassistisch-eugenischen Traditionspflege (Artgemeinschaft). Das rechte Milieu, mit seinen vielfältigen

Verzweigungen, Abhängigkeiten und Verflechtungen, diente den Nationaldemokratinnen als ideologisch-aktivistischer Rückzugsort und der NPD als Fangnetz, gerade in ihrer Hibernationsphase, wo ihre Reserven doch so gut wie aufgebraucht waren. Das Milieu federte ihren Fall ab, indem es sie über Jahrzehnte mit ausreichend Personal und Ideen versorgte, sie somit politisch am Leben hielt und eine Kontinuität bewerkstelligte, die ihr dabei half, ihre Durststrecke durchzustehen.

Die Zäsur von 1989/90, der Mauerfall, die Wiedervereinigung und die Ausweitung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung auf das Territorium der ehemaligen DDR läuteten die dritte und letzte Phase der Parteigeschichte ein. Um auch in der Nachwende-Zeit überleben und den politischen wie sozioökonomischen Umwälzungen standhalten zu können, nahm die NPD eine radikale Kursänderung vor. Als Reaktion auf die „neue“ Bundesrepublik entstand somit innerhalb von wenigen Jahren eine „neue“ NPD. Die „Wende“ erwies sich in dieser Hinsicht vor allem als nationaldemokratische Kehrtwende und als entschiedene Abwendung von der Bundesrepublik. Befördert wurde der Paradigmenwechsel insbesondere dadurch, dass die Partei zu Beginn der 1990er-Jahre, noch unter Deckert, ihren politischen Schwerpunkt auf Ostdeutschland verlagerte und später, unter Voigt, ihr strategisches Konzept mit der Erarbeitung der Vier-Säulen-Strategie generalüberholte und ihr politisches Personal diversifizierte: Im völligen Widerspruch zu ihrer vormals legalistischen und bürgerlich-nationalkonservativen Tradition warb sie nun offen um NeonazistInnen; sie verjüngte und radikalisierte bzw. nazifizierte sich in diesem Integrationsprozess selbst.

Zunächst zahlte sich die Kehrtwende aus. In den 2000er-Jahren erlebte die Partei ihr politisches Comeback. Ihre Hochburgen hatte sie in den neuen Bundesländern, konnte dort bisweilen auch Wahlerfolge verbuchen, in Dresden und Schwerin sogar Landtagsmandate erringen und sich nach über dreißig Jahren parlamentarischer Flaute wieder etwas sichtbarer auf dem politischen Parkett bewegen. Ihr „zweiter Frühling“ war

jedoch nur von kurzer Dauer. Schwelende Konflikte und Rivalitäten lähmten die Parteiarbeit, die Parlamentssitze gingen nach zwei Legislaturperioden wieder verloren; der Trend kehrte sich spätestens Anfang der 2010er-Jahre wieder um. Weder Holger Apfel noch Frank Franz, die auf Udo Voigt folgten, waren imstande, die Partei aus dem Tief wieder herauszuführen, geschweige denn vom Auftrieb zu profitieren, den „Rechte“ aller Schattierungen und Stoßrichtungen im letzten, in vielerlei Hinsicht als extrem zu beschreibenden Jahrzehnt generell erlebten. Unterdessen profilierte sich in Deutschland eine in ihrer Kommunikation und Stimmungsmache weit effizientere Partei: die AfD, die ohne die besonders im Osten der Republik geleistete Graswurzelarbeit der NPD vermutlich nie so erfolgreich hätte sein können. Nur war und ist sie „angepasster“ und politisch geschickter als ihre Wegbereiterin.

Neben der augenscheinlichen Radikalisierung unterscheidet sich die „neue“ NPD auch maßgeblich durch den höheren Stellenwert, den sie Frauen einräumt. Zwar bleiben sie in allen Parteigremien stark unterrepräsentiert, doch ließ sich seit Anfang 2000 speziell auf regionaler Ebene eine Feminisierungstendenz ausmachen, die hauptsächlich mit der Tatsache zusammenhing, dass gleich mehrere Frauen erstmalig zu NPD-Landesvorsitzenden gewählt wurden. Außerdem schaffte Gitta Schüssler als einzige Frau den Einzug ins Dresdner Parlament. Neben diesen Beispielen individueller Selbstbehauptung kam es in dieser Zeit auch zu kollektiven Ermächtigungsinitiativen: Dazu zählt etwa der Aufbau des RNF, der das einzulösen versprach, was die Nationaldemokratinnen bereits in den 1960er-Jahren gefordert hatten: mehr weibliche Repräsentanz innerhalb der Partei. Insofern markiert die Gründung der Frauenorganisation 2006 einen Meilenstein in der NPD-Frauengeschichte. Begünstigt wurde diese durch den Autonomisierungsprozess, der schon seit der „Wende“ mit der Selbstaffirmation und dem Singularisierungsbestreben der weiblichen „Bekenntnisgeneration“ eingesetzt hatte. Neonazistinnen, Skingirls und andere „Kämpferinnen für die nationale Sache“ gründeten eigene Organisationen, von denen

einige im Vorfeld der NPD agierten: so beispielweise der militant aktionistische SFD oder die mütterlich-völkische GDF. Seit 2006 existieren die GDF und der RNF parallel. Die darin involvierten Akteurinnen sind maßgeblich dieselben, doch unterscheiden sich die beiden Organisationen in Ausrichtung und Funktion. Während die GDF den Nationaldemokratinnen im kommunitaristischen wie ideologischen Sinne Rückhalt gewährt, dient der RNF der Partei vornehmlich als politischer Multiplikator.

Zeit seines Bestehens hat sich die NPD-Frauenorganisation reibungslos in die Parteistrategie eingefügt: Den „Kampf um die Straße“ begleitete sie bisher dadurch, dass sie fast systematisch an den Aufmärschen der Partei teilnahm und selber Aktionen im öffentlichen Raum durchführte. Den „Kampf um die Parlamente“ hat sie ebenso mitgestaltet, indem sie selbst rege Wahlkampf führte und Kandidatinnen vorschlug. Den „Kampf um die Köpfe“ focht sie auch digital im Netz aus, wo sie auf diversen Seiten, Foren und sozialen Medien unablässig rechtsextreme Narrative zu propagieren suchte und insofern wie die Mutterpartei um politische Deutungshoheit rang. Den „Kampf um den vereinten Willen“ gewährleistete sie schließlich durch Vernetzungsinitiativen mit anderen Organisationen und Akteurinnen der extremen Rechten. Und doch bleibt die bisherige Bilanz des RNF im Rückblick eher bescheiden. Seiner eigentlichen Funktion – den Parteifrauen als Interessenvertretung zu dienen – wurde er mitnichten gerecht. Mochte er zu Beginn noch als weibliches Ermächtigungsmoment gegolten haben, so zeugen die vielen Krisen und Konflikte, die organisationsintern immer wieder auf die Ausschaltung unliebsamer Vorsitzender hinausliefen, von der Labilität seines antisexistischen Anspruchs. Diskriminierungen, Misogynie, Ausgrenzungserfahrungen bleiben in der Partei weiterhin an der Tagesordnung. Das extremistische Patriarchat hat der RNF weder in Frage gestellt noch überwunden, weibliche „Solidarität“ gibt es in der männlich-hegemonialen NPD nicht.

Dieser Befund ändert nichts an der Tatsache, dass die

Parteifrauen seit 2000 neben der aktivistischen Beteiligung auch in ideologischer Hinsicht einen nicht unwesentlichen Beitrag zur „Nazifizierung“ der NPD geleistet haben. Als Trägerinnen einer völkischen Familien- und Sozialpolitik haben sie das reaktionär-nationalistische Geschlechter- und Gemeinschaftsbild der Partei stets legitimiert. In ihrem Bestreben, Wesen und Rolle der Frau in der biologisch-völkischen Ordnung zu bestimmen, haben sie die nationaldemokratische Programmatik von einem weiblichen Standpunkt aus erweitert. Immer wieder griffen sie bspw. auf das „historische“ Vorbild der Germanin zurück, um das von ihnen propagierte Modell der „Gleichwertigkeit“ als „ur-deutsche“ Alternative zur demokratisch-republikanischen „Gleichheit“ zu präsentieren. Die völkische „Gleichwertigkeit“ funktionalisierten die NPD-Frauen dabei als argumentative Stütze für antifeministische, homophobe und rassistisch-xenophobe Narrative. Somit wurde sie zu einem wichtigen Strukturelement des „nationalen Sozialismus“, den sich die „neue“ NPD nun offen auf die Fahnen schreibt. Sexistisch und nicht-egalitär ist der völkische Sozialismus, weil er Geschlechterrollen segregiert, Weiblichkeit essentialisiert und auf Mutterschaft reduziert und auch sonst alternative Geschlechtskonfigurationen und -identitäten jenseits der klassischen Heteronormativität bestreitet. Rassistisch ist er, weil er sich lediglich an „Bio-Deutsche“ wendet, Personen ausländischer Herkunft aus der „Volksgemeinschaft“ ausgrenzt und darüber hinaus ethnische wie religiöse Minderheiten, insbesondere muslimische Männer aus dem arabischen Raum, stigmatisiert, sexualisiert und kriminalisiert. Weil der völkische Nationalismus der Partei eine Ideologie der „Ungleichheit“ bedient, die auch vor Gewalt, Terror und Umsturzphantasien nicht zurückschreckt, ist er auch grundsätzlich antidemokratisch. Mit den Grundwerten der Bundesrepublik ist er gewiss nicht kompatibel, wie es das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil vom Januar 2017 eindringlich darlegte. Und doch muss man sich vor Augen führen, dass die NPD mit ihrer über 55 Jahre währenden Geschichte vor allem eines ist: ein politisches Erzeugnis der

Bundesrepublik. In diesem Sinne ist ihr Extremismus nicht das Gegenteil der freiheitlich-demokratischen Grundordnung, sondern ein widerstrebender Teil von ihr und zugleich ein genuiner Teil der deutschen Geschichte, die hier in diesem Buch vom rechten Rande her beleuchtet wurde. Denn gerade dieses „Randphänomen" NPD sagt viel über die Widersprüche, Irrwege und Entgleisungen in der Zeitgeschichte aus.

Bezeichnend ist das Beispiel NPD auch hinsichtlich der politischen Wirkungsmöglichkeiten von Frauen in der extremen Rechten. Erstens zeigt es, dass die Nationaldemokratinnen, wie eingangs betont, tatsächlich eine Geschichte haben, dass sich diese aber nicht unabhängig von der Parteigeschichte und ihren drei Hauptphasen greifen lässt. Markante geschlechtsspezifische Zäsuren sucht man vergeblich, weibliche Ballungsmomente hingegen, die Feminisierungsprozesse und Autonomisierungsschübe kennzeichnen, gibt es innerhalb der NPD-Geschichte einige. Zweitens ist es offensichtlich, dass die NPD immer eine numerisch und kulturell von Männern dominierte, für Männer konzipierte Partei gewesen ist, in der Frauen schlicht marginalisiert wurden. Sexismus und Diskriminierungen gehörten bislang immer zur politischen Grunderfahrung der Nationaldemokratinnen. Doch entwickelten jene, drittens, von Beginn an antisexistische Strategien, um die männlich-hegemonialen Machtstrukturen, soweit es ging, aufzubrechen und sich einen Weg aus ihrer Isolation zu bahnen. Zu den kollektiven Bewältigungsstrategien zählen etwa die unterschiedlichen weiblichen Zusammenschlüsse, die stattfanden, sobald sich dafür eine Gelegenheitsstruktur bot. Im Vorfeld der historischen Bundestagswahl von 1969 rief Gertraude Winkelvoß den als „Expertinnen"-Netzwerk gedachten Bundesbeirat der Frauen ins Leben; im Kontext der Frauenbewegung entstanden Mitte der 1970er-Jahre den feministischen Bündnissen nachempfundene NPD-Frauengruppen; 2006 dann, als Ergebnis eines weiblichen Autonomisierungsprozesses innerhalb der „nationalen Bewegung", wurde der RNF gegründet. Sie alle waren Ausdruck eines Bedürfnisses nach politischer Anerkennung,

Selbständigkeit und Ermächtigung von rechtsextremen Frauen, dem die weiblichen Netzwerke, Gruppen und Organisationen angesichts der generellen patriarchalen Parteikultur nur bedingt gerecht werden konnten. Hinzu kommen die vielfältigen Selbstbehauptungsdiskurse, die Nationaldemokratinnen führten, um ihre weiblichen Ansprüche und Belange intern geltend zu machen. Mehr als alles andere offenbaren sie das demokratische Dilemma der Akteurinnen. In den 1960er Jahren etwa beriefen sich die „Gründerinnen“ auf das Grundgesetz, um ihre gleichberechtigte Teilhabe an der Parteipolitik einzufordern. Dieses demokratische Narrativ war deswegen möglich, weil sich die NPD allgemein noch innerhalb des freiheitlich-demokratischen Referenzrahmens bewegte und ihr „Postfaschismus“ den verfassungsrechtlichen Regeln der Bundesrepublik angepasst war. Über fünfzig Jahre später haben die Neonazistinnen die „konstruktive Opposition“ ihrer Vorgängerinnen gegen die Fundamentalopposition zum „System“ Bundesrepublik eingetauscht; ihr Bezugsrahmen ist die „Volksgemeinschaft“, die ihnen sowohl als lebensweltlicher Bezugspunkt als auch als zu erreichende Utopie dient. Entsprechend berufen sie sich auf die völkische „Gleichwertigkeit“, um innerparteilich antisexistische Ansprüche zu artikulieren. Dieser Wandel hin zum „nationalen Sozialismus“ und die prozesshafte Abkoppelung der NationaldemokratInnen von Demokratie, Staat und Mehrheitsgesellschaft charakterisieren den Übergang von der „alten“ zur „neuen“ NPD.

Kann man, viertens, also von einem weiblichen Rechtsextremismus sprechen? Ja, gewiss. Doch ist dieser nicht biologisch-essentialistisch geartet, sondern sozialstrukturell und politisch bedingt. Frauen waren nie weniger antikommunistisch, antiliberal, rassistisch, antisemitisch, antifeministisch oder homophob eingestellt als Männer, nur engagieren sie sich weniger in einschlägigen Parteien, weil sie sich dort „fremd“ fühlen. Tatsächlich wagen nur die Wenigsten den Schritt in die NPD; sie tun es seit den 1960er Jahren aus einem wesentlichen Grund: weil sie rechtsextrem sind. Rechtsextrem sind sie mal

aus Sozialisation, mal aus Nostalgie, Überzeugung oder Opportunismus, immer aber weil sie ihre unmittelbare Gegenwart als politisch defizitär wahrnehmen und nach radikalen Lösungen und Alternativen suchen. Rechtsextreme Frauen, so zeigt es das Beispiel der Nationaldemokratinnen, unterscheiden sich von rechtsextremen Männern im Selbstverständnis und in der politischen Praxis, in den Mobilisierungs- und Organisationsformen sowie in den thematischen Schwerpunkten ihrer Propaganda. An ihrer Geschichte lassen sich auf diese Weise exemplarisch politische Partizipationsmöglichkeiten und -räume von Frauen bzw. von rechtsextremen Frauen in der bundesdeutschen Demokratie nachvollziehen. So versteht sich diese Arbeit auch als Beitrag zu einer Geschlechtergeschichte der Bundesrepublik.

Abkürzungsverzeichnis

ABB	Archiv der Bremischen Bürgerschaft
Abg.	Abgeordnete/Abgeordneter
AfD	Alternative für Deutschland
AFF	Aktive Frauen Fraktion
AfG	Ausschuss für Gesundheitswesen
AfZ	Ausschuss für Zonengrenzfragen
AHL	Archiv des Hessischen Landtags
AIG	Auswertungs- und Informationsgruppe
AKON	Aktion Oder-Neiße
AKW	Atomkraftwerk
ANL	

Archiv des Niedersächsischen Landtags

ANP

Arbeitsgemeinschaft Nationale Politik

ANS/NA

Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten

APABIZ

Antifaschistisches Pressearchiv und Bildungszentrum e.V.

APO

Außerparlamentarische Opposition

APuZ

Aus Politik und Zeitgeschichte

ARD

Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland

Artgemeinschaft-GGG

Artgemeinschaft – Germanische Glaubens-Gemeinschaft wesensgemäßer Lebensgestaltung

ASF

Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen

ASL

Archiv des Sächsischen Landtags

ASVV

Archiv der Stadtverordnetenversammlung von Frankfurt am Main

AUD

Aktionsgemeinschaft unabhängiger Deutscher

AW

Aktion Widerstand

BAG

Bundesarbeitsgemeinschaft

Bd.

Band

BDF

Bund Deutscher Frauenvereine

BDM

Bund Deutscher Mädel

BdV

Bund der Vertriebenen

BfV

Bundesamt für Verfassungsschutz

BGBl.

Bundesgesetzblatt

BHJ

Bund Heimattreuer Jugend

BIA

Bürgerinitiative Ausländerstopp

BKP

Berliner Kulturgemeinschaft Preußen

BPB

Bundeszentrale für politische Bildung

BRAGIDA

Braunschweig gegen die Islamisierung des Abendlandes

BRD

Bundesrepublik Deutschland

bspw.

beispielsweise

BStU

Bundesbehörde für die Unterlagen der Staatssicherheit der ehemaligen DDR

BVG

Bundesverfassungsgericht

bzw.

beziehungsweise

CDU

Christlich-Demokratische Union

CSU

Christlich-Soziale Union

DA

Deutsche Alternative

DA-VR

Deutsche Allianz-Vereinigte Rechte

DB

Deutscher Block

DDP

Deutsche Demokratische Partei

DDR

Deutsche Demokratische Republik

ders.

derselbe

DFR

Deutscher Frauenring

DFF

Deutsche Frauenfront

DG

Deutsche Gemeinschaft

DGB

Deutscher Gewerkschaftsbund

d. h.

das heißt

Dies.

dieselbe(n)

DK

Deutscher Kurier

DKEG

Deutsches Kulturwerk Europäischen Geistes

DKG

Deutsche Kulturgemeinschaft

DKP

Deutsche Kommunistische Partei

DKP

Deutsche Konservative Partei

DKP-DRP

Deutsche Konservativen Partei-Deutsche Rechtspartei

DLVH

Deutsche Liga für Volk und Heimat

DM

Deutsche Mark

DN

Deutsche Nachrichten

DNVP

Deutschnationale Volkspartei

DNZ

Deutsche National-Zeitung

DP

Deutsche Partei

DRP

Deutsche Reichspartei

Drs.

Drucksache

DS

Deutsche Stimme

DVU — Deutsche Volksunion

DWZ — Deutsche Wochen-Zeitung

EBF — Europäische Befreiungsfront

EP — Europäisches Parlament

EU — Europäische Union

f./ff. — folgende/fortfolgende

FAF — Fränkische Aktionsfront

FAP — Freiheitliche deutsche Arbeiterpartei

FAZ — Frankfurter Allgemeine Zeitung

FDGB — Freier deutscher Gewerkschaftsbund

FDP — Freie Demokratische Partei Deutschlands

FK — Freie Kameradschaft

FMb	Freier Mädelbund Bad Gandersheim
FN	Front national
FPÖ	Freiheitliche Partei Österreichs
FRIDA	Frauen in der AfD
FU	Frauen Union
GAZ	Grüne Aktion Zukunft
GB/BHE	Gesamtdeutscher Block/Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten
GDF	Gemeinschaft deutscher Frauen
GDP	Gesamtdeutsche Partei
GdNF	Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front
GfP	Gesellschaft für freie Publizistik
GG	Das Grundgesetz

ggfs.	gegebenenfalls
GM	Gender Mainstreaming
GRECE	Groupement de recherche et d’études pour la civilisation européenne
H.	Heft
HDJ	Heimattreue deutsche Jugend
HJ	Hitlerjugend
HMA	Hartmut-Meyer-Archiv
HNG	Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige
Hrsg.	Herausgeber/Herausgeberin
HVD	Heimattreue Vereinigung Deutschlands
IB	Identitäre Bewegung
IfZ	

Institut für Zeitgeschichte München Berlin

IM

Inoffizieller Mitarbeiter

JN

Junge Nationaldemokraten

JVA

Justizvollzugsanstalt

K.D.M

Kraft deutscher Mädel

KDS

Kampfbund deutscher Soldaten

KGB

Komitee für Staatssicherheit

KNA

Kampfbund nationaler Aktivistinnen

KPD

Kommunistische Partei Deutschlands

KPV

Kommunalpolitische Vereinigung

KV

Kreisverband

LISA

Linke Sozialistische Arbeitsgemeinschaft der Frauen

LV

Landesverband

LP

Legislaturperiode

MAGIDA

Magdeburg gegen die Islamisierung des Abendlandes

MfS

Ministerium für Staatssicherheit

MND

Mitteldeutsche Nationaldemokraten

MRT

Mädelring Thüringen

MSD

Mädelschar Deutschland

MSI/DN

Movimento sociale italiano/Destra nazionale

MVGIDA

Mecklenburg-Vorpommern gegen die Islamisierung des Abendlandes

NA

Neue Anthropologie

NAPO

Nationale außerparlamentarische Opposition

NATO

North Atlantic Treaty Organization

NDPD

Nationaldemokratische Partei Deutschlands

Nds. HStA/NLA

Niedersächsisches Hauptstaatsarchiv/
Niedersächsisches Landesarchiv

NE

Nation Europa

NF

Nationalistische Front

NHB

Nationaldemokratischer Hochschulbund

NO

Nationale Offensive

NPEA

Nationalpolitische Erziehungsanstalt

NP-D

Nationaldemokratische Propaganda-Depesche

NPD

Nationaldemokratische Partei Deutschlands

Nr.

Nummer

NRW

Nordrhein-Westfalen

NS

Nationalsozalismus

NSDAP

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei

NSF

NS-Frauenschaft

NSU

Nationalsozialistischer Untergrund

NVA

Nationale Volksarmee

NWAF

Nationale Weiberaktionsfront

o.D.

ohne Datum

o.O.

ohne Ort

o.S.

ohne Seitenangabe

o.V.

ohne Verfasser

OD

Ordnerdienst

ÖDP

Ökologisch-demokratische Partei

PEGIDA

Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes

PDS

Partei des Demokratischen Sozialismus

PlPr

Plenarprotokoll

RAD

Reichsarbeitsdienst

RAF

Rote Armee Fraktion

REP

Die Republikaner

RNF

Ring nationaler Frauen

S.

Seite

SA

Sturmabteilung

SB

Stenographischer Bericht

SDS

Sozialistischer Deutscher Studentenbund

SED

Sozialistische Einheitspartei

SEW

Sozialistische Einheitspartei Westberlins

SFD

Skingirl Front Deutschland/Skingirl Freundeskreis Deutschland

SPD

Sozialdemokratische Partei Deutschlands

SRP

Sozialistische Reichspartei

SS

Schutzstaffel

StGB

Strafgesetzbuch

SVV

Stadtverordnetenversammlung

taz

Die Tageszeitung

u.

und

UdSSR

Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken

UNO

Vereinte Nationen

USA

United States of America

UZ

Unsere Zukunft

v. a.

vor allem

VDA

Verein für Deutsche Kulturbeziehungen im Ausland

vgl.

vergleiche

VP

Volkspolizei

vs.

versus

VSBD/PdA

Volkssozialistische Bewegung Deutschlands/ Partei der Arbeit

WAU

Women for Aryan Unity

WJ

Wiking Jugend

WSG

Wehrsportgruppe

WSL

Weltbund zum Schutz des Lebens

ZAER

Zeithistorischer Arbeitskreis Extreme Rechte

ZAIG

Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe

z. B.

zum Beispiel

ZK

Zentralkomitee

ZZF

Zentrum für Zeithistorische Forschung

Quellen- und Literaturverzeichnis

1. Quellen

1.1. Öffentliche Archive

Antifaschistisches Pressearchiv und Bildungszentrum e.V., Berlin – APABIZ

NPD-Interna, 1964–1966, 3.1

NPD-Interna, 1966–1968, 3.2

NPD-Interna, 1969–1971, 3.3

NPD-Interna, 1972–1977, 3.4

NPD-Interna, 1972–1977, 3.5

NPD-Interna, 1978–1979, 3.6

NPD-Interna, 1980–1984, 3.7

NPD-Interna, 1985–1990, 3.8

NPD – Länder – Hessen, 1965–1977, 5.10

Studien von Zeitfragen, 1964–1965, ABI

Die Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen der Staatssicherheit der ehemaligen DDR, Berlin – BStU

MfS, Abt XV Nr. 57 Teil 1

MfS, Abt XV Nr. 58 Teil 1

MfS, Abt XV Nr. 63 Teil 1

MfS, AOPK 12503/91

MfS, Arbeitsbereich Mittig Nr. 82

MfS, BV AU 75/60 GA Bd 4

MfS, BV Bln Abt XV 61

MfS, BV Bln Abt XX 3040

MfS, BV Bln Abt XX 3043

MfS, BV Bln AKG 615

MfS, BV Cottbus AKG 6841

MfS, BV/S Cottbus BdL 670

MfS, BV FfO Abt IX V 325/89

MfS, BV/S Frankfurt (O) Abt IX 027

MfS, BV/S Frankfurt (O) Abt XX 1543

MfS, BV/S Frankfurt (O) – KD Beeskow 3071

MfS, BV Magdeburg Abt IX Nr. 239

MfS, BV Neubrandenburg Abt VII Nr. 66

MfS, BV Rostock Abt IX Nr. 45

MfS, BV Rostock Abt IX Nr. 96

MfS, BV Rostock AKG Nr. 1045

MfS, BV Rostock AU 75/60 HA Bd. 1

MfS, BV Rostock AU 75/60 HA Bd. 2

MfS, BV Rostock AU 2769/90

MfS, BV Rostock BdL Nr. 1365

MfS, BV Rostock KD Rostock 15

MfS, BV Suhl AIM 118/80, Teil 1, Bd. 2

MfS, BV Suhl AIM 118/80, Teil 2, Bd. 2

MfS, BV Suhl AIM 118/80, Teil 2, Bd. 2

MfS, BV Suhl AIM 1414/90, Teil 1

MfS, BV Suhl AIM 1414/90, Teil 2

MfS, HA VI Nr. 6659

MfS, HA IX Nr. 1304 Bd. 1

MfS, HA IX/II FV Nr. 119/66

MfS, HA IX/II PA Nr. 189

MfS, HA XX AKG Nr. 195

MfS, HA XXII Nr. 258

MfS, HA XXII Nr. 262/7

MfS, HA XXII Nr. 831/12

MfS, HA XXII Nr. 1004/1

MfS, HA XXII Nr. 1004/2

MfS, HA XXII Nr. 1164

MfS, HA XXII Nr. 1255

MfS, HA XXII Nr. 1258

MfS, HA XXII Nr. 1259

MfS, HA XXII Nr. 1377/3

MfS, HA XXII Nr. 17831

MfS, HA XXII Nr. 18165/12

MfS, HA XXII Nr. 18614

MfS, HA XXII Nr. 19973

MfS, HA XXII Nr. 22734

MfS, HA XXII Nr. 23087 Bd. 1

MfS, HA XXII Nr. 23087 Bd. 3

MfS, ZAIG Nr. 9802

MfS, ZAIG Nr. 9803 2/2

MfS, ZAIG Nr. 9805

MfS, ZAIG Nr. 9806

MfS, ZAIG Nr. 9808

MfS, ZAIG Nr. 9809

MfS, ZAIG Nr. 9810 1/2

MfS, ZAIG Nr. 9810 2/2

MfS, ZAIG Nr. 9811

MfS, Zentralarchiv AS 94/77 Bd. 1

MfS, ZOS Nr. 2208

MfS, ZOS Nr. 2372

MfS, ZOS Nr. 3446

Hartmut-Meyer-Archiv, Köln – HMA

Bestände ohne Signatur

Institut für Zeitgeschichte Berlin-München, München – IfZ

ED 704 NPD Akz 7183/86 Bestand 704/1

ED 704 NPD Akz 7183/86 Bestand 704/4

ED 704 NPD Akz 7183/86 Bestand 704/10

ED 704 NPD Akz 7183/86 Bestand ED 704/13

ED 716/26 Akz 6935/84 7570/88 Bestand ED 716/26

ED 716/27 Akz 6935/84 7570/88 Bestand ED 716/27

ZA/S NPD 1964–1966 April

ZA/S NPD 1966, 1.–20. Nov.

ZA/S NPD 1967, Jan.–Febr.

Niedersächsisches Hauptstaatsarchiv/Niedersächsisches

Landesarchiv, Hannover – Nds. HStA/NLA

Kl. Erwerbung A6 Nr. 1

Kl. Erw. A6 Nr. 2

Kl. Erw. A6 Nr. 3

Nds. 146 Acc. 93/95 Nr. 898

Nds. 147 Acc. 93/95 Nr. 1082

Nds. 147 Acc. 93/95 Nr. 1188

VVP Acc. 1/98 Nr. 54

VVP 39 Acc. 147/92 Nr. 4

VVP 39 Acc. 147/92 Nr. 14

VVP 39 Acc. 147/92 Nr. 15

VVP 39 Acc. 147/92 Nr. 33

VVP 39 Acc. 147/92 Nr. 35

VVP 39 Nr. 61/1

VVP 39 Nr. 62/2

VVP 39 Nr. 61 II

VVP 39 Acc. 90/94 Nr. 2

Universitätsarchiv der Friedrich-Schiller-Universität, Jena – Universitätsarchiv Jena

Niethammer V Abt. XLVIII vl. Nr. 315

Niethammer V Abt. XLVIII vl. Nr. 315/1

Niethammer V Abt. XLVIII vl. Nr. 316

Niethammer V Abt. XLVIII vl. Nr. 318/2

Niethammer V Abt. XLVIII vl. Nr. 320

Niethammer V Abt. XLVIII vl. Nr. 320/1

Niethammer V Abt. XLVIII vl. Nr. 323

1.2. Parlamentarische Archive

Archiv der Bremischen Bürgerschaft, Bremen – ABB

Plenarprotokolle und sonstige Drucksachen 1967

Plenarprotokolle und sonstige Drucksachen 1968

Plenarprotokolle und sonstige Drucksachen 1969

Plenarprotokolle und sonstige Drucksachen 1970

Plenarprotokolle und sonstige Drucksachen 1971

Archiv des Hessischen Landtags, Wiesbaden – AHL

Die Drucksachen (Plenarprotokolle, Anträge, Anfragen, Berichte usw.) können auf der Webseite des „Landtagsinformationssystems" heruntergeladen werden (http://starweb.hessen.de/starweb/LIS/Pd_Eingang.htm).

Archiv des Niedersächsischen Landtags, Hannover – ANL

Plenarprotokolle und sonstige Drucksachen 1967

Plenarprotokolle und sonstige Drucksachen 1968

Plenarprotokolle und sonstige Drucksachen 1969

Plenarprotokolle und sonstige Drucksachen 1970

Archiv des Sächsischen Landtags, Dresden – ASL

Die Drucksachen (Plenarprotokolle, Anträge, Anfragen, Berichte und andere Dokumente) können auf der Webseite des Dokumentationssystems „EDASwebservices" heruntergeladen werden (http://edas.landtag.sachsen.de/).

1.3. Gedruckte und digitalisierte Quellen

Anrich, Ernst, Mensch-Volk-Staat-Demokratie. Eine Rede auf dem NPD-Parteitag 1966, Hannover 1966.

Apfel, Holger (Hrsg.), Alles Große steht im Sturm. Vergangenheit und Zukunft einer nationalen Partei, Stuttgart 1999.

Apfel, Holger, Irrtum NPD. Ansichten, Einsichten, Erkenntnisse: Ein Vierteljahrhundert in der NPD, Bad Schussenried 2017.

Camus, Renaud, Le grand remplacement, Neuilly-sur-Seine 2011.

Deckert, Günter, Ausländer-Stopp. Handbuch gegen Überfremdung, Kiel 1981.

Heib, Anton, Landesverband Saarland, Deutsche Frauen, deutsche Treue, in: Apfel, Holger (Hrsg.), Alles Große steht im Sturm. Vergangenheit und Zukunft einer nationalen Partei, Stuttgart 1999, S. 280–281.

Herman, Eva, Das Eva Prinzip. Für eine neue Weiblichkeit, München 2006.

Hunke, Sigrid, Am Anfang waren Mann und Frau. Vorbilder und Wandlungen der Geschlechterbeziehungen, Hamm 1955.

Knabe, Gerd (Hrsg.), 20 Jahre NPD. Porträt einer jungen Partei, Knüllwald-Nausis 1984.

Kruse, Martha, Familie oder Kommune, in: NPD, Pflicht ist der Preis der Freiheit, Hannover 1971, S. 45–50.

Maier, Waldemar (Hrsg.), Die demographische Katastrophe stoppen! Der bevölkerungspolitische Notstand des deutschen Volks und die familienpolitischen Initiativen der NPD-Fraktion im sächsischen Landtag, Dresden, 2007, http://npd-fraktion-sachsen.de (02. 12. 2009).

Michels, Anneliese, Erlebnisse aus einem bewegten Leben, in: Apfel, Holger (Hrsg.), Alles Große steht im Sturm. Vergangenheit und Zukunft einer nationalen Partei, Stuttgart 1999, S. 94–96.

National-Verlag (Hrsg.), Widerstand. Der Schwur von Würzburg, Hannover 1970.

NPD, Weg, Wille und Ziel, Hannover 1967.

Ringmayer, Christine, Allein gegen den Rest der Welt. 4 Jahre als

Aussätzige in Frankfurt/Main, in: Apfel, Holger (Hrsg.), Alles Große steht im Sturm. Vergangenheit und Zukunft einer nationalen Partei, Stuttgart 1999, S. 454–457.

Salomon, Thomas, Die NPD nach der Bundestagswahl 1969, in: Apfel, Holger (Hrsg.), Alles Große steht im Sturm. Vergangenheit und Zukunft einer nationalen Partei, Stuttgart 1999, S. 129.

Sarrazin, Thilo, Deutschland schafft sich ab. Wie wir unser Land aufs Spiel setzen, München 2010.

Scherer, Ellen-Doris, Frauen in der NPD, in: Apfel, Holger (Hrsg.), Alles Große steht im Sturm. Vergangenheit und Zukunft einer nationalen Partei, Stuttgart 1999, S. 310–313.

Schmidt, Edda/Küttelwesch, Ralf, Auf dem Weg nach Temeschwar. Ein Fahrtenbericht, Aachen 1990.

Thadden, Adolf von, Die verfemte Rechte. Deutschland-, Europa- und Weltpolitik in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft aus der Sicht von rechts, Rosenheim 1984.

Vogel, Rainer (Hrsg.), Nationaldemokraten informieren, Köln 1977.

Winter, Franz Florian, Ich glaubte an die NPD, Mainz 1968.

1.4. Programmatische Texte

GDF, Die Frau in der nationalen Bewegung, Arbeitsgrundlage der Gemeinschaft deutscher Frauen, Unsere Zukunft, Sonderausgabe Frauentum, o. O. 2002.

NPD, Politik in unserer Zeit: Anmerkungen zum Manifest und zu Grundsätzen der NPD, Hannover 1966. a, b

NPD, Das Manifest der NPD, in: NPD, Weg, Wille und Ziel, Hannover 1967.

NPD, Das Programm, Hannover 1967.

NPD, Wertheimer Manifest, in: DN, Nr. 8/1970.

NPD, Das Düsseldorfer Programm, Stuttgart 1973.

NPD, Nationaldemokratische Gedanken für eine lebenswerte Zukunft, Stuttgart 1987.

NPD, Grundsatzprogramm der NPD, Bremervörde 1996.

NPD, Aktionsprogramm für ein besseres Deutschland, Berlin 2002.

NPD, Politisches Lexikon, Berlin 2009.

NPD, Das Parteiprogramm, Arbeit. Familie. Vaterland, Bamberg 2010.

NPD, Familienpolitische Kehrtwende, Berlin 2012.

1.5. Systematisch durchgesehene Zeitschriften

Deutsche Nachrichten (1965–1973)

Deutsche Nachrichten, Sonderdruck Frau und Familie, B/67, 1967

Deutsche Nachrichten, Sonderdruck Die NPD setzt sich durch, IV/68, 1968

Deutsche Stimme (1976–2017)

Deutsche Zukunft, Zeitschrift der Bürgerinitiative Ausländerstopp (1981–1988)

Deutscher Kurier (1973)

Nationaldemokratische Propaganda-Depesche/ Nationaldemokratische Depesche (NP-D) (1979–1980)

NPD-Inform (1969, 1970, 1977)

Unsere Zukunft (2003–2004)

1.6. Systematisch ausgewertete Webseiten

Gemeinschaft deutscher Frauen www.g-d-f.de (2009–2015)

www.g-d-f.info (2015–2017)

Nationaldemokratische Partei Deutschlands www.deutsche-

stimme.de

www.npd.de

Ring nationaler Frauen www.ring-nationaler-frauen.de (2006–2011)

www.ring-nationaler-frauen-deutschland.de (2011–2017)

www.ring-nationaler-frauen.org (2017)

2. Literatur

Achin, Catherine, „Le mystère de la chambre basse“. Comparaison des processus d’entrée des femmes au parlement, France – Allemagne, 1945–2000, Paris 2005.

Amesberger, Helga/Halbmayr, Brigitte (Hrsg.), Rechtsextreme Parteien. Eine mögliche Heimat für Frauen?, Opladen 2002.

Anthias, Floya/Yuval-Davis, Nira, Racialized Boundaries. Race, Nation, Gender, Colour, Class and the Anti-Racist Struggle, London/New York 1993.

Antifaschistisches Frauennetzwerk/Forschungsnetzwerk Frauen und Rechtsextremismus (Hrsg.), Braune Schwestern?, Münster 2005.

Ariadne, Forum für Frauen- und Geschlechtergeschichte, Gleichberechtigung als Prozess, Ideen – Entwicklungen – Folgen, H. 75, 2019.

Augustin, Katja, Verführerinnen und Verführte: Frauen und die Staatssicherheit, in: Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (Hrsg.), Duell im Dunkeln. Spionage im geteilten Deutschland, Köln 2002, S. 99–109.

Aus Politik und Zeitgeschichte, Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik im Jahre 1966, B 24, 1967.

Auth, Diana/Kurth, Alexandra, Die Debatte um Gleichheit und Differenz in der alten und neuen Frauenbewegung, Einfallstor für (neo-)faschistische Ideologien?, in: Deppe, Frank/Fülberth,

Georg/Rilling, Reiner (Hrsg.), Antifaschismus, Heilbronn 1996, S. 416–426.

Azéma, Jean-Pierre, La clef générationnelle, in: Vingtième Siècle. Revue d’histoire, H. 22, 1989, S. 3–10.

Bacchetta, Paola/Power, Margaret (Hrsg.), Right-Wing Women. From Conservatives to Extremists around the World, New York 2002.

Backes, Uwe, Politischer Extremismus in demokratischen Verfassungsstaaten, Elemente einer normativen Rahmentheorie, Opladen 1989.

Backes, Uwe/Jesse, Eckhard, Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1989.

Backes, Uwe (Hrsg.), Die NPD, Erfolgsbedingungen einer rechtsextremistischen Partei, Baden-Baden 2007.

Bade, Klaus J., Europa in Bewegung, Migration vom späten 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart, München 2002.

Bajohr, Frank/Wildt, Michael (Hrsg.), Volksgemeinschaft. Neue Forschungen zur Gesellschaft des Nationalsozialismus, Frankfurt am Main 2012.

Bebnowski, David, Die Alternative für Deutschland, Aufstieg und gesellschaftliche Repräsentanz einer rechten populistischen Partei, Wiesbaden 2015.

Beck, Ulrich, Risikogesellschaft, Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt am Main 1986.

Becker-Schmidt, Regina/Knapp, Gudrun-Axeli, Feministische Theorien zur Einführung, Hamburg ^{4}2007.

Behrend, Katharina, NPD-REP, Regensburg 1996.

Benneckenstein, Heidi, Ein deutsches Mädchen. Mein Leben in einer Neonazi-Familie, Stuttgart ^{2}2020.

Benz, Wolfgang, Handbuch des Antisemitismus. Organisationen, Institutionen, Bewegungen, 5. Bd., Berlin 2012.

Berghahn, Sabine, 70 Jahre Gleichberechtigung in der Verfassung, in: Ariadne. Forum für Frauen- und Geschlechtergeschichte, H. 75, 2019, S. 6–27.

Bergsdorf, Harald, Ungleiche Geschwister, Die deutschen Republikaner (REP) im Vergleich zum französischen Front National (FN), Frankfurt am Main 2000.

Bergstermann, Sabine, Stammheim: Eine moderne Haftanstalt als Ort der Auseinandersetzung zwischen Staat und RAF, Berlin 2016.

Bernhardt, Markus, Das braune Netz. Naziterror, Hintergründe, Verharmloser, Förderer, Köln 2012.

Biegler, Dagmar, Frauenverbände in Deutschland. Entwicklung, Strukturen, politische Einbindung, Opladen 2001.

Biess, Frank, Republik der Angst. Eine andere Geschichte der Bundesrepublik, Reinbek 2019.

Birg, Herwig, Die demographische Zeitenwende. Der Bevölkerungsrückgang in Deutschland und Europa, München 2001.

Birsl, Ursula, Frauen und Rechtsextremismus, in: APuZ, B 3–4, 1992, S. 22–30.

Birsl, Ursula, Rechtsextremismus: Weiblich − männlich? Eine Fallstudie zu geschlechtsspezifischen Lebensverläufen, Handlungsspielräumen und Orientierungsweisen, Opladen 1994.

Birsl, Ursula (Hrsg.), Rechtsextremismus und Gender, Opladen 2011.

Birsl, Ursula, Rechtsextremistische Gewalt: Mädchen und junge Frauen als Täterinnen? Wissenschaftliche Erkenntnisse und offene Fragen in geschlechtervergleichender Perspektive, in: Dies. (Hrsg.), Rechtsextremismus und Gender, Opladen 2011, S. 241–264.

Bitzan, Renate (Hrsg.), Rechte Frauen. Skingirls, Walküren und feine Damen, Berlin 1997.

Bitzan, Renate, Variationen des Zweifels, Feminismus und Faschismus: Theoretische Überschneidungen und Widerstände in brüchiger Tradition, in: Dies. (Hrsg.), Rechte Frauen. Skingirls, Walküren und feine Damen, Berlin 1997, S. 84–103.

Bitzan, Renate/Sturhan, Katrin, Kurzbiographien rechter Frauen, in: Bitzan, Renate (Hrsg.), Rechte Frauen. Skingirls, Walküren und feine Damen, Berlin 1997, S. 249–277.

Bitzan, Renate, Selbstbilder rechter Frauen. Zwischen Antisexismus und völkischem Denken, Tübingen 2000.

Bitzan, Renate, Frauen in der rechtsextremen Szene, in: Grumke, Thomas/Wagner, Bernd (Hrsg.), Handbuch Rechtsradikalismus. Personen, Organisationen, Netzwerke von Neonazismus bis in die Mitte der Gesellschaft, Opladen 2002, S. 87–104.

Bock, Gisela, Historikerinnenstreit?, in: Geschichte und Gesellschaft, H. 3, 1992, S. 400–404.

Bock, Gisela, Der Nationalsozialismus und die Frauen, in: Sösemann, Bernd (Hrsg.), Der Nationalsozialismus und die deutsche Gesellschaft, München 2002, S. 188–209.

Bock, Gisela, Genozid und Geschlecht. Jüdische Frauen im nationalsozialistischen Lagersystem, Frankfurt am Main 2005.

Bock, Gisela, Geschlechtergeschichten der Neuzeit. Ideen, Politik, Praxis, Göttingen 2014.

Bösch, Frank, Macht und Machtverlust. Die Geschichte der CDU, München 2002.

Bösch, Frank, Film, NS-Vergangenheit und Geschichtswissenschaft, von „Holocaust“ zu „Der Untergang“, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, H. 1, 2007, S. 1–32.

Bösch, Frank/Wirsching, Andreas (Hrsg.), Hüter der Ordnung. Die Innenministerien in Bonn und Ost-Berlin nach dem Nationalsozialismus, Göttingen 2018.

Botsch, Gideon/Kopke, Christoph, Die NPD und ihr Milieu, Ulm 2009.

Botsch, Gideon, Die extreme Rechte in der Bundesrepublik Deutschland, 1949 bis heute, Darmstadt 2012.

Botsch, Gideon/Kopke, Christoph, Die sozial- und wirtschaftspolitischen Vorstellungen der NPD. Ein Beitrag zur Erörterung ihrer Wesensverwandtschaft mit dem Nationalsozialismus, in: Pfahl-Traughber, Armin (Hrsg.), Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2014, Brühl 2014, S. 138–172.

Botsch, Gideon, Wahre Demokratie und Volksgemeinschaft. Ideologie und Programmatik der NPD und ihres rechtsextremen Umfelds, Wiesbaden 2017.

Botsch, Gideon/Kopke, Christoph, „Umvolkung" und „Volkstod". Zur Kontinuität einer extrem rechten Paranoia, Ulm 2019.

Boukrief, Gabriele u. a. (Hrsg.), Geschlechtergeschichte des Politischen, Entwürfe von Geschlecht und Gemeinschaft im 19. und 20. Jahrhundert, Münster 2002.

Brandstetter, Marc, Die NPD im 21. Jahrhundert. Eine Analyse ihrer aktuellen Situation, ihrer Erfolgsbedingungen und Aussichten, Marburg 2006.

Brandstetter, Marc, Die NPD unter Udo Voigt. Organisation, Ideologie, Strategie, Baden-Baden 2013.

Bremme, Gabriele, Die politische Rolle der Frau in Deutschland. Eine Untersuchung über den Einfluss der Frauen bei Wahlen und ihre Teilnahme in Partei und Parlament, Göttingen 1956.

Briatte, Anne-Laure, Bevormundete Staatsbürgerinnen. Die „radikale" Frauenbewegung im Deutschen Kaiserreich, Frankfurt am Main 2020.

Briatte-Peters, Anne-Laure/Danckaert, François (Hrsg.), Les femmes dans la vie politique allemande depuis 1945, Allemagne d'aujourd'hui 207 (2014).

Briatte-Peters, Anne-Laure, Les Verts à l'épreuve de la parité, in: Dies./Danckaert, François (Hrsg.), Les femmes dans la vie politique allemande depuis 1945, Allemagne d'aujourd'hui 207

(2014), S. 104–116.

Bröder, Friedrich J., Ein Sprachrohr des Rechtsradikalismus: Die Deutschen Nachrichten. Eine Studie zur Propagandatechnik und -methode, Mainz 1969.

Brück, Brigitte, Frauen und Rechtsradikalismus in Europa. Eine Studie zu Frauen in Führungspositionen rechtsradikaler Parteien in Deutschland, Frankreich und Italien, Wiesbaden 2005.

Brück, Brigitte, Zur Rolle von Frauen in der Transnationalisierung des Rechtsextremismus, in: Greven, Thomas/Grumke, Thomas (Hrsg.), Globalisierter Rechtsextremismus? Die extremistische Rechte in der Ära der Globalisierung, Wiesbaden 2006, S. 203–224.

Bruhns, Kirsten/Wittmann, Svendy, „Ich meine, mit Gewalt kannst du dir Respekt verschaffen“, Mädchen und junge Frauen in gewaltbereiten Jugendgruppen, Opladen 2002.

Bruneteau, Bernard, Combattre l’Europe. De Lénine à Marine Le Pen, Paris 2018.

Brunssen, Frank, „Jedem das Seine“. Zur Aufarbeitung des lexikalischen NS-Erbes, in: APuZ, Sprache, H. 8, 2010, S. 14–20.

Bude, Heinz, Deutsche Karrieren. Lebenskonstruktionen sozialer Aufsteiger aus der Flakhelfer-Generation, Frankfurt am Main 1987.

Büchner, Britta Ruth, Rechte Frauen, Frauenrechte und Klischees der Normalität. Gespräche mit „Republikanerinnen“, Pfaffenweiler 1995.

Büttner, Frauke/Lang, Juliane/Sigl, Johanna, Mediale Klischeereproduktion. Zur Berichterstattung über die Neonazistin Zschäpe, in: Femina Politica, H. 1, 2012, S. 23–27.

Bugiel, Britta, Rechtsextremismus Jugendlicher in der DDR und in den neuen Bundesländern von 1982–1998, Münster 2002.

Bugnon, Fanny, Les „amazones de la terreur“. Sur la violence politique des femmes, de la Fraction armée rouge à Action directe, Paris 2015.

Bundesministerium des Innern, Verfassungsschutzbericht 2014, Berlin 2015.

Bundesministerium des Innern, Verfassungsschutzbericht 2018, Berlin 2019.

Burkhardt, Armin, „Das ist eine Frage des Intellekts, Frau Kollegin!“, Zur Behandlung weiblicher Redner in deutschen Parlamenten, in: Sprache und Literatur in Wissenschaft und Unterricht, H. 65, 1990, S. 61–83.

Butler, Judith, Gender Trouble, Feminism and the Subversion of Identity, New York 1990.

Butterwegge, Christoph/Meier, Lüder, Bremen: das kleinste Bundesland als parlamentarisches Experimentierfeld für die extreme Rechte, in: Butterwegge, Christoph u. a., Rechtsextremisten in Parlamenten. Forschungsstand, Fallstudien, Gegenstrategien, Opladen 1997, S. 55–146.

Butterwegge, Christoph/Hentges, Gudrun/Wiegel Gerd (Hrsg.), Rechtspopulisten im Parlament. Polemik, Agitation und Propaganda der AfD, Frankfurt am Main 2018.

Camus, Jean-Yves/Nicolas Lebourg, Les Droites extrêmes en Europe, Paris 2015.

Cancik, Hubert/Puschner Uwe (Hrsg.), Antisemitismus, Paganismus, völkische Religion, München 2004.

Canovan, Margaret, Taking Politics to the People : Populism as the Ideology of Democracy, in: Mény, Yves/Surel, Yves (Hrsg.), Democracies and the Populist Challenge, Basingstoke/New York 2002, S. 25–44.

Chapoutot, Johann, La loi du sang, Penser et agir en nazi, Paris 2014.

Claus, Robert/Lehnert, Esther/Müller, Yves, „Was ein rechter Mann ist…“, Männlichkeiten im Rechtsextremismus, Berlin 2010.

Connell, Raewyn, Masculinités, Enjeux sociaux de l’hégémonie, Paris 2014.

Conze, Eckart, Das Amt und die Vergangenheit. Deutsche Diplomaten im Dritten Reich und in der Bundesrepublik, München [2]2010.

Cornelißen, Waltraud, Politische Partizipation von Frauen in der alten Bundesrepublik und im vereinten Deutschland, in: Helwig, Gisela (Hrsg.), Frauen in Deutschland 1945–1992, Bonn 1993, S. 321–349.

Däubler-Gmelin, Herta/Kiessler, Kerstin, Die Rechtsaußen-Parteien und die Frauen. Warum die Republikaner eine Männerpartei sind, in: Seelinger, Rolf, Grauzone zwischen Union und der Neuen Rechten. Personen, Institutionen, Identifikationen, München 1990, S. 122–134.

Danckaert, François, Les femmes au NPD: entre lobbying et antiféminisme, in: Briatte-Peters, Anne-Laure/Ders. (Hrsg.), Les femmes dans la vie politique allemande depuis 1945, in: Allemagne d’aujourd’hui 207 (2014), S. 143–156.

Decker, Frank/Henningsen, Bernd/Jakobsen, Kjetil (Hrsg.), Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Europa. Die Herausforderung der Zivilgesellschaft durch alte Ideologien und neue Medien, Baden-Baden 2015.

Decker, Frank, Alternative für Deutschland und Pegida: Die Ankunft des neuen Rechtspopulismus in der Bundesrepublik, in: Ders./Henningsen, Bernd/Jakobsen, Kjetil (Hrsg.), Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Europa. Die Herausforderung der Zivilgesellschaft durch alte Ideologien und neue Medien, Baden-Baden 2015, S. 75–90.

Decker, Oliver/Brähler, Elmar, Bewegung in der Mitte. Rechtsextreme Einstellung in Deutschland 2008, Berlin 2008.

Decker, Oliver/Brähler, Elmar (Hrsg.), Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft, Gießen 2018.

Der rechte Rand, Die extreme Rechte in den Kommunalparlamenten, 118 (2009).

Dietze, Gabriele, Sexueller Exzeptionalismus. Überlegenheitsnarrative in Migrationsabwehr und Rechtspopulismus, Bielefeld 2019.

Dietze, Gabriele/Julia Roth (Hrsg.), Right-wing Populism and Gender. European Perspectives and Beyond, Bielefeld 2020.

Döhring, Kirsten/Feldmann, Renate, Von „N. S. Frauen-Warte" bis „Victory": Konstruktionen von Weiblichkeit in nationalsozialistischen und rechtsextremen Frauenzeitschriften, Berlin 2004.

Döhring, Kirsten/Feldmann, Renate, Akteurinnen und Organisationen: Die Involviertheit von Frauen in der extremen Rechten, in: Antifaschistisches Frauennetzwerk/ Forschungsnetzwerk Frauen und Rechtsextremismus (Hrsg.), Braune Schwestern?, Münster 2005, S. 17–33.

Döring, Martin, Parlamentarischer Arm der Bewegung: Die Nationalsozialisten im Reichstag der Weimarer Republik, Düsseldorf 2011.

Doering-Manteuffel, Anselm/Raphael, Lutz/ Schlemmer, Thomas (Hrsg.), Vorgeschichte der Gegenwart. Dimensionen des Strukturbruchs nach dem Boom, Göttingen 2016.

Dorlin, Elsa, Sexe, genre et sexualités. Introduction à la théorie féministe, Paris 2008.

Dorlin, Elsa (Hrsg.), Sexe, race, classe. Pour une épistémologie de la domination, Paris 2009.

Drüeke, Ricarda/Klaus, Elisabeth, Die Instrumentalisierung von Frauen*rechten in rechten Diskursen am Beispiel der Kampagne #120db, in: Gender, H. 3, 2019, S. 84–99.

Dubslaff, Valérie, Crise des réfugiés et crispations identitaires: l'Allemagne en proie au national-populisme, in: Allemagne d'aujourd'hui 216 (2016), S. 20–28.

Dubslaff, Valérie, Women on the Fast Track: Gender Issues in the National Democratic Party of Germany and the French National Front (1980s–2012), in: Köttig, Michaela/Bitzan, Renate/Petö,

Andrea (Hrsg.), Gender and Far Right Politics in Europe, Basingstoke, 2017, S. 159–173.

Dubslaff, Valérie, Die „deutsche Frau“ und ihre Rechte. Die Gleichberechtigungsdebatte in der NPD, von den 1960er-Jahren bis heute, in: Ariadne, Forum für Frauen- und Geschlechterforschung, H. 75, 2019, S. 108–125.

Duby, Georges/Perrot, Michelle, Histoire des femmes en Occident, 5 Bd., Paris 1991–1992.

Dudek, Peter/Jaschke, Hans-Gerd, Entstehung und Entwicklung des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik. Zur Tradition einer besonderen politischen Kultur, 2 Bd., Opladen 1984.

Dupeux, Louis (Hrsg.), La „révolution conservatrice“ allemande sous la République de Weimar, Paris 1992.

Ebbinghaus, Angelika, Frauenbiographien des Nationalsozialismus, Nördlingen 1987.

Eckert, Roland/Willems, Helmut/Würtz, Stefanie, Erklärungsmuster fremdenfeindlicher Gewalt im empirischen Test, in: Politische Vierteljahresschrift, H. 27 u. 37, 1996, S. 152–167.

Eisenfeld, Bernd, Rechtsextremismus in der DDR, Ursachen und Folgen, in: Agethen, Manfred/Jesse, Eckhard/Neubert, Ehrhart (Hrsg.), Der missbrauchte Antifaschismus. DDR-Staatsdoktrin und Lebenslüge der deutschen Linken, Freiburg im Breisgau 2002, S. 221–226.

Elias, Norbert/Scotson, John L., Etablierte und Außenseiter, Frankfurt am Main 1990.

Ellmenreich, Renate, Frauen bei der Stasi: Am Beispiel der MfS-Bezirksverwaltung Gera, Erfurt 1999.

Erb, Rainer/Kohlstruck, Michael, Die Funktionen von Antisemitismus und Fremdenfeindschaft für die rechtsextreme Bewegung, in: Braun, Stephan/Geisler, Alexander/Gerster, Martin (Hrsg.), Strategien der extremen Rechten. Hintergründe, Analyse, Antworten, Wiesbaden 2009, S. 419–439.

Esen, Ellen, Rechte Mädels, Skingirls und Biederfrauen. Über Akteurinnen der Szene und über Möglichkeiten auszusteigen, in: Bundesarbeitsgemeinschaft Mädchenpolitik, Mädchen und Frauen im Spannungsfeld von Demokratie und rechten Ideologien, H. 7, 2007, S. 27–37.

Esen, Ellen, Rechtsextremistinnen heute, aktuelle Entwicklung und Fallbeispiele, in: Braun, Stephan/Geisler, Alexander/Gerster, Martin (Hrsg.), Strategien der extremen Rechten. Hintergründe, Analysen, Antworten, Wiesbaden 2009, S. 208–229.

Esen, Ellen, Frauen und Mädchen in der rechtsextremen Szene, in: Busch, Christoph (Hrsg.), Demokratie stärken – Rechtsextremismus bekämpfen, Baden-Württemberg für Toleranz und Menschlichkeit, Stuttgart 2010, S. 41–44.

Fahmy-Eid, Nadia, L'histoire des femmes. Construction et déconstruction d'une mémoire sociale, in: Sociologie et sociétés, H. 2, 1997, S. 21–31.

Falter, Jürgen, Hitlers Wähler, München 1991.

Falter, Jürgen, Wer wählt rechts? Die Wähler und Anhänger rechtsextremistischer Parteien im vereinigten Deutschland, München 1994.

Fantifa Marburg (Hrsg.), Kameradinnen. Frauen stricken am Braunen Netz, Münster ^{2}1996.

Farge, Arlette, Pratique et effets de l'histoire des femmes, in: Perrot, Michelle, Une histoire des femmes est-elle possible?, Paris 1984, S. 18–35.

Farin, Klaus, Skinheads, München 2014.

Farris, Sara, Die politische Ökonomie des Femonationalismus, in: Feministische Studien, H. 2, 2011, S. 321–334.

Farris, Sara, In the Name of Women's Rights: the Rise of Femonationalism, London 2017.

Fascher, Eckhard, Modernisierter Rechtsextremismus? Ein Vergleich der Parteigründungsprozesse von NPD und der Republikaner in den sechziger und achtziger Jahren, Berlin

1994.

Finger, Jürgen/Keller, Sven/Wirsching, Andreas, Vom Recht zur Geschichte. Akten aus NS-Prozessen als Quellen der Zeitgeschichte, Göttingen 2009.

Fischer, Fritz, Griff nach der Weltmacht, die Kriegszielpolitik im kaiserlichen Deutschland, 1914–1918, Düsseldorf 1961.

Forschungsgruppe Ideologien und Politiken der Ungleichheit (Hrsg.), Rechtsextremismus. Geschlechterreflektierte Perspektiven, Wien 2019.

Frei, Norbert, Karrieren im Zwielicht. Hitlers Eliten nach 1945, Frankfurt am Main 2001.

Frei, Norbert, 1945 und wir. Das Dritte Reich im Bewusstsein der Deutschen, München 2005.

Frei, Norbert, „Volksgemeinschaft“, Erfahrungsgeschichte und Lebenswirklichkeit der Hitler-Zeit, in: Ders., 1945 und wir. Das Dritte Reich im Bewusstsein der Deutschen, München 2005, S. 107–128

Frei, Norbert, 1968. Jugendrevolte und globaler Protest, Bonn 2008. →

Frei, Norbert, Vergangenheitspolitik, die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit, München 2012.

Frei, Norbert u. a., Zur rechten Zeit. Wider die Rückkehr des Nationalismus, Berlin 2019.

Frei, Norbert, „Niemand will Nazi gewesen sein“. Die Nachgeschichte des Dritten Reiches, München 2020.

Frese, Matthias/Paulus, Julia/Teppe, Karl (Hrsg.), Demokratisierung und gesellschaftlicher Aufbruch: Die sechziger Jahre als Wendezeit der Bundesrepublik, Paderborn 2003.

Freudiger, Kerstin, Die juristische Aufarbeitung von NS-Verbrechen, Tübingen 2002.

Frevert, Ute, Frauen auf dem Weg zur Gleichberechtigung,

Hindernisse, Umleitungen, Einbahnstraßen, in: Broszat, Martin (Hrsg.), Zäsuren nach 1945. Essays zur Periodisierung der Nachkriegsgeschichte, München 1990, S. 113–130.

Frevert, Ute, Mann und Weib, und Weib und Mann. Geschlechter-Differenzen in der Moderne, München 1995.

Frevert, Ute, Die kasernierte Nation. Militärdienst und Zivilgesellschaft in Deutschland, München 2001.

Frevert, Ute/Haupt, Heinz-Gerhard, Neue Politikgeschichte. Perspektiven einer historischen Politikforschung, Frankfurt am Main 2005.

Friedrich, Sebastian, Der NSU in bester Gesellschaft. Zwischen Neonazismus, Rassismus und Staat, Münster 2015.

Friedrich, Sebastian, Die AfD. Analysen, Hintergründe, Kontroversen, Berlin ^{2}2019.

Frietsch, Elke/Herkommer, Christina (Hrsg.), Nationalsozialismus und Geschlecht: Zur Politisierung und Ästhetisierung von Körper, „Rasse“ und Sexualität im „Dritten Reich“ und nach 1945, Bielefeld 2009.

Frindte, Wolfgang, Rechtsextremismus und „Nationalsozialistischer Untergrund“. Interdisziplinäre Debatten, Befunde und Bilanzen, Wiesbaden 2016.

Fröhlich, Claudia/Heinrich, Horst-Alfred (Hrsg.), Geschichtspolitik. Wer sind die Akteure, wer ihre Rezipienten?, Stuttgart 2004, S. 95–110.

Fröhlich, Claudia (Hrsg.), Schwerpunkt: Extremismus und Geschichtspolitik, Jahrbuch für Politik und Geschichte, Stuttgart 2011.

Fuchs, Christian, Die Zelle. Rechter Terror in Deutschland, Reinbek 2012.

Fuchs, Marek/Lamnek, Siegfried/Wiederer, Ralf, Querschläger. Jugendliche zwischen rechter Ideologie und Gewalt, Opladen 2003.

Fülles, Mechthild, Frauen in Partei und Parlament, Köln 1969.

Funke, Hajo, Staatsaffäre NSU: Eine offene Untersuchung, Münster 2015.

Funke, Hajo, Von Wutbürgern und Brandstiftern. AfD, Pegida, Gewaltnetze, Berlin 2016.

Gebhardt, Miriam, Als die Soldaten kamen. Die Vergewaltigung deutscher Frauen am Ende des Zweiten Weltkriegs, Bonn 2015.

Geden, Oliver, Rechte Ökologie. Umweltschutz zwischen Emanzipation und Faschismus, Berlin 1996.

Gehler, Eva-Maria, Weibliche NS-Affinitäten. Grade der Systemaffinität von Schriftstellerinnen im „Dritten Reich“, Würzburg 2010.

Gehmacher, Johanna/Hauch, Gabriella (Hrsg.), Frauen- und Geschlechtergeschichte des Nationalsozialismus, Innsbruck 2007.

Geiges, Lars/Marg, Stine/Walter, Franz, Pegida. Die schmutzige Seite der Zivilgesellschaft?, Bielefeld 2015.

Geißel, Brigitte, Politikerinnen. Politisierung und Partizipation auf lokaler Ebene, Opladen 1999.

Geißler, Rainer, Die Sozialstruktur Deutschlands, Wiesbaden 2014.

Gensing, Patrick, Antisemitismus in der NPD, in: Ionescu, Dana/Salzborn, Samuel (Hrsg.), Antisemitismus in deutschen Parteien, Baden-Baden 2014, S. 273–296.

Gerhard, Ute, Frauenbewegung und Feminismus. Eine Geschichte seit 1789, München 2009.

Gerlach, Julia, Auswirkungen der Verbote rechtsextremistischer Vereine auf die NPD, in: Backes, Uwe (Hrsg.), Die NPD. Erfolgsbedingungen einer rechtsextremistischen Partei, Baden-Baden 2007, S. 233–261.

Gessenharter, Wolfgang/Fröchling, Helmut, Neue Rechte und Rechtsextremismus in Deutschland, in: Mecklenburg, Jens

(Hrsg.), Handbuch deutscher Rechtsextremismus, Berlin 1996, S. 550–571.

Göpfert, Claus-Jürgen/Messinger, Bernd, Das Jahr der Revolte. Frankfurt 1968, Frankfurt am Main 2017.

Goetz, Judith/Sedlacek, Joseph Maria/Winkler, Alexander (Hrsg.), Untergangster des Abendlandes. Ideologie und Rezeption der rechtsextremen „Identitären“, Hamburg [2]2018.

Gotto, Bernhard/Seefried, Elke (Hrsg.), Männer mit „Makel“. Männlichkeiten und gesellschaftlicher Wandel in der frühen Bundesrepublik, Berlin 2016.

Gräfe, Sebastian, Rechtsterrorismus in der Bundesrepublik Deutschland. Zwischen erlebnisorientierten Jugendlichen, „Feierabendterroristen“ und klandestinen Untergrundzellen, Jahrbuch Extremismus und Demokratie, Baden-Baden 2017.

Gravenhorst, Lerke/Tatschmurat, Carmen, Töchter-Fragen. NS-Frauen-Geschichte, Freiburg im Breisgau 1990.

Greiffenhagen, Martin, Das Dilemma des Konservatismus in Deutschland, München 1971.

Greven, Thomas, Rechtsextreme Globalisierungskritik: Anti-globaler Gegenentwurf zu Neoliberalismus und Global Governance, in: Greven, Thomas/Grumke, Thomas (Hrsg.), Globalisierter Rechtsextremismus? Die extremistische Rechte in der Ära der Globalisierung, Wiesbaden 2006, S. 15–29.

Greven-Aschoff, Barbara, Die bürgerliche Frauenbewegung in Deutschland, 1894–1933, Göttingen 1981.

Grigat, Stephan, AFD & FPÖ. Antisemitismus, völkischer Nationalismus und Geschlechterbilder, Baden-Baden 2017.

Grossmann, Atina, A Question of Silence, the Rape of German Women by Occupation Soldiers, in: Moeller, Robert (Hrsg.), West Germany under Construction. Politics, Society, and Culture in the Adenauer Era, Michigan 1997, S. 33–52.

Grumke, Thomas/Wagner, Bernd, Handbuch Rechtsradikalismus. Personen, Organisationen, Netzwerke von

Neonazismus bis in die Mitte der Gesellschaft, Opladen 2002.

Grumke, Thomas, „Sozialismus ist braun“. Rechtsextremismus, die soziale Frage und Globalisierungskritik, in: Braun, Stephan/ Geisler, Alexander/Gerster, Martin (Hrsg.), Strategien der extremen Rechten. Hintergründe, Analyse, Antworten, Wiesbaden 2009, S. 148–162.

Gutsche, Elisa (Hrsg.), Triumph of the Women? The Female Face of the Far Right in Europe, Berlin 2018.

Haas, Julia, „Anständige Mädchen“ und „selbstbewusste Rebellinnen“. Aktuelle Selbstbilder identitärer Frauen, Hamburg 2020.

Häusler, Alexander (Hrsg.), Rechtspopulismus als „Bürgerbewegung“. Kampagnen gegen Islam und Moscheebau und kommunale Gegenstrategien, Wiesbaden 2008.

Häusler, Alexander/Roeser, Rainer (Hrsg.), Die rechten Mut-Bürger. Entstehung, Entwicklung, Personal & Positionen der Alternative für Deutschland, Hamburg 2015.

Häusler, Alexander (Hrsg.), Die Alternative für Deutschland. Programmatik, Entwicklung und politische Verortung, Wiesbaden 2016.

Häußermann, Hartmut/Siebel, Walter, Dienstleistungsgesellschaften, Frankfurt am Main 1995.

Haerendel, Ulrike, Frauen, Männer und die „Machtergreifung“. Beobachtungen aus der Geschlechterperspektive, in: Wirsching, Andreas (Hrsg.), Das Jahr 1933: Die nationalsozialistische Machteroberung und die deutsche Gesellschaft, Göttingen 2009, S. 30–44.

Hafeneger, Benno, AfD in Parlamenten. Themen, Strategien, Akteure, Frankfurt a. M. 2018.

Hagemann, Karen/Harsch, Donna/Brühöfener, Friederike, Gendering post-1945 German History: Entanglements, New York/Oxford 2019.

Hahn, Eva/Hahn, Hans Henning, Die Vertreibung im deutschen

Erinnern. Legenden, Mythos, Geschichte, Paderborn 2010.

Hambauer, Verena/Mays, Anja, Wer wählt die AfD? Ein Vergleich der Sozialstruktur, politischen Einstellungen und Einstellungen zu Flüchtlingen zwischen AfD-WählerInnen und der WählerInnen der anderen Parteien, in: Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft, H. 12, 2017, S. 133–154.

Hansen, Henning, Die sozialistische Reichspartei. Aufstieg und Fall einer rechtsextremen Partei, Düsseldorf 2007.

Hark, Sabine/Villa, Paula-Irene (Hrsg.), Anti-Genderismus. Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen, Bielefeld 2015.

Hark, Sabine/Villa, Paula-Irene, Unterscheiden und Herrschen. Ein Essay zu den ambivalenten Verflechtungen von Rassismus, Sexismus und Feminismus in der Gegenwart, Bielefeld 2017.

Hausen, Karin, Die Polarisierung der Geschlechtercharaktere. Eine Spiegelung der Dissoziation von Erwerbs- und Familienleben, in: Conze, Werner (Hrsg.), Sozialgeschichte der Familie in der Neuzeit Europas, Stuttgart 1976.

Hausen, Karin, Die Nicht-Einheit der Geschichte als historiographische Herausforderung, zur historischen Relevanz und Anstößigkeit der Geschlechtergeschichte, in: Medick, Hans/ Trepp, Anne-Charlott (Hrsg.), Geschlechtergeschichte und Allgemeine Geschichte: Herausforderungen und Perspektiven, Göttingen 1998, S. 15–55.

Heinsohn, Kirsten/Vogel, Barbara/Weckel, Ulrike (Hrsg.), Zwischen Karriere und Verfolgung. Handlungsräume von Frauen im nationalsozialistischen Deutschland, Frankfurt am Main 1997.

Heinsohn, Kirsten, Konservative Parteien in Deutschland 1912 bis 1933. Demokratisierung und Partizipation in geschlechterhistorischer Perspektive, Düsseldorf 2010.

Heinsohn, Kirsten, Volksgemeinschaft und Geschlecht. Zwei Perspektiven auf die Gesellschaftsgeschichte des

Nationalsozialismus, in: Schmiechen-Ackermann, Detlef u. a. (Hrsg.), Der Ort der „Volksgemeinschaft“ in der deutschen Gesellschaftsgeschichte, Paderborn 2018, S. 245–258.

Heinsohn, Kirsten, Sigrid Hunke und weitere antiliberale Vordenkerinnen, in: Füchs, Ralf/Becker, Christoph (Hrsg.), Das alte Denken der Neuen Rechten. Die langen Linien der antiliberalen Revolte, Frankfurt am Main 2020, S. 126–139.

Heinz, Margarete, Über das politische Bewusstsein von Frauen in der Bundesrepublik, München 1971.

Heitmeyer, Wilhelm, Rechtsextremistische Orientierungen bei Jugendlichen. Empirische Ergebnisse und Erklärungsmuster einer Untersuchung zur politischen Sozialisation, München [4]1992.

Heitmeyer, Wilhelm, Deutsche Zustände, 10 Bd., Berlin 2002–2011.

Helwig, Gisela, Frauen in Deutschland, 1945–1992, Bonn 1993.

Hennig, Eike, Die Republikaner im Schatten Deutschlands: Eine Studie, Frankfurt am Main 1991.

Herbert, Ulrich, Rückkehr in die Bürgerlichkeit, NS-Eliten in der Bundesrepublik, in: Weisbrod, Bernd (Hrsg.), Rechtsradikalismus in der politischen Kultur der Nachkriegszeit, Hannover 1995, S. 157–178.

Herbert, Ulrich, Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland. Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Flüchtlinge, München 2001.

Herbstritt, Georg, Bundesbürger im Dienst der DDR-Spionage: Eine analytische Studie, Göttingen 2007.

Hergt, Siegfried (Hrsg.), Grundsatzprogrammatik und aktuelle politische Ziele von SPD, CDU, CSU, FDP, DKP, NPD, Opladen [10]1976.

Hernes, Helga Maria, Wohlfahrtsstaat und Frauenmacht. Essays über die Feminisierung des Staates, Baden-Baden 1989.

Heß, Cordelia/Kenzo, Rena/Elverich, Gabi, Das Geschlechterverhältnis, in: Virchow, Fabian/Dornbusch, Christian (Hrsg.), 88 Fragen und Antworten zur NPD. Weltanschauung, Strategie und Auftreten einer Rechtspartei – und was Demokraten dagegen tun können, Schwalbach 2008, S. 199–219.

Hikel, Christine/Zellmer, Nicole/Kramer, Elisabeth (Hrsg.), Lieschen Müller wird politisch: Geschlecht, Staat und Partizipation im 20. Jahrhundert, München 2009.

Hochgeschwender, Michael (Hrsg.), Epoche im Widerspruch. Ideelle und kulturelle Umbrüche der Adenauerzeit, Bonn 2011.

Hoecker, Beate, Politische Partizipation von Frauen. Kontinuität und Wandel des Geschlechterverhältnisses in der Politik, Opladen 1995.

Hoecker, Beate, Politische Partizipation zwischen Konvention und Protest, Opladen 2006.

Hoffmann, Uwe, Die NPD. Entwicklung, Ideologie und Struktur, Frankfurt am Main 1999.

Hölscher, Lucian, Die Entdeckung der Zukunft, Göttingen [2]2016.

Holz, Petra, Zwischen Tradition und Emanzipation. CDU-Politikerinnen in der Zeit von 1946 bis 1960, Königstein im Taunus 2004.

Holzkamp, Christine/Rommelspacher, Birgit, Wie sind Frauen und Mädchen verstrickt?, in: Päd. Extra & demokratische Erziehung, H. 4, 1991, S. 33–39.

Holzkamp, Christine, Wir – nicht nur die anderen... Rassismus, Dominanzkultur, Geschlechterverhältnis, in: Tillner, Christiane (Hrsg.), Frauen. Rechtsextremismus, Rassismus, Gewalt: feministische Beiträge, Münster 1994, S. 37–47.

Hüttmann, Jörn, Männlichkeitsdiskurse in der Deutschen Stimme, in: Birsl, Ursula (Hrsg.), Rechtsextremismus und Gender, Opladen 2011, S. 147–167.

Inglehart, Ronald, The Silent Revolution. Changing Values and

Political Styles Among Western Publics, Princeton 1977.

Institut für Demoskopie Allensbach (Hrsg.), Zwischen Toleranz und Besorgnis. Einstellungen der deutschen Bevölkerung zu den aktuellen Problemen der Ausländerpolitik, Allensbach 1985.

Jäger, Margarete/Wamper, Regina (Hrsg.), Von der Willkommenskultur zur Notstandsstimmung. Der Fluchtdiskurs in deutschen Medien 2015 und 2016, Duisburg 2017.

Jansen, Frank, Rassistische Alltagserfahrungen im Osten, in: Mecklenburg, Jens, Braune Gefahr. DVU, NPD, REP, Geschichte und Zukunft, Berlin 1999, S. 227–237.

Jaschke, Hans-Gerd, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Begriffe, Positionen, Praxisfelder, Opladen 1994.

Jaschke, Hans-Gerd, Die Republikaner. Profile einer Rechtsaußen-Partei, Bonn 1994.

Jaschke, Hans-Gerd, Die Vier-Säulen-Strategie der NPD. Eine Analyse zu Anspruch und Wirklichkeit ihrer Umsetzung, in: Pfahl-Traughber, Armin (Hrsg.), Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung, Brühl 2008, S. 178–192.

Jaschke, Hans-Gerd, Extremismus und Demokratie, Parteien und Wahlen. Historisch-politische Streifzüge, Köln 2015.

Jesse, Eckhard, Formen des politischen Extremismus, in: Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Extremismus in Deutschland. Erscheinungsformen und aktuelle Bestandsaufnahme, Berlin 2004.

Kaack, Heino, Wahlkreisgeographie und Kandidatenauslese, Opladen 1969.

Kailitz, Steffen, Die nationalsozialistische Ideologie der NPD, in: Backes, Uwe (Hrsg.), Die NPD. Erfolgsbedingungen einer rechtsextremistischen Partei, Baden-Baden 2007, S. 337–353.

Kaiser, Susanne, Politische Männlichkeit. Wie Incels, Fundamentalisten und Autoritäre für das Patriarchat mobilmachen, Berlin 2020.

Kantor, Jodi/Twohey, Megan, #Me Too. Von der ersten Enthüllung zur globalen Bewegung, Stuttgart 2020.

Kandel, Liliane (Hrsg.), Féminismes et nazisme, Paris 2004.

Kandel, Liliane, Femmes, féminismes, nazisme ou: on ne naît pas innocent(e), on le devient, in: Dies. (Hrsg.), Féminismes et nazisme, Paris 2004, S. 8–26.

Kenkmann, Alfons, Von der bundesdeutschen „Bildungsmisere“ zur Bildungsreform in den 60er Jahren, in: Schildt, Axel/ Siegfried, Detlef (Hrsg.), Dynamische Zeiten: Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften, Hamburg 2000, S. 402–423.

Kenzo, Rena, Was machen die Frauen in der NPD?, in: Virchow, Fabian/Dornbusch, Christian (Hrsg.), 88 Fragen und Antworten zur NPD. Weltanschauung, Strategie und Auftreten einer Rechtspartei – und was Demokraten dagegen tun können, Schwalbach 2008.

Kenzo, Rena, Flügelkämpfe ade?, in: Der rechte Rand 122 (2010), S. 7.

Kerner, Ina, Differenzen und Macht. Anatomie von Rassismus und Sexismus, Frankfurt am Main 2009.

Kershaw, Ian, Volksgemeinschaft. Potenzial und Grenzen eines neuen Forschungskonzepts, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, H. 1, 2011, S. 1–17.

Klärner, Andreas, Zwischen Militanz und Bürgerlichkeit. Selbstverständnis und Praxis der extremen Rechten, Hamburg 2008.

Kleffner, Heike/Spangenberg, Anna (Hrsg.), Generation Hoyerswerda. Das Netzwerk militanter Neonazis in Brandenburg, Berlin 2016.

Knesebeck-Gohary, Christine von, Nationalistische und völkische Frauenbewegung in München der Weimarer Zeit, in: Krafft, Sybille (Hrsg.), Zwischen den Fronten. Münchner Frauen in Krieg und Frieden, 1900–1950, München 1995.

Koch, Achim/Wasmer, Martina/Schmidt, Peter (Hrsg.), Politische Partizipation in der Bundesrepublik Deutschland. Empirische Befunde und theoretische Erklärungen, Wiesbaden 2001, S. 131–168.

Koch, Gerd, Hans Grimms Lippoldsberger Dichterkreis, in: Faber, Richard/Holste, Christine (Hrsg.), Kreise – Gruppen – Bünde. Zur Soziologie moderner Intellektuellenassoziation, Würzburg 2000, S. 165–186.

Köhler, Daniel, Right-Wing Terrorism in the 21st Century: the „National Socialist Underground“ and the History of Terror from the Far-Right in Germany, London 2017.

Köttig, Michaela, Lebensgeschichten rechtsextrem orientierter Mädchen und junger Frauen. Biographische Verläufe im Kontext der Familien- und Gruppendynamik, Gießen 2004.

Köttig, Michaela/Bitzan, Renate/Petö, Andrea (Hrsg.), Gender and Far Right Politics in Europe, Basingstoke 2017.

Köttig, Michaela, Gender Stereotypes Constructed by the Media. The Case of the National Socialist Underground (NSU) in Germany, in: Dies./Bitzan, Renate/Petö, Andrea (Hrsg.), Gender and Far Right Politics in Europe, Basingstoke 2017, S. 221–234.

Kohlstruck, Michael, Fundamentaloppositionelle Geschichtspolitik, die Mythologisierung von Rudolf Hess im deutschen Rechtsextremismus, in: Fröhlich, Claudia/Heinrich, Horst-Alfred (Hrsg.), Geschichtspolitik. Wer sind die Akteure, wer ihre Rezipienten?, Stuttgart 2004, S. 95–110.

Kohlstruck, Michael, Völkische Geschichtsauffassung und erinnerungspolitische Argumentationen im deutschen Rechtsextremismus der Gegenwart, in: Fröhlich, Claudia (Hrsg.), Schwerpunkt: Extremismus und Geschichtspolitik, Jahrbuch für Politik und Geschichte, Stuttgart 2011, S. 41–56.

Koonz, Claudia, Mütter im Vaterland. Frauen im Dritten Reich, Reinbek 1994.

Kopke, Christoph, Die Aktion Widerstand 1970/71: Die „nationale

Opposition“ zwischen Sammlung und Zersplitterung, in: Livi, Massimiliano/Schmidt, Daniel/Sturm, Michael (Hrsg.), Die 1970er Jahre als schwarzes Jahrzehnt. Politisierung und Mobilisierung zwischen christlicher Demokratie und extremer Rechter, Frankfurt am Main 2010.

Korte, Karl-Rudolf (Hrsg.), Die Bundestagswahl 2013: Analysen der Wahl-, Parteien-, Kommunikations- und Regierungsforschung, Wiesbaden 2015.

Kramer, Nicole, Volksgenossinnen an der Heimatfront. Mobilisierung, Verhalten, Erinnerung, Göttingen 2011.

Krause, Ellen, Einführung in die politikwissenschaftliche Geschlechterforschung, Opladen 2003.

Kraushaar, Wolfgang (Hrsg.), Die RAF und der linke Terrorismus, 2 Bd., Hamburg 2007.

Krauss, Marita (Hrsg.), Sie waren dabei. Mitläuferinnen, Nutznießerinnen, Täterinnen im Nationalsozialismus, Göttingen 2008.

Kreisky, Eva, Das Geschlecht politischer Institutionen, Gewerkschaftliche Monatshefte, H. 9, 1996, S. 585–595.

Kreisky, Eva, Diskreter Maskulinismus. Über geschlechtsneutralen Schein politischer Idole, politischer Ideale und politischer Institutionen, in: Dies./Sauer, Birgit (Hrsg.), Das geheime Glossar der Politikwissenschaft. Geschlechtskritische Inspektion der Kategorien einer Disziplin, Frankfurt am Main 1997.

Kreisky, Eva/Sauer, Birgit (Hrsg.), Das geheime Glossar der Politikwissenschaft. Geschlechtskritische Inspektion der Kategorien einer Disziplin, Frankfurt am Main 1997.

Kühnl, Reinhard, Die NPD. Struktur, Ideologie und Funktion einer neofaschistischen Partei, Frankfurt am Main 1969.

Kürschner, Isabelle, Den Männern überlassen wir’s nicht! Erfolgreiche Frauen in der CSU, Baden-Baden 2009.

Kürschner, Isabelle, Frauen in den Parteien, in: Bundeszentrale

für politische Bildung, 27. 11. 2009, www.bpb.de (4. 5. 2017).

Kuhn, Annette, 1945: Versäumte Emanzipationschancen? Feministische Überlegungen zur Refamiliarisierung nach 1945, in: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.), Frauen in den neuen Bundesländern. Rückzug in die Familie oder Aufbruch zur Gleichstellung in Beruf und Familie?, Bonn 1991.

Kuhn, Inva, Antimuslimischer Rassismus. Auf Kreuzzug für das Abendland, Köln 2015.

Lang, Juliane, Frauenbilder in der NPD, Zwischen Modernisierung und traditionellen Vorstellungen, Positionen zu Feminismus, Emanzipation und Gender Mainstreaming, in: Radvan, Heike (Hrsg.), Gender und Rechtsextremismusprävention, Berlin 2013, S. 89–104.

Lang, Juliane, Gegen jeden „Genderismus", Familienpopulismus erhält neuen Aufwind, in: Antifaschistisches Infoblatt, H. 2, 2014, S. 24–25.

Lang, Juliane, Feindbild Feminismus, Familien- und Geschlechterpolitik in der AfD, in: Grigat, Stephan (Hrsg.), AfD & FPÖ. Antisemitismus, völkischer Nationalismus und Geschlechterbilder, Baden-Baden 2017, S. 61–78.

Lang, Juliane, „Gender" und „Genderwahn" – neue Feindbilder der extremen Rechten", in: Bundeszentrale für politische Bildung, 20. 11. 2017, https://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/259953/gender-und-genderwahn (16. 5. 2019).

Lang, Juliane, Feminismus von rechts?, Neue rechte Politiken zwischen der Forderung nach Frauenrechten und offenem Antifeminismus, in: CJD Nord, Dekonstrukt, H. 3, 2018.

Lang, Juliane/Peters, Ulrich (Hrsg.), Antifeminismus in Bewegung. Aktuelle Debatten um Geschlecht und sexuelle Vielfalt, Hamburg 2018.

Langebach, Martin/Sturm, Michael (Hrsg.), Erinnerungsorte der extremen Rechten, Wiesbaden 2015.

Langner, Carsta, „Affen und Banditen“: Über die historische Rekonstruktion von Rassismus und rechter Gewalt in der späten DDR, in: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft, Wissen schafft Demokratie, 7/2020, https://www.idz-jena.de/wsddet/affen-und-banditen-ueber-die-historische-rekonstruktion-von-rassismus-und-rechter-gewalt-in-der-s/ (24. 6. 2020).

Laue, Sabine, Die NPD unter dem Viermächtestatus Berlins. Verhandlungsmasse zwischen den Großmächten, Egelsbach 1993.

Laumond, Bénédicte, Policy Responses to the Radical Right in France and Germany. Public Actors, Policy Frames, and Decision-Making, London 2020.

Lazar, Marc/Diamanti, Ilvo, Peuplecratie. La métamorphose de nos démocraties, Paris 2019.

Lebourg, Nicolas, Les nazis ont-ils survécu? Enquête sur les internationales fascistes et les croisés de la race blanche, Paris 2019.

Leggewie, Claus, Republikschutz. Maßstäbe für die Verteidigung der Demokratie, Reinbek 1995.

Lehman, Brittany, Gendered Orientalism: Representations of „the Turkish“ in the West German Press of the 1970s and 1980s, in: Hagemann, Karen/Harsch, Donna/Brühöfener, Friederike, Gendering post-1945 German History: Entanglements, New York/Oxford 2019, S. 362–381.

Lenz, Ilse (Hrsg.), Die neue Frauenbewegung in Deutschland. Abschied vom kleinen Unterschied: eine Quellensammlung, Wiesbaden [2]2010, S. 79–80.

Leo, Annette/Reif-Spirek, Peter, Helden, Täter und Verräter. Studien zum DDR-Antifaschismus, Berlin 1999.

Lindner, Ulrike, Rationalisierungsdiskurse und Aushandlungsprozesse, Der moderne Haushalt und die traditionelle Hausfrauenrolle in den 1960er Jahren, in: Frese, Matthias/Paulus, Julia/Teppe, Karl (Hrsg.), Demokratisierung

und gesellschaftlicher Aufbruch: Die sechziger Jahre als Wendezeit der Bundesrepublik, Paderborn 2003, S. 83–106.

Livi, Massimiliano/Schmidt, Daniel/Sturm, Michael (Hrsg.), Die 1970er Jahre als schwarzes Jahrzehnt. Politisierung und Mobilisierung zwischen christlicher Demokratie und extremer Rechter, Frankfurt am Main 2010.

Mabry, Hannelore, Unkraut ins Parlament. Die Bedeutung weiblicher Parlamentarischer Arbeit für die Emanzipation der Frau, Lollar ^{2}1974.

März, Markus, Nationale Sozialisten in der NSDAP. Strukturen, Ideologie, Publizistik und Biographien des national-sozialistischen Straßer-Kreises von der AG Nordwest bis zum Kampf-Verlag 1925–1930, Graz 2010.

Maier, Hans, Die NPD, München 1968.

Mailänder Koslov, Elissa, Gewalt im Dienstalltag. Die SS-Aufseherinnen des Konzentrations- und Vernichtungslagers Majdanek 1942–1944, Hamburg 2009.

Mannheim, Karl, Das Problem der Generationen, in: Ders., Wissenssoziologie: Auswahl aus dem Werk, Neuwied ^{2}1964, S. 509–565.

Marchand-Lagier, Christèle, Le vote des femmes pour Marine Le Pen, Entre effet générationnel et précarité socioprofessionnelle, in: Travail, genre et sociétés, H. 2, 2018, S. 85–106.

Marcowitz, Reiner, L’Allemagne vingt ans après la chute du Mur de Berlin, in: Martens, Stephan (Hrsg.), L’Allemagne vingt ans après la fin de la guerre froide et son unification, Bordeaux 2010, S. 121–132.

Mayer, Sabrina, Die Wähler der NPD. Eine empirische Untersuchung der Einflussfaktoren auf die Wahl der NPD 1969, Wiesbaden 2011.

MBR/Apabiz (Hrsg.), Berliner Zustände. Ein Schattenbericht über Rechtsextremismus, Rassismus und Homophobie, Berlin 2008.

Mecklenburg, Jens, Braune Gefahr. DVU, NPD, REP: Geschichte

und Zukunft, Berlin 1999.

Mehrländer, Ursula (Hrsg.), Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit im vereinten Deutschland: Erscheinungsformen und Gegenstrategien, Bonn 1999.

Mende, Silke, „Nicht rechts, nichts links, sondern vorn“. Eine Geschichte der Gründungsgrünen, München 2011.

Mergel, Thomas, Parlamentarische Kultur in der Weimarer Republik. Politische Kommunikation, symbolische Politik und Öffentlichkeit im Reichstag, Düsseldorf 2002.

Meuser, Michael/Neusüß, Claudia (Hrsg.), Gender Mainstreaming. Konzepte, Handlungsfelder, Instrumente, Bonn 2004.

Meyer, Birgit, Mädchen und Rechtsextremismus, Männliche Dominanzkultur und weibliche Unterordnung, in: Otto, Hans-Uwe/Merten, Roland (Hrsg.), Rechtsradikale Gewalt im vereinigten Deutschland. Jugend im gesellschaftlichen Umbruch, Opladen 1993, S. 211–218.

Meyer, Birgit, Frauen im Männerbund. Politikerinnen in Führungspositionen von der Nachkriegszeit bis heute, Frankfurt am Main 1997.

Meyer, Jennifer, Mouvement völkisch et féminismes en Allemagne. Une approche intersectionnelle à partir de l’exemple de Sophie Rogge-Börner (1878–1955), in: Saint-Gille, Anne-Marie/Farges, Patrick (Hrsg.), Le premier féminisme allemand 1848–1933. Un mouvement social de dimension internationale, Villeneuve d’Ascq 2013.

Miard-Delacroix, Hélène, Question nationale allemande et nationalisme. Perceptions françaises d’une problématique allemande au début des années cinquante, Villeneuve d’Ascq 2004.

Miard-Delacroix, Hélène, Willy Brandt, Paris 2013.

Michelsen, Danny, Der Demokratiebegriff im organisierten Rechtsextremismus: nur „populistisch“ oder auch

„faschistisch“? Eine Fallstudie am Beispiel der NPD, in: Pfahl-Traughber, Armin (Hrsg.), Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2014, Brühl 2014, S. 101–137.

Minkenberg, Michael, Was ist Rechtspopulismus? What is Right-wing Populism?, Politische Vierteljahresschrift 59 (2018), S. 337–352.

Miteinander e.V./Arbeitsstelle Rechtsextremismus, Im Schatten der Wende. Rassismus und Neonazismus in Zeiten des Umbruchs, Halle [2]2015.

Möller, Kurt, Fremdenfeindlichkeit, Übereinstimmungen und Unterschiede bei Jungen und Mädchen, in: Engel, Monika/Menke, Barbara (Hrsg.), Weibliche Lebenswelten – gewaltlos? Analysen und Praxisbeiträge für die Mädchen und Frauenarbeit im Bereich Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt, Münster 1995, S. 64–84.

Möller, Kurt, Rechte Glatzen. Rechtsextreme Orientierungs- und Szenezusammenhänge: Einstiegs-, Verbleibs- und Ausstiegsprozesse von Skinheads, Wiesbaden 2007.

Möller, Kurt, Konstruktion von Männlichkeiten in unterschiedlichen Phänomenbereichen des Rechtsextremismus, in: Birsl, Ursula (Hrsg.), Rechtsextremismus und Gender, Opladen 2011, S. 129–145.

Moffitt, Benjamin, The Global Rise of Populism. Performance, Political Style, and Representation, Stanford 2016.

Molitor, Ute, Wählen Frauen anders? Zur Soziologie eines frauenspezifischen politischen Verhaltens in der Bundesrepublik Deutschland, Baden-Baden 1992.

Moreau, Patrick, Les héritiers du IIIe Reich. L’extrême droite allemande de 1945 à nos jours, Paris 1994.

Mosse, George L., The Image of Man. The Creation of Modern Masculinity, New York 1996.

Mudde, Cas/Kaltwasser, Cristóbal Rovira, Populism. A Very Short Introduction, Oxford 2017.

Mühlenberg, Jutta, SS-Helferinnenkorps. Ausbildung, Einsatz und Entnazifizierung der weiblichen Angehörigen der Waffen-SS, 1942–1949, Hamburg 2012.

Müller, Leo A., NPD, DVU, Liste D, Göttingen 1989.

Müller, Jan-Werner, Was ist Populismus? Ein Essay, Berlin 2016.

Müller, Yves, Männliche Homosexualität und Homophobie im deutschen und österreichischen Rechtspopulismus, in: Forschungsgruppe Europäische Integration (Hrsg.), Rechtspopulismus in der Europäischen Union, Hamburg 2012, S. 79–97.

Müller, Yves, „Faschistische Grundstruktur“, Lutz Niethammers Analyse der extremen Rechten (1969), in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History, H. 16, 2019, S. 197–205

Müller-Enbergs, Helmut, Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit, Teil 3: Statistiken, Berlin 2008.

Myrdal, Alva/Klein, Viola, Women’s Two Roles: Home and Work, London 1956.

Nave-Herz, Rosemarie, Die Geschichte der Frauenbewegung in Deutschland, Bonn 1997.

Nave-Herz, Rosemarie, Kontinuität und Wandel der Familie in Deutschland: Eine zeitgeschichtliche Analyse, Stuttgart 2007.

Nave-Herz, Rosemarie, „Wandel und Kontinuität in der Bedeutung, in der Struktur und Stabilität von Ehe und Familie in Deutschland“, in: Dies. (Hrsg.), Kontinuität und Wandel der Familie in Deutschland: Eine zeitgeschichtliche Analyse, Stuttgart 2007, S. 45–70.

Neubacher, Bernd, NPD, DVU-Liste D, Republikaner. Ein Vergleich ihrer Ziele, Organisationen und Wirkungsfelder, Köln 1996.

Neugebauer, Gero, Extremismus, Rechtsextremismus, Linksextremismus: Einige Anmerkungen zu Begriffen,

Forschungskonzepten, Forschungsfragen und Forschungsergebnissen, in: Schubarth, Wilfried/Stöss, Richard (Hrsg.), Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland: Eine Bilanz, Bonn 2000, S. 13–37.

Niedermayer, Oskar, Anteil der Frauen an den Parteimitgliedschaften, in: Bundeszentrale für politische Bildung, 1. 9. 2015, www.bpb.de (4. 5. 2017).

Niehuss, Merith, Familie, Frau und Gesellschaft. Studien zur Strukturgeschichte der Familie in Westdeutschland, 1945–1960, Göttingen 2001.

Niethammer, Lutz, Angepaßter Faschismus. Politische Praxis der NPD, Frankfurt am Main 1969.

Noelle, Elisabeth/Neumann, Peter (Hrsg.), Jahrbuch der öffentlichen Meinung, 1965–1967, Allensbach 1968.

Noelle, Elisabeth/Neumann, Peter (Hrsg.), Jahrbuch der öffentlichen Meinung, 1968–1973, Allensbach 1974.

Obszerninks, Britta, Nachbarn am rechten Rand. Republikaner und Freiheitliche Partei Österreichs im Vergleich, Münster 1999.

Oertzen, Christine von, Teilzeitarbeit und die Lust am Zuverdienen. Geschlechterpolitik und gesellschaftlicher Wandel in Westdeutschland 1948–1969, Göttingen 1999.

Oschmiansky, Frank/Kühl, Jürgen/Obermeier, Tim, Das Ende des Ernährermodells, in: Bundeszentrale für politische Bildung, 11. 8. 2014, www.bpb.de (15. 9. 2015).

Paulus, Julia, Familienrollen und Geschlechterverhältnisse im Wandel, in: Frese, Matthias/Dies./Teppe, Karl (Hrsg.), Demokratisierung und gesellschaftlicher Aufbruch: Die sechziger Jahre als Wendezeit der Bundesrepublik, Paderborn 2003, S. 107–120.

Paulus, Julia/Silies, Eva-Maria/Wolff, Kerstin (Hrsg.), Zeitgeschichte als Geschlechtergeschichte. Neue Perspektiven auf die Bundesrepublik, Frankfurt am Main 2012.

Pfahl-Traughber, Armin, Die „alte“ und die „neue“ NPD: Eine

vergleichende Betrachtung zu Gefahrenpotential und Profil, Braun, Stephan/Geisler, Alexander/Gerster, Martin (Hrsg.), Strategien der extremen Rechten. Hintergründe, Analyse, Antworten, Wiesbaden 2009, S. 77–91.

Pfahl-Traughber, Armin, Rechtsextremismus in Deutschland: Eine kritische Bestandsaufnahme, Wiesbaden 2019.

Pfeiffer, Thomas, Islamfeindschaft als Kampagnenthema im Rechtsextremismus, Erfolgspotenzial, strategische Hintergründe und Diskurstechniken am Beispiel der NPD, in: Pfahl-Traughber, Armin (Hrsg.), Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung, Brühl 2012, S. 215–244.

Pfeiffer, Thomas, Gegenöffentlichkeit und Aufbruch im Netz? Welche strategischen Funktionen erfüllen Websites und Angebote im Web 2.0 für den deutschen Rechtsextremismus?, in: Braun, Stephan/Geisler, Alexander/Gerster, Martin (Hrsg.), Strategien der extremen Rechten. Hintergründe, Analysen, Antworten, Wiesbaden [2]2016, S. 259–286.

Philippsberg, Robert, Die Strategie der NPD: Regionale Umsetzung in Ost- und Westdeutschland, Baden-Baden 2009.

Planert, Ute (Hrsg.), Nation, Politik und Geschlecht. Frauenbewegung und Nationalismus in der Moderne, Frankfurt am Main 2000.

Poewe, Karla, New Religions and the Nazis, New York/London 2006.

Priester, Karin, Populismus. Historische und aktuelle Erscheinungsformen, Frankfurt am Main/New York 2007.

Priester, Karin, Die unterschätzte Rolle der Frauen im Rechtsextremismus, Wahlbewerberinnen für rechtsextreme Parteien und Wahlbündnisse, in: Leviathan 37 (2009), S. 77–94.

Priester, Karin, Populismus und Rechtsextremismus im geschichtspolitischen Vergleich, in: Fröhlich, Claudia (Hrsg.), Schwerpunkt: Extremismus und Geschichtspolitik, Jahrbuch für Politik und Geschichte, Stuttgart 2011, S. 57–74.

Priester, Karin, Wesensmerkmale des Populismus, in: APuZ 62 (2012), S. 3–15.

Puschner, Uwe/Schmitz, Walter/Ulbricht, Justus H. (Hrsg.), Handbuch zur „Völkischen Bewegung“, 1871–1918, München 1996.

Puschner, Uwe, Die völkische Bewegung im wilhelminischen Kaiserreich: Sprache, Rasse, Religion, Darmstadt 2001.

Puschner, Uwe/Großmann, G. Ulrich (Hrsg.), Völkisch und national. Zur Aktualität alter Denkmuster im 21. Jahrhundert, Darmstadt 2009.

Quent, Matthias, Rassismus, Radikalisierung, Rechtsterrorismus. Wie der NSU entstand und was er über die Gesellschaft verrät, Weinheim ^{2}2019.

Quent, Matthias, Deutschland rechts außen. Wie die Rechten nach der Macht greifen und wie wir sie stoppen können, München 2019.

Räther, Dennis, Die sozialpolitische Konzeption der NPD in den neuen Bundesländern am Beispiel Sachsens, Hamburg 2007.

Raschke, Joachim, Soziale Bewegungen: Ein historisch-systematischer Grundriß, Frankfurt am Main 1985.

Raschke, Joachim, Die Grünen, Wie sie wurden, was sie sind, Köln 1993.

Recker, Marie-Luise, Parlamentarismuskritik und Antiparlamentarismus in Europa, Düsseldorf 2018.

Recker, Marie-Luise, Parlamentarismus in der Bundesrepublik Deutschland. Der Deutsche Bundestag 1949–1969, Düsseldorf ^{2}2019.

Reddy, William M., The Navigation of Feeling. A Framework for the History of Emotion, Cambridge 2001.

Reeken, Dietmar von/Thießen, Malte, Volksgemeinschaft als soziale Praxis. Neue Forschungen zur NS-Gesellschaft vor Ort, Paderborn 2013.

Reichel, Peter, Politische Kultur der Bundesrepublik, Opladen 1981.

Richards, Fred H., Die NPD. Alternative oder Wiederkehr?, München 1967.

Richter, Hedwig/Wolff, Kerstin (Hrsg.), Frauenwahlrecht. Demokratisierung der Demokratie in Deutschland und Europa, Hamburg 2018.

Rigoll, Dominik, Staatsschutz in Westdeutschland. Von der Entnazifizierung zur Extremistenabwehr, Göttingen 2013.

Röpke, Andrea, Retterin der weißen Rasse. Rechtsextremistische Frauen zwischen Straßenkampf und Mutterrolle, Braunschweig 2005.

Röpke, Andrea, Frauen in der NPD, „Wäschewaschen für die Kameraden“, in: Bundeszentrale für politische Bildung, 6. 11. 2006, http://www.bpb.de (23. 1. 2010).

Röpke, Andrea, Ferien im Führerbunker. Die neonazistische Kindererziehung der „Heimattreuen deutschen Jugend (HDJ)“, Braunschweig 2007.

Röpke, Andrea, Woher kommt Udo Voigt?, in: Fabian Virchow/ Christian Dornbusch (Hrsg.), 88 Fragen und Antworten zur NPD. Weltanschauung, Strategie und Auftreten einer Rechtspartei – und was Demokraten dagegen tun können, Schwalbach 2008, S. 169–172.

Röpke, Andrea/Speit, Andreas, Neonazis in Nadelstreifen. Die NPD auf dem Weg in die Mitte der Gesellschaft, Bonn 2009.

Röpke, Andrea, Die deutsche Frau, in: Dies./Speit, Andreas, Neonazis in Nadelstreifen. Die NPD auf dem Weg in die Mitte der Gesellschaft, Bonn 2009, S. 121–143.

Röpke, Andrea/Speit, Andreas, Mädelsache!, Frauen in der Neonazi-Szene, Berlin 2011.

Rommelspacher, Birgit, Rechtsextreme als Opfer der Risikogesellschaft, Zur Täterentlastung in den Sozialwissenschaften, in: Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20.

und 21. Jahrhunderts, H. 2, 1991, S. 75–87.

Rommelspacher, Birgit, Warum Frauen rassistisch sind?, in: Wlecklik, Petra, Frauen und Rechtsextremismus, Göttingen 1995, S. 19–32.

Rommelspacher, Birgit Das Geschlechterverhältnis im Rechtsextremismus, in: Schubarth, Wilfried/Stöss, Richard (Hrsg.), Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland: Eine Bilanz, Bonn 2000, S. 199–219.

Rommelspacher, Birgit, Frauen und Männer im Rechtsextremismus, Motive, Konzepte und Rollenverständnisse, in: Birsl, Ursula (Hrsg.), Rechtsextremismus und Gender, Opladen 2011, S. 43–68.

Rosenberger, Siglinde, Geschlechterarrangements in der politischen Öffentlichkeit, Frauenorganisationen in Parteien, in: Angerer, Marie-Luise (Hrsg.), Auf glattem Parkett, Wien 1991, S. 35–55.

Rosenbrock, Hinrich, Die antifeministische Männerrechtsbewegung. Denkweisen, Netzwerke und Online-Mobilisierung, Berlin 2012.

Rosenfeld, Gavriel D., The Fourth Reich. The Specter of Nazism from World War II to the Present, Cambridge 2019.

Roth, Dieter, Die Republikaner, Schneller Aufstieg und tiefer Fall einer Protestpartei am rechten Rand, in: APuZ, B 37–38, 1990, S. 27–39.

Roth, Roland/Rucht, Dieter (Hrsg.), Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1987.

Roth, Roland/Rucht, Dieter (Hrsg.), Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945, Frankfurt am Main 2008.

Rousso, Henry, Le régime de Vichy, Paris ^{3}2016.

Ruhl, Klaus-Jörg, Verordnete Unterordnung: Berufstätige Frauen zwischen Wirtschaftswachstum und konservativer Ideologie in der Nachkriegszeit, 1945–1963, München 1994.

Saint-Gille, Anne-Marie/Farges, Patrick (Hrsg.), Le premier féminisme allemand 1848–1933. Un mouvement social de dimension internationale, Villeneuve d’Ascq 2013.

Sauer, Birgit, Gesellschaftstheoretische Überlegungen zum europäischen Rechtspopulismus, Zum Erklärungspotenzial der Kategorie Geschlecht, in: Politische Vierteljahresschrift, H. 1, 2017, S. 1–20.

Sauer, Birgit, Authoritarian Right-Wing Populism as Masculinist Identity Politics, The Role of Affects, in: Dietze, Gabriele/Roth, Julia (Hrsg.), Right-wing Populism and Gender. European Perspectives and Beyond, Bielefeld 2020, S. 23–39.

Schaser, Angelika, Helene Lange und Gertrud Bäumer: Eine politische Lebensgemeinschaft, Köln 2000.

Scheck, Raffael, Mothers of the Nation. Right-Wing Women in Weimar Germany, Oxford 2004.

Scheuch, Erwin K./Klingemann, Hans Dieter, Theorie des Rechtsradikalismus in westlichen Industriegesellschaften, in: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Sozialpolitik, Tübingen 1967, S. 11–29.

Schildt, Axel/Siegfried, Detlef (Hrsg.), Dynamische Zeiten: Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften, Hamburg 2000.

Schildt, Axel/Schmidt, Wolfgang (Hrsg.), „Wir wollen mehr Demokratie wagen“. Antriebskräfte, Realität und Mythos eines Versprechens, Berlin 2019.

Schmidt, Giselher, Hitlers und Maos Söhne, Frankfurt am Main 1969.

Schmidt, Hans Jörg, „Die deutsche Freiheit“. Geschichte eines kollektiven semantischen Sonderbewusstseins, Frankfurt am Main 2010.

Schmidt, Steffen/Röser, Sabrina, Politische Partizipation von Frauen, in: Bundeszentrale für politische Bildung, 10. 6. 2011, www.bpb.de (3. 5. 2017).

Schmidtchen, Gerhard, Die Situation der Frau. Trendbeobachtungen über Rollen- und Bewußtseinsänderungen der Frauen in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1984.

Schmiechen-Ackermann, Detlef (Hrsg.), „Volksgemeinschaft“: Mythos, wirkungsmächtige soziale Verheißung oder soziale Realität im „Dritten Reich“? Zwischenbilanz einer kontroversen Debatte, Paderborn 2012.

Schmincke, Imke, Sexual Politics from the Right, Attacks on Gender, Sexual Diversity, and Sex Education, in: Dietze, Gabriele/ Roth, Julia (Hrsg.), Right-wing Populism and Gender. European Perspectives and Beyond, Bielefeld 2020, S. 59–73.

Schmitz-Berning, Cornelia, Vokabular des Nationalsozialismus, Berlin/New York 1998.

Schmole, Angela, Frauen bei der Stasi, in: Deutschland-Archiv 29 (1996), S. 512–525.

Schmollinger, Horst W., Die Deutsche Reichspartei, in: Stöss, Richard (Hrsg.), Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland, 1945–1980, 1. Bd, Opladen 1984, S. 1112–1192.

Schmollinger, Horst W., Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands, in: Stöss, Richard (Hrsg.), Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland von 1945 bis 1980, 2. Bd., Opladen 1984, S. 1922–1994.

Schnädelbach, Anna, „Haben Sie bedacht, Herr Minister, daß wir einen Menschen verloren haben?“ – Kriegerwitwen in Westdeutschland nach 1945, in: Hikel, Christine (Hrsg.), Lieschen Müller wird politisch. Geschlecht, Staat und Partizipation im 20. Jahrhundert, München 2009, S. 95–104.

Schöler-Macher, Bärbel, Die Fremdheit der Politik: Erfahrungen von Frauen in Parteien und Parlamenten, Weinheim 1994.

Schreiber, Christoph, „Deutsche, auf die wir stolz sind“. Untersuchungen zur NDPD, Hamburg 2018.

Schroeder, Klaus, Rechtsextremismus und Jugendgewalt in

Deutschland: Ein Ost-West-Vergleich, Paderborn 2004.

Schröm, Oliver/Röpke, Andrea, Stille Hilfe für braune Kameraden, Berlin 2002.

Schubarth, Wilfried/Stöss, Richard (Hrsg.), Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland: Eine Bilanz, Bonn 2000.

Schüllers, Elke, „Frau sein heißt politisch sein“: Wege der Politik der Frauen in der Nachkriegszeit am Beispiel von Frankfurt am Main, Königstein im Taunus 2005.

Schulz, Kristina, Der lange Atem der Provokation. Die Frauenbewegung in der Bundesrepublik und in Frankreich, 1968–1976, Frankfurt am Main 2002.

Schulze, Christoph, Das Viersäulenkonzept der NPD, in: Braun, Stephan/Geisler, Alexander/Gerster, Martin (Hrsg.), Strategien der extremen Rechten. Hintergründe, Analyse, Antworten, Wiesbaden 2009, S. 77–100.

Schutzbach, Franziska, Die Rhetorik der Rechten: Rechtspopulistische Diskursstrategien im Überblick, Zürich 2018.

Scott, Joan W., Gender and the Politics of History, New York 1988.

Seefried, Elke, Zukünfte, Aufstieg und Krise der Zukunftsforschung 1945–1980, Berlin 2015.

Séville, Astrid, Vom Sagbaren zum Machbaren? Rechtspopulistische Sprache und Gewalt, APuZ, H. 49–50, 2019, S. 33–38.

Silies, Eva-Maria, Erfahrungen des Bruchs? Die generationelle Nutzung der Pille in den sechziger und siebziger Jahren, in: Paulus, Julia/Dies./Wolff, Kerstin (Hrsg.), Zeitgeschichte als Geschlechtergeschichte. Neue Perspektiven auf die Bundesrepublik, Frankfurt am Main 2012, S. 205–224.

Siller, Gertrud, Frauen und Rechtsextremismus, in: Kowalsky, Wolfgang (Hrsg.), Rechtsextremismus: Einführung und Forschungsbilanz, Opladen 1994, S. 143–159.

Siller, Gertrud, Rechtsextremismus bei Frauen. Zusammenhänge zwischen geschlechterspezifischen Erfahrungen und politischen Orientierungen, Opladen 1997.

Siri, Jasmin/Lewandowsky, Marcel, Alternative für Frauen. Rollen, Netzwerke, geschlechterpolitische Positionen in der Alternative für Deutschland (AfD), Dresden 2015.

Siri, Jasmin, Kampfzone Gender. Über die Politisierung wissenschaftlicher Expertise, Berlin 2018.

Skrzydlo, Annette/Thiele, Barbara/Wohllaib, Nikola, Frauen in der Partei „Die Republikaner“: Zum Verhältnis von Frauen und Rechtsextremismus, in: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis 33 (1992), S. 136–146.

Skrzydlo, Annette/Wohllaib, Nikola, Frauen bei den Republikanern, in: Fantifa Marburg (Hrsg.), Kameradinnen. Frauen stricken am braunen Netz, Münster [2]1996, S. 99–112.

Smoydzin, Werner, NPD: Partei mit Zukunft?, Pfaffenhofen 1967.

Sontheimer, Kurt, Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik. Die politischen Ideen des deutschen Nationalismus zwischen 1918 und 1933, München 1962.

Sowinski, Oliver, Die Deutsche Reichspartei, 1950–1965. Organisation und Ideologie einer rechtsradikalen Partei, Frankfurt am Main 1998.

Speit, Andreas, Ist Holger Apfel so harmlos, wie er aussieht?, in: Virchow, Fabian/Dornbusch, Christian (Hrsg.), 88 Fragen und Antworten zur NPD. Weltanschauung, Strategie und Auftreten einer Rechtspartei – und was Demokraten dagegen tun können, Schwalbach 2008, S. 172–174.

Speit, Andreas, Bürgerliche Scharfmacher. Deutschlands neue rechte Mitte, Bonn 2017.

Spernol, Boris, Notstand der Demokratie. Der Protest gegen die Notstandsgesetze und die Frage der NS-Vergangenheit, Essen 2008.

Stanley, Ben, The thin ideology of populism, in: Journal of Political Ideologies 13 (2008), H. 1, S. 95–110.

Stark, Hans/Wissmann, Katharina (Hrsg.), L'Allemagne change! Risques et défis d'une mutation, Villeneuve d'Ascq 2015.

Staud, Toralf, Moderne Nazis. Die neuen Rechten und der Aufstieg der NPD, Köln 2005.

Steber, Martina/Gotto, Bernhard (Hrsg.), Visions of Community in Nazi Germany, Social Engineering and Private Lives, Oxford/New York 2014.

Steglich, Henrik, Die NPD in Sachsen. Organisatorische Voraussetzungen ihres Wahlerfolgs 2004, Göttingen ^{2}2006.

Steinbacher, Sybille, Volksgenossinnen. Frauen in der NS-Volksgemeinschaft, Göttingen 2007.

Steinbacher, Sybille, Wie der Sex nach Deutschland kam. Der Kampf um Sittlichkeit und Anstand in der jungen Bundesrepublik, München 2011.

Steinbacher, Sybille, Rechte Gewalt in Deutschland. Zum Umgang mit dem Rechtsextremismus in Gesellschaft, Politik und Justiz, Göttingen 2016.

Sternheim-Peters, Eva, Habe ich denn allein gejubelt? Eine Jugend im Nationalsozialismus, Berlin/München 2015.

Stöss, Richard, Vom Nationalismus zum Umweltschutz. Die Deutsche Gemeinschaft, Aktionsgemeinschaft unabhängiger Deutscher im Parteisystem der Bundesrepublik, Opladen 1980.

Stöss, Richard (Hrsg.), Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945–1980, Bd. 3, Opladen 1984.

Stöss, Richard, Struktur und Entwicklung des Parteiensystems der Bundesrepublik, eine Theorie, in: Ders. (Hrsg.), Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945–1980, Opladen 1986, S. 17–309.

Stöss, Richard, Die Republikaner: Woher sie kommen, was sie wollen, wer sie wählt, was zu tun ist, Köln 1990.

Stöss, Richard, Forschungs- und Erklärungsansätze, ein Überblick, in: Kowalsky, Wolfgang/Schröder, Wolfgang (Hrsg.), Rechtsextremismus: Einführung und Forschungsbilanz, Opladen 1994, S. 23–68.

Stöss, Richard, Rechtsextremismus, Sexismus und Gender Gap, Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum 16 (2009).

Stöss, Richard, Rechtsextremismus im Wandel, Berlin ^{3}2010.

Stoltzfus, Nathan/Friedlander, Henry (Hrsg.), Nazi Crimes and the Law, Cambridge 2008.

Streubel, Christiane, Radikale Nationalistinnen. Agitation und Programmatik rechter Frauen in der Weimarer Republik, Frankfurt am Main 2006.

Sturhan, Katrin, Zwischen Rechtskonservatismus und Neonazismus, Frauen in rechtsextremen Parteien und Organisationen, in: Bitzan, Renate (Hrsg.), Rechte Frauen. Skingirls, Walküren und feine Damen, Berlin 1997, S. 104–130.

Süchting-Hänger, Andrea, Das „Gewissen der Nation“. Nationales Engagement und politisches Handeln konservativer Frauenorganisationen 1900 bis 1937, Düsseldorf 2002.

Süß, Walter, Zu Wahrnehmung und Interpretation des Rechtsextremismus in der DDR durch das MfS, Berlin ^{3}2000.

Sundermeyer, Olaf, Gauland. Die Rache des alten Mannes, München 2018.

Taguieff, Pierre-André, Le nouveau national-populisme, Paris 2012.

Taguieff, Pierre-André, La revanche du nationalisme: néopopulistes et xénophobes à l’assaut de l’Europe, Paris 2015.

Tauber, Kurt P., Beyond Eagle and Swastica. German Nationalism since 1945, 2 Bd., Middletown 1967.

Tenner, Franziska, Ehre, Blut und Mutterschaft. Getarnt unter Nazi-Frauen heute, Berlin 1994.

Thalmann, Rita, Être femme sous le IIIe Reich, Paris 1982.

Thébaud, Françoise, Penser la guerre à partir des femmes et du genre: l’exemple de la Grande Guerre, in: Astérion, Nr. 2, 2004, www.asterion.revues.org/103 (13. 10. 2014).

Thränhardt, Dietrich, Die Ursprünge von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in der Konkurrenzdemokratie, in: Leviathan 21 (1993), S. 336–357.

Thürmer-Rohr, Christine, Vagabundinnen. Feministische Essays, Berlin 1987.

Treber, Leonie, Mythos Trümmerfrauen. Von der Trümmerbeseitigung in der Kriegs- und Nachkriegszeit und der Entstehung eines deutschen Erinnerungsortes, Essen 2014.

Trültzsch, Luzie, Frauen in der rechtsextremen Szene – Strategien geschlechtsspezifischer Selbstermächtigung und politische Instrumentalisierung von Frauen im Rechtsextremismus, in: Ketelhut, Klemens/Lau, Dayana (Hrsg.), Gender – Wissen – Vermittlung, Wiesbaden 2019, S. 133–147.

Vierkant, Maica, Märtyrer und Mythen, Horst Wessel und Rudolf Hess: Nationalsozialistische Symbolfiguren und neonazistische Mobilisierung, Marburg 2008.

Virchow, Fabian, Struktur und Funktion der Frey-Presse, in: Mecklenburg, Jens, Braune Gefahr. DVU, NPD, REP: Geschichte und Zukunft, Berlin 1999, S. 28–40.

Virchow, Fabian, Gegen den Zivilismus: Internationale Beziehungen und Militär in den politischen Konzeptionen der extremen Rechten, Wiesbaden 2006.

Virchow, Fabian /Dornbusch, Christian (Hrsg.), 88 Fragen und Antworten zur NPD. Weltanschauung, Strategie und Auftreten einer Rechtspartei – und was Demokraten dagegen tun können, Schwalbach 2008.

Virchow, Fabian, Wiking-Jugend, in: Benz, Wolfgang, Handbuch des Antisemitismus. Organisationen, Institutionen, Bewegungen, Bd. 5, Berlin 2012, S. 649–651.

Virchow, Fabian, Nicht nur der NSU. Eine kleine Geschichte des

Rechtsterrorismus in Deutschland, Erfurt 2016.

Völger, Gisela/Welck, Karin von (Hrsg.), Männerbande Männerbünde. Zur Rolle des Mannes im Kulturvergleich, Köln 1990.

Voigtländer, Henrike, „Rowdy“, „Fußball-Skin“, „Faschist“, Frauen in der Neonaziszene der DDR und die Akten der Staatssicherheit, in: zeitgeschichte-online, 23. 10. 2019, https://zeitgeschichte-online.de/themen/rowdy-fussball-skin-faschist (16. 6. 2020).

Vorländer, Hans/Herold, Maik/Schäller, Steven, PEGIDA. Entwicklung, Zusammensetzung und Deutung einer Empörungsbewegung, Wiesbaden 2016.

VVN-BdA Niedersachsen (Hrsg.), Neofaschismus unter der Lupe, Bd. 1, Berlin 1988.

Wagner, Bernd (Hrsg.), Handbuch Rechtsextremismus, Hamburg 1994.

Wagner, Bernd, DVU, NPD, REP in Ostdeutschland, in: Mecklenburg, Jens, Braune Gefahr. DVU, NPD, REP: Geschichte und Zukunft, Berlin 1999, S. 91–96.

Wagner, Bernd, Rechtsradikalismus in der Spät-DDR. Zur militant-nazistischen Radikalisierung, Wirkungen und Reaktionen in der DDR-Gesellschaft, Berlin 2014.

Wagner, Bernd, Die Stasi und Neonazis in der DDR, Journal EXIT-Deutschland, Zeitschrift für Deradikalisierung und demokratische Kultur, H. 2, 2016, S. 68–76.

Wagner, Leonie, Nationalsozialistische Frauenansichten. Weiblichkeitskonzeptionen und Politikverständnis führender Frauen im Nationalsozialismus, Berlin 2009.

Waibel, Harry, Der gescheiterte Anti-Faschismus der DDR. Rassismus in der DDR, Frankfurt am Main 2014.

Waibel, Harry, Die braune Saat. Antisemitismus und Neonazismus in der DDR, Stuttgart 2017.

Walter, Michael, National-Demokratische Partei Deutschlands

(NDPD), in: Stephan, Gerd-Rüdiger u. a. (Hrsg.), Die Parteien und Organisationen der DDR: Ein Handbuch, Berlin 2002, S. 366–401.

Weber, Max, Politik als Beruf, in: Weber, Max, Gesammelte politische Schriften, Tübingen [2]1980.

Weber, Regina, Rechtsextremistinnen. Zwischen Kindererziehung und nationalem Kampfauftrag, Berlin 2012.

Weinhauer, Klaus/Requate, Jörg/Haupt, Heinz-Gerhard (Hrsg.), Terrorismus und Innere Sicherheit in der Bundesrepublik der 1970er Jahre, Frankfurt am Main 2006.

Weiß, Volker, Die autoritäre Revolte. Die neue Rechte und der Untergang des Abendlandes, Stuttgart 2017.

Westle, Bettina, Politische Partizipation und Geschlecht, in: Koch, Achim/Wasmer, Martina/Schmidt, Peter (Hrsg.), Politische Partizipation in der Bundesrepublik Deutschland. Empirische Befunde und theoretische Erklärungen, Wiesbaden 2001, S. 131–168.

Wetzel, Wolf, Der NSU-VS-Komplex. Wo beginnt der nationalsozialistische Untergrund – wo hört der Staat auf?, Münster [3]2015.

Wiedemann, Felix, Rassenmutter und Rebellin. Hexenbilder in Romantik, völkischer Bewegung, Neuheidentum und Feminismus, Würzburg 2007, S. 201.

Wielowiejski, Patrick, Identitäre Schwule und bedrohliche Queers, Zum Verhältnis von Homonationalismus und Anti-/G/enderismus im Nationalkonservatismus, in: Feministische Studien 36 (2018), S. 347–356.

Wildenthal, Lora, German Women for Empire, 1884–1945, Durham 2001.

Wildt, Michael, Volk, Volksgemeinschaft, AfD, Hamburg 2017.

Wildt, Michael, Die Ambivalenz des Volkes. Der Nationalsozialismus als Gesellschaftsgeschichte, Berlin 2019.

Windaus-Walser, Karin, Gnade der weiblichen Geburt? Zum Umgang der Frauenforschung mit Nationalsozialismus und Antisemitismus, in: Feministische Studien, H. 1, 1988, S. 102–115.

Windaus-Walser, Karin, Frauen im Nationalsozialismus, Eine Herausforderung für die feministische Theoriebildung, in: Gravenhorst, Lerke/Tatschmurat, Carmen (Hrsg.), Töchter-Fragen. NS-Frauen-Geschichte, Freiburg im Breisgau 1990, S. 59–72.

Wintgens, Benedikt, Treibhaus Bonn. Die politische Kulturgeschichte eines Romans, Düsseldorf 2019

Wirsching, Andreas, Abschied vom Provisorium. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, 1982–1990, München 2006.

Wirsching, Andreas (Hrsg.), Das Jahr 1933: Die nationalsozialistische Machteroberung und die deutsche Gesellschaft, Göttingen 2009.

Wlecklik, Petra (Hrsg.), Frauen und Rechtsextremismus, Göttingen 1995.

Wolfrum, Edgar, Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Der Weg zur bundesrepublikanischen Erinnerung, 1948–1990, Darmstadt 1999.

Wolfrum, Edgar, Die geglückte Demokratie. Geschichte der Bundesrepublik von ihren Anfängen bis zur Gegenwart, Stuttgart 2007.

Wolfrum, Edgar, Der Aufsteiger. Eine Geschichte Deutschlands von 1990 bis heute, Stuttgart 2020.

Zick, Andreas/Küpper, Beate/Berghan, Wilhelm (Hrsg.), Verlorene Mitte. Feindselige Zustände: Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19, Berlin 2019.

2.1. Zeitungen und Zeitschriften

Der Nordkurier

Der Schwarzwälder Bote

Der Spiegel

Der Tagesspiegel

Die Zeit

Frankfurter Allgemeine Zeitung

Junge Welt

Leipziger Volkszeitung

Süddeutsche Zeitung

taz

2.2. Antifaschistische Zeitschriften, Blogs und Webseiten

Belltower news

Blick nach rechts

Endstation-rechts

Gesamtrechts

Indymedia

Netz-gegen-nazis

Redok

Personenverzeichnis

Von einigen Personen ließ sich der Vorname nicht ermitteln.

Biber, Hildrun
Biber, Josef
Bismarck, Otto Fürst von
Bläsing, Anneliese
Blass, Janine
Blum, Charlotte (Lotte)
Bocksrocker, Christine
Böhm, Nina
Böhme, Herbert
Böhnhardt, Uwe
Brandes, Anneliese
Brandt, Tino
Brandt, Willy
Brauksiepe, Aenne
Brouwer, Otto-Theodor
Buback, Siegfried
Buck, Felix
Burwitz, Gudrun
Burwitz, Wulf-Dieter
Busse, Friedhelm
Busse, Irmgard

Camus, Renaud
Chaplin, Charlie
Chomsky, Marvin
Christophersen, Thies
Churchill, Winston
Clausen (Eheleute)
Collard, Gilbert

David-Happach (Happach), Eva
David, Hans

Deckert, Günter
Desler, Hildegard
Dierks, Margarete
Dietrich, Marlene
Djonovic, Marina

Dolscheid, Christiane
Dönitz, Ingeborg
Dönitz, Karl
Dörfel (Eheleute)
Dörfel, Gudrun
Dorls, Fritz
Druffel, Sybille von
Dulig, Martin
Dutschke, Rudi

Eckert, Edeltraut
Eichberg, Henning
Eichmann, Adolf
Emke, Anneliese
Engel, Herrmann
Ensslin, Gudrun
Erber, Marlene
Erhard, Ludwig
Euler, August-Martin

Faber-Castell, Irmgard von
Fank, Maria
Faßbender, Heinrich
Fascher, Ursula
Fath, Bernfried
Fedder (Eheleute)
Figge, Marion
Fischer, Franz
Fischer, Werner
Fleischer, Edith
Franz, Frank
Frey, Gerhard
Fuchs, Linda
Fünten, Ferdinand Hugo aus der
Fürst, Anneliese
Fürst, Dieter

Galander, Karl-Heinz

Haverbeck, Werner Georg
Heck, Bruno
Hedergott, Winfrid
Heinke, Helga
Heise, Thorsten
Hengst, Bernd
Hennrich, Gesine
Herman, Eva
Herr, Gertrud
Herrmann (Eheleute)
Herrmann, Ilse
Heß, Ilse
Heß, Otto
Heß (Hess), Rudolf
Hierl, Konstantin
Himmler, Heinrich
Himmler, Margarete
Hippold, Else
Hitler, Adolf
Hitler, Paula
Höcke, Björn
Hoffmann, Brunhilde
Hoffmann, Carl
Hoffmann, Karl-Heinz
Hoffmann, Rita
Holtmann, Udo
Holz, Carola
Huber, Dr.
Hunke, Sigrid
Hupka, Stefan
Hüther, Else

Isenburg, Helene Elisabeth Prinzessin von

Jäger, Marion
Jahn, Gerhard
Janssen, Martina

Körner (Eheleute)
Kosiek, Rolf
Köster, Runhild
Köster, Stefan
Kotälla, Joseph
Kotzias, Jochen
Kracht, Rose von
Krauß, Karl
Krauß, Winfried
Krüger, Janette
Kruse, (Eheleute)
Kruse, Martha
Kühne, Lothar
Kühnen, Michael
Kuhnert, Günter
Kuhnt, Werner
Kunstmann, Heinrich
Kusserow, Wilhelm

Lächert, Hildegard
Lages, Willy
Lamoller, Rudolf
Lange-Mätzler, Gertrud
Lange, Alexandra
Langer, Jasmin *siehe* Apfel, Jasmin
Lawall, Karl
Lawrenz, Liselotte
Le Pen, Jean-Marie
Le Pen, Marine
Lehideux, Martine
Leichsenring, Uwe
Leidenfrost, Reinhold
Leingang, Heidemarie
Leuchter, Fred Arthur
Leuschel (Eheleute)
Littmann, Corny
Lodders, Walter

Mußgnug, Martin

Nachtigall, Karola
Nadig, Anneliese
Nahrath, Wolfgang
Neidlein, Alexander
Neidlein, Alexandra
Neumann, Gertrud
Niemeyer, Iris
Niewöhner, Hildegard
Nolden, Lilli

Ortlepp, Grit

Palau, Stella *siehe* Hähnel, Stella
Palm, Barbara
Palm, Ludwig
Pastörs, Marianne
Pastörs, Udo
Paul, Matthias
Pein, Marion
Pétain, Philippe
Petereit, David
Petry, Frauke
Pflästerer, Maria
Pohl, Brigitte (Witkowski, Helene)
Pohl, Isabell
Pöhlmann, Siegfried
Ponto, Jürgen
Prehl, Gabriele
Prehl, Hagen
Prigge, Rainer

Rasch, Walter
Rasche, Irmgard
Reder, Walter
Reinmüller, Luise
Remer, Otto Ernst

Schmidt-Stölting, Käte
Schmidt (Biber), Edda
Schmidt, Ellen
Schmidt, Hans
Schmidt, Helmut
Schmidt, Henny
Schmidt, Miro
Schmidt, Renate
Schmitt, Carl
Schnitzler, Lilly von
Schnoor, Waltraut
Scholtz-Klink, Gertrud
Scholz, Alexander
Schön, Jürgen
Schönborn, Erwin
Schröder, Gerhard
Schulz, Helga
Schüssler, Gitta
Schüssler, Sigrid
Schüssler, Thomas
Schütz, Klaus
Schütz, Waldemar
Schützinger, Jürgen
Schützinger, Reinhild
Schwarz, Gisela
Schwarzer, Alice
Schweigert, Oliver
Schweimer, Horst-Günther
Schwerdt, Frank
Seetzen, Walter
Skaug, Randi
Spengler, Oswald
Spils, May
Stäge, Maria
Staigers (Eheleute)
Steffen, Wolfgang
Steffens, Wilhelmine

Steiner, Rita
Steinkampf, Elsa
Stöckicht, Peter
Stolle, Elisabeth
Stoph, Willi
Storch, Beatrix von
Straka, Ernst
Straka, Luise
Strasser, Otto
Strauß, Franz Josef
Ströh, Erich
Sündermann, Helmut
Sündermann, Ursula

Tezlaff, Dana
Thadden, Adolf von
Thadewald, Gisela
Thielen, Friedrich
Timm, Ilse
Trotta, Margarete von

Ulbricht, Walter
Utke, Horst

Vogt, Antje
Voigt, Udo
Vorpahl, Franziska
Voss-Kühne, Gerda

Wagenheim, Eleonore von
Wagner, Winifred
Walde, Heidrun
Walendy, Margarete
Walendy, Udo
Walter, Markus
Watter, Helene Baronin von
Weber, Yvonne
Weidel, Alice

Weil, Ekkehard
Weintritt, Elisabeth
Weizsäcker, Richard von
Wells, Doris
Werlberger, Renate
Wieland, Rosemarie
Winkelvoß, Gertraude
Winkelvoß, Reimer
Wintzek, Bernhard
Witkowski, Helene *siehe* Pohl, Brigitte
Witt, Anne-Marie
Wohlleben, Ralf
Wöll, Karl
Wolzogen, Eva-Maria von
Wuermeling, Franz-Josef
Wulff, Christian
Wulff, Thomas

Zanker, Michaela
Zschäpe, Beate
Zutt, Alfred
Zutt, Doris
Zysk, Anja

1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 11 12 13 14 15 16 17 18 19 20 21 22 23 24 25
26 27 28 29 30 31 32 33 34 35 36 37 38 39 40 41 42 43 44 45 46 47
48 49 50 51 52 53 54 55 56 57 58 59 60 61 62 63 64 65 66 67 68 69
70 71 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 11 12 13 14 15 16 17 18 19 20 21 22 23 24
25 26 27 28 29 30 31 32 33 34 35 36 37 38 39 40 41 42 43 44 45 46
47 48 49 50 51 52 53 54 55 56 57 58 59 60 61 62 63 64 65 66 67 68
69 70 71 72 73 74 75 76 77 78 79 80 81 82 83 84 85 86 87 88 89 90
91 92 93 94 95 96 97 98 99 100 101 102 103 104 105 106 107 108
109 110 111 112 113 114 115 116 117 118 119 120 121 122 123 124
125 126 127 128 129 130 131 132 133 134 135 136 137 138 139 140
141 142 143 144 145 146 147 148 149 150 151 152 153 154 155 156
157 158 159 160 161 162 163 164 165 166 167 168 1 2 3 4 5 6 7 8 9
10 11 12 13 14 15 16 17 18 19 20 21 22 23 24 25 26 27 28 29 30 31
32 33 34 35 36 37 38 39 40 41 42 43 44 45 46 47 48 49 50 51 52 53
54 55 56 57 58 59 60 61 62 63 64 65 66 67 68 69 70 71 72 73 74 75
76 77 78 79 80 81 82 83 84 85 86 87 88 89 90 91 92 93 94 95 96 97
98 99 100 101 102 103 104 105 106 107 108 109 110 111 112 113
114 115 116 117 118 119 120 121 122 123 124 125 126 127 128 129
130 131 132 133 134 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 11 12 13 14 15 16 17 18 19
20 21 22 23 24 25 26 27 28 29 30 31 32 33 34 35 36 37 38 39 40 41
42 43 44 45 46 47 48 49 50 51 52 53 54 55 56 57 58 59 60 61 62 63
64 65 66 67 68 69 70 71 72 73 74 75 76 77 78 79 80 81 82 83 84 85
86 87 88 89 90 91 92 93 94 95 96 97 98 99 100 101 102 103 104 105
106 107 108 109 110 111 112 113 114 115 116 117 118 119 120 121
122 123 124 125 126 127 128 129 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 11 12 13 14
15 16 17 18 19 20 21 22 23 24 25 26 27 28 29 30 31 32 33 34 35 36
37 38 39 40 41 42 43 44 45 46 47 48 49 50 51 52 53 54 55 56 57 58
59 60 61 62 63 64 65 66 67 68 69 70 71 72 73 74 75 76 77 78 79 80
81 82 83 84 85 86 87 88 89 90 91 92 93 94 95 96 97 98 99 100 101
102 103 104 105 106 107 108 109 110 111 112 113 114 115 116 117
118 119 120 121 122 123 124 125 126 127 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 11 12
13 14 15 16 17 18 19 20 21 22 23 24 25 26 27 28 29 30 31 32 33 34
35 36 37 38 39 40 41 42 43 44 45 46 47 48 49 50 51 52 53 54 55 56
57 58 59 60 61 62 63 64 65 66 67 68 69 70 71 72 73 74 75 76 77 78
79 80 81 82 83 84 85 86 87 88 89 90 91 92 93 94 95 96 97 98 99 100
101 102 103 104 105 106 107 108 109 110 111 112 113 114 115 116

117 118 119 120 121 122 123 124 125 126 127 128 129 130 131 132 133 134 135 136 137 138 139 140 141 142 143 144 145 146 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 11 12 13 14 15 16 17 18 19 20 21 22 23 24 25 26 27 28 29 30 31 32 33 34 35 36 37 38 39 40 41 42 43 44 45 46 47 48 49 50 51 52 53 54 55 56 57 58 59 60 61 62 63 64 65 66 67 68 69 70 71 72 73 74 75 76 77 78 79 80 81 82 83 84 85 86 87 88 89 90 91 92 93 94 95 96 97 98 99 100 101 102 103 104 105 106 107 108 109 110 111 112 113 114 115 116 117 118 119 120 121 122 123 124 125 126 127 128 129 130 131 132 133 134 135 136 137 138 139 140 141 142 143 144 145 146 147 148 149 150 151 152 153 154 155 156 157 158 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 11 12 13 14 15 16 17 18 19 20 21 22 23 24 25 26 27 28 29 30 31 32 33 34 35 36 37 38 39 40 41 42 43 44 45 46 47 48 49 50 51 52 53 54 55 56 57 58 59 60 61 62 63 64 65 66 67 68 69 70 71 72 73 74 75 76 77 78 79 80 81 82 83 84 85 86 87 88 89 90 91 92 93 94 95 96 97 98 99 100 101 102 103 104 105 106 107 108 109 110 111 112 113 114 115 116 117 118 119 120 121 122 123 124 125 126 127 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 11 12 13 14 15 16 17 18 19 20 21 22 23 24 25 26 27 28 29 30 31 32 33 34 35 36 37 38 39 40 41 42 43 44 45 46 47 48 49 50 51 52 53 54 55 56 57 58 59 60 61 62 63 64 65 66 67 68 69 70 71 72 73 74 75 76 77 78 79 80 81 82 83 84 85 86 87 88 89 90 91 92 93 94 95 96 97 98 99 100 101 102 103 104 105 106 107 108 109 110 111 112 113 114 115 116 117 118 119 120 121 122 123 124 125 126 127 128 129 130 131 132 133 134 135 136 137 138 139 140 141 142 143 144 145 146 147 148

Notes

Im Sinne einer geschlechtergerechten Sprache und zur Sichtbarmachung der Frauen im NPD-Parteikollektiv wird auf das Binnen-I zurückgegriffen. Es entspricht am ehesten der Geschlechterpolarität, die von der extremen Rechten bzw. von den NPD-Frauen selbst propagiert wird. Die Schreibung „NationaldemokratInnen“ benennt sowohl die Männer als auch die Frauen der Partei; „Nationaldemokratinnen“ (ohne Binnen-I) hingegen verweist lediglich auf die Frauen der Partei. Diese

Unterscheidung gilt auch für die anderen Begriffe.

Zu den historiographischen Auseinandersetzungen über die Relevanz einer die „*His-story*“ ergänzenden „*Herstory*“ sowie zum Verhältnis der Frauen- und Geschlechtergeschichte zur „allgemeinen“ Geschichte vgl. Scott, Gender; Hausen, Nicht-Einheit der Geschichte.

Wintgens, Treibhaus Bonn, S. 19.

Zur feministischen Ausblendung der weiblichen Beteiligung im Nationalsozialismus vgl. Windaus-Walser, Frauen im Nationalsozialismus.

Insbesondere Gisela Bock und Claudia Koonz standen sich in diesem „Streit“ gegenüber; vgl. Bock, Historikerinnenstreit.

Zur Diskussion rund um „Täterschaft“ und „Mittäterschaft“ vgl. Thürmer-Rohr, Vagabundinnen*;* Windaus-Walser, Gnade der weiblichen Geburt.

Kandel, Femmes, féminismes, nazisme, S. 8 f.

Koonz, Mütter im Vaterland.

Ebbinghaus, Frauenbiographien; Mailänder Koslov, Gewalt im Dienstalltag.

Zur Geschlechterideologie im Nationalsozialismus vgl. Wagner, Nationalsozialistische Frauenansichten.

Gravenhorst/Tatschmurat (Hrsg.), Töchter-Fragen. Heute gibt es zum Themenkomplex „Frauen, Gender und Nationalsozialismus“ eine große Vielfalt an Studien. Vgl. etwa Heinsohn/Vogel/Weckel (Hrsg.), Zwischen Karriere und Verfolgung; Bock, Der Nationalsozialismus und die Frauen; Bock, Genozid und Geschlecht;

Gehmacher/Hauch (Hrsg.), Frauen- und Geschlechtergeschichte; Krauss (Hrsg.), Sie waren dabei; Frietsch/Herkommer (Hrsg.), Nationalsozialismus und Geschlecht.

Thalmann, Être femme sous le IIIe Reich.

Kandel (Hrsg.), Féminismes et nazisme.

Wlecklik (Hrsg.), Frauen und Rechtsextremismus; Bitzan (Hrsg.), Rechte Frauen.

Bitzan, Variationen des Zweifels, S. 99.

Rommelspacher, Rechtsextreme als Opfer der Risikogesellschaft, S. 83.

Siller, Rechtsextremismus bei Frauen; Birsl, Rechtsextremismus: weiblich-männlich?; Birsl (Hrsg.), Rechtsextremismus und Gender.

Köttig, Lebensgeschichten.

Holzkamp/Rommelspacher, Wie sind Frauen und Mädchen verstrickt?

Bitzan, Selbstbilder rechter Frauen. Vgl. dazu auch Auth/Kurth, Die Debatte um Gleichheit und Differenz.

Döhring/Feldmann, Von „NS-Frauenwarte“ bis „Victory“.

2005 legte das Netzwerk den Sammelband „Braune Schwestern“ vor, der sich im besonderen Maße mit den Rollenmustern sowie den Organisations- und Mobilisierungsformen von Frauen in der rechten Bewegung auseinandersetzte und deren Geschlechterideologie untersuchte. Vgl. Antifaschistisches Frauennetzwerk/ Forschungsnetzwerk Frauen und Rechtsextremismus

(Hrsg.), Braune Schwestern. Anlässlich eines 2012 von ihm organisierten Kolloquiums zum Thema „Gender and Far Right in Europe“ näherte es sich dem Thema aus einer transnationalen Perspektive; der Tagungsband erschien 2017. Vgl. Köttig/Bitzan/Petö (Hrsg.), Gender and Far Right Politics in Europe.

Spezifisch mit Männlichkeitsnarrativen haben sich folgende Studien beschäftigt: Claus/Lehnert/Müller, Was ein rechter Mann ist; Möller, Konstruktion von Männlichkeiten; Sauer, Authoritarian Right-Wing Populism; Kaiser, Politische Männlichkeit.

Ausnahmen bilden hier: Müller, Männliche Homosexualität und Homophobie; Wielowiejski, Identitäre Schwule.

Hark/Villa (Hrsg.), Anti-Genderismus; Lang/Peters (Hrsg.), Antifeminismus in Bewegung; Schmincke, Sexual Politics from the Right.

Hark/Villa, Unterscheiden und herrschen; Dietze, Sexueller Exzeptionalismus.

In folgenden historisch angelegten Studien finden Frauen bzw. *Gender* keine Erwähnung: Dudek/Jaschke, Rechtsextremismus; Moreau, Les héritiers du IIIe Reich; oder Botsch, Die extreme Rechte.

Dies gilt bspw. für Siller, Frauen und Rechtsextremismus; Bitzan, Frauen in der rechtsextremen Szene; Esen, Rechtsextremistinnen heute.

Hierbei handelt es sich um den Mord an dem Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke am 2. Juni 2019, um den Anschlag auf eine Synagoge in Halle (mit 2 Toten) am 9. Oktober 2019 und um das Attentat auf

zwei Shisha-Bars in Hanau (mit 11 Toten) am 19. Februar 2020.

Im Februar 2020 organisierte der Arbeitskreis eine Tagung zur Gewaltgeschichte der extremen Rechten: Kontinuitäten rechter Gewalt, Ideologien, Praktiken, Wirkungen, 13./14. 2. 2020 Potsdam, in: H-Soz-Kult, 6. 5. 2020, www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-8748 (2. 9. 2020).

Die Literatur zum NSU ist sehr breit und vielfältig. Zur Geschichte und zur öffentlichen Wahrnehmung vgl. Steinbacher, Rechte Gewalt; Virchow, Nicht nur der NSU; Quent, Rassismus. Zu den Entstehungsbedingungen, Verbrechen und Netzwerken der Organisation vgl. Frindte, Rechtsextremismus; Friedrich, NSU; Fuchs, Die Zelle. Zum Versagen des BfV und zur „Staatsaffäre" vgl. Funke, Staatsaffäre NSU; Wetzel, NSU-VS-Komplex.

Auf den sexistischen Bias in der Berichterstattung über Zschäpe wies insbesondere das Forschungsnetzwerk Frauen und Rechtsextremismus hin. Vgl. Büttner/Lang/Sigl, Mediale Klischeereproduktion; Köttig, Gender Stereotypes.

Richards, NPD; Smoydzin, NPD; Maier, NPD; Schmidt, Hitlers und Maos Söhne.

Kühnl, NPD.

Niethammer, Angepaßter Faschismus.

Müller, NPD; Fascher, Modernisierter Rechtsextremismus; Behrend, NPD-REP; Neubacher, NPD.

Däubler-Gmelin/Kiessler, Rechtsaußen-Parteien.

Skrzydlo/Wohllaib, Frauen bei den Republikanern.

Büchner, Rechte Frauen.

Vgl. u. a. Hoffmann, NPD; Brandstetter, NPD im 21. Jahrhundert; Backes, NPD; Stöss, Rechtsextremismus im Wandel; Brandstetter, NPD unter Udo Voigt.

Heß/Kenzo/Elverich, Geschlechterverhältnis.

Weber, Rechtsextremistinnen.

Danckaert, Les femmes au NPD.

Bekannt ist die Publizistin für ihre manchmal waghalsigen Reportagen im „rechten Lager“. Zu ihren das Thema betreffenden Veröffentlichungen gehören: Röpke, Retterin der weißen Rasse; Dies., Ferien im Führerbunker; Dies., Die deutsche Frau; Dies./Speit, Mädelsache.

Goetz/Sedlacek/Winkler (Hrsg.), Untergangster des Abendlandes.

Vgl. bspw. Alexander Häusler (Hrsg.), Die Alternative für Deutschland; Wildt, Volk; Funke, Von Wutbürgern und Brandstiftern; Friedrich, AfD.

Vgl. etwa Siri/Lewandowski, Alternative für Frauen; Gutsche (Hrsg.), Triumph of the Women.

Grigat, AFD & FPÖ; Brück, Frauen und Rechtsradikalismus; Amesberger/Halbmayr (Hrsg.), Rechtsextreme Parteien.

Köttig/Bitzan/Petö (Hrsg.), Gender and Far Right Politics in Europe.

Dietze/Roth (Hrsg.), Right-wing Populism.

Zu den meist benutzten Termini zählen etwa Begriffe wie Rechtsradikalismus oder Rechtspopulismus, die oft recht undifferenziert verwendet werden, um sehr unterschiedliche Strömungen, politische Stile, Ideologien, AkteurInnen, Organisationen oder Parteien zu benennen. Das gilt auch für den aktuell wissenschaftlich und medial inflationär benutzten Begriff „Neue Rechte“, der sich historisch auf eine in den 1970er-Jahren herausgebildete Strömung innerhalb der extremen Rechten bezog, neuerdings aber als euphemisierender Sammelbegriff für politische Kräfte bemüht wird, die sich in einer ideologischen Grauzone zwischen dem bürgerlichen Nationalkonservatismus und dem offensiven Neonazismus bewegen.

Dafür hat Hans-Gerd Jaschke die folgende Definition entwickelt: „Unter ‚Rechtsextremismus‘ verstehen wir die Gesamtheit von Einstellungen, Verhaltensweisen und Aktionen, organisiert oder nicht, die von der rassisch oder ethnisch bedingten sozialen Ungleichheit der Menschen ausgehen, nach ethnischer Homogenität von Völkern verlangen und das Gleichheitsgebot der Menschenrechts-Deklaration ablehnen, die den Vorrang der Gemeinschaft vor dem Individuum betonen, von der Unterordnung des Bürgers unter die Staatsräson ausgehen und die den Wertepluralismus einer liberalen Demokratie ablehnen und Demokratisierung rückgängig machen wollen. Unter ‚Rechtsextremismus‘ verstehen wir insbesondere Zielsetzungen, die den Individualismus aufheben wollen zugunsten einer völkischen, kollektivistischen, ethnisch homogenen Gemeinschaft in einem starken Nationalstaat und in Verbindung damit den Multikulturalismus ablehnen und entschieden bekämpfen. ‚Rechtsextremismus‘ ist eine antimodernistische, auf soziale Verwerfungen industriegesellschaftlicher Entwicklung reagierende, sich europaweit in Ansätzen zur sozialen Bewegung

formierende Protestform.“ Vgl. Jaschke (Hrsg.), Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, S. 30.

Botsch, Die extreme Rechte, S. 2 f.

Zur Begriffsgeschichte vgl. Jaschke, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, S. 95.

Backes, Politischer Extremismus, S. 322.

Backes/Jesse, Politischer Extremismus, S. 32.

Backes, Politischer Extremismus, S. 16 f.

Eckard Jesse, Formen des politischen Extremismus, in: BMI, Extremismus in Deutschland, Erscheinungsformen und aktuelle Bestandsaufnahme, Berlin, 2004, S. 7–24, S. 22, www.bmi.bund.de (15. 10. 2012).

Neugebauer, Extremismus, S. 31.

Heitmeyer, Deutsche Zustände.

Stöss, Rechtsextremismus, Sexismus und Gender Gap.

Davon zeugt nicht zuletzt auch die oft verwendete Eigenbezeichnung der extremen Rechten als „nationale Opposition“. Hier bringt sie unmissverständlich ihre nationalistische Fundamentalopposition zum „System“ Bundesrepublik zum Ausdruck.

Davon ausgenommen ist Richard Stöss. Er gehört zu den wenigen Politikwissenschaftlern, die diesen Aspekt bislang aufgegriffen haben. Zum einen erkannte er im Rechtsextremismus patriarchal-misogyne Züge und zeigte zum anderen auf der Einstellungsebene, wie Nationalismus, Sozialdarwinismus und Autoritarismus mit sexistischen Auffassungen korrelieren können. Den rechtsextremen Ideologien attestierte er darüber

hinaus auch eine geschlechtliche bzw. sexistische Dimension. Vgl. Stöss, Forschungs- und Erklärungsansätze, S. 49 f.; Ders., Rechtsextremismus, Sexismus und Gender Gap.

Eckard Jesse, Formen des politischen Extremismus, in: BMI, Extremismus in Deutschland, Erscheinungsformen und aktuelle Bestandsaufnahme, Berlin, 2004, S. 7–24, S. 21 f., www.bmi.bund.de (15. 10. 2012).

Hernes, Wohlfahrtsstaat, S. 22.

Greiffenhagen, Dilemma des Konservatismus.

Im nationaldemokratischen Sinne bezeichnet die „Volksgemeinschaft“ eine dem „Dritten Reich“ nachempfundene soziale Ordnung, die nach biologisch-ethnischen Kriterien definiert und als „urdeutsch“ ausgegeben wird. Im Nationalsozialismus diente der Begriff u. a. der propagandistischen Rechtfertigung von Verfolgung und Genozid. Inwiefern die „Volksgemeinschaft“ auch in Alltag und sozialer Praxis ihren Niederschlag fand, wurde in der Geschichtsschreibung ausführlich diskutiert. Vgl. Frei, „Volksgemeinschaft“; Bajohr/Wildt (Hrsg.), Volksgemeinschaft; Schmiechen-Ackermann (Hrsg.), „Volksgemeinschaft“; von Reeken/Thießen, Volksgemeinschaft als soziale Praxis; Steber/Gotto (Hrsg.), Visions of Community; Wildt, Ambivalenz des Volkes. Zu den Frauen in der „Volksgemeinschaft“ vgl. Steinbacher, Volksgenossinnen.

Es handelt sich hierbei um eine zusammenfassende Schilderung der benutzten Quellen und Archive. Auf besondere Quellengattungen und hermeneutisch-kritische Vorgehensweisen bei der Auswertung wird später, falls angebracht, eingegangen werden.

Hierbei handelt es sich um seine Studie: Niethammer, Angepaßter Faschismus.

APABIZ steht für Antifaschistisches Pressearchiv und Bildungszentrum e.V.

Frühere Ausgaben (1976–1990) wurden in der Universitätsbibliothek der Freien Universität Berlin eingesehen.

Hölscher, Zukunft.

Dass die NPD als genuiner Teil der deutschen Nachkriegsgesellschaft mit ihren Widersprüchen und Gegensätzen ebenfalls zur Nachgeschichte des Nationalsozialismus gehört, ist offenkundig. Zur Nachgeschichte des „Dritten Reichs“ vgl. Frei, Niemand will Nazi gewesen sein.

Heinsohn/Vogel/Weckel (Hrsg.), Zwischen Karriere und Verfolgung; Gehmacher/Hauch (Hrsg.), Frauen- und Geschlechtergeschichte.

Vgl. Mühlenberg, SS-Helferinnenkorps.

Botsch, Die extreme Rechte, S. 3, 17–41.

Schröm/Röpke, Stille Hilfe, S. 11 ff.

Ebenda, S. 42 ff. Vgl. ebenfalls Mailänder Koslov, Gewalt im Dienstalltag.

Vgl. Meyer, Mouvement völkisch.

Von Knesebeck-Gohary, Nationalistische und völkische Frauenbewegung.

Der Bund war 1937 unter dem Namen „Deutsche Gotterkenntnis“ durch Erich und Mathilde Ludendorff gegründet und 1945 von den Alliierten verboten

worden. Vgl. Der Spiegel, Nr. 8, 1960, S. 22–32.

Botsch, Die extreme Rechte, S. 35 ff.

Vgl. Poewe, New Religions, S. 19.

Koch, Hans Grimms Lippoldsberger Dichterkreis.

Wolfrum, Demokratie, S. 32.

Dass die Gleichberechtigung ein langwieriger Prozess war bzw. ist, der trotz verfassungsrechtlicher Verankerung immer noch nicht abgeschlossen ist, zeigen die Beiträge in: Ariadne, Gleichberechtigung.

Zur historiographischen Auseinandersetzung rund um restaurative Tendenzen vs. Modernisierungsprozesse in der Ära Adenauer vgl. Hochgeschwender (Hrsg.), Epoche im Widerspruch.

Vgl. Wolfrum, Demokratie, S. 57 ff., und Frevert, Frauen auf dem Weg zur Gleichberechtigung.

Gerhard, Frauenbewegung, S. 107 f.

Durch die Kriegsfolgen waren bei der Bundestagswahl 1953 18,2 Millionen Frauen und nur 14,9 Millionen Männer wahlberechtigt. Dieses Ungleichgewicht durchzog mit leichten Variationen auch die darauffolgenden Wahlen bis in die 1960er-Jahre; Heinz, Über das politische Bewußtsein von Frauen, S. 32.

Bei der Bundestagswahl von 1953 z. B. gaben fast 47,2% aller Wählerinnen gegenüber 38,9% aller männlichen Wähler der CDU ihre Stimme. Dieser Geschlechterproporz blieb bis zum Ende der 1960er-Jahre stabil. Die männlichen Wähler hingegen bevorzugten in ihrer Wahlentscheidung aus sozialen, beruflichen und gewerkschaftlichen Erwägungen

heraus eher die SPD, für die 1953 32,5% Männer und 27,6% Frauen stimmten; ebenda, S. 35. Zum komplexen Verhältnis von Frauen zur CDU vgl. u. a. Bösch, „Von der Partei der Wählerinnen zur Quorumspartei: Die CDU und die Frauen“, in: Ders., Macht und Machtverlust, S. 240–265.

Im Wahlverhalten der Frauen nach 1949 lässt sich in diesem Sinne ein „Weimarer Muster“ erkennen: Das konservative Lager hatte schon in der Weimarer Republik die meisten Wählerinnenstimmen erhalten. Zum Verhältnis von Frauen zum konservativen bzw. nationalkonservativen Lager vgl. Heinsohn, Konservative Parteien. Zum rechtsextremistischen Aktivismus von Frauen in der Weimarer Zeit vgl. Streubel, Radikale Nationalistinnen.

1950 existierten über 30 Splitterparteien, die je nach politischer Couleur nationalkonservative oder -liberale, monarchistische, völkische oder nationalrevolutionäre Kräfte versammelten und vorgaben, die Interessen der „Zukurzgekommenen“ (Vertriebene, Flüchtlinge, entlassene NS-Funktionäre und -Angestellte usw.) zu vertreten, welche die Bonner Republik vernachlässigt habe. Die meisten Parteien wurden in den 1950er-Jahren im Zuge des politischen Konzentrationsprozesses durch die zwei Volksparteien und die FDP aufgesogen. Vgl. dazu Botsch, Die extreme Rechte, S. 20.

Der *Gender Gap* war bei den linksextremen Parteien (KPD) genauso ausgeprägt wie bei den rechtsextremen (SRP, DRP), sie wurden von den Wählerinnen meist gemieden. Nur der Gesamtdeutsche Block/Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten (GB/BHE) vermochte es Anfang der 1950er-Jahre, die Gunst der Wählerinnen zu erobern. Die Stimmen (6%), die der GB/BHE in der Bundestagswahl 1953 ergatterte, bestanden

zu 53,8% aus Frauenstimmen. Auf der Suche nach einer politischen Interessen- und Wertegemeinschaft wählten vor allem heimatvertriebene Frauen diese Partei; Bremme, Die politische Rolle, S. 97.

Wolfrum, Demokratie, S. 60.

Zur politischen Partizipation von Frauen in den Regierungsparteien siehe Fülles, Frauen; Hoecker, Politische Partizipation von Frauen; Bremme, Die politische Rolle; Holz, Zwischen Tradition und Emanzipation.

Niethammer, Angepaßter Faschismus, S. 37.

Hansen, Die sozialistische Reichspartei, S. 77.

Ebenda.

Wohlhabende NS-SympathisantInnen wie die Gräfin Irmgard von Faber-Castell unterstützten die Partei bei der Kostendeckung für Gerichtsverfahren gegen ihre Funktionäre. Vgl. Tauber, Beyond Eagle and Swastica.

Zit. nach Fascher, Modernisierter Rechtsextremismus, S. 33.

Dudek/Jaschke, Rechtsextremismus, S. 205.

Vgl. Sowinski, Deutsche Reichspartei, S. 145 ff.

Der Frauenanteil wurde anhand der Vorstandslisten errechnet. Vgl. Vorlass von Lutz Niethammer, Universitätsarchiv Jena, Niethammer V Abt. XLVIII vl. NR. 315.

Vgl. Schmollinger, Die Deutsche Reichspartei, S. 1178.

Sowinski, Deutsche Reichspartei, S. 172.

Brief von Gertraude Winkelvoß, 24. 3. 1961, Niedersächsisches Hauptstaatsarchiv Hannover/ Niedersächsisches Landesarchiv (Nds. HStA/NLA), Kleine Erwerbung A6 Nr. 1.

Brief von Gertraude Winkelvoß, März 1962, ebenda (Unterstreichung im Original).

Dudek/Jaschke, Rechtsextremismus, S. 210.

DRP, Programm der Deutschen Reichspartei, Abschnitt V.4.

Gertraude Winkelvoß, „Forderung oder Entschließung zum Parteitag“, April 1961, Nds. HStA/NLA, Kl. Erw. A6 Nr. 3.

DRP, Programm, Abschnitt V.5.

Vgl. Sowinski, Deutsche Reichspartei.

Brief von Gertraude Winkelvoß an Adolf von Thadden, 17. 1. 1962, Nds. HStA/NLA, Kl. Erw. A6 Nr. 3.

Es handelt sich um die 1962 von dem Bundestagsabgeordneten Heinrich Faßbender gegründete Deutschnationale Volkspartei (DNVP) sowie um die Gesamtdeutsche Partei (GDP), den Deutschen Block (DB), die Deutsche Partei (DP) und um die Arbeitsgemeinschaft Nationale Politik (ANP).

Smoydzin, NPD, S. 20–23.

Hoffmann, NPD, S. 74.

Protokoll über die Gründung der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands, 14. 11. 1964, in: Nds. HStA/NLA, VVP 39 Nr. 61/1.

NPD, Rundschreiben Nr. 1/1964, 1. 12. 1964, in: Nds.

HStA/NLA, Kl. Erw. A6 Nr. 3.

Gründungsversammlung der National-Demokratischen Partei am 28. November 1964 in Hannover-Döhren, in: BStU, MfS Zentralarchiv AS 94/77, S. 273–277, hier S. 275.

Botsch, Die extreme Rechte, S. 46 ff.

NPD, Die Satzung der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands, Politische Aufgabe, §2, 1967, in: IfZ München, Akz. 7183/86 Bestand ED 704/1.

Hoffmann, NPD, S. 75.

Botsch, Die extreme Rechte, S. 47.

Niethammer, Angepaßter Faschismus, S. 29.

Zu Beginn finanzierte sich die Partei ausschließlich über Mitgliederbeiträge und Spenden, die z. B. anlässlich von kostenpflichtigen Veranstaltungen oder durch Kader und Freundeskreise bei Einzelpersonen und kleinen Unternehmen eingetrieben wurden. Im Jahr 1968 verfügte die NPD bereits über 3,86 Millionen DM, die Hälfte der Einnahmen stammte aus der staatlichen Wahlkampfkostenerstattung. Vgl. Fascher, Modernisierter Rechtsextremismus, S. 51 ff.

Vgl. bspw. Kühnl, NPD; Smoydzin, NPD; Bröder, Sprachrohr; Dudek/Jaschke, Rechtsextremismus; Fascher, Modernisierter Rechtsextremismus; Hoffmann, NPD.

Akte Gertraude Winkelvoß, in: Nds. HStA/NLA, Nds. 147 Acc 93/95 Nr. 898.

NPD-KV Lüneburg, Protokoll der Gründungsversammlung, 17. 1. 1965, in: Nds. HStA/NLA, Kl. Erw. A6 Nr. 3.

NPD-KV Lüneburg, Über die Sitzung des „Vorbereitenden Ausschusses“ für die Gründung eines Kreisverbandes der NPD in Lüneburg, am 21. 1. 1965, 19 Uhr 30, In der Techt, Nr. 1, in: Nds. HStA/NLA, Kl. Erw. A6 Nr. 3.

Brief von Gertraude Winkelvoß, Juni 1965, in: ebenda.

Briefe des Volkswagenwerks, 6. 9. 1965 (Wolfsburg), von Friedrich Krupp, 6. 9. 1965 (Essen), und der Farbwerke Hoechst, 13. 9. 1965 (Frankfurt a. M.), in: Nds. HStA/NLA, Kl. Erw. A6 Nr. 3.

Brief von Gertraude Winkelvoß an die KV-Mitglieder, Juni 1965, in: ebenda.

Michels, Erlebnisse, S. 94.

Ortsverband München, Kartei der Bezirksverwaltung Magdeburg, Abteilung VIII/3, 1967, in: BStU, MfS ZAIG Nr. 9810, S. 52.

Die Informationen entstammen dem Parteiorgan „Die Deutschen Nachrichten“ (DN), Nr. 1–4 und 40, 1967.

Brief von Gertraude Winkelvoß, Juli 1962, in: Reimer Winkelvoß, Nachruf für Gertraude Winkelvoß, S. 66, in: Nds. HStA/NLA, Kl. Erw. A6 Nr. 2.

Vgl. Schmollinger, Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands, S. 1973.

Zwischen 1964 und 1969 traten 48 000 Personen in die NPD ein und 20 000 aus der Partei aus. Mitgliederentwicklung der NPD anhand der angegebenen Mitglieds-Nummern in: IfZ München, ZA/S NPD 1966, 1.–20. Nov.

Lutz Niethammer, „NSDAP ohne SA?“ Vorgeschichte,

Struktur, Programm der NPD, unveröffentlichtes Manuskript o. D., S. 30, in: Universitätsarchiv Jena, Niethammer V Abt. XLVIII vl. NR. 318/2; FAZ, 18. 9. 1968, in: BStU, MfS ZAIG Nr. 9810 2/2, S. 351.

APuZ, Rechtsradikalismus, S. 8.

Fülles, Frauen in Partei und Parlament, S. 25.

Niethammer schrieb diesbezüglich: „Erfahrungsgemäß ist der Aktivismus und Fanatismus, aber auch der durchschnittlich höhere Informationsgrad von kleinen und radikalen Gruppen mit […] Männersache oder gar Männerbünden verknüpft.“ Vgl. Niethammer, „NSDAP ohne SA?“ Vorgeschichte, Struktur, Programm der NPD, unveröffentlichtes Manuskript o. D., S. 30, in: Universitätsarchiv Jena, Niethammer V Abt. XLVIII vl. NR. 318/2; FAZ, 18. 9. 1968, in: BStU, MfS ZAIG Nr. 9810 2/2.

NPD, Rundschreiben der Propaganda-Abteilung der NPD, Nr. 2/65, 12. 3. 1965, Nds. HStA/NLA, VVP 39 Bd. 9 II NPD (I)c.

Daten der NPD-Mitglieder nach Alter, 1968, in: NPD von A bis Z, 15. 4. 1969, in: IfZ München, ZA/S NPD 1966, 1.-20. Nov.

APuZ, Rechtsradikalismus, S. 10.

Hoffmann, NPD, S. 389.

NPD-Inform, Ehemalige Nationalsozialisten in der NPD?, Nr. XI/9, 1969, in: Nds. HStA/NLA, VVP 39 Nr. 61 II.

APuZ, Rechtsradikalismus, S. 10.

Hoffmann, NPD, S. 387.

Wegen der mangelhaften Quellenlage ist es

bedauerlicherweise unmöglich, das Profil der NPD-Parteifunktionärinnen, die 1967 auf Bundes- und Landesebene aktiv waren, prosopographisch erschöpfend auszuloten. Sämtliche soziologische Angaben wurden anhand der streng vertraulichen und manchmal lückenhaften Daten und Informationen errechnet, die das BfV in den 1960er-Jahren aus sicherheitsrelevanten Gründen zur Observation der NPD-Kader ermittelt hatte. Vgl. Personalien, Universitätsarchiv Jena, Niethammer V Abt. XLVIII vl. NR 320.

Die folgenden Statistiken wurden auf der Basis der im Rahmen der NPD-Bundesparteitage von Hannover, Karlsruhe und Schwabach zwischen 1964 und 1969 gesammelten Daten errechnet. Vgl. Delegiertenmappe von Ilse Herrmann, in: Nds. HStA/NLA, VVP 39 Acc. 147/92 Nr. 14.

1964 saßen Gertraude Winkelvoß und Anneliese Bläsing neben 17 Parteimännern im Bundesvorstand; 1966 schied Bläsing aus, Anneliese Brandes stieß zu Winkelvoß dazu. Ab 1967 und bis Februar 1970 blieb Gertraude Winkelvoß – neben 32 Männern – schließlich als einzige Frau im Bundesvorstand zurück.

Beim Bundesparteitag in Karlsruhe 1966 hatten nur vier Frauen eine Kandidatur für den Bundesvorstand eingereicht. Im Jahr darauf waren es schon acht; vgl. Drs. 6, 4. Bundesparteitag, 14.–16. November 1969, Delegiertenmappe von Ilse Herrmann, in: Nds. HStA/NLA, VVP 39 Acc. 147/92 Nr. 14.

1967 betrug der Frauenanteil im Vorstand des West-Berliner Landesverbands 19%, in Schleswig-Holstein 15%, im Saarland 11,7% und in Niedersachsen 4,1%; in Rheinland-Pfalz z. B. war der Landesvorstand ausschließlich männlich. Diese errechneten Daten

fußen auf dem Material, welches vom BfV erhoben wurde. Vgl. Personalien, Universitätsarchiv Jena, Niethammer V Abt. XLVIII vl. NR 320.

Für vier Frauen fehlen jegliche Information (18%).

Oschmiansky/Kühl/Obermeier, Das Ende des Ernährermodells.

Bremme, Die politische Rolle, S. 220 f.

Diese Nationaldemokratinnen gehören in gewisser Weise zur „Flakhelfer-Generation“. Vgl. Bude, Deutsche Karrieren. Problematisch ist bei diesem Begriff gleichwohl, dass er auf männliche Lebensläufe verweist, die spezielle Lage von Frauen also ausblendet und allgemeine geschlechtsspezifische Fragestellungen ausklammert. Deswegen wird hier vorzugsweise der breitere Begriff der Erlebnisgeneration verwendet, der sowohl die im „Dritten Reich“ sozialisierten Kinder und Jugendlichen als auch die erwachsene NS-Funktionselite ins Auge fasst.

In seinem wegweisenden Werk von 1928 stellte der Soziologe Karl Mannheim bereits die identitätsstiftenden „Generationserlebnisse“ heraus. Er unterschied dabei zwischen der „Generationslagerung“, dem „Generationszusammenhang“ und der „Generationseinheit“. Vgl. Mannheim, Das Problem der Generationen.

Vgl. Sternheim-Peters, Habe ich denn allein gejubelt.

Vgl. Azéma, La clef générationnelle, S. 4.

Lutz Niethammer benutzt zur Charakterisierung der NPD-Gründungsgeneration den Begriff „postfaschistisch“, um diejenigen zu benennen, die nicht trotz, sondern gerade wegen ihrer Erfahrung des

historischen „Faschismus“ auch nach dem Krieg rechtsextremistisch blieben. Vgl. Niethammer, Angepaßter Faschismus.

Einige Nationaldemokraten konnten tatsächlich eine beachtliche Karriere im Nationalsozialismus vorweisen: Otto Heß, der NPD-Propagandabeauftragte, war sowohl Obersturmbannführer der SA, Kreisleiter und Gauinspektor gewesen. Waldemar Schütz, Herausgeber der „Deutschen Nachrichten“, war HJ-Mitglied und späterer Hauptsturmführer der SS. Es gibt viele weitere Beispiele der nationalsozialistischen Verstrickung von NPD-Akteuren. Vgl. Der Spiegel, Nr. 15, 1966, S. 33 ff.

Leider fehlen diese einschlägigen Informationen für acht Frauen und 80 Männer der Parteielite.

Die Unterwanderung zivilgesellschaftlicher Vereinigungen gehörte zu den strategischen Zielsetzungen der NPD: „Der Parteivorstand forderte zur planmäßigen Infiltration von Vereinigungen des politischen, kulturellen und gesellschaftlichen Lebens, von Vertriebenen-, Traditions- und karitativen Verbänden sowie von mittelständischen Interessengruppen auf. Die Parteiaktivisten sollen in ihren Vereinen unauffällig für die NPD werben und sich dort möglichst in die Vorstände wählen lassen.“ Vgl. NPD, Rundschreiben Nr. 15/65, 2. 12. 1965, zitiert in APuZ, Rechtsradikalismus, S. 8. Dementsprechend war Gertraude Winkelvoß etwa Mitglied im Deutschen Roten Kreuz, im Kinderschutzbund, im Bund der Vertriebenen und im Frauenring.

In den letzten Jahrzehnten wurde zum Themenkomplex der Entnazifizierung und Reintegration ehemaliger Nationalsozialisten in das junge bundesrepublikanische Staatswesen (Ministerien, Gerichte, Polizei und Sicherheit, Armee, Gesundheitswesen usw.) eine

vielfältige Forschung betrieben. Vgl. Bösch/Wirsching (Hrsg.), Hüter der Ordnung; Conze, Das Amt; Herbert, Rückkehr in die Bürgerlichkeit; Frei, Karrieren im Zwielicht.

Reimer Winkelvoß, Nachruf für Gertraude Winkelvoß, S. 25, in: Nds. HStA/NLA, Kl. Erw. A6 Nr. 2.

Ebenda, S. 11.

Ebenda, S. 35.

Ebenda, S. 45.

Die Frage der emanzipationsfördernden Kriege wurde lange Zeit kontrovers diskutiert. Zu den historiographischen Debatten in der Weltkriegsforschung vgl. bspw. Thébaud, Penser la guerre.

Vgl. Cornelißen, Politische Partizipation, S. 324.

Vgl. Reimer Winkelvoß, Nachruf für Gertraude Winkelvoß, S. 20, in: Nds. HStA/NLA, Kl. Erw. A6 Nr. 2.

Deutsche Stimme, Nr. 4, 1982, S. 3.

Brief von Getraude Winkelvoß an Herbord Große-Endebrock, 9. 1. 1972, in: Nds. HStA/NLA, Kl. Erw. A6 Nr. 3.

Das nicht vorhandene Überlieferungsbewusstsein bei den Akteurinnen und deren damit einhergehende Traditionslosigkeit gehören zu den Hauptherausforderungen, mit denen sich die historische Frauen- und Geschlechterforschung konfrontiert sieht. Das gilt für die Frauenbewegung genauso wie für die „nationale Opposition“. Vgl. Farge, Pratique et effets, S. 20 ff.; Nadia Fahmy-Eid, L’histoire

des femmes, S. 23 f.

Nationalpolitische Studien, Nr. 8, 1972, S. 15.

Informationsbulletin – Länder der Bundesrepublik, 23/66/1, in: BStU, MfS ZAIG 9808, S. 19.

Biografische Angaben zu Anneliese Bläsing, in: Universitätsarchiv Jena, Niethammer V Abt. XLVIII vl. NR. 316.

Biografische Angaben zu Martha Kruse ebenda; Blick nach Rechts, Nr. 21, 1992, S. 5; DN, 6. 10. 1972, Nr. 40/1972, S. 8.

Dies betrifft Anneliese Bläsing, Anneliese Brandes und Gertraude Winkelvoß.

Zu erwähnen sind u. a. Eva-Maria von Wolzogen und Anneliese Bläsing im LV Hessen, Erika Moser und Martha Kruse in Bremen, Elisabeth Stolle in Niedersachen, Irmgard Rasche in Nordrhein-Westfalen oder Gudrun Dörfel in Bayern.

DN, 28. 7. 1967, Nr. 30/1967, S. 11; DN, 21. 2. 1969, Nr. 8/1969, S. 14.

DN, 21. 2. 1969, Nr. 8/1969, S. 14.

Die weiblichen Hilfsarbeiter, in: Knabe (Hrsg.), 20 Jahre NPD, S. 16.

Ab 1968 veröffentlichte die DN unzählige an Frauen gerichtete Kleinanzeigen, wie etwa die folgende: „Wir suchen Mitarbeiterinnen! Für die Erweiterung der Dienststelle des Parteivorstandes suchen wir für sofort 2 Sekreträtinnen, 2 Steno-Kontoristinnen, 1 Buchhalterin. Bewerbungen bitte richten an den Parteivorstand der NPD – 3 Hannover 1 – Postfach

4303.“ DN, 28. 6. 1968, Nr. 26/1968, S. 12.

DN, 17. 11. 1967, Nr. 46/1967, S. 1.

NPD, Zehn Gesetze zur Vorbereitung und Durchführung von Versammlungen, o. D., in: IfZ München, ED 704/1 NPD.

Einige Musterreden finden sich abgedruckt in: Kühnl, NPD, S. 234 ff.

„Der Einsatz [der Landesredner] erfolgt nur über die Landesgeschäftsstelle.“ Brief von Fritz May an die Mitglieder, 1. 4. 1969, in: IfZ München, ED 704/10.

„[Ich möchte mich nicht eitel durch] willkürlich zusammengestrichene Referate [präsentiert sehen].“ Brief von Gertraude Winkelvoß an Adolf von Thadden, 9. 2. 1967, in: Nds. HStA/NLA, Kl. Erw. A6 Nr. 3.

Brief von Gertraude Winkelvoß an die Mitglieder, 12. 1. 1967, in: ebenda.

Zu den Rednerinnen zählten u. a. Gertraude Winkelvoß, die Baronin Helene von Watter, Eva-Maria von Wolzogen, Anneliese Bläsing und Ilse Timm.

Namensliste mit Ankündigungen, in: Universitätsarchiv Jena, Niethammer V Abt. XLVIII vl. NR. 315.

DN, 1. 9. 1967, Nr. 35/1967, S. 9.

Die Zuschreibung als Minderheit mag besonders ironisch erscheinen, wenn man die damaligen demographischen Verhältnisse und den Wählerinnenüberschuss bedenkt.

Vgl. Bremme, Die politische Rolle, S. 162.

Laut der Politikwissenschaftlerin Beate Hoecker gehört

diese geschlechtsspezifische Trennung zu den fundamentalen Organisationsprinzipien der Politik. Vgl. Hoecker, Politische Partizipation von Frauen, S. 98 f.

Jede Frau hat eine Stimme, in: DN, Sonderdruck Frau und Familie, B/67, 1967 (ohne Seitenangabe).

Vgl. Bremme, Die politische Rolle, S. 224.

Rosenberger, Geschlechterarrangements, S. 36.

Frauenarbeit in Karlsruhe, in: DN, 4. 4. 1969, Nr. 14/1969, S. 13.

Brief von Gertraude Winkelvoß, März 1969, in: Nds. HStA/NLA, Kl. Erw. A6 Nr. 3.

Vortrag von Gertraude Winkelvoß „Familie und Frau", 17. 9. 1966, in: Nds. HStA/NLA, VVP 39 Nr. 62/2.

DN, 13. 1. 1967, Nr. 2/1967, S. 9.

Frauenveranstaltungen organisierten Nationaldemokratinnen z. B. in Hamburg (Meta Schirrmeister) im März und im bayerischen Matzbach im Oktober 1968 (Sigrun Jobst), in Karlsruhe im Januar (Lotte Blum), in Köln im Mai (Helene von Watter), im schleswig-holsteinischen Krempe im Juni (Ilse Timm) oder in Frankfurt am Main im Juli 1969 (Anneliese Bläsing).

DN, 2. 5. 1969, Nr. 18/1969, S. 12, und DN, 7. 6. 1968, Nr. 23/1968, S. 9.

DN, 23. 8. 1968, Nr. 34/1968, S. 12.

DN, 27. 9. 1968, Nr. 39/1968, S. 10; DN, 23. 8. 1968, Nr. 34/1968, S. 12. Interessanterweise griffen die NationaldemokratInnen wie auch die Konservativen auf

begriffliche Umgehungsstrategien zurück, um das „andere“ Deutschland zu benennen. Durch die Benutzung von Metaphern und Umschreibungen wie „Zone“, „sowjetische Besatzungszone“ und „Ulbricht-Staat“ drückten sie ihre Nicht-Anerkennung der DDR aus.

NPD, Rundschreiben Nr. 28/67, 8. 12. 1967, in: IfZ München, ED 704 NPD.

Fülles, Frauen in Partei und Parlament, S. 61.

Wer sind die Männer der NPD?, in: Die Welt, Nr. 74, 1966, S. 7.

Die im Titel „Sind das die neuen Nazis?“ schon anklingende ironische Hochmütigkeit drückte sich auch in folgender, der Landtagsabgeordneten Anneliese Bläsing gestellten Frage aus: „Fordern Sie, dass es den Jugendlichen unmöglich gemacht wird, den Busen der Bardot zu beobachten?“ Vgl. Jochen Steinmayer, Sind das die neuen Nazis?, in: Der Stern, o. D., in: Universitätsarchiv Jena, Niethammer V Abt. XLVIII vl. NR. 323/1.

Niethammer, „NSDAP ohne SA?“ Vorgeschichte, Struktur, Programm der NPD, unveröffentlichtes Manuskript o. D., in: Universitätsarchiv Jena, Niethammer V Abt. XLVIII vl. NR. 318/2.

Mitarbeit der Frauen, in: DN, 28. 7. 1967, Nr. 30/1967, S. 9; DN, 1. 9. 1967, Nr. 35/1967, S. 9.

DN, 12. 1. 1968, Nr. 2/1968, S. 12; DN, 5. 2. 1968, Nr. 5/1968, S. 11.

Alle Veranstaltungen wurden im Parteiorgan mehrere Wochen vorher angekündigt.

Die Frauentreffen fanden ausschließlich an den Wochenenden statt. Zur Frage der geschlechtsspezifischen Zeitlichkeiten in der Politik vgl. Fülles, Frauen in Partei und Parlament, S. 54 ff.

DN, 12. 1. 1966, Nr. 2/1966, S. 11.

Der Begriff Frauenpolitik wird erst ab dem Ende der 1970er-Jahre unter dem Einfluss der Autonomen Frauenbewegung verwendet.

DN, 1. 8. 1969, Nr. 31/1969, S. 14.

NPD, Zehn Gesetze zur Vorbereitung und Durchführung von Versammlungen, o. D., in: IfZ München, ED 704/1 NPD.

Horst Utke, DN-Sonderdruck, 15. 10. 1965, S. 3, in: IfZ München, ED 704/13 NPD.

BStU, BV Suhl Abt. XX/580 Bd 1, S. 79. Gemäß der im BStU gültigen Richtlinien zum Datenschutz wurden die Namen anonymisiert.

Eva Kreisky spricht von der Männlichkeit „als Grammatik und Zeichensprache der Politik“. Vgl. Kreisky Diskreter Maskulinismus, S. 174.

Schöler-Macher, Fremdheit der Politik.

Frauen in der Politik, in: DN, 13. 10. 1967, Nr. 41/1967, S. 1.

Gertraude Winkelvoß, am 17. 9. 1966 in Marburg gehaltene Rede „Frau und Familie“, in: Nds. HStA/NLA, VVP 39 Nr. 62/2.

Jede Frau hat eine Stimme, in: DN, Sonderdruck Frau und Familie, B/67, 1967 (o. Seitenangabe).

Brief von Gertraude Winkelvoß, März 1969, in: Nds. HStA/NLA, Kl. Erw. A6 Nr. 3.

„Vielleicht können die Frauen sogar manch ausgleichendes Wort finden und eine schlichtende Hand dort anlegen, wo Meinungsverschiedenheiten Harmonie und den notwendigen Zusammenhalt zu stören drohen." Gertraude Winkelvoß, am 17. 9. 1966 in Marburg gehaltene Rede „Frau und Familie", in: Nds. HStA/NLA, VVP 39 Nr. 62/2.

Vgl. Brandstetter, NPD im 21. Jahrhundert, S. 73 ff.

Brief von Gertraude Winkelvoß an Adolf von Thadden und Fritz Thielen, 22. 3. 1967, in: Nds. HStA/NLA, Kl. Erw. A6 Nr. 3.

In einem Redeentwurf wollte Gertraude Winkelvoß 1966 den Frauen „erzieht eure Männer" zurufen. Diesen Satz strich von Thadden bei seiner Lektüre mit der Anmerkung: „Das scheint uns nicht die Lösung". In: Nds. HStA/NLA, VVP 39 Nr. 62/2.

Brief von Gertraude Winkelvoß an Adolf von Thadden, 9. 1. 1967 (Unterstreichungen im Original), in: Nds. HStA/NLA, Kl. Erw. A6 Nr. 3.

Brief von Gertraude Winkelvoß an ein NPD-Mitglied, 12. 1. 1967 (Unterstreichungen im Original), Teil von: Reimer Winkelvoß, Nachruf für Gertraude Winkelvoß, S. 73, in: Nds. HStA/NLA, Kl. Erw. A6 Nr. 2.

Zur DRP-Frauenorganisation vgl. S. 38.

Brief von Gertraude Winkelvoß an ein Mitglied, März 1969, in: Nds. HStA/NLA, Kl. Erw. A6 Nr. 3.

Schildt/Siegfried (Hrsg.), Dynamische Zeiten.

Moreau, Les héritiers du IIIe Reich.

Botsch, Die extreme Rechte, S. 48.

Brandstetter, NPD im 21. Jahrhundert, S. 59 ff.

Bei allen Landtagswahlen war der *Gender Gap* beachtlich. In der Regel wählten mehr Männer als Frauen und manchmal doppelt so viele Männer wie Frauen die NPD, so z. B. in Hessen (10% Männer, 6% Frauen), in Schleswig-Holstein (8% Männer, 4% Frauen), in Rheinland-Pfalz (9,7% Männer, 4,3% Frauen) oder in Baden-Württemberg (13,4% Männer, 6,8% Frauen), was die These eines größeren weiblichen Misstrauens gegenüber extrem rechten Parteien erhärtet. Die Zahlen wurden anhand der im Anhang veröffentlichten Angaben von Hoffmann, NPD, S. 454 ff., errechnet.

Schildt/Siegfried (Hrsg.), Dynamische Zeiten.

Frei, 1968.

Botsch, Die extreme Rechte, S. 49 f.

Die Historiker sind sich einig, dass die Unkenrufe und Reaktionen hinsichtlich der wirtschaftlichen Stagnation voreilig alarmierend und übertrieben waren. Die Krise, die sich temporär auf bestimmte und für Westdeutschland gewiss identitätsstiftende Wirtschaftsbereiche wie die Stahl-, Textil- oder Automobilindustrie niederschlug, war Ende der 1960er-Jahre schon gebannt. Dennoch war sie Ausdruck der immerwährenden Angst, die bundesrepublikanische Situation könne in „Weimarer Verhältnisse“ ausarten. Vgl. Wolfrum, Demokratie, S. 226.

Für einen Teil der deutschen Wählerschaft hatte die Union die Konservativen dadurch verraten, dass sie mit der SPD kooperierte. Nach deren Parteitag in Bad

Godesberg 1959 war die Sozialdemokratie für sie nun regierungs- und koalitionsfähig geworden. Die FDP, die sich durch die gescheiterte Koalition mit der Union geschwächt sah, konnte die Oppositionsrolle nicht übernehmen; parteiintern bereitete sie damals schon den Richtungswechsel vor, der sie 1969 zur sozialliberalen Koalition unter der Führung des Sozialdemokraten Willy Brandt führen sollte. Vgl. Miard-Delacroix, Willy Brandt, S. 147 f.

DN, 10. 5. 1968, Nr. 19/1968, S. 11.

Noelle/Neumann (Hrsg.), Jahrbuch der öffentlichen Meinung, 1968–1973, S. 319.

Stöss, Vom Nationalismus zum Umweltschutz, S. 333.

Warum stehen Frauen politisch abseits?, in: DN-Sonderdruck „Frau und Familie“, B/67, 1967, o.S.

Jede Frau hat eine Stimme, in: DN-Sonderdruck „Frau und Familie“, B/67, 1967, o.S.

Frauen können die Politik bestimmen, in: DN-Sonderdruck „Frau und Familie“, B/67, 1967, o.S.

Jede Frau hat eine Stimme, in: DN-Sonderdruck „Frau und Familie“, B/67, 1967, o.S.

Ebenda.

Frauen in der Politik, in: DN, 13. 10. 1967, Nr. 41/1967, S. 1.

Jede Frau hat eine Stimme, in: DN-Sonderdruck „Frau und Familie“, B/67, 1967, o.S.

Zu den Wahllisten und KandidatInnen der NPD vgl. FAZ, 18. 9. 1968, in: BStU Berlin, MfS ZAIG Nr. 9810 2/2, f°

351; DN, 6. 10. 1967, Nr. 40/1967, S. 9, und Niethammer, Angepaßter Faschismus, S. 99.

DN, 17. 3. 1967, Nr. 11/1967, S. 10, und DN, 6. 10. 1967, Nr. 40/1967, S. 9.

Bremme, Die politische Rolle, S. 81 f.

Niethammer, Angepaßter Faschismus, S. 96.

Fascher, Modernisierter Rechtsextremismus, S. 205.

Niethammers Studie „Angepaßter Faschismus" bleibt auch 50 Jahre nach ihrem Erscheinen ein unumgängliches Referenzwerk über die parlamentarische Praxis der NationaldemokratInnen. Präzise und differenziert arbeitete er darin die Spezifitäten jeder einzelnen NPD-Fraktion heraus, beleuchtete die politischen, geographischen und vor allem generationellen Unterschiede, welche die eher „neofaschistischen" Nationaldemokraten aus dem südlichen Teil der Republik und die mehrheitlich „postfaschistischen" Abgeordneten Nord- und Westdeutschlands charakterisierten. Die Studie ist leider insofern unvollständig, als sie aus publizistischen Erwägungen heraus vor der Bundestagswahl 1969 veröffentlicht wurde und der beobachtete Zeitraum somit schon 1968 endet, obwohl die Legislaturperioden sich wie in Bremen manchmal noch bis 1971 hinzogen. Somit wurden wichtige Entwicklungen kurz vor und nach der Bundestagswahl ausgeblendet. Wie wichtig dieses Buch auch für die zeitgenössische Geschichtsforschung bleibt, zeigt Müller, Faschistische Grundstruktur, S. 197–205.

Die folgende Analyse fußt auf dem vielfältigen Quellenmaterial, das in den drei Parlamentsarchiven in Wiesbaden, Hannover und Bremen einzusehen und

teilweise auch in digitalisierter Form online zugänglich ist. Für jede Parlamentarierin wurden die Redebeiträge in den Plenarversammlungen und Ausschüssen sowie alle Entwürfe, Anträge, kleine und große Anfragen, die sie öffentlich (vor)gestellt haben, systematisch untersucht. Diese Quellen führen den Leser *in medias res* des parlamentarischen Geschehens. Durch die minutiöse stenographische Aufzeichnung der damaligen Debatten entsteht ein eindrückliches Bild der mal rabiaten, mal trivialen, aber immer lebhaften Auseinandersetzungen, die in den parlamentarischen Arenen geführt wurden. Sie bieten dem Leser so einen spannenden Einblick in die politische Praxis und Kommunikation der Abgeordneten in jeweils sehr unterschiedlichen regionalen Kontexten.

Niethammer, Angepaßter Faschismus, S. 100.

Zitiert in ebenda, S. 101.

Drucksache (Drs.) Nr. 93, Kleine Anfrage der Abg. Frau Bläsing, 22. 2. 1967, Archiv des Hessischen Landtags (AHL), und Drs. Nr. 470, Kleine Anfrage der Abg. Frau Bläsing, 19. 5. 1967, AHL; Frage an Dreizehnjährige: Wie hältst du es mit dem Sex? NPD-Abgeordnete Frau Bläsing verlangt Erklärung der Regierung, in: DN, 3. 3. 1967, Nr. 9/1967, S. 10.

Göpfert/Messinger, Jahr der Revolte, 2017.

Zu den Notstandsgesetzen und den Widerständen, die sie in der Zivilgesellschaft hervorriefen, vgl. z. B. Spernol, Notstand der Demokratie.

Stenographischer Bericht (SB), 3. 7. 1968, 6. Legislaturperiode (LP), S. 1738, AHL.

Drs. Nr. 1344, Kleine Anfrage der Abg. Frau Bläsing, 3.

7. 1968, AHL; Drs. Nr. 1394, Antwort des Kultusministers, 5. 8. 1968, AHL.

Drs. Nr. 1265, Kleine Anfrage der Abg. Frau Bläsing, 29. 5. 1968, AHL.

SB, 27. 3. 1969, 6. LP, S. 2700, AHL.

Der Abgeordnete gebrauchte diese herablassende Redewendung vielleicht auch in ironischer Anspielung auf den 1968 viel bejubelten Film mit dem gleichnamigen Titel der Regisseurin May Spils, die das neue Lebensgefühl und den Aufbruch der „68er" auf die Leinwand brachte.

Niethammer, Angepaßter Faschismus, S. 178 f.

Ebenda, S. 179.

Dieser Ausschuss widmete sich den spezifischen Bedürfnissen (Infrastruktur, Industrie, Transport usw.) des strukturschwachen Gebietsabschnitts, der an die DDR grenzte. Seine Handlungsmöglichkeiten waren insofern beschränkt, als sich seine Zuständigkeitsbereiche mit denen anderer Ausschüsse (Wirtschaft, Innenpolitik) überschnitten.

Sitzungsbericht, 29. 4. 1968, Ausschuß für Zonengrenzfragen (AfZ), 6. LP, S. 24, Archiv des Niedersächsischen Landtags (ANL); Sitzungsbericht, 23. 10. 1969, 6. LP, AfZ, S. 10, ANL.

Sitzungsbericht, 28. 9. 1967, 6. LP, AfZ, S. 22, ANL.

Sitzungsbericht, 9. 2. 1968, 6. LP, AfZ, S. 15, ANL.

Ebenda, S. 16.

Sitzungsbericht, 25. 10. 1967, Ausschuss für

Gesundheitswesen (AfG), 6. LP, S. 6, ANL.

Ihrer Auffassung nach bestimmten nur die Leistung und die angeborenen Fähigkeiten den Wert einer Person; sie negierte somit das Prinzip der Gleichheit aller Menschen. Reimer Winkelvoß erklärte diesbezüglich: „Dem Gedanken, daß alle Menschen gleich seien und demzufolge gleiche Ansprüche stellen könnten, widersprach (Gertraude Winkelvoß) aus voller Überzeugung." Vgl. Reimer Winkelvoß, Nachruf für Gertraude Winkelvoß, S. 13, in: Nds. HStA/NLA, Kl. Erw. A6 Nr. 2.

SB, 10. 10. 1968, 6. LP, S. 2961 f., ANL.

Zitiert in Niethammer, Angepaßter Faschismus, S. 182.

Petra Kipphoff, Das Schwein von Braunschweig, in: Die Zeit, 6. 1. 1970, http://www.zeit.de/1970/02/das-schwein-von-braunschweig (15. 3. 2016).

SB, 4. 2. 1970, 6. LP, S. 6312, ANL.

Ebenda, S. 6314.

Ebenda, S. 6315.

SB, 5. 2. 1970, 6. LP, S. 6341, ANL.

SB, 10. 10. 1968, 6. LP, S. 3001, ANL.

Ebenda, S. 3002.

Dass Destabilisierungsversuche (Gelächter, Zwischenrufe), Erniedrigungen und Diskriminierungen zum Alltag aller Parlamentarierinnen gehörten, hat Armin Burkhardt in einer Studie dargelegt: vgl. Burkhardt, „Das ist eine Frage des Intellekts". Über die Auswirkungen dieser sexistischen Angriffe auf das

Selbstbild und die parlamentarische Praxis von Frauen vgl. Mabry, Unkraut ins Parlament, oder Schöler-Macher, Fremdheit der Politik.

Z. B. SB, 10. 10. 1968, 6. LP, S. 2919, ANL.

Niethammer, Angepaßter Faschismus, S. 182.

Reimer Winkelvoß, Nachruf für Gertraude Winkelvoß, S. 48, in: Nds. HStA/NLA, Kl. Erw. A6 Nr. 2.

Vgl. Falsche Träume, in: Der Spiegel, Nr. 9, 1970, S. 83 f.

Butterwegge/Meier, Bremen.

Ebenda, S. 69 f.

SB, 6. 12. 1968, 7. LP, S. 1216, Archiv der Bremischen Bürgerschaft (ABB).

SB, 5. 12. 1969, 7. LP, S. 1913 f., ABB.

SB, 12. 11. 1970, 7. LP, S. 2768, ABB.

Ebenda, S. 2775.

SB, 17. 3. 1971, 7. LP, S. 3069, ABB.

SB, 22. 4. 1971, 7. LP, S. 3172, ABB.

Des Öfteren ermahnte der sozialdemokratische Parlamentspräsident Herrmann Engel die Nationaldemokratin, so z. B. „Frau Kruse, wenn ich gewußt hätte, daß Sie Ihr Konzept wortwörtlich verlesen, wäre ich nicht so großzügig gewesen“; SB, 5. 12. 1969, 7. LP, S. 1915, ABB; oder SB, 6. 12. 1968, 7. LP, S. 1217, ebenda.

Niethammer, Angepaßter Faschismus, S. 203.

Brandt setzte allgemein auf den politischen Bruch mit der christlich-demokratischen Ära: Innenpolitisch sah er grundsätzliche Reformen vor, versprach eine größere Liberalisierung und Demokratisierung; außenpolitisch schrieb er sich die deutsch-deutsche Annäherung auf die Fahne. Über die Hoffnungen und Erwartungen, die der Bundeskanzler 1969 in Westdeutschland weckte und die (nicht) eingelösten Versprechen der Ära Brandt vgl. Schildt/Schmidt (Hrsg.), Wir wollen mehr Demokratie wagen.

Ein Jahr der Entscheidung, in: DN, 20. 12. 1968, Nr. 51/1968, S. 1.

Hoffmann, NPD, S. 117 f.

Ebenda, S. 121.

In einer Umfrage vom September 1969 gaben die Befragten an, sich weit mehr für die wirtschaftlichen Fragen (81%) als für die deutsch-deutschen Beziehungen (35%) zu interessieren. Das lag vermutlich am unmittelbaren Kontext der kurzzeitigen wirtschaftlichen Rezession (1966/67), die bei vielen BürgerInnen soziale Ängste hervorgerufen hatte. Ebenda, S. 119.

Der Parteitag vom Februar 1969 musste *in extremis* nach Schwabach verlegt und der Kongress vom Mai 1969 von Bonn nach Stuttgart verschoben werden. In ihrem Parteiorgan schwadronierte und berichtete die NPD viel über die Ausgrenzungsmanöver ihrer politischen Gegner und die damit einhergehenden gerichtlichen Auseinandersetzungen. 1969 rühmte sie sich, 26 Prozesse gegen Stadtverwaltungen gewonnen zu haben; sie gab jedoch nicht an, wie viele Niederlagen sie einstecken musste. Vgl. Die wichtigsten Gerichtsentscheidungen zugunsten der NPD betr.

Vermietung von öffentlichen Einrichtungen, in: DN, 14. 3. 1969, Nr. 11/1969, S. 3.

Im Februar 1967 kündigte der christdemokratische Bundesinnenminister Paul Lücke Maßnahmen gegen die NPD an, die jedoch folgenlos blieben. Im Sommer 1968 teilten wiederum die Länderregierungen mit, dass sie die Einleitung eines Verfahrens über den Bundesrat erwogen, unternahmen aber nichts. Schließlich ließ auch der seit 1968 amtierende Bundesinnenminister Ernst Benda wissen, dass seine Behörde belastendes Material sammelte; letztendlich verzichtete aber auch er 1969 definitiv darauf, einen entsprechenden Antrag beim Bundesverfassungsgericht einzureichen; vgl. Hoffmann, NPD, S. 96 f.

Dudek/Jaschke, Rechtsextremismus, S. 289.

Wahrscheinlich wären der Antidemokratismus der NPD und ihre „Wesensverwandtschaft mit der NSDAP“ schwerer zu belegen gewesen, als es 1952 bei der SRP der Fall gewesen war. Das Scheitern des Verfahrens hätte die NPD vom Verdacht der Verfassungsfeindlichkeit befreit und politisch rehabilitiert; die Bundesregierung, den Staat und die Demokratie hätte ein solcher Ausgang zweifellos geschwächt. Das Kalkül der bundesrepublikanischen Akteure ging somit auf.

„5 Millionen Mark gegen die NPD. Das Haus Benda macht Steuermittel locker zum Wahlkampf gegen die NPD-Opposition“, in: DN, 21. 3. 1969, Nr. 12/1969, S. 1.

Deutscher Bundestag, Bericht des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung über den Wahleinspruch des Adolf von Thadden et alii gegen die Gültigkeit der Wahl zum 6. Deutschen Bundestag vom 28. September 1969, Drucksache VI/1311, 6. 10.

1970, S. 6–8.

So schreibt er es zumindest in seiner Autobiographie: von Thadden, Rechte, S. 17.

Hoffmann, NPD, S. 132 ff.

Dudek/Jaschke, Rechtsextremismus, S. 354.

Die NPD-Presse berichtete gern und ausgiebig über die Störmanöver ihrer politischen Gegner, so z. B. bei einer Kundgebung mit Anneliese Bläsing: „Einige offenbar unter Alkohol stehende Jugendliche versuchten zu stören, kamen aber nicht durch.“ In: DN, 31. 3. 1967, Nr. 13/1967, S. 10. Oder während einer Veranstaltung in Peine: „Gemischtes Publikum, Alter 20 bis 70 Jahre, überwiegend männliche Zuhörer, darunter Landwirte, Schüler und eine Gruppe Beatles mit offensichtlichen Stör- und Protestabsichten.“ In: DN, 16. 6. 1967, Nr. 24/1967, S. 10.

Hoffmann, NPD, S. 124.

DN, 4. 8. 1967, Nr. 31/1967, S. 10.

Der 250 Mann starke Ordnerdienst, der uniformiert und zuweilen mit Helm und Waffen ausgestattet auftrat, geriet schnell in Verruf, erinnerte seine Gewaltbereitschaft doch stark an die paramilitärische SA der Nazi-Zeit.

Rundschreiben von Walter Seetzen Nr. 4/69, 13. 2. 1969, in: Nds. HStA/NLA, VVP39 Acc. 147/92 Nr. 14.

Hinterm Drahtverhau ein Bataillon harter Fäuste, in: SZ, 24. 2. 1969, in: Nds. HStA/NLA, VVP 39 Acc. 147/92 Nr. 14.

DN, 13. 6. 1969, Nr. 24/1969, S. 1; DN, 26. 9. 1969, Nr.

39/1969, S. 5 f.

„Fast 1500 waren gekommen, Schüler, Studenten, Gewerkschaftler, Radikalinskis, ehemalige Insassen von Konzentrationslagern. Gehbehinderte stürzten zu Boden. Damen, als ‚Nazi-Flittchen' tituliert, flohen vor greulich maskierten Gammlern." Vgl. Mit roter Fahne gegen die NPD, in: DN-Sonderdruck „Die NPD setzt sich durch", IV/68, S. 12.

1919–1969, in: DN, 19. 9. 1969, Nr. 38/1969, S. 9.

Hetze – Lüge – Verleumdung, in: DN, 19. 9. 1969, Nr. 38/1969, S. 11.

Viele Titel spielten darauf an, etwa: Roter Terror mit staatlicher Duldung, in: DN, 22. 11. 1968, Nr. 47/1968, S. 1; oder Der Rechtsstaat verlor eine Schlacht – Grundgesetz und Demokratie verraten – Gesetzes- und Rechtsbrüche unter den Augen der Polizeiführung, in: DN, 29. 11. 1968, Nr. 48/1968, S. 9.

NPD fordert Schutz der demokratischen Ordnung, in: DN, 14. 6. 1968, Nr. 24/1968, S. 2; und NPD-Auftrag ist demokratisch, in: DN, 31. 5. 1968, Nr. 22/1968, S. 8. Seit der Parteigründung versuchten die NPD-Ideologen und -Propagandisten das Gefühl von Sicherheit, Ordnung und Beständigkeit zu vermitteln, wie es etwa Otto Heß in einem Interview darlegte: „Unsere gesamte Propaganda ist darauf abgestellt, das Gefühl der Sicherheit, der Glaubwürdigkeit, der Stetigkeit zu geben: Denen kann man trauen, bei denen sind unsere Kinder gut aufgehoben, dort werden positive Erlebnisinhalte vermittelt". Vgl.: Mit 90 Abgeordneten in den nächsten Bundestag, in: Der Spiegel, Nr. 49, 1966, S. 47–53, hier S. 48.

Hoffmann, NPD, S. 128 f.

Salomon, NPD nach der Bundestagswahl, S. 129.

Wegen der demographischen Asymmetrie gab es in Deutschland immer noch viel mehr Wählerinnen als Wähler; so bestimmte die Wahlentscheidung der Frauen letztendlich die Machtverhältnisse im Bundestag: „[Es] ist unschwer erkennbar, welch eminent wichtiges Element die Frau in der Gesellschaft und in der Politik darstellt. Es ist sicher nicht übertrieben, wenn an dieser Stelle gesagt wird, das [*sic!*] letzten Endes die deutsche Frau den Ausschlag für die jeweilige Bundesregierung gibt.“ Vgl. Frauen können die Politik bestimmen, in: DN-Sonderdruck „Frau und Familie“, B/67, 1967, o.S.; vgl. auch Wahlberechtigte 1969, in: Deutsche Nationalzeitung, 28. 4. 1969, Nr. 16/1969, S. 8.

„Es gibt mehr Frauen als Männer – Sie brauchen nicht machtlos zu sein – Politisch interessierte Frauen besitzen eine große Macht“, in: Frauen können die Politik bestimmen, in: DN-Sonderdruck „Frau und Familie“, B/67, 1967, o.S.

Zu den Autoren zählten u. a. Gertraude Winkelvoß (Lüneburg), Hildegard Niewöhner (Wiesbaden), die Prinzessin Marie Adelheid Reuß zur Lippe (Oldenburg), die Baronin Helene von Watter (Köln) und Irene Schiemann (München), die in ihren Artikeln Themenfelder wie Frauen in Politik und Arbeitsmarkt, Heirat, Erziehung, Mode und Kultur beackerten.

Warum stehen die Frauen politisch abseits?, in: DN-Sonderdruck „Frau und Familie“, B/67, 1967, o.S.

„Die Frau wählt anders als der Mann – sie ist selbstständig, auch im politischen Denken, und die Männer sollten das wahrhaben und in ihren Überlegungen berücksichtigen“; vgl. Jede Frau hat eine

Stimme, in: DN-Sonderdruck „Frau und Familie“, B/67, 1967, o.S.

Hildegard Niewöhner, Wir Frauen und die Wahl. Möglichkeiten und Erfahrungen, Redemanuskript, Frauenkongress in Marburg, 18. 9. 1966, in: Nds. HStA/NLA, VVP 39 Nr. 62/2.

Vgl. Warum stehen die Frauen politisch abseits?, in: DN-Sonderdruck „Frau und Familie“, B/67, 1967, o.S., und DN, 7. 10. 1966, Nr. 40/1966, S. 6.

DN, 7. 6. 1968, Nr. 23/1968, S. 8.

Ebenda, S. 8.

„Alle alten Parteien sind in Wahrheit frauenfeindlich. Nicht nur in der CDU/CSU und FDP, auch in der SPD gibt es keine echte politische Position, die von einer Frau eingenommen würde. Machen wir uns nichts vor: Die Frau wird heute in der Demokratie genau wie im Nationalsozialismus nur als eine Art ‚Frauenschaft‘ zur Unterstützung der Politik, die ausschließlich von Männern gemacht wird, geduldet.“ Vgl. Warum stehen die Frauen politisch abseits?, in: DN-Sonderdruck „Frau und Familie“, B/67, 1967, o.S.

Jede Frau hat eine Stimme, in: DN-Sonderdruck „Frau und Familie“, B/67, 1967, o.S.

Warum stehen die Frauen politisch abseits?, in: DN-Sonderdruck „Frau und Familie“, B/67, 1967, o.S.

„Diese Dinge sind nicht mit Phrasen und Schlagworten abzutun – man kann die Räder der Entwicklung auch nicht rückwärts drehen –, aber wir müssen versuchen – gerade wir Frauen –, die Richtung mit zu beeinflussen.“ Vgl. Jede Frau hat eine Stimme, in: DN-Sonderdruck „Frau und Familie“, B/67, 1967, o.S.

„Die Entscheidung der denkenden Frau: Diesmal bestimmt Nationaldemokraten (NPD) wählen!“; vgl. Frauen können die Politik bestimmen, in: DN-Sonderdruck „Frau und Familie“, B/67, 1967, o.S.

Die Frauen in den Kreisverbänden, in: DN, 5. 2. 1968, Nr. 5/1968, S. 10.

Über die Spezifizität der Kandidatenauslese in den Wahlkreisen für die Bundestagswahl 1965 vgl. Kaack, Wahlkreisgeographie, S. 55 ff.

Hoffmann, NPD, S. 118. Auffällig ist hingegen, dass die Zahl der Kandidatinnen zwischen 1965 und 1969 von fünf auf dreizehn stieg und sich somit leicht erhöhte. Da die Gesamtzahl der KandidatInnen im gleichen Zeitraum aber stark anstieg, sank ihr Anteil verhältnismäßig von 5,4% (1956) auf 5% (1969). Bemerken lässt sich außerdem die Verjüngung der Kandidatinnen zwischen den beiden Wahlen. Das Durchschnittsalter sank bei den Frauen von 62 Jahren (1965) auf 51 Jahre (1969): Die älteste Kandidatin (Baronin von Watter) war 74 Jahre alt, die jüngste (Eva Happach) 35, was eine größere generationelle Vielfalt darstellte. Auch ihr sozioprofessionelles Profil war 1969 vielfältiger. Im Vergleich zu 1965, wo 80% der NPD-Frauen Hausfrauen waren, waren es vier Jahre später nur noch 46%. Mehr als die Hälfte waren erwerbstätig, sie betätigten sich als Lehrerinnen, Ärztinnen, Sekretärinnen, Sozialhelferinnen oder Handelskauffrauen und stammten so vornehmlich aus der Mittelschicht. Hinzu kommt, dass nur zwei Kandidatinnen (Gertraude Winkelvoß und Anneliese Bläsing) als ehemalige NSDAP-Mitglieder politisch vorbelastet waren; obwohl die Makellosigkeit ein wichtiges Auswahlkriterium gewesen war, wurden sie ebenfalls auf die Listen mit aufgenommen, weil sie über eine parlamentarische Expertise verfügten und auch

vom Vorstand Rückendeckung erhielten. Diese Statistiken wurden anhand der KandidatInnenlisten errechnet, auf denen neben dem Listenplatz und dem Namen auch jeweils das Geburtsdatum und der Beruf der KandidatInnen vermerkt sind. Vgl. KandidatInnenlisten, in: IfZ München, ED 704 NPD, Band 4.

Niethammer, „NSDAP ohne SA", Vorgeschichte, Struktur, Programm der NPD, unveröffentlichtes Manuskript o. D., in: Universitätsarchiv Jena, Niethammer V, Abt. XLVIII vl. NR. 318/2. Der Wahlkampf finanzierte sich teilweise aus Blutspenden und privaten Krediten der Mitglieder. Parteiredner, die bundesweit unterwegs waren, bezahlten die entstandenen Mobilitätskosten aus eigener Tasche, und auch die Veranstaltungen waren für alle Teilnehmer kostenpflichtig.

Die „Deutschen Nachrichten" veröffentlichten unzählige Kleinanzeigen von Mitgliedern, die im Rahmen des Wahlkampfs „Gleichgesinnten" unentgeltlich Hilfe und Unterstützung anboten. Vgl. DN, 18. 7. 1969, Nr. 29/1969, S. 14 und 15, oder Wer helfen will!, in: DN, 25. 7. 1969, Nr. 30/1969, S. 15.

Der Bundesbeirat der NPD-Frauen tagte, in: DN-Sonderdruck „Die NPD setzt sich durch", IV/68, S. 13.

Bundesbeirat der Frauen der NPD, in: DN, 8. 11. 1968, Nr. 45/1968, S. 12.

Auffällig ist hierbei die Themenverteilung unter den Frauen, die sich jeweils in einem Bereich als „Expertinnen" gerierten: Gudrun Dörfel zur deutschen Teilung, Margarete Walendy zu Erziehungsfragen und der DDR, Martha Kruse zur Familienpolitik, Helene von Watter zu Gesundheitsfragen. Gertraude Winkelvoß

fungierte dabei als thematisch übergreifende Schirmherrin.

Bundesbeirat der Frauen der NPD, in: DN, 8. 11. 1968, Nr. 45/1968, S. 12.

DN-Sonderdruck „Die NPD setzt sich durch“, IV/68, S. 13.

Ebenda.

Programm und Bericht wurden abgedruckt in: DN, 17. 1. 1969, Nr. 3/1969, S. 16, und Frauenarbeitstagung in Hamburg – auch die Familie braucht Sicherheit durch Recht und Ordnung, in: DN, 21. 2. 1969, Nr. 8/1969, S. 14.

Vgl. Programm und Berichte, in: DN, 21. 2. 1969, Nr. 8/1969, S. 16, und Frauentagung in Essen, in: DN, 21. 3. 1969, Nr. 12/1969, S. 14.

Vgl. Programm und Bericht, in: NPD-Frauentagung, in: DN, 14. 3. 1969, Nr. 11/1969, S. 16, und DN, 2. 5. 1969, Nr. 18/1969, S. 13.

Brief von Hedwig Kestermann an alle KV-Vorsitzenden aus NRW, 4. 2. 1969, in: IfZ München, ED 704/10 NPD.

Der Bundeswahlleiter, „Wahl zum 6. Deutschen Bundestag am 28. September 1969“, https://www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen/fruehere_bundestagswahlen/btw1969.html (12. 5. 2016).

Die CDU/CSU, die SPD und FDP erhielten jeweils 46,1%, 42,7% und 5,8% der Zweitstimmen.

Hoffmann, NPD, S. 130.

Hoecker, Politische Partizipation von Frauen, S. 75.

Ebenda, S. 61 ff.

Zu Wählerprofil und Motivationen vgl. Mayer, Wähler der NPD, S. 176 f.

An alle NPD-Verbände, in: DN, 3. 10. 1969, Nr. 40/1969, S. 1.

Erarbeitet wurde das Manifest zwischen Januar und Mai 1965 vom Programmausschuss, dem neben Adolf von Thadden auch Wilhelm Gutmann, Otto Heß und Hans-Joachim Richard angehörten. Vgl. Nds. HStA/NLA, VVP 39 Nr. 61 II.

Manifest der NPD, in: NPD, Weg, Wille und Ziel, S. 15.

Ebenda.

Zur Familie findet sich nur folgende lakonische Erwähnung: „Den Eltern muß ihre erzieherische Aufgabe wieder ermöglicht werden. Für die Familie fordern wir den Platz, der ihr in einer Kulturnation gebührt. Der kinderreichen Familie gehört der besondere Schutz von Staat und Gesellschaft"; vgl. ebenda. In der ursprünglichen Fassung hatte Wilhelm Gutmann den Teil zur Familie ausgebaut und dabei noch auf die Rolle des Mannes als „Ernährer" und der Frau als „Mutter" verwiesen. Dieser Passus wurde aus der Endfassung gestrichen. Vgl. das Manuskript Wilhelm Gutmanns in: Nds. HStA/NLA, VVP 39 Nr. 61 II.

Manifest, in: NPD, Weg, Wille und Ziel (Hervorhebung im Original).

Frank Brunssen hat die Benutzung dieser Begriffe im Nationalsozialismus und im Nachkriegsdeutschland untersucht; vgl. Brunssen, Jedem das Seine.

NPD, Das Programm der NPD – Grundlagen nationaldemokratischer Politik, 1967, in: IfZ München, ED 704 NPD.

Die Sitzung fand am 29. und 30. 7. 1967 statt; vgl. Ist die Familie zweitrangig?, in: DN, 18. 8. 1967, Nr. 33/1967, S. 10.

Brief von Gertraude Winkelvoß an den Parteivorstand, 31. 7. 1967, in: Nds. HStA/NLA, VVP 39 Nr. 61 II (Hervorhebung im Original).

Vgl. Anm. 4 in diesem Kapitel.

Nds. HStA/NLA, VVP 39 Nr. 62 II.

Die öffentlichen Auftritte der NPD-AktivistInnen wurden einer sehr strengen Kontrolle unterzogen. Ablauf und Prozedere waren vorgegeben. Die RednerInnen durften nur auftreten, wenn sie den Rednerausweis erhalten hatten. Auch der Inhalt der Reden wurde geprüft und ggf. zensiert. Zur Vorbereitung von öffentlichen Auftritten erhielten die NationaldemokratInnen vom Propagandachef Otto Heß Musterreden, an die sie sich halten mussten. Weil es aber entsprechende sprachliche und inhaltliche Vorgaben für den „Frauenbereich“ nicht gab, verfügten die Parteifrauen auf diesem Gebiet konzeptionell gesehen über einen relativ großen Spielraum.

Ihren Vortrag widmete Gertraude Winkelvoß den Müttern und Hausfrauen, deren Auftrag und Rolle sie in der Gesellschaft skizzierte. Helene von Watter hingegen fokussierte ihre Rede auf die „Hygiene“ in Familie und „Gemeinschaft“, die sie als Stützpfeiler der traditionellen Geschlechterordnung beschrieb. Hildegard Niewöhner zeichnete in ihrem Exposé die Entwicklung des weiblichen Wahlverhaltens seit 1919

nach und betonte dabei die politische Verantwortung der Frauen. Der letzte Text, der unter dem Titel „Frauenerwerbsarbeit“ Eingang ins Archiv gefunden hat, war zwar nicht handschriftlich signiert, ähnelte im Wortlaut aber einem später von Gertraude Winkelvoß im Parteiorgan veröffentlichten Artikel, der sich mit der Gleichberechtigung von Männern und Frauen auf dem Arbeitsmarkt auseinandersetzte und in recht ungewohnter Art und Weise die berufliche Qualifizierung und gesellschaftliche Emanzipation von Frauen forderte. Vgl. Gertraude Winkelvoß, Die Stellung der Frau in unserer Zeit, in: DN, 23. 6. 1967, Nr. 25/1967, S. 11.

„Deutsche Nachrichten“ (DN), Hannover, Waldemar Schütz Nationalverlag, 1965–1973. Zum Redaktionskomitee gehörten Adolf von Thadden, H. J. Richard, H. Härtle, Dr. Peter Kleist und Erich Kernmayr.

1967 erreichte die Auflage 51 000 Exemplare, sie schrumpfte 1969 dann aber wieder auf 39 000.

Bröder, Sprachrohr, S. 17, und APuZ, Rechtsradikalismus, S. 7.

Auf den ersten Seiten (S. 1–4) analysierten die Redakteure die Tagespolitik, äußerten sich zu wirtschaftlichen Fragen und historischen Themen, die sie auf die Aktualität bezogen. Die Rubrik „Meinungen – Weltgeschehen – Tatsachen“ (S. 5 f.) war für Gastbeiträge von konservativen Intellektuellen vorgesehen, die mit polemischen Texten das Zeitgeschehen kommentierten. Die Zeitung setzte sich auch mit der Kunst und der Kultur auseinander: Die Rubrik „Aus Kultur und Geistesleben“ schien eigens dafür angelegt, die „deutsche“ – d. h. völkische – Kultur zu glorifizieren und zeitgenössische Künstler und Produktionen systematisch zu verunglimpfen. Die achte

Seite widmete sich abwechselnd der „Frau und Familie“, der „Jugend“ oder der „Besinnung und Unterhaltung“. Die drei letzten Seiten enthielten die Tätigkeits- und Sitzungsberichte der Kreis-, Landesverbände und Fraktionen, Todes- und Werbeanzeigen, Ankündigungen sowie Veranstaltungshinweise.

DN, 7. 1. 1966, Nr. 1/1966, S. 4.

Die Statistiken wurden anhand der Quellen errechnet. Sie betreffen nur die in der Rubrik „Frau und Familie“ publizierten Artikel.

DN-Sonderdruck „Frau und Familie“, B/67, 1967, o.S.

Ab 1969 veränderte sich das Zeitungsformat, es war kleiner und handlicher, die Aufmachung moderner und der Aufbau stringenter; ‚weibliche‘ Themen wurden hier kaum noch behandelt.

Vgl. Schildt/Siegfried (Hrsg.), Dynamische Zeiten.

Frese/Paulus/Teppe (Hrsg.), Demokratisierung.

Kenkmann, Bildungsmisere.

Wolfrum, Demokratie, S. 249.

Die Liberalisierung der Sitten ist einer der Haupteffekte des Wertewandels, wie ihn der Soziologe Ronald Inglehart in den 1970er-Jahren beschrieb. In seinem Standardwerk „The Silent Revolution“ skizziert er den schleichenden Übergang von materialistischen Werten (Befriedigung von Grundbedürfnissen) zu post-materialistischen Werten (Suche nach Selbstentfaltung, Partizipation, Emanzipation usw.) in den modernen Wohlstands- und Industriegesellschaften. Die 68er-Bewegung beschleunigte den bereits zuvor einsetzenden Wertewandel und forcierte somit die

tiefgreifende Transformation von Normen, mentalen Strukturen, sozialen Praktiken und Lebensweisen in der westlichen Welt. Vgl. Inglehart, Revolution.

Wolfrum, Demokratie, S. 250 f.

Von Oertzen, Teilzeitarbeit, S. 32.

Das „Gesetz für die Gleichberechtigung von Mann und Frau auf dem Gebiet des bürgerlichen Rechts vom 18. Juli 1957, BGBl.“, welches die vom Grundgesetz vorgeschriebene Geschlechtergleichheit (Art. 3, Abs. 2 GG) ins Zivilrecht umsetzen sollte, blieb von 1958 bis 1977 in Kraft und brachte keine grundlegenden Veränderungen. Zwar strich es einige männliche Vorrechte (abgeschafft wurden etwa der sogenannte „Stichentscheid“, d. h. die Verfügungsgewalt der Väter in allen familiären Angelegenheiten, oder das Recht, die Arbeitsverträge der Ehefrauen zu kündigen) und gewährte den Frauen neue Rechte (die Selbstverwaltung ihres Vermögens oder das Mitspracherecht in der Erziehung der Kinder z. B.), doch bestätigte es im Wesentlichen die patriarchale Familienordnung. Vgl. Gerhard, Frauenbewegung, S. 108 f.; Berghahn, Gleichberechtigung, S. 18.

Lindner, Rationalisierungsdiskurse.

Wolfrum, Demokratie, S. 245.

Ebenda.

Das „Drei-Phasen-Modell“ wurde in den 1950er-Jahren von Myrdal und Klein theorisiert. Vgl. Myrdal/Klein, Women’s Two Roles.

„Frauenenquete“ oder „Bericht der Bundesregierung über die Situation der Frauen in Beruf, Familie und Gesellschaft“. Deutscher Bundestag, Drucksache V/909,

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/05/009/0500909.pdf (22. 6. 2016).

Einleitung, in: Helwig (Hrsg.), Frauen in Deutschland, S. 9–21, hier S. 13.

Paulus, Familienrollen.

NPD, Programm der NPD.

Für die NPD ging es tatsächlich darum, Deutschland ungeachtet der eugenischen Verbrechen der Nationalsozialisten „biologisch“ durch „volksgesundheitliche“ Maßnahmen zu heilen. Sie setzte u. a. auf eine bessere Vorsorge etwa für schwangere Frauen und Kleinkinder (§ 19), eine „gesundheitskundliche“ Erziehung (§ 16), die „Bekämpfung von Suchtgefahren“ (§ 17), die Wiedereinführung der „Meldepflicht bei Geschlechtskrankheiten und ansteckenden Leiden“ (§ 22), aber auch auf die „Reinhaltung der Flüsse und des Grundwassers“ (§ 23). Die „volksgesundheitliche“ Spannbreite war entsprechend groß: Neben strikt sanitären Lösungsvorschlägen umfasste der hygienische Bogen ebenfalls gesellschaftliche Bereiche wie Familie, Schule, Erziehung, Intimität, Arbeitswelt und Umwelt. Vgl. NPD, Programm der NPD, Abschnitt XII.

„Ohne gesunde Familien – kein gesundes Volk“, in: ebenda.

Wilhelm Gutmann, Maßnahmen zur Gesundung der Familie, o. D., in: Nds. HStA/NLA, VVP 39 Nr. 61 II.

Gertraude Winkelvoß, Redemanuskript, 18. 9. 1966, in: Nds. HStA/NLA, VVP 39 Nr. 62/2.

Diese Prinzipien waren Teil des in Westdeutschland

vorherrschenden konservativen Konsens und wurden mithin auch von den Bundesfamilienministern vehement verteidigt. Die NPD distanzierte sich dennoch von der Bonner Familienpolitik, die sie als „defizitär" geißelte. Sie lastete ihr beispielsweise die „hohe" Scheidungsrate an, die Deutschland zwangsläufig in den Abgrund führe. Vgl. Scheidung – ein Zeitproblem, in: DN-Sonderdruck „Frau und Familie", B/67, 1967, o.S.; Gertraude Winkelvoß, Uneheliches Kind in der Familie – Gefahren in der gesetzlichen Neuordnung, in: DN, 1. 3. 1968, Nr. 9/1968, S. 8; Ein schlechter Witz – Bonner „Familienpolitik", in: DN, 13. 9. 1968, Nr. 37/1968, S. 8; Fiasko der Bonner Familienpolitik, in: DN, 11. 7. 1969, Nr. 28/1969, S. 2; Notorisch familienfeindlich, in: DN, 29. 8. 1969, Nr. 35/1969, S. 2.

Rita Steiner, Wenn sie einen Orientalen liebt ..., in: DN, 5. 1. 1968, Nr. 1/1968, S. 11.

Vater ist Gastarbeiter, in: DN-Sonderdruck, „Frau und Familie", B/67, 1967, o.S.

Ausländer-Ehen meist unglücklich, in: DN, 3. 2. 1967, Nr. 5/1967, S. 2.

Vater ist Gastarbeiter, in: DN-Sonderdruck, „Frau und Familie", B/67, 1967, o.S.

Silies, Erfahrungen des Bruchs.

Gefährliche Anti-Baby-Pillen, in: DN, 30. 4. 1965, Nr. 18/1965, S. 4.

Gertraude Winkelvoß, Familienplanung und Bevölkerungspolitik – Soll die weiße Welt sich selbst aufgeben?, in: DN, 22. 12. 1967, Nr. 51–52/1967, S. 11.

„[Niemand erinnert daran,] daß seit Jahrtausenden die Frau ihre natürliche Bestimmung besitzt: zu heiraten

und eine Familie zu günden. Bei den Völkern mit einem natürlichen Instinkt gilt die unfruchtbare Frau auch heute noch als nicht vollwertig.“ Vgl. Mit der Anti-Babypille leben, in: DN, 3. 6. 1966, Nr. 22/1966, S. 6; Eleonore Brauchlin, Mütterlichkeit ist Menschlichkeit – eine Betrachtung zum Muttertag, in: DN, 10. 5. 1968, Nr. 19/1968, S. 7.

Das neue Wunder des Rausches, in: DN, 8. 7. 1966, Nr. 27, S. 6.

Gertraude Winkelvoß, Familienplanung und Bevölkerungspolitik – Soll die weiße Welt sich selbst aufgeben?, in: DN, 22. 12. 1967, Nr. 51–52/1967, S. 11; Das Verhängnis der Anti-Baby-Pille, in: DN, 3. 2. 1967, Nr. 5/1967, S. 8; Bedenken gegen die Pille, in: DN, 11. 4. 1969, Nr. 15/1969, S. 1.

Familie und Erziehung, in: DN-Sonderdruck „Frau und Familie“, B/67, 1967, o.S.

Brigitte Pohl, Die Sorge um die Jugend – Gedanken einer Mutter, in: DN, 30. 4. 1967, Nr. 18/1967, S. 8.

Unsere Kinder sind in Gefahr – Die Sexwelle und die nach wie vor ungelöste Sozialerziehung, in: DN, 3. 3. 1967, Nr. 9/1967, S. 8.

Steinbacher, Wie der Sex nach Deutschland kam.

Das Schwinden aller Moral – Frauen müssen Dämme bauen, in: DN, 6. 1. 1967, Nr. 1/1967, S. 8.

Die schwedische Krankheit – Hemmungslose Triebhaftigkeit verdirbt ein Kulturvolk, in: DN, 27. 10. 1967, Nr. 43/1967, S. 8.

Brigitte Pohl, Die Mode, ordentlich zu sein – Widerstand gegen die drohende Anarchie, in: DN, 5. 1. 1968, Nr.

1/1968, S. 8.

Wie man die Jugend entdeutscht, in: DN, 25. 7. 1969, Nr. 30/1969, S. 6.

Karin Brown, Das Doppelleben des Charlie Chaplin – aus der Lebensbeichte seiner Frau Lita Grey, in: DN, 2. 5. 1969, Nr. 18/1969, S. 7.

Genets schmutzige Wände, in: DN, 3. 5. 1968, Nr. 18/1968, S. 8, oder Schmutz und Schund?, in: DN, 2. 5. 1969, Nr. 18/1969, S. 6.

Luise Reinmüller, Ausverkauf bäuerlichen Kulturguts – Geschäftemacher verderben unsere Volkskunst, in: DN, 24. 11. 1967, Nr. 47/1967, S. 8.

Luise Reinmüller, Sommersonnenwende als Fest – Sinnbilder des unendlichen Lebens, in: DN, 21. 6. 1968, Nr. 25/1968, S. 8.

Richard Krüger, Vom Lebensbaum zum Lichterbaum – Indogermanische Weihnacht und Wintersonnenwende, in: DN, 22. 12. 1967, Nr. 51–52/1967, S. 9.

Hans W. Hagen, Maria-Theresia, Kaiserin und Mutter – Zum 250. Geburtstag einer großen deutschen Frau, in: DN, 12. 5. 1967, Nr. 19/1967, S. 8.

Vgl. Die letzte Herrin von Bayreuth – dankendes Gedenken zu Winifred Wagners 70. Geburtstag am 23. Juni, in: DN, 23. 6. 1967, Nr. 25/1967, S. 8; Erich Kern, Pionierin deutscher Filmkunst – Zum 65. Geburtstag Leni Riefenstahls, in: DN, 18. 8. 1967, Nr. 33/1967, S. 7; Mutter Ostpreußen – zum 90. Geburtstag von Agnes Miegel, in: DN, 21. 3. 1969, Nr. 12/1969, S. 7.

„Frauen, sagt nein!“ bedenkliche Forderungen eines „Kinderdorf“-Verlags, in: DN, 5. 7. 1968, Nr. 27/1968, S.

8.

„Wenn Daddy auch die Windel wäscht, das Fläschchen gibt und einkaufen geht, eins blieb bisher ja noch seiner kettenrauchenden, vor dem Fernsehbildschirm zahllose Whiskys kippenden Partnerin allein: das Kinderkriegen." Vgl. ebenda.

Ebenda.

Entwurf des Manifests, in: Nds. HStA/NLA, VVP 39 Nr. 61 II.

Diese Feststellung machte auch Anneliese Bläsing im Sommer 1967 bei einer Tagung in Worms: „[Die Frauen sind] trotz der gesetzlichen Gleichberechtigung noch in vielem benachteiligt, so daß sie auch das Recht der Mitbestimmung des politischen Geschehens stärker wahrnehmen müßten." Vgl. DN, 1. 9. 1967, Nr. 35/1967, S. 9.

Jede Frau hat eine Stimme, in: DN-Sonderdruck „Frau und Familie", B/67, 1967, o.S.

Ebenda.

Vgl. Gertraude Winkelvoß, Frauen in der politischen Verantwortung, in: DN-Sonderdruck „Frau und Familie", B/67, 1967, o.S.

Ebenda.

Diese Forderungen artikulierte sie mehrmals in ihren Schriften. Beispielsweise schrieb sie: „Die Industriegesellschaft ist auf die Mitarbeit der Frauen angewiesen, es ist deshalb notwendig, den Frauen die Chancengleichheit einzuräumen, für den Aufstieg im Beruf und Gleichbehandlung in der Entlohnung." Gertraude Winkelvoß, Frauenerwerbsarbeit, o. D., in:

Nds. HStA/NLA, VVP 39 Nr. 62 II.

Vgl. S. 123 in diesem Buch.

Ebenda.

Warum stehen die Frauen politisch abseits, in: DN-Sonderdruck „Frau und Familie“, B/67, 1967, o.S.

Helene von Watter, Hygiene auf allen Gebieten, Redemanuskript für den Marburger Frauenkongress, 17.–18. 9. 1966, in: Nds. HStA/NLA, VVP 39 Nr. 62 II.

„Und was wird später aus diesen Schlüsselkindern, die oft von vornherein die zur gesunden Entwicklung so notwendige Nestwärme entbehren?“, in: ebenda; oder: Es ist zu viel für unsere Frauen, in: DN-Sonderdruck „Frau und Familie“, B/67, 1967, o.S.

Helene von Watter, Hygiene auf allen Gebieten, Redemanuskript für den Marburger Frauenkongress, 17.–18. 9. 1966, in: Nds. HStA/NLA, VVP 39 Nr. 62 II.

Der Eichmann-Prozess in Jerusalem (1961), die Frankfurter Auschwitz-Prozesse (1963–1965) sowie die Prozesse zu den Vernichtungslagern Belzec (1965), Treblinka (1964/65) und Sobibor (1965/1966) fielen in diese Zeit; vgl. Freudiger, Aufarbeitung; Stoltzfus/Friedlander (Hrsg.), Nazi Crimes; Finger/Keller/Wirsching, Vom Recht zur Geschichte.

Frei, Vergangenheitspolitik, S. 22.

Der Voluntarismus, mit dem die Justiz und die Politik gegen NS-Verbrecher vorzugehen vorgaben, sollte freilich nicht darüber hinwegtäuschen, dass die demokratische „Verfolgung“ von NS-Tätern nur partiell durchgeführt wurde, die meisten von ihnen unbehelligt blieben und die personellen NS-Kontinuitäten in den

Funktionseliten und Behörden der Bundesrepublik weiterhin bestanden.

Dazu zählen u. a. die sogenannten Jaspers- und Fischer-Kontroversen. Im Sommer 1960 löste Karl Jaspers dadurch eine Debatte aus, dass er für die Beibehaltung des *Status quo* und den Verzicht auf eine Wiedervereinigung in unmittelbarer Zukunft plädierte. Fritz Fischer erntete seinerseits 1961 große Aufmerksamkeit für sein kontrovers diskutiertes Buch „Griff nach der Weltmacht", das die Kriegsschuld Deutschlands im Ersten Weltkrieg erstmals thematisierte und darüber hinaus das Augenmerk auf die Kontinuitäten deutscher Hegemonialbestrebungen im 20. Jahrhundert richtete. Vgl. Fischer, Weltmacht.

Vgl. Langebach/Sturm (Hrsg.), Erinnerungsorte.

Die Frauen von Nürnberg, in: DN, 4. 10. 1966, Nr. 40/1966, S. 6.

Wolfgang Steffen, Emmy Göring: „An der Seite meines Mannes", in: DN, 15. 9. 1967, Nr. 37/1967, S. 3.

NPD, Das Programm der NPD.

Die Konzentrationslager im Dritten Reich, in: NPD-inform, Nr. XI/20, 1969, in: Nds. HStA/NLA, VVP 39 Nr. 61 II.

NPD, Manifest, Punkt 9.

„Deutschland braucht um seiner Zukunft willen ein wahres Geschichtsbild. Wir wehren uns gegen die Verherrlichung des Landesverrats und die Behauptung, Deutschland sei an allem Unglück der Welt allein schuld." NPD, Manifest, Punkt 10.

Zur Geschichte des Vertreibungsdiskurses und der

damit verbundenen Erinnerungskultur in der Bundesrepublik vgl. Hahn/Hahn, Vertreibung.

NPD, Programm, Abschnitt XI, Punkte 4, 14 und 16.

Karl Springenschmid, 25 Jahre von Beruf: Witwe – die Silberhochzeit im Hotel „Drei Zinnen“, in: DN, 4. 8. 1967, Nr. 31/1967, S. 8. Das von der NPD bediente Narrativ über die Kriegerwitwen war in den 1960er-Jahren gesellschaftlich stark verbreitet. Im kollektiven Bewusstsein verkörperten diese Frauen Werte wie Mut, Treue und Entsagung; auch standen sie, durch die Verluste im Familienumfeld, symbolisch für die Kriegsniederlage und ihre verheerenden Folgen. Vgl. Schnädelbach, Haben Sie bedacht.

Siegfried Lomberg, Terror gegen die Frauen, in: DN, 7. 4. 1967, Nr. 14/1967, S. 8.

„Welche Ordnung? Jene, die 1945 die pommersche Heimat […] mit Feuer und Stahl, Phosphor und Bajonetten, Hunger und Galgen, Austreibung und Vergewaltigung, Folter, Zwangsarbeit und Massenmord, nacktem Mord millionenfach überzog.“ Gisela Thadewald, Was ist Heimat?, in: DN, 6. 1. 1967, Nr. 1/1967, S. 8.

„Als das geschehen war, warfen sie sich mit satanischer Begierde auf die Frauen und Mädchen. In Rudeln standen sie vor jedem Haus. Bis zu 45 Mal vergewaltigten sie eine deutsche Frau, ohne Rücksicht, ob sie schließlich im Sterben lag. Selbst 78jährige Frauen und 9jährige Kinder fielen ihnen zum Opfer.“ Vgl. ebenda. Zur sexuellen Gewalt gegen Frauen während der Besatzungszeit in Ost- und Westdeutschland vgl. Gebhardt, Soldaten; Grossmann, Question of Silence.

Gisela Thadewald, Augenfarbe: blau, Name unbekannt – Kinder suchen ihre Mütter, Mütter ihre Kinder – Schatten von 1945 weichen nicht, in: DN, 3. 2. 1967, Nr. 5/1967, S. 8.

Entwurf des NPD-Manifests, in: Nds. HStA/NLA, VVP 39 Nr. 61 II.

NPD, Das Programm der NPD, Abschnitt XV, Punkte 1–12.

Benno Heinz Schade, Deutsche Siedler kultivierten seit 1200 den Boden – Land jenseits von Oder und Neiße, in: DN, 21. 7. 1967, Nr. 29/1967, S. 5.

Gerda Voss-Kühne, Das Land des Segens – Ferien in Siebenbürgen, in: DN, 14. 7. 1967, Nr. 28/1967, S. 8.

Irene Schiemann, Ein silberner Hochzeitstag, in: DN, 3. 2. 1967, Nr. 5/1967, S. 8.

Ebenda.

DN, 21. 6. 1966, Nr. 25/1966, S. 7.

„[…] politisch hat die NPD sich durchgesetzt und nimmt heute in der öffentlichen Beurteilung die staatspolitische Funktion der demokratischen Opposition ein.“ Vgl. NPD mit großen Hoffnungen ins neue Jahr, in: DN, 6. 1. 1967, Nr. 1/1967, S. 2.

Brief von Gertraude Winkelvoß, 12. 1. 1967, in: Nds. HStA/NLA, Kl. Erw. A6 Nr. 3.

Vgl. z. B. DN, 21. 12. 1966, Nr. 51–52/1966, S. 16, und DN, 8. 11. 1966, Nr. 45/1966, S. 8.

Brief von Gertraude Winkelvoß, März 1969, in: Nds. HStA/NLA, Kl. Erw. A6 Nr. 3.

Wulf-Dieter Burwitz, Zur Klärung des Begriffes „Demokratie“, in: DN, 18. 4. 1969, Nr. 15/1969, S. 15.

Ebenda.

NPD, Programm, Abschnitt I, Punkte 1 bis 6.

DN, 6. 1. 1967, Nr. 1/1967, S. 6.

Anrich, Mensch – Volk – Staat – Demokratie.

Das Konzept der „Konservativen Revolution“ wurde 1950 von Armin Mohler popularisiert. Er bezeichnete damit jene antiliberalen, antiegalitaristischen und antidemokratischen, oft rassistischen und antisemitischen, teils völkischen und nationalrevolutionären Strömungen, die sich in der Weimarer Republik entfalteten. Träger waren u. a. Intellektuelle und Schriftsteller wie Carl Schmitt, Arthur Moeller van den Bruck, Ernst Jünger oder Oswald Spengler, deren Ziel es war, durch eine revolutionäre Umwälzung eine einfache und natürliche Ordnung wiederherzustellen. Dem Politikwissenschaftler Kurt Sontheimer galten sie als „geistige Wegbereiter“ des Nationalsozialismus, doch inspirierten sie ebenfalls die „Neue Rechte“ nach 1945. Vgl. Sontheimer, Antidemokratisches Denken; oder Dupeux (Hrsg.), Révolution conservatrice.

NPD, Programm, Abschnitt I, Punkt 1.

DDR – ein künstlich errichteter Staat, in: DN, 19. 7. 1968, Nr. 29/1968, S. 3.

NPD, Programm, Abschnitt I, Punkt 7.

Frauentagung der NPD an der Zonenrandgrenze – Bedrückendes Erlebnis der irrsinnigen Zerreißung des Vaterlandes, in: DN, 6. 9. 1968, Nr. 36/1968, S. 12.

Ebenda.

Gestorben für Deutschland, Ein Gedenken an die junge deutsche Widerstandskämpferin Edeltraut Eckert, in: DN, 17. 2. 1967, Nr. 7/1967, S. 8.

Ebenda.

Rudolf Jahn, Das Bild der Mutter – Die letzten Tage der Edeltraut Eckert, in: DN, 9. 5. 1969, Nr. 19/1969, S. 7.

NPD, Programm.

NPD, Programm, Abschnitt XV, Punkt 12.

Brief von Gertraude Winkelvoß, Oktober 1962 (Unterstreichung im Original), in: Nds. HStA/NLA, Kl. Erw. A6 Nr. 1.

Doering-Manteuffel/Raphael/Schlemmer (Hrsg.), Vorgeschichte der Gegenwart.

Biess, Republik der Angst.

Nachlass von Ilse Herrmann, in: Nds. HStA/NLA, VVP 39 Acc. 147/92 Nr. 14.

Dieser Trend setzte sich in dem Jahrzehnt fort: 1969 zählte die NPD noch 28 000 Mitglieder, 1972 waren es nur noch 14 500. 1979 erreichte sie erstmals ihren Tiefstand mit 8 000 Mitgliedern. Hoffmann, NPD, S. 460.

Ebenda, S. 144.

„Würzburg“ gilt als Geburtsstunde des rechten Terrors in der Bundesrepublik: Eine Woche nach der Gründungsveranstaltung der Aktion Widerstand, am 7. November 1970, schoss Ekkehard Weil, ein 21-jähriger Anhänger der AW, auf einen Wachsoldaten am sowjetischen Ehrenmal in West-Berlin. Wenige Monate

zuvor, im Mai 1970, hatten Polizeikräfte die Europäische Befreiungsfront, eine u. a. aus NPD-Mitgliedern zusammengesetzten Terrorzelle, aufgedeckt. Sie plante Raubüberfälle, Entführungen und Morde, um die „kommunistische Expansion" einzudämmen. Anfang 1971 feuerten Helge Röthke und seine Lebensgefährtin Ingrid Richter, die auch Ende der 1970er-Jahre in der Berliner NPD noch eine wichtige Rolle spielen sollte, auf Grenzsoldaten der DDR. Im gleichen Zeitraum entlarvte man die Hengst-Bande, benannt nach dem Anführer Bernd Hengst, der 1969 ehemalige Mitglieder des Ordnerdienstes des NPD-KV Rhein-Sieg um sich geschart hatte. Er wurde unverzüglich festgenommen. Zum Rechtsterrorismus vgl. Virchow, Nicht nur der NSU; Gräfe, Rechtsterrorismus.

Zur Geschichte der AW vgl. Kopke, Aktion Widerstand; Botsch, Die extreme Rechte, S. 64.

Es handelt sich dabei um die Wehrsportgruppe Hoffmann, die Aktionsfront Nationaler Sozialisten/ Nationale Aktivisten und die Volkssozialistische Bewegung Deutschlands/Partei der Arbeit.

Polizeiakte zu Gertraude Winkelvoß, in: Nds. HStA/NLA, Nds. 147 Acc 93/95 Nr. 898.

Fünf Tage nach der Bundestagswahl tauchte der Begriff zum ersten Mal im Parteiorgan auf. Vgl. NPD-Parole: Widerstand leisten, in: DN, 3. 10. 1969, Nr. 40/1969, S. 1.

Brief von Gertraude Winkelvoß, Januar 1971, in: Reimer Winkelvoß, Nachruf für Gertraude Winkelvoß, S. 79, in: Nds. HStA/NLA, Kl. Erw. A6 Nr. 2.

Gertraude Winkelvoß, Haben wir genug getan?, in: DN, 5. 2. 1971, Nr. 6/1971, S. 6.

National-Verlag (Hrsg.), Widerstand.

Polizeiakte zu Gertrud Lange-Mätzler, in: Nds. HStA/NLA, Nds. 147 Acc 93/95 Nr. 1082.

Wahlvorschläge der NPD für die Wahl zur hamburgischen Bürgerschaft 1970, in: Universitätsarchiv Jena, Niethammer V Abt. XLVIII vl. NR. 320.

Polizeiakte zu Gertraude Winkelvoß, in: Nds. HStA/NLA, Nds. 147 Acc 93/95 Nr. 898.

Einladung zur Abendveranstaltung, 28. 4. 1970, in: Nds. HStA/NLA, Kl. Erw. A6 Nr. 3.

Anneliese Bläsing, Brief an einen Mitbürger, in: DN, 5. 6. 1970, Nr. 24/1970, S. 13.

Frauenkongress „Welchen Zoll verlangt die Zukunft?", 3.–4. 10. 1970 in Aschaffenburg, Teil von: Reimer Winkelvoß, Nachruf für Gertraude Winkelvoß, S. 78, in: Nds. HStA/NLA, Kl. Erw. A6 Nr. 2.

Brief von Gertraude Winkelvoß an die Basis, Januar 1971, in: ebenda, S. 79.

In Wahrheit hatte die NPD eine Abmachung mit der CDU getroffen. Durch ihren Verzicht sollte die Machtposition der ChristdemokratInnen in Baden-Württemberg und dementsprechend auch im Bundesrat gewahrt bleiben. Im Gegenzug wollte die Union mit ihrer konservativen Mehrheit die Ratifizierung der Ostverträge verhindern. Vgl. Hoffmann, NPD, S. 177 f.

Stöss, Struktur und Entwicklung des Parteiensystems, S. 250.

Moreau, Les héritiers du IIIe Reich, S. 160.

Ebenda, S. 150.

Heinrich Faßbender hatte seine Ämter schon Anfang 1970 niedergelegt. Seinen Austritt gab er am Vortag der hessischen Landtagswahl, am 7. November 1970, bekannt. Vgl. Olaf Ihlau, Hessens geschlagene NPD vor dem Zerfall, in: Süddeutsche Zeitung, 18. 11. 1970, in: APABIZ Berlin, NPD-Interna, 1969–1971, 3.3.

Botsch, Die extreme Rechte, S. 66.

Nationalpolitische Studien, August 1972, Nr. 8/1972, S. 15.

Als stellvertretender Vorsitzender und Vertreter des radikal-aktivistischen Flügels in der NPD war Siegfried Pöhlmann einer der Hauptgegner Adolf von Thaddens, dessen legalistische Strategie, autoritären Führungsstil und politische Orientierungen er scharf kritisierte. Beim Bundesparteitag in Holzminden kandidierte er für den Vorsitz, wurde bei der Wahl aber durch von Thaddens Kandidaten, dem gemäßigteren Martin Mußgnug, geschlagen. Pöhlmann verließ daraufhin die Partei mit seinen AnhängerInnen und gründete 1972 die Aktion Neue Rechte (ANR). Zum von Thadden-Pöhlmann-Konflikt vgl. Hoffmann, NPD, S. 148–161.

Aktivitätsbericht von Gertraude Winkelvoß, in: Nds. HStA/NLA, Nds. 147 Acc 93/95 Nr. 898.

Brief von Gertraude Winkelvoß an Herbord Große-Endebrock, 10. 1. 1972 (Unterstreichung im Original), in: Nds. HStA/NLA, Kl. Erw. A6 Nr. 3.

Brief von Gertraude Winkelvoß an Eva Happach, 12. 1. 1972, in: Nds. HStA/NLA, Kl. Erw. A6 Nr. 3.

Ebenda.

Raschke, Soziale Bewegungen, S. 77.

Inglehart, Revolution.

Wolfrum, Demokratie, S. 400.

Zur Diversität und Heterogenität der Neuen sozialen Bewegungen, die neben der Umweltbewegung auch pazifistische, feministische, LGBT- und Dritte-Welt-Bewegungen umfassten, vgl. die Standardwerke Roth/ Rucht (Hrsg.), Neue soziale Bewegungen, und Roth/ Rucht (Hrsg.), Bewegungen.

Vgl. die empirische Studie aus den 1970er-Jahren von Kaase/Marsh, Distribution of Political Action, zitiert in Hoecker, Politische Partizipation von Frauen, S. 164.

Ebenda, S. 175.

Schmidtchen, Situation der Frau, S. 67.

Hoecker, Politische Partizipation von Frauen, S. 176.

Die AutorInnen des Buchs „Männer mit Makel“ hinterfragen die Re-Maskulinisierungsprozesse in der westdeutschen Gesellschaft in den 1950er-Jahren aus der Perspektive „marginalisierter“ Männlichkeiten (Obdachlose, Kriegsversehrte, Homosexuelle usw.). Sie zeigen eindrucksvoll, inwiefern miteinander konkurrierende Männlichkeitsrepräsentationen sich destabilisierend auf herrschende Geschlechternormen (Heterosexualität, Patriarchat, Autorität) auswirkten und so den gesellschaftlichen Wandel begünstigen konnten. Vgl. Gotto/Seefried (Hrsg.), Männer mit „Makel“.

Gerhard, Frauenbewegung, S. 107 f.

Beim Kongress des SDS vom 13. September 1968 hatte Heike Sander aus Protest gegen die männliche Gleichgültigkeit gegenüber weiblichen Belangen einen Redner mit Tomaten beworfen und mit diesem antisexistischen Akt die Autonome Frauenbewegung symbolisch begründet. Vgl. Schulz, Atem der Provokation.

Gerhard, Frauenbewegung, S. 114.

Ebenda, S. 110.

Statistiken zufolge interessierten sich 1952 nur 11% der Frauen für die Politik, 1973 waren es schon 33%, 1983 dann 43%. Vgl. Cornelißen, Politische Partizipation, S. 322.

In den 1950er- und 1960er-Jahren betrug der *Gender Gap* etwa 3,5% zwischen Männern und Frauen; ihr Wahlverhalten glich sich in den 1970er-Jahren schrittweise an und erreichte 1976 den gleichen Stand (90% Wahlbeteiligung bei den Frauen, 90,5% bei den Männern); ebenda, S. 331.

Hoecker, Politische Partizipation von Frauen, S. 63.

Ebenda, S. 75–87.

Ebenda, S. 85.

Raschke, Die Grünen, S. 417.

Zu Parität und Fördermaßnahmen vgl. Briatte-Peters, Les Verts. Allgemein zu den Gründungsjahren der Grünen vgl. Mende, Nicht rechts, nichts links, sondern vorn.

Die SPD entschied sich 1988 für eine Frauenquote, die CDU 1994 für ein unverbindliches und recht

ineffizientes „Frauenquorum“. In den Führungsgremien der CDU stieg der Frauenanteil von 9,1% (1976) auf 21,2% (1990) an; in der SPD erhöhte sich ihr Anteil im Bundesvorstand von 8,3% (1976) auf 35,3% (1990); Vgl. Cornelißen, Politische Partizipation, S. 334.

Die Zahlen stammen aus den Verfassungsschutzberichten und wurden u. a. abgedruckt in: Hoffmann, NPD, S. 460.

NPD-Aufschwung in Zahlen, in: Deutsche Stimme (DS), Nr. 4/1986, S. 3.

Martin Mußgnug, Wer wir sind – was wir wollen, in: DS, Nr. 7/1986, S. 2.

Christine Ringmayer, Ich müßte eine Vorbildfrau in ihrem Sinne sein, in: DS, Nr. 11/1989, S. 4.

Hoffmann, NPD, S. 387.

Der Frauenanteil belief sich 1970 auf 8,8%, 1971 auf 4,3%, 1975 auf 10%, 1977 auf 7,1%, 1982 auf 8%, 1984 auf 6,2% und 1988 auf 12,5%. Errechnet wurden die Zahlen für den Bundesvorstand und die Landesvorstände anhand der Listen der bei Parteitagen in die Vorstände gewählten ParteifunktionärInnen. Die Übersichten wurden jeweils von der NPD im Parteiorgan oder vom Bundeswahlleiter veröffentlicht. Vgl. IfZ München, Dn 87.

So erging es beispielsweise Marlene Erber und Edith Fleischer, die 1979 beim Bundesparteitag in Ketsch nicht in den Vorstand gewählt worden waren und daraufhin von Parteichef Mußgnug in diesen berufen wurden. Ohne Stimmrecht nahmen sie dort nur eine beratende Position ein.

Das, was hier etwas willkürlich als weibliche Elite

bezeichnet wird, bezieht sich in Wahrheit auf 28 Parteifunktionärinnen, welche entweder schon Teil des Bundesvorstands waren oder bei Parteitagen für die Aufnahme in diesen kandidierten. Diese Kandidatinnen waren meist schon Mitglieder von Kreis- und Landesvorständen, hatten also ebenfalls politische Funktionen inne. In der Zeit zwischen 1972 und 1989 wurden etwa 60 Frauen in die Landes- und Bundesvorstände gewählt, doch lässt sich leider nicht für alle empirisches Material finden. Die Angaben für die in der Analyse berücksichtigten 28 Parteifunktionärinnen stammen aus den im Vorfeld für die Parteitage erstellten KandidatInnenlisten. Errechnet wurden die Statistiken von der Verfasserin des vorliegenden Buches. Vgl. Bestand von Ilse Herrmann, in: Nds. HStA/NLA, VVP 39 Acc. 147/92 Nr. 14.

Vgl. Häußermann/Siebel, Dienstleistungsgesellschaften, S. 178.

Sie fingen an, sich von der Partei abzuwenden, als sich ihre Aussichten auf Karriere und Mandatsgewinnung verschlechterten. Die Furcht vor persönlichen und beruflichen Einbußen verstärkte diesen Trend noch zusätzlich. Vgl. Hoffmann, NPD, S. 386 f.

Moreau, Les héritiers du IIIe Reich, S. 160.

Von Thadden, der sich anlässlich des Holzmindener Parteitags 1971 von der Parteispitze zurückgezogen hatte, betrachtete Mußgnug insgeheim als Übergangslösung. Eigentlich sollte er die Zeit bis zur ruhmreichen Rückkehr des Gründungsvaters überbrücken. So weit kam es aber nicht: Nach anhaltenden Parteikonflikten verließ von Thadden die NPD 1975 endgültig.

Die bei Wahlen in der Folgezeit von der NPD erreichte

Höchstmarke lag bei 1%, so wie 1974 in Bayern (1,08%) und Hessen (1,01%) und 1975 in Rheinland-Pfalz (1,08%) und Bremen (1,1%). In den anderen Bundesländern war die Lage nicht weniger desaströs: In Hamburg ergatterte die NPD 1974 0,76% der Zweitstimmen, in Niedersachen 0,64%. Im Jahr darauf erhielt sie 0,35% in Nordrhein-Westfalen, 0,68% im Saarland und 0,54% in Schleswig-Holstein. Vgl. Hoffmann, NPD, S. 452 f.

Vgl. Moreau, Les héritiers du IIIe Reich, S. 166. In den Wahlen blieb der *Gender Gap* in diesem Jahrzehnt konstant bei einem Verhältnis von zwei zu eins.

Zur Frey-Kontroverse vgl. Hoffmann, NPD, S. 192–201.

Aus Protest gegen die Mußgnug'sche Linie ließ Adolf von Thadden die Partei 1975 definitiv hinter sich, nicht aber die extreme Rechte, die er dank seiner publizistischen Arbeit bis zu seinem Tod 1996, von Teneriffa aus, seiner neuen Heimat im post-francistischen Spanien, intellektuell und politisch weiterhin zu beeinflussen suchte.

Günter Deckert war nicht nur ein begeisterter Anhänger dieser neuen intellektuellen Strömung, er beteiligte sich auch tatkräftig an der Verbreitung ihrer Thesen und Ideen im deutschsprachigen Raum. Als ausgebildeter Romanist übersetzte er mehrere Schriften und Bücher Alain de Benoists, des Vordenkers des GRECE und der französischen *Nouvelle Droite*, und importierte hierdurch sein Gedankengut in die deutsche extreme Rechte.

Günter Deckert, Überlegungen zur Lage der Partei: Folgerungen für den Parteitag in Hannover am 26.–27. März 1977, in: APABIZ, NPD-Interna, 1972–1977, 3.5.

Nirgendwo, weder in Hamburg (0,34%) noch in

Niedersachsen (0,43%), Hessen (0,37%), Bayern (0,58%), Rheinland-Pfalz (0,63%) oder in Bremen (0,39%) konnte die NPD in den Jahren 1978–1979 die 1-Prozent-Marke mehr überwinden, sie blieb sogar weit dahinter zurück. 1980 erreichte die NPD bei der Bundestagswahl ein neues Tief (0,18%).

Vgl. Mußgnugs Parteitagsrede: Martin Mußgnug, Bundesparteitag 1979 – Rückschau und Ausblick, in: DS, Nr. 1/1980, S. 4.

Ausländerstopp, Deutschland den Deutschen, in: DS, Nr. 2/1980, S. 1.

Bürgerinitiative Ausländerstopp, in: DS, Nr. 3/1980, S. 2.

Zahlreiche Monographien und Beiträge haben schon Anfang der 1990er-Jahre versucht, den Aufstieg der extremen Rechten und den schlagartigen Durchbruch der REP in der Bundesrepublik zu deuten. So z. B. Stöss, Republikaner, oder Jaschke, Republikaner. Vergleichende und transnationale Untersuchungen lieferten u. a. Bergsdorf, Ungleiche Geschwister, und Obszerninks, Nachbarn am rechten Rand. Annette Skrzydlo und Nikola Wohllaib interessierten sich ihrerseits für die Stellung der Frauen bei den REP; vgl. Skrzydlo/Wohllaib, Frauen bei den Republikanern.

Die meisten Informationen, Dokumente und Quellen stammen aus dem Parteiorgan „Deutsche Stimme“ sowie aus den Beständen des Hartmut-Meyer-Archivs und des APABIZ.

Die zentrale Schulung beginnt, in: Deutscher Kurier, Nr. 4/1973, S. 6.

Zur Kampagne David-Happachs gegen den Radikalenerlass vgl. S. 204 f. in diesem Buch.

Brief von Eva-Maria von Wolzogen an die Mitglieder des Hessischen Landesverbands, 3. 9. 1975, in: APABIZ, NPD-Interna, 1972–1977, 3.5.

Ebenda.

Ebenda.

Eva-Maria von Wolzogen, Frauen aktiv in Hessen, in: DS, Nr. 6/1976, S. 5.

Parteivorstand tagte in Ulm, in: DS, Nr. 5/1977, S. 3.

Marlene Erber, Liebe Frauen und Mädchen in der NPD, in: DS, Nr. 7/1977, S. 6.

Marlene Erber, Frauenkongreß in Heidelberg, in: DS, Nr. 11/1977, S. 5.

Der Maternalismus (Lebensschutz, Antifeminismus, Hausfrauenehe, Pronatalismus), der das familienpolitische Programm maßgeblich kennzeichnete, wird im folgenden Kapitel besprochen.

Marlene Erber, Die Frau als Mittelpunkt unseres Volks, 21. 9. 1978, in: APABIZ, NPD-Interna, 1978–1979, 3.6; Mitgliederversammlung, in: DS, Nr. 2/1979, S. 6; Marlene Erber, „Nur dem ganzen Volk verpflichtet“ – Forderungen zur Familien- und Gesundheitspolitik, in: DS, Nr. 8/1978, S. 6; Das Jahr des Kindes – ein westlicher Beitrag zum Jahr des Kindes .... und zur „Europa-Wahl“, in: DS, Nr. 5/1979, S. 2.

Zitiert nach Hoffmann, NPD, S. 222.

Zu den bio-ökologischen Ideen der NPD vgl. S. 224–232 in diesem Buch.

Neuer Ausschuß berufen, in: DS, Nr. 3/1978, S. 3.

Vgl. DS, Nr. 4/1977, S. 6; DS, Nr. 1/1978, S. 4; DS, Nr. 5/1978, S. 6; DS, Nr. 11/1978, S. 5; DS, Nr. 3/1979, S. 5; DS, Nr. 6/1979, S. 6; DS, Nr. 7/1980, S. 3.

Nationaldemokratischer Kongreß: Sicherung einer lebenswerten Umwelt, in: DS, Nr. 6/1980, S. 3.

Vgl. DS, Nr. 5/1979, S. 9; DS, Nr. 2/1981, S. 6; DS, Nr. 4/1981, S. 6; DS, Nr. 9/1982, S. 5; DS, Nr. 10/1982, S. 4; DS, Nr. 2/1984, S. 8; DS, Nr. 7/1986, S. 4.

Zum politischen Rassismus der NPD vgl. S. 212–218.

DS, Nr. 11/1983, S. 4.

Vertrauen zum bewährten Vorstand, in: DS, Nr. 4/1976, S. 4.

Gudrun Dörfel, in: DS, Nr. 9/1986, S. 9.

Vertrauen zum bewährten Vorstand, in: DS, Nr. 4/1976, S. 4.

Lob der Frauen, in: Knabe (Hrsg.), 20 Jahre NPD, S. 48–50, hier S. 48.

Helene Rosentreter 86, in: DS, Nr. 2/1981, S. 5; Maria Stäge 90 Jahre, in: DS, Nr. 9/1981, S. 2.

Vgl. den Artikel zu Helga Maria Eschweiler in: DS, Nr. 8/1986, S. 2; zu Ruth Becker in: DS, Nr. 9/1986, S. 1; zu Irmgard Krüger in: DS, Nr. 11/1986, S. 10.

Hoffmann, NPD, S. 428.

Laut der Politikwissenschaftlerin Sabine Laue waren diese Maßnahmen Teil der geheimen Abmachungen, die zwischen den Westmächten und der Sowjetunion im Rahmen des Viermächteabkommens über Berlin 1971 getroffen wurden. Vgl. Laue, NPD, S. 65 f.

Aktivitätsbericht zur NPD, 13. 8. 1977 in West-Berlin, in: BStU, Abt XV Nr. 58 Tl 1/2, S. 117–119.

Aus der Berliner NPD, in: DS, Nr. 3/1979, S. 5.

Ingrid Röthke, Freiheit für Rudolf Hess, in: DS, Nr. 5/1969, S. 6.

Dies behauptete Ursula Schaffer zumindest in einem Interview mit der unter Decknamen agierenden Journalistin Franziska Tenner Anfang der 1990er-Jahre. Vgl. Tenner, Ehre, Blut und Mutterschaft, S. 44.

Ebenda, S. 47 f.

Ihre Kontakte reichten beispielsweise auch nach Österreich. 1981 lud sie die dort ansässige Nationaldemokratische Partei (NDP) zu einem Kameradschaftstreffen ein, um die politische Lage der „Reichshauptstadt“ Berlin zu besprechen, Ideen rund um den „Anschluss“ Österreichs an Deutschland auszutauschen und die Kooperation zwischen beiden Parteien zu intensivieren. NPD Berlin bei Österreichs NDP, in: DS, Nr. 6/1982, S. 3.

Schaffer verbreitete die in rechten Kreisen verbreitete verschwörungstheoretische These, wonach Hitler durch die vermeintlichen Vernichtungsabsichten Churchills und der Juden zu einem präventiven Krieg geradezu genötigt gewesen sei. Auch das den Deutschen angelastete, in Wahrheit aber von Sowjets verantwortete Massaker von Katyn legte sie als Geschichtsfälschung aus, mit der die Alliierten Deutschland unter Druck setzten wollten. Zeitlebens engagierte sie sich in revisionistisch-negationistischen Kreisen und schrieb unter anderem auch Beiträge für die von Udo und Margarete Walendy seit 1975 herausgegebene Zeitschrift „Historische Tatsachen“;

vgl. Tanner, Ehre, Blut und Mutterschaft, S. 43–77.

Ursula Schaffer, Offener Brief, in: DS, Nr. 6/1979, S. 4 (Fettdruck im Original).

„Wir sind national-völkisch, ohne parteipolitisch gebunden zu sein. Wir sind rechtsextrem, das gebe ich zu, ohne daß wir gewalttätig werden, aber wir haben eine ganz klare rechte, nationale Haltung." Vgl. Tenner, Ehre, Blut und Mutterschaft, S. 62 ff. Die DKG entstand 1979 nach ihrer Abspaltung von der DKEG. 1990 wurde der von Ursula Fascher geführte Berliner Verband der DKG in Berliner Kulturgemeinschaft Preußen (BKP) umgetauft.

KV Märkischer Kreis: Neuwahl des Kreisvorstandes und Gründung einer Frauengruppe, in: DS, Nr. 2/1976, S. 5.

Vgl. DS, Nr. 3/1976, S. 4; DS, Nr. 4/1976, S. 5; DS, Nr. 7/1976, S. 8.

DS, Nr. 7/1976, S. 7.

„Frauen für Deutschland" – Gabriele Prehl in Köln, in: Vogel (Hrsg.), Nationaldemokraten informieren, o. S.

Marcus König, Frauen: keine Außenseiter in der NPD, in: DS, Nr. 6/1977, S. 7.

Bürgerinitiative Ausländerstopp, in: DS, Nr. 3/1980, S. 2.

Vgl. DS, Nr. 2/1982, S. 4; DS, Nr. 3/1982, S. 6; DS, Nr. 4/1982, S. 6; DS, Nr. 5/1982, S. 6; DS, Nr. 11/1985, S. 4; DS, Nr. 4/1989, S. 4.

Gerhard, Frauenbewegung, S. 111.

Diesbezüglich schrieb die „Deutsche Stimme": „Es ist ein Vorurteil unserer Gegner, daß die NPD als

‚Männerpartei' auch heute noch in großen Teilen der Öffentlichkeit angesehen wird. Von Anfang an ist die NPD auch durch Frauen mitgeprägt worden, und in allen Parteivorständen der vergangenen elf Jahre waren Frauen vertreten. Immer haben Frauen die Arbeit in unserer Partei mitgetragen, wenn auch oft bescheiden, aber nicht weniger aktiv, im Hintergrund. […] In der Partei wird das stärker werdende Gewicht der Frauen in den parteiinternen Veranstaltungen, insbesondere auf den Parteitagen, sichtbar. Ein großer Teil der Delegierten sind heute schon Frauen: Ein Zeichen dafür, wie sehr sie in den Kreisverbänden das Leben mitgestalten. Die aktive Frauenarbeit ist mancherorts im Entstehen: voll wirksam ist sie in der Frauengruppe des Märkischen Kreises." Lebendige Frauenarbeit in der NPD, in: DS, Nr. 1/1977, S. 5.

Vgl. Röpke, Retterin der weißen Rasse, S. 66 ff.

Die WJ, 1952 als Nachfolgeorganisation der HJ und des BDM mit dem Ziel gegründet, das nationalsozialistische Erbe in die Bundesrepublik hinüberzuretten, diente bis zu ihrem Verbot 1994 der rechtsextremen Sozialisierung des Nachwuchses. Durch das Uniformtragen – Hemd und Hose für die Jungen, langer Rock und Bluse für die Mädchen – sowie durch Lager, Feste und Belastungsmärsche, durch ideologisch verformte Unterrichtseinheiten über germanische Bräuche, in „Rassenkunde", Geschichte und paramilitärischer Ausbildung vermittelte sie ihren jungen Mitgliedern, die sich in ihrem 40-jährigen Bestehen immerhin auf 15 000 bezifferten, eine aus Abenteuer und Drill bestehende bundesrepublikfeindliche bzw. völkische Erziehung; vgl. Virchow, Wiking-Jugend.

Dass die rechtsextremen Verflechtungen auch transnational ausgelegt waren, verdeutlicht das Beispiel des späteren NPD-Kaders Jürgen Rieger, der gute

Verbindungen zur französischen Neuen Rechten unterhielt und ihren Vordenker, Alain de Benoist, auch in das Redaktionskomitee der NA holte. Ab 1972 leitete der Rassist und Eugeniker Rieger zusätzlich noch die Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung. Vgl. Moreau, Les héritiers du III[e] Reich, S. 254 f.

Das gemeinsame Dach – Die Religion der Rasse, in: VVN-BdA Niedersachsen (Hrsg.), Neofaschismus, S. 11–13.

In der Forschung wurde lange Zeit kontrovers diskutiert, ob die extreme Rechte als Bewegung beschrieben werden könne. Richard Stöss befand die Benutzung des Bewegungsbegriffs für die extreme Rechte als unnütz und nichtssagend. Claus Leggewie erklärte seinerseits, bei der extremen Rechten könne, da sie die Werte und Ziele der Neuen sozialen Bewegungen bekämpfte, höchstens von „Gegenbewegung“ oder von „Anti-Bewegungs-Bewegung“ die Rede sein. Doch blendete er dabei den subversiven und fundamentaloppositionellen Charakter der extremen Rechten aus, deren Hauptfeind schon in den 1970er-Jahren das demokratisch-parlamentarische System der Bundesrepublik war. Dass man sie nicht zu den Neuen sozialen Bewegungen zählen kann, ist offensichtlich, baute sie doch vornehmlich auf die „Gemeinschaft“ und nicht auf das Individuum, auf die Rasse und nicht auf die Emanzipation, auf den Autoritarismus und nicht auf den Liberalismus. Die extreme Rechte war immer reaktionär, manchmal revolutionär, aber nie progressiv. In ihrer netzwerkförmigen Beschaffenheit jedoch glich – bzw. gleicht sie immer noch – einer Bewegung. Als kollektiver Akteur mobilisierte sie, wie es auch Joachim Raschkes Definition von Bewegungen nahelegt,

Einzelpersonen, Gruppen und Organisationen, deren Ziel es war und ist, durch Protest oder Gewalt eine politische Veränderung in Deutschland herbeizuführen. Auch die Zurschaustellung von identitätsstiftenden Symbolen und Zeichen, von Kommunikationscodes, kulturellen Praktiken und Subkulturen sowie einer spezifischen Soziabilität, die in einschlägigen Veranstaltungen, Festen, Treffen und politischen Demonstrationen ihren Niederschlag findet, weist auf eine extremistische Teilkultur hin, die für Bewegungen charakteristisch ist. Vgl. Stöss, Forschungs- und Erklärungsansätze, S. 52 f., und Leggewie, Republikschutz, S. 335.

Über die Zukunftsforschung in der Bundesrepublik vgl. Seefried, Zukünfte.

Beilage zur DN, in: DN, Nr. 8/1970.

Das Programm wurde u. a. veröffentlicht in: Hergt (Hrsg.), Grundsatzprogrammatik, S. 367–400.

Ebenda, S. 407.

Es übernahm auch das sehr konnotierte „Jedem das Seine“ aus dem Manifest von 1965 und evozierte erstmalig und kaum verhüllt die „Gemeinschaft des Volks“; ebenda, S. 412 f.

NPD, Nationaldemokratische Gedanken.

Die nationaldemokratische Vereinnahmung des Hambacher Festes, das als Schlüsselmoment liberal-bürgerlicher Selbstbehauptung gegen das nach 1815 durch den Deutschen Bund installierte Restaurationsregime in die Geschichte eingegangen ist, ist ein raffinierter Schachzug der Parteistrategen: Wie die historischen Vorbilder reklamiert auch die NPD die

nationale Einheit, Freiheit und Souveränität. Durch die Analogie konnte die NPD ihre Fundamentalopposition zum zeitgenössischen „Regime“, der Bundesrepublik Deutschland, ausdrücken, ohne sich der Verfassungsfeindlichkeit verdächtig zu machen.

Im Wesentlichen bezeichnet die „Neue Rechte“ eine Grauzone oder ein „Scharnier“ (Wolfgang Gessenharter) zwischen dem demokratischen Konservativismus und der extremen Rechten. Ob konservativ, nationalkonservativ oder nationalrevolutionär, ihre AnhängerInnen beriefen sich auf die „Konservative Revolution“ der 1920er-Jahre und erkannten in Alain de Benoist, dem Vertreter der französischen *Nouvelle Droite*, den intellektuellen Vordenker ihrer Strömung. Vgl. Gessenharter/Fröchling, Neue Rechte.

Hoffmann, NPD, S. 321 ff.

Unter Ethnopluralismus lassen sich solche Vorstellungen fassen, welche die ethnische Vielfalt in der Welt betonen, zugleich aber auch die Wahrung der biologischen Eigenart jeder ethnischen Gruppe mit deren Verbleib in ihrer Ursprungsumgebung verknüpfen und fordern. Den Kulturbegriff bemüht die „Neue Rechte“ dabei sozusagen als „Rasse“-Ersatz.

Der nationalrevolutionäre Solidarismus speiste sich maßgeblich aus dem „Strasserismus“, einer nach Otto Strasser benannten Strömung, die eine Zeit lang dem linken Flügel der NSDAP angehörte und nach 1945 die Idee eines dritten Weges zwischen Marxismus und Liberalismus als Synthese des Nationalen und des Sozialen propagierte. Über Otto Strasser vgl. März, Nationale Sozialisten.

Botsch, Die extreme Rechte, S. 71.

DN, Nr. 36/1971, S. 4.

Vgl. BStU, Abt XV, Nr. 63, Teil 1, S. 180 f. Zwei Jahre später nahmen die Parteitagsdelegierten einen Antrag an, der die systematische Ersetzung der Begriffe „Sozialismus" und „sozialistisch" durch „Marxismus" und „marxistisch" vorsah, sofern jene sich auf die politische Linke bezogen. Somit hatten die nationalrevolutionären Kräfte den Deutungskampf für sich entschieden; Hoffmann, NPD, S. 325.

Die „Deutsche Wochenzeitung" war ursprünglich in Konkurrenz zum „Reichsruf" gegründet worden, um der Thadden-Gruppe die Vorherrschaft über die DRP zu sichern. 1974 erschien sie in einer Auflage von 40 000 Exemplaren. 1986 überließ Schütz die DWZ der Obhut Gerhard Freys, der sie zum Parteiorgan der DVU umfunktionierte. 1991 gingen die DWZ und die „Deutsche National-Zeitung" (DNZ) zusammen. Vgl. Virchow, Struktur und Funktion der Frey-Presse.

Die Unabhängigkeit war durchaus begrenzt, wurde doch auch der „Deutsche Kurier" vom Schütz-Verlag herausgegeben. Im Gegensatz zur DWZ konnte die NPD beim DK nur über die Hälfte des Zeitungsinhalts frei verfügen. Vier von den insgesamt acht Seiten gestaltete der stellvertretende Vorsitzende Ernst Anrich; ebenda, S. 35.

Ein Wort zum Titel „Deutsche Stimme", in: Deutsche Stimme (DS), 1/1976, S. 6.

Die männlichen Leser wurden dazu aufgerufen, die nationaldemokratische Propaganda an ihre Frauen weiterzuvermitteln und diese zu überzeugen, in die NPD einzutreten. Das illustriert z. B. das humorvoll gemeinte Bonmot: „Übrigens: Nationaldemokratische Politik ist auch Frauensache. Haben Sie schon mal mit

Ihrer Frau gesprochen … und zugehört?“, in: DS, Nr. 5/1979, S. 7.

Vgl. bspw. DS, Nr. 10/1976, S. 7; DS, Nr. 12/1976, S. 1; DS, Nr. 2/1977, S. 8; oder DS, Nr. 3/1983, S. 7.

DS, Nr. 5/1984, S. 8.

Insgesamt erhielt die NPD bei der Europawahl nur 0,8% der Stimmen; Hoffmann, NPD, S. 458.

Die RAF existierte offiziell bis 1998 weiter. Sabine Bergstermann hat sich der „bleiernen Zeit“ (Margarete von Trotta) aus der Perspektive des Stammheimer Hochsicherheitsgefängnisses genähert. In ihrem Blickpunkt stehen die Haftbedingungen und Todesumstände der TerroristInnen sowie die in der Öffentlichkeit ausgetragenen Kontroversen über die RAF und das Staatsverhalten während des „Deutschen Herbstes“. Vgl. Bergstermann, Stammheim.

Selbstmord – die rote Ulrike bombt nicht mehr, in: DS, Nr. 6/1976, S. 8.

Die NPD forderte mehr Mittel für Polizei und Staatsschutz sowie eine schnellere und härtere Justiz. Sie ging aber nicht so weit, die Wiedereinführung der Todesstrafe zu reklamieren, wie sie zahlreiche NationaldemokratInnen schon seit dem Ketscher Parteitag von 1975 forderten.

Wir klagen an …, in: NPD – informiert, Nr. 10/1977, o.S. (Hervorhebung im Original).

Marlene Erber, Frauenkongreß in Heidelberg, in: DS, Nr. 11/1977, S. 5.

Dazu zählten u. a. Manfred Roeders Deutsche Bürgerinitiative (1971), Karl-Heinz Hoffmanns

Wehrsportgruppe (WSG Hoffmann, 1973), Erwin Schönborns Kampfbund deutscher Soldaten (KDS, 1975) sowie Michael Kühnens Aktionsfront nationaler Sozialisten (ANS, 1977).

Zum rechtsterroristischen Fahrwasser der 1980er-Jahre gehörten u. a. die von Manfred Roeder 1980 ins Leben gerufenen Deutschen Aktionsgruppen, die WSG Hoffmann sowie andere Wehrsportgruppen, der KDS, Friedhelm Busses VSPD/PdA oder die Hepp-Kexler-Gruppe (1982). Die lange in einer abwartenden Haltung verharrenden Behörden verboten im Laufe der 1980er-Jahre die WSG Hoffmann (1980), den VSBD/PdA (1982) und Kühnens ANS/NA (1983). Vgl. Virchow, Nicht nur der NSU.

PV erwartet Parteibewußtsein, in: DS, Nr. 4/1978, S. 3. Ab 1983 wurde der Unvereinbarkeitsbeschluss auch auf Kühnens ANS/NA ausgedehnt. Vgl. DS, Nr. 8/1983, S. 4.

DS, Nr. 11/1980, S. 3.

In einer Broschüre von 1978 identifizierte Marlene Erber lediglich die „linken Staatsfeinde" als „Extremisten". Vgl. Welche Leute sind Extremisten?, in: APABIZ, NPD-Interna, 3.6.

Zweifellos belastete der Radikalenerlass die Kanzlerschaft Willy Brandts, weil er absolut unvereinbar mit den verheißungsvollen Modernisierungs-, Liberalisierungs- und Demokratisierungsversprechen schien, die Brandt in seiner Regierungserklärung vom 28. Oktober 1969 formuliert hatte. Vgl. Schildt/Schmidt (Hrsg.), Wir wollen mehr Demokratie wagen.

Die Zeitgeschichtsschreibung beleuchtet diese Maßnahme meist vor dem Hintergrund des Kalten Krieges. Dominik Rigoll hingegen interpretiert sie als

Ergebnis der „Renazifizierung“ der Funktionseliten in der Ära Adenauer und der damit einhergehenden Errichtung eines antitotalitären, *de facto* aber vor allem antikommunistischen Konsenses in der Bundesrepublik, der in den 1970er-Jahren zum „Extremistenbeschluss“ geführt habe. Vgl. Rigoll, Staatsschutz.

1974 wurde ein Verfahren gegen den baden-württembergischen stellvertretenden Landesvorsitzenden Rolf Kosiek eingeleitet, das 1975 auf seinen Ausschluss aus dem öffentlichen Dienst hinauslief. Er wurde 1977 wieder in den Staatsdienst integriert, 1980 dann aber definitiv entlassen. Günter Deckert durchlief drei Berufsverbotsverfahren. Das erste wurde 1978 folgenlos eingestellt, das zweite erwirkte 1982 seine Zurückstufung vom Oberstudienrat zum Studienrat, das dritte führte 1988 schließlich zu seiner Entlassung aus dem Staats- und Schuldienst.

Offener Brief Eva Happachs an Henning Schwarz (Landesjustizminister Schleswig-Holsteins), 26. 2. 1972, in: APABIZ, NPD-Interna, 3.4.

Offener Brief Eva Happachs an Rudolf Tietzck (Innenminister Schleswig-Holsteins), 26. 2. 1972, in: ebenda.

Offener Brief Eva Happachs an Werner Braun (Kultusminister Schleswig-Holsteins), 8. 7. 1972, in: ebenda.

Pressemitteilung des NPD-Landesvorstands von Schleswig-Holstein, 22. 8. 1973, in: ebenda.

Brief des Anwalts der schleswig-holsteinischen NPD an den Staatssekretär Werner Schmidt, 28. 8. 1973, in: ebenda.

Die Debatte um die misogyn anmutende Ausblendung weiblicher (Mit-)Täterschaft ist im Rahmen der Rechtsterrorismusforschung und der neuen Erkenntnisse rund um den NSU wieder entflammt. Vgl. Köttig, Gender Stereotypes.

Wirsching, Abschied, S. 11.

NPD, Programm, 1973.

Nationaldemokratische Propaganda-Depesche (NP-D), IV/1979, S. 1.

Das Ende der Bundesrepublik, in: NP-D, V/1979, S. 13 (Großbuchstaben im Original).

Wir sind Deutsche – Schluß mit der Kolonialherrschaft auf deutschem Boden, in: DS, Nr. 9/1979, S. 1.

Viel berichtete sie über Schicksale von misshandelten Männern und Frauen auf der anderen Seite der Mauer; sie bereitete bspw. auch jenes der wegen versuchter „Republikflucht" in der DDR inhaftierten Doris Wells propagandistisch auf. Vgl. Doris Wells, in: DS, Nr. 12/1981, S. 2.

Nationaldemokraten im Zonenstaat, in: DS, Nr. 10/1979, S. 4.

Hoffmann, NPD, S. 341 f.

Ursula Schaffer, Ehre wem Ehre gebührt, in: DS, Nr. 1/1978, S. 6 (Hervorhebungen im Original).

Durch die Unterzeichnung des Grundlagenvertrags (Dezember 1972), ein Meilenstein der Brandt'schen Ostpolitik, besiegelten die DDR und die Bundesrepublik ihre gegenseitige Anerkennung. Hinterher prüfte das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil die

Verfassungskonformität des Grundlagenvertrags und bestätigte, dass das Deutsche Reich nach 1945 *de jure* nie „untergegangen“ war, dass die Bundesrepublik als Staat mit „dem Staat ‚Deutsches Reich‘“ identisch, territorial gesehen aber nur „teilidentisch“ war und dass der deutsche Gesamtstaat beide Staaten umfasste. Die deutsche Wiedervereinigung galt weiterhin als Verfassungsgebot und wurde als prioritär zu erreichendes Ziel der Politik ausgewiesen. Vgl. Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 31. 7. 1973 zum Grundlagenvertrag zwischen der BRD und der DDR, 31. 7. 1973, Aktenzeichen: 2 BvF 1/73.

Einen Standpunkt, den sie auch 1994 in einem Interview noch vertrat: „Ich habe die Auschwitz-Lüge von vorneherein nicht geglaubt. Ich halte es für völlig unmöglich, daß sich ein deutscher Mensch zu solchen Greueltaten hergibt. Der Russe ist als gewissermaßen primitiver und sadistisch veranlagter Mensch bekannt. Aber daß unsere deutsche SS durch die Bank so sadistisch sein sollte, das habe ich für unmöglich gehalten. Ich traue es den Deutschen einfach nicht zu.“ Tenner, Ehre, Blut und Mutterschaft, S. 58.

Holocaust-Volksverhetzung gegen Deutschland, o. D. (Unterstreichung im Original), in: APABIZ, NPD-Interna, 3.1.

Bösch, Film, NS-Vergangenheit und Geschichtswissenschaft, S. 1–32, hier S. 2.

Wirsching, Abschied, S. 470 f.

NPD-Frauen an den Gräbern von Landsberg, in: DS, Nr. 1/1977, S. 6.

DS, Nr. 2/1977, S. 3.

Priester, Populismus und Rechtsextremismus, S. 63.

Gemeint waren die im italienischen Gaeta festgehaltenen Kriegsverbrecher Herbert Kappler und Walter Reder, die im niederländischen Breda festgesetzten Franz Fischer, Ferdinand Hugo aus der Fünten, Joseph Kotälla und Willy Lages sowie der in Berlin-Spandau inhaftierte Rudolf Heß.

Rudolf Heß, der seit 1920 NSDAP-Mitglied war, hatte 1923 am Hitler-Putsch teilgenommen und rückte im Nationalsozialismus in der politischen Rangordnung zur drittwichtigsten Persönlichkeit nach Hitler und Göring auf. 1941 begab er sich nach Großbritannien, um den Engländern ein Angebot zu unterbreiten: Im Austausch gegen den Frieden und die Zusicherung der territorialen Unversehrtheit Großbritanniens sollten die Engländer die deutsche Expansion auf dem Kontinent dulden. Doch wurde er festgenommen und 1946 vom Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg zu einer lebenslangen Haft verurteilt.

Vgl. Kohlstruck, Fundamentaloppositionelle Geschichtspolitik; Vierkant, Märtyrer.

Laßt Rudolf Hess frei!, in: DS, Nr. 2/1976, S. 1; Ingrid Röthke, Freiheit für Rudolf Hess, in: DS, Nr. 5/1979, S. 4; Rudolf Hess wird 90, in: DS, Nr. 4/1984, S. 3; Rudolf Hess ist frei – Rudolf Hess ist tot, in: DS, Nr. 9/1987, S. 1.

Zu Mythos und Wirklichkeit der „Trümmerfrauen“ vgl. Treber, Mythos Trümmerfrauen.

Ursula Schaffer, Die NPD nahm Abschied, in: DS, Nr. 2/1981, S. 4.

Priester, Populismus und Rechtsextremismus, S. 66.

Vgl. hierzu u. a. Kohlstruck, Völkische

Geschichtsauffassung.

Wolfrum, Demokratie, S. 337 f.

Dieser Diskurs wurde ebenfalls in der westdeutschen Presse transportiert. Vgl. Lehman, Gendered Orientalism.

„Mit großer Sorge beobachten wir die Unterwanderung des deutschen Volkes durch Zuzug von vielen Millionen von Ausländern und ihren Familien, die Überfremdung unserer Sprache, unserer Kultur und unseres Volkstums. [...] Das Übel an der Wurzel zu packen heißt, durch gezielte Entwicklungshilfe die Lebensbedingungen der Gastarbeiter in ihren Heimatländern zu verbessern – und nicht hier bei uns. Die Rückkehr der Ausländer in ihre angestammte Heimat wird für die Bundesrepublik Deutschland als eines der am dichtesten besiedelten Länder der Welt nicht nur gesellschaftliche, sondern auch ökologische Entlastung bringen.“ Vgl. Heidelberger Manifest, in: Die Zeit, 5. 2. 1982, http://www.zeit.de/1982/06/heidelberger-manifest (3. 2. 2017).

Die vom Allensbacher Institut für Demoskopie durchgeführte Studie zum Verhältnis der Deutschen zu den „Ausländern“ bestätigte die xenophoben Tendenzen in Westdeutschland. Sie wurden in der Forschung mal als Wiederkehr des „autoritären Charakters“ (Erich Fromm), mal als Ergebnis von existentiellen Ängsten, sozialen Frustrationen oder „gesellschaftlichen Desintegrationsprozessen“ (Wilhelm Heitmeyer) ausgelegt. Vgl. Institut für Demoskopie Allensbach, Zwischen Toleranz und Besorgnis, und Thränhardt, Ursprünge von Rassismus.

Zur westdeutschen Ausländerpolitik von 1974 bis 1990 vgl. Herbert, Geschichte der Ausländerpolitik; zur Ära

Kohl vgl. Wirsching, Abschied, S. 296–308.

Dudek/Jaschke, Rechtsextremismus, S. 298–300.

Ebenda, S. 299.

Aufruf der Fünfzigtausend: Ausländerstopp jetzt!, in: Digitale Datenbank des Hartmut-Meyer-Archivs.

Wilhelmine Steffens hatte auch ihren Kreisverband in Soltau-Fallingbostel der BIA zugeführt. So schrieb sie in der DS: „Der KV beschloß, die Zusammenarbeit mit der BI Ausländerstopp weiter und noch stärker als bisher durchzuführen und vor allem die Unterschriftensammlung intensiv zu betreiben." Vgl. DS, Nr. 4/1982, S. 5.

Deckert, Ausländer-Stopp.

Elke Grothe, Liebe Leser der deutschen Zukunft, in: Deutsche Zukunft, Zeitschrift der Bürgerinitiative Ausländerstopp, Nr. 1/1981, S. 4. Die Zeitschrift wurde zwischen 1981 und 1988 herausgegeben. Die Höhe der Auflage ist unbekannt; einsehbar in: Nds. HStA/NLA, VVP 39 Acc. 147/92 Nr. 35.

Zur Definition von Ethnopluralismus vgl. Botsch, Die extreme Rechte, S. 86 f.

„Die BI ‚Ausländerstopp' betont, daß sie keineswegs ausländerfeindlich ist. Sie meint, daß durch den weiteren Zustrom fremder Menschen die gemeinschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Folgen des Ausländerproblems so anwachsen, daß sowohl die Deutschen als auch die Ausländer Schaden nehmen." Deutsche Zukunft, Nr. 1/1981, S. 11.

Die monatlich in sehr begrenzter Auflage erscheinende und recht kurzlebige Broschüre wurde ursprünglich

unter dem Namen „Nationaldemokratische Propaganda-Depesche“ herausgegeben und im März 1980 in „Nationaldemokratische Depesche“ (NP-D) umgetauft. In: Nds. HStA/NLA, VVP Acc. 147/92 Nr. 33.

Vgl. NP-D, Nr. 3/1980, S. 4–8.

NS-Methoden in München – Zwangsgermanisierung, Integrationssucht in Kindergärten, in: DS, Nr. 5/1981, S. 3.

NPD-Grundsatzerklärung zum Ausländerproblem, in: NP-D, Nr. 5/1979, S. 4.

Ausländische Arbeiter in Deutschland, in: NP-D, Nr. 3/1980, S. 19.

Sterbendes Volk?, in: DS, Nr. 11/1980, S. 3.

DS, Nr. 5/1981, S. 1.

Vgl. Trauschein-Huren, in: DS, Nr. 11/1981, S. 4; Einreisestopp für Gastarbeiterfrauen und -kinder!, in: DS, Nr. 11/1981, S. 8; Mitbürgerinnen?, in: DS, Nr. 11/1983, S. 3.

Zur Begrifflichkeit des „Scheinasylanten“ in den 1980er-Jahren vgl. Bade, Europa in Bewegung, S. 379 f.

Die besten Ergebnisse erhielt die NPD gegen Ende des Jahrzehnts, etwa bei der Landtagswahl in Baden-Württemberg (2,1%) am 20. März 1988 oder in Schleswig-Holstein (1,2%) am 8. Mai 1988 sowie bei den hessischen Kommunalwahlen am 12. März 1989, bei denen die NPD u. a. in Frankfurt nach einer virulent xenophoben Kampagne ein für sie beachtliches Wahlergebnis (6,6%) einfahren konnte.

Einleitung, in: Helwig (Hrsg.), Frauen in Deutschland, S. 18.

Erwähnenswert ist dennoch, dass Frauen weiterhin vor allem in Teilzeit und auf unterqualifizierten Stellen beschäftigt waren. Der Staat unterließ es auch, das Betreuungsangebot für Kinder konsequent auszudehnen, was die Erwerbsarbeit von Frauen weiterhin stark beeinträchtigte. Vgl. Wirsching, Abschied, S. 319.

Ebenda, S. 321.

Ebenda, S. 324. Vgl. Nave-Herz, Wandel und Kontinuität.

Ein im Vorfeld der Hessenwahl von 1978 ausgeteiltes NPD-Flugblatt. In: APABIZ, NPD-Interna, 3.6.

Martha Kruse, Familie – Tradition oder Fortschritt, in: NPD, Frauen im Hessischen Landesverband der NPD, Oktober 1973, o. S., in: APABIZ, NPD-Interna, 3.4.

NPD, Programm, 1973.

Ebenda.

Martha Kruse, Die Familie in der Zerreißprobe, in: Nation Europa, Nr. 12/1974, S. 19–24, hier S. 23.

Vgl. bspw. Sexualerziehung in der Schule, in: DS, Nr. 5/1977, S. 8; Deutscher Jugenddienst, in: DS, Nr. 8/1977, S. 8; Kampf dem Sex-Terror, in: DS, Nr. 10/1977, S. 5; Sexualkunde als Persönlichkeitszerstörung, in: DS, Nr. 3/1978, S. 4; „Emanzipatorische“ Pädagogik, in: DS, Nr. 11/1985, S. 5.

Frauenwürde, in: DS, Nr. 9/1978, S. 8.

Marlene Erber, Flugblatt zur NPD-Veranstaltung vom 20. 9. 1974, in: Nds. HStA/NLA, VVP 39 Acc 147/92 Nr. 4.

NPD, Programm, 1973.

Entschließung des Arbeitskreises für Familie, Gesundheit und Schutz des Lebens der NPD, 22. 7. 1976, in: Nds. HStA/NLA, VVP 39 Acc 147/92 Nr. 4.

„Schluß mit übertriebener Emanzipation und echte Gleichberechtigung der Frau in Familie und Beruf unter Berücksichtigung ihrer Würde als Mutter und Hausfrau". Im Vorfeld der Hessenwahl vom 8. 10. 1978 ausgeteiltes Flugblatt der NPD, o. D., APABIZ, NPD-Interna, 3.6.

„Frauen für Deutschland" – Gabriele Prehl in Köln, in: Vogel (Hrsg.), Nationaldemokraten informieren, o. S.

Im Namen des Volkes ..., in: DS, Nr. 7/1977, S. 7.

DS, Nr. 7/1976, S. 7.

Die rasende Emma, in: DS, Nr. 1/1980, S. 8.

Softie – das neue Männerbild, in: DS, Nr. 1/1981, S. 2.

Helwig, Frauen in Deutschland, S. 18.

Wirsching, Abschied, S. 344–349.

NPD, Programm, 1987 (Unterstreichung im Original).

Wir haben abgetrieben!, in: Stern, 6. 6. 1971, Nr. 24/1971.

Zwei Monate zuvor war in Frankreich im „Nouvel Observateur" eine ähnliche Aktion gestartet worden. Vgl. Le manifeste des 343, in: Le Nouvel Observateur, 5. 4. 1971, Nr. 334/1971.

Gerhard, Frauenbewegung, S. 111.

Brief an Bundesjustizminister Gerhard Jahn, in: Lenz (Hrsg.), Die neue Frauenbewegung, S. 79 f.

NPD, Programm, 1973.

Hildegard Niewöhner, Frauen und Politik, in: NPD, Frauen im Hessischen Landesverband der NPD, Oktober 1973, o. S., in: APABIZ, NPD-Interna, 3.4.

Deutscher Selbstmord, ein Ergebnis der Umerziehung, in: DS, Nr. 2/1978, S. 4.

Stoppt den Volkstod!, in: DS, Nr. 10/1976, S. 8.

Der erste demographische Übergang zog sich vom Ende des 19. Jahrhunderts bis etwa 1920 hin. Er bezieht sich auf den Umbruch hin zur Industriegesellschaft, eine Zeit, in der sowohl die Geburten- als auch die Sterberate sanken. Vgl. Birg, Zeitenwende, S. 55 ff., oder Geißler, Sozialstruktur.

Botsch/Kopke, Umvolkung.

NP-D, III/1979, S. 6.

DS, Nr. 10/1979, S. 8.

Wirsching, Abschied, S. 327.

Niedersachsen voran – Landesparteitag Niedersachsen, in: DS, Nr. 6/1979, S. 5; Walter Bachmann, NPD fordert Rückkehr zum Rechtsstaat, 20. 10. 1979, APABIZ, NPD-Interna 3.6; Martin Mußgnug, Abtreibungsstopp, in: DS, Nr. 12/1986, S. 7.

Der stumme Schrei, in: DS, Nr. 10/1985, S. 7.

Stoppt den Volkstod, in: DS, Nr. 7/1976, S. 8; Das Geburtendefizit und seine Folgen, in: DS, Nr. 10/1977, S. 3.

Gesunde Lebensvoraussetzungen schaffen, in: NPD-informiert, Nr. 1/1977, o. S., in: APABIZ, NPD-Interna,

3.5.

NPD, Programm, 1973.

DS, Nr. 8/1987, S. 9.

Vgl. das Kapitel „Nationalsozialistische Sterilisations- und Geburtenpolitik“, in: Bock, Geschlechtergeschichten, S. 302–326.

Wolfrum, Demokratie, S. 104 f.

Dass der Umweltschutz für konservative bzw. reaktionäre Kräfte in den 1970er-Jahren keinesfalls „neu“ war, ist wissenschaftlich gesichert. Die erste Natur- und Heimatschutz-Bewegung entstand zu Beginn des 20. Jahrhunderts und richtete sich gegen die voranschreitende Industrialisierung und Verstädterung im wilhelminischen Deutschland. Durchzogen war sie durch völkische Strömungen, welche den Naturschutz mit einer antimodernistischen Zivilisationskritik verbanden und die Rückkehr zur einer „natürlichen“, d. h. vorindustriellen Gesellschaftsform propagierten. Zu den Vertretern dieser reaktionären Auslegung von Umweltschutz zählten etwa der 1904 gegründete Bund Heimatschutz oder die auf eine ganzheitliche Lebenshygiene gerichtete Lebensreform, deren Anschauungen zum Teil auch Eingang in den Nationalsozialismus fanden. Vgl. Geden, Rechte Ökologie, S. 21 f.

Wie Wilhelmine Steffens, Martha Kruse oder Irmgard Rasche standen viele NationaldemokratInnen dem WSL nah, der als Sammelbecken für „grüne“ Reaktionäre und NationalistInnen fungierte und seit den 1970er-Jahren von den Anthroposophen und Holocaustleugnern Ursula und Werner Georg Haverbeck geleitet wurde.

Vgl. Stöss, Vom Nationalismus zum Umweltschutz.

Arbeitstagung in Göttingen – Umwelt- und Lebensschutz als nationale Pflicht, in: DS, Nr. 9/1978, S. 5.

Umwelt- und Lebensschutzprogramm, in: DS, Nr. 2/1979, S. 8.

Ebenda (Fettdruck im Original).

Ökologisch zuverlässig: NPD-Grüne Liste, Flugblatt, 1979, in: APABIZ, NPD-Interna, 3.6.

Zur Gründungsgeschichte der Grünen vgl. Mende, Nicht rechts, nichts links, sondern vorn.

Grüne?, in: DS, Nr. 1/1981, S. 8.

Nationaldemokratischer Kongreß: Sicherung einer lebenswerten Umwelt, in: DS, Nr. 6/1980, S. 3.

Atomenergie – teuer, überflüssig und gefährlich!, in: DS, Nr. 2/1984, S. 8.

Strahlende Aussichten – Tschernobyl und die Folgen, in: DS, Nr. 7/1986, S. 4.

Brief von Ilse Herrmann an die Münchener Stadtverwaltung, 5. 9. 1985, in: APABIZ, NPD-Interna, 3.8.

NPD, Programm, 1987, S. 9.

Die Unterscheidung zwischen der „alten“ und der „neuen“ NPD markierte den Übergang von einer vormals bürgerlich-nationalkonservativen zu einer völkisch-nationalistischen bzw. nationalrevolutionären Linie unter dem Vorsitz Udo Voigts. Vgl. bspw. Pfahl-Traughber, Die „alte“ und die „neue“ NPD.

Zur „Bekenntnisgeneration“ gehören jene Männer und Frauen, die erst nach dem Zweiten Weltkrieg geboren wurden und die aus Überzeugung und nicht aus Sozialisation rechtsextremistisch bzw. neonazistisch sind. Nach 1990 kommen zu den westdeutschen „Neofaschisten“, wie sie Lutz Niethammer nennt, auch Frauen und Männer mit DDR-Sozialisation hinzu, die das Profil der „neuen“ NPD überaus stark geprägt haben und immer noch prägen.

Die NDPD war 1948 zunächst als Sammlung von NationalistInnen und NationalsozialstInnen in der sowjetischen Besatzungszone gegründet worden. In der DDR unterstützte sie als Blockpartei die Politik der SED und ging 1990 letztendlich in der FDP auf. Vgl. Walter, National-Demokratische Partei Deutschlands (NDPD); Schreiber, Deutsche.

Hoffmann, NPD, S. 150 f.

Zunächst hatte man von der expliziten NPD-Etikettierung abgesehen, um einem möglichen Parteiverbot vorzubeugen, weil das von der Volkskammer am 21. Februar 1990 verabschiedete „Gesetz über Vereinigungen“ die Gründung von „faschistischen, militaristischen oder antihumanistischen“ Parteien unterband; vgl. Gesetz über Vereinigungen, § 2, Abs. 2.

Die NPD-Niederlage lässt sich einerseits durch die außerordentliche Mobilisierungs- und Integrationskraft der CDU und ihres Spitzenkandidaten, des als „Kanzler der Einheit“ gefeierten Helmut Kohl, erklären, die in ihrer Wahlkampagne teilweise gezielt auf nationalistische Motive zurückgriffen und somit die extreme Rechte ins Abseits beförderten. Besonders zum Tragen kam aber vor allem die missliche thematische Orientierung der NPD, die sowohl das

Lebensgefühl als auch die unmittelbaren Sehnsüchte der ostdeutschen BürgerInnen zu verkennen schien und die wie in den Jahren zuvor undifferenziert auf Ausländerfeindlichkeit und Rassismus setzte bzw. gegen die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als deutsch-polnische Grenze agitierte. Vgl. Hoffmann, NPD, S. 252.

Ebenda, S. 251.

Ebenda, S. 257.

Moreau, Les héritiers du IIIe Reich, S. 226.

In Weinheim empfing er am 10. November 1991 den amerikanischen Holocaust-Leugner Fred Arthur Leuchter. In dem „Leuchter Report" betitelten „Bericht" von 1988 hatte Leuchter die „Auschwitz-Lüge" entlarven wollen, indem er die faktische „Unmöglichkeit" des industrialisierten Massenmords an Juden darzulegen vorgab. Wegen seiner offen antisemitisch-apologetischen Haltung wurde Deckert 1992 und 1995 jeweils zu einer ein- bzw. einer zweijährigen Haftstrafe verurteilt. Mitte der 1990er-Jahre liefen parallel noch sieben andere Gerichtsverfahren gegen ihn. Vgl. Hoffmann, NPD, S. 266 ff.

Biographische Angaben zu Ellen-Doris Scherer liefern Renate Bitzan und Katrin Sturhan in ihren Kurzbiographien; vgl. Bitzan, Rechte Frauen, S. 267 f.

Hoffmann, NPD, S. 270.

Ellen-Doris Scherer, Eine Frau als Bundesvorsitzende, in: DS, Nr. 7–8/1993, S. 16.

Über die internen Querelen vgl. Tage gezählt, in: Der Spiegel, Nr. 43, 1995, S. 89.

In seiner langen Karriere als Neonazi hatte der Holocaust-Leugner und Geschichtsrevisionist Erwin Schönborn mehr als 30 einschlägige Organisationen und Parteien ins Leben gerufen.

Moreau, Les héritiers du IIIe Reich, S. 276.

Vgl. ebenda, S. 286.

Oft pauschalisierend als neonazistisches „Milieu“, als „Subkultur“ oder als „Szene“ bezeichnet, war und ist der Neonazismus, was seine Geschichte, seine politisch-weltanschauliche Ausrichtung, sein Auftreten und seine Symbolik betrifft, faktisch sehr heterogen: Kahlrasierte und uniformierte Skinheads und Naziskins treffen hier auf Hooligans, Nationalrevolutionäre auf Sozialrevolutionäre usw. Entstanden ist die Skin-Bewegung ursprünglich im linken Spektrum in Großbritannien, wo Jugendliche aus der Arbeiterklasse ihrem sozialkritischen Standpunkt bereits Ende der 1960er-Jahre mittels eines antikonformistischen Habitus Ausdruck verleihen wollten. Später traten Rechtsradikale zum Vorschein, die das Klassenbewusstsein durch ein Rassenbewusstsein ersetzten und durch Antisemitismus, Rassismus, NS-Verherrlichung und ein martialisches Auftreten eine kämpferisch-neonazistische Gegenkultur popularisierten. Vgl. Farin, Skinheads.

Pfahl-Traughber, Rechtsextremismus, S. 141–154.

Moreau, Les héritiers du IIIe Reich, S. 283.

Vgl. hierzu etwa Möller, Rechte Glatzen, S. 17–64; Fuchs/Lamnek/Wiederer, Querschläger.

Zur neonazistischen Gewalt als Alltagserfahrung vgl. Jansen, Rassistische Alltagserfahrungen; Gräfe,

Rechtsterrorismus, S. 155–222; Bruhns/Wittmann, Ich meine, mit Gewalt kannst du dir Respekt verschaffen.

Von Sozial- und Politikwissenschaftlerinnen wie Birgit Rommelspacher, Renate Bitzan, Michaela Köttig oder Ursula Birsl formuliert, bezog sich diese feministische Kritik allgemein auf den klaren „Gender Bias" der damaligen Rechtsextremismusforschung, der die Involviertheit von Frauen vollends ignorierte. Vgl. Rommelspacher, Rechtsextreme als Opfer der Risikogesellschaft, S. 83; Bitzan, Variationen des Zweifels, S. 99; oder Döhring/Feldmann, Akteurinnen.

Renate Bitzan, „Frauen im Rechtsextremismus in Theorie und Praxis". Manuskript zum Impulsreferat im Rahmen der Veranstaltung „Brave Mädels und echte Kerle? Theorie und Praxis von Geschlechterrollen im Rechtsextremismus", Forum Berlin, Friedrich-Ebert-Stiftung, 23. 1. 2008.

1993 schätzte das BfV die Beteiligung von Frauen an neonazistischen Gewalt- und Straftaten auf 3,7%, doch dürfte die Dunkelziffer höher gelegen haben. Vgl. Sturhan, Zwischen Rechtskonservatismus und Neonazismus, S. 105 f.; Birsl, Rechtsextremistische Gewalt.

So lautet der Untertitel des von ihr herausgegebenen Buchs: Bitzan, Rechte Frauen.

Trültzsch, Frauen in der rechtsextremen Szene; Rommelspacher, Frauen und Männer im Rechtsextremismus.

Zu Wirklichkeit und Mythos des Antifaschismus vgl. bspw. Leo/Reif-Spirek, Helden, Täter und Verräter, oder „Antifaschistisch-demokratische Umwälzung", Geschichte und politische Kultur in der DDR, in: Frei u.

a., Zur rechten Zeit, S. 43–65.

Zur Reintegration ehemaliger NationalsozialistInnen in den DDR-Staatsapparat vgl. Bösch/Wirsching, Hüter der Ordnung; zu den Neonazis in der Volkspolizei, dem MfS oder der NVA siehe Waibel, Die braune Saat, S. 300–334; zum Rassismus in der DDR vgl. Waibel, Anti-Faschismus.

Zu den öffentlichkeitswirksamsten, strukturiertesten, vom MfS beobachteten Gruppierungen gehörte die Lichtenberger Front, die sich später zu Ehren Hitlers in „Bewegung 30. Januar" umbenannte. Von sich reden machte sie 1987 nach ihrem gewalttätigen Überfall auf ein Punkkonzert in der Ost-Berliner Zionskirche; Botsch, Die extreme Rechte, S. 101.

Vgl. Waibel, Die braune Saat; Wagner, Rechtsradikalismus; Bugiel, Rechtsextremismus Jugendlicher; Langner, Affen und Banditen. Der Kriminalstatistik zufolge gingen 15% aller zwischen 1988 und 1989 aufgezeichneten rechtsmotivierten Straftaten und „Provokationen" von Täterinnen aus. Doch ist anzunehmen, dass dieser Wert nur bedingt die reale, vermutliche höher liegende Involviertheit von Frauen in den Gewaltaktionen spiegelt; vgl. Moreau, Les héritiers du IIIe Reich, S. 309.

Eisenfeld, Rechtsextremismus.

Eine Ausnahme bildet hier die Potsdamer Historikerin Henrike Voigtländer, die sich seit Jahren mit dem Thema befasst; Voigtländer, Rowdy.

Konrad Weiß, Junge Faschisten in der DDR, o. S., vgl. BStU, MfS HA XXII Nr. 262/7, S. 18. Zur Beobachtung und Handhabung des Milieus durch das MfS vgl. Süß, Wahrnehmung und Interpretation; Wagner, Die Stasi und Neonazis.

Meist wurden von Polizei und Staatssicherheit nur die Jungen als Rädelsführer identifiziert, verhaftet und verurteilt; Mädchen wurden als „apolitische“ und „intellektuell beschränkte“ Mitläuferinnen eingestuft und nach einer mündlichen Verwarnung ihren Eltern übergeben. Manchmal wurden in ihren jeweiligen Schulen Disziplinarverfahren gegen sie eingeleitet. Dafür spricht exemplarisch der Fall von Karina S., die „Führers Geburtstag“ mit ihrer Clique in Ilmenau gefeiert hatte; vgl. BStU, MfS, HA XXII, Nr. 1258.

BStU, BV Rostock Abt IX, Nr. 45, S. 7–56, und Nr. 96, S. 45–182.

BStU, MfS BV FfO Abt IX V 325/89, S. 12–41.

Nach Schätzungen der öffentlichen Stellen hat es in Westdeutschland ca. 2 000 Skinheads gegeben; Waibel, Die braune Saat, S. 16.

Botsch, Die extreme Rechte, S. 101.

Moreau, Les héritiers du IIIe Reich, S. 310.

In Hoyerswerda attackierten Neonazis mehrere Flüchtlingsheime (17.–23. 9. 1991), in Rostock-Lichtenhagen wurden vietnamesische Flüchtlinge zur Zielscheibe der Gewalt (22.–26. 8. 1992). In Mölln (23. 11. 1992) und Solingen (29. 5. 1993) forderten Brandanschläge gegen ausländische Familien viele Menschenleben; Stöss, Rechtsextremismus im Wandel, S. 82 ff.; Frei u. a., Zur rechten Zeit, S. 161–181; Kleffner/Spangenberg (Hrsg.), Generation Hoyerswerda; Miteinander e.V./Arbeitsstelle Rechtsextremismus, Im Schatten der Wende.

Zwischen 1970 und 1990 verzeichnete die Kriminalstatistik zur rechtsmotivierten Gewalt 34

Morde, 148 Brandanschläge, 25 Bombenattentate, 12 bewaffnete Überfälle und 600 Fälle schwerer Körperverletzung in Westdeutschland. Hinzu kamen unzählige Delikte wie Friedhofsschändungen, Morddrohungen, das Tragen von verbotenen Abzeichen usw. Auf Seiten der Ermittler schätzte man, dass 4,5% aller Straftaten von Frauen begangen wurden. Vgl. Moreau, Les héritiers du IIIe Reich, S. 317.

Die Zielgruppen der Neonazis waren divers: Linke AktivistInnen, PolitikerInnen, JournalistInnen, PolizistInnen, JuristInnen und Menschen mit Migrationshintergrund fielen der Gewalt zum Opfer. Für die 1990er-Jahre verzeichnete die Polizei 40 rechtsmotivierte Morde, eine Zahl, die laut Gideon Botsch in Wahrheit viel höher lag; vgl. Botsch, Die extreme Rechte, S. 107.

Vom Bundesinnenministerium verboten wurden 1994 die NF, die NO und die WJ. 1995 folgte die FAP.

1992 verbot der NPD-Vorstand seinen Mitgliedern jedwede Mitgliedschaft in der NF, DA oder der FAP; Gerlach, Auswirkungen der Verbote, S. 244.

Zur Biographie Udo Voigts vgl. Röpke, Udo Voigt.

Zit. nach Gerlach, Auswirkungen der Verbote, S. 245.

Der NPD gelang es somit, namhafte neonazistische Aktivisten wie Steffen Hupka, NPD-Chef in Sachsen-Anhalt zwischen 1997 und 2000, Thomas Wulff, Gründer der Nationalen Liste, der innerhalb des Bundesvorstands zum Beauftragten der „freien Kräfte“ ernannt wurde, oder Thorsten Heise, Kader des international agierenden „Blood & Honour“-Netzwerks, auf Führungsposten zu etablieren und somit in die Partei einzugliedern. Zu den Einzelheiten vgl. ebenda,

S. 241.

Im „Kampf um die Straße“ ging es darum, der NPD anhand von regelmäßigen öffentlichkeitswirksamen Demonstrationen, Aufzügen und Auftritten mehr Sichtbarkeit zu verschaffen, einen Imagewandel zu fördern und die Parteibasis durch die Mobilisierung und Rekrutierung junger Kräfte zu verjüngen. Eng damit verknüpft war der „Kampf um die Köpfe“, der darauf ausgelegt war, einen intellektuellen Schulterschluss zwischen rechtsnationalen, nationalrevolutionären und sozialrevolutionären Denkern aus Ost- und Westdeutschland unter dem Vorzeichen einer „sozialistischen Volksgemeinschaft“ zu erreichen. Ziel war es, dank der Intellektualisierung, Akademisierung und Professionalisierung des politischen Angebots die Deutschen über die Parteikreise hinaus von der Relevanz und Stringenz der nationaldemokratischen Weltanschauung und der Glaubwürdigkeit ihrer VertreterInnen zu überzeugen. Beide 2005 ins Leben gerufenen Initiativen, die vom sächsischen Landtagsabgeordneten Jürgen Gansel als antihumanistisches und nationalistisches Pendant zur „Frankfurter Schule“ gegründete „Dresdner Schule“ und das als Parteistiftung konzipierte Bildungswerk für Heimat und nationale Identität, hatten dennoch nur eine flüchtige Existenz. Der „Kampf um die Parlamente“ umschrieb die Absicht, durch die regelmäßige Teilnahme an Wahlen die Macht der Partei Stück für Stück und vertikal von unten (Stadt- und Gemeindeparlamente) nach oben (Bundestag) auszuweiten. Hierbei spielte neben der politischen Glaubwürdigkeit, die sie sich dadurch erhoffte, auch das Parteienprivileg eine wesentliche Rolle: Als Stabilisierungsfaktor sollte es der NPD bei guten Wahlergebnissen mittels der Wahlkampfkostenerstattung regelmäßige Einkünfte

garantieren. Die letzte Säule des Konzepts befürwortete die Etablierung einer „Volksfront“ von rechts, die durch das Zusammenspiel von NPD und anderen Parteien oder Organisationen des rechten Lagers entstehen sollte. Dazu zählen ebenso die Annäherung an die freien Kameradschaften und der 2005 mit der nationalkonservativen DVU abgeschlossene „Deutschlandpakt“, wonach keine der beiden bei Regionalwahlen konkurrierende Wahllisten aufstellen durfte. Dem Prinzip verdankten die DVU und die NPD 2004 ihren jeweiligen Einzug in die Parlamente Brandenburgs und Sachsens. Am 1. Januar 2011 wurde die DVU der NPD im Zuge eines Fusionsprozesses schließlich einverleibt; der Zugewinn an Mitgliedern fiel aber eher karg aus. Detailliert zum „4-Säulen-Konzept“ vgl. Schulze, Viersäulenkonzept; Brandstetter, NPD unter Udo Voigt, S. 294–321; Jesse, Vier-Säulen-Strategie.

Der deutsche Weg, in: DS, Nr. 6/2009, S. 15.

Aus Furcht vor einem erneuten Parteiverbotsverfahren – dergleichen wurden zwischen 2001 und 2003 sowie zwischen 2013 und 2017 eingeleitet – distanzierte sich die NPD öffentlich von allzu militanten neonazistischen Aktionen, was sie jedoch nicht daran hinderte, sich ganz offiziell dem „nationalen Sozialismus“ zu verschreiben. In seinem Urteil vom 17. 1. 2017 wies das Bundesverfassungsgericht dementsprechend auf die „Wesensverwandtschaft“ der NPD mit der historischen NSDAP hin, ohne sie jedoch zu verbieten.

Die kulturnationalistische DDR-Tradition rührt teilweise daher, dass die ostdeutsche Gesellschaft ethnisch sehr viel homogener war als die westdeutsche Einwanderungsgesellschaft; aus dieser Erfahrung speisten sich rassistische, xenophobe und kulturelle Vorbehalte gegen Einwanderer und Flüchtlinge,

Pluralismus und Multikulturalismus, die sich nach der Wiedervereinigung noch erhärteten. Vgl. Johannes Willms, Die tiefen Wurzeln. Über einige Traditionen der Fremdenfeindlichkeit hierzulande, in: Süddeutsche Zeitung, Nr. 177, 3. 8. 2000, S. 13; Waibel, Anti-Faschismus; Mehrländer (Hrsg.), Rechtsextremismus. Zur „Ethnisierung" der sozialen Frage siehe Grumke, Sozialismus ist braun.

Die Zahl der NPD-Mitglieder stieg von 2 800 (1996) auf über 6 600 im Jahre 2010. Vgl. Brandstetter, NPD unter Udo Voigt, S. 103 f.

2009 lag das Durchschnittsalter der NationaldemokratInnen bei 40 Jahren und somit weit unter dem Durchschnitt der ChristdemokratInnen (56 Jahre) oder der Freien Demokraten (51 Jahre); über 15% der NPD-Mitglieder waren unter 25 Jahre alt; die Altersklasse der 26- bis 35-Jährigen machte fast ein Viertel aller Mitglieder aus (24%). Diese Jugendlichkeit ist wahrscheinlich auf die Integration meist junger neonazistischer AktivistInnen zurückzuführen; vgl. ebenda., S. 134 f.

Dass die Feminisierung neben dem numerischen Anstieg von weiblichen AnhängerInnen auch ein qualitativer Prozess war, zeigt die symbolische Aufwertung der Parteifrauen durch die Gründung der Frauenorganisation Ring nationaler Frauen im Jahre 2006. Vgl. dazu S. 281–315 in diesem Buch.

Für den NPD-Erfolg in den neuen Bundesländern gibt es unterschiedliche Erklärungen. Mit ihrer Schwerpunktlegung auf sozioökonomische Themen konnte sie die Wähler für sich gewinnen, die der kommunistischen Tradition zwar weiterhin verbunden blieben, sich aber von der SED-Nachfolgepartei PDS abgewandt hatten. Sie profitierte von der Enttäuschung

vieler Ostdeutscher über die als gescheitert empfundene „Einheitspolitik“. Man hatte den BürgerInnen der ehemaligen DDR „blühende Landschaften“ versprochen, doch konnte – oder wollte – man die durch die Treuhand beförderte Deindustrialisierung und den sozialen Niedergang dieses Gebiets nicht verhindern. Unmut herrschte vielerorts auch über die politische, wirtschaftliche und kulturelle Hegemonie des Westens, der dem Osten in vielen Bereichen die Mitwirkung versagte. Explizit auf den verletzten Stolz der ostdeutschen Bürger anspielend, erklärte Udo Voigt 1998 unvermittelt, die DDR sei das „bessere Deutschland“ gewesen, und traf damit einen Nerv. Zur ostdeutschen Transformationsgesellschaft als politische Chance für die extreme Rechte vgl. u. a. Pfahl-Traughber, Rechtsextremismus, S. 93 f.; Philippsberg, Strategie der NPD; Räther, Die sozialpolitische Konzeption der NPD; Wagner, DVU, NPD, REP in Ostdeutschland.

Zu den Erfolgsbedingungen in Sachsen vgl. Steglich, NPD in Sachsen.

Vgl. Brandstetter, NPD unter Udo Voigt, S. 120–125.

Zur Person Apfels vgl. Speit, Ist Holger Apfel so harmlos?

Apfel beschrieb seinen Ansatz wie folgt: „Dieser ‚sächsische Weg‘ steht für einen gegenwartsbezogenen und volksnahen Nationalismus, der die soziale Frage in den Mittelpunkt der Programmatik stellt und der sich von unpolitischer Nostalgiepflege, ziellosem Verbalradikalismus und pubertärem Provokationsgehabe abgrenzt.“ Zitiert nach Jesse, Extremismus und Demokratie, S. 158.

Laut internen Kreisen hätte eher die Bezichtigung,

Mitstreiter sexuell belästigt zu haben, seinen Rückzug motiviert. Vgl. Brandstetter, NPD unter Udo Voigt, S. 95. Seine Darstellung und Abrechnung mit der Partei liefert der ehemalige Vorsitzende in seinem Buch: Apfel, Irrtum NPD.

BMI, Verfassungsschutzbericht 2014, S. 47.

Der Mitgliederstamm schrumpfte von 6 000 (2012) auf 4 000 AnhängerInnen (2018). Vgl. BMI, Verfassungsschutzbericht 2018, S. 76.

Hatte sie bei der Bundestagswahl von 2013 noch 1,3% der Stimmen erhalten, fiel sie 2017 auf 0,4% der Zweitstimmen zurück. Auf Landesebene verlor sie ab 2014 alle ihre Landtagsmandate und somit auch die damit verbundene staatliche Förderung. Nach 2015 blieben ihre Ergebnisse, wenn sie denn überhaupt zur Wahl antrat, meistens weit unter einem Prozent.

Trotz ihrer vom BVG konstatierten Verfassungswidrigkeit wurde die Partei aufgrund der vermeintlich „fehlenden Potentialität“ (Bundesministerium des Innern), ihre verfassungsfeindlichen Ziele in der Bundesrepublik politisch umzusetzen, nicht verboten. Im Juni 2017 beschlossen Bundestag und Bundesrat jedoch per Grundgesetzänderung, die NPD wie alle potentiell verfassungsfeindlichen Parteien von jeglicher staatlicher Finanzierung auszuschließen. Das Grundgesetz wurde entsprechend ergänzt (Art. 21 GG Abs. 3).

Vgl. BMI, Verfassungsschutzbericht 2018, S. 76.

Zur AfD vgl. Häusler (Hrsg.), Alternative für Deutschland; Wildt, Volk; Funke, Von Wutbürgern und Brandstiftern; Friedrich, AfD.

Decker, Alternative für Deutschland und Pegida; Geiges/Marg/Walter, Pegida; Vorländer/Herold/Schäller, PEGIDA; Speit, Bürgerliche Scharfmacher.

2019 erhielt die AfD bei den Landtagswahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen 23,5%, 27,5% bzw. 23,4% der Zweitstimmen.

Vom BfV wegen seines völkischen Nationalismus zum „Prüffall" erklärt, hat sich der „Flügel" im Frühjahr 2020 nach eigenen Aussagen selbst aufgelöst; die einschlägigen Netzwerke bestehen jedoch weiter.

Zu den Frauen und Geschlechterbildern in der AfD vgl. Siri/Lewandowsky, Alternative für Frauen; Gutsche (Hrsg.), Triumph of the Women; Lang, Feindbild Feminismus.

Michaela Köttig hat eine geschlechterbezogene Studie zu biographischen Dynamiken in der extremen Rechten vorgelegt; vgl. Köttig, Lebensgeschichten.

Brück, Transnationalisierung, S. 209 ff.; Doris Klara Hildegard Zutt, in: Grumke/Wagner (Hrsg.), Handbuch Rechtsradikalismus, S. 348 f.

NPD-Abgeordnete von der Polizei abgeführt, in: Nordkurier, 19. 3. 2015, www.nordkurier.de (15. 2. 2017).

Edda Schmidt, in: Digitale Datenbank des Hartmut-Meyer-Archivs; Bitzan/Sturhan, Kurzbiographien, S. 269 f.; Kenzo, Flügelkämpfe ade, S. 7.

Schmidt/Küttelwesch, Auf dem Weg nach Temeschwar.

So bspw. am 9. 11. 2019 in Bielefeld bei einem Protestmarsch zum Geburtstag der wegen Volksverhetzung verurteilten Holocaust-Leugnerin Ursula Haverbeck, die seit Mai 2018 ihre Haftstrafe in

der dortigen JVA verbüßte.

Ihre Tochter machte im September 2018 Schlagzeilen, als die angehende Pädagogin und Studentin in der Bremer Universität wegen ihrer rechtsextremen Familientradition „geoutet“ wurde. Vgl. Erika Rapthel-Kieser, Streit um Tochter der NPD-Funktionärin Edda Schmidt, in: Schwarzwälder Bote, 8. 9. 2018, www.schwarzwaelder-bote.de (15. 4. 2020).

O.V., Thüringer NPD-Spitzenkandidatin Rita Hoffmann, in: Indymedia, 15. 9. 2005, https://de.indymedia.org/2005/09/128234.shtml (15. 4. 2017).

„Es war die National-Zeitung, die die Hetze gegen das eigene Volk, gegen die eigene Jugend, das Beste, was wir haben, nicht mitmachte. Alle anderen – Politiker und Medien – heulten mit den Wölfen. […] Dieser Schock über den ‚Aufstand der Anständigen‘ war es, der mich an die Seite der heute von Gutmenschen Verfolgten führte.“ Zitiert in: Esen, Rechte Mädels, Skingirls und Biederfrauen, S. 33.

Hähnel (geb. Palau), Stella, in: Belltower News, 3. 4. 2008, https://www.belltower.news/haehnel-geb-palau-stella-50958/ (5. 4. 2017); Stella Hähnel, in: Digitale Datenbank des Hartmut-Meyer-Archivs.

Vgl. Hoecker, Politische Partizipation von Frauen, S. 76, und Kürschner, Frauen in den Parteien.

Schmidt/Röser, Politische Partizipation von Frauen.

Hoecker, Politische Partizipation von Frauen, S. 77.

Bei den Grünen lag der Frauenanteil 2018 bei 40,5%, in der Linken bei 36,4%, in der SPD bei 32,6%, in der CDU bei 26,3% und in der CSU bei 20,7%; vgl. Frauenanteil in den politischen Parteien in Deutschland 2018, Statista

Research Department, 13. 8. 2019, https://de.statista.com (13. 4. 2020); Niedermayer, Anteil der Frauen an den Parteimitgliedschaften. Zu den politikwissenschaftlichen Kontroversen rund um das Beteiligungsgefälle zwischen Männern und Frauen vgl. Westle, Politische Partizipation und Geschlecht, S. 130 ff.

Bitzan, Frauen in der rechtsextremen Szene, S. 88.

Zitiert in Röpke, Frauen in der NPD.

Röpke/Speit, Mädelsache, S. 42.

Dubslaff, Women on the Fast Track, S. 161.

Diese und alle folgenden Daten zum Frauenanteil in den NPD-Parteivorständen wurden für den Zeitraum zwischen 1990 und 2019 anhand der Angaben errechnet, die der Bundeswahlleiter zu den Parteien der Bundesrepublik herausgibt. Einsehbar sind die Vorstandslisten im IfZ München-Berlin und im APABIZ.

Das gilt für Bremen für die Zeit zwischen 1998 und 2016, für Rheinland-Pfalz von 1990 bis 2002, für Schleswig-Holstein von 1998 bis 2016 und für Thüringen von 2000 bis 2009.

1985 wurde die Saarländerin Mia Grimm zur ersten weiblichen Landesvorsitzenden gewählt.

Karola Nachtigall wurde 1972 in der DDR geboren. Sie zählt zu den Mitbegründerinnen des RNF und war in den 2000er-Jahren Mitarbeiterin der nationaldemokratischen Fraktion im Schweriner Landtag.

Die 1958 geborene Dörthe Armstroff verließ 2013 die NPD, um sich in der von ihrem Ehemann Klaus Armstroff im September desselben Jahres gegründeten

neonazistischen Partei „III. Weg“ einzubringen.

Schmidt/Röser, Politische Partizipation von Frauen.

Hoecker, Politische Partizipation von Frauen, S. 66 ff.

Vgl. Wählerstimmen, 21. 11. 2018, in: BPB, www.bpb.de (16. 4. 2020).

Ebenda.

Zur Soziologie der NPD-Wählerinnen gibt es leider keine Daten. Erklärungsansätze für eine Stimmabgabe zugunsten einer extrem rechten Partei, ob dies aus Protest oder Zustimmung heraus geschieht, gibt es viele. Als Faktoren gelten u. a. die Demokratie- und Politikverdrossenheit, die Ablehnung traditioneller Eliten oder ihres Wertesystems sowie das Gefühl von oder die Angst vor sozialer Deklassierung und kultureller Entfremdung, die, mit extremistischen Orientierungsmustern (Rassismus, Nationalismus, Autoritarismus usw.) verknüpft, eine derartige Wahlentscheidung herbeiführen können. Vgl. Brandstetter, NPD unter Voigt, S. 242 f.

Falter, Wer wählt rechts, S. 30.

Bei der Bundestagswahl 2017 belief sich der *Gender Gap* bei der AfD auf ca. sieben Punkte: 9,2% der Frauen gegen 16,3% der Männer stimmten für sie. Vgl. Hambauer/Mays, Wer wählt die AfD?

D. Roth, Republikaner, S. 32.

Skrzydlo/Thiele/Wohllaib, Frauen in der Partei „Die Republikaner“.

Brandstetter, NPD unter Udo Voigt, S. 133.

Bei der Präsidentschaftswahl 2017 erhielt Marine Le Pen in der Stichwahl gegen Emmanuel Macron 32% der Frauenstimmen und 38% der Männerstimmen, was ihr trotz ihrer Niederlage zu einem durchaus ansehnlichen Ergebnis verhalf. Zum *Gender Gap* im französischen Front national (seit 2018: Rassemblement national) vgl. Dubslaff, Women on the fast Track, S. 162; Marchand-Lagier, Le vote des femmes pour Marine Le Pen.

Korte (Hrsg.), Bundestagswahl 2013, S. 44 f.

In Westdeutschland wählten 3,4% der Frauen und 5,5% der Männer die AfD; in Ostdeutschland waren es 4,7 bzw. 7,1% der wahlberechtigten Männer und Frauen. Vgl. Siri/Lewandowsky, Alternative für Frauen, S. 12.

Alle Angaben wurden anhand der Daten errechnet, die Karin Priester für ihre Studie zum Profil der Kandidatinnen von NPD, DVU, REP und anderen Mikroparteien anhand von KandidatInnenlisten zwischen 1998 und 2008 zusammengetragen hat. Für die Bereitstellung ihres Datenmaterials sei ihr hiermit sehr herzlich gedankt; vgl. Priester, Rolle der Frauen im Rechtsextremismus.

Bei den Bundestagswahlen von 2005 und 2013 waren jeweils nur bescheidene 8,2% und 12,2% der WahlbewerberInnen Frauen; Danckaert, Les femmes au NPD, S. 145.

Bei Bündnis 90/Die Grünen betrug der Frauenanteil ca. 36%, bei der SPD 33% und der CDU 6%. Vgl. Priester, Rolle der Frauen im Rechtsextremismus, S. 85.

2009 wurden Doris und Alfred Zutt, Ursula und Volker Sachs, Barbara und Ludwig Palm jeweils in dieselben hessischen Stadträte gewählt. Barbara und Johannes Müller, Gitta und Thomas Schüssler saßen jeweils

gemeinsam in sächsischen Stadtvertretungen, und im Saarland arbeiteten Bernfried Fath und Gabriele von Sack-Fath Seite an Seite. Vgl. Der rechte Rand, Die extreme Rechte in den Kommunalparlamenten.

Zitiert nach Staud, Moderne Nazis, S. 107.

Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, Landtagswahl 2004, Stimmabgabe für Parteien bei der Wahl am 19. September 2004 im Freistaat Sachsen nach Alter und Geschlecht der Wähler, https://www.statistik.sachsen.de/wahlen-LT/lw04/rws_lw04_3.htm (5. 6. 2017).

Steglich, NPD in Sachsen, S. 57.

Antje Sirleschtov, Die Bewusstseinslose, in: Der Tagesspiegel, 19. 2. 2005, www.tagesspiegel.de (5. 5. 2017).

Der Kreisverband wurde 2008 in Zwickau-Westsachsen umbenannt. Dort war sie ebenfalls als Schatzmeisterin tätig.

Von der Parteileitung als „Deserteure“ verunglimpft, hatten alle drei die als zu nationalsozialistisch und undemokratisch empfundene Fraktionslinie öffentlich kritisiert und waren daraufhin bedroht worden. Mehr noch als die ideologische Ausrichtung schien auch der Ost-West-Gegensatz eine Rolle gespielt zu haben: Wiederholt hatten die drei Abtrünnigen die westliche Hegemonie in den Fraktionsreihen und den von sächsischen Interessen losgelösten Dogmatismus der westlichen Abgeordneten moniert. Vgl. Nach Kritik an Partei und Fraktionsaustritt: Sächsische NPD-Aussteiger werden bedroht, in: tagesschau.de-Archiv, tagesschau.de, 23. 12. 2005, https://tsarchive.wordpress.com (13. 2. 2017).

In einer Plenardebatte hatte er das „Dritte Reich“ als „Wohlfühldiktatur“ bezeichnet. Vgl. Patrick Gensing, Die NPD-Generation von 2004, in: Publikative.org, o.D., https://publikative.org (4. 4. 2017).

Christian Worch, Fragenkatalog, http://www.worch.info/rundbriefe/06-12-01.htm (13. 5. 2020). Ersetzt wurde Matthias Paul durch Peter Klose, ein neonazistischer Aktivist und BfV-Informant aus der Zwickauer Region; vgl. Patrick Gensing, Die NPD-Generation von 2004, in: Publikative.org, o.D., https://publikative.org (4. 4. 2017).

Insbesondere seine Entgleisungen machten ihn für die Fraktion untragbar. Der als waffenaffin berüchtigte Menzel hetzte im Plenarsaal wiederholt gegen linke Politiker und Juden. Das veranschaulicht die folgende Aussage eindrücklich: „Gegen Zionisten, Freimaurer, Kriegstreiber und andere Psychopathen helfen keine langen Reden, nur noch Handgranaten. (Lebhafte Zurufe von der CDU, der Linksfraktion, der SPD, der FDP und den GRÜNEN) [...] Wo aber Rot-Front und Antifa haust, da helfen keine Sprüche, nur die Panzerfaust!“; Plenarprotokoll (PlPr) Nr. 4/121, 17. 10. 2008, S. 9931, Archiv des Sächsischen Landtags (ASL).

Zitiert nach Michael Bartsch, In deutscher Treue, in: taz, 3. 2. 2006, www.taz.de (5. 4. 2017).

Staud, Moderne Nazis, S. 108.

PlPr Nr. 4/8, 21. 1. 2005, S. 447, ASL.

Ebenda, S. 463.

Ebenda, S. 464.

Zwischen 2004 und 2009 regierte eine Große Koalition in Sachsen; in der folgenden Legislaturperiode bildeten

die CDU und die FDP eine schwarz-gelbe Regierungskoalition. Die SPD, Bündnis 90/Die Grünen und die NPD waren in der Opposition.

Auch wenn es in der Sozialpolitik und der antikapitalistischen Rhetorik durchaus auch Überschneidungen geben mochte, so unterschied sich die NPD durch ihr völkisches Verständnis der Sozial- und Wirtschaftsordnung. Die PDS hingegen verortete sich explizit in der antifaschistischen Tradition; Staud, Moderne Nazis, S. 125.

PlPr Nr. 5/57, 13. 6. 2012, S. 5730 f., ASL.

Vgl. Döring, Parlamentarischer Arm, und Mergel, Parlamentarische Kultur.

PlPr Nr. 4/10, 4. 11. 2004, S. 650, ASL.

Die vorliegende Analyse stützt sich auf die aussagekräftigsten Beiträge Schüsslers. Die Plenarprotokolle können auf der Homepage des Sächsischen Landtags eingesehen werden.

In ihrer Schrift „Das Eva-Prinzip“ hatte Eva Herman die Familienpolitik des „Dritten Reichs“ gepriesen und damit eine öffentliche Debatte über Geschlechterrollen und Feminismus in Deutschland ausgelöst. Von der ARD wurde ihr 2007 wegen ihrer NS-Apologie gekündigt; Herman, Eva-Prinzip.

PlPr Nr. 4/98, 29. 9. 2007, S. 7327, ASL.

Ebenda, S. 7330.

Vgl. den NPD-Antrag Einführung eines Ehekredits zur Förderung von Familiengründungen in Sachsen, PlPr Nr. 4/46, 6. 4. 2006, S. 3694 f., ASL.

Vgl. die NPD-Anträge: Einführung eines Muttergehalts in Sachsen, Drucksache (Drs.) Nr. 4/3534, 28. 11. 2005, ASL; Mutterrente gegen Altersarmut, PlPr Nr. 5/65, 18. 10. 2012, S. 6632 ff., ASL; Wahlfreiheit und Betreuungsgeld, PlPr Nr. 5/55, 9. 5. 2012, S. 5619 ff., ASL.

Das „Gender Mainstreaming"-Konzept nutzt die EU seit 1999 als Instrumentarium, um auf allen gesellschaftlichen Ebenen, in der Verwaltung, in Politik, Justiz, Bildung und Sozialwesen auf die Gleichstellung von Frauen und Männern hinzuwirken. Vgl. Meuser/ Neusüß (Hrsg.), Gender Mainstreaming.

PlPr Nr. 4/12, 10. 3. 2005, S. 845 f., ASL.

PlPr Nr. 5/12, 31. 3. 2005, S. 950, ASL.

PlPr Nr. 4/133, 13. 3. 2009, S. 11205, ASL.

Ebenda, S. 11206.

Antifeministische und Anti-„Gender"-Kampagnen gehören zum Grundrepertoire der extremen Rechten. Vgl. Lang, „Gender" und „Genderwahn".

PlPr Nr. 5/73, 17. 4. 2013, S. 7548, ASL.

PlPr Nr. 5/51, 7. 3. 2012, S. 5104, ASL.

PlPr Nr. 4/55, 19. 7. 2009, S. 4369 f., ASL.

Zur Männerrechtsbewegung vgl. Rosenbrock, Männerrechtsbewegung.

PlPr Nr. 4/105, 17. 4. 2007, S. 8729 f., ASL; PlPr Nr. 4/12, 10. 3. 2005, S. 826, ASL; PlPr Nr. 4/88, 26. 9. 2007, S. 7249, ASL; PlPr Nr. 4/70, 15. 1. 2007, S. 5785, ASL.

PlPr Nr. 4/137, 15. 5. 2009, S. 11601 f., ASL.

Ebenda, S. 11595 f.

PlPr Nr. 4/14,19. 4. 2005, S. 976, ASL.

Viele kleine Anfragen, die Gitta Schüssler an die Landesregierung richtete, befassten sich mit der Finanzierung der jüdischen Gemeinden (Drs. 4/13175–13178, 3. 9. 2008, ASL; Drs. 5/7438, 10. 11. 2011, ASL), mit den Weiterbildungsangeboten für Lehrer in der Gedenkstätte Yad Vashem (Drs. 4/14186, 15. 12. 2008, ASL) sowie mit der Besichtigung von jüdischen Einrichtungen im Rahmen des Ethik- oder Religionsunterrichts (Drs. 5/7437, 10. 11. 2011, ASL). Die jeweiligen Antworten der Landesregierungen gaben den NationaldemokratInnen das Rüstzeug, das sie brauchten, um ihren antisemitischen bzw. anti-israelischen Diskurs mit Fakten und Statistiken zu unterfüttern.

PlPr Nr. 4/34, 10. 11. 2005, S. 2644, ASL.

Vgl. Gitta Schüsslers kleine Anfragen über die Aufnahmezentren für AsylbewerberInnen (Drs. 5/2451, 18. 5. 2010, ASL; Drs. 5/10569, 20. 11. 2012, ASL; Drs. 5/9567, 29. 6. 2012, ASL), über Sachsen als Aufnahmeland (Drs. 5/2008- 2009, 7. 4. 2010, ASL) oder über die HIV-Infektionen bei Flüchtlingen (Drs. 5/8151–8152, 7. 2. 2012, ASL).

PlPr Nr. 4/84, 5. 7. 2007, S. 6968 f., ASL.

Gitta Schüssler, Kleine Anfragen, Drs. 4/9120–4/9137, 19. 6. 2007, ASL.

Holger Apfel, Kleine Anfrage, Drs. 4/9585–9588, 21. 8. 2007, ASL.

Im Rahmen der „Anti-Antifa-Arbeit“ werden unter anderem Listen mit Namen und Adressen von Personen

aus der Zivilgesellschaft, aus Journalismus, Wissenschaft und Politik geführt, die dem „linken“ oder „antifaschistischen“ Spektrum zugeordnet werden. Bei einer etwaigen politischen Machtübernahme gilt es jene zu liquidieren. Viele werden schon jetzt von rechtsextremen Kräften massiv bedroht und eingeschüchtert. Vgl. Belltower News, Die Geschichte der anti-Antifa, 24. 4. 2008, https://www.belltower.news/die-geschichte-der-anti-antifa-28870 (15. 5. 2020).

Vgl etwa PlPr Nr. 4/133, 13. 3. 2009, S. 11138, ASL; Gitta Schüssler, Kleine Anfrage, Drs. 4/7558, 10. 1. 2007, ASL; Gitta Schüssler, Kleine Anfrage, Drs. 5/8105, 2. 2. 2012, ASL.

Ausnahmen bildeten hier freilich die Frauen aus dem Kleinbürgertum und der proletarischen Unterschicht, etwa Arbeiterinnen, Angestellte und all jene, die u. a. im Bildungswesen, in der sozialen Arbeit, den kommunalen Verwaltungen oder in den Fabriken beschäftigt waren.

Im Wesentlichen betrafen die einschlägigen Reformvorschläge das Frauen im Ehe- und Familienrecht diskriminierende Bürgerliche Gesetzbuch. Reformieren wollten die Frauenrechtlerinnen sehr unterschiedliche Bereiche wie etwa die Mädchenbildung, die Frauenarbeit, die staatliche Regulierung von Prostitution und die doppelbödige Sexualmoral. Das Ziel der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung bzw. des Frauenwahlrechts stand dabei im Zentrum ihres Wirkens. Vgl. dazu etwa Briatte, Bevormundete Staatsbürgerinnen; Richter/Wolff (Hrsg.), Frauenwahlrecht; Saint-Gille/Farges (Hrsg.), Le premier féminisme allemand; Gerhard, Frauenbewegung; Nave-Herz, Frauenbewegung; Greven-Aschoff, Frauenbewegung.

Zu den deutschnationalen und später auch nationalsozialistischen Bündnissen und Organisationen von Frauen im Wilhelminismus und in Weimar vgl. Heinsohn, Konservative Parteien; Streubel, Radikale Nationalistinnen; Scheck, Mothers of the Nation; Kramer, Volksgenossinnen.

Biegler, Frauenverbände, S. 97.

Planert (Hrsg.), Nation, Politik und Geschlecht; Wildenthal, German Women for Empire; Süchting-Hänger, Gewissen der Nation.

Dass der progressiv bzw. liberal-gemäßigte BDF der „nationalen Sache“ nicht gänzlich abgeneigt war, zeigt seine unter dem Einfluss Gertrud Bäumers initiierte „Öffnung nach rechts“, u. a. zum deutschnationalen Umfeld der DNVP im Laufe der 1910er-Jahre. Vgl. Schaser, Helene Lange, S. 267 ff.

Die CDU besitzt ihre Frauen Union (FU) schon seit 1948, die SPD ihre Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF) seit 1972. Die FDP erkennt die „Liberalen Frauen“ seit 1994 als weibliche Vorfeldorganisation an, und auch Die Linke stützt sich in frauenpolitischer Hinsicht auf die Linke Sozialistische Arbeitsgemeinschaft der Frauen (LISA). Bei Bündnis 90/Die Grünen existiert nur eine Bundesarbeitsgemeinschaft Frauenpolitik (BAG), der jedoch keine organisatorische Sonderstellung zukommt.

Im Detail handelt es sich bei der SRP, DG und AUD jeweils um die SRP-Frauenschaft, die DG-Frauengemeinschaft und die AUD-Frauenschaft, bei der GdNF um die Deutsche Frauenfront und bei der FAP um die FAP-Frauenschaft. Seit Mitte der 2010er-Jahre besitzt auch die AfD eine bislang wenig in Erscheinung

getretene Frauenorganisation, die Frauen in der AfD (FRIDA).

1995 wurde sie in Skingirl-Freundeskreis Deutschland umbenannt.

Über die Zuordnung dieser Gruppierungen vgl. Bitzan, Frauen in der rechtsextremen Szene, S. 91 ff.; Döhring/ Feldmann, Akteurinnen, S. 21 f.

Die Gründung 1998 einer kurzweiligen Renee Kameradschaft Deutschland durch eine transsexuelle Aktivistin zeigt, welche Paradoxien dieser Differenzierungsprozess in sich bergen konnte.

In der Regel vertraten die neonazistischen Organisationen einen strikt antifeministischen Kurs, doch konnten sie mitunter auch antisexistische Ansprüche stellen, da es ihnen vorrangig darum ging, weibliche Partizipationsmöglichkeiten innerhalb ihres männlich-hegemonialen Umfelds zu erhöhen. Freilich gibt es auch Ausnahmen: In Anlehnung an Vordenkerinnen wie Pia-Sophie Rogge Börner oder Sigrid Hunke berief sich der kurzlebige Mädelring Thüringen etwa auf einen „feministischen Nationalismus".

Zur weiblichen Solidarität in der extremen Rechten vgl. Antifaschistisches Frauennetzwerk/ Forschungsnetzwerk Frauen und Rechtsextremismus, Braune Schwestern.

Bitzan, Selbstbilder rechter Frauen, S. 362 f.

Döhring/Feldmann, Akteurinnen, S. 19 f.

Das Bundesverfassungsgericht leitete das entsprechende Verfahren kurz darauf, am 30. Januar 2001, ein.

Dass die GDF eine stark nach innen gekehrte Organisation ist, bezeugt u. a. auch der Umstand, dass sie ihre Internetpräsenz seit 2017 auf ein Minimum heruntergefahren hat. Mehr als eine kurze Vorstellung der Organisation und Kontaktdaten gibt ihr Internetauftritt nicht her. Vgl. http://www.g-d-f.info.html (25. 5. 2020).

Das lässt sich nicht zuletzt an der traditionellen Kleidung festmachen: Dem BDM nachempfunden, tragen die Mitglieder auf Fotos bevorzugt lange Röcke mit weißen Blusen.

Während eines Treffens im Herbst 2006 wurde den Mitgliedern ein Lehrgang in Kräuterkunde angeboten. Darauf folgten ein Museumsbesuch und Gedichtvorträge zum Thema der Vertreibung. Im Dezember des gleichen Jahres organisierte Ricarda Riefling in Niedersachsen eine thematische Zusammenkunft rund um den Zweiten Weltkrieg in Anwesenheit des nationalsozialistischen Zeitzeugen und Jagdfliegers Reinhold Leidenfrost. Vgl. GDF, Heldengedenken in Seelow am 18. 11. 2006, www.g-d-f.de (28. 1. 2010).

Die GDF gliedert sich in vier regionale Verbände: Bayern, Berlin-Brandenburg, „Mitteldeutschland“ und „Nord“; http://www.g-d-f.info.html (25. 5. 2020).

Vgl. GDF, Du willst mehr über uns wissen?, www.g-d-f.de (28. 1. 2010).

Röpke/Speit, Neonazis, S. 135 f., und Röpke/Speit, Mädelsache, S. 63.

GDF, Nord, http://www.g-d-f.info (22. 5. 2017).

GDF, Impressum, www.g-d-f.de (28. 1. 2010).

Politik beginnt bereits beim Einkaufen, in: DS, Nr. 11/2009, S. 3.

Esen, Rechtsextremistinnen heute, S. 216.

Nationaldemokratin im Fernsehen – NPD-Frau Ellen Scherer schlug FDP-Schmalz-Jacobsen um Längen, in: DS, Nr. 11–12/1991, S. 16.

NPD-Frauen gegen Überfremdung – Ellen Scherer berichtet, in: DS, Nr. 3/1993, S. 8.

Vgl. S. 242 in diesem Buch.

Martha Kruse, Arbeitskreis Familie, in: DS, Nr. 7–8/1991, S. 9.

NPD-Frauenkongreß, in: DS, Nr. 4/1996, S. 9.

Bitzan, Frauen in der rechtsextremen Szene, S. 90.

Über die NPD-Frauengruppen in den 1970er-Jahren vgl. S. 183–187 in diesem Buch.

So sagte sie: „Wer sich unter Frauenbeteiligung in der Politik nur ‚aktive Bevölkerungsmaßnahmen' vorstellen könne, sei nicht minder dämlich als mancher politische Gegner." Zitiert nach Röpke/Speit, Mädelsache, S. 78.

Zitiert nach Michael Bartsch, In deutscher Treue, in: taz, 3. 2. 2006, www.taz.de (22. 4. 2017).

Gründung: NPD-Frauenorganisation in SA, in: Indymedia, http://de.indymedia.org (8. 3. 2010).

NPD, Gründungsaufruf des RNF, veröffentlicht auf http://www.redok.de (8. 3. 2010).

Zu Propaganda, Aktivismus und Selbstverständnis des historischen Rings nationaler Frauen vgl. Streubel,

Radikale Nationalistinnen.

1920 summierte sich die Mitgliederzahl immerhin auf 200 000. Zu seinen Mitgliedern zählten bspw. der Flottenbund deutscher Frauen, der Deutsche Frauenbund sowie regionale Verbände des Vereins für das Deutschtum im Ausland oder des Frauenvereins für die Ostmarken. Es gelang ihm jedoch nicht, an das konservative Milieu anzudocken. Streubel, Radikale Nationalistinnen, S. 120.

Dass es sich bei der Namensgebung um eine historische Vereinnahmung handelt, scheint deshalb plausibel, weil auch der ursprünglich gewählte Name „Nationaler Frauenring" nicht referenzlos war: Er knüpfte seinerseits an den Deutschen Frauenring an, der 1949 als Nachfolgeorganisation des BDF gegründet wurde.

RNF, Grundsätze des nationalen Frauenrings, 2006, in: APABIZ, Akte RNF.

Ebenda.

„Der Nationale Frauenring dient intern als Sprachrohr der Frauen in Partei und Bewegung. Der Nationale Frauenring dient extern als Anlaufpunkt und Ansprechpartner für national denkende, politisch interessierte Frauen." Ebenda.

RNF, Statut des RNF, A, § 1, www.ring-nationaler-frauen.de (28. 1. 2010).

„Dem Parteivorstand der NPD obliegt die Aufsicht über die Arbeit des RNF." RNF, Statut des RNF, E, § 11, www.ring-nationaler-frauen.de (28. 1. 2010).

Röpke/Speit, Neonazis, S. 124.

Dubslaff, Die „deutsche Frau“ und ihre Rechte.

RNF, Grundsätze des nationalen Frauenrings, 2006, in: APABIZ, Akte RNF.

RNF, Pressemitteilung, 16. 9. 2006, www.redok.de (8. 3. 2010).

Diese Daten wurden anhand der vom Bundeswahlleiter zur Verfügung gestellten Vorstandslisten errechnet.

RNF, Pressemitteilung, 15. 7. 2009, veröffentlicht auf http://de.altermedia.info (4. 1. 2010).

Jan Riebe, Frauenmachtkampf in der Männerwelt der NPD, 12. 7. 2009, www.mut-gegen-rechte-gewalt.de (30. 6. 2010).

Stella Hähnel, Bundeskongress des Ring Nationaler Frauen Berlin – Neue RNF-Bundesvorsitzende ist Edda Schmidt, 18. 10. 2009, www.ring-nationaler-frauen.de (5. 3. 2010).

O. V., Vorwärts zurück, Nationaldemokraten: NPD-Frauenorganisation wählt Edda Schmidt zur neuen Chefin, 20. 10. 2009, http://gesamtrechts.wordpress.com (10. 2. 2010).

Vgl. bspw. Stella Hähnel, RNF Bundesvorstand tagte in Sachsen-Anhalt, 18. 6. 2010, www.ring-nationaler-frauen.de (21. 6. 2010).

„Wir können stolz darauf sein, dass wir mit unserer Arbeit immer mehr national gesinnte Frauen ansprechen und für den Aufbau der Frauenorganisation der NPD gewinnen können. Es werden in diesem Jahr voraussichtlich noch mehrere Gruppen und Landesverbände gegründet werden, wo bisher noch keine regelmäßige Arbeit stattfand.“ Vgl. RNF, Erste

Regionalgruppe in M-V gegründet, 8. 4. 2011, www.ring-nationaler-frauen.de (4. 6. 2011).

Claudia Wangerin, Eingeweihte Antiquarin, 7. 3. 2015, in: Junge Welt, https://www.jungewelt.de (23. 3. 2015).

Zitiert in Gitta Schüssler, RNF-Bundeskongress, 29. 4. 2012, www.ring-nationaler-frauen-deutschland.de (7. 9. 2012).

Dass sich Politik und Privates nur schwer trennen lassen, wenn beide Ehepartner politisch aktiv sind, zeigt das Beispiel Jasmin Apfels. Nach ihrer definitiven Trennung von Holger Apfel stieg sie aus der rechten Szene aus; vgl. Andreas Debski, Von der Aktivistin zur Aussteigerin: Jasmin Apfel bricht mit Neonazi-Szene, in: Leipziger Volkszeitung, 28. 2. 2017, www.lvz.de (3. 1. 2017).

Marine Le Pen, geb. 1968, konnte wie viele Frauen aus ihrer Generation von den Errungenschaften des politischen Feminismus profitieren. Sie steht für jene Frauen, die einen „modernen" Lebensstil an den Tag legen, Beruf und Familie erfolgreich miteinander verbinden, in der Politik und besonders in der Frauen- und Familienpolitik jedoch radikal anti-emanzipatorische Positionen vertreten und somit eine gewisse politische Ambiguität an den Tag legen. Zum politischen Stil Marine Le Pens vgl. Dubslaff, Women on the Fast Track.

Zitiert nach Gitta Schüssler, Jung, weiblich, blond … und national!, 20. 6. 2012, www.ring-nationaler-frauen-deutschland.de (7. 9. 2012).

Sigrid Schüssler, Sensationelle Marine!, 24. 4. 2012, www.ring-nationaler-frauen-deutschland.de (7. 9. 2012).

Auch wenn es wohl einige programmatische Überschneidungen, vor allem in der europa- und globalisierungsfeindlichen, rassistischen, sozialprotektionistischen und teils antikapitalistischen Ausrichtung beider Parteien geben mochte, so beruhte jedoch ein wesentlicher Unterschied darauf, dass die Ideologie der NPD auf einem radikal völkisch-nationalistischen Menschen- und Gemeinschaftsbild gründet, das Marine Le Pen auch im Europäischen Parlament stets dazu veranlasst hat, auf eine Allianz mit ihr zu verzichten.

Gitta Schüssler, Jung, weiblich, blond … und national!, 20. 6. 2012, www.ring-nationaler-frauen-deutschland.de (7. 9. 2012).

Verbindungen zum FN hatte es bereits zuvor gegeben. Schon die saarländische NPD-Chefin Ellen-Doris Scherer pflegte in den 1990er-Jahren Kontakte zu Martine Lehideux, der Leiterin der damaligen FN-Frauenorganisation Cercle national des Femmes d'Europe. Vgl. Scherer, Frauen in der NPD, S. 312.

Vgl. Oliver Cruzcampo, NPD-Frauenorganisation: Umstrittene Vorsitzende wirft hin, in: endstation rechts, 31. 3. 2014, www.endstation-rechts.de (13. 10. 2014).

Andrea Röpke, NPD-Frauen mit Maulkorb, in: Blick nach rechts, 8. 4. 2014, www.bnr.de (15. 04. 2014).

Oliver Cruzcampo, Schlammschlacht, die nächste Runde: NPD-Frauenorganisation feiert Apfel-Rücktritt, in: endstation rechts, 19. 12. 2013, www.endstation-rechts.de (13. 10. 2014).

Zitiert nach Oliver Cruzcampo, NPD-Frauenorganisation: Umstrittene Vorsitzende wirft hin, in: endstation rechts, 31. 3. 2014, www.endstation-

rechts.de (13. 10. 2014).

Die 1982 geborene Antje Mentzel aus Mecklenburg-Vorpommern gilt als langjährige Aktivistin der extremen Rechten. Aus der Kameradschaftsszene stammend, ist sie Mitte der 2010er-Jahre im Rahmen der MVGIDA, eines Ablegers der rassistisch-einwanderungsfeindlichen PEGIDA, als Organisatorin, Rednerin und Ordnerin in Erscheinung getreten. Darüber hinaus kandidierte sie 2016 auf der NPD-Liste für den Schweriner Landtag und 2019 für das Europäische Parlament. Seit 2014 leitet sie den RNF-Verband in Mecklenburg-Vorpommern.

Antje Mentzel, Rundbrief 1, 29. 6. 2017, www.ring-nationaler-frauen-deutschland.de (3. 7. 2017).

„Den meisten war der Weiterbildungscharakter der GDF, welche sich die Erweiterung der Allgemeinbildung in allen Bereichen zur Aufgabe gemacht hatte[,] und auch die vielen inhaltlichen Diskussionen, die von den Frauen bei den Treffen geführt werden[,] sehr wichtig. Sich einmal das eine oder andere von der Seele reden, den Alltagsfrust teilen, kann besonders unter Frauen sehr gut tun. […] Aber eben gerade die Mütter sind froh, wenn sie zum GDF-Treffen allein fahren können, sich Zeit für sich selbst nehmen können. Ein Tag oder ein Wochenende für sich ganz allein, das kennt jede Mutter und weiß es zu schätzen.“ Vgl. Stella Hähnel, Die Gemeinschaft Deutscher Frauen (GDF), Ein Rückblick – ein Ausblick, o. D., www.g-d-f.de (4. 11. 2013).

Ebenda.

Vgl. Heldengedenken in Seelow am 18. 11. 2006, Tag der Ehre in Hildesheim 2009, Fest der Völker in Jena am 8. 9. 2007, Trauermarsch 2008 in Dresden, Trauermarsch in Dresden am 14. 2. 2009, Gedenken an Karl Dönitz an

seiner letzten Ruhestätte in Aumühle, GDF-Nord am 1. Mai in Hamburg, Friedhofsaktion. Die Angaben zu Datum und AutorInnen fehlen. Alle Texte wurden auf www.g-d-f.de (3. 5. 2010) veröffentlicht.

Heidelore Karsten, Freiberg lud ein zum „21. Tag der Sachsen" vom 7.–9. Sept. 2012, 11. 9. 2012, www.rnf-sachsen.de (15. 12. 2012); Edda Schmidt, Frauenorganisation beim Südwestdeutschen-Kulturtag, 17. 4. 2012, www.ring-nationaler-frauen-deutschland.de (15. 12. 2012); Antje Mentzel, Erfolgreicher Infotisch auf dem Rock für Meinungsfreiheit, 1. 6. 2015, www.ring-nationaler-frauen-deutschland.de (3. 1. 2016); RNF, Kandel – Nationaler Protest gegen den Asylwahnsinn, 11. 1. 2018, www.ring-nationaler-frauen-deutschland.de (12. 4. 2018); RNF, Facebook, 8. 6. 2019; RNF, Facebook, 14. 5. 2020 (15. 7. 2020).

Gitta Schüssler, RNF-Kompetenz auch im Landtag gefragt, 13. 2. 2007, www.ring-nationaler-Frauen.de (13. 7. 2008).

Edda Schmidt, Aktionstag am 15.9. – der RNF war dabei, 18. 9. 2012 (14. 12. 2012); Brigitte Kallweit, Erster sozialer Tag der NPD, 27. 3. 2013 (18. 5. 2013); Antje Mentzel, Kinderfest Stralsund, 15. 9. 2014 (28. 1. 2015); RNF Infostand auf dem Eichsfeldtag 2016, 28. 5. 2016 (28. 11. 2016); Deutsche helfen Deutschen – Schutzzone, 3. 8. 2018 (2. 10. 2018). Alle RNF-Inhalte wurden veröffentlicht auf: www.ring-nationaler-frauen-deutschland.de; vgl. zudem „Eichsfeldtag", 1. 9. 2018, https://eichsfeldtag.info/redner (2. 4. 2019).

Ricarda Riefling, RNF-Infostand auf dem Bundesparteitag, 8. 11. 2010, www.ring-nationaler-frauen.de (15. 2. 2011); Sommerfest der NPD-NRW, 18. 7. 2007, www.ring-nationaler-frauen.de (13. 7. 2008); Jasmin Apfel, Erfolgreicher Tag für den RNF, 4. 4. 2011,

www.ring-nationaler-frauen.de (28. 11. 2011).

Gitta Schüssler, Erste Aktion des RNF Thüringen, 28. 6. 2013, www.ring-nationaler-frauen-deutschland.de (14. 10. 2013); RNF-Emsland, Eine Rose für mein Deutschland, 16. 2. 2016, www.ring-nationaler-frauen-deutschland.de (20. 11. 2016).

Frauen in nationaler Politik – „der Ring nationaler Frauen“ in: Senatsverwaltung für Inneres und Sport, Frauen im Rechtsextremismus, Nr. 6/2009, www.berlin.de (25. 10. 2009).

Ebenda.

Ricarda Riefling/Edda Schmidt, RNF – die Frauen der NPD feiern ihr 10-jähriges Bestehen, 16. 9. 2016, www.ring-nationaler-frauen.org (3. 5. 2017).

Unsere Kinder – Gegen Verwahrlosung, Misshandlung und Kinderschändung!, in: MBR/Apabiz (Hrsg.), Berliner Zustände, S. 35.

Jasmin Apfel, RNF Meißen setzt Zeichen „Gegen Gewalt an Kindern“!, o. D., www.ring-nationaler-frauen-deutschland.de (28. 11. 2011); RNF nimmt an 7. Demo gegen Kinderschänder in Sinsheim teil, 26. 4. 2016, www.ring-nationaler-frauen-deutschland.de (15. 11. 2016).

Zu den bekanntesten Fällen gehören Matthias Paul und Tino Brandt. Paul musste 2006 wegen des Verdachts auf Besitz von kinderpornographischen Dokumenten sein Mandat im Sächsischen Landtag niederlegen. 2009 wurde das Verfahren gegen Zahlung einer Geldstrafe eingestellt. Als ehemaliger Thüringer Landeschef der NPD und V-Mann des BfV wurde Tino Brandt, dessen Nähe zum NSU-Komplex gerichtlich nachgewiesen

wurde, im Dezember 2014 wegen sexuellen Missbrauchs von Kindern und Jugendlichen, Beihilfe zu sexuellem Missbrauch und Förderung von Prostitution zu fünfeinhalb Jahren Gefängnis verurteilt.

So etwa der Saarländer NPD-Multifunktionär Peter Marx, der 2014 mit einer „Penis-Kuchen“-Affäre bundesweit für Aufsehen sorgte, oder das NPD-nahe „Porno-Sternchen“ Ina Groll, die für die Partei öffentlich warb und ab 2014 aus imagebegründeten Bedenken heraus von der Parteileitung schließlich als *persona non grata* gebrandmarkt wurde.

Bringfriede Jung, eine ehemalige Anhängerin des BDM und der NS-Frauenschaft, wurde 2008 etwa von den Nationaldemokratinnen nach Heilbronn eingeladen, um vor ca. fünfzig Teilnehmenden einen Vortrag über „Feminismus, Gender Mainstreaming – gelten Naturgesetze nicht mehr?“ zu halten. Vgl. Esen, Frauen und Mädchen, S. 43 f.

Edda Schmidt, Volkstrauertag in Baden-Württemberg, 15. 11. 2010, www.ring-nationaler-frauen.de (19. 2. 2011); Jasmin Apfel, RNF Meißen gedenkt den Gefallenen, 15. 11. 2010, ring-nationaler-frauen.de (2. 2. 2011).

Ines Schreiber, Den Müttern von Dresden – wir vergessen euch nie, 14. 2. 2011, www.ring-nationaler-frauen.de (15. 4. 2011).

Edda Schmidt, Mahnwache in Pforzheim, 26. 2. 2011, www.ring-nationaler-frauen.de (15. 4. 2011).

Katrin Köhler, Chemnitzer Nationalistinnen gedenken Bombenopfer, 6. 3. 2011, www.ring-nationaler-frauen.de (15. 4. 2011).

Edda Schmidt, RNF Baden-Württemberg gedenkt Albert Leo Schlageter, 5. 6. 2013, www.ring-nationaler-frauen-deutschland.de (10. 9. 2013); RNF, Facebook, 12. 8. 2019 (15. 7. 2020).

Zum Sanitätsdienst, der unter der Ägide der GDF etwa bis Ende der 2000er-Jahre eingesetzt wurde, gehörten ÄrtzInnen und PflegerInnen, welche bei rechtsextremen Demonstrationen und Events für die medizinische Versorgung zuständig waren. Den Namen „Nationaler Sanitätsdienst“ führte der Sanitätsdienst mit Anspielung auf die NSDAP ab 2007; vgl. Grumke/Wagner, Handbuch Rechtsradikalismus, S. 418 f.

O. V., Jeanne D. – Selbsthilfegruppe für politisch verfolgte Frauen in den Zeiten der BRD, o. D., http://de.altermedia.info (8. 3. 2010).

Juliane Lang, Die sanfte Seite des Rechtsextremismus, in: Netz-gegen-Nazis, 22. 1. 2009, www.netz-gegen-nazis.de (10. 02. 2010).

Esen, Rechtsextremistinnen heute, S. 208.

Enrico Marx stammt aus der Kameradschaftsszene. Bekannt ist er als militanter Skinhead, Anhänger der HNG, JN-Stützpunktleiter, Betreiber eines Musikversandhauses und Veranstalter von Rechtsrock-Konzerten.

Bitzan, Frauen im Rechtsextremismus in Theorie und Praxis. Manuskript zum Impulsreferat im Rahmen der Veranstaltung „Brave Mädels und echte Kerle? Theorie und Praxis von Geschlechterrollen im Rechtsextremismus“, Forum Berlin, Friedrich-Ebert-Stiftung, 23. 1. 2008, S. 4. Vgl. dazu auch den Erfahrungsbericht einer Aussteigerin: Benneckenstein, Ein deutsches Mädchen.

Neben historischen WJ- und HDJ-Kadern wie Edda Schmidt wirkte auch Petra Müller in der HDJ in Baden-Württemberg mit. Runhild Köster ist die Ehefrau des ehemaligen HDJ-Leiters in Mecklenburg-Vorpommern, Michaela Zanker die Witwe des 2002 verstorbenen HDJ-Chefs Alexander Scholz. Sie war in Niedersachsen für die regionalen Angelegenheiten zuständig. Stella und Jörg Hähnel leiteten über Jahre deren „Preußische Einheit“. Vgl. Röpke, Ferien im Führerbunker, S. 68.

Vorländer/Herold/Schäller, PEGIDA.

Heidrun Walde, Schützen wir unsere Kinder! Heidrun Walde spricht auf der MAGIDA, 16. 8. 2015, www.ring-nationaler-frauen-deutschland.de (23. 4. 2016); Bündnis gegen rechts, Sigrid Schüssler bei BRAGIDA: „Wir sind die letzten Mohikaner, wir sind die letzten Deutschen“, 28. 4. 2015, http://buendnisgegenrechts.net (10. 5. 2017).

„Bericht zur Informationsveranstaltung zu Flüchtlingen in Radolfzell“, 17. 9. 2015, www.ring-nationaler-frauen-deutschland.de (23. 4. 2016); Ricarda Riefling, RNF Rheinland-Pfalz: Ricarda Riefling spricht in Trier, 3. 2. 2016, www.ring-nationaler-frauen-deutschland.de (2. 2. 2017).

Pfeiffer, Gegenöffentlichkeit.

Erschwert wurde ihre digitale Arbeit durch Hosting-Probleme: Mehrmals wechselte der RNF die Domain; zwischen 2006 und 2011 war dessen Seite auf www.ring-nationaler-frauen.de und von 2011 bis 2017 auf www.ring-nationaler-frauen-deutschland.de abrufbar; nach 2017 wurde die Seite kurzzeitig auf www.ring-nationaler-frauen.org beherbergt. Auch die GDF-Seite ging 2015 von ihrer ursprünglichen Domain (www.g-d-f.de) zu www.g-d-f.info über.

Abrufbar auf https://www.facebook.com/ring.nationaler.frauen/?ref=page_internal (15. 7. 2020). 2010/11 betrieb der RNF zusätzlich zur Facebook-Seite auch einen Twitter-Account.

Danckaert, Les femmes au NPD, S. 152.

Vgl. bspw. Politik beginnt bereits beim Einkaufen, in: DS, Nr. 11/2009.

Fülles, Frauen in Partei und Parlament, S. 61.

Hoecker, Politische Partizipation von Frauen, S. 103.

Zitiert nach Röpke, Frauen in der NPD.

Vgl. etwa Nicht nur Frau im Spiegel, in: DS, Nr. 8/2006, S. 20.

Davon zeugt etwa die Diskussionsrunde vom März 2019, die Udo Voigt u. a. mit den EP-Kandidatinnen Ricarda Riefling, Antje Mentzel und Antje Vogt im Vorfeld der Europawahl im Straßburger Parlament zum Thema „Vereinbarkeit von Familie und (europäischer) Politik“ organisierte. Bei der Europawahl 2019 erreichte die NPD lediglich 0,3% der Stimmen; seitdem ist sie dort nicht mehr vertreten; vgl. Udo Voigt, Weil Deutschland nicht nur Männersache ist, 28. 3. 2019, https://www.facebook.com/udovoigt.npd/videos/273724376877782 (28. 7. 2020).

Röpke, Die deutsche Frau, S. 122.

O. V., Hauen und Stechen in der Hansestadt, 6. 1. 2007, www.redok.de (19. 3. 2009).

Röpke, Deutsche Frau, S. 141.

Gesine Hennrich, Rücktrittserklärung, http://

de.altermedia.info (12. 2. 2010).

Andreas Speit, Carola Holz, 31. 10. 2008, www.belltower.news (11. 4. 2016).

Zitiert nach Alexander Neidlein in einem Facebook-Post, 2. 1. 2014, www.facebook.com/permalink.php?id=581431391927662&story_fbid=583438578393610 (13. 6. 2017).

Ebenda (Großbuchstaben im Original).

Zitiert nach Andrea Röpke, NPD-Frauen mit Maulkorb, in: Blick nach rechts, 8. 4. 2014, www.bnr.de (15. 04. 2014).

Sigrid Schüssler, 22. 12. 2014, www.facebook.com/sonja.meier.731135/posts/616740725139082:0 (13. 6. 2017) (Großbuchstaben im Original).

Sigrid Schüssler, Welche Rolle spielt bei Ihnen eigentlich die Frau?, 13. 6. 2013, www.ring-nationaler-frauen-deutschland.de (3. 11. 2013).

Schöler-Macher, Fremdheit der Politik, S. 42.

Oft berufen sich die Nationaldemokratinnen bei öffentlichen Auftritten auf ihre eigenen Erfahrungen als „besorgte" Mütter. Die Angabe der Kinderzahl dient der politischen Propaganda sowie der nationalistischen Selbstaffirmation. Bei einer Diskussionsrunde mit Udo Voigt vom März 2019 gaben Antje Mentzel, Ricarda Riefling und Antje Vogt etwa an, jeweils sechs, fünf und vier Kinder „dem deutschen Volke" geschenkt zu haben. Vgl. Udo Voigt, Weil Deutschland nicht nur Männersache ist, 28. 3. 2019, https://www.facebook.com/udovoigt.npd/videos/273724376877782 (28. 7. 2020).

Röpke, Mädelsache, S. 85.

Ebenda, S. 79.

Ricarda Riefling/Edda Schmidt, RNF – die Frauen der NPD feiern ihr 10-jähriges Bestehen, 16. 9. 2016, www.ring-nationaler-frauen.org (3. 5. 2017).

GDF, Die Frau in der nationalen Bewegung, Arbeitsgrundlage der Gemeinschaft deutscher Frauen, Unsere Zukunft, „Frauentum", 2002, S. 4.

Der Begriff „völkisch" wurde Ende des 19. Jahrhunderts durch die allmählich aufkommende „völkische" Bewegung popularisiert. Die darauf gründende Weltanschauung institutionalisierte sich zusehends in der Weimarer Republik und diente auch den Nationalsozialisten teilweise als ideologische Grundlage. Auch im 21. Jahrhundert kennzeichnet diese Kategorie eine ideologische Überhöhung von „Volk" und „Volksgemeinschaft", die als biologisch homogenes Kollektiv verstanden werden. Daraus leiten die radikalsten VertreterInnen der extremen Rechten ihre ultranationalistischen, ethnozentrischen, rassistischen, antisemitischen und sexistischen Positionen ab. Vgl. Puschner/Schmitz/Ulbricht (Hrsg.), Handbuch zur „Völkischen Bewegung", und Puschner/Großmann (Hrsg.), Völkisch und national.

NPD, Grundsatzprogramm der NPD, Bremervörde, 1996, www.npd.net/html/240/artikel/detail/209 (2. 12. 2009).

Ebenda.

Botsch, Wahre Demokratie.

Laut der völkischen Auslegung charakterisiert das „Volkstum" das Wesen der „Volksgemeinschaft". Es

stütze sich auf die dem „deutschen Volk“ eigene Geschichte, Kultur und Tradition und sei einem biologischen Prinzip untergeordnet. Vgl. dazu Schmitz-Berning, Vokabular des Nationalsozialismus.

NPD, Grundsatzprogramm.

NPD, Aktionsprogramm für ein besseres Deutschland, Berlin, 2002, www.npd.net/html/240/artikel/detail/209 (2. 12. 2009).

Ebenda.

NPD, Das Parteiprogramm, Arbeit. Familie. Vaterland, Bamberg, 2010, www.npd.de/html/240 (15. 9. 2010).

Von 1940 bis 1944 diente die Formel „Travail, famille, patrie“ als politischer Grundsatz der „nationalen Revolution“, die Philippe Pétain in Vichy etablieren wollte. Vgl. Rousso, Vichy.

Der „nationale Sozialismus“ der NPD, auch „deutscher Sozialismus“ genannt, ist klar national-revolutionär bzw. neonationalsozialistisch geprägt. Vom historischen Nationalsozialismus unterscheidet er sich allerdings dadurch, dass er durch Elemente anderer Ideologien oder Denkrichtungen, etwa des DDR-Sozialismus oder der „Neuen Rechten“, „angereichert“ wurde. Der für die NSDAP bestimmende Antisemitismus wird, obwohl unweigerlich vorhanden, von der NPD eher selten explizit geäußert. Zum Vergleich von NPD und NSDAP vgl. Kailitz, Ideologie der NPD, und IfZ München, Fortschreibung der Stellungnahme vom 25. Februar 2013 zur Frage der Wesensverwandtschaft von NPD und historischem Nationalsozialismus im Lichte des Ende 2015 zur Verfügung gestellten Materials, 9. 2. 2016, https://www.ifz-muenchen.de (29. 7. 2020).

Maier (Hrsg.), Katastrophe.

NPD, Familienpolitische Kehrtwende, Berlin, 2012, www.npd.de (14. 8. 2016).

Ebenda, S. 5 f.; so bemüht es die „Bevölkerungsaustausch“-These, welche die westlichen liberalen Demokratien bezichtigt, die einheimischen Bevölkerungen durch nichteuropäische Bevölkerungsgruppen aus Schwarzafrika, dem Maghreb oder dem Nahen Osten ersetzen zu wollen und sie damit einer unumkehrbaren „Überfremdung“ auszusetzen. Popularisiert wurde die These durch den französischen Verschwörungsgläubigen Renaud Camus; vgl. Camus, Remplacement.

GDF, Die Frau in der nationalen Bewegung, Arbeitsgrundlage der Gemeinschaft deutscher Frauen, in: Unsere Zukunft, Sonderausgabe „Frauentum“, 2002, S. 13.

Das Archiv des APABIZ verfügt lediglich über die drei recht amateurhaft gestalteten Ausgaben „Julmond 2003“ (Dezember 2003), „Lenzing 2004“ (März 2004) und „Brachet 2004“ (Juni 2004), die einen Einblick in die Gedankenwelt der Protagonistinnen erlauben. Die Herausgabe wurde zwischenzeitlich eingestellt. Zu Finanzierungsgrundlage, Autorenschaft (manchmal werden lediglich Initialen angegeben) und Entwicklung des Organs ist nichts bekannt. Zur Einordnung in die rechtsextreme Fanzine- und Medienlandschaft vgl. Döhring/Feldmann, Von „NS-Frauenwarte“ bis „Victory“.

Davon zeugen Zitate wie: „Einigkeit macht stark! […] Lebt dieses Motto […]. Wir sind nur stark, wenn wir an einem Strang ziehen! Ehrlichkeit, Offenheit, Einigkeit und Uneigennützlichkeit [*sic!*]! Volkstreue Frauen halten zusammen!“ Siehe: GDF, Unsere Zukunft, März 2004, S.

15.

Zur Geschichte des „organischen Volksdenkens“ vgl. etwa Kohlstruck, Völkische Geschichtsauffassung.

NPD, Grundsatzprogramm.

NPD, Parteiprogramm, S. 5.

NPD, Grundsatzprogramm.

„Gegensatz von Gesellschaft und Volksgemeinschaft“, in: NPD, Parteiprogramm, S. 6.

Ebenda, S. 6.

Zitiert nach Schulze, Vier-Säulen-Konzept, S. 98.

Volksgemeinschaft, in: NPD, Politisches Lexikon.

NPD, Parteiprogramm, S. 7.

GDF, Die Frau in der nationalen Bewegung, Arbeitsgrundlage der Gemeinschaft deutscher Frauen, in: Unsere Zukunft, Sonderausgabe „Frauentum“, 2002, S. 12.

Gedanken zum Thema Kleidung, in: GDF, Unsere Zukunft, Juni 2004, S. 13.

GDF, Das Antlitz Germaniens Frauen und Mütter!, o. D., www.g-d-f.de (21. 1. 2010).

Frühling, in: GDF, Unsere Zukunft, März 2004, S. 16.

Berühmte Deutsche, in: GDF, Unsere Zukunft, Juni 2004, S. 2, und Meldung, in: GDF, Unsere Zukunft, Juni 2004, S. 4.

Paula Hitler, in: GDF, Unsere Zukunft, März 2004, S. 14 f.

GDF, Was sind eigentlich „Emanzen“?, o. D., www.g-d-f.de (13. 11. 2009).

GDF, Germanische Schöpfungssage – die Entstehung der Welt, o. D., www.g-d-f.de (21. 1. 2010); RNF, Internationaler Tag gegen Gewalt an Frauen, o. D., www.ring-nationaler-frauen.de (2. 12. 2009); NPD Hessen, Im Gespräch mit Ricarda Riefling, Neujahrsauftakt der NPD zur Europawahl, 11. 1. 2019, www.youtube.de (28. 7. 2020). Die heidnische Schöpfungserzählung entlehnen die Nationaldemokratinnen aus der Edda, einer aus zwei Werken bestehenden Schrift aus dem 13. Jahrhundert, die nordisch-germanische Götter- und Heldensagen enthält.

Das Postulat der „Gleichwertigkeit“ der Geschlechter wurde im Laufe des 19. Jahrhunderts von den völkisch-nationalistischen Kreisen propagiert und im „Dritten Reich“ zur Grundlage der Familienpolitik gemacht. Die NPD nahm es 1973 in ihr Programm auf: „Mann und Frau haben unterschiedliche, jedoch gleichwertige Aufgaben“; vgl. NPD, Programm, 1973.

GDF, Unsere Mutterfrauen als Hüterin [*sic!*] der nordischen Seele, o. D., www.g-d-f.de (21. 1. 2010).

Maier (Hrsg.), Katastrophe, S. 13.

Ebenda, S. 10.

RNF, Erklärung des Ringes Nationaler Frauen, 18. 2. 2013, www.ring-nationaler-frauen-deutschland.de (22. 10. 2013).

Gitta Schüssler, Ehe für alle, 30. 6. 3017, www.ring-nationaler-frauen.org (2. 7. 2017).

RNF, Homosexuelle bleiben für uns eine nicht

staatstragende Minderheit, o. D., www.ring-nationaler-frauen.de (29. 10. 2009).

NPD, Grundsatzprogramm.

Zu den Männlichkeitsdiskursen in der NPD vgl. Claus/ Lehnert (Hrsg.), Was ein rechter Mann ist, oder Hüttmann, Männlichkeitsdiskurse.

GDF, Unsere Zukunft, Juni 2004, S. 16 f.

Vgl. RNF, Deutschland ist auch Frauensache, sozial geht nur national, o. D., www.ring-nationaler-frauen.de (10. 2. 2010). Das Programm von 1996 hingegen räumte Männern und Frauen die „volle Gleichberechtigung" ein; die „Gleichwertigkeit" steht seit 2010 im NPD-Programm.

Dass es den NationaldemokratInnen in ihrem Germanenbild weniger um evidenzbasierte historische Begebenheiten als um einfache, aussagekräftige Stereotypen geht, zeigen die vielen Behauptungen und Vereinfachungen in ihren historischen Darlegungen.

GDF, Wie hat sich die Stellung der Frau durch kirchlichen Einfluss verändert?, o. D., www.g-d-f.de (21. 1. 2010).

Das Matriarchat bezeichnet eine soziale Ordnung, in der die Frau die Entscheidungsgewalt besitzt. Mit der Hervorhebung ebenjener Tendenzen bei den GermanInnen möchte die GDF die besondere Stellung der Frau in der germanischen Gemeinschaft herausstellen. Vgl. GDF, Die Frau bei den Germanen, matriarchale Strukturen in einer patriarchalen Gesellschaft, o. D., www.g-d-f.de (21. 1. 2010).

GDF, Wie hat sich die Stellung der Frau durch den kirchlichen Einfluss verändert?, o. D., www.g-d-f.de (21.

1. 2010).

Dieses völkische, antichristliche Geschlechternarrativ findet sich schon bei nationalsozialistischen oder neurechten Vordenkerinnen wie Pia-Sophie Rogge-Börner und Sigrid Hunke, deren „nationalistischer Feminismus“ den Rassegedanken mit der Geschlechterfrage verband und die „Gleichheit“ zwischen Mann und Frau zum Exempel für die rassische Überlegenheit der Deutschen machte. Vgl. Hunke, Mann und Frau, und Meyer, Mouvement völkisch.

RNF, Internationaler Tag gegen Gewalt an Frauen, o. D., www.ring-nationaler-frauen.de (2. 12. 2009). Der Bezug der Nationalistinnen auf die Frauenbewegung des ausgehenden 19. Jahrhunderts ist insofern für sie nicht problematisch, als auch die bürgerlichen Frauenrechtlerinnen die Geschlechterdifferenz und die „geistige Mütterlichkeit“ betonten und das Patriarchat als solches nicht in Frage stellten. Vgl. Bock, Geschlechtergeschichten, S. 262.

GDF, Willkommen in der Girly-Kratie, o. D., www.g-d-f.de (8. 3. 2010).

Kathrin Köhler, Landesweite Aktionen des RNF-Sachsen: Ist der internationale Frauentag noch zeitgemäß?, 8. 3. 2010, www.ring-nationaler-frauen.de (12. 3. 2010); GDF, Rettet die Frauen vor den Emanzen, o. D., www.g-d-f.de (13. 11. 2009); GDF, Was sind eigentlich „Emanzen“?, o. D., www.g-d-f.de (13. 11. 2009); RNF, Faule Mütter sollten endlich Vollzeit arbeiten gehen!, 8. 3. 2010, www.ring-nationaler-frauen.de (12. 3. 2010).

Kathrin Köhler, Landesweite Aktionen des RNF-Sachsen: Ist der internationale Frauentag noch zeitgemäß?, 8. 3. 2010, www.ring-nationaler-frauen.de (12. 3. 2010).

Vgl. Meuser/Neusüß (Hrsg.), Gender Mainstreaming.

Diese Kritik an einer vermeintlich staatlich gestützten „Gender-Ideologie" führte in Deutschland und anderen europäischen Ländern zu vehementen, von kirchlichen, reaktionären, rechtspopulistischen oder extremistischen Kreisen getragenen Anti-Gender-Kampagnen. Sie stellen die Wissenschaftlichkeit der Geschlechterforschung in Frage und kritisieren die Dekonstruktion von sexuellen Identitäten, Geschlechterdiskursen, -bildern und -praktiken. Vgl. Lang, Genderismus; Hark/Villa (Hrsg.), Anti-Genderismus; Lang/Peters (Hrsg.), Antifeminismus; Dietze/Roth (Hrsg.), Right-wing Populism.

Ricarda Riefling, Gender Irrsinn: Ricarda Riefling zu Gast bei DS-TV, 29. 9. 2015, www.ring-nationaler-frauen-deutschland.de (7. 3. 2016).

RNF, Der RNF im Feldzug gegen FeminismusfaschistInnen!, 25. 2. 2013, www.ring-nationaler-frauen-deutschland.de (14. 6. 2013). Vgl. Lang, Frauenbilder.

GDF, „Gender Mainstreaming" – Gleichberechtigung oder Gehirnwäsche, o. D., www.g-d-f.de (25. 3. 2010).

Dass der „Postfeminismus" ironischerweise zuvor schon von Judith Butler, einer der bedeutendsten VertreterInnen der Queer-Theorie, geprägt wurde, schienen die RNF-Frauen zu ignorieren; Butler, Gender Trouble.

Katrin Köhler, Landesweite Aktionen des RNF-Sachsen: Ist der internationale Frauentag noch zeitgemäß?, 8. 3. 2010, www.ring-nationaler-frauen.de (12. 3. 2010).

„Männer und Frauen sind im Arbeitsleben unter

Berücksichtigung des Leistungsprinzips gleich zu behandeln.“ In: NPD, Grundsatzprogramm, o. S.

Katrin Köhler, Landesweite Aktionen des RNF-Sachsen: Ist der internationale Frauentag noch zeitgemäß?, 8. 3. 2010, www.ring-nationaler-frauen.de (12. 3. 2010).

Auf das Spannungsfeld zwischen völkischem Differenzdenken und antisexistischen Forderungen hat schon Renate Bitzan hingewiesen; Bitzan, Selbstbilder rechter Frauen.

Die GDF schreibt dazu: „Der deutschen Frau bevorzugter Wirkungskreis war das Heim. Sie wollte vor allem Gattin und Mutter sein und war glücklich dabei. Das sind Millionen Frauen auch heute noch.“ Vgl. GDF, Das Antlitz Germaniens Frauen und Mütter!, o. D., www.g-d-f.de (21. 1. 2010).

RNF, Brauchtum zur Faschingszeit, 14. 2. 2010, www.ring-nationaler-frauen.de (26. 2. 2010).

„Sexualité hétéroraciale“ im französischen Original; vgl. Dorlin (Hrsg.), Sexe, race, classe, S. 13.

NPD, Grundsatzprogramm; NPD, Aktionsprogramm, S. 35.

NPD, Parteiprogramm.

Die Pille. Mordwaffe oder Verhütungsmittel?, in: GDF, Unsere Zukunft, Dezember 2003, S. 2.

Sigrid Schüssler, Alice Schwarzer und die Frauen von vorgestern!, 20. 2. 2013, www.ring-nationaler-frauen-deutschland.de (2. 6. 2013).

„One-world-mafia“ ist eine antisemitische Chiffre, die vorgibt, eine jüdische Weltverschwörung aufzudecken.

Ebenda.

GDF, „Gender-Mainstreaming“ – Gleichberechtigung oder Gehirnwäsche, o. D., www.g-d-f.de (25. 3. 2010); RNF, Familien schützen! Gegen die Frühsexualisierung an Kindergärten und Schulen!, 23. 6. 2015, www.ring-nationaler-frauen-deutschland.de (3. 9. 2015).

RNF, Unsere Kinder sind unsere Zukunft!, 14. 2. 2010, www.ring-nationaler-frauen.de (26. 2. 2010); Stella Hähnel, Keine Gnade für Kinderschänder, 8. 8. 2009, www.youtube.com/watch?v=SfgO8VkM8QE (10. 2. 2010). Auch im extrem rechten Milieu kommt es immer wieder zu strafrechtlichen Verurteilungen wegen Kinderpornographie oder pädophiler Missbrauchsfälle.

NPD, Familienpolitische Kehrtwende, S. 7 f.

Ebenda.

Bei dieser Maßnahme beruft sich die NPD auf das nationalsozialistische „Ehestandsdarlehen“ und den „Ehekredit“ der DDR; ebenda, S. 23.

Ebenda, S. 29.

Ebenda, S. 31.

Edda Schmidt, Aus der russischen Zeitung „Argumenty i fakty“, 13. 4. 2013, www.ring-nationaler-frauen-deutschland.de (1. 5. 2013).

NPD, Parteiprogramm, S. 7.

NPD, Grundsatzprogramm.

NPD, Familienpolitische Kehrtwende, S. 21.

„Auf die zwanghafte Beteiligung von Vätern an der Babypflege wird bewusst verzichtet. Selbst wenn fünf

Prozent der Väter hieran Interesse haben, so halten wir eine Minderheitenpolitik für nicht angebracht." Vgl. ebenda, S. 21.

Ricarda Riefling, Die Familienpolitik in diesem Staat ist eine Schande!, 30. 12. 2015, www.ring-nationaler-frauen-deutschland.de (14. 5. 2016).

RNF, Sozialräuber abstrafen!, 22. 6. 2010, www.ring-nationaler-frauen.de (22. 6. 2010).

NPD, Parteiprogramm, S. 5.

„Volksgemeinschaft", in: NPD, Politisches Lexikon. Die Kapitalismus- und Globalisierungskritik greift, historisch bedingt, besonders in den ostdeutschen Bundesländern, wo Antikapitalismus und Sozialismus weiterhin sehr lebendig sind. Besonders ausgeprägt ist die Kritik in den Programmen von 2002 und 2010. Zum ökonomischen Profil der NPD vgl. Greven, Rechtsextreme Globalisierungskritik; Grumke, Sozialismus ist braun; und Botsch/Kopke, Vorstellungen der NPD.

RNF, Deutschland ist auch Frauensache, sozial geht nur national, o. D., www.ring-nationaler-frauen.de (10. 2. 2010).

„Diese falschen karrierebesessenen Politmuttis kann eine stolze Frau und Mutter nicht wählen. Macht Euch frei! Wählt die Alternative: National!" In: Sigrid Schüssler, Kanzlerin will Mütter nicht belächeln!, 6. 2. 2013, www.ring-nationaler-frauen-deutschland.de (5. 7. 2013).

RNF, Wieviel Krippe will der Staat, o. D., www.ring-nationaler-frauen.de (5. 2. 2010); Jasmin Apfel, „Wieviel Krippe braucht der Staat", o. D., www.ring-nationaler-

frauen.de (5. 2. 2010).

RNF, Wie gefährlich ist ‚Nazibrut'?, o. D., www.ring-nationaler-frauen.de (5. 2. 2010).

Jasmin Apfel, Wieviel Krippe braucht der Staat?, o. D., www.ring-nationaler-frauen.de (5. 2. 2010).

RNF, Wieviel Krippe will der Staat?, o. D., www.ring-nationaler-frauen.de (5. 2. 2010).

NPD, Grundsatzprogramm.

NPD, Parteiprogramm, S. 12.

NPD, Parteiprogramm, S. 12 f.

„Die Gesetze [...] [beschäftigen sich mit Straftaten], welche wir Deutschen nie in unserem Land in der Intensität gehabt hätten, wenn die jeweiligen Staatslenker nicht aus unserem Deutschland ein Einwanderungsland gemacht hätten", behauptet der RNF. Vgl. RNF, Gesetze (nur) für Ausländer in Deutschland, 18. 2. 2010, www.ring-nationaler-frauen.de (21. 2. 2010).

Ebenda.

RNF, Irrenhaus Deutschland: Fast straflos vergewaltigen und töten?, 14. 3. 2013, www.ring-nationaler-frauen-deutschland.de (25. 11. 2013).

Amerikanische Produkte boykottieren – Wenn dann richtig, in: GDF, Unsere Zukunft, März 2004, S. 9; RNF, Frauen, die sich trauen, Manuela Kokott, o. D., www.ring-nationaler-frauen.de (19. 2. 2010).

NPD, Parteiprogramm, S. 13.

Sigrid Schüssler, „Oben-ohne" vor Moscheen, 5. 4. 2013,

www.ring-nationaler-frauen-deutschland.de (28. 6. 2013).

Sarrazin, Deutschland schafft sich ab.

SozialwissenschaftlerInnen bezeichnen dieses Narrativ, welches die eigene westliche „Aufgeklärtheit“ in Sachen Frauenrechten, Emanzipation und Geschlechterverhältnisse der „Rückständigkeit“ anderer, als archaisch und frauenfeindlich geschilderter Kulturen gegenüberstellt, als Femonationalismus. Vgl. Farris, Femonationalismus.

Zur „Dominanzkultur“-These vgl. Holzkamp/ Rommelspacher, Wie sind Frauen und Mädchen verstrickt?; Rommelspacher, Warum Frauen rassistisch sind?

Jäger/Wamper (Hrsg.), Willkommenskultur.

Ricarda Riefling, Immer mehr Gewaltverbrechen an Frauen durch Asylanten, 7. 6. 2015, www.ring-nationaler-frauen-deutschland.de (2. 11. 2015).

Es handelt sich hier um ein vornehmlich von PEGIDA geprägtes Wortspiel, das die englischen Begriffe „Rape“ (Vergewaltigung) und „refugee“ (Flüchtling) miteinander verbindet.

Ricarda Riefling, Sexuelle Übergriffe und Raub durch 1 000 Ausländer in Köln, 4. 1. 2016, www.ring-nationaler-frauen-deutschland.de (5. 4. 2016).

Um diesen Diskurs zu beschreiben, prägte Gabriele Dietze den Begriff des „sexuellen Exzeptionalismus“, welcher der vermeintlichen „sexuellen Rückständigkeit“ von MigrantInnen eine „überlegene okzidentale sexuelle Moderne“ gegenüberstellt. Vgl. Dietze, Sexueller Exzeptionalismus.

Ricarda Riefling, „Ich bin Syrer, Ihr müsst mich freundlich behandeln“ – Was in Köln geschah, 7. 1. 2016, www.ring-nationaler-frauen-deutschland.de (5. 4. 2016); Edda Schmidt, „Flüchtling“ sollte man sein ..., 13. 1. 2016, www.ring-nationaler-frauen-deutschland.de (5. 4. 2016); RNF, Badespaß?, 16. 1. 2016, www.ring-nationaler-frauen-deutschland.de (5. 4. 2016). Oft wird auch argumentiert, die AsylbewerberInnen seien finanziell bessergestellt als die deutschen Familien; vgl. bspw. RNF, Deutsche Mütter sind in der BRD weniger wert als Asylanten!, o. D., www.ring-nationaler-frauen.de (25. 11. 2009).

Kantor/Twohey, #Me Too.

Benannt wurde diese Kampagne nach der Lautstärke eines Taschenalarms. Vgl. Drüeke/Klaus, Die Instrumentalisierung von Frauen*rechten. Zu den Aktivistinnen und dem Selbstverständnis der Identitären vgl. Haas, Anständige Mädchen; zum „neurechten“ Feminismus vgl. Lang, Feminismus von rechts?.

„Nafri“ ist eine von der Polizei in Nordrhein-Westfalen intern benutzte Abkürzung für „Nordafrikaner“ oder „Nordafrikanischer Intensivtäter“.

Dass „Rasse“ und „Geschlecht“ bzw. Rassismus und Sexismus nicht unabhängig voneinander betrachtet werden können, zeigte Ina Kerner in ihrer intersektional angelegten Studie: Kerner, Differenzen und Macht.

BVG, Pressemitteilung Nr. 4/2017, 17. 1. 2017, www.bundesverfassungsgericht.de (18. 1. 2017).

Über das Demokratieverständnis der NPD vgl. Michelsen, Demokratiebegriff.

Zitiert in: Pfahl-Traughber, Die „alte“ und die „neue“ NPD, S. 77.

Zitiert in Röpke/Speit, Mädelsache, S. 88.

Zitiert nach Bündnis gegen rechts, Sigrid Schüssler bei BRAGIDA: „Wir sind die letzten Mohikaner, wir sind die letzten Deutschen“, 28. 4. 2015, http://buendnisgegenrechts.net (10. 5. 2017).

RNF, Facebook, 26. 4. 2020 und 14. 5. 2020 (2. 7. 2020).

Gitta Schüssler, Deutschland ist auch Frauensache – Sozial geht nur national, o. D., www.ring-nationaler-frauen.de (10. 2. 2010).

NPD, Argumente für Kandidaten und Funktionsträger, eine Handreichung für die öffentliche Auseinandersetzung, Berlin, NPD, 2006, o. S.

Séville, Vom Sagbaren zum Machbaren?

Birsl, Frauen und Rechtsextremismus, S. 26 f.; Stöss, Rechtsextremismus, Sexismus und Gender Gap, S. 44.

Bitzan, Frauen im Rechtsextremismus in Theorie und Praxis. Manuskript zum Impulsreferat im Rahmen der Veranstaltung „Brave Mädels und echte Kerle? Theorie und Praxis von Geschlechterrollen im Rechtsextremismus“, Forum Berlin, Friedrich-Ebert-Stiftung, 23. 1. 2008, S. 5.

Köttig, Lebensgeschichten, S. 44. Einen Überblick über die weibliche Gewalt liefert etwa Birsl, Rechtsextremistische Gewalt, S. 253 f.

O. V., Ein Viertel der NPD-Funktionäre ist vorbestraft, 19. 12. 2013, in: Spiegel online, www.spiegel.de (2. 4. 2014).

O. V., NPD-Frauen wählen Edda Schmidt zur Vorsitzenden, 19. 10. 2009, http://npd-blog.info (21. 1. 2010); o. V., NPD-Funktionärin verurteilt, 14. 1. 2010, http://npd-blog.info (21. 1. 2010); Röpke, Retterin der weißen Rasse, S. 95.

Dubslaff, Crise des réfugiés.

Ricarda Riefling, Doch kein rechtsextremer Anschlag – es war ein Syrer, 10. 4. 2016, www.ring-nationaler-frauen-deutschland.de (23. 8. 2016).

Die Terrorzelle Nationalsozialistischer Untergrund (NSU) steht im Verdacht, seit dem Ende der 1990er-Jahre zahlreiche rassistische Straftaten begangen zu haben. Angelastet werden ihr neun Morde an türkisch- und griechischstämmigen Männern und einer Polizistin, mehrere Bombenanschläge und zahlreiche Banküberfälle. Aufgedeckt wurde der NSU im November 2011, kurz nach dem Selbstmord von Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt, und der Verhaftung der dritten Aktivistin des „NSU-Trios“, Beate Zschäpe, die 2018 nach einem langwierigen Prozess zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt wurde. Zur juristischen, zivilgesellschaftlichen und wissenschaftlichen Aufarbeitung des NSU-Terrors und seiner Folgen vgl. S. 9 in diesem Buch.

Schätzungen zufolge stützte sich das „Trio“ auf ein Netzwerk von über 120 Personen, die es u. a. mit Pässen, Geld und Waffen versorgten und somit dessen Verharren im Untergrund ermöglichten. Vgl. Köhler, Right-Wing Terrorism, S. 128–156.

In der Debatte ging es um das Versagen des Sicherheitsapparats in der Terrorabwehr. Vgl. Funke, Staatsaffäre NSU.

RNF, „Rechtsterrorismus“-Diskussion, 28. 11. 2011, www.ring-nationaler-frauen-deutschland.de (2. 2. 2012).

Edda Schmidt, In eigener Sache – Dank an die Unterstützer, 1. 7. 2015, www.ring-nationaler-frauen-deutschland.de (30. 8. 2015).

Armin Lehmann, „Die Waffe bin ich selbst“, 30. 11. 2011, in: Der Tagesspiegel, www.tagesspiegel.de (30. 11. 2011).

Maria Fank, Sozial geht nur national, 3. 4. 2013, www.ring-nationaler-frauen-deutschland.de (25. 11. 2013).

RNF, Bayern-NPD beteiligte sich an Münchner Mahnwache zum Tag des Grundgesetzes, 24. 5. 2012, www.ring-nationaler-frauen-deutschland.de (2. 7. 2012).

Katrin Köhler, Politisches Pfingsten in Leipzig – RNF Sachsen zu Gast in der Odermannstraße, 28. 5. 2012, www.ring-nationaler-frauen-deutschland.de (23. 7. 2012).

Die „Neue Rechte“ und extreme Rechte legen es u. a. darauf an, die Sprache so zu transformieren, dass eine Kulturrevolution möglich wird. Nach Antonio Gramsci geht es ihnen darum, die „kulturelle Hegemonie“ in Deutschland zu erlangen. Vgl. Weiß, Die autoritäre Revolte.

Die Haltung des Staates bezüglich der politisch motivierten Kriminalität von links ist alles andere als kulant. Davon zeugt u. a. das Bestreben, den Links- und den Rechtsextremismus gemäß der „Hufeisen“-Theorie „gleich“ repressiv zu behandeln, obwohl weder die Qualität noch das Ausmaß der Gewalt, die von beiden Spektren ausgeht, vergleichbar sind. Vgl. das Kapitel

„Die Extremismustheorie – Hintergrund und Funktion einer Staatsdoktrin“, in: Bernhardt, Das braune Netz, S. 61–85.

Zur Untermauerung nennt der RNF Beispiele für die von „links“ organisierte „Menschenjagd“ auf Mitglieder wie Maria Fank, Edda Schmidt oder Doris Zutt. Vgl. Gitta Schüssler, Menschenjagd in Berlin, 16. 10. 2013, www.ring-nationaler-frauen-deutschland.de (14. 1. 2014); RNF, Anschlag auf das Anwesen von Edda Schmidt – Solidarität ist unsere Waffe, 2. 5. 2015, www.ring-nationaler-frauen-deutschland.de (2. 9. 2015); Ricarda Riefling, RNF in Thüringen und Mecklenburg unterwegs, 19. 7. 2016, www.ring-nationaler-frauen-deutschland.de (18. 1. 2017).

RNF, Hoffnung läßt sich nicht verbieten!, 9. 12. 2012, www.ring-nationaler-frauen-deutschland.de (13. 1. 2013).

Im Juni 2017 änderte der Bundestag das Grundgesetz (Art. 21 Abs. 3 GG), um alle als verfassungsfeindlich eingestuften Parteien von der Parteienfinanzierung auszuschließen. Im Sommer 2019 stellten Bundestag, Bundesregierung und Bundesrat beim Bundesverfassungsgericht einen Antrag, um der NPD auch verfassungsrechtlich jegliche staatliche Finanzierung zu entziehen und somit die Selbstauflösung der Partei aus akuter Geldnot zu erreichen.